

Sie befinden sich hier: [Home](#) » [Was ist das beA?](#) » **Teilnehmer am elektronischen Rechtsverkehr ERV**

Was ist das beA?	Wann kommt das beA?	Wie sicher ist das beA?	Was braucht man für das beA?	Wie funktioniert das beA?	Fragen und Antworten
------------------	---------------------	-------------------------	------------------------------	---------------------------	----------------------

Teilnehmer am elektronischen Rechtsverkehr ERV

Das beA ist Teil der seit Jahren bestehenden EGVP-Kommunikationsinfrastruktur. Die Sichtbarkeit – und damit die Möglichkeit zum Austausch von Nachrichten – bestimmt sich hier technisch gesehen anhand von Rollen. Dem beA wurde die Rolle „buerger_rueck“ zugewiesen. Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte können demnach über ihre beA-Postfächer insbesondere mit

- [Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte](#),
- [Gerichten](#),
- [Behörden](#),
- [Notaren](#),
- [dem Schutzschriftenregister](#),
- [Rechtsanwaltskammern](#) sowie
- [EGVP-Bürgerpostfächern](#)

kommunizieren.

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte

Alle Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte können über das beA Kolleginnen und Kollegen Nachrichten senden und sind zugleich auf diesem Weg erreichbar.

Gerichte

Das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten (ERV-Gesetz) sieht vor, dass grundsätzlich bis zum 01.01.2018, spätestens aber zum 1. Januar 2020 alle

Zivilgerichte
Arbeitsgerichte
Finanzgerichte
Sozialgerichte
Verwaltungsgerichte

am elektronischen Rechtsverkehr teilnehmen und damit über das beA erreichbar sein werden. Die entsprechenden Bundesgerichte sind bereits jetzt auf elektronischem Wege erreichbar. Auf Länderebene erfolgt die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs sukzessive. Für die Strafgerichtsbarkeit hat das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs entsprechende Vorschriften für das Strafverfahren ergänzt. Bisher nicht vorgesehen ist die Einbeziehung der Verfassungsgerichtsbarkeit in den elektronischen Rechtsverkehr.

Die Länder und der Bund haben die Möglichkeit, das Inkrafttreten der neuen Vorschriften für ihren Bereich durch Rechtsverordnung bis spätestens 01.01.2020 zu verschieben. Vor Inkrafttreten der Änderungen gilt die bisherige Rechtslage, wonach die Verwendung einer qualifizierten elektronischen Signatur erforderlich und ein Versand auf dem „sicheren Übermittlungsweg“ nicht möglich ist (vgl. z.B. § 130a Abs. 1 ZPO). Für den Bereich des Ordnungswidrigkeitenverfahrens werden voraussichtlich mehrere Länder von der Opt-out-Möglichkeit Gebrauch machen; einzelne Länder voraussichtlich auch im Bereich des Strafverfahrens (weitere Informationen zu Opt-out-Regelungen).

Nach grundsätzlich bis zum 31.12.2017 geltender Rechtslage, die grundsätzlich zum 01.01.2018, spätestens aber zum 01.01.2020 durch die Fassung der Vorschriften nach dem ERV-Gesetz abgelöst werden wird, bestimmt sich der Umfang der Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs nach von Ländern erlassenen Rechtsverordnungen nach etwa § 130a Abs. 2 ZPO. Die Justiz pflegt eine Übersicht über die für den elektronischen Rechtsverkehr eröffneten Gerichte unter <http://www.egvp.de/gerichte/index.php> – verbindlich sind jedoch nur die Regelungen der Rechtsverordnungen (vgl. dazu BRAK-Magazin 04/2016, S.16).

Behörden

Zahlreiche Behörden nehmen am elektronischen Rechtsverkehr teil und können über das beA erreicht werden.

Notare

Aufgrund von § 78n BNotO erhalten Notare zum 01.01.2018 ein besonderes elektronisches Notarpostfach (beN), dem dieselbe verfahrensrechtliche Qualität (vgl. § 130a Abs. 4 ZPO n.F.) wie dem beA zukommen wird. Bereits heute sind Notare über das beA erreichbar.

Schutzschriftenregister

Zum 1. Januar 2016 wurde entsprechend des § 945a ZPO, der durch das ERV-Gesetz eingeführt wurde, das zentrale elektronische Schutzschriftenregister eingerichtet. Schutzschriften können bei diesem Register über das beA hinterlegt werden und erreichen so alle Zivil- und Arbeitsgerichte. Seit 01.01.2017 sind Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte gemäß § 49c BRAO verpflichtet, Schutzschriften ausschließlich beim elektronischen Schutzschriftenregister einzureichen.

Weitere Informationen

- [BRAK-Magazin 01/2017 – Mit wem kann man über das beA kommunizieren? S. 10](#)
- [BRAK-Magazin 04/2016 – Nicht alles ist, wie es scheint – wann ist der elektronische Rechtsverkehr wirklich eröffnet? S. 16](#)

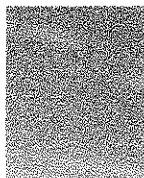
Rechtsanwaltskammern

Auch die Rechtsanwaltskammern verfügen über jeweils ein beA-Postfach, über das sie mit ihren Mitgliedern kommunizieren können.

EGVP-Bürgerpostfächer

Seit Juni 2017 ist über das beA der Austausch von Nachrichten mit sogenannten EGVP-Bürgerpostfächern möglich. Dabei handelt es sich um EGVP-Postfächer, die ohne besondere Voraussetzungen über bestimmte EGVP-Clients (vgl. <http://www.egvp.de/>) eingerichtet werden können. Das „EGVP-Bürgerpostfach“ ist ein EGVP-Postfach mit der Rolle „buerger“. Postfächer mit der Rolle „buerger“ können im EGVP keine anderen „buerger“ adressieren, wohl aber Gerichte und Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (und umgekehrt).

Über die EGVP-Bürgerpostfächer ist eine sichere Kommunikation insbesondere mit Mandanten möglich.



» Startseite » Für Journalisten » Pressemitteilungen - Archiv » 2018 » Presseerklärung 02/2018

DIE BRAK

FÜR ANWÄLTE

FÜR VERBRAUCHER

FÜR JOURNALISTEN

ZUR RECHTSPOLITIK

Pressemitteilungen Archiv

■ 2018

2017

2016

2015

2014

2013

2012

2011

2010

2009

2008

2007

2006

2005

2004

2003

2002

2001

2000

1999

1998

Bilderdownload

Zahlen zur Anwaltschaft

STAR-Bericht

Presseerklärung Nr. 2 v. 18.01.2018 BRAK-Präsidentenkonferenz in Berlin

Die Präsidentinnen und Präsidenten bestätigen das vorgeschlagene Verfahren zur erneuten Inbetriebnahme des beA

Die Präsidentinnen und Präsidenten der 28 Rechtsanwaltskammern und das Präsidium der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) haben in ihrer Sitzung heute ihre Beratungen, die sie auf der außerordentlichen Präsidentenkonferenz am 9. Januar begonnen hatten, fortgesetzt.

Alle Teilnehmer sind sich weiterhin darüber einig, dass das beA erst dann wieder in Betrieb gehen wird, wenn alle relevanten Fragen zur Sicherheit des Systems zweifelsfrei geklärt sind. Die BRAK wird deshalb die vom BSI empfohlene Gesellschaft secunet Security Networks AG mit der Erstellung eines Sicherheitsgutachtens beauftragen. Das Sicherheitsgutachten soll sich dabei insbesondere auf die Frage fokussieren, ob es weiterhin mögliche Sicherheitsrisiken in der Verbindung zwischen Browser und Client Security des beA-Systems gibt.

Die Präsidentinnen und Präsidenten diskutierten auch die Beiträge, die die BRAK unter anderem für die Entwicklung des beA-Systems, den Betriebsaufwand der Rechenzentren und den Support durch einen Service Desk verwendet hat. Dieser jährliche Beitrag, der über die Rechtsanwaltskammern von jedem Mitglied eingezogen wird, liegt für 2018 bei 58 Euro. Mögliche Minderausgaben werden sich, wie auch in den vergangenen Jahren, auf die Beiträge in den kommenden Jahren auswirken.

Der Präsident der BRAK, Ekkehart Schäfer, fasst die Diskussion um das beA wie folgt zusammen: „Ich habe großes Verständnis dafür, dass alle Beteiligten auf eine rasche Inbetriebnahme des beA drängen. Auch die BRAK hat großes Interesse daran, das beA möglichst schnell wieder zur Verfügung zu stellen. Trotzdem dürfen wir das erst dann tun, wenn alle relevanten Fragen zur Sicherheit des Systems zweifelsfrei geklärt sind. Die Präsidentenkonferenz hat hierzu das in der vergangenen Sitzung diskutierte Verfahren bestätigt. Die BRAK wird also die zur Lösung der beA Client Security-Problematik zur Verfügung gestellte Software durch das vom BSI empfohlene Unternehmen begutachten lassen. Des Weiteren wird die BRAK gemeinsam mit externen Entwicklern und Kritikern diesen Lösungsvorschlag im sogenannten beAthon diskutieren. Dieses Vorgehen wird der BRAK die Möglichkeit geben, über gegebenenfalls weitere Schritte bis zur Inbetriebnahme des beA zu entscheiden. Erst dann kann die BRAK auch einen Termin nennen, zu dem das beA wieder starten soll.“

Die Mitglieder der Rechtsanwaltskammern haben für die Realisierung des beA seit 2015 Beiträge von insgesamt rund 32,5 Millionen Euro an die BRAK geleistet. Die BRAK hat daraus an den technischen Dienstleister rund 20,5 Millionen Euro für die Entwicklung und den Betrieb des Systems gezahlt. Die weiteren Aufwendungen für die Realisierung des Systems betragen seit Beginn des Projektes rund 5,5 Millionen Euro. Die derzeit noch zur Verfügung stehenden liquiden Mittel dienen dem Betrieb und der Weiterentwicklung des beA in den kommenden Jahren. Wie bisher werden erwirtschaftete Überschüsse bei der Festsetzung der Beiträge für kommende Jahre berücksichtigt.

Die rechtlichen Grundlagen zur Realisierung des beA-Systems

Wesentliche rechtliche Grundlage für den elektronischen Rechtsverkehr und zur Realisierung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) ist das Gesetz zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10.10.2013 (ERV-Gesetz, BGBl. I 3786) und darauf folgende Gesetze. So hat der Gesetzgeber in § 31a Abs. 3 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) vorgeschrieben, dass der Zugang zum beA über eine Zwei-Faktor-Authentifizierung erfolgen muss. Ebenso sollte das beA barrierefrei ausgestaltet sein. Wunsch war des Weiteren, dass das beA unterschiedlich ausgestaltete Zugangsberechtigungen für Rechtsanwälte und für andere Personen vorsieht. Zum Hintergrund: Bei einer Zwei-Faktor-Authentifizierung erfolgt der Identitätsnachweis mittels der Kombination von voneinander unabhängigen Komponenten. Sind dies zum Beispiel bei einer Bank die Bankkarte und die PIN, sind dies beim beA die beA-Karte und die PIN des Benutzers. Ebenfalls sind Vorgaben der Justiz nach der Bekanntmachung zu § 5 der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung, dass eine Nachricht nicht größer als 60 MB sein und mehr als 100 Anhänge haben darf.

Bestehende EGVP-Lösungen auf dem Markt konnten diesen Anforderungskatalog nicht abbilden (das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) ist ein Standard, mit dem deutsche Gerichte und

» Zur Startseite

Pressekontakt

Rechtsanwältin Stephanie Beyrich
Geschäftsführerin
Pressesprecherin

Bundesrechtsanwaltskammer
Littenstr. 9
10179 Berlin
Tel. 030.28 49 39 - 0
Fax 030.28 49 39 -11
Mail beyrich@brak.de

andere Behörden rechtsverbindlich Nachrichten übermitteln können). Als Dachorganisation der 28 Rechtsanwaltskammern als gemäß §§ 175 ff. BRAO errichtete Körperschaft des öffentlichen Rechts unter der Rechtsaufsicht des Bundesministerium der Justiz fiel es der BRAK zu, die Entwicklung des beA zu verantworten.

[nach oben](#) | [zurück](#) | [Druckversion](#)

BEA

Bundesrechtsanwaltskammer verteilt HTTPS-Hintertüre

Im Rahmen des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (BeA) forderte die Bundesrechtsanwaltskammer ihre Mitglieder dazu auf, ein Root-Zertifikat zu installieren, zu dem der private Schlüssel öffentlich ist. Ein gravierendes Sicherheitsrisiko, das die Funktion von HTTPS aushebelt.

Von Hanno Böck 23. Dezember 2017, 14:32 Uhr




Gestatten,
beA!

Ihr elektronisches Anwaltspostfach



Das besondere elektronische Anwaltspostfach soll ab Januar verpflichtend von Anwälten genutzt werden - doch es kommt mit Sicherheitsproblemen.

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat ihre Mitglieder einem gravierenden Sicherheitsrisiko ausgesetzt. Hintergrund ist das sogenannte besondere elektronische Anwaltspostfach  - eine Kommunikationslösung, mit der Rechtsanwälte verschlüsselt kommunizieren können. Die Nutzung des BeA ist ab Januar für Rechtsanwälte verpflichtend. Die Anwender waren aufgefordert, ein Root-Zertifikat zu installieren, zu dem der private Schlüssel zugänglich ist. Wer das getan hat, sollte das Zertifikat umgehend wieder entfernen.

Stellenmarkt

Mitarbeiter Projektleitung / Consulting im Bereich ERP-Systeme / Microsoft Dynamics NAV

PROTAKT Projekte & Business Software AG, Bad Nauheim

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (m/w)

Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main

Detaillsuche

Wenn die BeA-Software installiert wird, betreibt diese auf dem lokalen Port 9998 einen HTTPS-Server. Damit Verbindungen dazu nicht zu Zertifikatswarnungen führen, wurde dafür ursprünglich ein echtes, von Browsern akzeptiertes und von Telesec signiertes Zertifikat genutzt. Dafür hatte man die Domain bealocalhost.de registriert. Die Domain verweist jedoch auf keine Adresse im Netz, sondern auf die Localhost-Adresse (127.0.0.1).

Zertifikat samt privatem Schlüssel Teil der Software

Das Problem dabei: Da die Software ja selbst die HTTPS-Verbindungen durchführt, muss der private Schlüssel Teil der Software sein. Damit bietet aber eine solche HTTPS-Verbindung keinerlei Schutz. Ein Man-in-the-Middle-Angreifer hätte durch manipulierte DNS-Antworten Anfragen nach bealocalhost.de auf seinen eigenen Server umleiten und dort eine falsche Version der BeA-Software präsentieren können.

Doch diese Vorgehensweise ist nicht nur unsicher, sie verstößt auch gegen die Regeln für

Zertifizierungsstellen, die sogenannten Baseline Requirements. Diese sehen vor, dass Zertifizierungsstellen Zertifikate, deren privater Schlüssel kompromittiert ist, innerhalb von 24 Stunden zurückziehen müssen.

Markus Drenger vom Chaos Computer Club Darmstadt hatte dieses Zertifikat und den privaten Schlüssel entdeckt - und das Problem an Telesec gemeldet, die daraufhin das Zertifikat zurückzogen. Heise Online hatte gestern darüber berichtet.

Der Hersteller der BeA-Software, die Firma Atos, musste nun schnell reagieren - und machte das Problem noch viel schlimmer. Statt eines von Browsern akzeptierten Zertifikats wurde nun ein selbstsigniertes Zertifikat genutzt. Damit Nutzer dazu eine Verbindung aufbauen können, wurden sie in einem Newsletter dazu aufgefordert, das entsprechende Zertifikat in den Root-Zertifikatsspeicher von Windows zu importieren. Darauf wurde Golem.de von dem Rechtsanwalt Matthias Bergt hingewiesen. Windows zeigt dabei eine Warnung an, die man laut der Anleitung ignorieren sollte.

Dieses Zertifikat wird nun genutzt, um den lokalen HTTPS-Server zu betreiben, gleichzeitig ist es aber auch ein Root-Zertifikat, das andere Zertifikate signieren kann. Wieder ist der private Schlüssel Teil der Software. Mit Hilfe des IT-Sicherheitsexperten Craig Young gelang es dem Autor dieses Artikels, diesen Schlüssel zu extrahieren.

Verbindungen zu beliebigen Domains können angegriffen werden

Das Problem dabei: Mit diesem Zertifikat und dem privaten Schlüssel kann man nun beliebige Webseitenzertifikate signieren - etwa für Google.com, Facebook.com oder jede beliebige andere Domain. Ein Angreifer kann also nun nach Belieben Man-in-the-Middle-Angriffe gegen die Internetverbindungen der betroffenen Rechtsanwälte durchführen - und dabei Passwörter ausspionieren, Daten manipulieren und vieles mehr.

Das Problem ist praktisch identisch zu der Sicherheitslücke, die die Software Superfish auf Lenovo-Laptops vor einiger Zeit betraf. Auch Dell und die Software Privdog hatten in der Vergangenheit solche Probleme.

Inzwischen hat man bei der Bundesrechtsanwaltskammer wohl gemerkt, dass das keine so gute Idee war. Der entsprechende Newsletter ist von der Webseite entfernt worden, die Anleitung ist aber noch abrufbar. Über die Sicherheitsrisiken werden die Nutzer aber nicht aufgeklärt, auf der Webseite heißt es zur Zeit lediglich: *"Es traten vereinzelt Verbindungsprobleme zur BeA-Webanwendung auf. Um die erforderliche Verbindungsstabilität zu BeA sicherzustellen, hat sich die Bundesrechtsanwaltskammer entschlossen, BeA am 23. und 24. Dezember sowie an den Weihnachtsfeiertagen für Wartungsarbeiten vom Netz zu nehmen."*

Unser Online-Test prüft, ob man verwundbar ist

Golem.de hat einen Test bereitgestellt, mit dem betroffene Anwender prüfen können, ob sie das Zertifikat installiert haben. Wer das Zertifikat installiert hat, sollte es umgehend wieder entfernen. Dafür ruft man unter Windows in der Systemsteuerung die Internetoptionen auf. Unter dem Reiter "Inhalt" findet sich der Button "Zertifikate". Dort kann man das Zertifikat in der Liste der vertrauenswürdigen Stammzertifizierungsstellen finden und durch einen Klick auf "Entfernen" unschädlich machen.

Wir haben versucht, die Bundesrechtsanwaltskammer telefonisch und per E-Mail zu erreichen, um eine Stellungnahme zu erhalten. Doch am Samstag vor Weihnachten ist dort niemand erreichbar. Eine Bandansage teilt Nutzern dasselbe mit, was zur Zeit auf der Webseite steht: Dass das BeA zur Zeit offline ist. ■

Themenseiten:

TLS, Atos, BeA, Man-in-the-Middle, Passwort, Sicherheitslücke, Superfish, Server, Technologie, Applikationen, Internet, Politik/Recht

[Zu den Kommentaren springen](#)

Verwandte Artikel

BEA

So geht es mit dem Anwaltspostfach weiter

BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Anwälte sollen BeA sofort deinstallieren

ANWALTSPOSTFACH

Die unnötige Ende-zu-Mitte-Verschlüsselung von BeA

ROBOT-ANGRIFF

Arbeitsagentur nutzt uralte Cisco-Geräte

OCULUS RIFT

Zertifikat legt virtuelle Realität lahm

Meistgelesen

XBOX ADAPTIVE CONTROLLER AUSPROBIERT

19 x Klinke, 1 x Controller, 0 x Probleme

UNITI ONE

Günstiges Elektroauto aus Schweden ist fertig

YOUTUBE MUSIC

Google attackiert Spotify mit kostenlosem Musikstreaming

BLACK-HOODIE-TRAINING

"Einmal nicht Alien sein, das ist toll!"

TELEFONABZOCKE

Dirty Harry erklärt mein Windows für kaputt

Hardware-Angebote

ANZEIGE

Alienware Gaming-PC-Angebote
bei dell.com

TIPP: Restposten bei Media Markt reduziert

Sharkoon M25 Silent PCGH-Edition
59,90€

TIPP: Mindstar
(Neuware für kurze Zeit zum Sonderpreis bei
Mindfactory)

[Weitere Angebote](#)

Kommentarübersicht

Re: Vielleicht so gewollt

LearnYourJob 30. Dez 2017

Keiner sprach davon dass jeder alles kennen muss aber wenn ein langjähriger WEBENTWICKLER...

Re: also das Vorgehen der firma atos...

hagman 27. Dez 2017

Ich würde durchaus eher von einem verbreiteten und umfangreichen Nicht-Wissen ausgehen...

Re: Kommunikation zwischen Anwälten

RichardEb 26. Dez 2017

Das Problem ist das die Gerichte dann auch eine revisionssichere Archivierung brauchen...

Re: Das Problem mit den Zertifikaten

LearnYourJob 25. Dez 2017

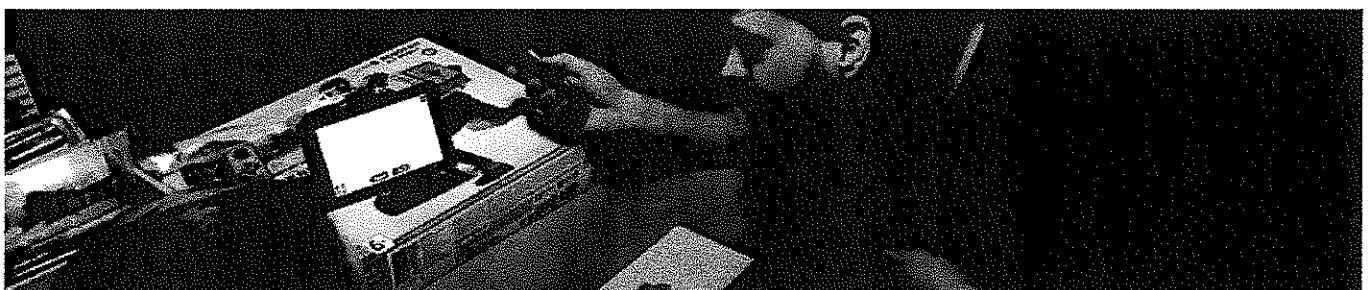
Macht es das besser? Es ist heute auch üblich sich seine Meinung aus Blasen in sozialen...

Re: Warum darf das Zertifikat weiter Zertifikate...

LearnYourJob 24. Dez 2017

Die Frage ist im Artikel selbst hinreichend beantwortet und zwar mit JA

Folgen Sie uns

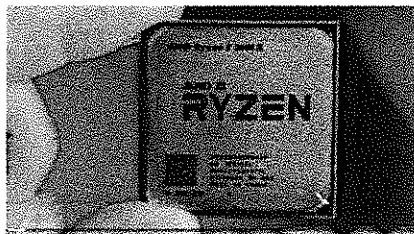




Golem.de baut das Labo-Haus - Timelapse

Wir haben uns beim Aufbau vom Nintendo-Labo-Haus gefilmt und die Eindrücke im Timelapse gesichert.

AMD Zen



RYZEN 5 2600X IM TEST

AMDs Desktop-Allrounder

Der Ryzen 5 2600X ist eine der besten sechskernigen CPUs am Markt. Für gut 200 Euro liefert er die gleiche Leistung wie der Core i5-8600K. Der AMD-Chip hat klare Vorteile bei Anwendungen, das Intel-Modell in Spielen.

Ein Test von Marc Sauter

GOLEM.DE-LIVESTREAM Wie gut ist AMDs Ryzen 2000?

RAM-OVERCLOCKING GETESTET Auch Ryzen 2000 profitiert von schnellem Speicher

RYZEN 2400GE/2200GE AMD veröffentlicht sparsame 35-Watt-APUs

Pillars of Eternity



PILLARS OF ETERNITY 2 IM TEST

Fantasy unter Palmen

Ein klassisches PC-Rollenspiel in der Art von Baldur's Gate, aber in einem karibisch angehauchten Szenario mit Piraten und Segelschiffen: Pillars of Eternity 2 entpuppt sich im Test als spannendes Abenteuer mit viel Flair.

Ein Test von Peter Steinlechner

Golem.de



LESERUMFRAGE

Wie sollen wir Golem.de erweitern?

In unserer ersten Umfrage haben wir erfahren, dass Sie grundlegend mit uns zufrieden sind. Nun möchten wir wissen: Was können wir noch besser machen? Und welche Zusatzangebote wünschen Sie sich?

STELLENANZEIGE Golem.de sucht Redakteur/-in für IT-Sicherheit

LESERUMFRAGE Wie gefällt Ihnen Golem.de?

JAHRESRÜCKBLICK 2017 Das Jahr der 20 Jahre

Themen A B C D E F G H I J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z #

Golem.de

Tests

PC-Hardware

Prozessoren

Grafikkarten

Eingabegeräte

Speichermedien

4K

Mini-PC

Router

USB

Digitale Fotografie

Software

Browser

Chrome

Firefox

Bittorrent

Linux

Mac OSX

Windows

Open Source

API

Softwareentwicklung

Programmiersprache

HTML5

Docker

Mobil

Akku

Android

Cyanogenmod

iOS

Windows Phone

Mobilfunk

Oneplus

Smartphone

Smartwatch

Tablet

Wearable

Streaming

Whatsapp

Games

Spieletests

Oculus Rift

Spielekonsole

Playstation 4

Xbox One

Steam

Hausautomation

Smarthome

LED-Lampe

DIY - Do it yourself

Anleitung

Raspberry Pi

Security

Hacker

Sicherheitslücke

TOR-Netzwerk

Verschlüsselung

Chaos Computer Club

Netpolitik

Datenschutz

DSGVO

NSA

Überwachung

Vorratsdatenspeicherung

Europäische Union

Icann

Wissenschaft

3D-Drucker

Augmented Reality

Automobil

Cloud Computing

Drohne

Künstliche Intelligenz

Roboter

Raumfahrt

Quantencomputer

Supercomputer

Virtuelle Realität

Wirtschaft

Amazon

Apple

Bitcoin

Facebook

Google

IBM

Intel

Microsoft

Mozilla

Samsung

Sony

Yahoo

Wikipedia

Sie befinden sich hier: [Home](#) » [Fragen und Antworten](#) » **F. beA muss vorerst offline bleiben**

Was ist das beA?	Wann kommt das beA?	Wie sicher ist das beA?	Was braucht man für das beA?	Wie funktioniert das beA?	Fragen und Antworten.
------------------	---------------------	-------------------------	------------------------------	---------------------------	------------------------------

F. beA muss vorerst offline bleiben

1. Warum ist das beA außer Betrieb?

2. Worin genau besteht das Sicherheitsrisiko, das aus dem am 22. Dezember online gestellten Zertifikat resultieren soll?

Aus dem am 22. Dezember online gestellten Zertifikat resultiert nach Installation ein Sicherheitsrisiko für die PC-Umgebung des Nutzers der beA-Plattform.

Mit Hilfe dieses Zertifikats ist es Hackern möglich, eigene Webseiten als vertrauenswürdig zu präsentieren, obwohl diese nicht vertrauenswürdig sind. Der Hacker könnte zudem einen weiteren IT-Sicherheitsangriff durchführen. Dieses Vorgehen würde den Angreifer in die Lage versetzen, Anwenderinnen und Anwender auf eigene Webseiten umzuleiten und im äußersten Fall den Rechner mit Schadsoftware zu infizieren.

3. Worin genau besteht das Sicherheitsrisiko, das mit der Nutzung veralteter Java-Bibliotheken zusammenhängen soll und auf das der Chaos Computer Club auf dem sogenannten beAthon aufmerksam gemacht hat?

4. Ich habe am 22. Dezember das online gestellte Zertifikat installiert. Wie kann ich es wieder deinstallieren?

5. Wie kann ich die bisherige Client Security des beA deinstallieren?

6. War die Kommunikation über das beA jederzeit sicher oder gibt es auch hier Sicherheitslücken?

7. Kann ein Zugang zu den Nachrichten im beA auf alternativem Weg gewährleistet werden, wenn das beA – wie derzeit – nicht erreichbar ist?

8. Sind die Gerichte über die Abschaltung der beA-Plattform informiert?

9. Welche Auswirkung hat die Abschaltung des beA-Systems auf die passive Nutzungspflicht für Rechtsanwälte?

10. In der ERVV (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung) sind Formalia zur Übermittlung von elektronischen Dokumenten an Gerichte geregelt. Gelten diese Formalia auch, so lange das beA nicht nutzbar ist?

11. Wird der EGVP-Client zur Verfügung stehen, solange das beA außer Betrieb ist?

12. Was bedeutet die Offline-Stellung des beA für die erweiterte Nutzungsverpflichtung im automatisierten Mahnverfahren?

13. Ist die Nutzung des Bundesweiten Amtlichen Anwaltsverzeichnisses (BRAV) möglich, solange die beA-Plattform außer Betrieb ist?

14. Wie ist die Nutzung des zentralen elektronischen Schutzschriftenregisters (ZSSR) ohne das beA möglich?

15. Sind zurzeit Bestellungen über das Portal der Bundesnotarkammer (BNotK) möglich?

16. Wann geht das beA wieder in Betrieb?

17. Wird die BRAK den Rechtsanwälten eine angemessene Frist zwischen Ankündigung und Wiederinbetriebnahme der beA-Plattform einzuräumen?

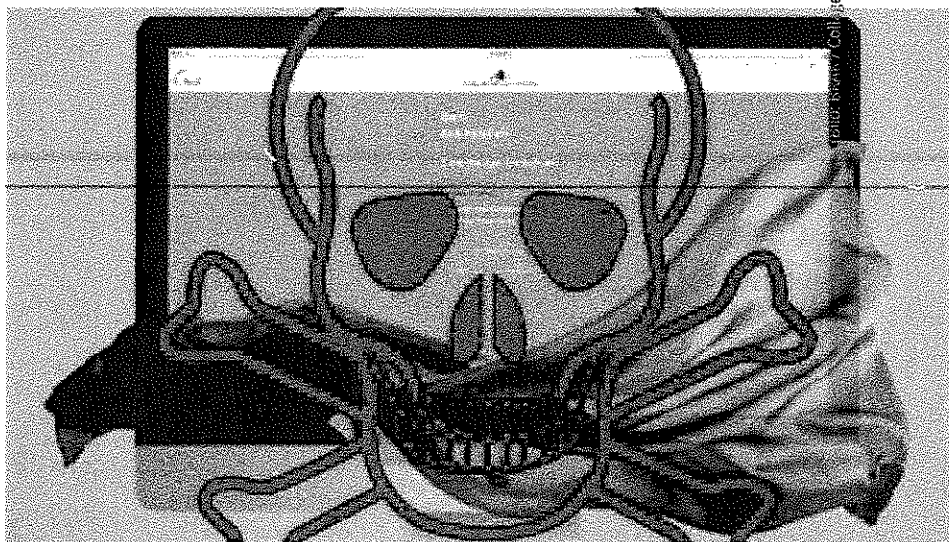
18. Welche früheren Sicherheitstests wurden vor Inbetriebnahme des beA am 28.11.2016 durchgeführt?

BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Anwälte sollen BeA sofort deinstallieren

Wer die Software für das Besondere elektronische Anwaltspostfach installiert hat, sollte diese so schnell wie möglich entfernen. Der BeA-Client ist von einer Java-Deserialisierungslücke betroffen, über die bösartige Webseiten Code ausführen und einen Rechner übernehmen können.

26. Januar 2018, 20:46 Uhr Hanno Böck



Die BeA-Software kommt nicht zur Ruhe - jetzt empfiehlt die Bundesrechtsanwaltskammer, die bisherige Version erstmal zu deinstallieren.

Die Software für das Besondere elektronische Anwaltspostfach (BeA) hat eine weitere gravierende Sicherheitslücke, die Bundesrechtsanwaltskammer empfiehlt daher nun allen Anwälten, die BeA-Software zu deaktivieren ☐. Das wurde heute im Rahmen des sogenannten BeAthon bekannt, einer Veranstaltung, zu der die Bundesrechtsanwaltskammer externe Sicherheitsexperten und Vertreter von diversen Rechtsanwaltsorganisationen eingeladen hatte. Die Lücke ist völlig unabhängig von dem Problem, das kurz vor Weihnachten zur Abschaltung des Anwaltspostfachs geführt hat.

Stellenmarkt

Scrum Master (m/w) Digitale Produkte
Alfred Kärcher GmbH & Co. KG, Winnenden
bei Stuttgart

Software Architect (m/w) Java / Java EE
PROJECT Real Estate AG, Nürnberg

Detaillsuche

Markus Drenger vom Chaos Computer Club Darmstadt erläuterte auf dem BeAthon das Problem. Demnach ist die BeA-Software von einer sogenannten Java-Deserialisierungslücke ☐ betroffen. Die Software öffnet lokal auf dem Rechner einen HTTPS-Server, zu dem auch Webseiten über Websockets eine Verbindung aufbauen können.

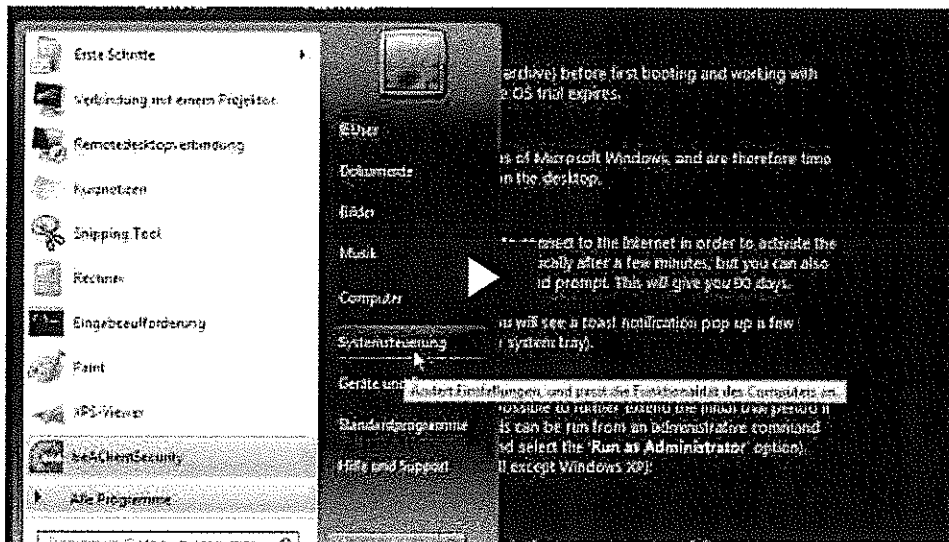
Java-Deserialisierungslücke ermöglicht Codeausführung

Dieser lokale HTTPS-Server verarbeitet empfangene Objekte mit der Java-Bibliothek Jackson, die von dieser Sicherheitslücke betroffen ist. Durch eine trickreiche Konstruktion einer Anfrage ist es möglich, die Software dazu zu bringen, Code auszuführen. Damit kann ein Angreifer dann nach Belieben Software auf dem Rechner des Anwalts starten und beispielsweise vorhandene Daten kopieren oder verändern.

Die Bundesrechtsanwaltskammer empfiehlt nun selbst allen Rechtsanwälten, die Software schnellstmöglich zu deinstallieren oder aus der Autostart-Funktion von Windows zu entfernen. Markus Drenger hatte nach eigenen Angaben die Rechtsanwaltskammer bereits am 20. Dezember über die Sicherheitslücke informiert.

Rechtsanwaltskammer wusste bisher nicht, wie schwerwiegend diese Lücke ist

Ein Vertreter des Vorstandes der Bundesrechtsanwaltskammer war über Drengers Darstellung überrascht. Demnach hatte Atos die Kammer nicht darüber informiert, wie schwerwiegend diese Lücke ist.



Video: Deinstallation von beA (besonderes elektronisches Anwaltspostfach) (0:53)

Zunächst gab es Unklarheit darüber, ob die Lücke nach wie vor aktiv ist. Die Rechtsanwaltskammer hatte noch während des BeAthon den Hersteller Atos kontaktiert. Von Atos war kein Vertreter vor Ort, die Firma hatte kurzfristig ihre Teilnahme abgesagt.

Laut Atos startet der BeA-Client überhaupt nicht, da zur Zeit das BeA-Serversystem nicht aktiv ist. Damit wäre die genannte Lücke kein Problem. Markus Drenger konnte sich aber auf einem Testsystem nach wie vor mit dem lokalen Server verbinden. Die Rechtsanwaltskammer entschied sich, auf Nummer sicher zu gehen, und warnt nun ihre Mitglieder offiziell vor ihrer eigenen Software.

Einen ausführlichen Bericht über den BeAthon und über die anderen dort diskutierten Sicherheitsprobleme wird Golem.de am Montag veröffentlichen. ■

Themenseiten:

BeA, Atos, CCC, Java, Programmiersprache, Sicherheitslücke, Server, Applikationen, Internet, Politik/Recht

[Zu den Kommentaren springen](#)

Erhalte täglich die wichtigsten IT-News mit unserem Newsletter:

ANMELDEN

3 Tage Schnupper-Abo

Golem pur • Golem.de im Abo ohne Werbung nutzen

[Mehr erfahren >](#)

Verwandte Artikel

BEA

So geht es mit dem Anwaltspostfach weiter

BEA

Soldan will Anwälte das Internet ausdrucken

GERICHTSPOSTFACH

EGVP-Client kann weiter genutzt werden

ZERTIFIKATE

Trustico verwundbar für Root-Code-Injection

Meistgelesen

XBOX ADAPTIVE CONTROLLER AUSPROBIERT

19 x Klinke, 1 x Controller, 0 x Probleme

UNITI ONE

Günstiges Elektroauto aus Schweden ist fertig

YOUTUBE MUSIC

Google attackiert Spotify mit kostenlosem Musikstreaming

BLACK-HOODIE-TRAINING

Top-Angebote

NEU: Weekend-Promo bei Gamesplanet
(u. a. Stellaris 12,99€, Pillars of Eternity Hero Edition 13,99€, Cities: Skylines Deluxe...

NEU: HTC Vive VR-Brille kaufen
und 50€-Steam-Guthaben erhalten

NEU: Project CARS 2
22,99€

AMAZON ZIEHT MIT: Crucial MX500 1-TB-SSD

ANZEIGE

Kommentarübersicht

Governikus Communicater - Betroffen?

LinkZwoDreiVier 05. Feb 2018

Hallo, der Governikus Communicater, hat ein "Sicherheitsupdate" bekommen. Da die Firma...

Re: Elektronische Gesundheitskarte, Atos mit dabei

M.P. 29. Jan 2018

Die Süddeutsche titelte schon vor 6 Monaten Elektronische Gesundheitskarte offenbar vor...

Re: java is bei uns rausgeflogen lange vor flash

bombinho 29. Jan 2018

Das faengt doch schon mit simplen Dingen an, dass zum Beispiel standardmaessig...

Re: Wieso kein WOT auf Basis von GnuPG oder S...

ML82 28. Jan 2018

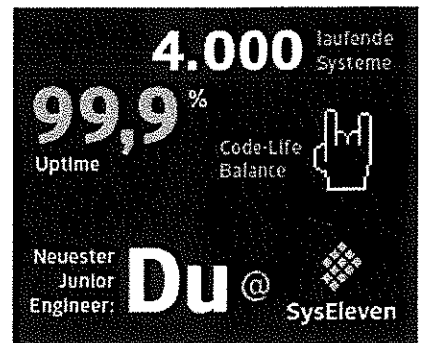
"not inventet here" ist kein prinzip sondern ein syndrom.

Wer hatte ueberhaupt die Idee, ...

bombinho 28. Jan 2018

saemtliche anwaltliche Kommunikation ueber einen Onlinekanal zu buendeln und zum Schutz...

Folgen Sie uns



Pillars of Eternity 2 - Fazit

Das Entwicklerstudio Obsidian hat sich für Pillars of Eternity 2 ein unverbrauchtes Szenario gesucht. Im Fazit zeigen wir Spielszenen aus dem Baldur's-Gate-mäßigen Rollenspiel, das wirkt, als handele es in der Karibik.

AMD Zen



Pillars of Eternity



Golem.de





RYZEN 5 2600X IM TEST

AMDs Desktop-Allrounder

Der Ryzen 5 2600X ist eine der besten sechskernigen CPUs am Markt. Für gut 200 Euro liefert er die gleiche Leistung wie der Core i5-8600K. Der AMD-Chip hat klare Vorteile bei Anwendungen, das Intel-Modell in Spielen.

Ein Test von Marc Sauter

GOLEM.DE-LIVESTREAM Wie gut ist AMDs Ryzen 2000?

RAM-OVERCLOCKING GETESTET Auch Ryzen 2000 profitiert von schnellem Speicher

RYZEN 2400GE/2200GE AMD veröffentlicht sparsame 35-Watt-APUs



PILLARS OF ETERNITY 2 IM TEST

Fantasy unter Palmen

Ein klassisches PC-Rollenspiel in der Art von Baldur's Gate, aber in einem karibisch angehauchten Szenario mit Piraten und Segelschiffen: Pillars of Eternity 2 entpuppt sich im Test als spannendes Abenteuer mit viel Flair.

Ein Test von Peter Steinlechner



LESERUMFRAGE

Wie sollen wir Golem.de erweitern?

In unserer ersten Umfrage haben wir erfahren, dass Sie grundlegend mit uns zufrieden sind. Nun möchten wir wissen: Was können wir noch besser machen? Und welche Zusatzangebote wünschen Sie sich?

STELLENANZEIGE Golem.de sucht Redakteur/-in für IT-Sicherheit

LESERUMFRAGE Wie gefällt Ihnen Golem.de?

JAHRESRÜCKBLICK 2017 Das Jahr der 20 Jahre

Themen	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	#
Golem.de			Software					Mobil			Games					Security					Wissenschaft			Wirtschaft			
Tests			Browser					Akku			Spieletests					Hacker					3D-Drucker			Amazon			
			Chrome					Android			Oculus Rift					Sicherheitslücke					Augmented Reality			Apple			
PC-Hardware			Firefox					Cyanogenmod			Spielekonsole					TOR-Netzwerk					Automobil			Bitcoin			
Prozessoren			Bittorrent					iOS			Playstation 4					Verschlüsselung					Cloud Computing			Facebook			
Grafikkarten			Linux					Windows Phone			Xbox One					Chaos Computer Club					Drohne			Google			
Eingabegeräte			Mac OS X					Mobilfunk			Steam						Netpolitik				Künstliche Intelligenz			IBM			
Speichermedien			Windows					Oneplus				Hausautomation				Datenschutz					Roboter			Intel			
4K			Open Source					Smartphone				Smarthome				DSGVO					Raumfahrt			Microsoft			
Mini-PC			API					Smartwatch				LED-Lampe				NSA					Quantencomputer			Mozilla			
Router								Tablet								Überwachung					Supercomputer			Samsung			
USB			Softwareentwicklung					Wearable			DIY - Do it yourself					Vorratsdatenspeicherung					Virtuelle Realität			Sony			
			Programmiersprache					Streaming			Anleitung					Europäische Union								Yahoo			
Digitale Fotografie			HTML5					Whatsapp			Raspberry Pi					Jcann								Wikipedia			
			Docker																								

Sie befinden sich hier: [Home](#) » [Fragen und Antworten](#) » **F. beA muss vorerst offline bleiben**

Was ist das beA?	Wann kommt das beA?	Wie sicher ist das beA?	Was braucht man für das beA?	Wie funktioniert das beA?	Fragen und Antworten.
------------------	---------------------	-------------------------	------------------------------	---------------------------	------------------------------

F. beA muss vorerst offline bleiben

1. Warum ist das beA außer Betrieb?
2. Worin genau besteht das Sicherheitsrisiko, das aus dem am 22. Dezember online gestellten Zertifikat resultieren soll?

3. Worin genau besteht das Sicherheitsrisiko, das mit der Nutzung veralteter Java-Bibliotheken zusammenhängen soll und auf das der Chaos Computer Club auf dem sogenannten beAthon aufmerksam gemacht hat?

Nach Auffassung des Chaos Computer Clubs ist die beA-Client Security von einer sogenannten Java-Deserialisierungslücke betroffen. Die beA-Software soll lokal auf dem Rechner einen HTTPS-Server öffnen, zu dem dann auch Webseiten über Websockets eine Verbindung aufbauen könnten. Der lokale HTTPS-Server soll empfangene Objekte mit der Java-Bibliothek Jackson verarbeiten, die von der genannten Sicherheitslücke betroffen ist. Durch eine trickreiche Konstruktion einer Anfrage soll es so möglich sein, die beA-Software dazu zu bringen, Code auszuführen. Damit könnte ein Angreifer nach Belieben Software auf dem Rechner des Anwalts starten.

Die BRAK empfiehlt darüber hinaus allen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die beA-Client Security auf ihren PCs zu deaktivieren. Dies kann auf zwei Weisen geschehen: Entweder durch Deinstallation der Client Security oder durch Schließen der Client Security auf dem Rechner und das anschließende Entfernen der Client Security aus dem Autostart des Rechners.

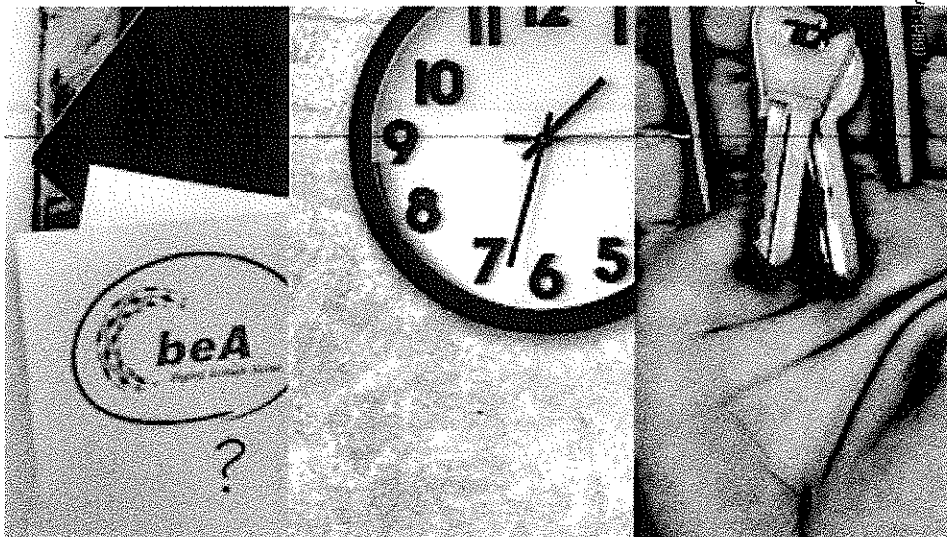
4. Ich habe am 22. Dezember das online gestellte Zertifikat installiert. Wie kann ich es wieder deinstallieren?
5. Wie kann ich die bisherige Client Security des beA deinstallieren?
6. War die Kommunikation über das beA jederzeit sicher oder gibt es auch hier Sicherheitslücken?
7. Kann ein Zugang zu den Nachrichten im beA auf alternativem Weg gewährleistet werden, wenn das beA – wie derzeit – nicht erreichbar ist?
8. Sind die Gerichte über die Abschaltung der beA-Plattform informiert?
9. Welche Auswirkung hat die Abschaltung des beA-Systems auf die passive Nutzungspflicht für Rechtsanwälte?
10. In der ERVV (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung) sind Formalia zur Übermittlung von elektronischen Dokumenten an Gerichte geregelt. Gelten diese Formalia auch, so lange das beA nicht nutzbar ist?
11. Wird der EGVP-Client zur Verfügung stehen, solange das beA außer Betrieb ist?
12. Was bedeutet die Offline-Stellung des beA für die erweiterte Nutzungsverpflichtung im automatisierten Mahnverfahren?
13. Ist die Nutzung des Bundesweiten Amtlichen Anwaltsverzeichnisses (BRAV) möglich, solange die beA-Plattform außer Betrieb ist?
14. Wie ist die Nutzung des zentralen elektronischen Schutzschriftenregisters (ZSSR) ohne das beA möglich?
15. Sind zurzeit Bestellungen über das Portal der Bundesnotarkammer (BNotK) möglich?
16. Wann geht das beA wieder in Betrieb?
17. Wird die BRAK den Rechtsanwälten eine angemessene Frist zwischen Ankündigung und Wiederinbetriebnahme der beA-Plattform einzuräumen?
18. Welche früheren Sicherheitstests wurden vor Inbetriebnahme des beA am 28.11.2016 durchgeführt?

BEA

So geht es mit dem Anwaltspostfach weiter

Darf eine Webseite erkennen, ob ein Nutzer Anwalt ist? Und braucht es eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung? Auf dem BeAthon hat die Bundesrechtsanwaltskammer über die Zukunft des von Sicherheitsproblemen geplagten Anwaltspostfachs BeA diskutiert - und will es bald wieder aktivieren.

Ein Bericht von Hanno Böck 29. Januar 2018, 12:00 Uhr



"Digital. Einfach. Sicher" heißt es nach wie vor auf der BeA-Webseite. Dass dem nicht so ist, darüber besteht inzwischen Einigkeit.

Das besondere elektronische Anwaltspostfach, kurz BeA, hat bekanntlich mit zahlreichen Sicherheitsproblemen zu kämpfen. Es wurde Ende 2017 aufgrund von bekanntgewordenen Problemen mit eingebetteten TLS-Zertifikaten kurzfristig abgeschaltet und ist seitdem offline. Wie es weitergeht, hat die Bundesrechtsanwaltskammer (Brak) auf einem sogenannten BeAthon in Berlin diskutiert.



Video: Hanno Böck über BeA - Interview (6:45)

Inhalt:

1. BeA: So geht es mit dem

Die Herstellerfirma Atos beteiligte sich allerdings nicht an der Diskussion - sie

- Anwaltspostfach weiter
- 2. Exploit mittels Java-Deserialisierung
- 3. XSS: Wie kann man so eine triviale Lücke übersehen?
- 4. Die Key Custodians können BeA-Nachrichten knacken
- 5. Quellcode veröffentlichen? Vielleicht

sagte die Teilnahme kurz vor Beginn ab. Auch das Unternehmen Governikus, das maßgeblich an der Entwicklung von BeA beteiligt war, wurde von Atos angewiesen, nicht teilzunehmen. *"Atos hat dann mit uns per Pressemitteilung kommuniziert"*, kommentierte das einer der Anwesenden.

Kurz vor der Veranstaltung gab Atos nämlich eine Pressemitteilung heraus, in der das Unternehmen erklärte, es habe der Brak nun eine neue Version von BeA bereitgestellt. Mit dieser sei das Problem mit dem TLS-Zertifikat gelöst. Auf die zahlreichen anderen Probleme ging Atos allerdings nicht ein.

BeA soll nach Sicherheitsgutachten in Betrieb gehen

Die Bundesrechtsanwaltskammer plant nach wie vor, das BeA grundsätzlich in seiner bisherigen Form wieder in Betrieb zu nehmen. Ein Datum dafür wollte sie aber explizit nicht nennen. Vorher sollen alle aufgeworfenen Sicherheitsfragen geklärt werden. Die Firma Secunet wurde beauftragt, die Sicherheit des Systems zu prüfen. Vertreter des Unternehmens nahmen am BeAthon teil, sie hielten sich aber überwiegend aus der Diskussion heraus.

Stellenmarkt

Mitarbeiter Projektleitung / Consulting im Bereich ERP-Systeme / Microsoft Dynamics NAV

PROTAKT Projekte & Business Software AG, Bad Nauheim

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (m/w)

Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt am Main

Detaillsuche

Diskussionen darüber, ob das BeA ganz grundsätzlich neugestaltet werden soll, versuchte man aus der Veranstaltung herauszuhalten. Der Deutsche EDV-Gerichtstag plant für März ein Symposium, auf dem ganz generell über die zukünftige Ausrichtung und ein mögliches BeA Plus diskutiert werden soll.

Ein Zertifikat für jede Installation

Als Lösung für das Problem mit dem TLS-Zertifikat schlägt Atos nun vor, dass bei jeder Installation ein individuelles Zertifikat generiert wird. Eine solche Lösung hielten alle anwesenden Fachleute generell für akzeptabel - wenn sie denn korrekt implementiert ist. Sichergestellt werden muss dabei, dass in jedem Fall auch ein neuer privater Schlüssel erzeugt wird.

Das TLS-Zertifikat ist für die bestehende Konstruktion des BeA notwendig. Die Nutzung läuft über eine Webanwendung, die mit einem lokalen HTTPS-Server auf Port 9998 kommuniziert. Bei einer solchen Konstruktion ist es notwendig, dass der lokale HTTPS-Server Zugriff auf den privaten Schlüssel hat. Ein Anwalt äußerte Bedenken. Die manuelle Installation eines Sicherheitszertifikats sei in Kanzleien, in denen eine Sicherheitspolicy für das Netzwerk festgelegt wird, nicht einfach machbar.

Theoretisch gäbe es auch die Möglichkeit, komplett auf HTTPS und ein Zertifikat zu verzichten. Da die Verbindung sowieso nur auf dem eigenen Rechner stattfindet, ist eine Verschlüsselung nicht notwendig.

Ein Standard des World Wide Web Consortium (W3C) sieht vor, dass solche Localhost-Verbindungen auch über HTTP als sichere Verbindungen angesehen werden. Doch bisher unterstützen diesen Standard nur aktuelle Versionen von Chrome und Firefox.

Exploit mittels Java-Deserialisierung >

1 2 3 4 5 >

Themenseiten:

BeA, Atos, CCC, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Java, Programmiersprache, Sicherheitslücke, Signal, Server, Applikationen, Internet, Politik/Recht

[Zu den Kommentaren springen](#)

Erhalte täglich die wichtigsten IT-News mit unserem Newsletter:

E-Mail-Adresse

ANMELDEN

[Füge Schnupper-Abo](#)

Verwandte Artikel

BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Anwälte sollen BeA sofort deinstallieren

ATOS

Hersteller von Anwaltspostfach will keine Fragen beantworten

ANWALTSPOSTFACH

Die unnötige Ende-zu-Mitte-Verschlüsselung von BeA

GERICHTSPOSTFACH

EGVP-Client kann weiter genutzt werden

ANGEBLICHE BACKDOOR

Kryptographen kritisieren Whatsapp-Bericht des Guardian

Meistgelesen

XBOX ADAPTIVE CONTROLLER AUSPROBIERT

19 x Klinken, 1 x Controller, 0 x Probleme

UNITI ONE

Günstiges Elektroauto aus Schweden ist fertig

YOUTUBE MUSIC

Google attackiert Spotify mit kostenlosem Musikstreaming

BLACK-HOODIE-TRAINING

"Einmal nicht Alien sein, das ist toll!"

TELEFONABZOCKE

Dirty Harry erklärt mein Windows für kaputt

Hardware-Angebote

TIPP: Restposten bei Media Markt reduziert

Sharkoon M25 Silent PCGH-Edition

59,90€

Laptops, PCs, Tablets uvm. günstiger

EVGA GeForce GTX 1070 SC Gaming ACX 3.0 Black Edition

469€ + Versand

Weitere Angebote

Kommentarübersicht

Re: Lächerliche Dilettanten-Software made in Germany!

derdiedas 05. Feb 2018

Was erwartest Du denn? ATOS kann keine anständigen Gehälter zahlen (ansonsten würde das...

Re: eine sache der anwälte...

mimimi123 30. Jan 2018

Nein??

Re: Key Custodian und HSM

BernardMarx 30. Jan 2018

Danke, dass Sie sich die Zeit genommen haben diesen Eintrag zu schreiben. Ich habe...

Re: OT: Jagd auf Roter Oktober

intnotnull12 29. Jan 2018

Ja, aber die BRAK will ja offenbar ganz auf Nummer sicher gehen. So interpretiere ich den...

Re: Notare haben das ja schon

berritorre 29. Jan 2018

Kenne mich zwar nicht aus, ob das System auch für Anwälte passt. Aber du weisst ja wie...

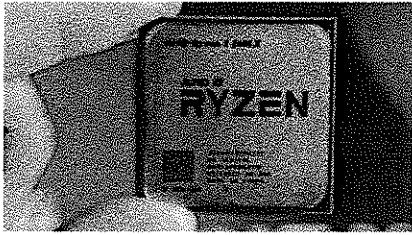
Folgen Sie uns



Razer-Nommo-Chroma-Boxen - Test

Haartrockner oder doch Lautsprecher? Wir testen Razers Nommo-Chroma-Boxen und tendieren zu Ersterem.

AMD Zen



RYZEN 5 2600X IM TEST

AMDs Desktop-Allrounder

Der Ryzen 5 2600X ist eine der besten sechskernigen CPUs am Markt. Für gut 200 Euro liefert er die gleiche Leistung wie der Core i5-8600K. Der AMD-Chip hat klare Vorteile bei Anwendungen, das Intel-Modell in Spielen.

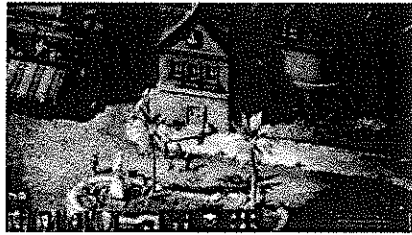
Ein Test von Marc Sauter

GOLEM.DE-LIVESTREAM Wie gut ist AMDs Ryzen 2000?

RAM-OVERCLOCKING GETESTET Auch Ryzen 2000 profitiert von schnellem Speicher

RYZEN 2400GE/2200GE AMD veröffentlicht sparsame 35-Watt-APUs

Pillars of Eternity



PILLARS OF ETERNITY 2 IM TEST

Fantasy unter Palmen

Ein klassisches PC-Rollenspiel in der Art von Baldur's Gate, aber in einem karibisch angehauchten Szenario mit Piraten und Segelschiffen: Pillars of Eternity 2 entpuppt sich im Test als spannendes Abenteuer mit viel Flair.

Ein Test von Peter Steinlechner

Golem.de



LESERUMFRAGE

Wie sollen wir Golem.de erweitern?

In unserer ersten Umfrage haben wir erfahren, dass Sie grundlegend mit uns zufrieden sind. Nun möchten wir wissen: Was können wir noch besser machen? Und welche Zusatzangebote wünschen Sie sich?

STELLENANZEIGE Golem.de sucht Redakteur/-in für IT-Sicherheit

LESERUMFRAGE Wie gefällt Ihnen Golem.de?

JAHRESRÜCKBLICK 2017 Das Jahr der 20 Jahre

Themen	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	#
Golem.de			Software					Mobil				Games				Security				Wissenschaft			Wirtschaft				
Tests			Browser					Akku				Spieletests				Hacker				3D-Drucker			Amazon				
			Chrome					Android				Oculus Rift				Sicherheitslücke				Augmented Reality			Apple				
PC-Hardware			Firefox					Cyanogenmod				Spielekonsole				TOR-Netzwerk				Automobil			Bitcoin				
Prozessoren			Bittorrent					iOS				Playstation 4				Verschlüsselung				Cloud Computing			Facebook				
Grafikkarten			Linux					Windows Phone				Xbox One				Chaos Computer Club				Drohne			Google				
Eingabegeräte			Mac OSX					Mobilfunk				Steam								Künstliche Intelligenz			IBM				
Speichermedien			Windows					Oneplus					Hausautomation			Datenschutz				Roboter			Intel				
4K			Open Source					Smartphone												Raumfahrt			Microsoft				
Mini-PC			API					Smartwatch												Quantencomputer			Mozilla				
Router								Tablet												Supercomputer			Samsung				
USB			Softwareentwicklung					Wearable				DIY - Do it yourself				Überwachung				Virtuelle Realität			Sony				
Digitale Fotografie			Programmiersprache					Streaming				Anleitung				Vorratsdatenspeicherung							Yahoo				
			HTMLS					Whatsapp								Europäische Union											
			Docker									Raspberry Pi				ICann							Wikipedia				

EGVP

- Allgemeine Informationen
- Rechtliche Grundlagen
- Bearbeitungsvoraussetzungen
- Downloads
- Sperrung ungenutzter oder verwaister Postfächer
- Informationen zu Drittanwendungen
- Informationen zum besonderen Behördenpostfach
- Datenschutz

TEILNEHMER

- Gerichte / Justizbehörden
- Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden

Aktuelle Meldungen

Land: **Hinweis: Alle hessischen Justizbehörden****Wartungsarbeiten innerhalb der hessischen EGVP-Infrastruktur**

Betroffenes Land: Hessen
Beginn: 05.06.2018 18:00
Ende: 05.06.2018 19:00
Status: aktuell

Aufgrund von Wartungsarbeiten an der EGVP-Infrastruktur des Landes Hessen ist der Nachrichtenempfang via EGVP an die Gerichte, Staatsanwaltschaften und weitere EGVP nutzende Behörden des Landes Hessen am Dienstag, den 5 Juni 2018 in der Zeit von 18:00 Uhr bis circa 19:00 Uhr nicht möglich.

In dieser Zeit können keine Nachrichten via EGVP an die Gerichte, Staatsanwaltschaften und weiteren EGVP nutzenden Behörden des Landes Hessen gesandt werden.

Das Zentrale Schutzschriftenregister ist von dieser Maßnahme ebenfalls betroffen.

Hinweis: beA Anwender - bundesweit**beA muss vorerst offline bleiben – Sicherheit und Datenschutz haben Priorität**

Betroffenes Land: Bund
Beginn: 22.12.2017 08:06
Status: aktuell

beA-Anmeldeprozess am beA wird überarbeitet

Die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) wird die beA-Webanwendung vorerst weiter offline lassen. Am 23. Dezember 2017 hatte die BRAK die beA-Plattform vom Netz genommen, nachdem ein für den Zugang erforderliches Zertifikat als unsicher eingestuft worden war. Die Vertraulichkeit der Datenübertragungen über die beA-Plattform war zu jedem Zeitpunkt gesichert. Kein Dokument, das über das beA versendet wurde, war öffentlich, die Kommunikation war stets vertraulich und verschlüsselt.

Die BRAK wird die beA-Webanwendung erst wieder bereitstellen, wenn der Entwickler der beA-Plattform die Störungen vollständig behoben hat und einen sicheren Zugang gewährleisten kann.

Einzelne Dienste des beA-Systems, die von den gemeldeten Sicherheitsproblemen nicht betroffen sind, sind seit dem 9. Januar 2018 wieder verfügbar. Insbesondere sind dies das Bundesweite Amtliche Anwaltsverzeichnis (BRAV) und über den europaweiten Anwaltssuchdienst Find a Lawyer kann man wieder in Deutschland zugelassene Anwältinnen und Anwälte suchen.

Allen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, die entsprechend der ursprünglichen Empfehlung vom 22.12.2017 das ersatzweise bereitgestellte Sicherheitszertifikat installierten, rät die BRAK dringend zur Deinstallation, um sich aus dem Zertifikat möglicherweise ergebende Sicherheitsrisiken für die individuelle PC-Umgebung auszuschließen. Eine Anleitung finden Sie unter bea.brak.de.

Hinweis: EGVP-Bürger**Abkündigung EGVP-Bürger-Client verschoben**

Bundesweit
Beginn: 09.11.2017 14:12
Status: aktuell

Der EGVP-Bürger-Client wird einen Monat über die Inbetriebnahme des beAs hinaus zur Verfügung stehen.

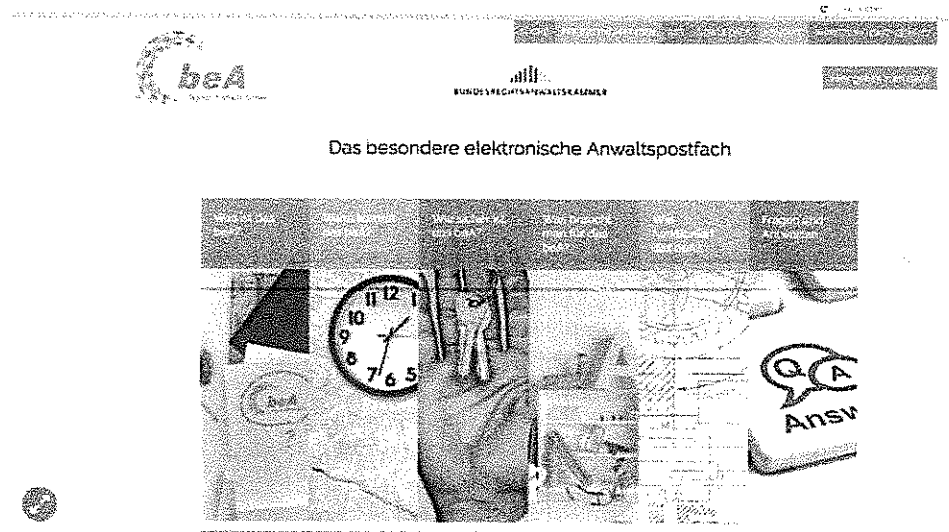
Für diesen Client wird kein Support geleistet.

Anwaltspostfach beA

Rechtsanwaltsregister musste abgeschaltet werden

Nach dem Rechtsanwaltspostfach beA muss nun auch das bundesweite Rechtsanwaltsregister abgeschaltet werden. Eine Sicherheitslücke hätte es erlaubt, die offizielle Datenbank der Rechtsanwälte zu manipulieren.

Von Hanno Böck



Screenshot der beA-Webseite



Freitag, 13.04.2018 16:19 Uhr

Drucken Nutzungsrechte Feedback Kommentare: 0

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat am Freitag das offizielle deutsche Bundesrechtsanwaltsverzeichnis (BRAV) wegen einer Sicherheitslücke abgeschaltet. Das Rechtsanwaltsverzeichnis, das unter rechtsanwaltsregister.org erreichbar ist, läuft auf dem selben System wie das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA), das seit Dezember wegen Sicherheitsproblemen offline ist.

Das Bundesrechtsanwaltsverzeichnis stellt online eine Suchfunktion zur Verfügung, über die man alle in Deutschland registrierten Anwälte finden kann. Es wurde im Dezember für kurze Zeit ebenfalls abgeschaltet, ist seit Januar aber wieder erreichbar. Die Rechtsanwaltskammer ging damals davon aus, dass es von den Sicherheitsproblemen des beA nicht betroffen sei. Das stellte sich jetzt als Irrtum heraus.

Angreifer hätte Nutzer der Anwaltssuche hacken können

Denn die Webseite des Anwaltsverzeichnisses nutzte eine veraltete Softwarekomponente namens Primefaces. Schon im Jahr 2016 hatte die Sicherheitsfirma Minded Security darin eine Sicherheitslücke beschrieben. Seit Juni 2016 stand ein Update bereit. Doch offenbar hat die Firma Atos, der Betreiber des beAs und auch des Rechtsanwaltsregisters, dieses Update nicht installiert.

Nachdem der Autor dieses Textes dieses Problem an die Bundesrechtsanwaltskammer gemeldet hatte, entschied man sich dort, das Rechtsanwaltsregister vorläufig abzuschalten. Bei der Lücke handelte es sich um eine sogenannte Remote Code Execution - das bedeutet, ein Angreifer hätte aus der Ferne beliebigen Code auf dem Serversystem ausführen können.

Konkret hätte er damit die Datenbank der Anwälte verändern und somit die Suchergebnisse des Anwaltsregisters verfälschen können. Ebenso denkbar

gewesen wäre, Schadcode über die Website an die Nutzer der Suche auszuliefern. Genau das ist einer ganzen Reihe von anderen Nutzern dieser Softwarekomponente im Januar passiert, wie man [im Forum von Primefaces](#) nachlesen kann.

Zwischenbericht über beA-Sicherheitslücken liegt vor

Das Anwaltspostfach beA selber ist seit Dezember aufgrund von Sicherheitsproblemen offline. Die [Bundesrechtsanwaltskammer hat](#) [zwischenzeitlich die IT-Sicherheitsfirma Secunet beauftragt](#), die beA-Software auf mögliche weitere Sicherheitslücken zu prüfen.

Ein erster Zwischenbericht von Secunet liegt der Bundesrechtsanwaltskammer inzwischen vor und enthält offenbar Informationen über weitere Sicherheitslücken. Das geht aus einem Schreiben der Rechtsanwaltskammer hervor, das Ende März an die Präsidenten der lokalen Kammern ging. Es war [eigentlich nicht für die Öffentlichkeit](#) gedacht, kursierte jedoch bereits nach kurzer Zeit im Netz.

Wann das beA wieder online gehen kann, ist damit weiterhin unklar. Die Bundesrechtsanwaltskammer gerät zunehmend unter Druck. Die Berliner Rechtsanwaltskammer hatte im März den Rücktritt des Präsidenten und des Vizepräsidenten gefordert. Eine [Sitzung der Rechtsanwaltskammer Sachsen wurde unterbrochen](#), bevor ein ähnlich lautender Antrag behandelt werden konnte. Zudem fordern mehrere lokale Rechtsanwaltskammern inzwischen, [den Quellcode des beA-Systems offenzulegen](#).

Anwälte wollen bessere Verschlüsselung einklagen

Eine Gruppe von Anwälten plant, die Bundesrechtsanwaltskammer zu verklagen, da das bisherige beA-System keine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung vorsieht. Die Nachrichten beim beA werden in einem sogenannten Hardware-Sicherheitsmodul (HSM) "umgeschlüsselt", das vom beA-Hersteller Atos betrieben wird. Sie werden nicht direkt an den Empfänger verschlüsselt, sondern an einen sogenannten Postfachschlüssel. Die Konsequenz: Wer Kontrolle über das HSM erlangen kann, könnte letztlich auch vertrauliche Nachrichten mitlesen.

Diese Konstruktion halten eine Reihe von Anwälten für sicherheitstechnisch unzureichend. Unter der Schirmherrschaft der Bürgerrechtsorganisation Gesellschaft für Freiheitsrechte wurden daher [Spenden für eine Klage gesammelt](#), um die Rechtsanwaltskammer zu zwingen, das beA nur mit einer Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zu betreiben.

Falls sie damit Erfolg haben, dürfte das wohl das Ende des bisherigen beA-Systems bedeuten: Es ist kaum vorstellbar, das bisherige System mit einer solchen Ende-zu-Ende-Verschlüsselung auszustatten, da hierfür die ganze Architektur der Software geändert werden müsste. Dann bliebe wohl nur eine Neuentwicklung möglich.

Update: In einer früheren Fassung dieses Artikels hieß es, die Nachrichten im beA würden vom HSM entschlüsselt. Das ist so nicht korrekt, wir haben die Textstelle geändert.

[Zur Startseite](#)

Diesen Artikel...

[Drucken](#) [Feedback](#) [Nutzungsrechte](#)



Auch interessant



ISPO
Was Reinhold Messner heute auf eine Everest-Mission mitnehmen würde



produktion.de
Das sind die 10 größten deutschen Rüstungsunternehmen



produktion.de
Das sind die coolsten Fluggeräte der ILA 2018 in Berlin



WIKIPEDIA
Die freie Enzyklopädie

Hauptseite
Themenportale
Von A bis Z
Zufälliger Artikel

Mitmachen
Artikel verbessern
Neuen Artikel anlegen
Autorenportal
Hilfe

Letzte Änderungen
Kontakt
Spenden

Werkzeuge
Links auf diese Seite
Änderungen an
verlinkten Seiten
Spezialseiten

Permanenter Link
Seiteninformationen
Wikidata-Datenobjekt
Artikel zitieren

Drucken/exportieren
Buch erstellen
Als PDF herunterladen
Druckversion

In anderen
Sprachen

العربية
English
Español
فارسی
Français
עברית
Русский
Українська
中文

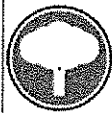
Links bearbeiten

Nicht angemeldet [Diskussionsseite](#) [Beiträge](#) [Benutzerkonto erstellen](#) [Anmelden](#)

[Artikel](#) [Diskussion](#)

[Lesen](#) [Bearbeiten](#) [Quelltext bearbeiten](#) [Versionsgeschichte](#)

Anlage



Der Fotowettbewerb **Wiki Loves Earth 2018** läuft bis Ende Mai.
Fotografiere in Schutzgebieten Deiner Region und zeige die Bilder auf Wikipedia der ganzen Welt!

[Homepage](#), [Motiv-Übersicht](#) und [Uploadassistent](#).



Ende-zu-Ende-Verschlüsselung

Unter **Ende-zu-Ende-Verschlüsselung** (englisch „end-to-end encryption“, „E2EE“) versteht man die Verschlüsselung übertragener Daten über alle Übertragungsstationen hinweg. Nur die Kommunikationspartner (die jeweiligen Endpunkte der Kommunikation) können die Nachricht entschlüsseln.

Inhaltsverzeichnis [\[Verbergen\]](#)

- 1 Theorie
- 2 Verwendung
- 3 Sicherheit
- 4 Siehe auch
- 5 Weblinks

Theorie [\[Bearbeiten \]](#) [\[Quelltext bearbeiten \]](#)

Theoretisch verhindert sie das Abhören der Nachricht durch alle anderen, inklusive der Telekommunikationsanbieter, Internet-Provider und sogar der Anbieter der genutzten Kommunikationsdienste. Bei Verwendung einer synchronen Verschlüsselung darf der Schlüssel zur Sicherstellung der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung nur den End-Kommunikationspartnern bekannt sein. Bei Verwendung einer asymmetrischen Verschlüsselung muss sichergestellt sein, dass der geheime Schlüssel ausschließlich im Besitz des Empfängers ist.

Die zu übertragenden Daten werden auf Senderseite ver- und erst beim Empfänger wieder entschlüsselt. Dadurch können Seitenkanalinformationen, wie sie zum Beispiel teils zur Steuerung des Übertragungsprozesses anfallen, nicht mit verschlüsselt werden, andererseits werden mitwissende Zwischenstationen, an denen die übertragenen Inhalte im Klartext vorliegen, eliminiert.

Verwendung [\[Bearbeiten \]](#) [\[Quelltext bearbeiten \]](#)

Gebräuchliche Technik für Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist zum Beispiel OpenPGP und S/MIME bei E-Mail-Verkehr, das Signal-Protokoll, OTR und OMEMO bei Chat-Verkehr, sowie ZRTP/SRTP bei Audio-/Video-Chats und SIP-Telefonie.

Ein Gegenstück ist die Punkt-zu-Punkt-Verschlüsselung, mit der sie auch geschachtelt in Kombination eingesetzt werden kann.

Sicherheit [\[Bearbeiten \]](#) [\[Quelltext bearbeiten \]](#)

Von einem Verschlüsselungsverfahren wird mindestens gefordert, dass ohne den geheimen Schlüssel kein Geheimtext entschlüsselt werden kann. Diese Anforderung ist aber oft zu schwach, denn damit wird nicht verhindert, dass ein Angreifer Informationen über Teile der Nachricht aus dem Chiffretext gewinnen kann. Der etablierte Sicherheitsbegriff Ciphertext Indistinguishability fordert, dass der Angreifer aus einem Chiffretext überhaupt keine Informationen über den Klartext extrahieren können darf außer der Länge des Klartextes, die nicht geheim gehalten werden kann.

Siehe auch [\[Bearbeiten \]](#) [\[Quelltext bearbeiten \]](#)

- Transportverschlüsselung
- Mailfence
- Protonmail

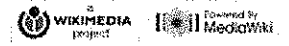
Weblinks [\[Bearbeiten \]](#) [\[Quelltext bearbeiten \]](#)

- M 4.101 Sicherheit Gateways und Verschlüsselung im IT-Grundschutz-Katalog des BSI, 12. Ergänzungslieferung

Kategorie: Kryptologisches Verfahren

Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den Nutzungsbedingungen und der Datenschutzrichtlinie einverstanden. Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

[Datenschutz](#) [Über Wikipedia](#) [Impressum](#) [Entwickler](#) [Stellungnahme zu Cookies](#) [Mobile Ansicht](#)





WIKIPEDIA
Die freie Enzyklopädie

Hauptseite
Themenportale
Von A bis Z
Zufälliger Artikel

Mitmachen
Artikel verbessern
Neuen Artikel anlegen
Autorenportal
Hilfe
Letzte Änderungen
Kontakt
Spenden

Werkzeuge
Links auf diese Seite
Änderungen an
verlinkten Seiten
Spezialseiten
Permanenter Link
Seiteninformationen
Wikidata-Datenobjekt
Artikel zitieren

Drucken/exportieren
Buch erstellen
Als PDF herunterladen
Druckversion

In anderen Projekten
Commons

In anderen Sprachen

Ελληνικά
English
Español
Français
Italiano
Nederlands
Polski
Русский
Türkçe

34 weitere

Links bearbeiten

Nicht angemeldet Diskussionssseite Beiträge Benutzerkonto erstellen Anmelden

Artikel Diskussion

Lesen Bearbeiten Quelltext bearbeiten Versionsgeschichte

Anlage KM

Asymmetrisches Kryptosystem

Asymmetrisches Kryptosystem ist ein Oberbegriff für **Public-Key-Verschlüsselungsverfahren**, **Public-Key-Authentifizierung** und **digitale Signaturen**. Das „asymmetrische Kryptosystem“ oder „Public-Key-Kryptosystem“ ist ein kryptographisches Verfahren, bei dem im Gegensatz zu einem symmetrischen Kryptosystem die kommunizierenden Parteien keinen gemeinsamen geheimen Schlüssel zu kennen brauchen. Jeder Benutzer erzeugt sein eigenes Schlüsselpaar, das aus einem geheimen Teil (privater Schlüssel) und einem nicht geheimen Teil (öffentlicher Schlüssel) besteht. Der öffentliche Schlüssel ermöglicht es jedem, Daten für den Besitzer des privaten Schlüssels zu verschlüsseln, dessen digitale Signaturen zu prüfen oder ihn zu authentifizieren. Der private Schlüssel ermöglicht es seinem Besitzer, mit dem öffentlichen Schlüssel verschlüsselte Daten zu entschlüsseln, digitale Signaturen zu erzeugen oder sich zu authentisieren.

Ein **Public-Key-Verschlüsselungsverfahren** ist ein Verfahren, um mit einem öffentlichen Schlüssel einen Klartext in einen Geheimtext umzuwandeln, aus dem der Klartext mit einem privaten Schlüssel wieder gewonnen werden kann.

Inhaltsverzeichnis [Verbergen]

- 1 Prinzip
 - 1.1 Sicherheit
 - 1.2 Praktische Aspekte
- 2 Geschichte
- 3 Formale Definition
- 4 Anwendung
- 5 Literatur
- 6 Weblinks
- 7 Einzelnachweise

Prinzip [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

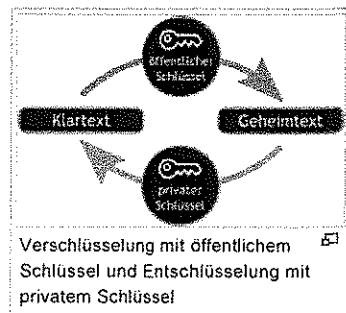
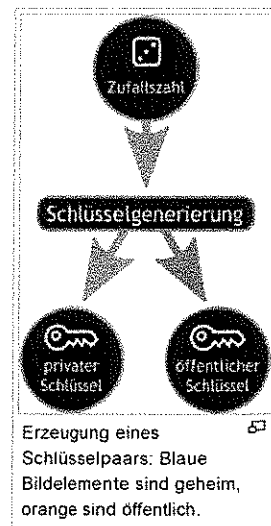
Der private Schlüssel muss geheim gehalten werden und es muss praktisch unmöglich sein, ihn aus dem öffentlichen Schlüssel zu berechnen. Der öffentliche Schlüssel muss jedem zugänglich sein, der eine verschlüsselte Nachricht an den Besitzer des privaten Schlüssels senden will. Dabei muss sichergestellt sein, dass der öffentliche Schlüssel auch wirklich dem Empfänger zugeordnet ist.

Die theoretische Grundlage für asymmetrische Kryptosysteme sind Falltürfunktionen, also Funktionen, die leicht zu berechnen, aber ohne ein Geheimnis (die „Falltür“) praktisch unmöglich zu invertieren sind. Der öffentliche Schlüssel ist dann eine Beschreibung der Funktion, der private Schlüssel ist die Falltür. Eine Voraussetzung ist natürlich, dass der private Schlüssel aus dem öffentlichen nicht berechnet werden kann. Damit das Kryptosystem verwendet werden kann, muss der öffentliche Schlüssel dem Kommunikationspartner bekannt sein.

Der entscheidende Vorteil von asymmetrischen Verfahren ist, dass sie das Schlüsselverteilungsproblem vermindern. Bei symmetrischen Verfahren muss vor der Verwendung ein Schlüssel über einen sicheren, d. h. abhörsicheren und manipulationsgeschützten Kanal ausgetauscht werden. Da der öffentliche Schlüssel nicht geheim ist, braucht bei asymmetrischen Verfahren der Kanal nicht abhörsicher zu sein; wichtig ist nur, dass der öffentliche Schlüssel dem Inhaber des dazugehörigen privaten Schlüssels zweifelsfrei zugeordnet werden kann. Dazu kann beispielsweise eine vertrauenswürdige Zertifizierungsstelle ein digitales Zertifikat ausstellen, welches den öffentlichen Schlüssel dem privaten Schlüssel(inhaber) zuordnet. Als Alternative dazu kann auch ohne zentrale Stelle durch gegenseitiges Zertifizieren von Schlüsseln ein Vertrauensnetz (Web of Trust) aufgebaut werden.

Sicherheit [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Für die Sicherheit asymmetrischer Verfahren ist es notwendig, dass die den verschiedenen Verfahren zugrundeliegenden Einwegfunktionen praktisch unumkehrbar sind, da ansonsten aus dem öffentlichen Schlüssel der private berechnet werden könnte. Die Sicherheit aller asymmetrischen Kryptosysteme beruht also immer auf unbewiesenen Annahmen, insbesondere auf der Annahme, dass P ungleich NP ist. In der Regel wird von diesen Annahmen jedoch stark vermutet, dass sie zutreffen. Die beim symmetrischen One-Time-Pad erreichbare informationstheoretische Sicherheit kann mit einem asymmetrischen Verfahren nicht erreicht werden, weil ein entsprechend mächtiger Angreifer immer das



zugrundeliegende mathematische Problem lösen kann.

Praktische Aspekte [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Asymmetrische Kryptosysteme haben den Vorteil, dass sie das Geheimnis möglichst klein halten, da jeder Benutzer nur seinen eigenen privaten Schlüssel geheim halten muss. Im Gegensatz dazu muss bei einem symmetrischen Kryptosystem jeder Benutzer alle Schlüssel geheim halten, was einen mit zunehmender Benutzerzahl steigenden Aufwand bedeutet.

Im Vergleich zu symmetrischen Algorithmen arbeiten die asymmetrischen Algorithmen sehr langsam. In der Praxis wird dieses Problem auf unterschiedliche Weise umgangen. Zur Verschlüsselung werden hybride Verfahren eingesetzt, bei denen lediglich ein symmetrischer Schlüssel mit dem asymmetrischen Verfahren verschlüsselt wird und die eigentliche Nachricht mit diesem symmetrischen Schlüssel. Bei digitalen Signaturen wird in der Regel statt einer Nachricht nur deren Hashwert signiert.



Geschichte [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Bis in die 1970er Jahre gab es nur symmetrische Kryptosysteme, bei denen Sender und Empfänger denselben Schlüssel besitzen müssen. Dabei stellt sich das Problem des Schlüsselaustauschs und der Schlüsselverwaltung. Den ersten Schritt zur Entwicklung asymmetrischer Verfahren machte Ralph Merkle 1974 mit dem nach ihm benannten Merkles Puzzle, das aber erst 1978 veröffentlicht wurde. Das erste Public-Key-Verschlüsselungsverfahren war das von Ralph Merkle und Martin Hellman entwickelte Merkle-Hellman-Kryptosystem.^[1] Das MH-Verfahren wurde 1983 von Adi Shamir gebrochen.^[2] Im Sommer 1975 veröffentlichten Whitfield Diffie und Martin Hellman eine Idee zur asymmetrischen Verschlüsselung, ohne jedoch ein genaues Verfahren zu kennen. Unter dem Einfluss dieser Arbeit entwickelten Diffie und Hellman im Jahr 1976 den Diffie-Hellman-Schlüsselaustausch.^[3]

Das erste asymmetrische Verschlüsselungsverfahren wurde 1977 von Ronald L. Rivest, Adi Shamir und Leonard M. Adleman am MIT entwickelt und nach ihnen RSA-Verfahren genannt.^[4] Nach heutiger Terminologie ist dieses Verfahren eine Falltürpermutation, die sowohl zur Konstruktion von Verschlüsselungsverfahren als auch von Signaturverfahren eingesetzt werden kann.

Unabhängig von den Entwicklungen in der wissenschaftlichen Kryptologie wurde Anfang der 1970er Jahre von drei Mitarbeitern des britischen Government Communications Headquarters, James H. Ellis, Clifford Cocks und Malcolm Williamson, sowohl ein dem späteren Diffie-Hellman-Schlüsselaustausch als auch ein dem RSA-Kryptosystem ähnliches asymmetrisches Verfahren entwickelt, welches aber aus Geheimhaltungsgründen nicht publiziert und auch nicht zum Patent angemeldet wurde.

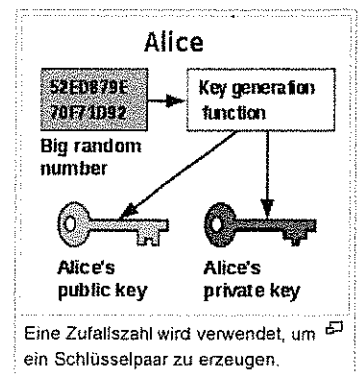
Jahr	Kryptosystem
1977	RSA
1978	Merkle-Hellman
1978	McEliece
1979	Rabin
1984	Chor-Rivest
1985	Elgamal

Formale Definition [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Formal besteht ein Public-Key-Verschlüsselungsverfahren aus drei Algorithmen:

- Der Schlüsselerzeugungsalgorithmus erzeugt zu einem gegebenen Sicherheitsparameter ein Schlüsselpaar, das aus einem öffentlichen und dem dazugehörigen geheimen Schlüssel besteht.
- Der Verschlüsselungsalgorithmus erzeugt aus einem Klartext unter Verwendung des öffentlichen Schlüssels einen Geheimtext. Es kann zu einem Klartext mehrere Geheimtexte geben. In diesem Fall ist der Algorithmus probabilistisch.
- Der Entschlüsselungsalgorithmus berechnet zu einem Geheimtext unter Verwendung des geheimen Schlüssels den passenden Klartext.

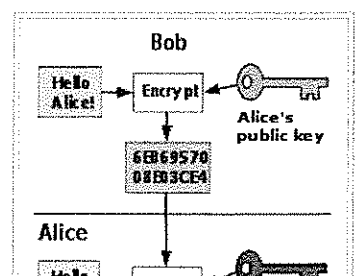
Es wird nun gefordert, dass jede Nachricht, die mit einem öffentlichen Schlüssel verschlüsselt wurde, mit dem zugehörigen geheimen Schlüssel wieder aus dem Chiffre gewonnen werden kann.



Anwendung [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Diese Verfahren werden heutzutage z. B. im E-Mail-Verkehr (OpenPGP, S/MIME) ebenso wie in kryptografischen Protokollen wie SSH oder SSL/TLS verwendet. SSL/TLS wird in größerem Umfang beispielsweise als Protokoll https zur sicheren Kommunikation eines Web-Browsers mit einem Server eingesetzt.

Zur Verschlüsselung wird der öffentliche Schlüssel auf den zu verschlüsselnden Text

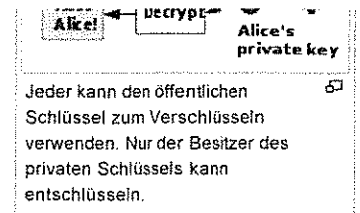


angewandt. Der verschlüsselte Text wird dann vom Schlüsselinhaber mit dem privaten Schlüssel wieder entschlüsselt.

Digitale Signaturen werden u. a. zur sicheren Abwicklung von Geschäften im Internet eingesetzt. Hier ermöglichen sie die Prüfung der Identität der Vertragspartner und der Unverfälschtheit der ausgetauschten Daten (Elektronische Signatur). Dazu ist meist noch eine Public-Key-Infrastruktur notwendig, die die Gültigkeit der verwendeten Schlüssel durch Zertifikate bestätigt.

Zum Erstellen einer Signatur wird ein Hashwert aus der zu verschickenden Nachricht gebildet und mit dem privaten Schlüssel signiert. Nachricht und Signatur werden dann zum Empfänger geschickt, wobei die eigentliche Nachricht nicht verschlüsselt zu sein braucht, da es sich hierbei um eine Signatur (Schaffen von Integrität und Authentizität) und nicht um Verschlüsselung (Schaffen von Vertraulichkeit) handelt.

Zum Verifizieren der Signatur wird die empfangene Signatur des Hashwertes mit dem öffentlichen Schlüssel geprüft. Ist die Verifizierung erfolgreich, kann davon ausgegangen werden, dass die Nachricht vom Besitzer des privaten Schlüssels stammt und dass die Nachricht bei der Übertragung nicht manipuliert wurde.



Literatur [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Verwendete Literatur

- Steve Burnett Stephen Paine: *Kryptographie RSA Security's Official Guide*. 1. Auflage. mitp-Verlag, Bonn 2001, ISBN 3-8266-0780-5
- Simon Singh: *Codes*. dtv, München 2002, ISBN 3-423-62167-2 (Auszug aus *Geheime Botschaften*)
- Simon Singh: *Geheime Botschaften*. 4. Auflage. dtv, München 2001, ISBN 3-423-33071-6
- Reinhard Wobst: *Abenteuer Kryptologie*. 3. Auflage. Addison-Wesley, München 2003, ISBN 3-8273-1815-7

Weiterführende Literatur

- Albrecht Beutelspacher, Jörg Schwenk, Klaus-Dieter Wolfenstetter: *Moderne Verfahren der Kryptographie. Von RSA zu Zero-Knowledge*. 4. Auflage. Vieweg-Verlag, Juni 2001, ISBN 3-528-36590-0
- Wolfgang Ertel: *Angewandte Kryptographie*. Hanser Fachbuchverlag, München/Wien 2003, ISBN 3-446-22304-5
- Bruce Schneier: *Applied Cryptography*. Second Edition. John Wiley & Sons, 1996, ISBN 0-471-11709-9
- Jonathan Katz und Yehuda Lindell: *Introduction to Modern Cryptography*. CRC Press, 2007, ISBN 1-58488-551-3.
- Alfred J. Menezes; P. C. van Oorschot; Scott A. Vanstone: *Handbook of Applied Cryptography*. 1997, ISBN 0-8493-8523-7 (uwaterloo.ca).

Weblinks [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

- CrypTool – umfangreiches Lernprogramm zu klassischen und modernen Verfahren plus Lesestoff zur Kryptologie – s. a. CrypTool
- Asymmetrische Verschlüsselung anschaulich illustriert. Auch als Powerpoint-Präsentation
- Klaus Pommerening: *Asymmetrische Verschlüsselung*. (PDF; 619 kB) Fachbereich Mathematik der Johannes-Gutenberg-Universität

Einzelnachweise [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

- ↑ Ralph Merkle and Martin Hellman: *Hiding information and signatures in trapdoor knapsacks*. In: *Information Theory, IEEE Transactions on*. Band 24, Nr. 5, 1978, S. 525–530 (ieeexplore.org).
- ↑ Adi Shamir: *A Polynomial Time Algorithm for Breaking the Basic Merkle-Hellman Cryptosystem*. In: *Proceedings of CRYPTO*. 1982, S. 279–288.
- ↑ W. Diffie, M. E. Hellman: *New Directions in Cryptography*. In: *IEEE Transactions on Information Theory*. Band 22, Nr. 6, 1976, S. 644–654 (cs.jhu.edu) (PDF; 267 kB) andere Version).
- ↑ Ronald L. Rivest, Adi Shamir, and Leonard Adleman: *A Method for Obtaining Digital Signatures and Public-Key Cryptosystems*. (mit.edu) (PDF).



Dieser Artikel ist als Audiodatei verfügbar:



[Speichern](#) | [Informationen](#) | mm:ss min (29,3 MB) Text der gesprochenen Version (14. März 2015)

Mehr Informationen zur gesprochenen Wikipedia

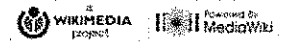
Normdaten (Sachbegriff): GND: 4209133-0

Kategorien: [Wikipedia:Gesprochener Artikel](#) | [Kryptologisches Verfahren](#)

[Abrufstatistik](#)

Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den Nutzungsbedingungen und der Datenschutzrichtlinie einverstanden. Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

[Datenschutz](#) [Über Wikipedia](#) [Impressum](#) [Entwickler](#) [Stellungnahme zu Cookies](#) [Mobile Ansicht](#)





WIKIPEDIA
Die freie Enzyklopädie

Hauptseite
Themenportale
Von A bis Z
Zufälliger Artikel

Mitmachen
Artikel verbessern
Neuen Artikel anlegen
Autorenportal
Hilfe

Letzte Änderungen
Kontakt
Spenden

Werkzeuge
Links auf diese Seite
Änderungen an
verlinkten Seiten
Spezialseiten

Permanenter Link
Seiteninformationen
Wikidata-Datenobjekt
Artikel zitieren

Drucken/exportieren
Buch erstellen
Als PDF herunterladen
Druckversion

In anderen
Sprachen

Dansk
English
Español
Français
Hrvatski
Italiano
Nederlands
Русский
Türkçe

36 weitere

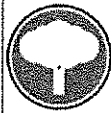
Links bearbeiten

Nicht angemeldet Diskussionssseite Beiträge Benutzerkonto erstellen Anmelden

Artikel Diskussion

Lesen Bearbeiten Quelltext bearbeiten Versionsgeschichte

Anlage K12



Der Fotowettbewerb **Wiki Loves Earth 2018** läuft bis Ende Mai.
Fotografiere in Schutzgebieten Deiner Region und zeige die Bilder auf Wikipedia der ganzen Welt!



Homepage, Motiv-Übersicht und Uploadassistent.

Pretty Good Privacy

Pretty Good Privacy (PGP) (engl. „ziemlich gute Privatsphäre“) ist ein von Phil Zimmermann entwickeltes Programm zur Verschlüsselung und zum Unterschriften von Daten.

Inhaltsverzeichnis [Verbergen]

- Eigenschaften
- Geschichte
- Funktionsweise
 - Erzeugen einer digitalen Signatur
 - Verschlüsselung
 - Aussehen einer verschlüsselten Nachricht
 - Entschlüsselung
- Sicherheit
- Siehe auch
- Weblinks
- Einzelnachweise

Pretty Good Privacy

Maintainer	Phil Zimmermann
Entwickler	Symantec
Erscheinungsjahr	1991
Betriebssystem	Cross-platform
Kategorie	Verschlüsselung
Lizenz	Proprietär, früher Freeware

www.pgp.com®

Eigenschaften [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

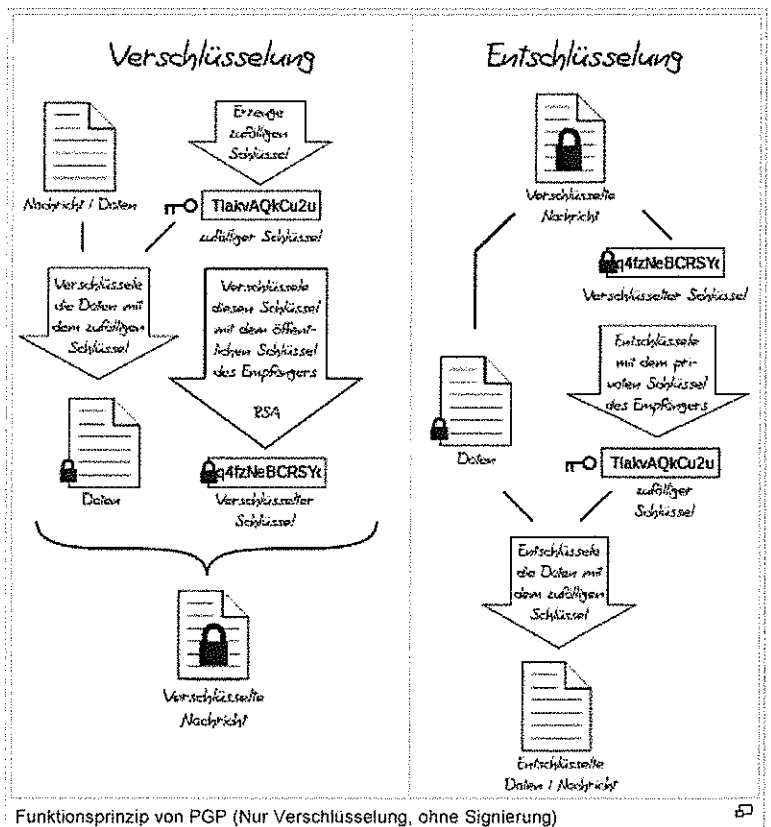
PGP benutzt ein sogenanntes Public-Key-Verfahren, in dem es ein eindeutig zugeordnetes Schlüsselpaar gibt:

Genutzt werden ein öffentlicher Schlüssel, mit dem jeder Daten für den Empfänger verschlüsseln und dessen Signaturen prüfen kann, und ein privater geheimer Schlüssel, den nur der Empfänger besitzt und der normalerweise durch ein Passwort geschützt ist. Nachrichten an einen Empfänger werden mit dessen öffentlichem Schlüssel verschlüsselt und können dann ausschließlich mittels seines privaten Schlüssels entschlüsselt werden. Diese Verfahren werden auch asymmetrische Verfahren genannt, da Sender und Empfänger zwei unterschiedliche Schlüssel verwenden.

Die erste Version wurde 1991 geschrieben und verwendete einen RSA-Algorithmus zur Verschlüsselung der Daten. Spätere Versionen benutzten den Elgamal-Algorithmus.

Bei PGP wird aber nicht die ganze Nachricht asymmetrisch verschlüsselt, denn dies wäre viel zu rechenintensiv und es wäre nicht praktikabel, dieselbe Nachricht an mehrere Empfänger zu schicken. Stattdessen wird die eigentliche Nachricht symmetrisch und nur der verwendete Schlüssel asymmetrisch verschlüsselt (Hybride Verschlüsselung). Dazu wird jedes Mal ein symmetrischer Schlüssel (session key) zufällig erzeugt.

Dieser symmetrische Schlüssel wird dann z. B. per RSA- oder Elgamal-Kryptosystem mit dem öffentlichen Schlüssel des Empfängers verschlüsselt und der Nachricht hinzugefügt. Dadurch ist es möglich, eine Nachricht für mehrere Empfänger gleichzeitig zu verschlüsseln. Eine für mehrere Empfänger verschlüsselte Nachricht sieht dann folgendermaßen aus:



asymmetrisch für Empfänger 1 verschlüsselter Schlüssel der Nachricht
:
asymmetrisch für Empfänger n verschlüsselter Schlüssel der Nachricht
symmetrisch verschlüsselte Nachricht

PGP basiert dabei auf dem sogenannten Web of Trust, bei dem es keine zentrale Zertifizierungsinstanz gibt, sondern Vertrauen von den Benutzern selbst verwaltet wird.

Da PGP darauf ausgelegt ist, Nachrichten dauerhaft entschlüsseln zu können, wird, falls es einem Angreifer gelingt, einen privaten Schlüssel zu erlangen, die gesamte Kommunikationshistorie dieses Schlüssels kompromittiert. Für Instant Messaging wurde als Alternative zu PGP Off-the-Record Messaging (OTR) entwickelt; dabei bleibt auch bei späterer Kompromittierung des privaten Schlüssels die verschlüsselte Kommunikation unlesbar für den Angreifer (allerdings auch für den legitimen Schlüsselbesitzer).

Geschichte [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Phil Zimmermann schrieb die erste Version 1991. Sein Ziel war es, dass alle Bürger und insbesondere Bürgerbewegungen auch vor dem Zugriff durch Geheimdienste sicher verschlüsselte Nachrichten austauschen können (starke Verschlüsselung).^[1]

PGP durfte in seinen Anfangsjahren nicht lizenzfrei aus den USA exportiert werden, da es, ähnlich wie Waffen, unter das US-Exportgesetz fiel. Danach unterlagen Kryptosysteme mit Schlüsseln von mehr als 40 Bit Länge für die symmetrische Verschlüsselung besonderen Exportbestimmungen. Die ersten PGP-Versionen verwendeten den IDEA mit 128 Bit Schlüssellänge. Ende der 1990er Jahre liberalisierten die USA diese Gesetze.^[1]

Um die Exportbeschränkung zu umgehen, wurde der vollständige Quellcode 1995 in dem Buch „PGP Source Code and Internals“ von Phil Zimmermann veröffentlicht. Als Buch konnte die Software legal aus den USA exportiert werden. Es wurde von über 60 Freiwilligen per Hand abgetippt. Aus dem abgetippten Programmcode wurde dann eine international verfügbare Version von PGP (PGPi) kompiliert.^[1]

Die Firma *PGP Corporation* entstand aus einer Fusion vom Team um Phil Zimmermann mit ViaCrypt, an die Phil Zimmermann einige kommerzielle Rechte verkauft und die RSA direkt lizenziert hatte. Sie stellte bis Version 8 mit *PGP Freeware* ein eigenständiges Produkt für nichtkommerzielle Anwender bereit. Ab Version 9 gibt es stattdessen nur noch die Testversion von *PGP Desktop Professional 9*. Für 30 Tage kann sie uneingeschränkt benutzt werden. Nach Ablauf der Frist werden Funktionsumfang und Nutzungsrechte auf einen Umfang reduziert, der etwa dem ehemaligen *PGP Freeware* entspricht. Ver- und Entschlüsselung von E-Mails sind auch nach Ablauf der Testphase möglich, aber nur für nichtkommerzielle Zwecke zulässig.

PGP wurde 1997 von NAI (McAfee) aufgekauft und dort in die eigene Produktlinie integriert. Aufgrund der Tatsache, dass der Quelltext von PGP durch McAfee zeitweilig nicht offengelegt wurde und Features implementiert wurden, welche die automatische Verschlüsselung an einen weiteren Empfänger ermöglichten (Additional Decryption Key ADK), ist PGP in dieser Zeit stark in die Kritik geraten. 2002 hat McAfee die Marke PGP aufgegeben und an eine Gruppe ehemaliger Mitarbeiter von PGP rund um Phil Zimmermann verkauft. Diese neu gegründete PGP Corporation hat alle Rechte an PGP von McAfee zurückgekauft und von Beginn an alle Quelltexte wieder offengelegt.

Die neue PGP ist heute in vielen Ländern vertreten, darunter auch in Deutschland, wo die PGP Corporation im Jahre 2005 die deutsche Glück & Kanja Technology AG^[2] übernommen hat und damit die heute in Offenbach am Main sitzende PGP Deutschland AG gründete. Fünf Jahre später hat PGP dann auch die deutsche TC Trustcenter^[3] in Hamburg gekauft und ist damit auch als zertifiziertes Trustcenter für Zertifikate nach deutschem Signaturgesetz (für *qualifizierte Signaturen*) am Markt vertreten.

Nicht zuletzt wegen der intransparenten Situation in der Zeit, in der PGP im Eigentum der McAfee war, wurde bis 1998 der OpenPGP-Standard entwickelt.^[4] Das unter der GNU-GPL stehende Programm GnuPG war die erste Implementierung von OpenPGP und wurde als freie Alternative zu PGP entwickelt. Es gibt mittlerweile viele Erweiterungen des OpenPGP-Standards, die über den Funktionsumfang von PGP hinausgehen, so dass der reibungslose Austausch von Daten und Schlüsseln nicht immer garantiert ist.

Die PGP Corporation wurde im Juni 2010 von Symantec für 300 Millionen US-Dollar^[5] übernommen.^[6]

Funktionsweise [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Man kann mit PGP wahlweise eine Nachricht nur signieren, nur verschlüsseln oder sowohl signieren als auch verschlüsseln. Die Signatur dient dazu, die Echtheit der Nachricht zu garantieren, also dass sie vom behaupteten Absender ist (Authentizität) und nach der Signierung nicht verändert wurde (Integrität). In der Praxis wird man Nachrichten, wenn man sie verschlüsselt, zumeist auch signieren.

Erzeugen einer digitalen Signatur [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Um später sichergehen zu können, dass eine empfangene Nachricht nicht manipuliert oder ersetzt wurde (Integrität) und außerdem vom behaupteten Absender stammt (Authentizität), muss der Sender eine digitale Signatur für die Nachricht (oder Teile davon) erzeugen. Dabei wird auf die Klartextnachricht eine kryptologische Hashfunktion angewandt (früher oft SHA-1, inzwischen aber veraltet und durch u. a. SHA-256 ersetzt). Dadurch entsteht ein Message Digest (eindeutiger Fingerprint) der

Nachricht, der wesentlich kürzer ist als die Nachricht selbst, was die Generierung der digitalen Signatur vereinfacht. Anschließend wird aus dem Message Digest unter Verwendung des privaten Schlüssels des Senders eine Signatur erzeugt.

Verschlüsselung [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Als zweiten Schritt (oder ersten, falls nicht signiert werden soll) kann der Sender nun die Verschlüsselung der Nachricht vornehmen. Hierbei werden die Klartextnachricht und die digitale Signatur aus dem ersten Schritt zu einem Datensatz zusammengefasst und komprimiert, zur Reduktion der Größe und Erschwerung der Kryptoanalyse. Diese komprimierten Daten werden nun mit dem zufällig generierten Session Key K_M symmetrisch zum Geheimtext verschlüsselt. Da es sich um einen zufällig erstellten Einmalschlüssel handelt, muss dieser dem Empfänger mitgeteilt werden. Dazu wird der Schlüssel K_M mit dem öffentlichen Schlüssel des Empfängers asymmetrisch verschlüsselt und der verschlüsselten Nachricht vorangestellt. Eine verschlüsselte Nachricht ist deshalb immer nur so sicher wie das schwächere Element aus dem asymmetrischen Schlüssel, für den verschlüsselt wird, und dem Session Key. Zum Schluss müssen die Bytes des Geheimtextes und des verschlüsselten Schlüssels noch E-Mail-freundlich gemacht werden. Dazu werden diese (genauso wie andere Binärdaten im E-Mail-Versand) mittels einer Base64-Variante (Radix-64) in bestimmte druckbare ASCII-Zeichen codiert. Nun kann die PGP-Nachricht an den Empfänger gesendet werden. Neben der Verwendung für E-Mails kann PGP auch für andere Nachrichtenkanäle verwendet werden, indem Dateien oder Text (dafür gibt es wegen der zwischen den Betriebssystemen uneinheitlichen Zeilenende-Codierung ein gesondertes Signaturverfahren) signiert und/oder verschlüsselt werden.

Aussehen einer verschlüsselten Nachricht [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Verschlüsselt man den Text

```
http://de.wikipedia.org/wiki/Pretty_Good_Privacy
```

dann sieht die codierte Nachricht so aus (im Inline-PGP-Format; bei einer PGP/MIME-E-Mail sähe es etwas anders aus):

```
-----BEGIN PGP MESSAGE-----
Version: GnuPG v2.0.16 (GNU/Linux)

hQEMA1PUVhZb8UnsAQf+KS9PNvkWYFONnoStveMc4KwvGT7WlRFv/ZACvdyFsKDO
icurhL57uh56KCoFlm5drfftwjDQWgNyMy0cixqV/2WzeQgjZILE0Z1FDg7cqAbs
UZvy2hmaJf0dhHEUziALotfUMhoSeHeObxmomzb7vovJv5tWdtQ9W+p2tbQ4tiin
LAsJtwQhEVNltootBteC0dTgOdISe6kfqUSoN3A22SiSuihmjxMPiio6iZB8gBS
hhfiSPa4khNwDncRe2BjqW+YQHf7L6CfLjx2S1BCSr+KWLmUnVdWSUonhHFF9mI
E/q7t2uoBWg0iQgCjQubgYeqSUYN/xWpqAUX9O71zdKUAbVjjLVT0qTjNLLvms2H
s4BDzHEgKGuGuMAWFzyfuW+VNoFTxtcHhzrdjPuYi7sRL3YNUvgUpcGeKGyTApW2
k/fd7U32av7Pq63NoKK2g3RFcyBUiSdNlnhW8TYS1NdMSMXNw1R9dWVgFmsLj2vs
Rv89ufRiPbNLDXcx7CkRrTf13q0miy1850d6k5nt8qUFRnh4xQ==
=z6Xk
-----END PGP MESSAGE-----
```

Entschlüsselung [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Zu Beginn muss der Empfänger die vorliegenden ASCII-Zeichen mit Base64 wieder decodieren, um an den Geheimtext und den verschlüsselten Session Key zu gelangen. Jetzt kann der Session Key durch den privaten Schlüssel des Empfängers entschlüsselt werden und damit gleich anschließend der Geheimtext wieder in die komprimierte Kombination aus Klartextnachricht und digitaler Signatur entschlüsselt werden. Um schließlich an die Nachricht zu gelangen, muss diese nur noch dekomprimiert werden.

Allerdings sollen auch noch die Authentizität des Senders und die Integrität der Nachricht sichergestellt werden. Dazu wird einerseits auf den Klartext die gleiche Hash-Funktion wie beim Sender angewandt, und andererseits die digitale Signatur mit dem öffentlichen Schlüssel des Senders dechiffriert. Wurde zum Erstellen der Signatur tatsächlich der zugehörige private Schlüssel verwendet, so stimmen die beiden Klartexte des Message Digests überein; und man kann davon ausgehen, dass die Nachricht nicht verändert wurde. Davon, dass sie auch von einem bestimmten Sender stammt, kann man ausgehen, wenn der signierende Schlüssel einem Absender sicher zugeordnet werden kann, was unabhängig von der Bearbeitung einzelner Nachrichten ist.

Sicherheit [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Ein möglicher Angriff ergibt sich aus dem Vorgehen, Nachrichten zuerst zu signieren und dann zu verschlüsseln.^[7] Der Empfänger kann die signierte Nachricht nach dem Entschlüsseln mit gefälschtem Absender an eine dritte Person weiterleiten. Falls der Adressat in der Nachricht nicht namentlich genannt ist, kann die gültige Signatur den Eindruck erwecken, sie sei direkt vom ursprünglichen Sender an diese dritte Person geschickt worden.





Daneben wurde kritisiert, dass die öffentlichen Schlüssel häufig auf Servern gespeichert werden, auf die jedermann Lese- und Schreibzugang hat. So ist es dazu gekommen, dass dort falsche Schlüssel abgelegt wurden. Ein Ansatz, um dies zu verhindern, ist die Spezifikation DANE/OPENPGPKEY von der Internet Engineering Task Force.^{[8][9]}

Siehe auch [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]










- GNU Privacy Guard
- OpenPGP
- Hal Finney

Weblinks [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Commons: OpenPGP – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- PGP-Produktwebsite von Symantec  – Aktuelle, kommerzielle Versionen von PGP (englisch). Freie binäre Versionen werden nicht mehr zum Download angeboten
- Offizielle GnuPG Website  (deutsch)
- The International PGP Home Page  (englisch)
- Liste öffentlicher PGP-Schlüsselservers  (englisch)

Einzelnachweise [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

- ↑ ^a ^b ^c Simon Singh: *Geheime Botschaften*. ISBN 3-423-33071-6.
- ↑ Daniel Bachfeld: *PGP kauft Verschlüsselungsspezialisten Glück & Kanja*.  In: *heise Security*. Heise Zeitschriften Verlag, 7. März 2005, abgerufen am 30. August 2012.
- ↑ Christian Kirsch: *PGP kauft deutsches Trustcenter*.  In: *heise online*. Heise Zeitschriften Verlag, 2. Februar 2010, abgerufen am 30. August 2012.
- ↑ RFC 2440 , überarbeitete Fassung seit November 2007: RFC 4880 
- ↑ Peter-Michael Ziegler: *Symantec kauft Verschlüsselungsspezialisten PGP und GuardianEdge*.  In: *heise online*. Heise Zeitschriften Verlag, 29. April 2010, abgerufen am 30. August 2012.
- ↑ ABOUT SYMANTEC.  PGP. Symantec Corporation, abgerufen am 30. August 2012 (englisch).
- ↑ Donald T. Davis: *Defective Sign & Encrypt in S/MIME, PKCS#7, MOSS, PEM, PGP, and XML*. In: *2001 USENIX Annual Technical Conference*. 2001 (std.com .
- ↑ Paul Wouters, Red Hat: *Using DANE to Associate OpenPGP public keys with email addresses*.  Network Working Group, Internet Engineering Task Force, 19. Oktober 2015, abgerufen am 4. Dezember 2015 (englisch).
- ↑ Dusan Zivadinovic: *Mail-Verschlüsselung: Mail.de bringt automatisierte PGP-Schlüsselverwaltung*.  In: *heise online*. Heise Medien GmbH & Co. KG, Hannover, 10. März 2015, abgerufen am 22. Januar 2017.



Dieser Artikel ist als Audiodatei verfügbar:



[Speichern](#) | [Informationen](#) | mm:ss min (29,3 MB) Text der gesprochenen Version (14. März 2015)

Mehr Informationen zur gesprochenen Wikipedia

Normdaten (Sachbegriff): GND: [4370042-1](#)  | LCCN: [n94101989](#)  | VIAF: [180726619](#) 

Kategorien: Wikipedia:Gesprochener Artikel | Kryptosoftware | Halbfreie Software

Diese Seite wurde zuletzt am 31. März 2018 um 10:45 Uhr bearbeitet.

Abrufstatistik

Der Text ist unter der Lizenz „Creative Commons Attribution/Share Alike“ verfügbar; Informationen zu den Urhebern und zum Lizenzstatus eingebundener Mediendateien (etwa Bilder oder Videos) können im Regelfall durch Anklicken dieser abgerufen werden. Möglicherweise unterliegen die Inhalte jeweils zusätzlichen Bedingungen. Durch die Nutzung dieser Website erklären Sie sich mit den Nutzungsbedingungen und der Datenschutzrichtlinie einverstanden. Wikipedia® ist eine eingetragene Marke der Wikimedia Foundation Inc.

[Datenschutz](#) | [Über Wikipedia](#) | [Impressum](#) | [Entwickler](#) | [Stellungnahme zu Cookies](#) | [Mobile Ansicht](#)



(19)



Europäisches Patentamt

European Patent Office

Office européen des brevets



(11)

EP 0 877 507 A2

(12)

EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

(43) Veröffentlichungstag:
11.11.1998 Patentblatt 1998/46

(51) Int. Cl.⁶: H04L 9/08

(21) Anmeldenummer: 98108118.5

(22) Anmeldetag: 05.05.1998

(84) Benannte Vertragsstaaten:
AT BE CH CY DE DK ES FI FR GB GR IE IT LI LU
MC NL PT SE
Benannte Erstreckungsstaaten:
AL LT LV MK RO SI

(71) Anmelder:
DeTeMobil
Deutsche Telekom MobilNet GmbH
53227 Bonn (DE)

(72) Erfinder: Kaliner, Stefan
53123 Bonn (DE)

(30) Priorität: 05.05.1997 DE 19718583

(54) Ende-zu-Ende Verschlüsselung

(57) Die Erfindung betrifft ein Verfahren zur Generierung und Verteilung von Geheimschlüsseln zur Ende-Zu-Ende Verschlüsselung von Informationen einer Kommunikationsverbindung zwischen zwei Teilnehmern eines digitalen Kommunikationssystems. Merkmal der Erfindung ist, daß für die Ende-zu-Ende Verschlüsselung ein symmetrisches Verschlüsselungsverfahren angewendet wird, und der dafür benötigte geheime Schlüssel mittels eines asymmetrischen Verschlüsselungsverfahrens zwischen den Teilnehmern

ausgetauscht wird. Einer der beiden Teilnehmer generiert den geheimen Schlüssel, verschlüsselt diesen mit dem öffentlichen Teil eines privaten Schlüssel des anderen Teilnehmers und sendet das Ergebnis über das Kommunikationssystem an den zweiten Teilnehmer. Der zweite Teilnehmer entschlüsselt die übergebene, verschlüsselte Größe mit dem geheimen Teil seines Schlüssel und erhält so den geheimen Schlüssel für die Ende-zu-Ende Verschlüsselung.

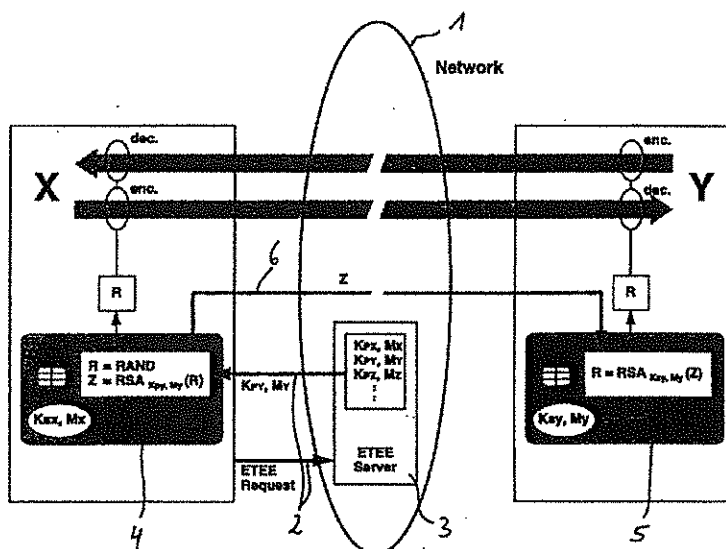


Abb. 2

Beschreibung

Gegenstand der Erfindung ist eine Ende-zu-Ende Verschlüsselung, genauer gesagt ein Verfahren zur Generierung und Verteilung von Geheimschlüsseln zur Ende-Zu-Ende Verschlüsselung von Informationen einer Kommunikationsverbindung in digitalen Kommunikationssystemen.

Unter der Bezeichnung Ende-zu-Ende Verschlüsselung (End-To-End-Encryption - ETEE) versteht man die Möglichkeit zum uni- oder bidirektionalen Austausch von Informationen (insbesondere Sprache aber auch Fax oder Daten) zwischen zwei Teilnehmern innerhalb eines digitalen Kommunikationssystems in verschlüsselter Form. Charakteristisch ist hierbei die Verschlüsselung am Ort des Senders und die Entschlüsselung erst beim Empfänger einer Nachricht wobei der dazwischenliegende Kommunikationskanal keinen Einfluß auf die Chiffrierung besitzt. Innerhalb der digitalen Übertragungskette existiert keine Möglichkeit zur Umwandlung der Nachricht in den ursprünglichen Klartext.

Die gegebenen Echtzeit-Anforderungen an geeignete Verschlüsselungsverfahren bedürfen unbedingt der Anwendung symmetrischer Chiffrier-Algorithmen mit identischen Geheimschlüsseln R beim Sender und beim Empfänger.

Ein Grundproblem ist dabei die Erzeugung der geheimen ETEE-Schlüssel R und deren sichere Übermittlung an die beiden Kommunikationspartner. Die an kryptographische Verfahren grundsätzlich zu stellende Forderung nach Sicherheit durch Geheimheit der Schlüssel, nicht durch Geheimheit der verwendeten Verfahren, führt auf die folgenden Anforderungen:

1. Die ETEE-Schlüssel müssen für jede Kommunikationssitzung einen individuellen, nicht vorher-sagbaren Wert besitzen.
2. Der Ausgangswert zur Schlüsselgenerierung muß teilnehmerindividuell sein, d.h. bekannte Verfahren, welche die individuellen Schlüssel aus einem einzigen Master-Schlüssel ableiten, sind ungeeignet.
3. Zu keiner Zeit sollte ein ETEE-Schlüssel außerhalb einer sicheren Umgebung im Klartext oder einer anderen Form, die die Berechnung des Originalwertes erlaubt, erscheinen. Als sichere Umgebungen gelten nur die sender- und empfängerseitigen Kommunikationseinrichtungen.

Aufgabe der Erfindung ist es daher, ein Verfahren zur Generierung und Verteilung von Geheimschlüsseln zur Ende-Zu-Ende Verschlüsselung in digitalen Kommunikationssystemen anzugeben, welches eine sichere und individuelle Ende-zu-Ende Verschlüsselung von Daten erlaubt.

Zur Lösung der Aufgabe ist die Erfindung durch die Merkmale des Anspruchs 1 gekennzeichnet.

Vorteilhafte Weiterbildungen und Abwandlungen der Erfindung ergeben sich aus den Unteransprüchen.

Das vorliegende Konzept erfüllt die Anforderungen an Sicherheit und Individualität, ohne daß das Kommunikationssystem selbst Kenntnis über die Geheimschlüssel R erhält. Gleichzeitig obliegt dem System jedoch die Initiierung der Schlüsselübermittlung und somit die Kontrolle über den Einsatz der Ende-zu-Ende Verschlüsselung. Falls das Verfahren in Form eines gebührenpflichtigen Zusatzdienstes gestaltet ist, kann die Gewährung in Abhängigkeit von bestimmten Eigenschaften des Teilnehmerverhältnisses vorgenommen werden. Gleichzeitig sind die Teilnehmer nicht mit der Speicherung und Verwaltung von Schlüsselementen ihrer Kommunikationspartner belastet.

Das Verfahren verwendet eine dezentrale Generierung des ETEE-Schlüssels R auf Seiten des ETEE-anfordernden Teilnehmers X. Der Geheimschlüssel R wird mittels bekannter RSA-Verfahren (Verfahren nach Rivest, Shamir u. Adleman) unter Verwendung der öffentlichen RSA-Schlüsselemente des Teilnehmers Y in verschlüsselter Form dem Teilnehmer Y übermittelt, dort mit den geheimen RSA-Schlüsselementen des Teilnehmers Y zurückgeschlüsselt und steht nun auf beiden Seiten für die Verschlüsselung der Informationen zur Verfügung. Die öffentlichen RSA-Schlüsselemente des Teilnehmers Y wurden dem Teilnehmer X zuvor von einer zentralen Komponente des Kommunikationssystems (ETEE-Server) zur Verfügung gestellt. Alle Berechnungen zur Generierung und Übermittlung des ETEE-Schlüssels sowie die Speicherung der geheimen RSA-Schlüsselemente erfolgen in einer sicheren Komponente (z.B. Chipkarte) auf Seiten der Teilnehmer.

Im folgenden wird die Erfindung anhand von lediglich einen Ausführungsweg darstellenden Zeichnungen näher erläutert. Hierbei gehen aus den Zeichnungen und ihrer Beschreibung weitere erfindungswesentliche Merkmale und Vorteile der Erfindung hervor.

Figur 1 zeigt schematisch und allgemein das Grundprinzip einer verschlüsselten Verbindung zwischen zwei Teilnehmern X und Y;

Figur 2 zeigt schematisch eine Verschlüsselungs-prozedur gemäß der Erfindung.

Figur 1 stellt schematisch und allgemein das Grundprinzip einer symmetrisch verschlüsselten Verbindung zwischen zwei Teilnehmern X und Y dar. Beide Teilnehmer X und Y verfügen endgeräteseitig über einen geheimen Schlüssel R, welcher auf beiden Seiten sowohl für die Verschlüsselung (Encryption) als auch die Entschlüsselung (Decryption) der über ein Kommunikationssystem/-netzwerk übermittelten Daten verwendet werden kann.

Problematisch dabei ist, daß beiden Teilnehmern,

und nur diesen, der geheime Schlüssel bekannt sein darf. Bei nur zwei Teilnehmern ist das ohne Schwierigkeiten möglich, denn die Parteien können sich z.B. zuvor auf einen Schlüssel einigen. Bei einer Vielzahl von Teilnehmern ist dies jedoch nicht mehr möglich. Insbesondere dann, wenn aus Sicherheitsgründen der geheime Schlüssel laufend gewechselt wird.

Hier setzt die Erfindung ein. Gemäß Figur 2 möchte der Teilnehmer X eine bestehende oder aufzubauende Kommunikationsverbindung zum Teilnehmer Y mittels einer Ende-zu-Ende Verschlüsselung (ETEE) absichern.

Jeder Teilnehmer X oder Y verfügt über ein Endgerät mit einer sicheren Komponente 4 bzw. 5, z.B. eine Chipkarte, auf welcher die individuellen Teilnehmerdaten als auch die individuellen geheimen RSA-Schlüsselemente K_{SX} , M_X bzw. K_{SY} , M_Y abgelegt sind. Die öffentlichen RSA-Schlüsselemente K_{PX} , M_X bzw. K_{PY} , M_Y usw. jedes Teilnehmers sind in einer zentralen Komponente 3 des Kommunikationssystems 1 abgelegt und auf Anfrage jedem berechtigten Teilnehmer zugänglich.

Über einen unabhängigen Daten- oder Signalisierungskanal 2 (z.B. Short Message Service in GSM Netzwerken) sendet Teilnehmer X einer zentralen Komponente 3 (z.B. ETEE-Server) des Kommunikationssystems 1 eine entsprechende Verschlüsselungsanfrage (ETEE-Request).

In der zentralen Komponente 3 des Kommunikationssystems wird die Berechtigung des Teilnehmers X zur Verschlüsselung geprüft, und das System antwortet im Gutfall mit den geheimen RSA-Schlüsselementen, d.h. dem öffentlichen RSA-Schlüssel K_{PY} und dem Modulus M_Y des Y-Teilnehmers. Teilnehmer X übergibt die erhaltenen Daten an seine sichere Komponente 4.

Die sichere Komponente 4 generiert nun einen ETEE-Schlüssel R als Zufallswert und verschlüsselt ihn mit K_{PY} und M_Y zu einem Wert Z. Der Schlüssel R wird auf der X-Seite zur Anwendung in der nachfolgenden Verbindung gespeichert.

$R = \text{RAND}$

$Z = \text{RSA}[K_{PY}, M_Y (R)]$

Der Wert Z wird über einen Datenkanal 6 des Kommunikationssystems 1 dem Teilnehmer Y übermittelt und dort an dessen sichere Komponente 5 weitergeleitet.

Die sichere Komponente 5 entschlüsselt den Wert Z mit ihrem geheimen RSA-Schlüssel K_{SY} und dem Modulus M_Y und erhält den Geheimschlüssel R. Der Schlüssel R wird auf der Y-Seite gespeichert.

$R = \text{RSA}[K_{SY}, M_Y (Z)]$

Identische ETEE-Schlüssel R stehen nun auf beiden Seiten X und Y zur Verfügung.

Es kann also eine symmetrische Ver- und Entschlüsselung der über das Kommunikationsnetz 1 ausgetauschten Informationen erfolgen.

Eine besondere Absicherung der Schlüssel R ist nicht erforderlich, da sie nur in den sender- und empfängerseitigen Einrichtungen (Endgeräten) vorhanden sind und außerdem nach Ende der ETEE-Kommunikation sofort ihre Gültigkeit verlieren. Jede weitere ETEE-Kommunikation würde mit neuen Schlüsseln geführt werden.

Ebenso unkritisch sind die öffentlichen RSA-Schlüsselemente im ETEE-Server sowie deren Übertragungsweg zum X-Teilnehmer. Auf Vorkehrungen gegen Ausspähen kann hierbei verzichtet werden.

Zeichnungslegende

R	Geheimer Schlüssel
X	Teilnehmer X
Y	Teilnehmer Y
Z	Verschlüsselte Größe
1	Kommunikationssystem
2	Datenkanal
3	Zentrale Komponente
4	Sichere Komponente
5	Sichere Komponente
6	Datenkanal

Patentansprüche

1. Verfahren zur Generierung und Verteilung von Geheimschlüsseln zur Ende-Zu-Ende Verschlüsselung von Informationen einer Kommunikationsverbindung zwischen zwei Teilnehmern eines digitalen Kommunikationssystems, **dadurch gekennzeichnet**, daß für die Ende-zu-Ende Verschlüsselung ein symmetrisches Verschlüsselungsverfahren angewendet wird, und der dafür benötigte geheime Schlüssel (R) mittels eines asymmetrischen Verschlüsselungsverfahrens zwischen den Teilnehmern ausgetauscht wird, wobei einer der beiden Teilnehmer den geheimen Schlüssel (R) generiert, mit dem öffentlichen Teil eines privaten Schlüssel des anderen Teilnehmers verschlüsselt und über das Kommunikationssystem an den zweiten Teilnehmer übergibt, und der zweite Teilnehmer die übergebene verschlüsselte Größe mit dem geheimen Teil seines Schlüssel entschlüsselt und so den geheimen Schlüssel (R) erhält.
2. Verfahren nach Anspruch 1, **dadurch gekennzeichnet**, daß in Folge einer Verschlüsselungsanfrage des Teilnehmers (X) diesem von einer zentralen Komponente des Kommunikationssystems die öffentlichen RSA-Schlüsselemente (K_{PY} , M_Y) des anderen Teilnehmers (Y) zur Verfügung gestellt werden,

daß seitens des ersten Teilnehmers (X) ein geheimer Schlüssel (R) als Zufallszahl generiert und abgespeichert wird, und der Schlüssel (R) mittels RSA-Verfahren unter Verwendung der öffentlichen RSA-Schlüsselemente (K_{PY} , K_Y) des zweiten Teilnehmers (Y) zu einem Wert (Z) verschlüsselt und über das Kommunikationssystem an den zweiten Teilnehmer (Y) übermittelt wird,

daß seitens des zweiten Teilnehmers (Y) der übermittelte Wert (Z) unter Verwendung der geheimen RSA-Schlüsselemente (K_{SY} , K_Y) des zweiten Teilnehmers (Y) zum geheimen Schlüssel (R) entschlüsselt und abgespeichert wird.

3. Verfahren nach Anspruch 1 oder 2, **dadurch gekennzeichnet**, daß die Ver- und Entschlüsselung des Werts (R) nach einem RSA-Verschlüsselungsverfahren erfolgt.
4. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 3, **dadurch gekennzeichnet**, daß die Berechnungen zur Generierung und Übermittlung des geheimen Schlüssels (R) sowie die Speicherung der geheimen RSA-Schlüsselemente ausschließlich in einer sicheren Komponente, z.B. einer endgeräte-seitigen Chipkarte, auf Seiten der Teilnehmer erfolgt.
5. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 oder 4, **dadurch gekennzeichnet**, daß die Verschlüsselungsanfrage eines Teilnehmers an das Kommunikationssystem über einen unabhängigen Daten- oder Signalisierungskanal erfolgt.
6. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 5, **dadurch gekennzeichnet**, daß in der zentralen Komponente des Kommunikationssystems eine Prüfung erfolgt, ob der Teilnehmer zu einer Verschlüsselungsanfrage berechtigt ist.
7. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 6, **dadurch gekennzeichnet**, daß der generierte geheime Schlüssel (R) nach jeder Beendigung einer verschlüsselten Verbindung seine Gültigkeit verliert.

50

55

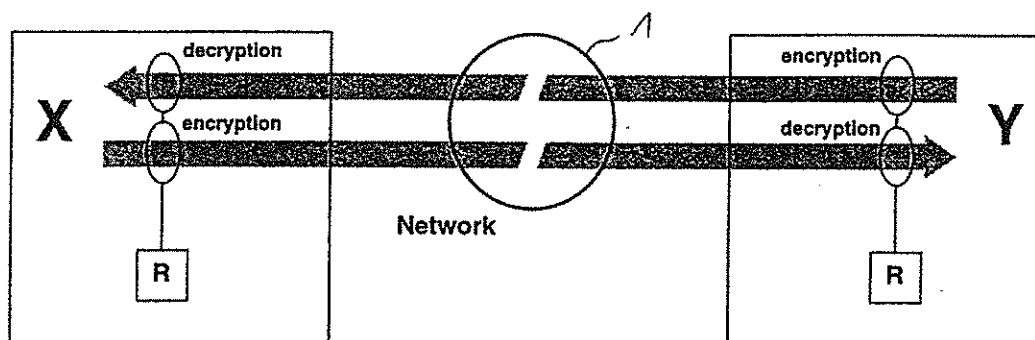


Abb. 1

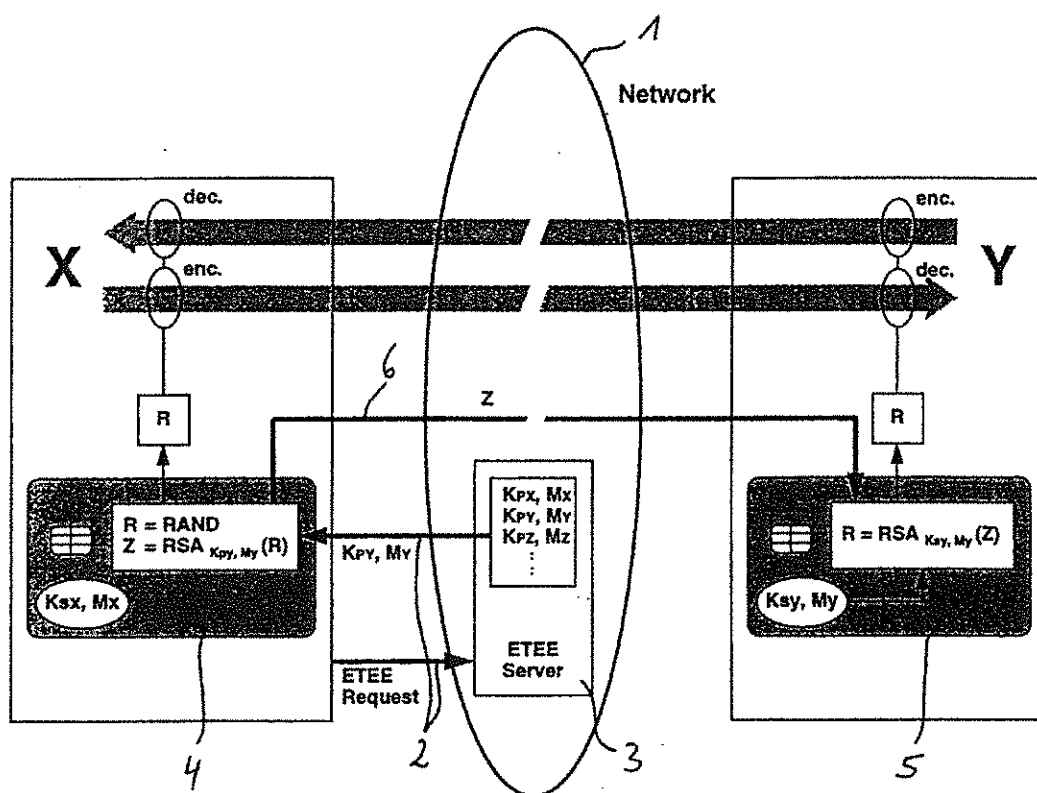


Abb. 2

Sie befinden sich hier: [Home](#) » [Fragen und Antworten](#) » **D. Fragen zur technischen Funktionsweise und Entwicklung**

Was ist das beA?	Wann kommt das beA?	Wie sicher ist das beA?	Was braucht man für das beA?	Wie funktioniert das beA?	Fragen und Antworten.
------------------	---------------------	-------------------------	------------------------------	---------------------------	------------------------------

D. Fragen zur technischen Funktionsweise und Entwicklung

1. Was ist das Hardware Security Module (HSM)?
2. Die Anwaltschaft hat höchste Anforderungen an die Sicherheit. Was wäre noch sicherer als der Einsatz von HSM Modulen?
3. Was ist das Online Services Computer Interface (OSCI)?

4. Werden private Schlüssel von Atos oder einem Dienstleister auf anderen als den Kanzlerechnern der betroffenen Rechtsanwälte gespeichert?

Die zentrale beA-Anwendung speichert den privaten Schlüssel des Postfachs als verschlüsseltes Objekt in der Datenbank. Dieser private Schlüssel des Postfaches und der zugehörige öffentliche Schlüssel werden beim Anlegen des Postfaches in einem Hardware Security Modul (HSM) erstellt. Auf Grund der Anforderung der Verwaltung von mehr als 360.000 Postfächern und den technischen Gegebenheiten zur internen Speicherung von Schlüsselmaterial in einem HSM, werden die im HSM erstellten privaten Schlüssel im HSM selbst mit einem weiteren Schlüssel verschlüsselt und in dieser Form aus dem HSM exportiert. Da kryptografische Operationen unter Verwendung des privaten Postfachschlüssels nur innerhalb des HSM möglich sind, müssen hierzu die in der Datenbank abgelegten verschlüsselten privaten Schlüssel in das HSM geladen werden.

5. Sind im HSM des beA diejenigen private Schlüssel gespeichert, die auch auf der beA-Smart Card gespeichert sind?
6. Wie wird sichergestellt, dass niemand Zugriff auf den im HSM hinterlegten Schlüssel hat?
7. Wie ist das HSM gegen (unberechtigte) Zugriffe von außen gesichert? Wer hat physischen Zugriff auf das HSM? Wie sieht der Wartungsprozess der HSM-Maschinen aus?
8. Welches technische Verfahren wird angewandt, um die Schlüssel zu übertragen?
9. Trifft es zu, dass der Weg über den lokalen Server im SecurityClient insbesondere gewählt wurde, um den Zugriff auf das Kartenlesegerät zu ermöglichen? Wurde die Möglichkeit moderner Browser in Erwägung gezogen, selbst und direkt auf USB-Geräte zuzugreifen?
10. Ist es richtig, dass die .msi nicht codedesigned ist und die macOS-Installationsdatei nicht von einem zertifizierten Entwickler stammt? Wie wird sichergestellt, dass keine „gehackten“ Versionen der Software kursieren?
11. Ist es richtig, dass die beA-Webanwendung anfällig ist für Cross-Site-Scripting?
12. Sind SSL-Stripping-Angriffe möglich?
13. Wurde den Herstellern von Kanzleisofware (KSW) die API zur Verfügung gestellt?

Sie befinden sich hier: [Home](#) » **Technische Informationen zum Verschlüsselungsverfahren beim beA**

Was ist das beA?	Wann kommt das beA?	Wie sicher ist das beA?	Was braucht man für das beA?	Wie funktioniert das beA?	Fragen und Antworten
------------------	---------------------	-------------------------	------------------------------	---------------------------	----------------------

Technische Informationen zum Verschlüsselungsverfahren beim beA

Das beA-System verwendet ein hybrides Verschlüsselungsverfahren aus asymmetrischer und symmetrischer Verschlüsselung.

Die Nachricht wird vor ihrer Übermittlung auf dem Computer des Absenders mit einem zufällig erzeugten symmetrischen Nachrichtenschlüssel verschlüsselt. Dieser Nachrichtenschlüssel wird anschließend mit dem öffentlichen Schlüssel des Empfängerpostfachs verschlüsselt, welcher im SAFE-Verzeichnis der BRAK hinterlegt ist. Verschlüsselte Nachricht und verschlüsselter Nachrichtenschlüssel werden an das Empfängerpostfach übertragen, der Empfänger muss beides nacheinander entschlüsseln, um die Nachricht lesen zu können. Dieses Verfahren entspricht den OSCI-Vorgaben und liegt auch der EGVP-Kommunikation zugrunde.

Im Unterschied zum EGVP ermöglicht das beA jedoch einen Zugriff auf das Postfach für mehrere Nutzer mit unterschiedlichen Berechtigungen, um die Aufgabenverteilung innerhalb einer Kanzlei abzubilden. Hierfür kommt ein Hardware Security Module (HSM) zum Einsatz. Dabei handelt es sich um spezielle Hardwarekomponenten, die unter Einsatz kryptographischer Schlüssel bestimmte vordefinierte Funktionen ausführen. Sie sind dabei gegen jede Art von Manipulation geschützt.

Wenn eine Nachricht von einem berechtigten Nutzer gelesen werden soll, muss dieser sich zunächst mit dem öffentlichen Schlüssel seines Sicherheits-Tokens – z.B. seiner beA-Karte – authentifizieren. Das HSM schlüsselt nach Prüfung der Berechtigung des anfragenden öffentlichen Schlüssels – im geschützten Bereich des HSM – den Nachrichtenschlüssel für den jeweiligen berechtigten Leser um.

Vor dem Umschlüsseln prüft das HSM, ob eine vom Postfachbesitzer kryptographisch signierte Berechtigung (MAC) vorliegt. Allein der Postfachinhaber oder eine von ihm mit dem Recht „Berechtigungen verwalten“ versehene Person kann dem HSM das Umschlüsseln für einen konkreten Leser gestatten. Nur das HSM ist in der Lage, Nachrichten umzuschlüsseln, da die Postfachschlüssel im HSM verschlüsselt abgelegt sind und auch nur dort entschlüsselt werden können.

Die verschlüsselte Nachricht und der für den Nutzer umgeschlüsselte Nachrichtenschlüssel werden an den Nutzer übertragen. Dieser kann zunächst den Nachrichtenschlüssel und mit ihm die Nachricht selbst entschlüsseln.

Die Nachricht selbst liegt bei diesem Verfahren zu keiner Zeit unverschlüsselt vor. Der Nachrichtenschlüssel liegt außerhalb des HSM ebenfalls zu keiner Zeit unverschlüsselt vor.

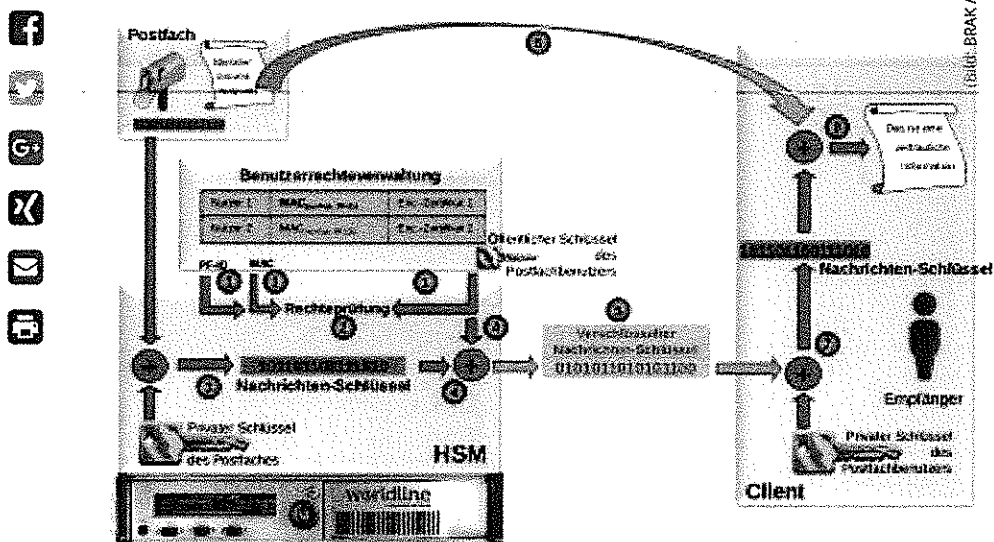
Als asymmetrisches Verfahren zum Schlüsseltransport ist gemäß OSCI-Transport 1.2 die Verschlüsselung mit einem RSA-Algorithmus vorgesehen. Die Größe der Schlüssel beträgt 2048 Bit. Für die symmetrische Verschlüsselung der Nachricht wird der Verschlüsselungsalgorithmus AES 256 verwendet, was ebenfalls der OSCI 1.2-Spezifikation entspricht. Die Verschlüsselungsverfahren werden regelmäßig der technischen Weiterentwicklung angepasst.

ANWALTSPOSTFACH

Die unnötige Ende-zu-Mitte-Verschlüsselung von BeA

Beim besonderen elektronischen Anwaltspostfach wird angeblich eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung eingesetzt - dabei sind die privaten Schlüssel nicht in der Hand der Nutzer, sondern in einem Hardware Security Module gespeichert. Wir erklären, wie es besser gehen würde.

Von Hanno Böck 26. Januar 2018, 7:00 Uhr



In dieser leicht verständlichen Darstellung erläutern Atos und die Bundesrechtsanwaltskammer, wie man eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ohne Ende-zu-Ende-Verschlüsselung umsetzt.

Das besondere elektronische Anwaltspostfach (BeA) der Bundesrechtsanwaltskammer ist zur Zeit offline - aufgrund von Sicherheitslücken mit HTTPS-Zertifikaten. Doch die Zertifikate sind nicht das einzige Problem des BeA.



Video: Hanno Böck über BeA - Interview (6:45)

Inhalt:

1. Anwaltspostfach: Die unnötige Ende-zu-Mitte-

Laut der Informationsseiten der Bundesrechtsanwaltskammer nutzt das BeA eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Allerdings stimmt das nicht. Denn die

Nachrichten werden nicht mit dem öffentlichen Schlüssel des Empfängers verschlüsselt, sondern mit einem Postfachschlüssel, der sich in einem Hardware Security Module (HSM) befindet. Das HSM nimmt dann eine "Umschlüsselung" vor, bei der die Nachrichten mit dem Schlüssel des Empfängers neu verschlüsselt werden.

Ende-zu-Ende oder eher Ende-zu-Mitte-Verschlüsselung?

Dass es sich dabei trotzdem um eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung handelt, begründet die Bundesrechtsanwaltskammer so: Bei der Umschlüsselung wird nur ein symmetrischer Schlüssel entschlüsselt, mit dem die eigentliche Nachricht verschlüsselt ist. Die Nachricht liegt also nie im Klartext vor - wenn alles so arbeitet wie vorgesehen. Die gesamte Sicherheit des Systems hängt also davon ab, dass das HSM korrekt arbeitet und die Schlüssel auch nicht extrahiert werden können. Überprüfen kann ein Anwender das natürlich nicht, er muss auf die Infrastruktur vertrauen.

Hardware Security Modules sind so gebaut, dass eine Extraktion des Schlüssels möglichst schwierig ist. Dabei soll sowohl eine Extraktion mittels Software als auch eine gewaltsame Öffnung der Hardware verhindert werden. Doch ein solcher Schutz ist nie perfekt: Die im HSM arbeitende Software kann beispielsweise wie jede Software Bugs enthalten. Auch lässt sich eine gewaltsame Öffnung nie mit Sicherheit verhindern.

Stellenmarkt

Automatisierungstechniker (m/w) Software
ANDRITZ KMPT GmbH, Vierkirchen bei München
HR IT (Junior-) Specialist (m/w)
Merz Pharma GmbH & Co. KGaA, Frankfurt am Main
Detailsuche

Auf einer neu bereitgestellten Informationsseite beantwortet die Bundesrechtsanwaltskammer nun einige Fragen dazu [und](#) erläutert auch die Verschlüsselung [und](#), wenngleich nur sehr oberflächlich. Auch hat die Rechtsanwaltskammer Hamburg Slides von einer Präsentation des Herstellers bereitgestellt [und](#).

HSM ist alternativlos - oder nicht?

"Die funktionalen Anforderungen und die Sicherheitsanforderungen an das BeA-System können nur unter Verwendung einer Umschlüsselungs-Komponente umgesetzt werden", heißt es auf der Informationsseite der Rechtsanwaltskammer. *"Ein HSM ist hierfür die einzige zur Verfügung stehende Lösung zur Umsetzung der Anforderungen an das System."*

Man könnte das so lesen: Der Einsatz eines HSMs ist zwar keine besonders elegante Lösung, aber für die Anforderungen des BeA quasi alternativlos. Der Grund dafür ist, dass ein Postfachinhaber festlegen können soll, dass seine Nachrichten an andere Personen weitergeleitet werden.

Doch eine solche Weiterleitungsfunktion ließe sich auch ganz ohne ein HSM lösen - und mit einer echten Ende-zu-Ende-Verschlüsselung.

Rechtsanwältin Alice fährt in den Urlaub [>](#)

1 2 [>](#)

Themenseiten:

BeA, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Sicherheitslücke, Verschlüsselung, Server, Applikationen, Internet, Politik/Recht, Security

[Zu den Kommentaren springen](#)

Erhalte täglich die wichtigsten IT-News mit unserem Newsletter:

E-Mail-Adresse

[1 Tage Schnupper-Abo](#)

Verwandte Artikel

BEA

So geht es mit dem Anwaltspostfach weiter

BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Anwälte sollen BeA sofort deinstallieren

BEA

Bundesrechtsanwaltskammer stellt Zahlungen an Atos ein

ROBOT-ANGRIFF

Arbeitsagentur nutzt uralte Cisco-Geräte

SERVER

Yubicos zweites Hardware-Security-Modul kostet 650 Dollar

Meistgelesen

XBOX ADAPTIVE CONTROLLER AUSPROBIERT

19 x Klinke, 1 x Controller, 0 x Probleme

UNITI ONE

Günstiges Elektroauto aus Schweden ist fertig

YOUTUBE MUSIC

Google attackiert Spotify mit kostenlosem Musikstreaming

BLACK-HOODIE-TRAINING

"Einmal nicht Alien sein, das ist toll!"

TELEFONABZOCKE

Dirty Harry erklärt mein Windows für kaputt

Blu-ray-Angebote

ANZEIGE

NEU: Elliot, der Drache [Blu-ray]
6,66€

Blu-rays & DVDs zum Sonderpreis

NEU: 2 kaufen, 20% sparen ODER 3 kaufen, 30% sparen

NEU: Findet Dorie [Blu-ray]
6,66€

Weitere Angebote

Kommentarübersicht

Re: HSM ist unsinnig

Gromran 20. Mär 2018

Das Thema ist rechtlich deutlich komplexer. Es geht ja nicht nur um Urlaubsvertretung...

Re: Die unmögliche(?) Ende-zu-Ende-Verschlüsselung?

Gromran 20. Mär 2018

Es "macht" nie etwas Sinn, es "hat" höchstens etwas Sinn. So schwer ist die deutsche...

Re: Alice & Bob

pommesmatte 29. Jan 2018

Eve liest nur mit (Eavesdropping). Ein Man in the Middle wäre Mallory.

Re: Erfüllt eben NICHT die Anforderungen...

pommesmatte 29. Jan 2018

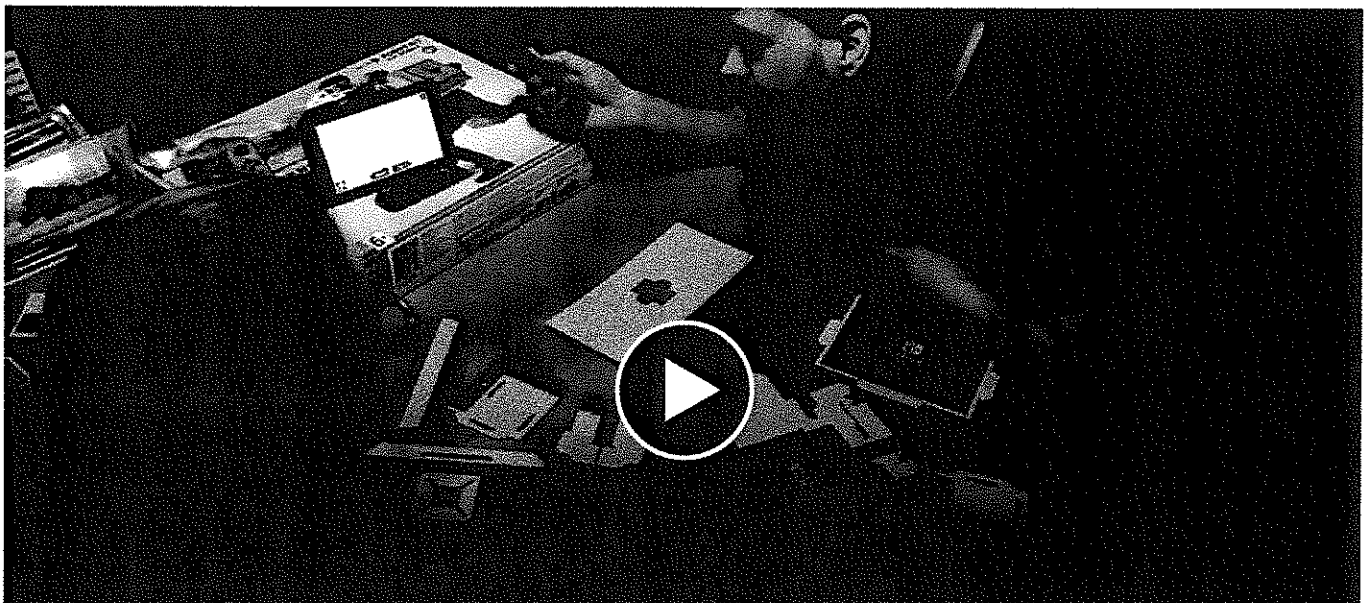
Du hast in allen Punkten an mir vorbei geredet.

Und diese Lösung funktioniert auch....

beA-Veteran 28. Jan 2018

...wenn die Anwältin dauerhaft verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Postfach...

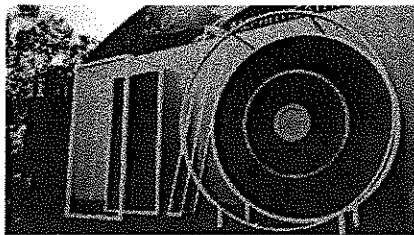
Folgen Sie uns



Golem.de baut das Labo-Haus - Timelapse

Wir haben uns beim Aufbau vom Nintendo-Labo-Haus gefilmt und die Eindrücke im Timelapse gesichert.

I/O 2018



GOOGLE I/O 2018

Eine Entwicklerkonferenz für Entwickler

Google I/O 2018 Die Google I/O präsentiert sich erneut als Messe für Entwickler und weniger für konventionelle Nutzer. Die Änderungen bei Maps, Google Lens oder News sind zwar nett, spannend wird es aber mit Linux-Apps auf Chromebooks.

Eine Analyse von Tobias Költzsch, Ingo Pakalski und Sebastian Grüner

GOOGLE Android P trennt stärker zwischen Privat und Arbeit

SMARTWATCH Zweite Vorschau von Wear OS bringt neuen Akkusparmodus

AUGMENTED REALITY Google unterstützt mit ARCore künftig auch iOS

Debian



KRYPTOGRAPHIE

Der Debian-Bug im OpenSSL-Zufallszahlengenerator

Einer der schwerwiegendsten Fehler in der Geschichte der Kryptographie beschäftigte vor zehn Jahren Nutzer der Debian-Distribution. Wenn man danach sucht, findet man noch heute vereinzelt verwundbare Schlüssel.

Von Hanno Böck

Digitale Bildung



WONDER WORKSHOP CUE IM TEST

Der Spielzeugroboter kommt ins Flegelalter

Bislang herrschte vor allem ein Niedlichkeitswettbewerb zwischen populären Spiel- und Lernrobotern für Kinder, jetzt durchbricht ein Roboter für jüngere Teenager das Schema nicht nur optisch: Cue fällt auch durch ein eher loseres Mundwerk auf.

Ein Test von Alexander Merz

Themen	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V	W	X	Y	Z	#
Golem.de			Software					Mobil				Games				Security				Wissenschaft			Wirtschaft				
Tests			Browser					Akku				Spielerests				Hacker				3D-Drucker			Amazon				
PC-Hardware			Chrome					Android				Oculus Rift				Sicherheitslücke				Augmented Reality			Apple				
Prozessoren			Firefox					Cyanogenmod				Spielekonsole				TOR-Netzwerk				Automobil			Bitcoin				
Grafikkarten			Bittorrent					iOS				Playstation 4				Verschlüsselung				Cloud Computing			Facebook				
Eingabegeräte			Linux					Windows Phone				Xbox One				Chaos Computer Club				Drohne			Google				
Speichermedien			Mac OSX					Mobilfunk				Steam					Netzpolitik				Künstliche Intelligenz			IBM			
4K			Windows					Oneplus					Hausautomation			Datenschutz				Roboter			Intel				
Mini-PC			Open Source					Smartphone					Smarthome			DSGVO				Raumfahrt			Microsoft				
Router			API					Smartwatch					LED-Lampe			NSA				Quantencomputer			Mozilla				
USB			Softwareentwicklung					Tablet						DIY - Do it yourself		Überwachung				Supercomputer			Samsung				
Digitale Fotografie			Programmiersprache					Wearable						Anleitung		Vorratsdatenspeicherung				Virtuelle Realität			Sony				
			HTML5					Streaming						Raspberry Pi		Europäische Union							Yahoo				
			Docker					Whatsapp								Icann							Wikipedia				

Pflicht zur Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) und zur anwaltlichen Verschwiegenheit

Gesetzliche und technische Grundlagen

Alexander Löschhorn

Der nachfolgende Beitrag beschäftigt sich zunächst mit den gesetzlichen und technischen Grundlagen für das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA), wobei die lokale beA-ClientSecurity-Komponente, deren Sicherheitslücken zur Schnellabschaltung des beA im Dezember 2017 geführt haben, außer Betracht bleibt. Denn diese Komponente ist für die grundsätzliche Funktionalität nicht zwingend erforderlich, weil sie z.B. für die beA-Nutzung über Anwaltssoftwareprogramme nicht benötigt wird. Sie dient vielmehr lediglich dem Komfort, indem sie die Nutzung des beA über einen Webbrowser wie z.B. Chrome, Firefox etc. ermöglicht hat. Im Anschluss daran wird die Frage aufgeworfen, ob die Pflicht zur Nutzung des beA in seiner jetzigen Form mit der Pflicht zur anwaltlichen Verschwiegenheit kollidiert.

Lesedauer: 26 Minuten

I. Gesetzliche Regelungen

1. Gesetzliche Grundlage für das beA

Der Gesetzgeber hat durch § 31c Nr. 3 BRAO das *Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)* ermächtigt, mit Zustimmung des *Bundesrats* durch Rechtsverordnung die Einzelheiten der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (beA) zu regeln. Von dieser Ermächtigung hat das *Ministerium* mit der Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnisse und die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer, kurz Rechtsanwaltsverzeichnis und -postfachverordnung – RAVPV,¹ Gebrauch gemacht. Teil 4 der Verordnung regelt mit den §§ 19 bis 29 RAVPV das beA. Gem. § 19 Abs. 1 RAVPV dient es der elektronischen Kommunikation der Mitglieder der Rechtsanwaltskammern, der Rechtsanwaltskammern selbst und der *Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK)* untereinander und mit den Ge-

Löschhorn: Pflicht zur Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) und zur anwaltlichen Verschwiegenheit (MMR 2018, 204)

205 ▲
▼

richten auf einem sicheren Übermittlungsweg. Optional sieht § 19 Abs. 2 RAVPV vor, dass das beA auch der elektronischen Kommunikation mit anderen Personen oder Stellen dienen kann.

2. Gesetzliche Pflicht zur Nutzung des beA

Die gesetzliche Pflicht zur Nutzung des beA ergibt sich zurzeit aus § 31a Abs. 6 BRAO² und sofern kein anderer sicherer Übermittlungsweg gem. § 130a Abs. 4 ZPO³ vorgehalten wird aus § 174 Abs.

3 Satz 4 i.V.m. Satz 3 und Abs. 1 ZPO⁴. Nach § 31a Abs. 6 BRAO ist der Inhaber des beA verpflichtet, die für dessen Nutzung erforderlichen technischen Einrichtungen vorzuhalten sowie Zustellungen und den Zugang von Mitteilungen über das beA zur Kenntnis zu nehmen. § 174 Abs. 3 Satz 4 i.V.m. Satz 3 und Abs. 1 ZPO verlangt von jedem Rechtsanwalt, dass er einen sicheren Übermittlungsweg gem. § 130a Abs. 4 ZPO für die Zustellung elektronischer Dokumente eröffnet.

II. Technische Grundlage für das beA

1. EGVP und OSCI-Standard

Durch § 20 Abs. 1 RAVPV wird die BRAK verpflichtet, die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer auf der Grundlage des Protokollstandards „Online Services Computer Interface – OSCI“ oder einem künftig nach dem Stand der Technik an dessen Stelle tretenden Standard zu betreiben. Der OSCI-Standard ist ein ursprünglich von der *OSCI-Leitstelle*, seit 2011 in *KoSITS*⁵ umbenannt, entwickelter Standard, auf dessen Basis die EGVP-Infrastruktur betrieben wird.⁶ EGVP steht für „Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach“. ⁷ Rückgrat für die Adressierbarkeit der EGVP ist der Verzeichnisdienst SAFE⁸, quasi das Telefonbuch, über das die SAFE-ID und damit die EGVP-Adresse des Empfängers ermittelt werden kann. Bei der Einrichtung des beA wurde für jedes Postfach eine eigene SAFE-ID vergeben und mit den persönlichen Daten des Postfachinhabers im Verzeichnisdienst verknüpft. Grundlage hierfür sind die Daten, die die regionalen Rechtsanwaltskammern bei der Zulassung ihrer Mitglieder erheben und in das öffentlich abrufbare bundesweite amtliche Anwaltsverzeichnis⁹ aufnehmen. Dort kann auf die zum Versand an das beA eines Rechtsanwalts notwendige SAFE-ID abgefragt werden. Durch die Einführung des beA ändert sich an den für die Gerichte eingerichteten EGVP nichts. Gleiches gilt für EGVP, die für andere Stellen oder Personen eingerichtet sind oder für das besondere elektronische Notarpostfach (beN) gem. § 78n Bundesnotarordnung (BNotO)¹⁰ und das besondere Behördenpostfach (beBPo)¹¹. Solange der OSCI-Standard das Kommunikationsprotokoll zwischen den EGVP darstellt, müssen die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer, Notarpostfächer und die besonderen Behördenpostfächer technisch auch EGVP sein. Die EGVP-Infrastruktur und deren Funktionen sind dabei der kleinste gemeinsame Nenner der EGVP und der vorgenannten „besonderen“ Postfächer, ohne die eine Teilnahme am gemeinsamen elektronischen Rechtsverkehr nicht möglich wäre.

2. Sicherheit der EGVP bzw. des OSCI-Standards

Auch wenn die EGVP-Infrastruktur auf Basis des OSCI-Standards in Teilen zu Kritik Anlass gegeben hat, sind bis heute keine wirklichen Schwachstellen in Bezug auf die Sicherheit erkennbar.¹² Denn der OSCI-Standard gewährleistet eine echte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zwischen Absender und Empfänger. Technisch wird dies dadurch realisiert, dass der Verzeichnisdienst SAFE zu jedem EGVP auch den dazugehörigen öffentlichen Schlüssel (RSA) des EGVP bereithält. Dabei kommt das asymmetrische RSA-Verschlüsselungsverfahren¹³ zum Einsatz. Der Vorteil eines asymmetrischen Verschlüsselungsverfahrens liegt darin, dass mit dem öffentlichen Schlüssel (RSA) eine Nachricht zwar verschlüsselt, nicht aber wieder entschlüsselt werden kann. Denn zur Entschlüsselung ist nur der geheime private Schlüssel (RSA) des Empfängers geeignet. Aus Gründen der Rechengeschwindigkeit erfolgt die Verschlüsselung dabei in zwei Stufen. Zunächst wird die eigentliche Nachricht, welche sehr große Datenmengen umfassen kann, mit Hilfe eines symmetrischen Verschlüsselungsverfahrens, bei aktuellen Implementierungen in aller Regel wie auch beim EGVP auf Basis des OSCI-

Standards mit Hilfe des AES-Verschlüsselungsverfahrens¹⁴ verschlüsselt. Symmetrisch bedeutet in diesem Zusammenhang, dass der Schlüssel (AES) zum Verschlüsseln auch wieder zum Entschlüsseln benötigt wird. Dieser wird vom Absender zufällig, idealerweise mithilfe eines echten Zufallsgenerators, erzeugt. An die so verschlüsselte Nachricht wird der zufällig erzeugte Schlüssel (AES) angehängt, zuvor wird dieser allerdings mit dem öffentlichen Schlüssel (RSA) des Empfängers selbst verschlüsselt. Damit ist sichergestellt, dass der zur Entschlüsselung der eigentlichen Nachricht benötigte symmetrische Schlüssel (AES) nur vom Empfänger mithilfe seines geheimen privaten Schlüssels (RSA) wieder entschlüsselt werden kann. Die Sicherheit der Nachrichtenübermittlung hängt somit von zwei Faktoren ab: Erstens muss die Erzeugung des symmetrischen Schlüssels (AES) und die Verschlüsselung (AES) der Nachricht beim Absender in einer Art und Weise erfolgen, dass Dritte weder Zugang zur Nachricht noch zu dem symmetrischen Schlüssel (AES) erlangen können. Zweitens muss der private Schlüssel (RSA) des Empfängers von diesem sicher verwahrt werden. Idealerweise erfolgt deshalb die Entschlüsselung mithilfe des privaten Schlüssels (RSA) nicht im Hauptprozessor eines PCs, sondern im Sicherheitsprozessor einer Chipkarte. Dabei wurde schon das Schlüsselpaar (RSA) von der Chipkarte selbst generiert und nur der öffentliche Schlüssel (RSA) hat die Chipkarte verlassen, während der private Schlüssel (RSA) ausschließlich sicher auf der Chipkarte verbleibt und diese niemals verlässt. Auch wenn der OSCI-Standard und damit die EGVP-Infrastruktur den Einsatz von Chipkarten nicht zwingend vorschreibt, so kann doch jeder Empfänger eigenständig sicherstellen, dass an ihn gerichtete Nachrichten nur mithilfe seiner persönlichen Chipkarte entschlüsselt werden können. Hätte die BRAK das beA auf dieser

Löschhorn: Pflicht zur Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) und zur anwaltlichen Verschwiegenheit (MMR 2018, 204)

206 ▲ ▼

Basis implementiert, wäre ihre Aussage, dass sämtliche Nachrichten Ende-zu-Ende verschlüsselt und das beA sicher sei, richtig.

3. Technische Modifikationen beim beA und Auswirkungen auf dessen Sicherheit

Tatsächlich hat die BRAK das beA nicht auf dieser Basis implementiert, sondern ein eigenes System entwickeln lassen, über das zwar EGVP, beN und beBPo erreichbar sind und über das Nachrichten von EGVP, beN und beBPo empfangen werden können, dabei jedoch die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in einer Art und Weise modifiziert, dass technisch gesehen keine echte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung mehr gegeben ist. Denn anders als beim EGVP gemäß OSCI-Standard eigentlich vorgesehen, ist der öffentliche Schlüssel (RSA), mit dem der symmetrische Schlüssel (AES) zum Entschlüsseln der Nachricht verschlüsselt wird, nicht der des Empfängers bzw. Postfachinhabers.¹⁵ Vielmehr handelt es sich um den öffentlichen Schlüssel (RSA) des Postfachs selbst, dessen zugehöriger geheime private Schlüssel (RSA) sich in der Obhut der BRAK und/oder des/der von ihr beauftragten Dienstleister(s) befindet. Deshalb ist auch weder der öffentliche Schlüssel (RSA) noch der geheime private Schlüssel (RSA) zum Entschlüsseln des symmetrischen Schlüssels (AES) auf der von der Bundesnotarkammer (BNotK) im Auftrag der BRAK ausgegebenen beA-Chipkarte gespeichert.¹⁶ An dem Nichtvorhandensein einer echten Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ändert auch die Erläuterung der BRAK zur Sicherheit des beA auf ihrer Internetseite nichts,¹⁷ wobei der Begriff „Ende-zu-Ende-Verschlüsselung“ von der BRAK zunehmend vermieden wird.¹⁸ Dreh- und Angel-

punkt der Argumentation der *BRAK* ist dabei das von ihr eingesetzte, angeblich hochsichere Hardware-Sicherheits-Modul (HSM).¹⁹ Dieses HSM wacht nach den Angaben der *BRAK* über die geheimen privaten Schlüssel (RSA) der Postfächer.²⁰ Die Sicherheit dieses HSM beruht nach Aussage der *BRAK* darauf, dass es nur „bestimmte vordefinierte Funktionen“ ausführen kann, nachdem es zuvor die Berechtigung des Lesers einer Nachricht hierfür auf Grund einer mit dem Zertifikat des Postfachinhabers versehenen Berechtigung geprüft hat.²¹ Was die *BRAK* jedoch, wohl bewusst, verschweigt bzw. bestenfalls zwischen den Zeilen einräumt, ist die Tatsache, dass es sich bei dem HSM keineswegs um ein in sich abgeschlossenes System handelt, zu dem niemand (mehr) Zugang hat. Vielmehr handelt es sich dabei um einen speziellen Rechner, der neben einem Hauptprozessor nebst Speicher über ein spezielles, jedoch programmierbares Betriebssystem verfügt. D.h. der bzw. diejenige(n), der/die administrativen Zugang zu dem HSM hat/haben, hat/haben die volle Kontrolle über sämtliche von dem HSM ausgeführten Entschlüsselungsvorgänge. Ein solcher administrativer Zugang zu dem HSM muss schon aus folgenden Gründen gewährleistet sein: Im Falle von Fehlern, sog. Bugs, muss das Betriebssystem des HSM aktualisierbar sein. Gleiches gilt bei Hardwaredefekten. Abgesehen davon, dass bei der Vielzahl von eingerichteten Postfächern – die *BRAK* spricht von ca. 360.000²² – ein einzelnes HSM nicht ausreichen wird, muss jedes der beteiligten Rechenzentren über mindestens zwei HSM verfügen, um die Redundanz im Falle des Ausfalls eines HSM sicherstellen zu können. Das bedeutet auch, dass jederzeit neue HSM für die Nutzung im beA-System programmiert werden können müssen. Zwar ist es denkbar, dass sich ein neues HSM, das über dasselbe Betriebssystem wie ein bereits mit Schlüsseln geladenes HSM verfügt, mit diesem synchronisiert, d.h. über eine verschlüsselte Verbindung Schlüssel aus einem HSM in ein neues HSM übertragen werden. Dennoch musste das erste HSM mit Schlüsseln geladen werden und es muss für den Fall, dass die Synchronisation der Schlüssel fehlschlägt, einen Mechanismus geben, Schlüssel in ein neues HSM zu laden. Daraus folgt, dass es Personen gibt, die jeweils über Teile eines Generalschlüssels für das HSM und damit für sämtliche Postfächer des beA-Systems verfügen (müssen).²³ Insofern ist die Aussage der *BRAK*, es gäbe keinen solchen Generalschlüssel²⁴, wenig glaubhaft. Hinzu kommt, dass diejenigen, die zusammen den Generalschlüssel in ein HSM einspielen, nicht wissen (können), welche Funktionen zuvor vom Hersteller z.B. im Rahmen eines Betriebssystem-Updates in das HSM eingespielt wurden. So könnte z.B. der Hersteller eine Funktion einbauen, der einer bestimmten beA-Karte das Recht einräumt, auf sämtliche Postfächer zuzugreifen, weil das HSM so programmiert wurde, dass es diese beA-Karte stets als berechtigt ansieht. Wohlweislich behauptet die *BRAK* nur noch: „Die Implementierung des HSM enthält keinerlei Funktionalität, die diesen (oder andere) Schlüssel im Klartext exportieren kann. Somit hat kein Nutzer im Betrieb des HSM Zugriff auf diesen Schlüssel.“²⁵ D.h. also gerade nicht, dass eine Implementierung mit anderer Funktionalität ausgeschlossen wäre. Die *BRAK* hat mittlerweile eingeräumt, dass der Hersteller des HSM die Firma *Atos* ist.²⁶ Diese hat nicht nur die Software für das beA entwickelt, sondern betreibt für die *BRAK* auch das beA-System. Im Ergebnis zwingt die *BRAK* daher sämtliche in Deutschland zugelassenen Rechtsanwälte, bei der Kommunikation i.R.d. standardisierten elektronischen Rechtsverkehrs ihr bzw. der Firma *Atos* zu vertrauen. Hinzu kommt, dass Sicherheitslücken selbst in hochentwickelten Chipdesigns vorkommen und mitunter erst nach Jahren entdeckt werden. So musste der Hersteller *Infineon* einräumen, dass bei einem von ihm entwickelten und produzierten Hochsicherheitskryptochip bei der Generierung von RSA-Schlüsseln ein Designfehler vorliegt, der es ermöglicht, den geheimen privaten Schlüssel in relativ kurzer Zeit zu berechnen.²⁷ Davon waren auch fast 750.000 Personalausweise betroffen, die in Estland ausgegeben

wurden.²⁸ Erst kürzlich haben Sicherheitsforscher herausgefunden, dass eine Vielzahl von Prozessoren namhafter Hersteller seit Jahren von einer gravierenden Sicherheitslücke betroffen ist, die auch das Auslesen von geheimen Schlüsseln ermöglicht.²⁹

4. Notwendigkeit der technischen Modifikationen und Alternativen

Die *BRAK* behauptet, dass die von ihr so genannte „Umschlüsselung“ in dem HSM auf Grund der funktionalen Anforderungen zwingend sei und gleichzeitig die einzige und sicherste verfügbare Lösung darstelle.³⁰ Sie verkennt dabei aber zweierlei: Ers-

Löschhorn: Pflicht zur Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA)
und zur anwaltlichen Verschwiegenheit (MMR 2018, 204)

207 ▲
▼

tens sind die funktionalen Anforderungen, die der Gesetz- bzw. Ordnungsgeber normiert hat, nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern von der *BRAK* mutmaßlich maßgeblich beeinflusst worden. Und zweitens lassen sich die allermeisten der normierten funktionalen Anforderungen auch ohne die Umschlüsselung im HSM unter Beibehaltung einer echten Ende-zu-Ende-Verschlüsselung erfüllen. Die wichtigste funktionale Anforderung an das beA, nämlich die durch die regionalen Rechtsanwaltskammern bestätigte Identität eines jeden Postfach(inhaber)s, erfordert kein HSM. Dazu reicht es vollkommen aus, dass der Eintrag im SAFE-Verzeichnisdienst von der *BRAK* entsprechend mit der Rollenangabe „Rechtsanwalt“ signiert ist. Wenn nun die *BRAK* einerseits behauptet, der Zugriff mehrerer Berechtigter (Kollegen, Assistenz etc.) auf ein Postfach sei ohne die Umschlüsselung im HSM nicht möglich, andererseits aber ausdrücklich betont, dass das beA kein Nachrichtenarchiv sei und sämtliche Nachrichten möglichst umgehend auf ein eigenes System heruntergeladen werden sollen,³¹ widerspricht sie sich selbst. Denn nur wenn das beA selbst ein Nachrichtenarchiv im Stil z.B. von Microsoft Outlook, IBM Notes, Mozilla Thunderbird etc. mit Elementen von Groupware-Software wie z.B. Microsoft Exchange, IBM Domino etc. sein soll, benötigt man für diesen Komfort u.U. eine Umschlüsselung in einem HSM. Für den Zugriff von mehreren Berechtigten auf eine Nachricht benötigt man keine Umschlüsselung in einem HSM. Vielmehr reicht es aus, wenn der symmetrische Schlüssel (AES) für die Entschlüsselung der Nachricht schon vom Absender mit den öffentlichen Schlüsseln (RSA) sämtlicher Berechtigter verschlüsselt wird. Dazu muss der Absender lediglich beim Versand einer Nachricht an ein Postfach beim SAFE-Verzeichnisdienst abfragen, welche zusätzlich zum Postfachinhaber Berechtigten aktuell vorhanden sind. In gleicher Weise lassen sich auch die Fälle eines bestellten Vertreters bzw. Abwicklers lösen. Denn hierfür muss die *BRAK* nur dessen Berechtigung für das Postfach im SAFE-Verzeichnisdienst hinterlegen. Auch der Entzug der Berechtigung lässt sich bei dieser Lösung elegant erreichen. In dem Moment, in dem der Postfachinhaber einem Berechtigten dessen Berechtigung entzieht, wird diese aus dem SAFE-Verzeichnisdienst gelöscht und jeder Absender erhält bei der Abfrage des SAFE-Verzeichnisses den öffentlichen Schlüssel des nicht mehr Berechtigten auch nicht mehr. Folglich wird die Nachricht weder an ihn gesandt, noch kann er sie entschlüsseln, weil der symmetrische Schlüssel (AES) nicht auch mit seinem öffentlichen Schlüssel (RSA) vom Absender verschlüsselt wurde und er deshalb mit seinem privaten Schlüssel (RSA) den symmetrischen Schlüssel (AES) für die Entschlüsselung der Nachricht nicht entschlüsseln kann.

Im Widerspruch zu der o.g. Aussage der *BRAK*, dass das beA kein Nachrichtenarchiv ist, steht z.B.

auch die Funktionalität des Ordners „Gesendete Nachrichten“. Gem. § 27 RAVPV dürfen Nachrichten frühestens 90 Tage nach ihrem Eingang automatisch in den Papierkorb verschoben und nach frühestens weiteren 30 Tagen automatisch gelöscht werden. Der Ordnungsgeber ist offensichtlich nicht davon ausgegangen, dass es im beA überhaupt „Gesendete Nachrichten“ gibt. Insofern dürfte die dann doch im Stil eines E-Mail-Programms gestaltete beA-Webanwendung der eigentliche Grund dafür sein, dass man das beA-System mit Umschlüsselung im HSM konzipiert hat. Jedoch ist die beA-Webanwendung weder vom Gesetz- bzw. Ordnungsgeber vorgeschrieben, noch machen funktionale Anforderungen sie notwendig.

5. Fehlerhaft umgesetzte funktionale Anforderungen

Dass die funktionalen Anforderungen an das beA nicht wirklich durchdacht sind, zeigt sich auch an anderer Stelle:

a) Kanzleiwechsel

Wer eine Nachricht an das beA eines Rechtsanwalts sendet, kann dabei nicht erkennen, wem der Rechtsanwalt Berechtigungen zum Lesen der Nachricht erteilt hat. Wechselt nun ein Rechtsanwalt von einer Kanzlei in eine andere, bleibt sein beA unverändert bestehen. Er wird dann bei seinem Ausscheiden die Berechtigungen für sämtliche Mitarbeiter seiner alten Kanzlei löschen (müssen). Aber kann er, ohne seine Pflicht zur Verschwiegenheit zu verletzen, Mitarbeitern seiner neuen Kanzlei Berechtigungen für sein beA erteilen? Die Antwort kann nur „Nein“ lauten. Denn auf Grund der Nichterkennbarkeit des Kanzleiwechsels für den Absender besteht ansonsten die Gefahr, dass vertrauliche Nachrichten zu einem Mandat der alten Kanzlei von Mitarbeitern der neuen zur Kenntnis genommen werden. Denn nachdem der Rechtsanwalt gegenüber Kollegen und Mitarbeitern der neuen Kanzlei über Mandate seiner alten Stillschweigen zu wahren hat, kann er nicht über bzw. wegen dem beA dieses Stillschweigen brechen (müssen). Lösbar ist diese Problematik partiell über die immer wieder geforderten Kanzleipostfächer oder aber vollständig über eine Erkennbarkeit sämtlicher Berechtigter für den Absender und der ausschließlichen Verschlüsselung des Nachrichtenschlüssels für diese Personen bzw. Kanzleipostfächer.

Bei herkömmlichen E-Mails besteht diese Problematik nicht, weil sich die E-Mail-Adresse beim Kanzleiwechsel ändert bzw. leicht ändern lässt.

b) Ausscheiden aus der Rechtsanwaltskammer

Auf der einen Seite muss der Rechtsanwalt gem. § 31a Abs. 6 BRAO Zustellungen in sein beA gegen sich gelten lassen. Auf der anderen Seite verpflichtet § 5 Abs. 1 RAVPV die Rechtsanwaltskammer, die Eintragung des Rechtsanwalts im Verzeichnis zu sperren, wenn dieser aus der Rechtsanwaltskammer ausscheidet. Mit der Sperrung der Eintragung wird nach § 28 Abs. 1 RAVPV auch das beA des Anwalts gesperrt und damit auch dessen Zugang, § 28 Abs. 1 Satz 2 und 3 RAVPV. Gem. § 29 RAVPV werden beA-Postfächer sechs Monate nach Sperrung endgültig gelöscht. Daraus folgt, dass sämtliche Nachrichten, die dem Rechtsanwalt vor der Sperrung zugehen, aber vor der Sperrung von diesem nicht mehr abgerufen wurden, er einerseits gegen sich gelten lassen muss, er andererseits von diesen unwiderruflich keine Kenntnis (mehr) erlangen kann. Hinzu kommt, dass das beA-Postfach bis zur Sperrung adressierbar bleibt; dies ergibt sich aus dem Umkehrschluss des § 28 Abs. 3 RAVPV. Insofern kann der Anwalt noch nicht einmal Sorge dafür tragen, dass vor der

Sperrung alle Nachrichten abgerufen werden, weil er ja den genauen Moment der Sperrung nicht kennt.

Wer wie die *BRAK* diese alltägliche Problematik i.R.d. Gesetz- und Verordnungsgebungsverfahrens nicht bedacht hat, auf der anderen Seite aber für den Zugriff auf das beA durch Berechtigte 22 verschiedene Berechtigungen konzipiert,³² muss sich fragen lassen, ob er bei der Konzeption die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat.

Es bleibt zudem das Geheimnis der *BRAK*, warum die *BNotK* im Gegensatz zu ihr beim beN einfach die bestehenden EGVP migrieren und nach Erstanmeldung des Notars ein entsprechendes Zertifikat ausstellen konnte.³³ Dabei können die Notariatsangestellten wie bisher mit der Notarsoftware XNotar auch auf das beN des Notariats zugreifen.³⁴

Löschhorn: Pflicht zur Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) und zur anwaltlichen Verschwiegenheit (MMR 2018, 204)

208 ▲
▼

III. Verschwiegenheitspflicht des Anwalts

Dem o.g. Zwang der *BRAK*, ihr und dem/n von ihr beauftragten Dienstleister(n) zu vertrauen, steht auch die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht entgegen. Diesen Aspekt hat die *BRAK* mindestens übersehen, wenn nicht sogar bewusst verschwiegen: Denn das auch verfassungsrechtlich geschützte Mandatsgeheimnis,³⁵ d.h. die Verschwiegenheitspflicht des Rechtsanwalts und folglich auch die Vertraulichkeit der Kommunikation zwischen Rechtsanwalt und Mandant wird durch die aktuelle Ausgestaltung des beA-Systems konterkariert. Während sich der Rechtsanwalt und sein Mandant bei der Nutzung von klassischen TK-Mitteln wie Telefon, Telefax und E-Mail der Tatsache bewusst sind, dass die Nachrichtenübertragung unverschlüsselt erfolgt und damit im Zweifel für Dritte und/oder staatliche Stellen abhörbar ist, gehen Rechtsanwalt und Mandant bei der Kommunikation über das beA-System von einer ausschließlich ihrer beider Kontrolle unterliegenden verschlüsselten Kommunikation aus, die in Wirklichkeit aber nicht gegeben ist. Denn es ist auf Grund der beA-Systemarchitektur gerade nicht ausgeschlossen, dass sich Dritte und/oder staatliche Stellen über heimliche Ermittlungsmaßnahmen Zugang zu der geschützten Kommunikation zwischen Anwalt und Mandant verschaffen. Unabhängig davon, ob man im beA-System einen öffentlich zugänglichen TK-Dienst sehen möchte, was man durchaus so oder so sehen kann,³⁶ und dies auch losgelöst von der Tatsache, dass eine Erreichbarkeit durch jedermann über das EGVP gegeben ist,³⁷ und dann auch die Verpflichtungen gem. § 110 TKG zum Vorhalten von Abhörschnittstellen bestehen könnten,³⁸ gibt es glücklicherweise bis jetzt kein Verbot wirksamer Verschlüsselung ohne staatliche Hintertüren.

Fraglich ist auch, ob die Mitarbeiter der *BRAK* und des/r von ihr beauftragten Dienstleister(s) unter den Erlaubnistatbestand des novellierten § 203 Abs. 3 StGB³⁹ fallen, oder ob sich hier Strafbarkeitsrisiken ergeben könnten.

Jedenfalls wird man nicht umhinkommen, in dem Betrieb des beA-Systems eine Auftragsdatenverarbeitung zu sehen, in deren Rahmen personenbezogene Daten von der *BRAK* und dem/n von ihr beauftragten Dienstleister(n) für die beteiligten Rechtsanwälte bzw. die *BRAK* verarbeitet werden. Nicht zuletzt die ab dem 25.5.2018 gültige DS-GVO der EU stellt in ihrem Art. 28 strenge Anforde-

rungen an die Auftragsdatenverarbeitung, die sowohl vom Verantwortlichen (dem jeweiligen Rechtsanwalt) als auch dem Auftragsverarbeiter einzuhalten sind. Bei Verstößen drohen gem. Art. 83 Abs. 4 DS-GVO Bußgelder i.H.v. bis zu € 10 Mio. oder im Fall eines Unternehmens von bis zu 2% seines gesamten weltweit erzielten Jahresumsatzes des vorangegangenen Geschäftsjahrs, je nachdem, welcher der Beträge höher ist.

IV. Fazit

Sofern die BRAK das beA-System in der aktuellen Ausgestaltung wieder aktiviert und damit jeder Rechtsanwalt auch unverlangt für (potenzielle) Mandanten per EGVP über sein beA erreichbar ist, besteht die Gefahr, dass diese Nachrichten auch an Dritte und/oder staatliche Stellen gelangen können. Denn der technische Dienstleister hat über das Betriebssystem des HSM die Funktionshoheit über das HSM. Sowohl der technische Dienstleister als auch die Personen, die zusammen den Generalschlüssel besitzen, könnten Ziel heimlicher Ermittlungsmaßnahmen werden und/oder i.R.v. Ermittlungsmaßnahmen gezwungen werden, den Zugang zum beA-System zu ermöglichen. Um keine Verletzung des Mandatsgeheimnisses zu riskieren, sollte der Rechtsanwalt daher selbst keine vertraulichen Informationen über sein beA an das EGVP des (potenziellen) Mandanten übermitteln.

Ungeklärt ist bis heute die Frage, warum die BRAK das beA-System in dieser Art und Weise hat entwickeln lassen. Die Vorgaben der BRAO und der RAPVP wären jedenfalls grundsätzlich auch mit einem System umsetzbar gewesen, das eine echte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung zwischen Absender und Empfänger einer Nachricht gewährleistet. Dies zeigt nicht zuletzt die Umsetzung des beN, bei dem eine echte Ende-zu-Ende-Verschlüsselung gewährleistet ist. Insofern ist der Verdacht,⁴⁰ dass sich das *Präsidium der BRAK* bewusst von staatlicher Seite für die Interessen der Sicherheitsbehörden hat einspannen lassen, indem es nicht nur ein System hat entwickeln lassen, bei dem der heimliche Zugriff staatlicher Stellen möglich ist, sondern gleichzeitig sämtlichen Mitgliedern der Rechtsanwaltskammern suggeriert hat, dass das System eine durchgängige Ende-zu-Ende-Verschlüsselung aufweist, nicht ausgeräumt. Vielmehr hat sie vehement versucht, nicht den Verpflichtungen des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) zu unterliegen, ist dabei aber rechtskräftig unterlegen.⁴¹ Denn eines steht jedenfalls fest: Die Mitglieder der Rechtsanwaltskammern hätten es bei von Anfang an transparenter und wahrheitsgemäßer Information niemals akzeptiert, dass man sie zur Nutzung eines Kommunikationssystems zwingt, für das die BRAK, der technische Dienstleister und/oder gar staatliche Stellen über einen Generalschlüssel verfügen und dessen Einsatz ausschließlich heimlich durch Unbekannte erfolgt.

V. Ausblick

Am 21.2.2018 befasste sich der *Rechtsausschuss des Bundestags* in nicht-öffentlicher Sitzung mit dem beA und den aufgetretenen Sicherheitsmängeln. Dabei wurden drei Vertreter der BRAK befragt. Nach deren Aussage sollen Ende März 2018 erste Ergebnisse eines bei der *Secunet Security Networks AG* in Auftrag gegebenen Sicherheitsgutachtens vorliegen.⁴² Das später vorzulegende fertige Sicherheitsgutachten soll dann veröffentlicht werden.⁴³ Die Vertreter des *Justizministeriums* sahen weder eigene Versäumnisse noch angesichts des aktuellen Zeithorizonts gesetzgeberischen Handlungsbedarf.⁴⁴

Überwiegend ganz anders sahen dies die Referenten eines vom EDV-Gerichtstag am 5.3.2018 veranstalteten öffentlichen Symposiums unter dem Titel „Brauchen wir das beA+ mit besserer Soft-

ware und optimierter Ausrichtung auf den Kanzleialltag?“⁴⁵ Schwerpunkte der Diskussion hier waren zum einen mögliche Alternativen zum HSM und zum anderen die Notwendigkeit, das beA an die üblichen (Post-)Abläufe in einer Kanzlei anzupassen.

Löschhorn: Pflicht zur Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) und zur anwaltlichen Verschwiegenheit (MMR 2018, 204)

209 ▲
▼

Ob und wenn ja wann und in welcher Form das beA wieder in Betrieb genommen wird, ist derzeit nicht absehbar und wird mutmaßlich ganz wesentlich von dem Sicherheitsgutachten der *Secunet Security Networks AG* und dem politischen Druck auf die *BRÄK* abhängen. Diese hat jedenfalls eine Vorlaufzeit von mindestens 14 Tagen angekündigt.



Alexander Löschhorn
ist Rechtsanwalt bei Flick Gocke Schaumburg Partnerschaft
mbB in Bonn.

- 1 Rechtsanwaltsverzeichnis und -postfachverordnung v. 23.9.2016, BGBl. I, S. 2167, die durch Art. 19 des Gesetzes v. 12.5.2017, BGBl. I, S. 1121, geändert worden ist.
- 2 Eingefügt durch das Gesetz zur Umsetzung der Berufsanerkennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe v. 12.5.2017, BGBl. I, S. 1121.
- 3 Eingefügt durch Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten v. 10.10.2013, BGBl. I, S. 3786.
- 4 Geändert durch Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten v. 10.10.2013, BGBl. I, S. 3786.
- 5 Koordinierungsstelle für IT-Standards.
- 6 Detaillierte Informationen unter: <https://www1.osci.de>; https://www.xoev.de/die_standards/osci_transport-3355; <http://bea.brak.de/fragen-und-antworten/d-fragen-zur-technischen-funktionsweise-und-entwicklung> (Ziff. 3).
- 7 Nähere Informationen unter: https://egvp.justiz.de/beh_allgemeine_info/index.php.
- 8 SAFE steht für Secure Access to Federated e-Justice/e-Government; Näheres hierzu unter: https://justiz.de/elektronischer_rechtsverkehr/grob-und-feinkonzept/index.php.
- 9 <http://www.rechtsanwaltsregister.org> mit Weiterleitung auf <https://www.bea-brak.de/bravsearch/search.brak>.
- 10 Eingefügt durch das Gesetz zur Neuordnung der Aufbewahrung von Notariatsunterlagen und zur Einrichtung des Elektronischen Urkundenarchivs bei der Bundesnotarkammer sowie zur Änderung weiterer Gesetze v. 1.6.2017, BGBl. I, S. 1396.
- 11 Nähere Informationen unter: <https://egvp.justiz.de/behoerdenpostfach/index.php>.
- 12 *Erbguth*, EGVP: Vorbildliches Sicherheitsmanagement aber konzeptuelle Schwachstellen – Update zu „beAthon – das Drama geht weiter“, JurPC Web-Dok. 13/2018.
- 13 RSA steht für die drei Mathematiker *Rivest*, *Shamir* und *Adleman*, die das Verfahren 1977 am MIT entwickelt haben, s. unter: <http://people.csail.mit.edu/rivest/Rsapaper.pdf>.
- 14 AES steht für Advanced Encryption Standard, s. unter: <http://nvlpubs.nist.gov/nistpubs/FIPS/NIST.FIPS.197.pdf>.
- 15 Ausf. dazu die Präsentation des technischen Dienstleisters *Atos*, die erst im Januar 2018 von der *Hanseatischen Rechtsanwaltskammer* veröffentlicht wurde, s. unter: http://www.rak-hamburg.de/uploads/file/Mitglieder/Mitgliederservice/Kammerschnellbriefe/2018/20180118_Atos%20End-zu-End%20beA.pdf.

- 16 <http://bea.brak.de/fragen-und-antworten/d-fragen-zur-technischen-funktionsweise-und-entwicklung>, Ziff. 5.
- 17 <http://bea.brak.de/wie-sicher-ist-das-bea/>.
- 18 <http://bea.brak.de/technische-informationen-zum-verschluesselungsverfahren-beim-bea/>.
- 19 S. o. Fußn. 16, Ziff. 1.
- 20 S. o. Fußn. 16, Ziff. 4.
- 21 S. o. Fußn. 18.
- 22 S. o. Fußn. 16, Ziff. 4.
- 23 So auch Böck, BeA – So geht es mit dem Anwaltspostfach weiter, abrufbar unter: <https://www.golem.de/news/bea-so-geht-es-mit-dem-anwaltspostfach-weiter-1801-132430.html>, dort unter „Die geheimen Key Custodians“ <https://www.golem.de/news/bea-so-geht-es-mit-dem-anwaltspostfach-weiter-1801-132430-4.html>.
- 24 S. o. Fußn. 16, Ziff. 7.
- 25 S. o. Fußn. 16, Ziff. 6.
- 26 S. o. Fußn. 16, Ziff. 7. Dies ergibt sich auch aus der Präsentation der Firma Atos (o. Fußn. 15).
- 27 <https://www.heise.de/security/meldung/Hunderttausende-Infineon-Sicherheits-Chips-weisen-RSA-Schwachstelle-auf-3864691.html>.
- 28 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Estland-Sicherheitsluecke-in-fast-750-000-ID-Cards-3822597.html>.
- 29 <https://www.heise.de/security/meldung/Gravierende-Prozessor-Sicherheitsluecke-Nicht-nur-Intel-CPU-betroffen-erste-Details-und-Updates-3932573.html>.
- 30 S. o. Fußn. 16, Ziff. 2.
- 31 <http://bea.brak.de/wie-funktioniert-bea/nachrichtenmanagement>.
- 32 <http://bea.brak.de/wie-funktioniert-bea/zugriffsrechte/>.
- 33 Präsentation der BNotK zum beN, s. unter: https://www.edvgt.de/wp-content/uploads/2017/09/Primaczenko_Vortrag-beN_21092017.pdf.
- 34 Präsentation der BNotK (o. Fußn. 33).
- 35 Träger, in: Feuerich/Weyland, BRAO, 9. Aufl. 2016, § 43a Rdnr. 12 m.w.Nw.
- 36 Eckhardt, in: Beck TKG, 4. Aufl. 2013, TKG § 110 Rdnr. 10-23 m.w.Nw.
- 37 Erbguth (o. Fußn. 12), Abs. 22 f.
- 38 Vgl. Eckhardt (o. Fußn. 36), Rdnr. 29-32 m.w.Nw.
- 39 Neu gefasst durch das Gesetz zur Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei der Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen v. 30.11.2017, BGBl. I, S. 3618.
- 40 Erbguth (o. Fußn. 12), Abs. 21 f.
- 41 OVG Berlin-Brandenburg, B. v. 23.5.2017 – OVG 12 N 72.16, abrufbar unter: <http://www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de/jportal/?quelle=jlink&docid=JU-RE170030123&psml=sammlung.psml&max=true&bs=10>; Vorinstanz: VG Berlin, U. v. 2.9.2016 – 2 K 87.15, abrufbar unter: <http://www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de/jportal/?quelle=jlink&docid=JURE160015048&psml=sammlung.psml&max=true&bs=10>.
- 42 <https://anwaltsblatt.anwaltverein.de/de/anwaeltinnen-anwaelte/anwaltspraxis/bea-desaster-erreicht-bundestag-rechtausschuss-befragt-brak>.
- 43 <http://www.brak.de/fuer-journalisten/pressemitteilungen-archiv/2018/presseerklaerung-05-2018/>.
- 44 S. o. Fußn. 43.
- 45 <https://www.edvgt.de/veranstaltung/save-the-date-bea-mit-besserer-software-und-optimaler-ausrichtung-auf-den-kanzleialltag/>. Dort sind auch sämtliche Präsentationsfolien abrufbar, insb. auch die zu dem interessanten Vortrag von Prof. Dr. Frederik Armknecht, Lehrstuhl Praktische Informatik an der Universität Mannheim, zum Thema „Kryptografische Alternativen zum Hardware Security Module (HSM)“.



BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

Der Vizepräsident

Bundesrechtsanwaltskammer
Littenstraße 9 | 10179 Berlin

An die
Präsidentinnen und Präsidenten
der Rechtsanwaltskammern

BRAK-Nr. 039/2018

Az. beA-ERV

Berlin, 30.01.2018

vorab per E-Mail



beAthon am 26. Januar 2018

- Anlagen:**
1. Atos Stellungnahme zum beA v. 26.01.2018
 2. Deinstallationsanleitung der beA Client Security für Windows
 3. Deinstallationsanleitung der beA Client Security für MAC-Systeme

Sehr geehrte Präsidentinnen und Präsidenten,
sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen,

am vergangenen Freitag fand der sogenannte beAthon in Berlin statt. Im Anschluss daran hatten wir zunächst ad hoc von einem bei dieser Veranstaltung diskutierten, möglichen Sicherheitsrisiko berichtet. Hier folgt nun ein ausführlicher Bericht über den beAthon.

Ziel des beAthon war es, mit unabhängigen Experten und Journalisten ins Gespräch zu kommen, um die Behebung aktueller Schwachstellen im technischen System des beA konstruktiv zu diskutieren. Teilnehmer des beAthon waren neben der BRAK deshalb auch vorrangig IT-Experten, zum Beispiel Herr Drenger und zwei weitere Mitglieder des Chaos Computer Clubs (CCC), Vertreter der secunet Security Networks AG, die von der BRAK beauftragt ist, ein technisches Gutachten zur Sicherheit des beA zu erstellen, sowie Vertreter des EDV-Gerichtstags e. V., des DAV, des BMJV und zwei Fachjournalisten. Rechtsanwalt Professor Dr. Ory, Vorsitzender des EDV-Gerichtstags e.V., moderierte die Veranstaltung.

Atos hatte eine Teilnahme leider einige Tage zuvor abgesagt, obwohl es ursprünglich eine mündliche Zusage gab. Atos gab wenige Stunden vor dem beAthon gegenüber der Presse eine Stellungnahme ab, die als Anlage beigefügt ist. Darin erläuterte Atos die der BRAK zur Verfügung gestellte beA-Software in der neuen Version 2.0.9. Demnach wird die neue beA Client Security bei der Installation auf den Rechner der Nutzer ein individuelles, lokales Zertifikat erstellen. Dieses Zertifikat soll die sichere Verbindung zwischen beA Client Security und beA-Webanwendung ermöglichen und nur mit

eingeschränkten Rechten ausgestattet sein. Hintergrund dieser Aktualisierung sind vor Weihnachten durch den Chaos Computer Club gemeldete Sicherheitsrisiken, die auf Schwachpunkte in eben dieser Verbindung fokussieren. Die beA Client Security ist ein zentrales Programm der beA-Anwendung, das die Anwältinnen und Anwälte zur Nutzung des elektronischen Anwaltspostfachs auf ihrem jeweiligen PC installieren.

Die anwesenden Experten waren sich einig, dass die von Atos vorgeschlagene Lösung zur Behebung dieses Problems prinzipiell geeignet ist. Nun komme es darauf an, die Lösung auch operativ fehlerfrei umzusetzen. Die BRAK hat secunet deshalb damit beauftragt, die durch Atos umgesetzte Lösung zu begutachten.

Fazit: Wenn die nun skizzierte Lösung einer veränderten beA Client Security gut umgesetzt wird und die von der BRAK eingesetzten Gutachter sie als angemessen sicher bewerten, können wir beA unverzüglich wieder zur Verfügung stellen.

Ein wesentliches Ergebnis des beAthon war überdies die klare Aussage der großen Mehrheit der anwesenden IT-Experten (darunter alle Vertreter des Chaos Computer Clubs), dass sie es grundsätzlich für möglich erachten, die hohen Sicherheitsanforderung an das System innerhalb der bestehenden Konstruktion umzusetzen. Dabei erkennen sie an, dass die Nutzung eines sogenannten Hardware Security Moduls (HSM) Industriestandard darstellt und ein hohes Sicherheitsniveau gewährleistet, sofern es auch entsprechende Verhaltensregeln für den Betreiber der Infrastruktur des beA-Systems gibt. Das beA-HSM ist eine spezielle Hardware-Komponente des beA-Systems. Hier findet die kryptografische Umschlüsselung des Schlüsselmaterials statt, mit dem die im beA versendeten Nachrichten verschlüsselt sind. Diese Umschlüsselung gewährleistet, dass es verschiedene Zugangsberechtigungen für den Nachrichtenabruf gibt, so wie es der Gesetzgeber vorgeschrieben hat. Dazu erörterten die Teilnehmer auch die Frage, inwieweit das derzeitige System aufgrund der Umschlüsselung terminologisch als ein Ende-zu-Ende verschlüsseltes System bezeichnet werden könne.

In der unter den teilnehmenden Experten kontroversen Diskussion über weitere Schritte nach einer Wiederinbetriebnahme des beA erörterten die Teilnehmer die technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen des beA-Systems als Kommunikationsplattform zur Justiz und die damit für das beA-System einhergehenden Vorgaben. Diese Diskussion drehte sich insbesondere um den Punkt, wie mittels neuester Krypto-Technologien unter Verzicht auf die HSM eine Verschlüsselung unter Wahrung der gesetzlichen Vorgaben möglich ist. Es herrschte aber weitgehend Einigkeit, dass Modifikationen an der Sicherheitsarchitektur, respektive bei der Frage Umschlüsselung in den HSM oder nicht, bei der Fortentwicklung des beA und der justizseitigen Systeme berücksichtigt werden sollten. Die Teilnehmer diskutierten unter dem Stichwort einer Weiterentwicklung des beA weitere technische Einzelheiten. Dabei ging es unter anderem um die Wahrscheinlichkeit der Ausnutzung von Cross-Site-Scripting-Lücken und um die Anbindung des beA an das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP).

Der Chaos Computer Club wies im Verlauf des beAthon auf eine in seinen Augen wesentliche Sicherheitsproblematik hin. Herr Drenger bemängelte nochmals die Nutzung veralteter Software-Bibliotheken bei der Programmierung der beA Client Security. Atos hatte bereits mitgeteilt, dass in der neuen, aktualisierten Version des beA der Zugriff auf aktuelle Software-Bibliotheken sichergestellt sei, nachdem Herr Drenger diesen Sachverhalt bereits am 20. Dezember gemeldet hatte.

Auf dem beAthon führte der Chaos Computer Club nun erstmals aus, weshalb er diesen Sachverhalt für so wichtig erachtet: Denn durch die Verwendung veralteter Software-Bibliotheken sei die beA Client Security ihrer Ansicht nach von einer sogenannten Java-Deserialisierungslücke betroffen. Das bedeutet, dass – sollte der beA-Nutzer mit seinem Rechner infizierte Webseiten besuchen und zuvor auf den Startknopf der alten, auf dem Rechner noch vorhandenen beA Client Security gedrückt haben – Unberechtigte die Java-Deserialisierungslücke nutzen könnten, um Programmcodes auszuführen. Ein Angreifer könne also im äußersten Fall Software auf dem Rechner des Anwalts starten. Die anwesenden Experten waren gemeinschaftlich der Auffassung, dass diese Java-Deserialisierungslücke auch dann auftritt, wenn, wie es aktuell der Fall ist, das beA gar nicht in Betrieb ist. Es genüge, so der CCC, dass sich die alte beA Client Security auf dem Rechner des Anwalts oder der Anwältin im Autostart des Rechners befinde und dann nicht korrekt abgebrochen werde, sondern im Hintergrund aktiv bleibe. Atos hatte bisher immer die Auffassung vertreten, dass ältere Java-Bibliotheken kein Sicherheitsrisiko darstellen.

Nachdem Atos sich kurzfristig auf Nachfrage während des beAthon nicht abschließend zu den Hinweisen des CCC äußerte, hat sich die BRAK dazu entschlossen, höchst fürsorglich alle Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte unverzüglich über die Einschätzung der Experten des beAthon zu informieren und sie dazu aufzufordern, die beA Client Security im Autostart zu deaktivieren. Eine Anleitung zur Deaktivierung bzw. zur Deinstallation der beA Client Security für Windows- und MAC-Systeme erhalten Sie anbei.

Schließlich diskutierten die Teilnehmer des beAthon auch über die Veröffentlichung des Quellcodes der Client Security. Es gibt Initiativen, die die Veröffentlichung des Quellcodes fordern. Die BRAK hat in der Diskussion klargestellt, dass ihr die Freigabe des Quellcodes aufgrund der Verwendung von Programmcodes von Dritten im Moment nicht möglich ist. Die BRAK hat sich mit dieser Frage bereits in der Vergangenheit beschäftigt und wird sie bei der Weiterentwicklung des beA auch unter Berücksichtigung der Anforderungen der Justiz für die Zukunft erneut prüfen.

Der beAthon hat weitere, gute Erkenntnisse gebracht, welche die BRAK als Anregungen für die Fortentwicklung des beA nutzen wird. Daher ist sie auch an einem weiteren Dialog mit den Netzexperten interessiert.

Der nächste Schritt zur raschen Wiederinbetriebnahme des beA-Systems ist nun die Erstellung des Gutachtens durch die secunet AG. Sollte das Gutachten ein angemessen hohes Sicherheitsniveau attestieren, wird die BRAK der Präsidentenkonferenz vorschlagen, das beA dann unverzüglich wieder in Betrieb zu nehmen. Die BRAK beabsichtigt, das Gutachten danach zu veröffentlichen.

Wir halten Sie unterrichtet.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen



Dr. Martin Abend



Kanzleiwebseite

- Erbrechtskanzlei
Papenmeier

Abonnieren von

- ☒ Posts
☒ Kommentare

Per E-Mail abonnieren

Geben Sie Ihre E-Mail-Adresse ein:

Abonnieren

Häufige Themen

- Pflichtteil (38)
- Prozessvertretung (27)
- Testament (20)
- Nachlassabwicklung (19)
- Vorsorgevollmacht (19)
- Pflichtteilergänzung (17)
- Erbengemeinschaft (14)
- Geschäftsfähigkeit und Testierfähigkeit (14)
- Erbschein (13)
- Erbausschlagung (10)
- Nachlasspfleger (6)
- Grundbuch (5)
- Verfassungsbeschwerde (5)
- Erbenhaftung (4)
- Lebensversicherung (4)
- Notarhaftung (4)
- Prozesskostenhilfe (4)
- Anwaltschaft (3)
- Totenfürsorge (3)
- Betreuung (2)
- Missbräuchliche Schenkung (2)
- Schiedsgericht (2)
- Erbschaftsteuer (1)
- Vertrag zu Gunsten Dritter (1)
- Zweckverfehlung (1)

Beliebte Posts

beA-Skandal bei der RAK Sachsen
Am 23.03.2018 fand die Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer Sachsen statt. Ein Thema war das besondere elektronische Anwaltspostfach...

BGH: Bewertung von Nießbrauch und Pflegeverpflichtung
Nießbrauch und Pflegeverpflichtung sind nach Ansicht des BGH mit dem Jahreswert multipliziert

Freitag, 23. März 2018

beA-Skandal bei der RAK Sachsen

Am 23.03.2018 fand die Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer Sachsen statt. Ein Thema war das besondere elektronische Anwaltspostfach, kurz beA. Die Kammerversammlung endete vorzeitig mit einem Skandal, als es zur Abstimmung über einen brisanten Antrag kommen sollte.

Als das Thema dran war, teilte der Kollege Gross mit, dass die Zeit abgelaufen sei, für die der Saal bereitstand. Er beendete daher die Kammerversammlung. Aber der Reihe nach:

Die Kammerversammlung fand im großen Saal des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig statt. Das ist ein denkbar schlechter Tagungssaal. Zwar gibt es schöne Gemälde und goldene Verzierungen an den Wänden. Dafür stehen den Teilnehmern aber keine Tische zur Verfügung. Nachdem ich meine Jacke abgegeben hatte, wollte ich das Bundesverwaltungsgericht mit meiner Aktentasche betreten. Sofort kam ein Sicherheitsmitarbeiter gerannt und ließ mich nicht ein. Die Tasche müsse ins Schließfach. Also durfte ich meinen Laptop und alles andere auspacken und einzeln tragen. Scheinbar war das Bundesverwaltungsgericht aber aus einem weiteren Grund eine schlechte Wahl. Die Kammerversammlung begann 14:00 Uhr und kurz nach 18:00 Uhr musste der Saal schon geräumt werden. Die Tagesordnung hatte 15 Punkte. Abgebrochen wurde im Punkt 6.

Der Kammervorsitzende Dr. Haselbach war erkrankt. Die Kammerversammlung wurde daher vom Kollegen Gross geleitet. Auch der Kollege Dr. Abend war anwesend, der bei der BRAK für das beA verantwortlich ist. Die Veranstaltung begann mit den üblichen Begrüßungsreden. Dabei fiel der Vertreter des Justizministeriums negativ auf, als er sich anmaßte, darauf hinzuweisen, wie schwierig es doch sei, große IT-Projekte zu betreuen. Weiterhin nahm er es sich heraus, um Sachlichkeit in der noch folgenden Diskussion zu bitten.

Nach dem Bericht des Präsidenten der RAK Sachsen und der Aussprache kam der Tagesordnungspunkt 6: Anträge und Aussprache zum beA. Es wurde viel diskutiert. Dies möchte ich nicht in allen Einzelheiten wiedergeben, aber doch wichtige Eckpunkte darstellen. Es gab drei Anträge, von denen zwei behandelt werden konnten, bevor die Zeit ablief.

Der Antrag des Kollegen Dr. Braun zielte auf den vergaberechtlichen Aspekt hin. Die RAK Sachsen solle Akteneinsicht in den Vergabevorgang nehmen und sämtliche Zahlungen an die BRAK im Zusammenhang mit beA auf die inhaltliche Notwendigkeit einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung prüfen. Die RAK Sachsen solle Regressansprüche prüfen und künftige Zahlungen nur unter dem Vorbehalt der Rückforderung tätigen. Der Kollege Dr. Braun berichtete, dass das beA ohne öffentliche Ausschreibung vergeben wurde. Die BRAK habe nach eigenen Angaben ein "selbst installiertes Eignungsverfahren" benutzt. Dies gewährleiste möglicherweise nicht, dass eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung stattfindet. Insbesondere sei nicht ersichtlich, wofür das Geld verwendet wurde. Unter anderem wurde wohl eine Kommunikationsagentur beauftragt, die die Kommunikation der BRAK im beA-Skandal übernahm.

Der Beschluss der BRAK über die Beitragserhebung sei möglicherweise rechtswidrig. Die RAK Sachsen müsse dafür sorgen, dass ihre Mitglieder vor der BRAK geschützt werden. Eine Kollegin fragte darauf, wie sich die RAK Sachsen in der BRAK bisher verhalten hat. Könne es dann vielleicht zu widersprüchlichem Verhalten kommen? Nachdem die Frage zu verhallen drohte, wiederholte ich sie und stellte sie direkt an den Vorstand.

Daraufhin ergriff der Kollege Dr. Abend das Wort und äußerte sich gleich zu mehreren Themen: Es sei kein Problem seitens der RAK Sachsen, Akteneinsicht zu nehmen. Es habe keine Rüge von Teilnehmern der Ausschreibung gegeben. Die BRAK sei kein öffentlicher Auftraggeber im Sinne des EU-Vergaberechts. Sie habe sich von Vergaberechtlern beraten lassen. Die Verträge mit ATOS stehen allen RAKs zur Einsicht offen.

Die Tatsache, dass sich der private Schlüssel des Zertifikats (unzulässigerweise) in der client security befand, sei "einer besonderen Konstruktion des beA" geschuldet. Zu keinem Zeitpunkt sei die Tatsache, dass sich das Zertifikat dort befand, ein Sicherheitsrisiko gewesen. Die „Ende-zu-Ende-Verschlüsselung“ sei eine Terminologie, die von der BRAK stets verwendet worden sei, die Verschlüsselungsverfahren seien aber stets beschrieben worden. Die Verschlüsselungsart im beA sei ein hybrides Verfahren. Im HSM werde dem Nachrichtenschlüssel eine neue Codierung beigelegt. Das sei „keine eigentliche Ende-zu-Ende-Verschlüsselung“, aber ein hoher Industriestandard. Bei der nächsten Version des beA soll eine neue Verschlüsselung kommen.

mit dem vom Statistischen
Bundesamt veröffentlicht...

Missbräuchliche
Schenkung bei Erbvertrag
Das OLG Hamm hat im
Urteil vom 14.09.2017 - I-
10 U 1/17 - einen
Anspruch aus § 2287 BGB
bejaht. Die Eltern hatten im
Erbvertrag drei Kinder ...

Der Kollege Gross führte aus, der Vorstand der RAK Sachsen habe die Informationen von Dr. Abend, der auch Vorstandsmitglied sei, mit genutzt.

Der Kollege Dr. Braun betonte noch einmal, dass eine wirtschaftliche Haushaltsführung ohne Vergabeverfahren nicht gewährleistet sei. Die BRAK mauere, wenn Informationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz gefordert werden.

Die Anträge des Kollegen Dr. Braun wurden mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Es folgten Anträge des Kollegen Müller. Der Antrag zu I. ging dahin, dass der Quellcode des beA unter einer open-source-Lizenz zur Verfügung gestellt wird. Weiterhin soll es regelmäßige Sicherheitsaudits des gesamten Codes und der Verschlüsselung durch unabhängige Sachverständige geben. Und schließlich soll beA alle gängigen Betriebssysteme unterstützen. Nach dem Antrag zu II. soll die RAK Sachsen nachhaltig auf allen Ebenen darauf hinwirken, dass die BRAK das beA kurzfristig in ein dezentrales System umwandelt.

Der Kollege Müller führte aus, dass das beA nicht sicher ist. Es gebe keine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung. Er habe die BRAK im September 2017 angeschrieben und nach Sicherheitsaudits gefragt, jedoch keine Antwort bekommen. Die Verschlüsselung im beA sei nicht Stand der Technik. Das HSM sei ein single point of entry und single point of failure. Eines der Hauptfeatures des HSM sei ein Ausfall, wenn jemand darauf zugreife. Das lasse sich für einen Angriff auf die gesamte deutsche Rechtsanwaltschaft nutzen.

Die Anträge des Kollegen Müller führten auch zu kritischen Reaktionen. Dabei zeigte sich insbesondere, dass viele Kollegen die technische Seite nicht nachvollziehen können. Daher kam auch die Frage, wie man etwas beschließen solle, von dem man nichts versteht. Und weiterhin kamen daher auch Fragen, ob es weiterer Vorbereitungen bedarf, bevor die RAK Sachsen solche Beschlüsse fasst.

Ich wies auf etwas hin, was ich den BRAK Informationen entnommen habe. Wenn das HSM ersetzt werden muss, kommt jemand, bringt ein neues und nimmt das alte mit. Was passiert dann eigentlich mit dem alten HSM? Und wer ist der jemand, der es mit nimmt? Wir wissen einfach noch viel zu wenig. Immerhin ist ATOS eine französische Firma.

Weiterhin wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, dass beA in seinem letzten bekannten Zustand eben nicht funktioniert. Das alte umständliche Design glänzt mit ewigen Ladebalken und zeitaufwändiger Bedienung. Es ist nicht effektiv genug, um es im Kanzleialltag produktiv einzusetzen.

Der Kollege Dr. Abend führte folgendes aus: Die secunet AG sei mit der Überprüfung des beA beauftragt. Sie sei ein unabhängiger Sachverständiger. Das EGV und die Software bei den Gerichten seien auch kein open source. Es sei unwirtschaftlich, alle Linux-Versionen zu unterstützen. Zum Thema dezentrales System nannte Dr. Abend das Stichwort Kanzleipostfach. Er verfechte schon lange, dass es ein Kanzleipostfach geben müsse. Schuld sei der Gesetzgeber. Der Sender müsse beim beA identifizierbar sein. Und deshalb müsse es die bisherige Lösung geben.

Anmerkung: Was bisher keiner beachtet hat, ist, dass der Empfang im Kanzleipostfach und die Versendung durch den einzelnen Rechtsanwalt nicht gleich behandelt werden müssen.

Dr. Abend sprach von den nächsten beA-Generationen. Es wäre gefährlich, sich jetzt auf eine Technik festzulegen. In der Zukunft wäre es auch möglich, dass wir zu einem dezentralen System kommen. DE-Mail habe eine G10-Schnittstelle und falle unter Regelungen der Vorratsdatenspeicherung, beA habe beides nicht. Scheinbar soll DE-Mail auch ein HSM nutzen.

Der Antrag zu I (open source u.a.) wurde mit einer überwiegenden Mehrheit angenommen. Beim Antrag zu II (dezentrales System) wurde es knapper: 67 ja, 43 nein, 26 Enthaltungen, also angenommen.

Der Kollege Gross setzte eine 10-minütige Pause an. Danach sollten die nächsten Anträge behandelt werden. Dabei ging es darum, dem Präsidenten der BRAK und dem Kollegen Dr. Abend das Misstrauen auszusprechen und beide zum Rücktritt aufzufordern. Diese Anträge waren dem Vorstand der RAK bekannt, weil sie schriftlich angekündigt waren. Als alle wieder im Saal waren, gab der Kollege Gross bekannt, dass er gerade darüber informiert wurde, dass unsere Zeit vorbei sei. Es musste wohl bereits ein privater Sicherheitsdienst geholt werden, damit das Gebäude offen gehalten werden konnte. Also beendete der Kollege Gross unter dem Unmut der Anwesenden die Kammerversammlung. Der Misstrauensantrag konnte weder gestellt, noch begründet werden. Lag das an der schlechten Organisation? Von einem Mitglied kam die Frage, ob man also durch vorherige Redebeiträge dafür sorgen konnte, dass die Zeit nicht reicht. In der Tat wurde unter diesem Aspekt früher während der Kammerversammlung Zeit verschwendet. Die RAK Sachsen ist mit dem Thema beA nicht durch.

Weitere Informationen:

Der Kollege Müller (2. Antrag) hat seine Sichte der Dinge hier dargestellt.

1 Kommentar

Google+



Kommentar hinzufügen

Top-Kommentare ▾



Thomas Papenmeier über Google+ vor 1 Monat - Öffentlich geteilt

beA-Skandal bei der RAK Sachsen

Am 23.03.2018 fand die Kammerversammlung der Rechtsanwaltskammer Sachsen statt. Ein Thema war das besondere elektronische Anwaltspostfach, kurz beA. Die Kammerversammlung endete vorzeitig mit einem Skandal, als es zur Abstimmung über einen brisanten Antrag ...

+7 · Antworten

[Neuerer Post](#)

[Startseite](#)

[Älterer Post](#)

[Abonnieren Kommentare zum Post \(Atom\)](#)

Telefon: 0371 - 28 26 90 79 - E-Mail: info@erbrecht-papenmeier.de

Rechtsanwalt Dr. Thomas Papenmeier ist Fachanwalt für Erbrecht und vertritt Sie deutschlandweit. Seine "Heimatgerichte" sind das Amtsgericht Chemnitz, Landgericht Chemnitz und Oberlandesgericht Dresden.

[Impressum](#) | [Datenschutz](#)

Design "Einfach". Powered by Blogger.

Erste Ergebnis der Sicherheitsanalyse: Anwaltspostfach beA bleibt weiterhin offline

28. März 2018 / In besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA), Datensicherheit, Zeitplan / von Bona Cosack

Erste Ergebnisse der Sicherheitsanalyse:
Anwaltspostfach beA bleibt vorerst weiterhin offlineAm 28. März 2018 informierte der Präsident der
Bundesrechtsanwaltskammer die Präsidentinnen und
Präsidenten der Rechtsanwaltskammern in einem internen
Rundschreiben:

„Am 27. März 2018 stellte die secunet AG der **BRÄK** erste vorläufige Ergebnisse ihrer Sicherheitsanalyse des **beA**-Systems und der Client Security vor.

Wichtiges Ergebnis der Sicherheitstest ist, dass das **beA** Schwachstellen hat, die wir vor dem Wiedereintritt in den online-Betrieb beseitigen werden. Das **beA** kann also im Augenblick noch nicht wieder starten. Aus den vorläufigen Einschätzungen des bisherigen Befundes geht aber auch hervor, dass keine der bislang identifizierten Schwachstellen eine grundsätzliche Überarbeitung der **beA**-Systemarchitektur erfordert.

Die **BRÄK** hat sich bereits mit Atos in Verbindung gesetzt, um die ausgemachten Sicherheitslücken zu beheben. Weil dies einige Wochen dauern wird, hat sich das Präsidium entschlossen, das so entstehende Zeitfenster zu nutzen und eine umfassende Bewertung des **beA**-Systems durch secunet vornehmen zu lassen. Die **BRÄK** hat diese Sicherheitsanalyse, die auch eine Bewertung des HSM umfasst, beauftragt. secunet wird die Prüfung ab Mitte Mai abschließen und dann auch das vollständige Sicherheitsgutachten vorlegen.

Selbstverständlich bleibt es dabei, dass die **BRÄK** das komplette Sicherheitsgutachten veröffentlichen wird. In der kommenden Woche wird die **BRÄK** erstmals eine schriftliche Stellungnahme von secunet zu den bisher identifizierten Schwachstellen des **beA** erhalten. Ich werde Sie über den Inhalt zeitnah informieren. Ebenso ist beabsichtigt, öffentlich zu den vorläufigen Ergebnissen zu kommunizieren.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass dieses Rundschreiben der internen Information und Transparenz dient, es ist derzeit nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt.“

Das Schreiben des **BRÄK**-Präsidenten wurde bereits anderweitig im Netz veröffentlicht.

Die Hanseatische Rechtsanwaltskammer Hamburg informiert am 28. März 2018 ihre Mitglieder:

beA-Informationen-Update

(Stand: 28.03.2018)

„Kurz vor Ostern erreichen uns neueste Informationen zum **beA**, die wir Ihnen – wie bisher auch – selbstverständlich sofort übermitteln wollen.

Durch die Bundesrechtsanwaltskammer haben wir soeben erfahren, dass davon ausgegangen werden muss, dass das besondere elektronische **Anwaltspostfach** gewiss nicht vor Mitte Mai 2018 zur Verfügung stehen wird. Wir bemühen uns, weitere brauchbare Erkenntnisse zu erlangen. Wir werden Sie über den Fortgang der Entwicklungen verzugslos unterrichtet halten.“

Man muss davon ausgehen, dass es bis Pfingsten dauern wird, bis weitere Ergebnisse bekannt werden.







Genießen Sie Ostern im Kreise Ihrer Lieben. Schöne Feiertage.

Schlagworte: Anwaltspostfach, beA, besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA) BRÄK

Teile diesen Eintrag



Möglicherweise interessiert Sie:

 Boxenstopp für Anwaltspostfach beA	 Rechtsanwaltsregister als Teil des Anwaltspostfachs beA seit 13.4.2018 offline
 Keine Schonfrist für den Start des beA	 Anwaltspostfach beA - Wie geht es weiter?
 Keine Überraschungseier vor Ostern: Gutachten für Anwaltspostfach beA lässt auf sich warten	 So wird die beA-Karte aussehen



ANTWORTEN

Hinterlassen Sie einen Kommentar

Wollen Sie an der Diskussion teilnehmen?
Feel free to contribute!

☐ Ich bin kein Roboter.
 

Bitte nicht automatisieren - Nutzungsbedingungen

Name *

E-Mail *

Website

Kommentar abschicken

KATEGORIEN IM BLOG

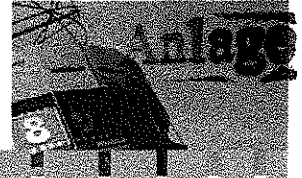
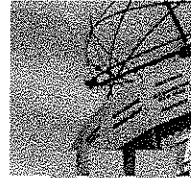
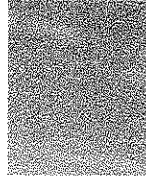
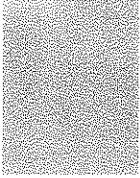
beA-Update
 beAplus
 besonderes elektronisches Anwaltspostfach (beA)
 Briefkopf
 Bundesnotarkammer (BNotK)
 Datensicherheit
 Deutscher Anwaltverein (DAV)
 Elektronischer Rechtsverkehr (ERV)
 Hessen
 Justiz
 Kanzleiorganisation
 Kartenlesegerät
 Literatur
 Nutzungspflicht
 Rheinland-Pfalz
 SAFE-ID
 Signaturkarten
 Zeitplan

ARCHIV

April 2018
 März 2018
 Februar 2018
 Januar 2018
 Dezember 2017
 November 2017

Oktober 2017
September 2017
August 2017
Juli 2017
Juni 2017
Mai 2017
April 2017
März 2017
Februar 2017
Januar 2017
Dezember 2016
November 2016
Oktober 2016
September 2016
August 2016
Juli 2016
Juni 2016
Mai 2016
April 2016
März 2016
Februar 2016
Januar 2016
Dezember 2015
November 2015
Oktober 2015
September 2015
August 2015
Juli 2015





ANLAGE K21

» Startseite » Für Journalisten » Pressemitteilungen - Archiv » 2018 » Presseerklärung 07/2018

DIE BRAK

FÜR ANWÄLTE

FÜR VERBRAUCHER

FÜR JOURNALISTEN

ZUR RECHTSPOLITIK

Pressemitteilungen - Archiv

■ 2018

2017

2016

2015

2014

2013

2012

2011

2010

2009

2008

2007

2006

2005

2004

2003

2002

2001

2000

1999

1998

Bilderdownload

Zahlen zur Anwaltschaft

STAR-Bericht

Presseerklärung Nr. 7 v. 15.04.2018

Secunet berichtet über laufende Prüfung des beA

Auf der heutigen BRAK-Präsidentenkonferenz hat die secunet Security Networks AG den Präsidentinnen und Präsidenten der 28 Rechtsanwaltskammern einen Zwischenbericht zur Sicherheit des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) erstattet.

Die secunet, eine durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zertifizierte IT-Sicherheitsdienstleisterin, prüft zurzeit die beA-Anwendung. Die BRAK hatte diese wegen Sicherheitsrisiken im Dezember 2017 vom Netz genommen.

Auftragsgemäß hat secunet eine technische Analyse der beA Client Security und eine konzeptionelle Prüfung der Gesamtlösung des beA inklusive Hardware Security Modul (HSM) vorgenommen.

Secunet bestätigt, dass sie nach aktuellem Untersuchungsstand keine Fehler gefunden haben, die den grundlegenden Aufbau des beA-Systems in Frage stellen. Die bisher festgestellten Schwachstellen des beA-Systems können, so secunet, behoben werden. Die BRAK hat den Entwickler des beA über das vorläufige Zwischenergebnis informiert.

Die Präsidentinnen und Präsidenten waren sich auf ihrer heutigen Sitzung einig, keine inhaltlichen Details zum vorläufigen Zwischenbericht zu veröffentlichen. Die Präsidentenkonferenz folgt damit der ausdrücklichen Empfehlung der Gutachterin, um Risiken z. B. für die IT-Sicherheit der Anwaltschaft auszuschließen, wie sie insbesondere bei nicht erfolgter Deinstallation älterer Versionen der beA-Client Security auf den Rechnern der Nutzer entstehen könnten.

Das umfassende Gutachten der secunet wird nicht vor Mitte Mai vorliegen. Die BRAK wird dann über die weitere Vorgehensweise beraten.

» Zur Startseite

Pressekontakt

Rechtsanwältin Stephanie Beyrich
Geschäftsführerin
Pressesprecherin

Bundesrechtsanwaltskammer
Littenstr. 9
10179 Berlin
Tel. 030.28 49 39 - 0
Fax 030.28 49 39 - 11
Mail beyrich@brak.de

[nach oben](#) | [zurück](#) | [Druckversion](#)

Bundesrat

Drucksache 417/16

10.08.16

R

Verordnung

des Bundesministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz

Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnisse und die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (Rechtsanwaltsverzeichnis- und -postfachverordnung - RAVPV)

A. Problem und Ziel

§ 31c der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) enthält eine Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung die Inhalte der §§ 31 bis 31b BRAO zu konkretisieren. Diesem gesetzgeberischen Auftrag soll mit der vorliegenden Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnisse und die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (RAVPV) nachgekommen werden.

B. Lösung

Die RAVPV enthält nähere Bestimmungen zu den in den §§ 31 bis 31b BRAO geregelten Bereichen. Teil 1 der RAVPV (§§ 1 bis 8) betrifft die von den Rechtsanwaltskammern zu führenden Verzeichnisse der in ihren Bezirken zugelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (§ 31c Nummer 1 in Verbindung mit § 31 Absatz 1 bis 3 und 5 BRAO). Teil 2 der RAVPV (§§ 9 bis 15) regelt das von der Bundesrechtsanwaltskammer zu führende Gesamtverzeichnis (§ 31c Nummer 2 in Verbindung mit § 31 BRAO). Teil 3 der RAVPV (§§ 16 bis 18) gestaltet den Abruf von Angaben aus dem Gesamtverzeichnis über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis näher aus (§ 31c Nummer 4 in Verbindung mit § 31b BRAO). Teil 4 der RAVPV (§§ 19 bis 29) behandelt die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (§ 31c Nummer 3 in Verbindung mit § 31a BRAO). § 31 RAVPV enthält eine Übergangsregelung zur Nutzung der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer in der Zeit bis zum 31. Dezember 2017.

C. Alternativen

Keine. Bei Nichtlass der RAVPV blieben die sich bei der Umsetzung der §§ 31a bis § 31b BRAO stellenden Fragen ungeklärt. Die daraus resultierende Rechtsunsicherheit würde die Funktionsfähigkeit der Verzeichnisse und des besonderen elektronischen Anwaltspostfachverkehrs beeinträchtigen und den elektronischen Rechtsverkehr insgesamt behindern.

Drucksache 417/16

-2-

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Durch diese Rechtsverordnung entsteht kein neuer Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft. Der Erfüllungsaufwand für die von den etwa 165 000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten spätestens ab 2018 vorzuhaltenden Zertifikate, mit denen sie Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach erlangen können, resultiert bereits aus der Rechtsverordnung zugrunde liegenden Vorschrift des § 31a BRAO. Bei jährlichen Zertifikatskosten von 30 Euro beträgt der hieraus resultierende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft 4 950 000 Euro.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Keine.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Durch diese Rechtsverordnung entsteht kein neuer Erfüllungsaufwand für die Verwaltung. Der Erfüllungsaufwand für die Einrichtung der Verzeichnisse und des besonderen elektronischen Anwaltspostfachverkehrs resultiert bereits aus den der Rechtsverordnung zugrunde liegenden gesetzlichen Vorschriften der §§ 31 bis 31b BRAO. Für die Führung der Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und des Gesamtverzeichnisses der Bundesrechtsanwaltskammer (einschließlich der Einsehbarkeit der dort gespeicherten Daten über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis) sowie für die Einrichtung der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer bei den Rechtsanwaltskammern und der Bundesrechtsanwaltskammer entstehen derzeit jährliche Kosten von 11 055 000 Euro. Diese werden auf die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte umgelegt, die danach jeweils 67 Euro jährlich zu zahlen haben.

F. Weitere Kosten

Durch die ergänzenden Regelungen zu den Verzeichnissen und dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach entstehen keine weiteren Kosten.

Bundesrat

Drucksache 417/16

10.08.16

R

Verordnung

des Bundesministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz

**Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnisse und die
besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (Rechtsanwalts-
verzeichnis- und -postfachverordnung - RAVPV)**

Der Chef des Bundeskanzleramtes

Berlin, 9. August 2016

An den

Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsidenten
Stanislaw Tillich

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich die vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucher-
schutz zu erlassende

Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnisse und die besonderen
elektronischen Anwaltspostfächer (Rechtsanwaltsverzeichnis- und
-postfachverordnung – RAVPV)

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1
NKRG ist als Anlage beigefügt.

Die Stellungnahme des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
zur Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates ist als Anlage 2 beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Altmajer

Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnisse und die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer
(Rechtsanwaltsverzeichnis- und -postfachverordnung – RAVPV)

Vom ...

Auf Grund des § 31c der Bundesrechtsanwaltsordnung in Verbindung mit

- den §§ 31 bis 31b der Bundesrechtsanwaltsordnung, die durch Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2517) geändert worden sind,
- § 207 Absatz 2 Satz 1, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 63 Buchstabe b des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) geändert worden ist,
- § 209 Absatz 1 Satz 3, der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 66 Buchstabe a des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) geändert worden ist, sowie
- § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland, der durch Artikel 2 Nummer 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2517) geändert worden ist,

verordnet das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz:

Inhaltsübersicht

Teil 1

Elektronische Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern

- § 1 Verzeichnis und einzutragende Personen
- § 2 Inhalt des Verzeichnisses
- § 3 Eintragungen in das Verzeichnis
- § 4 Berichtigungen des Verzeichnisses
- § 5 Sperrung und Löschung von Eintragungen
- § 6 Einsichtnahme in das Verzeichnis
- § 7 Suchfunktion
- § 8 Datensicherheit und Einsehbarkeit

Teil 2

Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer

- § 9 Führung des Gesamtverzeichnisses
- § 10 Inhalt des Gesamtverzeichnisses
- § 11 Eintragungen in das Gesamtverzeichnis
- § 12 Berichtigung des Gesamtverzeichnisses

Teil 3
Europäisches Rechtsanwaltsverzeichnis

- § 16 Ablauf von Angaben über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis
- § 17 Abrufbare Angaben
- § 18 Abrufbarkeit

Teil 4

Besonderes elektronisches Anwaltspostfach

- § 19 Besonderes elektronisches Anwaltspostfach
- § 20 Führung der besonderen elektronischen Postfächer
- § 21 Einreichung eines Postfachs
- § 22 Erlanmeldung am Postfach
- § 23 Weitere Zugangsberechtigungen zum Postfach
- § 24 Zugang zum Postfach
- § 25 Vertreter, Abwickler und Zustellungsbefuglichte
- § 26 Datensicherheit
- § 27 Automatisches Löschen von Nachrichten
- § 28 Aufhebung der Zugangsberechtigung und Sperrung
- § 29 Löschung des Postfachs

Teil 5

Schlussvorschriften

- § 30 Die Rechtsanwaltschaft bei dem Bundesgerichtshof
- § 31 Übergangsregelung
- § 32 Inkrafttreten

Teil 1

Elektronische Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern

§ 1

Verzeichnis und einzutragende Personen

Jede Rechtsanwaltskammer führt ein elektronisches Verzeichnis der in ihrem Bezirk zugelassenen Rechtsanwälte einschließlich der Syndikusrechtsanwälte. In ihr Verzeichnis sind zudem die folgenden Personen einzutragen:

1. von ihr aufgenommene niedergelassene europäische Rechtsanwälte einschließlich der niedergelassenen europäischen Syndikusrechtsanwälte nach § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland;
2. von ihr aufgenommene Rechtsanwälte aus anderen Staaten einschließlich der Syndikusrechtsanwälte aus anderen Staaten nach § 206 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 1 der Bundesrechtsanwaltsordnung;
3. von ihr aufgenommene Inhaber einer Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Rechtsberatung nach § 209 Absatz 1 Satz 1 der Bundesrechtsanwaltsordnung.

§ 2

Inhalt des Verzeichnisses

(1) Als Zusatz zum Familiennamen werden, soweit von der eingetragenen Person geführt und mitgeteilt, akademische Grade und Ehrengrade sowie die Bezeichnung „Professor“ eingetragen. Nicht-juristische Grade und Bezeichnungen müssen als solche erkennbar sein. Die Rechtsanwaltskammer kann die Eintragung davon abhängig machen, dass die Berechtigung zum Führen des akademischen Grades, des Ehrengrades oder der Bezeichnung „Professor“ nachgewiesen wird.

(2) Führt die eingetragene Person einen Berufsnamen und teilt sie diesen mit, wird auch dieser eingetragen.

(3) Verfügt eine eingetragene Person über mehrere Vornamen, so sind alle Vornamen einzutragen.

(4) Als Name der Kanzlei oder Zweigstelle ist die Bezeichnung einzutragen, unter der die eingetragene Person am jeweiligen Standort beruflich auftritt. Sofern bei einer gemeinschaftlichen Berufsausübung eine Kurzbezeichnung geführt wird, ist diese als Name einzutragen. Bei Syndikusrechtsanwälten ist als Name der Arbeitgeber einzutragen.

(5) An Telekommunikationsdaten werden, soweit von der eingetragenen Person mitgeteilt, jeweils eine Telefon- und eine Telefaxnummer sowie eine E-Mail-Adresse je Kanzlei und Zweigstelle eingetragen. Zudem wird, soweit von der eingetragenen Person mitgeteilt, eine Internetadresse je Kanzlei und Zweigstelle eingetragen.

(6) Als Zeitpunkt der Zulassung ist der Zeitpunkt der erstmaligen Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in der Bundesrepublik Deutschland einzutragen, sofern die eingetra-

gene Person seitdem ununterbrochen Mitglied einer Rechtsanwaltskammer gewesen ist. Andernfalls ist der Zeitpunkt der letzten Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer einzutragen. Weist die eingetragene Person im Fall des Satzes 2 der Rechtsanwaltskammer den Zeitpunkt ihrer ersten Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach, so ist auch dieser einzutragen. Bei nach § 1 Satz 2 in das Verzeichnis eingetragenen Personen tritt an die Stelle der Zulassung die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer.

(7) Bestehende Berufs-, Berufsausübungs- und Vertretungsverbote sind unter Angabe des Zeitpunkts des Beginns sowie der Dauer des Verbots einzutragen. Betrifft das Verbot nur einen Teilbereich der beruflichen Tätigkeit, ist auch der Umfang des Verbots einzutragen. Bei der Eintragung eines Berufsausübungsverbots ist zu vermerken, dass dieses für die Dauer einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst oder einer Übernahme eines öffentlichen Amtes besteht.

(8) Die Eintragung eines Vertreters muss den Zeitraum erkennen lassen, für den dieser bestellt ist. Ist der Vertreter nach § 53 Absatz 2 Satz 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung allgemein für alle Vertretungsfälle eines Kalenderjahrs bestellt, muss dies erkennbar sein.

(9) Im Fall der Befreiung von der Kanzleipflicht sind auch der Zeitpunkt des Beginns der Befreiung und bestehende Auflagen einzutragen.

§ 3

Eintragungen in das Verzeichnis

Die Eintragung der nach § 1 in das Verzeichnis einzutragenden Personen erfolgt unverzüglich nach ihrer Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer. Im Übrigen nimmt die Rechtsanwaltskammer Eintragungen unverzüglich vor, nachdem sie von den einzutragenden Umständen Kenntnis erlangt hat und ihr erforderliche Nachweise vorgelegt wurden.

§ 4

Berichtigungen des Verzeichnisses

(1) Stellt die Rechtsanwaltskammer fest, dass Eintragungen in ihrem Verzeichnis unrichtig oder unvollständig sind, hat sie diese unverzüglich zu berichtigen. Insbesondere sind nicht mehr bestehende Berufs-, Berufsausübungs- oder Vertretungsverbote unverzüglich aus dem Verzeichnis zu löschen. Bestehen Zweifel an der Richtigkeit oder Vollständigkeit des Verzeichnisses, hat die Rechtsanwaltskammer Auskünfte einzuholen und gegebenenfalls die Vorlage von Nachweisen durch die eingetragene Person zu verlangen.

(2) Stellt eine andere Rechtsanwaltskammer oder die Bundesrechtsanwaltskammer Umstände fest, die die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit eines von einer Rechtsanwaltskammer geführten Verzeichnisses nahelegen, unterrichtet sie die für die Führung des Verzeichnisses zuständige Rechtsanwaltskammer hiervon.

Sperrung und Löschung von Eintragungen

- (1) Scheidet eine in das Verzeichnis eingetragene Person aus der das Verzeichnis führenden Rechtsanwaltskammer aus, sperrt die Rechtsanwaltskammer unverzüglich sämtliche zu der Person eingetragenen Angaben. Die Rechtsfolge des Satzes 1 gilt sinngemäß für die gesonderte Eintragung eines Syndikusrechtsanwalts nach § 46c Absatz 5 Satz 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung, soweit dessen Zulassung widerrufen wird.
- (2) Gesperrte Eintragungen dürfen nicht durch Einsichtnahme in das Register erschichtlich sein.
- (3) Gesperrte Eintragungen werden spätestens zwei Jahre nach der Sperrung gelöscht, soweit nicht die eingetragene Person einer längeren Speicherung ausdrücklich zustimmt. Auf Antrag der eingetragenen Person sind gesperrte Eintragungen unverzüglich zu löschen. § 31 Absatz 5 Satz 5 der Bundesrechtsanwaltsordnung bleibt unberührt.
- (4) Eine zu Unrecht erfolgte Sperrung ist unverzüglich rückgängig zu machen.
- (5) Ist für die Abwicklung einer Kanzlei ein Abwickler bestellt, so ist im Verzeichnis zu vermerken, dass die eingetragene Person nicht mehr Mitglied der Rechtsanwaltskammer ist und dass ein Abwickler bestellt wurde.

§ 6

Einsichtnahme in das Verzeichnis

- (1) Die Einsichtnahme in das Verzeichnis der Rechtsanwaltskammer ist ausschließlich über das Internet möglich. Eine Einsichtnahme muss jederzeit kostenfrei und ohne vorherige Registrierung möglich sein.
- (2) Eine anstelle der Kanzleianschrift in das Verzeichnis eingetragene zustellfähige Anschrift ist nicht einsehbar.
- (3) Die Ausgestaltung der Möglichkeit zur Einsichtnahme soll die Anforderungen der Barrierefreiheit im Sinne der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung vom 12. September 2011 (BGBl. I S. 1843) in der jeweils geltenden Fassung berücksichtigen.

§ 7

Suchfunktion

- (1) Die Rechtsanwaltskammern haben die Einsichtnahme in ihr Verzeichnis über eine Suchfunktion zu gewährleisten. Die Suchfunktion hat die alternative und die kumulative Suche anhand folgender Angaben zu ermöglichen:
1. Familienname; ist als Zusatz hierzu ein Berufsname eingetragen, muss auch dieser bei der Suche gefunden werden können;
2. Vorname;
3. Anschrift von Kanzlei oder Zweigstelle;
4. Kanzleiname oder Name der Zweigstelle;

- (2) Die Suchfunktion kann auffordern, die Suche nach weiteren Kriterien einzuschränken, wenn mehr als 50 Treffer zu erwarten sind.
- (3) Die Nutzung der Suchfunktion kann von der Eingabe eines auf der Internetseite angegebenen Sicherheitscodes abhängig gemacht werden.

§ 8

Datensicherheit und Einsehbarkeit

- (1) Die das Verzeichnis führende Rechtsanwaltskammer hat zu gewährleisten, dass sie selbst vorgenommen werden können. Zudem muss nachträglich überprüft und festgestellt werden können, wer diese Maßnahmen innerhalb der Rechtsanwaltskammer zu welchem Zeitpunkt vorgenommen hat.
- (2) Jede Rechtsanwaltskammer hat durch geeignete organisatorische und dem aktuellen Stand entsprechende technische Maßnahmen sicherzustellen, dass die in das Verzeichnis aufgenommenen Angaben jederzeit einsehbar sind.
- (3) Jede Rechtsanwaltskammer hat durch geeignete organisatorische und dem aktuellen Stand entsprechende technische Maßnahmen Vorkehrungen zu treffen, dass sie von auftretenden Fehlfunktionen des von ihr zu führenden Verzeichnisses unverzüglich Kenntnis erlangt. Schwerwiegende Fehlfunktionen hat sie unverzüglich, andere Fehlfunktionen hat sie zeitnah zu beheben.

Teil 2

Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer

§ 9

Führung des Gesamtverzeichnisses

Die Bundesrechtsanwaltskammer führt ein elektronisches Gesamtverzeichnis aller in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern eingetragenen Personen. Es trägt die Bezeichnung „Bundesweites Anwaltsverzeichnis“.

§ 10

Inhalt des Gesamtverzeichnisses

Das Gesamtverzeichnis enthält zu den einzu tragenden Personen

1. die in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern enthaltenen Angaben,

2. die Angabe der Kammer, der sie angehören,
3. die von der Bundesrechtsanwaltskammer zusätzlich eingetragenen Angaben und
4. die Sprachkenntnisse und die Tätigkeitsschwerpunkte, die die eingetragenen Personen mitgeteilt haben.

§ 11

Eintragungen in das Gesamtverzeichnis

- (1) Sofern die Rechtsanwaltskammern die in ihren Verzeichnissen enthaltenen Angaben im automatisierten Verfahren in das Gesamtverzeichnis eingeben, sind die zu übertragenden Daten zumindest mit einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur zu versehen.
- (2) Die Bundesrechtsanwaltskammer trägt zu den eingetragenen Personen die Bezeichnung ihres besonderen elektronischen Anwaltspostfachs in das Gesamtverzeichnis ein. Wurde für einen Vertreter, Abwickler oder Zustellungsbevollmächtigten ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet, ist auch dessen Bezeichnung bei der eingetragenen Person einzutragen.
- (3) Die Bundesrechtsanwaltskammer veranlasst für die Zwecke der Suche nach diesen Angaben über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis die Eintragung von mitgeteilten Sprachkenntnissen und Tätigkeitsschwerpunkten der in § 16 Satz 2 genannten Personen in das Gesamtverzeichnis. Dabei sind nur folgende Tätigkeitsschwerpunkte eintragungsfähig:

1. Insolvenzrecht;
2. Wirtschaftsrecht;
3. Verbraucherrecht;
4. Strafrecht;
5. Arbeitsrecht;
6. Umweltrecht;
7. Recht der Europäischen Union (EU);
8. Familienrecht;
9. Menschen- und Bürgerrechte;
10. Immigrations- und Asylrecht;
11. Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht;
12. Recht der Informationstechnologie (IT);
13. Prozessvertretung, Mediation und Schiedsverfahren;
14. Schadensersatzrecht;
15. Eigentumsrecht;

16. Öffentliches Recht;
17. Sozialrecht;
18. Erbrecht;
19. Steuerrecht;
20. Verkehrs- und Transportrecht.

§ 12

Berichtigung des Gesamtverzeichnisses

- (1) Sofern die Rechtsanwaltskammern in ihren Verzeichnissen enthaltene Angaben in das Gesamtverzeichnis eingegeben haben, erfolgen Berichtigungen, Sperrungen, Entsperrungen und Löschungen dieser Angaben durch die Rechtsanwaltskammern im automatisierten Verfahren. Zu diesem Zweck zu übertragende Daten sind zumindest mit einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur zu versehen.
- (2) Erlangt die Bundesrechtsanwaltskammer Kenntnis von einer von ihr zu verantwortenden Unrichtigkeit der Bezeichnung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs, berichtigt sie diese unverzüglich und unterrichtet den Postfachinhaber hierüber. Steilt eine Rechtsanwaltskammer Umstände fest, die eine Unrichtigkeit im Sinne des Satzes 1 nahelegen, so unterrichtet sie die Bundesrechtsanwaltskammer hiervon.
- (3) Die Bundesrechtsanwaltskammer ermöglicht den eingetragenen Personen die Berichtigung und Löschung der jeweiligen von ihnen im Gesamtverzeichnis eingetragenen Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte.

§ 13

Einsichtnahme in das Gesamtverzeichnis

- (1) § 6 gilt entsprechend.
- (2) In das Gesamtverzeichnis eingetragene Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte sind ausschließlich über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis einsehbar.

§ 14

Suchfunktion

Die Einsichtnahme in das Gesamtverzeichnis erfolgt über eine Suchfunktion. § 7 gilt mit der Maßgabe entsprechend, dass auch eine Suche nach der Kammerzugehörigkeit zu ermöglichen ist.

Datensicherheit und Einsehbarkeit

- (1) Die Bundesrechtsanwaltskammer gewährleistet, dass die von den Rechtsanwaltskammern vorzunehmenden Eingaben in das Gesamtverzeichnis allein durch die jeweils zuständige Rechtsanwaltskammer erfolgen. Von der Bundesrechtsanwaltskammer vorzunehmende Eintragungen dürfen nur durch diese erfolgen.
- (2) Die Rechtsanwaltskammern gewährleisten, dass hinsichtlich der von ihnen vorgenommenen Eingaben in das Gesamtverzeichnis nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, wer diese vorgenommen hat. Gleiches gilt für die Bundesrechtsanwaltskammer hinsichtlich der von ihr in das Gesamtverzeichnis eingetragenen Angaben.
- (3) Die Bundesrechtsanwaltskammer stellt durch geeignete organisatorische und dem aktuellen Stand entsprechende technische Maßnahmen sicher, dass die in das Gesamtverzeichnis aufgenommenen Angaben ständig einsehbar sind. Sie hat durch solche Maßnahmen zudem Vorkehrungen zu treffen, dass sie von auftretenden Fehlfunktionen des von ihr zu führenden Verzeichnisses unverzüglich Kenntnis erlangt. Schwerwiegende Fehlfunktionen hat sie unverzüglich, andere Fehlfunktionen hat sie zeitnah zu beheben.

Teil 3**Europäisches Rechtsanwaltsverzeichnis****Abruf von Angaben über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis**

Die Bundesrechtsanwaltskammer stellt die in § 17 genannten Angaben des Gesamtzeichnisses für die Einsichtnahme über das auf den Internetseiten der Europäischen Kommission unter der Bezeichnung „Find a lawyer“ betriebene elektronische Suchsystem, das im Deutschen die Bezeichnung „Europäisches Rechtsanwaltsverzeichnis“ trägt, abrufbereit zur Verfügung. Der Abruf ist bezüglich des in § 1 genannten Personenkreises mit Ausnahme der Syndikusrechtsanwälte, der niedergelassenen europäischen Syndikusrechtsanwälte und der Syndikusrechtsanwälte aus anderen Staaten zu ermöglichen.

Abrufbare Angaben

- (1) Die Bundesrechtsanwaltskammer ermöglicht über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis den Abruf der folgenden im Gesamtverzeichnis eingetragenen Angaben:
 1. Familienname und Vornamen des Rechtsanwalts;
 2. Berufsbezeichnung;
 3. Name der Kanzlei und deren Anschrift;
 4. Telefon- und Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse der Kanzlei;
 5. Internetadresse der Kanzlei;

- (2) § 2 Absatz 1 bis 4 Satz 1 und 2 sowie Absatz 5 ist entsprechend anwendbar.
 - (3) Die Bundesrechtsanwaltskammer stellt zudem die Informationen abrufbereit zur Verfügung, die für eine Suche nach Fachanwaltsbezeichnungen, Sprachkenntnissen und Tätigkeitsschwerpunkten erforderlich sind.
 - (4) Der Abruf von weiteren, in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Eintragungen im Gesamtverzeichnis darf über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis nicht ermöglicht werden.
- § 18**
- Abrufbarkeit**
- (1) Die Bundesrechtsanwaltskammer stellt durch geeignete organisatorische und dem aktuellen Stand entsprechende technische Maßnahmen sicher, dass sie von in ihrem Verantwortungsbereich auftretenden Fehlfunktionen beim Abruf über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis unverzüglich Kenntnis erlangt. Entsprechende schwerwiegende Fehlfunktionen hat sie unverzüglich, entsprechende andere Fehlfunktionen hat sie zeitnah zu beheben. Über sonstige ihr bekannt werdende Fehlfunktionen des Europäischen Rechtsanwaltszeichnisses hat sie die für dessen Führung verantwortliche Stelle unverzüglich zu unterrichten.
 - (2) Die Bundesrechtsanwaltskammer hat durch geeignete organisatorische und dem aktuellen Stand entsprechende technische Maßnahmen zu gewährleisten, dass sie von in ihrem Verantwortungsbereich auftretenden Fehlfunktionen beim Abruf über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis unverzüglich Kenntnis erlangt. Entsprechende schwerwiegende Fehlfunktionen hat sie unverzüglich, entsprechende andere Fehlfunktionen hat sie zeitnah zu beheben. Über sonstige ihr bekannt werdende Fehlfunktionen des Europäischen Rechtsanwaltszeichnisses hat sie die für dessen Führung verantwortliche Stelle unverzüglich zu unterrichten.

Teil 4**Besonderes elektronisches Anwaltspostfach****Besonderes elektronisches Anwaltspostfach**

- (1) Das besondere elektronische Anwaltspostfach dient der elektronischen Kommunikation der in das Gesamtverzeichnis eingetragenen Mitglieder der Rechtsanwaltskammern, der Rechtsanwaltskammern und der Bundesrechtsanwaltskammer mit den Genchtern auf einem sicheren Übermittlungsweg. Ebenso dient es der elektronischen Kommunikation der Mitglieder der Rechtsanwaltskammern, der Rechtsanwaltskammern und der Bundesrechtsanwaltskammer untereinander.
- (2) Das besondere elektronische Anwaltspostfach kann auch der elektronischen Kommunikation mit anderen Personen oder Stellen dienen.
- (3) Die Bundesrechtsanwaltskammer hat den Mitgliedern der Rechtsanwaltskammern, den Rechtsanwaltskammern und sich selbst zum Zweck des Versendens von Nachrichten über das besondere elektronische Anwaltspostfach die elektronische Suche nach allen Personen und Stellen zu ermöglichen, die über das Postfach erreichbar sind.

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat zudem die Daten, die eine Suche im Sinne des Satzes 1 ermöglichen, auch den Gerichten zugänglich zu machen. Sie kann sie auch anderen Personen und Stellen zugänglich machen, mit denen sie nach Absatz 2 eine Kommunikation ermöglicht.

(4) Vertreter, Abwickler und Zustellungsbevollmächtigte, die nicht bereits von Absatz 1 Satz 1 erfasst sind, stehen den Mitgliedern der Rechtsanwaltskammern nach den Absätzen 1 bis 3 gleich.

§ 20

Führung der besonderen elektronischen Postfächer

(1) Die Bundesrechtsanwaltskammer hat die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer auf der Grundlage des Protokollstandards „Online Services Computer Interface – OSCi“ oder einem künftig nach dem Stand der Technik an dessen Stelle tretenden Standard zu betreiben. Die Bundesrechtsanwaltskammer hat fortlaufend zu gewährleisten, dass die in § 19 Absatz 1 genannten Personen und Stellen miteinander sicher elektronisch kommunizieren können.

(2) Der Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach soll barrierefrei im Sinne der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung sein.

(3) Die Bundesrechtsanwaltskammer hat zu gewährleisten, dass bei einem Versand nicht-qualifizierter signierter elektronischer Dokumente durch einen Rechtsanwalt auf einem sicheren Übermittlungsweg für den Empfänger feststellbar ist, dass die Nachricht von dem Rechtsanwalt selbst versandt wurde.

§ 21

Einrichtung eines Postfachs

(1) Die Rechtsanwaltskammern unterrichten die Bundesrechtsanwaltskammer über die bevorstehende Eintragung einer Person in das Gesamtverzeichnis. Die Bundesrechtsanwaltskammer richtet unverzüglich nach der Eintragung einer Person in das Gesamtverzeichnis für diese ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach empfangsbereit ein.

(2) Absatz 1 gilt nicht, wenn die eingetragene Person von einer Rechtsanwaltskammer in eine andere wechselt.

§ 22

Erstanmeldung am Postfach

(1) Die Erstanmeldung des Postfachinhabers an seinem besonderen elektronischen Anwaltspostfach erfolgt unter Verwendung eines für ihn zu diesem Zweck erzeugten und auf einer Hardwarekomponente gespeicherten Zertifikats, das die eindeutige Bezeichnung des Postfachs enthält, sowie unter Verwendung der zugehörigen Zertifikats-PIN. Eine Hardwarekomponente im Sinne des Satzes 1 und des § 23 muss vergleichbaren Anforderungen genügen, wie sie nach dem Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Auf-

hebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 73) für qualifizierte elektronische Signaturerstellungseinheiten gelten.

(2) Der Postfachinhaber erlangt das zur Erstanmeldung erforderliche Zertifikat und die zugehörige Zertifikats-PIN durch Bestellung des Zertifikats bei der Bundesrechtsanwaltskammer oder einer von ihr bestimmten Stelle. Der Postfachinhaber kann auch mehrere zur Erstanmeldung geeignete Zertifikate bestellen.

(3) Die Ausgabe des zur Erstanmeldung erforderlichen Zertifikats und die Zuteilung der zugehörigen Zertifikats-PIN haben in einem Verfahren zu erfolgen, das gewährleistet, dass

1. der Postfachinhaber das Zertifikat und die Zertifikats-PIN unverzüglich, jedoch getrennt voneinander erlangt,
2. das besondere elektronische Anwaltspostfach dem Zertifikat zweifelsfrei zugeordnet ist,
3. keine unbefugte Inbesitznahme des Zertifikats durch Dritte erfolgt und
4. keine unbefugte Kenntnisnahme Dritter von der Zertifikats-PIN erfolgt.

(4) Die Bundesrechtsanwaltskammer hat sich in geeigneter Weise davon zu überzeugen, dass das zur Erstanmeldung erforderliche Zertifikat dem Postfachinhaber zugegangen ist. Hierzu kann sie sich einer anderen öffentlichen Stelle bedienen.

(5) Die Bundesrechtsanwaltskammer hat das zur Erstanmeldung erteilte Zertifikat unverzüglich zu sperren, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Voraussetzungen nach Absatz 3 Nummer 2 bis 4 nicht erfüllt sind.

§ 23

Weitere Zugangsberechtigungen zum Postfach

(1) Der Postfachinhaber kann mit einem auf einer Hardwarekomponente gespeicherten Zertifikat weitere ihm zugeordnete Zertifikate berechtigen, ihm Zugang zu seinem besonderen elektronischen Anwaltspostfach zu gewähren. Diese Zertifikate müssen nicht auf einer Hardwarekomponente gespeichert sein. Zu ihnen muss jedoch ebenfalls eine Zertifikats-PIN gehören. Zudem müssen sie von einem von der Bundesrechtsanwaltskammer anerkannten Zertifizierungsdiensteanbieter authentifiziert sein.

(2) Der Postfachinhaber kann auch anderen Personen Zugang zu seinem besonderen elektronischen Anwaltspostfach gewähren. Verfügen die anderen Personen nicht über ein eigenes besonderes elektronisches Anwaltspostfach, hat der Postfachinhaber für sie ein Zugangskonto anzulegen. Der Zugang der anderen Personen über ihr Zugangskonto erfolgt unter Verwendung eines ihnen zugeordneten Zertifikats und einer zugehörigen Zertifikats-PIN. Der Postfachinhaber kann hierzu mit einem auf einer Hardwarekomponente gespeicherten Zertifikat weitere Zertifikate berechtigen, anderen Personen Zugang zu seinem Postfach zu gewähren. Für diese Zertifikate gilt Absatz 1 Satz 2 bis 4 entsprechend.

(3) Der Postfachinhaber kann, wenn er mit einem auf einer Hardwarekomponente gespeicherten Zertifikat angemeldet ist, anderen Personen unterschiedlich weit reichende Zugangsberechtigungen zu seinem besonderen elektronischen Anwaltspostfach erteilen. Er kann anderen Personen, deren Zertifikat auf einer Hardwarekomponente gespeichert ist, auch die Befugnis einräumen, weitere Zugangsberechtigungen zu erteilen. Für die

Ermittlung weiterer Zugangsberechtigungen durch entsprechend ermächtigte andere Personen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend. Der Postfachinhaber kann anderen Personen zudem die Befugnis einräumen, Nachrichten zu versenden. Das Recht, nicht-qualifiziert elektronisch signierte Dokumente auf einem sicheren Übermittlungsweg zu versenden, kann er jedoch nicht auf andere Personen übertragen.

(4) Der Postfachinhaber und die von ihm entsprechend ermächtigten anderen Personen können erteilte Zugangsberechtigungen jederzeit ändern und widerrufen.

§ 24

Zugang zum Postfach

(1) Die Anmeldung des Inhabers an seinem besonderen elektronischen Anwaltspostfach erfolgt mit einem ihm zugeordneten Zertifikat und der zugehörigen Zertifikats-PIN. Hat der Inhaber die Nutzung des Postfachs beendet, hat er sich abzumelden. Die Bundesrechtsanwaltskammer hat für den Fall, dass der aktivierte Zugang für eine bestimmte Zeitdauer nicht genutzt wird, eine automatische Abmeldung des Postfachinhabers durch das System vorzusehen. Bei der Bemessung der Zeitdauer sind die Belange des Datenschutzes gegen den Aufwand für die erneute Anmeldung abzuwägen.

(2) Die Anmeldung anderer Personen an einem besonderen elektronischen Anwaltspostfach erfolgt mit einem ihnen zugeordneten Zertifikat und der zugehörigen Zertifikats-PIN; Absatz 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

§ 25

Vertreter, Abwickler und Zustellungsbevollmächtigte

(1) Verfügt eine Person, die für eine im Gesamtverzeichnis eingetragene Person als Vertreter oder Abwickler bestellt oder von ihr als Zustellungsbevollmächtigte benannt wird, nicht über ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach, unterrichtet die für die eingetragene Person zuständige Rechtsanwaltskammer die Bundesrechtsanwaltskammer über deren Bestellung oder Benennung. Sie übermittelt hierzu die Angaben zur Identität der eingetragenen Person sowie den Familiennamen, die Vornamen und eine zustellfähige Anschrift der Person, für die das Postfach einzurichten ist. Die Bundesrechtsanwaltskammer richtet daraufhin für die bestellte oder benannte Person für die Dauer ihrer Tätigkeit ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach ein.

(2) Die Rechtsanwaltskammern teilen der Bundesrechtsanwaltskammer mit, wenn aufgrund veränderter Umstände die Voraussetzungen für die Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs im Sinne des Absatzes 1 entfallen sind.

(3) Wird ein Vertreter oder Abwickler bestellt oder ein Zustellungsbevollmächtigter benannt, so räumt die Bundesrechtsanwaltskammer diesem für die Dauer seiner Bestellung einen auf die Übersicht der eingegangenen Nachrichten beschränkten Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach der Person ein, für die er bestellt oder benannt wurde. Dabei müssen für den Vertreter, Abwickler oder Zustellungsbevollmächtigten der Absender und der Eingangszeitpunkt der Nachricht einsehbar sein; der Betreff, der Text und die Anhänge der Nachricht dürfen nicht einsehbar sein. Die zur Einräumung des Zugangs erforderliche Übermittlung von Daten durch die Rechtsanwaltskammer an die Bundesrechtsanwaltskammer erfolgt im automatisierten Verfahren. Zu diesem Zweck zu übertragende Daten sind zumindest mit einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur zu versehen.

(4) Im Übrigen haben Vertreter und Zustellungsbevollmächtigte Berechtigungen am besonderen elektronischen Anwaltspostfach der Person, für die sie bestellt oder von der sie benannt wurden nur, soweit sie hierzu nach § 23 Absatz 2 bis 4 berechtigt wurden.

§ 26

Datensicherheit

(1) Die Inhaber eines für sie erzeugten Zertifikats dürfen dieses keiner weiteren Person überlassen und haben die dem Zertifikat zugehörige Zertifikats-PIN geheim zu halten.

(2) Der Postfachinhaber hat unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um einen unbefugten Zugriff auf sein Postfach zu verhindern, sofern Anhaltspunkte dafür bestehen, dass

1. ein Zertifikat in den Besitz einer unbefugten Person gelangt ist,
2. die einem Zertifikat zugehörige Zertifikats-PIN einer unbefugten Person bekannt geworden ist,
3. ein Zertifikat unbefugt kopiert wurde oder
4. sonst von einer Person mittels eines Zertifikats auf das besondere elektronische Anwaltspostfach unbefugt zugegriffen werden könnte.

§ 27

Automatisches Löschen von Nachrichten

Nachrichten dürfen frühestens 90 Tage nach ihrem Eingang automatisch in den Postkorb des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs verschoben werden. Im Postkorb befindliche Nachrichten dürfen frühestens nach 30 Tagen automatisch gelöscht werden.

§ 28

Aufhebung der Zugangsberechtigung und Sperrung

(1) Die Bundesrechtsanwaltskammer sperrt ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach, wenn die Eintragungen zum Postfachinhaber im Gesamtverzeichnis gesperrt wurden. Der Zugang zu einem gesperrten besonderen elektronischen Anwaltspostfach ist nicht möglich. Dies gilt für den Postfachinhaber und alle anderen Personen, denen eine Zugangsberechtigung zu dem Postfach erteilt wurde. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, wenn der Postfachinhaber von einer Rechtsanwaltskammer in eine andere wechselt.

(2) Das besondere elektronische Anwaltspostfach wird zudem gesperrt, wenn für dessen Inhaber ein Abwickler bestellt ist. Der Zugang des Abwicklers nach § 25 Absatz 3 Satz 1 und 2 bleibt hiervon unberührt.

(3) Gesperrte besondere elektronische Anwaltspostfächer sind nicht adressierbar.

(4) Wird eine Sperrung der Eintragung des Postfachinhabers im Gesamtverzeichnis aufgehoben, ist auch die Sperrung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs unverzüglich rückgängig zu machen.

Löschung des Postfachs

Gesperrte besondere elektronische Anwaltspostfächer werden einschließlich der darin gespeicherten Nachrichten sechs Monate nach der Sperrung gelöscht. Wird ein Abwickler bestellt, erfolgt die Löschung nicht vor Beendigung der Abwicklung.

Teil 5

Schlussvorschriften

§ 30

Die Rechtsanwaltschaft bei dem Bundesgerichtshof

Von den Aufgaben, die nach dieser Verordnung der Rechtsanwaltskammer zugewiesen sind, nimmt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz die Aufgaben wahr, die mit der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Bundesgerichtshof, dem Erlöschen dieser Zulassung und der Bestellung eines Vertreters oder Abwicklers für einen Rechtsanwalt bei dem Bundesgerichtshof verbunden sind.

§ 31

Übergangsregelung

Bis zum 31. Dezember 2017 muss der Postfachinhaber Zustellungen und den Zugang von Mitteilungen über das besondere elektronische Anwaltspostfach nur dann zur Kenntnis nehmen und gegen sich gelten lassen, wenn er zuvor seine Bereitschaft zu deren Empfang über das besondere elektronische Anwaltspostfach erklärt hatte. Die Erklärung kann nicht beschränkt werden. Die Erstanmeldung am Postfach und der Versand nicht berufsbezogener Mitteilungen gelten nicht als Erklärung der Empfangsbereitschaft.

§ 32

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) § 2 Absatz 6 Satz 3, Absatz 7 bis 9, § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 und 6, § 20 Absatz 3 sowie § 23 Absatz 3 Satz 5 treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

1. Zielsetzung und Gegenstand der Regelungen

Die Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnisse und die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (Rechtsanwaltsverzeichnis- und -postfachverordnung – RAVPV) trifft entsprechend der aus § 31c der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) folgenden Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ergänzende Bestimmungen zu den §§ 31 bis § 31b BRAO. Im Wesentlichen befasst sich die Rechtsverordnung dementsprechend mit vier Regelungsbereichen:

1. Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern

Teil 1 der RAVPV (§§ 1 bis 8) betrifft die von den Rechtsanwaltskammern zu führenden Verzeichnisse der in ihren Bezirken zugelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (§ 31c Nummer 1 in Verbindung mit § 31 Absatz 1 bis 3 und 5 BRAO). Es wird insbesondere geregelt, welche Personen in die Verzeichnisse aufzunehmen sind und welche Angaben zu diesen einzutragen sind bzw. eingetragen werden können. Außerdem werden nähere Bestimmungen zur Berichtigung, Sperrung und Löschung von Einträgen sowie der Einsichtnahme in die Verzeichnisse getroffen.

2. Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer

Teil 2 der RAVPV (§§ 9 bis 15) regelt das von der Bundesrechtsanwaltskammer zu führende Gesamtverzeichnis (§ 31c Nummer 2 in Verbindung mit § 31 BRAO). Es werden insbesondere Bestimmungen zum Inhalt des Gesamtverzeichnisses sowie zur Berichtigung dortiger Einträge getroffen. Außerdem enthält die Rechtsverordnung nähere Bestimmungen zur Einsichtnahme in das Gesamtverzeichnis.

3. Europäisches Rechtsanwaltsverzeichnis

Teil 3 der RAVPV (§§ 16 bis 18) gestalten den Abruf von Angaben aus dem Gesamtverzeichnis über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis näher aus (§ 31c Nummer 4 in Verbindung mit § 31b BRAO). Hier wird insbesondere festgelegt, welche Angaben des Gesamtverzeichnisses über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis abrufbar sein müssen.

4. Besonderes elektronisches Anwaltspostfach

Teil 4 der RAVPV (§§ 19 bis 29) betrifft die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (§ 31c Nummer 3 in Verbindung mit § 31a BRAO). Es werden Regelungen getroffen zu deren Einrichtung und Ausgestaltung. Geregelt wird außerdem der Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach sowie die Sperrung und Löschung desselben. Weiter betrifft auch die Übergangsregelung in § 31 RAVPV das besondere elektronische Anwaltspostfach, und zwar die Frage seiner Nutzungspflicht in der Zeit bis zum 31. Dezember 2017.

II. Historie der Ermächtigungsnorm sowie der Einrichtung der Verzeichnisse und des besonderen elektronischen Anwaltspostfach

Durch Artikel 1 Nummer 21 des Gesetzes zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) wurde der § 31 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) zum 1. Juni 2007 vollständig neu gefasst. Der damalige neue § 31 Absatz 1 Satz 1 BRAO bestimmte dabei, dass die Rechtsanwaltskammern ein elektronisches Verzeichnis der in ihrem Bezirk zugelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte führen und die in diesem Verzeichnis gespeicherten Daten im automatisierten Verfahren in ein von der Bundesrechtsanwaltskammer geführtes Gesamtverzeichnis aller Mitglieder der Rechtsanwaltskammern eingeben sollten. Der damalige § 31 Absatz 5 BRAO sah hierzu vor, dass das Bundesministerium der Justiz die Einzelheiten (nur) der Führung des Gesamtverzeichnisses durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates regeln sollte. Die einzelnen Rechtsanwaltskammern haben daraufhin auf den von ihnen geführten Internetseiten Verzeichnisse eingerichtet. Die Bundesrechtsanwaltskammer hat ihr Gesamtverzeichnis am 13. November 2007 unter der Adresse www.rechtsanwaltsregister.org und der Bezeichnung „Bundesweites Amtliches Anwaltsverzeichnis“ in Betrieb genommen. Die vorgesehene Rechtsverordnung zum Gesamtverzeichnis wurde bisher allerdings noch nicht erlassen.

Durch Artikel 46 des Zweiten Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) wurde der damalige § 31 BRAO um einen neuen Absatz 4 ergänzt, der regelte, dass die Bundesrechtsanwaltskammer die Übermittlung von Daten aus dem von ihr geführten Gesamtverzeichnis durch Abruf über das auf den Internetseiten der Europäischen Kommission geführte Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis ermöglichen sollte. Dabei wurde die bis dahin in § 31 Absatz 5 BRAO enthaltene Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung in den dortigen Absatz 6 verschoben und um die Ermächtigung zur Regelung der näheren Einzelheiten der Übermittlung an das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis ergänzt. Die Europäische Kommission hat dieses Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis am 8. Dezember 2014 unter der englischen Bezeichnung „Find a lawyer“ auf dem von ihr betriebenen europäischen Justizportal in Betrieb genommen (https://e-justice.europa.eu/content_find_a_lawyer-334-de.do?init=true). In der Bundesrepublik Deutschland zugelassene Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte können über das Europäische Justizportal gesucht und gefunden werden; dabei sind jedoch derzeit unter anderem die Kriterien Tätigkeitsschwerpunkte und Sprachkenntnisse noch nicht berücksichtigungsfähig. Eine Rechtsverordnung zum Abruf der Daten über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis wurde ebenfalls noch nicht erlassen.

Durch Artikel 7 Nummer 2 des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) sollte in die BRAO zum 1. Januar 2016 ein neuer § 31a BRAO eingefügt werden, der die Verpflichtung der Bundesrechtsanwaltskammer regeln sollte, für alle in ihrem Gesamtverzeichnis eingetragenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach einzurichten. Durch Artikel 7 Nummer 3 des vorbezeichneten Gesetzes wurde zudem (bereits zum 1. Januar 2014) ein neuer § 31b BRAO eingefügt, der das Bundesministerium der Justiz ermächtigte, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten eines Verzeichnissesdes besonderer elektronischer Anwaltspostfächer zu regeln. Auch diese Verordnung wurde bisher allerdings noch nicht erlassen.

Leizlich wurden die vorstehenden Neuregelungen der §§ 31 bis 31b BRAO durch Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikatsrechtsanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2517) noch einmal modifiziert, ergänzt und neu geordnet. Die in den früheren §§ 31 und 31b BRAO enthaltenen Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen wurden in inhaltlich überarbeiteter Form in einen neuen § 31c BRAO verschoben. Die bereits bestehenden, jedoch noch nicht umgesetzten Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen, die das Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer, das Europäische

Rechtsanwaltsverzeichnis und das besondere elektronische Anwaltspostfach näher ausgestalten sollten, wurden um eine Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ergänzt, mit Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten zu den für Verbraucherschutz ergänzi, mit Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten zu den von den Rechtsanwaltskammern zu führenden Verzeichnissen in einer Rechtsverordnung zu regeln, weil diese die Grundlage für das Gesamtverzeichnis und damit letztlich auch für das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis und das besondere elektronische Anwaltspostfach bilden. Mit dem neuen § 31c BRAO besteht nunmehr eine umfassende Regelung, die es möglich macht, alle vier zusammenhängenden Bereiche aufeinander abgestimmt in einer einheitlichen Rechtsverordnung zu erfassen.

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat die zum 1. Januar 2016 vorgesehene Einrichtung der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer aufgrund technischer Schwierigkeiten nicht fristgerecht bewirken können. Sie hat nunmehr jedoch angekündigt, am 29. September 2016 allen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach zur Verfügung stellen zu wollen. Vorläufig ausgenommen davon werden allerdings die Syndikatsrechtsanwältinnen und Syndikatsrechtsanwälte bleiben, für die das besondere elektronische Anwaltspostfach nach dem durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikatsrechtsanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung eingefügten § 215 Absatz 4 Satz 2 BRAO eigentlich zum 1. Oktober 2016 zur Verfügung stehen sollte. Es ist jedoch schon jetzt absehbar, dass dieser Termin von der Bundesrechtsanwaltskammer infolge der besagten technischen Schwierigkeiten nicht wird eingehalten werden können.

Nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe sind weitere Änderungen unter anderem der §§ 31 und 31a BRAO beabsichtigt, die dann – ganz überwiegend zum 1. Januar 2018 – auch zu (im Gesetzentwurf bereits vorgesehenen) Folgeänderungen der RAVPV führen würden.

III. Alternativen

Keine.

Bei Nichterlass der RAVPV blieben die sich bei der Umsetzung der §§ 31a bis § 31b BRAO stellenden Fragen ungeklärt. Die daraus resultierende Rechtsunsicherheit würde die Funktionsfähigkeit der Verzeichnisse und des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs beeinträchtigen und den elektronischen Rechtsverkehr insgesamt behindern.

IV. Regelungskompetenz

Die Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zum Erlass der RAVPV folgt aus § 31c BRAO.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Die RAVPV ist mit dem Recht der Europäischen Union und den völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

Insbesondere greift die RAVPV mit der durch § 6 Absatz 3, § 13 Absatz 1 und § 20 Absatz 2 RAVPV vorgesehenen barrierefreien Ausgestaltung der Rechtsanwaltsverzeichnisse, des Gesamtverzeichnisses und des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs Ziele des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK) auf.

Gemäß Artikel 13 Absatz 1 UN-BRK besteht ein Recht von Menschen mit Behinderungen auf gleichberechtigten und wirksamen Zugang zur Justiz. Dafür sollen die notwendigen – unter anderem alters- und verfahrensmäßigen – Vorkehrungen getroffen werden, um behinderten Personen ihre wirksame unmittelbare und mittelbare Teilnahme an allen Gerichtsverfahren zu erleichtern. Zudem hat der UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in seinen Abschießenden Bemerkungen vom 13. Mai 2015 (CRPD/C/DEU/CO/1) Deutschland unter anderem empfohlen, gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der physischen und kommunikativen Barrierefreiheit von Gerichten, Justizbehörden und anderen in die Anwendung des Rechts involvierten Stellen zu ergreifen. In den Vorgaben des Artikel 13 Absatz 1 UN-BRK bzw. der Empfehlung des UN-Fachausschusses inbegriffen ist, dass Menschen mit Behinderungen in gleicher Weise auf rechtliche Beratung und rechtlichen Beistand zurückgreifen müssen können wie andere Menschen auch, sie also z. B. barrierefrei mit einer Anwaltskanzlei kommunizieren können.

Artikel 9 UN-BRK verpflichtet die Vertragsstaaten, geeignete Maßnahmen zu treffen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten. Zudem formuliert Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b UN-BRK als Ziel, dass private Rechtsträger, die Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, anbieten, alle Aspekte der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen haben. Adressaten der Vorgaben des Artikels 9 UN-BRK können damit als private Rechtsträger auch Rechtsanwaltskanzleien sein.

VI. Regelungsfolgen

1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung

Die RAVPV fördert den elektronischen Rechtsverkehr insgesamt und dient somit der Rechts- und Verwaltungsvereinfachung. Die Rechtsanwaltsverzeichnis ermöglichen ein schnelles Auffinden einzelner Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und das besondere elektronische Anwaltspostfach stellt ein sicheres Kommunikationsmittel zur Verfügung. Dadurch wird die Kommunikation zwischen den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und den Gerichten sowie innerhalb der Rechtsanwaltschaft vereinfacht und beschleunigt.

2. Nachhaltigkeitsaspekte

Die RAVPV steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung. Die Wirkungen der RAVPV erleichtern den Zugang der rechtssuchenden Bevölkerung zur Rechtsanwaltschaft und fördern eine nachhaltige Entwicklung durch eine Stärkung des elektronischen Rechtsverkehrs. Die Verfügbarkeit der Rechtsanwaltschaft wird somit insgesamt erhöht und die Qualität der Rechtspflege verbessert. Hierdurch wird letztlich der soziale Zusammenhalt im Sinne der Managementregel Nummer 9 der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gestärkt.

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch die Ausführung dieser Rechtsverordnung entstehen keine unmittelbaren zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte.

4. Erfüllungsaufwand

Durch die Ausführung dieser Rechtsverordnung entsteht kein Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger und die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen.

Die RAVPV ruft keinen neuen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft hervor. Die etwa 165 000 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte müssen spätestens ab 2018 Zertifikate vorhalten, mit denen sie Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach erlangen können. Diese Verpflichtung resultiert aber bereits aus der Rechtsverordnung zugrunde liegenden Vorschrift des § 31a BRAO. Bei jährlichen Zertifikatskosten von 30 Euro beträgt der hieraus resultierende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft 4 950 000 Euro jährlich.

Der Erfüllungsaufwand für die Rechtsanwaltskammern und die Bundesrechtsanwaltskammer, die jeweils Körperschaften des öffentlichen Rechts darstellen, für die Einrichtung der Verzeichnisse und des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs resultiert ebenfalls bereits aus den der Rechtsverordnung zugrunde liegenden gesetzlichen Vorschriften, hier den §§ 31 bis 31b BRAO. Für die Führung der Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und des Gesamtverzeichnisses der Bundesrechtsanwaltskammer (einschließlich der Einsehbarkeit der dort gespeicherten Daten über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis) sowie die Einrichtung der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer entstehen derzeit jährliche Kosten von 11 055 000 Euro. Diese werden auf die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte umgelegt, die danach jeweils 67 Euro jährlich zu zahlen haben.

5. Weitere Kosten

Durch die ergänzenden Regelungen zu den Verzeichnissen und dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach entstehen keine zusätzlichen Kosten für die Wirtschaft oder die Verbraucherinnen und Verbraucher.

6. Weitere Regelungsfolgen

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Sonstige Auswirkungen auf die Verbraucherinnen und Verbraucher oder gleichstellungsrelevanten oder demografische Auswirkungen sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Insbesondere betrifft die RAVPV die Belange von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten in gleichem Maß. Soweit in der RAVPV die Bezeichnungen „Rechtsanwalt“, „Syndikalisrechtsanwalt“, „Postfachinhaber“, „Vertreter“, „Abwickler“, „Zustellungsbevollmächtigter“ etc. in der männlichen Form verwendet werden, sind hiermit Männer und Frauen gleichermaßen angesprochen. Eine geschlechtergerechte Formulierung ist nicht erfolgt, weil die der RAVPV zugrunde liegenden Normen der §§ 31 ff. BRAO durchgehend nur die männliche Form verwenden. Dies wurde in der RAVPV fortgeführt, um einen Widerspruch zwischen gesetzlicher Regelung und daran anknüpfender Verordnung zu vermeiden.

VII. Befristung, Evaluierung

Eine Befristung der Regelungen der RAVPV ist nicht angezeigt. Die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs ist auf Dauer angelegt und erfordert eine stabile rechtliche Grundlage.

Eine eigenständige Evaluierung der RAVPV ist nicht erforderlich.

B. Besonderer Teil

Zu § 1 (Verzeichnis und einzutragende Personen)

Die Vorschrift zählt die Personen auf, die nach § 31 Absatz 1 Satz 1 BRAO sowie aufgrund der gesetzlichen Verweisungen auf diese Vorschrift in § 46c Absatz 1 BRAO, § 6 Absatz 1 EuRAG, § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO und § 209 Absatz 1 Satz 3 BRAO in die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern einzutragen sind.

Grundlage der Eintragung dieser Personen in die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern ist deren Mitgliedschaft in der das Verzeichnis führenden Rechtsanwaltskammer. Die Eintragung sonstiger der Rechtsanwaltskammer angehörender Personen in deren Verzeichnis ist dagegen nicht vorgesehen. Dies betrifft insbesondere Rechtsanwaltsge-sellschaften, die nach § 60 Absatz 1 Satz 2 Alternative 2 BRAO Mitglied der Rechtsan-waltskammer sind, aber weder vom Wortlaut des § 31 Absatz 1 Satz 1 BRAO erfasst werden noch aufgrund einer gesetzlichen Verweisung auf diese Vorschrift in das Ver- zeichnis der Rechtsanwaltskammer -aufzunehmen sind (vgl. Bundestagsdrucksache 16/11385, S. 35, linke Spalte).

Zu § 2 (Inhalt des Verzeichnisses)

Die Vorschrift gestaltet den durch § 31 Absatz 3 und § 46c Absatz 5 Satz 1 BRAO vorge- gebenen Inhalt der Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und die danach zu jeder eingetragenen Person in das Verzeichnis aufzunehmenden Angaben näher aus.

Zu Absatz 1

Die durch Satz 1 eröffnete Möglichkeit der Eintragung akademischer Grade entspricht der ständigen Verwaltungspraxis der Rechtsanwaltskammern (vgl. Siegmund in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 31 BRAO, Rn. 58) und schafft hierfür eine klarstellende Regelung. Diese ist auch von der Ermächtigungsnorm des § 31c Nummer 1 BRAO gedeckt, weil es sich nur um Zusätze zu dem in § 31 Ab- satz 3 Nummer 1 BRAO geregelten Namen handelt. Zudem werden Ehrengrade aufge- nommen, um auch die Eintragung nicht akademischer und ehrenhalber verliehener Grade zu ermöglichen. Handelt es sich bei der einzutragenden Person um eine Professorin oder einen Professor, so ist diese Bezeichnung ebenfalls einzutragen. Akademische Grade, Ehrengrade und Professorenbezeichnungen werden nur eingetragen, wenn die eingetra- gene Person diese der Rechtsanwaltskammer mitteilt. Eine Pflicht zur Ermittlung geführter akademischer Grade, Ehrengrade und Professorenbezeichnungen besteht für die Rechtsanwaltskammern nicht.

Nicht-juristische Grade und Titel müssen nach Satz 2 erkennbar sein, um eine eindeutige Zuordnung zum jeweiligen Fachgebiet zu ermöglichen (z. B. durch Bezeichnungen wie „Dr. phil.“ bei einem Doktor der Philosophie oder „M. A.“ bei einem Master of Arts).

Es wird als selbstverständlich angesehen, dass nur berechtigt geführte akademische Grade, Ehrengrade und Professorenbezeichnungen eintragungsfähig sind. Daher wurde von einer entsprechenden Einschränkung im Text der RAVPV abgesehen. Die Rechtsan- waltskammer darf grundsätzlich von der berechtigten Führung der ihr mitgeteilten akade- mischen Grade, Ehrengrade und Professorenbezeichnungen ausgehen. Auf Anforderung ist ihr jedoch nach Satz 3 die berechtigte Führung nachzuweisen (vgl. auch Siegmund in: Gaier/Wolf/Göcken, a. O., § 31 BRAO, Rn. 58).

Zu Absatz 2

Eintragungsfähig sind nach Absatz 2 auch Berufsnamen im Sinne des Namensrechts.

Zu Absatz 3

Bis zu der durch das Gesetz zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe beabsichtigten Neufassung des § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO und des § 2 Absatz 3 RAVPV bleibt es bei der derzeitigen Rechtslage, nach der in Anbetracht des derzeitigen Wortlauts des § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO („die Vornamen“) im Anschluss an die Bestimmungen des § 5 Absatz 2 Nummer 2 des Personalausweisgesetzes und des § 4 Absatz 1 Nummer 2 des Passgesetzes alle Vornamen einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts einzutragen sind (vgl. Siegmund in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 31 BRAO, Rn. 56).

Zu Absatz 4

Absatz 4 konkretisiert den Begriff des Kanzleinamens in § 31 Absatz 3 Nummer 2 BRAO. Bei nicht in einem beruflichen Zusammenschluss tätigen Rechtsanwältinnen und Rechts- anwältinnen wird der Kanzleiname häufig dem um die Berufsbezeichnung ergänzten Vor- und Familiennamen entsprechen. Im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Vorgaben ist aber auch ein anderer Kanzleiname möglich, insbesondere unter Beibehaltung eines vor der Eheschließung geführten Namens (vgl. Siegmund in: Gaier/Wolf/Göcken, a. O., § 31 BRAO, Rn. 56, der unter Hinweis auf BVerfG NJW 2009, S. 1657 und NJW 1988, S. 1577, 1578 auf die Berechtigung der Rechtsanwältin oder des Rechtsanwalts zur Füh- rung eines Berufsnamens im Berufsleben verweist). Der Eintragung unterschiedlicher Kurzbezeichnungen als Kanzleiname bzw. Name einer Zweigstelle bei mehreren einge- tragenen Personen soll die nach § 9 der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA) beste- hende Pflicht zur einheitlichen Führung einer Kurzbezeichnung vorbeugen; entsprechend sieht Satz 2 vor, dass für Berufsausübungsgemeinschaften die von diesen geführte Kurz- bezeichnung eingetragen wird. Da der Name der Kanzlei und die Namen von Zweigstellen deren eindeutiger Bezeichnung dienen, ist deren erstmalige Mitteilung an die Rechtsan- waltskammer wie auch die Mitteilung späterer Änderungen als Ausfluss der bezüglich der Kanzlei und bestehender Zweigstellen bestehenden berufsrechtlichen Pflichten anzuse- hen.

Zu Absatz 5

Zu den nach Satz 1 nur auf Grundlage einer Mitteilung der eingetragenen Person einzu- tragenden Telekommunikationsdaten im Sinne des § 31 Absatz 3 Nummer 4 BRAO zäh- len insbesondere Telefon- und Telefaxnummern und eine E-Mail-Adresse (vgl. Bundes- tagsdrucksache 16/11385, S. 35, rechte Spalte), hingegen nicht die nach § 31a Absatz 1 Satz 2 BRAO und § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 BRAO in die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und das von der Bundesrechtsanwaltskammer geführte Gesamt- verzeichnis aufzunehmende Bezeichnung des besonderen elektronischen Anwaltspost- fachs. Die Möglichkeit der Eintragung der Telekommunikationsdaten soll auf je eine Tele- fonnummer, Telefaxnummer und E-Mail-Adresse beschränkt werden, um die Verzeichnis- se nicht zu überfrachten und nicht auf die Angabe zahlreicher Daten auf seine Kanzlei besonders aufmerksam machen zu können. Für die nach Satz 2 mögliche Aufnahme ei- ner Internetadresse für jede Kanzlei und Zweigstelle gelten die vorstehenden Erwägungen sinngemäß.

Zu Absatz 6

Absatz 6 konkretisiert den einzutragenden Zulassungszeitpunkt nach § 31 Absatz 3 Nummer 6 BRAO. Diese Konkretisierung soll bewirken, dass bei einer rechtssuchenden Bürgerin oder einem rechtssuchenden Bürger ein möglichst zutreffendes Bild von der rele- vanten Berufserfahrung einer einzutragenden Person entsteht, ohne dass der Verwal- tungsaufwand für die Rechtsanwaltskammern zu hoch wird. Der Zeitpunkt der erstmaligen Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ist deshalb nach Satz 1 ohne weitere Zusätze nur dann

einzutragen, wenn die einzutragende Person seither ununterbrochen Mitglied einer Rechtsanwaltskammer gewesen ist. Bei einer unter Umständen jahrzehntelangen Unterbrechung der Mitgliedschaft in einer Rechtsanwaltskammer könnte sonst der falsche Eindruck entstehen, dass die einzutragende Person seit ihrer erstmaligen Zulassung durchgängig anwaltschaftlich tätig gewesen sei. Das Wort „einer“ in Satz 1 ist hierbei als unbestimmter Artikel und nicht als Zahlwort zu verstehen. Für die Eintragung des Zeitpunkts der erstmaligen Zulassung ist es folglich ausreichend, wenn die Mitgliedschaft seither in irgendeiner Rechtsanwaltskammer ununterbrochen bestanden hat. Ein nahtloser Wechsel der Rechtsanwaltskammer ist also unbeachtlich.

War die Mitgliedschaft in den Rechtsanwaltskammern dagegen zeitweise unterbrochen, ist nach Satz 2 grundsätzlich nur der Zeitpunkt der letzten Wiederzulassung einzutragen.

Dabei soll jedoch die nach einer Unterbrechung wieder zur Rechtsanwaltschaft zugelassene Person die Möglichkeit haben, dem Eindruck entgegenzuwirken, sie verfüge nur über wenig oder keine anwaltliche Berufserfahrung. Daher kann sie nach Satz 3 in einem solchen Fall verlangen, dass auch der Zeitpunkt der ersten Aufnahme in eine Rechtsanwaltskammer eingetragen wird. Diesen muss sie der Rechtsanwaltskammer jedoch hinreichend nachweisen. Sofern in Einzelfall genauere Informationen zur Mitgliedschaftshistorie erforderlich sind, sollen diese von der Person selbst und nicht von der Rechtsanwaltskammer z. B. bei der früher für die Person zuständigen Rechtsanwaltskammer eingeholt werden, da die Eintragung früherer Mitgliedschaften im Interesse der Person erfolgt und diese besser weiß, über welche Mitgliedschaftszeiten welche Belege erforderlich sind und wo diese gegebenenfalls erlangt werden können.

Satz 4 stellt klar, dass die Sätze 1 und 3 sinngemäß auf diejenigen Personen Anwendung finden, die aufgrund ihrer Mitgliedschaft in einer Rechtsanwaltskammer in die Verzeichnisse aufzunehmen sind, ohne zur Rechtsanwaltschaft zugelassen zu sein (das sind die in § 1 Satz 2 Nummer 1 bis 3 RAVPV aufgeführten Personen).

Zu Absatz 7

Die Angaben, die gemäß Absatz 7 zu bestehenden Berufs-, Berufsausübungs- und Verordnungsverboten nach § 31 Absatz 3 Nummer 7 BRAO einzutragen sind, ermöglichen dem Rechtsverkehr die Feststellung, für welchen Zeitraum die eingetragene Person für die Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten nicht zur Verfügung steht. Da nur bestehende Verbote einzutragen sind, darf ein Berufs- oder Verordnungsverbot, das aufgrund eines Rechtsbehelfs noch nicht wirksam geworden ist, erst nach Eintritt seiner Wirksamkeit eingetragen werden. Sofortige Wirkung entfallende vorläufige Berufs- und Verordnungsverbote sind dagegen zum Schutz der Rechtsuchenden unverzüglich zu veröffentlichen (vgl. Bundestagsdrucksache 16/11385, S. 35, rechte Spalte). Da bei einem gegenständig beschränkten Verbot eine Beratung und Vertretung nur teilweise untersagt ist, bedarf es in diesen Fällen auch der Eintragung des Umfangs des Verbots.

Um diskriminierende Missverständnisse auszuschließen, ist nach Satz 3 bei der Eintragung von Berufsausübungsverböten nach § 47 BRAO zu vermerken, dass diese für die Dauer einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst oder der Übernahme eines öffentlichen Amtes bestehen. Wird nach § 47 Absatz 1 Satz 2 Alternative 2 BRAO die Berufsausübung durch die Rechtsanwaltskammer gestattet, besteht kein Berufsausübungsverbot, so dass eine Eintragung zu unterbleiben hat.

Zu Absatz 8

Es besteht ein Interesse des Rechtsverkehrs daran, in einem Vertretungsfall nicht nur zu erfahren, wer eine verhinderte Rechtsanwältin oder einen verhinderten Rechtsanwalt vertritt, sondern auch für welchen Zeitraum. Daher bestimmt Satz 1, dass neben der Person der Vertreterin oder des Vertreters auch die Dauer der Bestellung in die Verzeichnisse

einzutragen ist. Weiterhin muss für die Nutzerin oder den Nutzer des Verzeichnisses ersichtlich sein, ob eine Vertreterin oder ein Vertreter nur für einen konkreten Verhinderungsfall bestellt ist (dessen Dauer aus der Zeilangabe nach Satz 1 folgt) oder ob sie oder er als „allgemeine“ Vertreterin oder „allgemeiner“ Vertreter gemäß § 53 Absatz 2 Satz 2 BRAO benannt wurde. Denn erst dann ist erkennbar, ob aus der Eintragung der Vertreterin oder des Vertreters der Schluss gezogen werden kann, dass die Rechtsanwältin oder der Rechtsanwalt aktuell nicht erreichbar ist. Satz 2 macht daher die Vorgabe, dass die Bestellung als „allgemeine“ Vertreterin oder „allgemeiner“ Vertreter aus dem Verzeichnis ersichtlich sein muss.

Zu Absatz 9

Bei der Eintragung der Befreiung von der Kanzleipflicht nach § 31 Absatz 3 Nummer 9 BRAO in das Verzeichnis sind nach Absatz 9 auch etwaige Auflagen und insbesondere eine Befreiung zu vermerken. Nicht einzutragen sind der Grund (so für die Befreiung nach § 29a BRAO aber bisher Weyland in: Feuerich/Weyland, BRAO, 9. Auflage 2016, § 31 BRAO, Rn. 25) oder die Rechtsgrundlage der Befreiung (dahingehend aber bisher Siegmund in: Gaier/Wolff/Göckens, a. a. O., § 31 BRAO, Rn. 66). Die Angabe des Grundes und der Rechtsgrundlage der Befreiung ist zur hinreichenden Information der Rechtsuchenden sowie des Rechtsverkehrs über die Kanzleipflichtbefreiung nicht erforderlich.

Zu § 3 (Eintragungen in das Verzeichnis)

Die in § 1 Satz 1 und 2 Nummer 1 bis 3 RAVPV genannten Personen sind nach Satz 1 unverzüglich nach ihrer Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer in deren Verzeichnis einzutragen, um dem ab der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer bestehenden Informationsbedürfnis der Rechtsuchenden und des Rechtsverkehrs zu genügen und die Grundlage für die Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs für die eingetragene Person durch die Bundesrechtsanwaltskammer zu schaffen. Nach § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO richtet die Bundesrechtsanwaltskammer für jedes in dem von ihr geführten Gesamtverzeichnis eingetragene Mitglied einer Rechtsanwaltskammer ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach ein. Eintragungen in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern werden im Wege eines automatisierten Datenabgleichs auch im Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer nachvollzogen.

Auch im Übrigen haben Eintragungen nach Satz 2 unverzüglich zu erfolgen, nachdem der Rechtsanwaltskammer Umstände bekannt geworden sind, die einzutragen sind. Sofern die von der Rechtsanwaltskammer einzutragenden Angaben eines Nachweises bedürfen, hat die Eintragung erst dann zu erfolgen, wenn die erforderlichen Nachweise vorgelegt wurden. Die Regelung betrifft zum einen im Bereich der Syndikatsrechtsanwältinnen und Syndikatsrechtsanwälte weitere gesonderte Eintragungen einer bereits eingetragenen Person nach § 46c Absatz 5 BRAO, die zur Einrichtung weiterer besonderer elektronischer Anwaltspostfächer auf Grundlage der gesonderten Eintragung führen und auch zur Information des Rechtsverkehrs unverzüglich vorgenommen werden müssen. Zur Information des Rechtsverkehrs und der Rechtsuchenden sind zudem auch in das Verzeichnis aufzunehmende weitere Angaben zu den eingetragenen Personen, etwa der Name und die Adresse einer neu eingerichteten Zweigstelle, umgehend von der Rechtsanwaltskammer durch Aufnahme in ihr Verzeichnis und Ergänzung der zu der eingetragenen Person bislang verzeichneten Angaben zu veröffentlichen. Die zur Erfüllung der Aufgabe der Rechtsanwaltskammer erforderlichen Mitteilungspflichten der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte folgen unter anderem aus § 24 BORA.

Zu § 4 (Berichtigungen des Verzeichnisses)**Zu Absatz 1**

Die zutreffende Information des Rechtsverkehrs und der Rechtsuchenden gewährleisten die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern nur, wenn sie sich stets auf aktuellem Stand befinden. Unvollständige oder unrichtige Angaben müssen deshalb unverzüglich von der das Verzeichnis führenden Rechtsanwaltskammer berichtigt werden, wenn diese Kenntnis von Umständen erhält, die eine Unvollständigkeit oder Unrichtigkeit ihres Verzeichnisses begründen. Dies gilt insbesondere für nicht mehr bestehende Berufs-, Berufsausübungs- oder Vertretungsverbote. Hinsichtlich dieser hat der Rechtsverkehr kein berechtigtes Informationsinteresse. Zur Vermeidung von nicht gerechtfertigten Nachteilen für die zuvor von einem entsprechenden Verbot betroffene Person darf aus dem Verzeichnis nicht ersichtlich sein, dass dort eine entsprechende Eintragung enthalten war. Zur Wahrung der Verlässlichkeit ihres Verzeichnisses hat sich die das Verzeichnis führende Rechtsanwaltskammer hinreichende Gewissheit darüber zu verschaffen, ob und in welcher Weise ihr Verzeichnis berichtigt werden muss. Hierzu hat die Rechtsanwaltskammer, soweit erforderlich, Auskünfte einzuholen und die Vorlage von Nachweisen durch die eingetragene Person zu verlangen.

Zu Absatz 2

Erhält eine Rechtsanwaltskammer oder die Bundesrechtsanwaltskammer Kenntnis von der möglichen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit von Angaben, die in dem Verzeichnis einer anderen Rechtsanwaltskammer eingetragen sind, informiert sie die das Verzeichnis führende Rechtsanwaltskammer, um dieser eine Berichtigung zu ermöglichen.

Zu § 5 (Sperrung und Löschung von Eintragungen)**Zu Absatz 1**

Scheidet eine Person aus einer Rechtsanwaltskammer aus, darf sie in deren Verzeichnis nicht mehr eingetragen sein. Sämtliche zu der ausgeschiedenen Person in dem Verzeichnis ihrer früheren Rechtsanwaltskammer enthaltenen Angaben sind zu löschen. Um irrtümliche endgültige Löschungen zu vermeiden, ist nach Satz 1 aber zunächst eine Sperrung der Verzeichnisanangaben vorgesehen (vgl. Bundeslagsdrucksache 18/6915, S. 19). Gleiches gilt nach Satz 2, wenn die Mitgliedschaft in der das Verzeichnis führenden Rechtsanwaltskammer fortbesteht, aber die Voraussetzungen für eine gesonderte Eintragung nach § 46c Absatz 5 Satz 2 BRAO wegfallen. In diesem Fall sind die im Rahmen der gesonderten Eintragung im Verzeichnis enthaltenen Angaben dann zu sperren, wenn die Zulassung in Bezug auf die jeweilige gesonderte Eintragung z. B. wegen der Aufgabe der weiteren Tätigkeit oder wegen des Wegfalls der Voraussetzungen (entsprechend § 46b Absatz 2 Satz 2 und 3 BRAO) widerrufen wird.

Zu Absatz 2

Gesperrte Angaben dürfen über die Verzeichnisse nicht mehr einsehbar sein. Dabei ist es den Rechtsanwaltskammern überlassen, wie sie dies technisch umsetzen. Insbesondere kann eine Sperrung auch dadurch erfolgen, dass die zu sperrenden Angaben von einer Rechtsanwaltskammer vollständig aus dem von ihr geführten Verzeichnis herausgenommen werden. Im Unterschied zur Löschung muss jedoch gewährleistet sein, dass die gesperrten Angaben weiter vorgehalten werden und unverzüglich wieder in das Verzeichnis eingespielt werden können, falls dies erforderlich werden sollte.

Zu Absatz 3

Der von Satz 1 Halbsatz 1 für den Regelfall vorgesehene vorübergehende Fortbestand der Eintragungen in gesperrter Form für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren dient allein der Prüfung, ob eine Löschung berechtigt ist und erfolgen muss. Ein anzuerkennendes Interesse des Rechtsverkehrs oder der Rechtsuchenden an der Einsichtnahme in gesperrte Einträge besteht grundsätzlich nicht. Da die Sperrung in der überwiegenden Zahl der Fälle berechtigt erfolgen und zur endgültigen Löschung der Eintragungen führen wird, ist es vielmehr im Interesse der zutreffenden Information des Rechtsverkehrs und der Rechtsuchenden geboten, dass bereits gesperrte und nicht erst gelöschte Eintragungen aus dem Verzeichnis nicht mehr ersichtlich sind. Um eine möglichst umfassende Selbstbestimmung der eingetragenen Personen über ihre Daten zu gewähren, bestimmt zum einen Satz 1 Halbsatz 2, dass die eingetragenen Personen auch längeren Speichungszeiten als zwei Jahren zusammentreten können (z. B. wenn sie ihre berufliche Tätigkeit wegen Kindererziehung für drei Jahren unterbrechen wollen) und zum anderen Satz 2, dass die eingetragenen Personen auch die sofortige Löschung ihrer Daten beantragen können.

Das zuvor angeführte fehlende Interesse an der Suche nach einer nicht mehr zugelassenen Rechtsanwältin oder einem nicht mehr zugelassenen Rechtsanwalt ändert sich, wenn für die Kanzlei der Person, deren Eintragung gesperrt wurde, eine Abwikelin oder ein Abwikel bestellt wird. Die Abwikelin oder der Abwikel hat nach § 55 Absatz 2 BRAO die schwebenden Kanzleiangelegenheiten abzuwickeln und gilt hierfür kraft Gesetzes als bevollmächtigt. Der Rechtsverkehr hat ein berechtigtes Informationsinteresse hinsichtlich der Bestellung einer Abwikelin oder eines Abwicklers und bezüglich dessen Person. Um diesem Informationsinteresse zu entsprechen, darf der Eintrag der Person, für deren Kanzlei die Abwikelin oder der Abwikel bestellt wurde, nicht gesperrt werden, sondern muss bis zum Ende der Abwicklung fortbestehen. Satz 3 bestimmt daher, dass die vorbereichnete, § 31 Absatz 5 Satz 5 BRAO zugrunde liegende Wertung von den Regelungen der Sätze 1 und 2 unberührt bleibt.

Zu Absatz 4

Im Hinblick auf die mit unberechtigten Sperrungen verbundenen Nachteile für die von der Sperrung betroffene Person ist bei bestehenden Zweifeln an der Berechtigung der Sperrung möglichst zeitnah zu prüfen, ob die Person, deren Eintragungen gesperrt wurden, tatsächlich aus der das Verzeichnis führenden Rechtsanwaltskammer ausgeschieden ist. Erweist sich die Sperrung als unberechtigt, muss sie unverzüglich aufgehoben werden.

Zu Absatz 5

Bei einer nur aus Gründen der Abwicklung fortbestehenden Eintragung in den Verzeichnissen ist der Rechtsverkehr in geeigneter Form darüber zu informieren, dass die Eintragung nur aus diesem Grund fortbesteht; zudem ist sie über die Person der Abwikelin oder des Abwicklers zu informieren. Andernfalls könnte der falsche Eindruck entstehen, dass die nur aufgrund der erfolgten oder absehbaren Bestellung einer Abwikelin oder eines Abwicklers weiterhin eingetragene Person nach wie vor selbst für die Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten zur Verfügung steht.

Zu § 6 (Einsichtnahme in das Verzeichnis)**Zu Absatz 1**

Die durch die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern zu gewährleistende Transparenz erfordert, dass die Einsichtnahme in die Verzeichnisse für einen möglichst großen Personenkreis jederzeit und mit geringem Aufwand möglich ist. Dies gewährleistet die von Absatz 1 vorgesehene Einsichtnahme über das Internet ohne vorherige Registrierung.

Die jederzeitige Möglichkeit zur Einsichtnahme ist jedoch nicht im Sinne einer einhundertprozentigen Verfügbarkeit des Verzeichnisses zu verstehen. Gemeint ist vielmehr ein Grad der Verfügbarkeit, der bei Beachtung der technisch und organisatorisch gebotenen Sorgfalt vernünftigerweise erwartet werden kann. Kurzzeitige Ausfälle des Verzeichnisses werden sich auch bei gewissenhaftem Betrieb des Verzeichnisses nicht immer vollständig verhindern lassen.

Zudem schließt die Regelung nicht aus, dass die Rechtsanwaltskammern z. B. zur Verhinderung des automatisierten Abzugs von E-Mail-Adressen technisch-organisatorische Maßnahmen wie Captcha einsetzen.

Zu Absatz 2

Die anstelle der Kanzleianschrift in die Verzeichnisse einzutragende zustellfähige Anschrift dient in erster Linie der Erreichbarkeit durch die Rechtsanwaltskammer und nicht der Information des Rechtsverkehrs (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6915, S. 18). Eine Einsichtnahme darf daher nach Absatz 2 insofern nicht ermöglicht werden.

Zu Absatz 3

Absatz 3 sieht auf der Grundlage der Ermächtigung zur Regelung der Einsichtnahme in die Verzeichnisse nach § 31c Nummer 1 BRAO vor, dass zur besseren Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (vgl. dazu im Allgemeinen Teil der Begründung unter V.) die Einsichtnahme soweit wie möglich barrierefrei gestaltet werden soll. Für die Einzelheiten der barrierefreien Ausgestaltung sind dabei die Vorgaben der Barrierefreiheitsinformationstechnik-Verordnung vom 12. September 2011 (BGBl. I S. 1843) in deren jeweils geltender Fassung zugrunde zu legen, soweit nicht im Einzelfall aus übergeordneten Gründen Abweichungen erforderlich sind.

Zu § 7 (Suchfunktion)

Zu Absatz 1

Die Suche in den Verzeichnissen auf Grundlage bestimmter Kriterien ermöglicht eine gezielte Einsichtnahme in die Verzeichnisse und schließt eine durch das Informationsinteresse des Rechtsverkehrs nicht gebotene Einsehbarkeit einer Gesamtdarstellung aller in den Verzeichnissen eingetragenen Personen aus (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6915, S. 17). Die Suchkriterien nach Absatz 1 berücksichtigen das Informationsbedürfnis des Rechtsverkehrs und entsprechen im Wesentlichen den bereits bisher für die elektronische Einsichtnahme in das Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer vorgesehenen Suchparametern, die auch für die Einsichtnahme in die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern maßgeblich sein sollen. Neu vorgesehen ist die Suchfunktion nach dem Namen der Kanzlei oder der Zweigstelle in Absatz 1 Nummer 4. Diese erscheint bedeutsam, da Kanzleien heutzutage vermehrt unter einer (prägnanten) Kurzbezeichnung auftreten, nach der insbesondere die rechtssuchenden Bürgerinnen und Bürger dann auch suchen können sollten.

Zu den Absätzen 2 und 3

Die von Absatz 2 vorgesehene Aufforderung zur Eingrenzung bei zu vielen erzielten Suchergebnissen sowie die von Absatz 3 eingeräumte Möglichkeit der Eröffnung der Suche erst nach Eingabe eines angegebenen Sicherheitscodes bilden bereits bestehende technische Einrichtungen ab und verhindern insbesondere ein von einem individuellen Informationsbedürfnis unabhängiges automatisiertes Auslesen des Verzeichnissesinhalts. Dabei sollen jedoch möglichst alternative Sicherheitscodes mit unterschiedlichem Ausgabemo-

aus für verschiedene Arten der sensorischen Wahrnehmung bereitgestellt werden, um die Barrierefreiheit der Verzeichnisse zu gewährleisten.

Zu § 8 (Datensicherheit und Einsehbarkeit)

Zu Absatz 1

Jede Rechtsanwaltskammer hat nach Absatz 1 zur Wahrung der Verlässlichkeit der in ihrem Verzeichnis enthaltenen Informationen und im Hinblick auf ihre datenschutzrechtliche Verantwortung nach § 31 Absatz 1 Satz 4 BRAO sicherzustellen, dass Eintragungen, Berichtigungen, Sperrungen, Entsperrungen und Löschungen in das von ihr geführte Verzeichnis nur durch sie selbst vorgenommen werden können. Außerdem muss auf Grundlage einer Zugriffskontrolle nachträglich überprüfbar sein, wer welche Maßnahmen vorgenommen hat.

Zu den Absätzen 2 und 3

Ihre Informationsfunktion gemäß § 31 Absatz 2 Satz 1 BRAO können die Verzeichnisse Rechtsanwaltskammern nur erfüllen, wenn die dort enthaltenen Eintragungen dauerhaft einsehbar sind und die Einsichtnahme in die Verzeichnisse nicht durch technische Fehlfunktionen vereitelt oder beeinträchtigt wird. Beides hat die das Verzeichnis führende Rechtsanwaltskammer nach den Absätzen 2 und 3 im Hinblick auf ihre Verpflichtung nach § 31 Absatz 1 Satz 1 BRAO fortwährend zu gewährleisten.

Soweit in Absatz 2 auf eine jederzeitige Einsichtnahmemöglichkeit abgestellt wird, ist hiermit eine bei Beachtung der technisch und organisatorisch gebotenen Sorgfaltsmaßstäbe vernünftigerweise zu erwartende Verfügbarkeit gemeint. Insofern wird auf die Begründung zu § 6 Absatz 1 verwiesen.

Um die Anforderungen an den Betrieb der Verzeichnisse nicht unnötig zu erhöhen, wird bei der Behebung von Fehlfunktionen gemäß den in der Praxis üblichen Standards zwischen schwerwiegenden und anderen Fehlfunktionen unterschieden. Die Behebung von schwerwiegenden Fehlfunktionen hat unverzüglich zu erfolgen. Andere Fehlfunktionen müssen hingegen nur zeitnah behoben werden. Zur näheren Bestimmung der jeweils erforderlichen und angemessenen Maßnahmen dürfte sich die Erstellung eines Sicherheitskonzepts empfehlen, welches diese in technischer und organisatorischer Hinsicht festlegt.

Zu § 9 (Führung des Gesamtverzeichnisses)

Die in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern enthaltenen Angaben werden in dem von der Bundesrechtsanwaltskammer unter der Bezeichnung „Bundesweites Amtliches Anwaltsverzeichnis“ betriebenen Gesamtverzeichnis zusammengeführt. Hierzu übermitteln die Rechtsanwaltskammern nach § 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO die in ihren Verzeichnissen gespeicherten Daten im automatisierten Verfahren in das Gesamtverzeichnis. Das Gesamtverzeichnis ermöglicht den Rechtssuchenden und dem Rechtsverkehr die Information über die in der Bundesrepublik Deutschland für die Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten zur Verfügung stehenden Personen und bildet nach § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO die Grundlage für die Einrichtung besonderer elektronischer Anwaltspostfächer für die in dem Gesamtverzeichnis eingetragenen Personen durch die Bundesrechtsanwaltskammer.

Zu § 10 (Inhalt des Gesamtverzeichnisses)

Die Vorschrift führt aus Gründen der Übersichtlichkeit alle Elemente auf, aus denen sich das Gesamtverzeichnis zusammensetzt.

Zu Nummer 1

Nummer 1 nennt (als Kernelement des Gesamtverzeichnis) die in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern enthaltenen und von diesen derzeit im Wege des automatisierten Verfahrens an das Gesamtverzeichnis zu übermittelnden Angaben (vgl. § 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO). Nach der in Aussicht genommenen Neufassung des § 31 Absatz 1 Satz 2 der BRAO in der Fassung des Entwurfs des Gesetzes zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie sowie zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe sollen die Rechtsanwaltskammern ihre Verzeichnisse zukünftig auch als Teil des Gesamtverzeichnis führen können.

Zu Nummer 2

Diese Angaben zu einer Person müssen nach Nummer 2 mit der Angabe der Kammerzugehörigkeit der Person verbunden werden, um diese für den Rechtsuchenden transparent zu machen. Während diese Aufgabe nach dem derzeitigen § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 BRAO noch ausdrücklich der Bundesrechtsanwaltskammer zugewiesen ist, soll die Vorgabe nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie sowie zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe (unter Wegfall von § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 BRAO) in einem neuen § 31 Absatz 1 Satz 4 BRAO offener ausgestaltet werden. Danach soll bereits bei der Eingabe der Angaben in ein als Teil des Gesamtverzeichnis geführtes Verzeichnis einer Rechtsanwaltskammer oder spätestens bei der automatisierten Übermittlung aus einem nicht als Teil des Gesamtverzeichnis geführten Verzeichnis einer Rechtsanwaltskammer in das Gesamtverzeichnis technisch sichergestellt werden, dass die Angaben zu der Person mit der Kammerzugehörigkeit verknüpft werden. Im Hinblick darauf verzichtet Nummer 2 auf eine Nennung der Bundesrechtsanwaltskammer als verantwortlicher Stelle.

Zu Nummer 3

Die von der Bundesrechtsanwaltskammer nach Nummer 3 in das Gesamtverzeichnis zusätzlich einzutragenden Angaben betreffen insbesondere die Bezeichnungen der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer der eingetragenen Personen (vgl. § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 BRAO in Verbindung mit § 11 Absatz 2 Satz 1 RAVPV). Gegebenenfalls hat die Bundesrechtsanwaltskammer auch noch weitere Angaben einzutragen, namentlich die Bezeichnungen der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer von Vertreterinnen und Vertretern, Abwilderinnen und Abwilder und Zustellungsbevollmächtigten (vgl. § 11 Absatz 2 Satz 2 RAVPV).

Zu Nummer 4

Schließlich kann nach Nummer 4 in das Gesamtverzeichnis die Eintragung von Sprachkenntnissen und Tätigkeitsschwerpunkten (nur zum Zwecke deren Abrufs über das europäische Rechtsanwaltsverzeichnis) erfolgen, wie dies durch § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 BRAO vorgesehen ist. Anders als die Bezeichnungen der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (§ 31a Absatz 1 Satz 2 BRAO) werden die Angaben nach Nummer 4 von der Bundesrechtsanwaltskammer nicht an die Rechtsanwaltskammern übermittelt und sind nicht in deren Verzeichnissen einzutragen.

Zu § 11 (Eintragungen in das Gesamtverzeichnis)**Zu Absatz 1**

Soweit sich die in die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und das Gesamtverzeichnis aufzunehmenden Angaben entsprechen, erfolgen die Eintragungen in das Gesamtverzeichnis durch die Rechtsanwaltskammer, deren Mitglied die eingetragene Person ist, im automatisierten Verfahren. Durch einen fortlaufenden automatisierten Abgleich

der Datenbestände in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern mit den in dem Gesamtverzeichnis eingetragenen Angaben stellen die Rechtsanwaltskammern sicher, dass sich ihre Verzeichnisse und das Gesamtverzeichnis stets gleichermaßen auf einem tagesaktuellen Stand befinden und Änderungen in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern im Gesamtverzeichnis unmittelbar nachvollzogen werden. Zur Gewährleistung der Authentizität und Integrität der übermittelten Daten hat jede Rechtsanwaltskammer diese mindestens mit einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur zu versehen. Ein anderes Mittel zur Gewährleistung der Authentizität und Integrität der übermittelten Daten ist somit nicht ausgeschlossen, sofern es über ein gleichwertiges oder höheres Sicherheitsniveau verfügt. Zum Beispiel könnte daher auch ein qualifiziertes elektronisches Siegel im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 73) (eIDAS-Verordnung) verwendet werden.

Zu Absatz 2

Die Regelung konkretisiert die von der Bundesrechtsanwaltskammer in das von ihr geführte Gesamtverzeichnis einzutragenden Angaben zu den besonderen elektronischen Anwaltspostfächern. Bei der „Bezeichnung“ des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs handelt es sich um dessen sogenannte „SAFE-ID“.

Zu Absatz 3

Für die von § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 BRAO vorgesehene Aufnahme von Sprachkenntnissen und Tätigkeitsschwerpunkten in das Gesamtverzeichnis veranlasst die Bundesrechtsanwaltskammer für die eingetragenen Personen die Eintragung der von ihnen mitgeteilten Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte in das Gesamtverzeichnis (vgl. dazu schon die Begründung zu § 10 Nummer 4 RAVPV). Dies stellt eine hohe Aktualität der von der eingetragenen Person freiwillig einzutragenden Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte sicher und entspricht der insofern fehlenden inhaltlichen Verantwortung der Bundesrechtsanwaltskammer (vgl. Bundestagsdrucksache 17/13537, S. 272, rechte Spalte). Dies gilt allerdings nur für die in das Gesamtverzeichnis eingetragenen Personen, die nach § 16 Satz 2 RAVPV auch über das europäische Rechtsanwaltsverzeichnis einsehbar sind.

Die Benennung von Sprachkenntnissen und Tätigkeitsschwerpunkten und deren Eintragung in das Gesamtverzeichnis hat allein technische Gründe und erfolgt ausschließlich für die Suche über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis. Die Benennung anderer als der in Satz 2 genannten Tätigkeitsschwerpunkte ist für das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis nicht vorgesehen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/13537, S. 272, rechte Spalte). Bei den in Satz 2 genannten Tätigkeitsschwerpunkten handelt es sich um die deutsche Übersetzung derjenigen Tätigkeitsschwerpunkte, auf die sich die Mitglieder des Rates der Europäischen Anwaltschäften (Commission de Conseil des Barreaux européens – CCBE) bei der Errichtung des Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnisses geeinigt haben (vgl. dazu im Einzelnen Bundestagsdrucksache 17/13537, S. 273, linke Spalte). Die Begrifflichkeiten werden gegenüber der ursprünglichen Übersetzung jedoch noch einmal geringfügig angepasst. Dies geschieht teilweise, um den englischen Sinngehalt einzelner Tätigkeitsschwerpunkte im Deutschen besser zu erfassen. So werden insbesondere der Begriff „EU law“ nun mit „Recht der Europäischen Union“, der Begriff „Property law“ nun mit „Eigentumsrecht“, der Begriff „Intellectual Property“ nun mit „Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht“ und die Begriffe „Mediation/arbitration/litigation“ nun mit „Prozessvertretung, Mediation und Schiedsverfahren“ übersetzt. Teilweise erfolgt die Anpassung aber auch, um dem Begriffsverständnis anderer europäischer Rechtsanwaltskammern Rechnung zu tragen. So wird „Bankruptcy/insolvency law“ nun mit „Insolvenzrecht“ und „Personal injury/damage to goods“ nun mit „Schadensersatzrecht“ übersetzt. Soweit sich die zuletzt genannten Übersetzungen derzeit noch nicht in denjenigen deutschen

Übersetzungen widerspiegeln, die die „Find a lawyer“-Webseite zur Verfügung stellt, soll durch die Bundesrechtsanwaltskammer noch versucht werden, eine Übernahme der in Satz 2 verwendeten Übersetzungen durch die „Find a lawyer“-Webseite zu erreichen.

Zu § 12 (Berichtigung des Gesamtverzeichnis)

Zu Absatz 1

Die Zuständigkeit für die Berichtigung, Sperrung, Entsperrung oder Löschung von Angaben im Gesamtverzeichnis folgt der Zuständigkeit für die Eintragung der betroffenen Angaben, Berichtigungen, Sperrungen, Entsperrungen oder Löschungen der nach § 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO von den Rechtsanwaltskammern in das Gesamtverzeichnis übermittelten Daten nehmen nach Absatz 1 die Rechtsanwaltskammern vor. Aufgrund des im automatisierten Verfahren erfolgenden permanenten Abgleichs des Datenbestandes der Rechtsanwaltskammern mit den Eintragungen in dem Gesamtverzeichnis führen Berichtigungen, Sperrungen, Entsperrungen oder Löschungen in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern zugleich zur Berichtigung, Sperrung, Entsperrung oder Löschung der entsprechenden Angaben im Gesamtverzeichnis. Eine gesonderte Berichtigung, Sperrung, Entsperrung oder Löschung des Gesamtverzeichnisses durch die Rechtsanwaltskammern ist deshalb bei der derzeitigen technischen Konzeption nicht erforderlich. Zur Gewährleistung der Authentizität und Integrität der übermittelten Daten versieht die Rechtsanwaltskammer diese mindestens (vgl. dazu Begründung zu § 11 Absatz 1 RAVPV) mit einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur.

Zu Absatz 2

Berichtigungen der Bezeichnung des besonderen elektronischen Anwaltspostfach nimmt die Bundesrechtsanwaltskammer nach Absatz 2 unverzüglich vor, nachdem sie von der unrichtigen Eintragung dieser Angaben in dem Gesamtverzeichnis Kenntnis erlangt hat. Stellen die Rechtsanwaltskammern Umstände fest, die auf die Unrichtigkeit dieser Angaben hindeuten, teilen Sie diese der Bundesrechtsanwaltskammer mit, um jener eine Berichtigung zu ermöglichen. Im Fall einer Berichtigung hat die Bundesrechtsanwaltskammer die Postfachinhaberin oder den Postfachinhaber davon zu unterrichten. Absatz 2 gilt aber nur für solche Unrichtigkeiten der Bezeichnungen, die den Verantwortungsbereich der Bundesrechtsanwaltskammer betreffen. Bezeichnet z. B. eine Rechtsanwaltskammer in ihren Verzeichnissen ein ihr mitgeteiltes besonderes elektronisches Anwaltspostfach eines Rechtsanwalts falsch, so hat sie diesen Fehler zu beheben.

Zu Absatz 3

Die Bundesrechtsanwaltskammer stellt nach Absatz 3 durch technische Vorkehrungen sicher, dass die eingetragenen Personen die von ihnen benannten Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte selbst berichtigen bzw. löschen können. Für die inhaltliche Richtigkeit der benannten Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte ist die Bundesrechtsanwaltskammer nicht verantwortlich. Eine eigenständige Berichtigung der eingetragenen Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte durch die Bundesrechtsanwaltskammer soll daher nicht vorgeschrieben werden.

Zu § 13 (Einsichtnahme in das Gesamtverzeichnis)

Zu Absatz 1

Für die Einsichtnahme in die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und das von der Bundesrechtsanwaltskammer geführte Gesamtverzeichnis müssen aufgrund des im Wesentlichen übereinstimmenden Datenbestandes grundsätzlich gleiche Bedingungen be-

stehen. Gründe für eine abweichende Ausgestaltung der Möglichkeiten zur Einsichtnahme bestehen nicht. § 6 RAVPV gilt deshalb nach Absatz 1 entsprechend.

Zu Absatz 2

Die von der eingetragenen Person für die Aufnahme in das Gesamtverzeichnis selbst benannten Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte werden nur in das Gesamtverzeichnis aufgenommen, um den Abruf der Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis technisch zu ermöglichen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/6915, S. 19). Eine Einsichtnahme in die Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte unmittelbar über das Gesamtverzeichnis ist gesetzlich nicht vorgesehen und darf deshalb, wie Absatz 2 noch einmal klarstellt, von der Bundesrechtsanwaltskammer nicht eröffnet werden.

Zu § 14 (Suchfunktion)

Das Gesamtverzeichnis basiert auf dem durch die Rechtsanwaltskammern im automatisierten Verfahren in das Gesamtverzeichnis eingegebenen Datenbestand der Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern. Die Suchfunktion für die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und das von der Bundesrechtsanwaltskammer betriebene Gesamtverzeichnis sind deshalb gleichlaufend auszugestalten. § 7 RAVPV gilt daher grundsätzlich entsprechend. Über die für die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern vorgesehenen Suchparameter hinaus ist für das Gesamtverzeichnis auch die Suche anhand des Kriteriums der Kammerzugehörigkeit zu ermöglichen.

Zu § 15 (Datensicherheit und Einsehbarkeit)

Zu Absatz 1

Die für das Gesamtverzeichnis geltenden Anforderungen zur Datensicherheit entsprechen den für die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern geltenden Anforderungen. Die Bundesrechtsanwaltskammer hat daher zu gewährleisten, dass die von den Rechtsanwaltskammern in das Gesamtverzeichnis einzugebenden Daten ausschließlich von den jeweiligen Rechtsanwaltskammern übermittelt werden können. Außerdem hat die Bundesrechtsanwaltskammer sicherzustellen, dass die von ihr in das Gesamtverzeichnis einzutragenden Daten auch nur von ihr eingetragen werden können.

Zu Absatz 2

Zum Zweck der datenschutzrechtlichen Überprüfbarkeit ist von den Rechtsanwaltskammern zu gewährleisten, dass stets festgestellt werden kann, wer dort welche Eingaben in das Gesamtverzeichnis vorgenommen hat. Gleichermaßen hat auch die Bundesrechtsanwaltskammer sicherzustellen, dass hinsichtlich der von ihr in das Gesamtverzeichnis einzutragenden Daten im Wege einer Zugriffskontrolle nachträglich stets festgestellt werden kann, wer welche Eintragungen vorgenommen hat.

Zu Absatz 3

Das Gesamtverzeichnis kann seine Informationsfunktion nur erfüllen, wenn die dort enthaltenen Eintragungen dauerhaft einsehbar sind und die Einsichtnahme nicht durch technische Fehlfunktionen vereitelt oder beeinträchtigt wird. Die Bundesrechtsanwaltskammer hat daher zu gewährleisten, dass Fehlfunktionen unverzüglich erkannt und behoben werden können.

Zu § 16 (Abruf von Angaben über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis)

Mit dem von der Europäischen Kommission errichteten Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnis soll ein einheitliches Suchportal für Rechtsuchende in Europa geschaffen werden (Bundestagsdrucksache 17/13537, S. 272, linke Spalte). Hierzu hat die Bundesrechtsanwaltskammer nach Satz 1 entsprechend der aus § 31b BRAO folgenden gesetzlichen Vorgabe die in ihrem Verantwortungsbereich stehenden Voraussetzungen für den Abruf bestimmter Angaben aus dem Gesamtverzeichnis über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis zu schaffen. Da das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis nur für rechtsuchende Bürgerinnen und Bürger geschaffen wurde, würde es keinen Sinn machen, sondern vielmehr nur zur Verwirrung des Nutzerkreises führen, wenn bei einer Suche im Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnis auch Syndikatsrechtsanwältinnen und Syndikatsrechtsanwälte angezeigt würden. Denn an diese können sich die rechtsuchenden Bürgerinnen und Bürger nicht wenden. Der Abruf von Eintragungen zu Syndikatsrechtsanwältinnen und Syndikatsrechtsanwälten, niedergelassenen europäischen Syndikatsrechtsanwältinnen und Syndikatsrechtsanwälten sowie Syndikatsrechtsanwältinnen und Syndikatsrechtsanwälten aus anderen Staaten über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis soll daher nach Satz 2 nicht ermöglicht werden.

Zu § 17 (Abrufbare Angaben)**Zu den Absätzen 1 und 3**

Der Abruf von Angaben aus dem Gesamtverzeichnis über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis darf nur hinsichtlich der Angaben eröffnet werden, die Gegenstand des Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnisses sind (vgl. dazu Bundestagsdrucksache 17/13537, S. 273, linke Spalte). Absatz 1 zählt auf, um welche Angaben es sich hierbei im Einzelnen handelt. Diese Aufzählung orientiert sich an den inhaltlichen Vorgaben des Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnisses und stützt sich dabei auf die Empfehlungen, die die Mitglieder des Rats der Europäischen Anwaltschaften (CCBE) hierzu erarbeitet haben. Diese Empfehlungen fassen die über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis abrufbaren Angaben wie folgt zusammen: (1) name, address, phone number, fax number; (2) e-mail addresses; (3) lawyers' web-pages; (4) lawyers' professional titles; (5) languages; (6) bar membership; (7) date of bar admission; (8) information on law firms; (9) twenty main practice areas. Hiervon wurde allerdings die Möglichkeit der Angabe des Datums der Zulassung nach Nummer 7 im Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnis bisher nicht realisiert, so dass sie auch in der Aufzählung in Absatz 1 nicht enthalten ist.

Zudem wurde die Möglichkeit, sich nach Sprachkenntnissen (Nummer 5) und Tätigkeits Schwerpunkten (Nummer 9) der Rechtsanwältin oder des Rechtsanwalts zu orientieren, im Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnis (nur) in der Form umgesetzt, dass danach zwar gesucht werden kann, die Angaben jedoch nicht auf der Webseite erscheinen, die angezeigt wird, wenn man eine bestimmte Rechtsanwältin oder einen bestimmten Rechtsanwalt ausgewählt hat. Deshalb werden diese Angaben in Absatz 3 zusammen mit den Fachanwaltsbezeichnungen, für die entsprechendes gilt, gesondert aufgeführt.

Die in den Absätzen 1 und 3 gewählte Übersetzung und Zuordnung der in den Empfehlungen des CCBE enthaltenen Angaben folgt soweit wie möglich der Terminologie und Struktur des Gesamtverzeichnisses, um möglichst einen 1:1-Abruf der im Gesamtverzeichnis enthaltenen Datensätze über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis zu ermöglichen.

Zu Absatz 2

Durch Absatz 2 wird § 2 Absatz 1 bis 4 Satz 1 und 2 sowie Absatz 5 RAVPV für entsprechend anwendbar erklärt. Dadurch soll gewährleistet werden, dass ein inhaltlicher Gleichlauf der im Gesamtverzeichnis enthaltenen mit den über das Europäische Rechtsanwalts-

verzeichnis abrufbaren Angaben besteht. Aus demselben Grund folgt auch die Struktur der Darstellung weitgehend derjenigen des Gesamtverzeichnisses.

Zu Absatz 4

Über die in den Absätzen 1 bis 3 genannten Angaben hinaus darf die Bundesrechtsanwaltskammer nach Absatz 3 keine Einschläge in das Gesamtverzeichnis über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis ermöglichen. Dies widerspricht auch der Vorgabe des § 31b BRAO.

Zu § 18 (Abrufbarkeit)**Zu Absatz 1**

Das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis soll ein vollständiges Bild über alle in der Europäischen Union tätigen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte bieten (vgl. Bundestagsdrucksache 17/13537, S. 272, rechte Spalte). Dies erfordert hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland, dass die Bundesrechtsanwaltskammer die Einsehbarkeit des Gesamtverzeichnisses über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis dauerhaft gewährleistet.

Zu Absatz 2

Zur Gewährleistung der Einsehbarkeit des Gesamtverzeichnisses über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis ist es erforderlich, dass die Bundesrechtsanwaltskammer von Fehlfunktionen unverzüglich Kenntnis erlangt und diese behebt. Die Behebung technischer Fehlfunktionen ist der Bundesrechtsanwaltskammer aber nur innerhalb ihres Verantwortungsbereichs möglich. Eine Behebung technischer Fehlfunktionen, die nicht die Abrufbarkeit der in § 17 RAVPV genannten Angaben des Gesamtverzeichnisses über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis, sondern das Suchportal des Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnisses selbst betreffen, ist der Bundesrechtsanwaltskammer nicht möglich. Sie hat aber hierbei die für den Betrieb des Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnisses zuständige Stelle zu informieren, um dieser die Behebung der Fehlfunktion zu ermöglichen.

Zu § 19 (Besonderes elektronisches Anwaltspostfach)**Zu Absatz 1**

Absatz 1 stellt den originären Zweck des in § 31a BRAO geregelten besonderen elektronischen Anwaltspostfachs klar. Es stellt ein zuverlässiges und sicheres Kommunikationsmittel für den elektronischen Rechtsverkehr zwischen den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten und Gerichten sowie zwischen den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten untereinander zur Verfügung. Zudem sollen auch die Rechtsanwaltskammern und die Bundesrechtsanwaltskammer untereinander sowie mit den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie Gerichten auf sicherem Weg kommunizieren können. Die vorbeschriebenen Kommunikationswege sind diejenigen, die derzeit von der Bundesrechtsanwaltskammer realisiert werden.

Zu Absatz 2

Dabei soll das besondere elektronische Anwaltspostfach aber grundsätzlich zukunfts offen sein. Dies entspricht auch dem gesetzlichen Auftrag der Bundesrechtsanwaltskammer nach § 177 Absatz 2 Nummer 7 BRAO, die elektronische Kommunikation der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte nicht nur mit den Gerichten, sondern auch mit den Behörden und sonstigen Dritten zu unterstützen. Deshalb soll nach Absatz 2 prinzipiell auch eine Kommunikation mit anderen Stellen oder Personen möglich sein.

Dies kann insbesondere die Kommunikationsmöglichkeiten erfassen, die bereits jetzt in der Struktur des Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP), in die auch das besondere elektronische Anwaltspostfach eingebettet ist, vorgesehen sind (dort ist derzeit z. B. ein sogenannter „Bürger-Client“ eingerichtet). Soweit auch dabei stets die Beachtung der elementaren Grundelemente des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (wie beispielsweise die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von Nachrichten) sichergestellt sein muss, wird dies dadurch gewährleistet, dass auch für die Kommunikation mit anderen Stellen und Personen die Vorgaben des § 20 Absatz 1 RAVPV gelten.

Weitere zukünftige Kommunikationsmöglichkeiten erscheinen beispielsweise mit dem besonderen elektronischen Behördenpostfach oder dem besonderen elektronischen Notarpostfach denkbar.

Die Bundesrechtsanwaltskammer wird allerdings bei der Entscheidung der Frage, ob die Kommunikationsmöglichkeit mit anderen Stellen oder Personen ermöglicht werden soll, stets zu berücksichtigen haben, dass diese keine nennenswerte Gefahr missbräuchlicher oder sogar gefährdender Nachrichten (wie z. B. den massenhaften Eingang unerwünschter Werbemails oder mit Viren versehener Nachrichten) mit sich bringen darf.

Zu Absatz 3

Um die Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu erleichtern und dieses als sicheres Kommunikationsmittel zu etablieren, sieht Satz 1 vor, dass alle Personen, die über das besondere elektronische Anwaltspostfach erreichbar sind, von den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten sowie Rechtsanwaltskammern auch auf einfache Weise gefunden und adressiert werden können müssen. Dies soll über ein sogenanntes „SAFE-Verzeichnis“ geschehen, das alle Inhaberinnen und Inhaber eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs umfasst.

Ebenso wie den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten selbst sollte auch den Gerichten eine Suche nach den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten möglich sein, die im SAFE-Verzeichnis eingetragen sind. Ein entsprechendes Suchsystem muss allerdings von der Justiz selbst eingerichtet werden (und ist derzeit auch schon in Form eines sogenannten „Virtuellen Attribute-Servers (VAS)“ vorgesehen). Die Bundesrechtsanwaltskammer ist insoweit durch Satz 2 lediglich zu verpflichten, die für eine Suche erforderlichen Daten des SAFE-Verzeichnisses (z. B. über eine geeignete Schnittstelle) zur Verfügung zu stellen.

Satz 3 stellt klar, dass die Bundesrechtsanwaltskammer auch anderen Personen und Stellen, mit denen über das besondere elektronische Anwaltspostfach kommuniziert werden kann, eine Suche über das SAFE-Verzeichnis ermöglichen kann.

Zu Absatz 4

Mit Absatz 4 wird klargestellt, dass Vertreterinnen und Vertreter, Abwicklerinnen und Abwickler sowie Zustellungsbevollmächtigte, die nach § 25 Absatz 1 RAVPV ein eigenes besonderes elektronisches Anwaltspostfach erhalten, in Bezug auf die Absätze 1 bis 3 den Mitgliedern der Rechtsanwaltskammern gleichstehen.

Zu § 20 (Führung der besonderen elektronischen Postfächer)

Zu Absatz 1

Zur Gewährleistung einer sicheren Kommunikation mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung hat der Betrieb der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer nach Absatz 1 Satz 1 auf der Grundlage des Protokollstandards „Online Services Computer Interface“ (OSCI) oder einem künftig nach dem Stand der Technik an dessen Stelle tretenden Standard zu

erfolgen. Dabei hat die Bundesrechtsanwaltskammer nach Absatz 1 Satz 2 die Möglichkeit der sicheren elektronischen Kommunikation fortlaufend zu gewährleisten. Etwaige technische Änderungen seitens der Justiz, aufgrund derer eine sichere elektronische Kommunikation der Inhaberinnen und Inhaber besonderer elektronischer Anwaltspostfächer mit der Justiz nicht mehr jederzeit und vollumfänglich gewährleistet ist, hat die Bundesrechtsanwaltskammer nachzuvollziehen. Hierfür erforderliche technische Maßnahmen haben unverzüglich zu erfolgen.

Zu Absatz 2

§ 31a Absatz 3 Satz 5 BRAO sieht die barrierefreie Ausgestaltung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs vor. Diese Vorgabe wird durch Absatz 2 näher ausgestaltet. Im Einzelnen wird insoweit auf die Begründung zu § 6 Absatz 3 RAVPV verwiesen.

Zu Absatz 3

Die Regelung des Absatzes 3 steht im Zusammenhang mit der Einführung eines sicheren Übermittlungswegs im Sinne des § 130a Absatz 3 und 4 der Zivilprozessordnung in der ab dem 1. Januar 2018 geltenden Fassung (ZPO n. F.) und anderer vergleichbarer Verfahrensvorschriften (vgl. dazu im Einzelnen die Begründung zu § 23 Absatz 3 RAVPV). Will eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt dabei von der nach § 130a Absatz 3 ZPO n. F. beziehungsweise den Parallelvorschriften der anderen Prozessordnungen vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machen, ein nicht-qualifiziert signiertes Dokument selbst an das Gericht zu senden, muss für das Gericht erkennbar sein, ob das Dokument von der Rechtsanwältin oder von dem Rechtsanwalt persönlich versandt wurde, um die Einhaltung der Voraussetzungen des § 130a Absatz 3 und 4 ZPO n. F. beziehungsweise der Parallelvorschriften der anderen Prozessordnungen überprüfen zu können. Deshalb soll die Bundesrechtsanwaltskammer mit Absatz 3 verpflichtet werden, den Versand solcher Nachrichten über das besondere elektronische Anwaltspostfach technisch so auszugestalten, dass für ein Gericht feststellbar ist, dass die Nachricht von der Rechtsanwältin oder von dem Rechtsanwalt selbst versandt wurde.

Zu § 21 (Einrichtung eines Postfachs)

Zu Absatz 1

Die Einrichtung besonderer elektronischer Anwaltspostfächer erfolgt nach § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO durch die Bundesrechtsanwaltskammer auf der Grundlage des von ihr geführten Gesamtverzeichnisses. Um die zügige Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu ermöglichen, unterrichten die Rechtsanwaltskammern die Bundesrechtsanwaltskammer nach Satz 1 über die bevorstehende Eintragung von Personen in ihre Verzeichnisse, die dann aufgrund der im automatisierten Verfahren erfolgenden Übernahme der dortigen Inhalte auch in das Gesamtverzeichnis erfolgt.

Die Nutzung der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer muss zeitnah mit dem Beginn der beruflichen Tätigkeit nach Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer eröffnet sein. Daher muss die Bundesrechtsanwaltskammer gemäß Satz 2 sicherstellen, dass das besondere elektronische Anwaltspostfach unverzüglich nach Eintragung der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers in das Gesamtverzeichnis eingerichtet wird. Satz 2 bestimmt zudem, dass die Bundesrechtsanwaltskammer die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer empfangsbereit einrichtet. Die Frage, ob die Bundesrechtsanwaltskammer die von ihr nach § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO einzurichtenden besonderen elektronischen Anwaltspostfächer – wie dies von ihr technisch konzipiert wurde – auch „empfangsbereit“ einrichten darf, wird derzeit kontrovers diskutiert und ist auch Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Dabei wird von einigen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten die Auffassung vertreten, dass es bisher an einer gesetzlichen Grundlage fehle, die die Bundesrechtsanwaltskammer berechtige, es Dritten zu ermög-

chen, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten auch gegen deren Willen Dokumente über das besondere elektronische Anwaltspostfach zu übersenden. Eine solche gesetzliche Grundlage sei jedoch erforderlich, da in der Schaffung der Möglichkeit einer solchen Übermittlung ein Eingriff in die von Artikel 12 GG geschützte anwaltliche Berufsfreiheit liege. Mit der Neuregelung soll die vorbezeichnete rechtliche Grundlage auf der Basis der Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz nach § 31c Nummer 3 Buchstabe a BRAO, durch Rechtsverordnung die näheren Einzelheiten der Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu regeln, nunmehr geschaffen werden. Diese Regelung ist jedoch im Zusammenhang mit der Regelung des § 31 RAVPV zu sehen werden, wonach die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber bis zum 31. Dezember 2017 Zustellungen und Mitteilungen über das besondere elektronische Anwaltspostfach nur dann zur Kenntnis nehmen und gegen sich gelten lassen muss, wenn er zuvor seine Bereitschaft zu deren Empfang über dieses Anwaltspostfach erklärt hat.

Zu Absatz 2

Wechselt eine eingetragene Person von einer Rechtsanwaltskammer in eine andere, so ändern sich die Angaben zu dieser Person im Gesamtverzeichnis lediglich in Bezug auf die Kammerzugehörigkeit. Die Eintragung im Gesamtverzeichnis als solche bleibt bestehen. Dies gilt auch für das auf der Grundlage der Eintragung im Gesamtverzeichnis eingerichtete besondere elektronische Anwaltspostfach dieser Person (vgl. auch § 31a Absatz 4 Satz 1 BRAO). Nach Absatz 2 ist es im Fall des Wechsels der Rechtsanwaltskammer daher entbehrlich, dass die aufnehmende Rechtsanwaltskammer die Bundesrechtsanwaltskammer über die bei ihr bevorstehende Aufnahme unterrichtet.

Zu § 22 (Erstannmeldung am Postfach)

Zu den Absätzen 1 und 2

Die sichere Zuordnung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs setzt neben der Gewissheit über die Identität der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers voraus, dass allein diese Person über die Zugangsmittel für das Postfach verfügt und dieses durch erstmalige Anmeldung in Besitz nimmt. Nach § 31a Absatz 3 Satz 1 BRAO darf der Zugang zu dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach nur durch ein sicheres Verfahren mit zwei voneinander unabhängigen Sicherungsmitteln möglich sein. Nach Absatz 1 und 2 werden der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber auf eine entsprechende Bestellung bei der Bundesrechtsanwaltskammer oder einer von ihr bestimmten Stelle, die sie mit der Herstellung und Versendung der für die Anmeldung erforderlichen Mittel beauftragt hat, als Sicherungsmittel ein auf einer Hardwarekomponente gespeichertes und die eindeutige Bezeichnung des Postfachs enthaltendes Zertifikat sowie eine zugehörige Zertifikats-PIN zur Verfügung gestellt.

Dabei soll nach Absatz 1 Satz 2 zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsstandards nicht jede Hardwarekomponente zulässig sein, sondern nur eine solche, die vergleichbare Voraussetzungen wie diejenigen erfüllt, die nach dem Anhang II der eIDAS-Verordnung an qualifizierte elektronische Signaturerstellungseinheiten zu stellen sind (und die unter anderem die Vertraulichkeit der Daten, deren Einmaligkeit und deren Schutz gegen Ableitung oder Fälschung betreffen sowie vorschreiben, dass das Erzeugen und Verwalten nur durch einen qualifizierten Vertrauensdiensteanbieter erfolgen darf).

Zu den Absätzen 3 und 4

Um zu gewährleisten, dass allein die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber über die zur Inbesitznahme und Nutzung des Postfachs erforderlichen Sicherungsmittel verfügt, sind diese nach Absatz 3 der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber persönlich zu übergeben oder (auf getrennten Wegen) in einer Form zu übermitteln, die sicherstellt,

dass die Sicherungsmittel nur der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber ausghändigt werden. Über den Zugang des Zertifikats hat sich die Bundesrechtsanwaltskammer nach Absatz 4 – in der Regel durch eine Zugangsbestätigung der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers – zu vergewissern. Die Bundesrechtsanwaltskammer kann sich hierzu einer anderen öffentlichen Stelle bedienen.

Zu Absatz 5

Die Bundesrechtsanwaltskammer hat nach Absatz 5 das zur Erstannmeldung erteilte Zertifikat zu sperren, wenn die sichere Zuordnung des Postfachs zu dem Zertifikat nicht zweifelsfrei gewährleistet ist. Dies betrifft neben der aus technischen Gründen, etwa wegen technischer Manipulationen an dem Zertifikat, nicht mehr gewährleisteten sicheren Zuordnung vor allem das Abhandenkommen des Zertifikats. Zudem ist das Zertifikat zu sperren, wenn Dritte von diesem oder der Zertifikats-PIN unbefugt Kenntnis genommen haben. Um die Sperrung vornehmen zu können, bedarf es der Unterrichtung der Bundesrechtsanwaltskammer durch die Postfachinhaberin oder den Postfachinhaber über solche Umstände, die eine Sperrung erfordern.

Zu § 23 (Weitere Zugangsberechtigungen zum Postfach)

Zu den Absätzen 1 bis 3

Um das besondere elektronische Anwaltspostfach unter weitgehender Beibehaltung der bisherigen kanzeleinternen Abläufe nutzen zu können, ist es erforderlich, dass neben dem ursprünglichen zur Erstannmeldung zu nutzenden Zertifikat weitere Zertifikate genutzt werden können, die zum Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach berechtigen. Diese Zertifikate können von der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber entweder bei der nach § 22 Absatz 2 RAVPV zuständigen Stelle (vgl. dazu § 22 Absatz 2 Satz 2 RAVPV) oder anderweitig bestellt werden. Zudem ist es auch möglich, dass die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber andere von einer Person bereits verwendete Sicherungsmittel berechtigt, Zugang zu seinem besonderen elektronischen Anwaltspostfach zu gewähren. Dabei können die weiteren Zertifikate die Postfachinhaberin oder den Postfachinhaber selbst oder andere Personen zum Zugang berechtigen. Die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber kann auch andere Personen dazu berechtigen, weitere Zertifikate zu erteilen, die zum Zugriff auf das Postfach berechtigen. Dadurch muss die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber die Erteilung weiterer Zertifikate nicht stets selbst vornehmen, sondern kann etwa einer umfassend bevollmächtigten Bürostelle oder einem umfassend berechtigten Bürosteller die Vergabe der zum Zugang berechtigenden Zertifikate an die weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überlassen. Die von einem anderen als der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber ausgestellten Zertifikat vermittelte Zugangsberechtigung kann jedoch nicht weiter reichen als die Zugangsberechtigung der das Zertifikat erteilenden Person selbst.

Da § 31a Absatz 3 Satz 1 BRAO für den Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach generell zwei voneinander unabhängige Sicherungsmittel verlangt, ist auch der Zugang der neben der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber hierzu berechtigten Personen nur durch ein der berechtigten Person erteiltes Zertifikat und eine dazugehörige Zertifikats-PIN möglich.

Bei der Erteilung weiterer Zertifikate soll es möglich sein, die Aufgabenverteilung in der Kanzlei hinreichend abzubilden. Daher können die durch die weiteren Zertifikate anderen Personen erteilten Zugangsberechtigungen unterschiedlich weit ausgestaltet werden. Die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber kann so etwa den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen weniger weit reichenden Zugriff einräumen als den anwaltlichen Vertreterinnen oder Vertretern.

Die weiteren Zertifikate, die der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber selbst oder einer anderen Person Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach gewährt werden, müssen sich nicht auf einer Hardwarekomponente befinden. Es ist ausreichend, wenn diese etwa in Form eines sogenannten Software-Tokens erteilt werden. Dies gilt auch für Zertifikate, die nicht die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber selbst, sondern eine hierzu von ihr bzw. ihm berechnigte Person erteilt. Diese Zertifikate müssen jedoch von einem von der Bundesrechtsanwaltskammer anerkannten Zertifizierungsdiensteanbieter (im Sinne von § 2 Nummer 8 des Signaturgesetzes) authentifiziert sein. Zertifikate in Form eines Software-Tokens können jedoch nicht zur Erteilung weiterer Zertifikate berechnigt werden. Die Erteilung weiterer Zertifikate (durch die Postfachinhaberin oder den Postfachinhaber selbst sowie durch andere, von ihr bzw. ihm hierzu berechnigte Personen) kann aus Sicherheitsgründen nur unter Verwendung eines Zertifikats erfolgen, dass sich auf einer Hardwarekomponente befindet, die die Voraussetzungen nach § 22 Absatz 1 Satz 2 RAVPV erfüllt.

Die vorstehend geschilderten Möglichkeiten der Ermächtigung weiterer Zertifikate und der Einräumung von Zugangsberechtigungen werden in den Absätzen 1 bis 3 Satz 3 abgebildet.

Nach Absatz 3 Satz 4 kann die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber anderen Personen auch die Befugnis einräumen, Nachrichten aus dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach heraus zu versenden. Das Recht zur Übermittlung von nicht-qualifiziert elektronisch signierten Dokumenten auf einem sicheren Übermittlungsweg im Sinne von § 130a Absatz 4 Nummer 2 ZPO n. F. kann die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber nach Absatz 3 Satz 5 jedoch nicht auf andere Personen übertragen. Nach der ab dem 1. Januar 2018 geltenden Neufassung des § 130a Absatz 3, Absatz 4 Nummer 2 ZPO n. F. soll das qualifizierte elektronische Signieren von Dokumenten nur dann entbehrlich sein, wenn dokumentiert ist, dass die vom sicheren Übermittlungsweg als Absender ausgewiesene Person (hier also die Inhaberin oder der Inhaber des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs) mit derjenigen identisch ist, die das Dokument verantwortet (Bundesratsdrucksache 17/12634, S. 25, rechte Spalte), wobei die Übernahme der Verantwortung aus der (einfachen) Signatur folgt. Andernfalls wäre nicht hinreichend gesichert, dass der Versand des nur einfach signierten Dokuments von der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber authentifiziert war. Die eventuelle Regelung, weitergehender Anforderungen an die Versendung von Nachrichten auf einem sicheren Übermittlungsweg bleiben der Rechtsverordnung nach § 130a Absatz 2 Satz 2 ZPO n. F. vorbehalten.

Den vorgenannten Regelungen des § 130a ZPO n. F. gleichstehende, ebenfalls zum 1. Januar 2018 in Kraft tretende Bestimmungen zum sicheren Übermittlungsweg finden sich insbesondere noch in § 46c des Arbeitsgerichtsgesetzes, § 52a der Finanzgerichtsordnung, § 65a des Sozialgerichtsgesetzes und § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung.

Zu Absatz 4

Nach Absatz 4 können erteilte Zugangsberechtigungen von der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber und den entsprechend von ihr bzw. ihm ermächtigten Personen auf demselben Weg, wie sie erteilt werden können, auch geändert und widerrufen werden.

Zu § 24 (Zugang zum Postfach)

Zu Absatz 1

Der Zugang zum Postfach darf nach § 31a Absatz 3 Satz 1 BRAO nur durch ein sicheres Verfahren mit zwei voneinander unabhängigen Sicherungsmitteln möglich sein und setzt deshalb die Anmeldung mit einem hierzu erteilten Zertifikat und der zugehörigen Zertifikats-PIN voraus, was Absatz 1 Satz 1 noch einmal klarstellt. Der durch einmalige Anmeldung eröffnete Zugang zum Postfach ermöglicht die Nutzung sämtlicher Funktionen des

besonderen elektronischen Anwaltspostfachs. Zum Schutz vor einer ungewollten Einsichtnahme oder einer missbräuchlichen Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs durch unberechtigte Dritte ist es nach Absatz 1 Satz 2 erforderlich, dass sich die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber wieder abmeldet, wenn er das besondere elektronische Anwaltspostfach nicht mehr nutzt. Sofern die Abmeldung von der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber vergessen oder aus anderen Gründen nicht vorgenommen wird, hat nach Satz 3 aus den vorgenannten Gründen eine automatische Abmeldung zu erfolgen. Der Zeitraum, der zwischen dem Beginn der Inaktivität der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers und der automatischen Abmeldung liegt, muss jedoch den Bedürfnissen der beruflichen Praxis gerecht werden. Eine automatische Abmeldung nach einer Inaktivität von nur einigen Sekunden oder wenigen Minuten würde dazu führen, dass z. B. bei einem nur kurzzeitigen Wechsel zu einem anderen Softwareprogramm eine neue Anmeldung mit Zertifikat und Zertifikats-PIN erfolgen müsste. Dies würde die Arbeit mit dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach erschweren und zusätzliche Arbeitszeit kosten. Daher wird der Bundesrechtsanwaltskammer bei der Bestimmung dieses Zeitraums ein Beurteilungsspielraum zugestanden, den die Bundesrechtsanwaltskammer nach Absatz 1 Satz 3 unter Berücksichtigung der widerstreitenden Belange auszufüllen hat.

Zu Absatz 2

Die Anmeldung anderer zum Zugang berechtigter Personen zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach erfolgt nach Absatz 2 ebenfalls mittels des für die jeweilige Person erteilten Zertifikats und der zugehörigen Zertifikats-PIN. Hinsichtlich der Abmeldung sowie der automatischen Abmeldung bei Inaktivität einer angemeldeten Person gelten die Ausführungen zu Absatz 1 entsprechend.

Zu § 25 (Vertreter, Abwickler und Zustellungsbevollmächtigte)

Zu den Absätzen 1 und 2

Vertreterinnen und Vertreter, Abwicklerinnen und Abwickler sowie Zustellungsbevollmächtigte müssen zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben die Nutzung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs möglich sein. Deshalb richtet die Bundesrechtsanwaltskammer nach Absatz 1 Satz 3 für die als Vertreterin oder Vertreter oder als Abwicklerin oder Abwickler bestellten sowie die als Zustellungsbevollmächtigte oder Zustellungsbevollmächtigte benannten Personen für die Dauer ihrer Bestellung oder Benennung ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach ein, soweit diese Person nicht bereits über ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach verfügt, das sie auch in ihrer Funktion als Vertreterin oder Vertreter, Abwicklerin oder Abwickler sowie Zustellungsbevollmächtigte oder Zustellungsbevollmächtigte nutzen können. Die zur Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs erforderlichen Angaben zu der als Vertreterin oder Vertreter, Abwicklerin oder Abwickler sowie als Zustellungsbevollmächtigte oder Zustellungsbevollmächtigte benannten Person hat die zuständige Rechtsanwaltskammer der Bundesrechtsanwaltskammer nach Absatz 1 Satz 1 und 2 mitzuteilen. Dies gilt nach Absatz 2 auch für das Entfallen der Voraussetzungen für die Einrichtung eines solchen besonderen elektronischen Anwaltspostfachs.

Zu Absatz 3

Die Bundesrechtsanwaltskammer räumt den bestellten Vertreterinnen und Vertretern, Abwicklerinnen und Abwicklern sowie den benannten Zustellungsbevollmächtigten (sofern diese vorschriftsmäßig in das Gesamtverzeichnis eingetragen wurden) für das Postfach der Person, für die sie bestellt oder von der sie benannt wurden, nach Absatz 3 einen sogenannten „lesenden“ Zugriff ein. Dieser Zugriff ist aber auf die Absender und die Versandzeitpunkte eingehender Nachrichten begrenzt.

Zu Absatz 4

Ein weitergehender Zugriff als derjenige nach Absatz 3 setzt dagegen, wie Absatz 4 klarstellt, die Erteilung einer entsprechenden Zugangsberechtigung nach § 23 Absatz 2 bis 4 RAVPV durch die Postfachinhaberin oder den Postfachinhaber oder eine von dieser bzw. diesem hierzu berechnete Person voraus. Dabei kann die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber allerdings nur Vertreterinnen oder Vertretern und Zustellungsbevollmächtigten Rechte einräumen, weil sie bzw. er im Fall der Bestellung einer Abwicklerin oder eines Abwicklers selbst keinen Zugriff auf das frühere besondere elektronische Anwaltspostfach mehr hat.

Zu § 26 (Datensicherheit)**Zu Absatz 1**

Der Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach mit den damit einhergehenden Berechtigungen wird den jeweiligen Personen persönlich erteilt. Das hierfür erteilte Zertifikat muss daher nach Absatz 1 im Besitz der konkret zum Zugang mit diesem Zertifikat berechtigten Person verbleiben und die zugehörige Zertifikats-PIN geheim gehalten werden. Dies gilt insbesondere auch für Zertifikate, die sich nicht auf einer Hardwarekomponente befinden. Damit soll verhindert werden, dass das zum Zugang berechnende Zertifikat nebst Zertifikats-PIN mit anderen Personen geteilt bzw. diesen ganz überlassen wird. Der persönliche Zugang gewährleistet eine genaue Kontrolle des Personenkreises, der Zugang zu dem besonderen elektronischen Anwaltspostfach hat, und eine Bestimmung der jeweiligen Befugnisse, die jede der zum Zugang berechtigten Personen hat. Ein Teilen der zum Zugang berechtigenden Sicherungsmittel würde dies unterlaufen und somit die Integrität des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs beschädigen.

Zu Absatz 2

Besteht die Gefahr, dass unbefugte Personen mittels eines Zertifikats auf das besondere elektronische Anwaltspostfach zugreifen können, hat die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber nach Absatz 2 unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um einen solchen Zugang zu verhindern. Ist beispielsweise über eine Zweitkarte noch ein Zugriff auf das besondere elektronische Postfach möglich, so kann die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber dem problematischen Zertifikat selbst die Zugangsberechtigung entziehen. Andernfalls muss die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber sich hierzu an die Bundesrechtsanwaltskammer wenden. Befindet sich das Zertifikat auf einer Hardwarekomponente wie einer Karte, kann die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber zudem die Karte von deren Aussteller sperren lassen.

Zu § 27 (Automatisches Löschen von Nachrichten)

Das besondere elektronische Anwaltspostfach dient der sicheren elektronischen Kommunikation, nicht der Speicherung von Nachrichten. Zur Wahrung des Nutzungszwecks des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs ist die Bundesrechtsanwaltskammer nach angemessener Zeit berechtigt, durch technische Vorkehrungen die in dem Postfach gespeicherten gelesenen oder ungelesenen Nachrichten automatisiert in den Papierkorb zu verschieben und anschließend endgültig zu löschen. Innerhalb von 90 Tagen ist mit der Kenntnisnahme der Nachricht durch die Postfachinhaberin oder den Postfachinhaber und deren etwaig erforderlicher Speicherung außerhalb des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs regelmäßig zu rechnen. Eine endgültige Löschung nach frühestens 30 weiteren Tagen gibt der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber eine weitere Möglichkeit, bereits verschobene Nachrichten noch einmal zu kontrollieren und erforderlichenfalls zu speichern. Berechnigte Interessen der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers stehen der automatisierten Löschung unter diesen Voraussetzungen nicht entgegen.

Zu § 28 (Aufhebung der Zugangsberechtigung und Sperrung)**Zu Absatz 1**

Bei einer Sperrung der Eintragung einer Person im Gesamtverzeichnis hebt die Bundesrechtsanwaltskammer nach Absatz 1 Satz 1 deren Zugangsberechtigung zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach auf und sperrt dieses. Dadurch wird gemäß Absatz 1 Satz 2 gewährleistet, dass eine gesperrte Person nicht mehr auf Posteingänge in dem für sie eingerichteten besonderen elektronischen Anwaltspostfach zugreifen kann und diesen rechtlich privilegierten Kommunikationsweg nicht mehr nutzen kann. Dies dient dem Schutz des Rechtsverkehrs. Gleichzeitig erstreckt sich diese Aufhebung der Zugangsberechtigung nach Absatz 1 Satz 3 auch auf alle Zugangsberechtigungen zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach, die sich von der gesperrten Postfachinhaberin oder dem gesperrten Postfachinhaber direkt oder indirekt ableiten. Personen, die ihren Zugang durch die Postfachinhaberin oder den Postfachinhaber oder einer von der Postfachinhaberin oder dem Postfachinhaber hierzu berechtigten Person erhalten haben, haben kein eigenständiges anerkannteswertes Interesse an einem Zugang zu einem besonderen elektronischen Anwaltspostfach.

Erfolgt die Sperrung im Verzeichnis einer Rechtsanwaltskammer nur aufgrund des Wechsels der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers in eine andere Rechtsanwaltskammer gelten die vorstehenden Ausführungen nach Absatz 1 Satz 4 jedoch nicht. In diesem Fall haben sowohl die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber als auch die von dieser bzw. diesem direkt oder indirekt zum Zugang berechtigten Personen ein schützenswertes Interesse am nahtlosen Fortbestand des Zugangs zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach. Falls mit dem Wechsel der Rechtsanwaltskammer auch eine Änderung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einhergeht, so ist es Sache der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers, gegebenenfalls die Zugangsberechtigungen ehemaliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzuheben.

Zu Absatz 2

Die Bundesrechtsanwaltskammer sperrt nach Absatz 2 auch die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer von Personen, für die eine Abwicklerin oder ein Abwickler bestellt wurde. Der eingeschränkte Fortbestand der Eintragungen zu den nicht mehr der Rechtsanwaltskammer angehörenden Postfachinhaberinnen und Postfachinhaber rechtfertigt sich nur durch das Informationsinteresse des Rechtsverkehrs und begründet keinen Bedarf für eine fortbestehende Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs durch deren nicht mehr zu einer Rechtsanwaltskammer gehörende InhaberIn oder dessen nicht mehr zu einer Rechtsanwaltskammer gehörenden Inhaber. Die von der Sperrung des Postfachs unberührt bleibende Einsichtnahmemöglichkeit der Abwicklerin oder des Abwicklers nach § 25 Absatz 3 Satz 1 und 2 RAVPV ist für die Zwecke der Abwicklung hinreichend.

Zu Absatz 3

Gesperrte Postfächer bestehen zunächst fort, um im Falle einer versehentlichen Sperrung eine sofortige endgültige Löschung zu vermeiden und die unverzügliche Entsperrung zu ermöglichen. Ein Versand von Nachrichten an ein gesperrtes Postfach ist, wie Absatz 3 klarstellt, jedoch nicht mehr möglich. Die entsprechende Adresse wird von dem entsprechenden Programm des Absenders nicht mehr erkannt. Es ist daher aus technischen Gründen nicht mehr adressierbar. Wurde eine Abwicklerin oder ein Abwickler bestellt, kann der Absender direkt mit dieser bzw. diesem in Kontakt treten. Die Person der Abwicklerin oder des Abwicklers ist durch den Fortbestand des Eintrags der ehemaligen Postfachinhaberin oder des ehemaligen Postfachinhabers im Gesamtverzeichnis samt Abkündungsvermerk leicht zu ermitteln.

Zu Absatz 4

Stellt sich heraus, dass die Eintragung einer Postfachinhaberin oder eines Postfachinhabers im Gesamtverzeichnis zu Unrecht gesperrt wurde, ist nach Absatz 4 auch die Sperrung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs aufzuheben.

Zu § 29 (Löschung des Postfachs)

Die Sperrung besonderer elektronischer Anwaltspostfächer vor deren endgültiger Löschung ermöglicht die Vermeidung irrtümlicher Löschungen und eröffnet einen hinreichenden Zeitraum für die Prüfung, ob eine Abwicklerin oder ein Abwickler zu bestellen ist. Insoweit soll der Bundesrechtsanwaltskammer nach Satz 1 ein Zeitraum von sechs Monaten zur Verfügung stehen. Infolge einer Abwicklung gesperrte Postfächer sind nach Satz 2 aufgrund der der bestehenden Einsichtsmöglichkeit der Abwicklerin oder des Abwicklers für das gesperrte Postfach nach § 25 Absatz 3 RAVPV erst nach Beendigung der Abwicklung zu löschen.

Zu § 30 (Die Rechtsanwaltschaft bei dem Bundesgerichtshof)

Nach § 163 Absatz 1 Satz 1 BRAO ist das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz unter anderem sachlich zuständig für die in der BRAO geregelten Aufgaben, die mit der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Bundesgerichtshof und deren Erhebungen sowie mit der Bestellung einer Vertreterin oder eines Vertreters bzw. einer Abwicklerin oder eines Abwicklers für eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt bei dem Bundesgerichtshof verbunden sind. § 30 RAVPV übernimmt diese Zuständigkeitsregelung für die RAVPV.

Zu § 31 (Übergangsregelung)

Bisher besteht keine ausdrückliche gesetzliche Pflicht zur aktiven oder passiven Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (hierbei meint der Begriff „passive Nutzung“, dass die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber sich die technischen Einrichtungen verschafft, die für die Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs erforderlich sind, sich an diesem anmeldet und in der Folge den Posteingang kontrolliert, während „aktive Nutzung“ das Versenden von Mitteilungen meint). Eine berufsrechtliche Pflicht zur passiven Nutzung soll nach dem Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe erst mit Wirkung zum 1. Januar 2018 im Gesetz verankert werden. Danach soll § 31a BRAO zu diesem Zeitpunkt um folgenden Absatz 6 ergänzt werden: „Der Inhaber des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs ist verpflichtet, die für dessen Nutzung erforderlichen technischen Einrichtungen vorzuhalten sowie Zustellungen und den Zugang von Mitteilungen über das besondere elektronische Anwaltspostfach zur Kenntnis zu nehmen.“ Zum 1. Januar 2018 tritt korrespondierend dazu auch die Neufassung des § 174 Absatz 3 Satz 4 ZPO n. F. in Kraft, der die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte dazu verpflichtet, einen sicheren Übermittlungsweg für die Zustellung elektronischer Dokumente zu eröffnen. Das besondere elektronische Anwaltspostfach stellt sodann nach der ebenfalls zum 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Neuregelung des § 130a Absatz 4 Nummer 2 ZPO n. F. einen solchen sicheren Übermittlungsweg dar (zu den weiteren, § 130a ZPO n. F. gleichstehenden Bestimmungen vgl. die Begründung zu § 23 Absatz 1 bis 3 RAVPV).

Zwischen dem von der Bundesrechtsanwaltskammer avisierten neuen Termin zur Inbetriebnahme der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer am 29. September 2016 und dem 1. Januar 2018 soll ein rechtswirksamer Zugang über das besondere elektronische Anwaltspostfach zwar möglich sein, aber nur, wenn die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber seine Bereitschaft zur Entgegennahme von Mitteilungen auf diesem Wege erklärt hat. Diese den Zeitraum vor dem 1. Januar 2018 betreffende gesetzgebende

Intention, die bereits dem Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) zugrunde lag, wird in der Übergangsregelung des § 31 RAVPV ausdrücklich klargestellt. Sie erfolgt vor dem Hintergrund, dass unter anderem aus verfassungsrechtlichen Gründen vor der Anordnung einer verpflichtenden Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs durch die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte zunächst feststehen muss, dass dieses (zumindest weitestgehend) störungsfrei funktioniert. Zudem sprechen auch praktische Gründe für eine Phase, in der die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte die Gelegenheit bekommen, die Funktion des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu testen, ohne Haftungsrisiken oder sogar berufsrechtlichen Maßnahmen ausgesetzt zu sein. Solche Tests sollten dabei auch unter Einsatz entsprechender Softwareprodukte möglich sein, deren Anbieter aber bisher die Entwicklung ihrer Produkte noch nicht abschließen konnten. Ferner ist zu berücksichtigen, dass für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die in verschiedenen Kanzleien tätig sind, die in § 31a Absatz 7 BRAO in der Fassung des Entwurfs des Gesetzes zur Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe vorgesehene Möglichkeit, weitere besondere elektronische Anwaltspostfächer zu erhalten, aufgrund der erforderlichen Programmierungsmaßnahmen erst zum 1. Januar 2018 zur Verfügung stehen soll. Zudem ist derzeit noch nicht klar, wann die Bundesrechtsanwaltskammer technisch und organisatorisch in der Lage sein wird, auch für alle Syndikatsrechtsanwältinnen und Syndikatsrechtsanwälte besondere elektronische Anwaltspostfächer einzurichten. Eine Nutzungsverpflichtung ohne Einbeziehung der Syndikatsrechtsanwältinnen und Syndikatsrechtsanwälte wäre jedoch insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung der Anwaltschaft problematisch. Hinzu kommt, dass bisher nur vereinzelte Länder (und dies auch nur in Teilbereichen) beabsichtigen, Dokumente elektronisch zu übermitteln.

Die Bereitschaft zur Entgegennahme von Mitteilungen über das besondere elektronische Anwaltspostfach kann die Postfachinhaberin oder der Postfachinhaber bis zum 1. Januar 2018 auf verschiedenen Wegen zum Ausdruck bringen. Hierfür kann z. B. ein Hinweis auf die Erreichbarkeit über das besondere elektronische Anwaltspostfach auf dem Briefkopf oder auf der Internetseite der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers in Betracht kommen. Weiter hat der Deutsche Anwaltverein angekündigt, dass die Bereitschaft auf den Profilsseiten der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte unter www.anwaltsauskunft.de erklärt werden kann. Zudem wird im Versenden rechtsverbindlicher Mitteilungen über das besondere elektronische Anwaltspostfach die schlüssige Erklärung zu sehen sein, auf demselben Weg auch erreichbar zu sein.

Die Rechtsanwältin oder der Rechtsanwalt soll die Bereitschaft nach Satz 2 jedoch nicht auf einzelne Verfahren beschränken, sondern nur allgemein erklären können. Andere Lösungen würden bei seinen Kommunikationspartnern, d. h. insbesondere bei den Gerichten, aber auch bei Kollegen, zu einer zu großen Unsicherheit darüber führen, ob eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt in einem bestimmten Verfahren über das besondere elektronische Anwaltspostfach nun zu erreichen ist oder nicht. Sie wären auch für die Verwaltung der Gerichte kaum zu handhaben.

Satz 3 stellt dagegen klar, dass die bloße Durchführung der Erstanmeldung der Postfachinhaberin oder des Postfachinhabers nach § 22 RAVPV noch keine Erklärung der Bereitschaft zur Entgegennahme von Mitteilungen über das besondere elektronische Anwaltspostfach darstellt. Ebenso wenig soll nach Satz 3 das insbesondere zu Testzwecken erfolgende Versenden von Mails, die sich nicht auf bestimmte von der Rechtsanwältin oder von dem Rechtsanwalt bearbeitete Verfahren beziehen, eine Erklärung der Empfangsbereitschaft darstellen. Hiermit soll ein unverbindliches Testen der Funktionen des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs ermöglicht werden.

Zu § 32 (Inkrafttreten)**Zu Absatz 1**

Die Rechtsverordnung soll insbesondere in Anbetracht des für den 29. September 2016 in Aussicht genommenen Betriebsstarts des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs baldmöglichst in Kraft treten. Deshalb sieht Absatz 1 grundsätzlich ein Inkrafttreten am Tag nach der Verkündung vor.

Zu Absatz 2

Zur Umsetzung der in § 2 Absatz 6 Satz 3, Absatz 7 bis 9 RAVPV zukünftig vorgesehenen neuen Inhalte der Rechtsanwaltsverzeichnisse bedarf es zuvor Umprogrammierungen, die eines gewissen zeitlichen Vorlaufs bedürfen und die zur Vermeidung unnötigen Aufwands zusammen mit weiteren Umprogrammierungen erfolgen sollen, die voraussichtlich infolge der mit dem Gesetz zur Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe beabsichtigten Änderungen insbesondere des § 31 BRAO zum 1. Januar 2018 erforderlich sein werden. Deshalb sollen diese Bestimmungen erst am 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Auch die Suchfunktionen nach den in § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 und 6 RAVPV genannten Angaben müssen zuvor programmiert werden, so dass auch diese Vorgaben erst zum 1. Januar 2018 in Kraft treten sollen.

Die Regelung des § 20 Absatz 3 RAVPV steht im Zusammenhang mit der zum 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Änderung des § 130a Absatz 3 und 4 ZPO n. F. (sowie den dieser Norm gleichstehenden Regelungen in den übrigen Prozessordnungen; vgl. dazu die Begründung zu § 23 Absatz 3 RAVPV) zur Übermittlung nicht-qualifiziert signierter elektronischer Dokumente auf einem sicheren Übermittlungsweg. Die nach § 20 Absatz 3 RAVPV erforderlichen technischen Elemente müssen zudem auch erst noch programmiert werden. § 20 Absatz 3 RAVPV soll daher ebenfalls erst am 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Ebenso steht die Regelung des § 23 Absatz 3 Satz 5 RAVPV im Zusammenhang mit den Neuregelungen in § 130a Absatz 3 und 4 ZPO n. F. und den entsprechenden Normen in den übrigen Prozessordnungen, so dass auch diese Bestimmung erst ab dem 1. Januar 2018 Anwendung finden soll.

Anlage

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKR
Entwurf einer Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnis und die
besonderen elektronischen Anwaltspostfächer (NKR-Nr. 3802)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des Regelungsvorhabens geprüft.

I Zusammenfassung

Bürgerinnen und Bürger	keine Auswirkungen
Wirtschaft	16.005.000 Euro
Verwaltung	keine Auswirkungen
Evaluiierung	Eine Evaluiierung des Regelungsvorhabens ist nicht vorgesehen.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat den jährlichen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft nachvollziehbar dargestellt. Nach der Konzeption der Bundesregierung ist das BMJV allerdings gehalten, eine Evaluiierung des Regelungsvorhabens vorzusehen. Denn der Erfüllungsaufwand überschreitet den hierfür maßgeblichen Schwellenwert bei weitem.

II Im Einzelnen

II.1 Regelungsgegenstand

Bei dem Regelungsvorhaben handelt es sich um eine Durchführungsverordnung zur Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) in der Fassung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs (E-Justice Gesetz). Die BRAO verpflichtet die Rechtsanwaltskammern für ihren jeweiligen Bezirk und die Bundesrechtsanwaltskammer für ganz Deutschland Verzeichnisse der zugelassenen Rechtsanwälte zu führen. Für jeden im Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer eingetragenen Berufsträger ist sodann das besondere elektronische Anwaltspostfach einzurichten.

Mit der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Durchführungsverordnung will das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) nähere Bestimmungen zur Führung der Verzeichnisse und zum Betrieb des Anwaltspostfachs erlassen.

II.2 Erfüllungsaufwand

In das Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer sind derzeit rund 165.000 weibliche und männliche Rechtsanwälte eingetragen. Um Zugang zum elektronischen Anwaltspostfach zu haben, muss jeder dieser Berufsträger ein Zertifikat vorhalten und hierfür jährlich 30 Euro bezahlen. Insgesamt entsteht damit ein Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft von jährlich 4.950.000 Euro, den das BMJV nachvollziehbar ermittelt hat.

Ebenfalls nachvollziehbar ermittelt ist der Erfüllungsaufwand für die Verzeichnisse selbst. Bei den Kammern entstehen hierfür Kosten von jährlich 11.055.000 Euro, die durch jedes der rund 165.000 Kammernmitglieder über eine Jahresumlage von derzeit 67 Euro finanziert werden.

II.3 Evaluiierung

Der Entwurf sieht eine „eigenständige Evaluiierung“ des Regelungsvorhabens nicht vor. Das BMJV ist der Auffassung, der Erfüllungsaufwand sei nicht erst durch die Verordnung, sondern schon durch das zu Grunde liegende E-Justice Gesetz entstanden. Im E-Justice Gesetz gebe es aber keine Ermächtigungsgrundlage für die Evaluiierung. Auch sei die Regelung befristet und nur zur vorübergehenden Nutzung vorgesehen.

Der NKR teilt diese Auffassung nicht. Denn die Evaluiierung neuer Regelungsvorhaben ist kein Erfordernis, für das es einer gesetzlichen Grundlage bedürfte. Grundlage ist vielmehr die durch den St-Ausschuss Bürokratieabbau beschlossene Konzeption zur Evaluiierung neuer Regelungsvorhaben. Hiernach ist die Evaluiierung ab einem jährlichen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft von mindestens 1 Mio. Euro verbindlich vorgesehen.

Die Evaluiierung der Durchführungsverordnung muss sich auf ihre spezifische Eignung zur Verwirklichung der Ziele beziehen, die das E-Justice Gesetz vorgibt. Schon angesichts der Höhe des Erfüllungsaufwands für die Wirtschaft ist eine solche Untersuchung nicht nur sinnvoll, sondern unbedingt geboten.

Zugleich verschafft eine Evaluiierung auch bei zunächst freiwilliger Handhabung wichtige Erkenntnisse für die Umsetzungspraxis.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat den jährlichen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft nachvollziehbar dargestellt. Nach der Konzeption der Bundesregierung ist das BMJV allerdings gehalten, eine Evaluierung des Regelungsvorhabens vorzusehen. Denn der Erfüllungsaufwand überschreitet den hierfür maßgeblichen Schwellenwert bei weitem.

II.4 E-Justice Konsequenzen

Der NKR erneuert im Zusammenhang mit dem elektronischen Anwaltspostfach seinen Vorschlag, die E-Akte bei den Gerichten nicht nur in Strafverfahren, sondern möglichst zeitgleich in den Verfahren aller Gerichtszweige einzuführen. Denn nur so können die mit der elektronischen Rechtsanwalts-Kommunikation verbundenen Effizienzvorteile voll zur Geltung kommen.“

Dr. Ludewig
Vorsitzender

Hahnen
Berichterstatter

Anlage 2

**Stellungnahme des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz
zu der Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates zu der
Verordnung über die Rechtsanwaltsverzeichnis-
und die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer
(Rechtsanwaltsverzeichnis- und -postfachverordnung – RAVPV)
(NKR-Nr. 3802)**

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz nimmt zu der Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates wie folgt Stellung:

Der Nationale Normenkontrollrat hat in seiner Stellungnahme zu der oben genannten Rechtsverordnung Einwände dagegen erhoben, dass keine Evaluierung des Regelungsvorhabens vorgesehen sei. Er ist der Ansicht, dass durch das Regelungsvorhaben ein jährlicher Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft von 16 005 000 Euro entstehe. Der vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorgebrachten Auffassung, wonach der Erfüllungsaufwand nicht durch die beabsichtigte Rechtsverordnung, sondern bereits durch das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786; vom NKR als „E-Justice-Gesetz“ bezeichnet) entstanden sei, sei nicht zu folgen. Nach der durch den Staatssekretärsausschuss Bürokratieabbau beschlossenen Konzeption zur Evaluierung neuer Regelungsvorhaben sei die Evaluierung ab einem jährlichen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft von mindestens 1 Million Euro verbindlich vorgesehen. Daher müsse sich die Evaluierung der Durchführungsvorordnung auf ihre spezifische Eignung zur Verwirklichung der Ziele beziehen, die das E-Justice-Gesetz vorgebe.

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz teilt diese Auffassung nicht.

Wie bereits in der Rechtsverordnung zum Erfüllungsaufwand ausgeführt, entsteht durch die Rechtsverordnung kein neuer Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft. Der Erfüllungsaufwand für die von den etwa 165 000 Rechtsanwälten ab dem 1. Januar 2018 vorzuhaltenden Zertifikate, mit denen sie Zugang zum besonderen elektronischen Anwaltspostfach erlangen können, resultiert bereits aus der der Rechtsverordnung zugrunde liegenden Vorschrift des § 31a der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO), die durch das „E-Justice-Gesetz“ eingeführt wurde. Ebenso resultiert der Erfüllungsaufwand für die Einrichtung der Verzeichnisse und des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs bereits aus den der Rechtsverordnung zugrunde liegenden

gesetzlichen Vorschriften der §§ 31 bis 31b BRAO. Zudem begründet die Rechtsverordnung gerade auch deshalb keinen neuen Erfüllungsaufwand, weil sie klarstellt, dass die Nutzung für das besondere elektronische Anwaltspostfach bis zum 1. Januar 2018 freiwillig ist.

Die Rechtsverordnung stützt sich auf die Ermächtigungsnorm des § 31c BRAO. Diese bestimmt gemäß Artikel 80 des Grundgesetzes Inhalt, Zweck und Ausmaß der Rechtsverordnung. Eine Evaluierung der Rechtsverordnung dahingehend, dass die „spezifische Eignung zur Verwirklichung der Ziele, die das E-Justice-Gesetz vorgibt“ geprüft wird, ergibt für die Zwecke des Erlasses der Durchführungsvorordnung keinen Sinn. Die Rechtsverordnung legt entsprechend der insoweit beschränkten Ermächtigungsnorm technische Details fest, nach denen die Verzeichnisse zu führen und die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer einzurichten sind. Diese Details haben auf die den Erfüllungsaufwand verursachenden Kosten für die Wirtschaft und die Verwaltung keinen Einfluss. Entscheidend für das Entstehen des Erfüllungsaufwands ist vielmehr die gesetzliche Grundentscheidung, dass überhaupt elektronische Verzeichnisse sowie besondere elektronische Anwaltspostfächer eingerichtet werden.

Von einer Evaluierung des oben genannten Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs wurde ebenfalls abgesehen.

Die vom Staatssekretärsausschuss Bürokratieabbau am 23. Januar 2013 beschlossene Konzeption zur Evaluierung neuer Regelungsvorhaben findet auf Regelungsvorhaben Anwendung, die ab 1. März 2013 in die Ressortabstimmung eingebracht wurden. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde bereits vor diesem Stichtag mit den übrigen Ressorts abgestimmt.

Unabhängig davon wurde und wird eine Evaluierung des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs auch nicht als zweckdienlich erachtet. Es ist zu erwarten, dass die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs durch den Wegfall von Portokosten und effizientere Arbeitsabläufe überwiegend zu Kosteneinsparungen führen wird. Diese Einsparungen werden sich aber erst nach einer nicht sicher abschätzbaren Anzahl von Jahren nach der sukzessiven Umstellung auf den elektronischen Rechtsverkehr: bis zum Jahr 2022 zeigen, wenn Rechtsanwälte und Behörden zur Einreichung elektronischer Dokumente bei den Gerichten verpflichtet sind, die Papierdokumente weitgehend abgearbeitet wurden und möglichst viele Gerichte, Rechtsanwälte und Behörden die elektronische Akte eingeführt haben.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe

A. Problem und Ziel

Mit der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115) (im Folgenden: Berufsanerkenntnisrichtlinie), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) noch einmal maßgeblich geändert wurde, wurden die Regelungen über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, die in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erworben wurden, neu gestaltet. Die Berufsanerkenntnisrichtlinie hat dabei unter anderem die Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. L 19 vom 24.1.1989, S. 16) ersetzt. Weiterhin wurden mit der Berufsanerkenntnisrichtlinie für den Bereich der regulierten Berufe erleichterte Voraussetzungen für die vorübergehende und gelegentliche grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen innerhalb der Europäischen Union eingeführt. Die Richtlinie 2013/55/EU war bis zum 18. Januar 2016 im nationalen Recht umzusetzen.

Darüber hinaus besteht in verschiedenen Einzelfragen des Berufsrechts der rechtsberatenden Berufe Modernisierungs- und Anpassungsbedarf.

B. Lösung

Mit dem Entwurf wird zunächst die Berufsanerkenntnisrichtlinie im Bereich der Tätigkeiten der Rechtsanwälte, der Patentanwälte und der unter das Rechtsdienstleistungsgesetz fallenden Berufe umgesetzt. Die bereits bestehenden Regelungen über die Ablegung einer Eignungsprüfung, die Rechtsanwälte und Patentanwälte aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz der Zulassung zur deutschen Anwaltschaft ermöglicht, werden an die Vorgaben der Berufsanerkenntnisrichtlinie angepasst. Neu eingeführt werden Vorschriften über die vorübergehende und gelegentliche Erbringung von Dienstleistungen in Deutschland durch Patentanwälte aus den vorgenannten Staaten. Für Patentan-

wälle wird hierzu das bisherige Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft aufgehoben und durch das Gesetz über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland ersetzt.

Zudem werden in verschiedenen Bereichen des Berufsrechts der Rechtsanwälte und Patentanwälte Neuregelungen vorgenommen, die unter anderem die Inhalte der Verzeichnisse der Rechtsanwalts- und Patentanwaltskammern, das besondere elektronische Anwaltspostfach, die Kenntnisse des Berufsrechts der Rechtsanwälte, die Mitgliedschaft der Syndikusanwälte in der Rechtsanwaltskammer, die Fortbildungspflicht der Rechts- und Patentanwälte, die Rüge, die Wahlen zum Vorstand der Rechtsanwaltskammern sowie die strafprozessuale Stellung an der Berufstätigkeit mitwirkender Personen betreffen.

C. Alternativen

Keine. Die Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie ist zwingend; bei Nichtumsetzung der tätigen Änderungen blieben die derzeit jeweils unbefriedigenden Zustände bestehen.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Die für Rechtsanwälte vorgesehene Verpflichtung, innerhalb eines Jahres nach der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft an einer zehnstündigen Lehrveranstaltung über das Berufsrecht teilzunehmen, sofern eine solche Veranstaltung nicht bereits vor der Zulassung besucht wurde, kann im ersten Jahr der Einführung für die etwa 6.000 jährlich neu zugelassenen Rechtsanwälte zu Kosten von jeweils 125 Euro und somit zu Gesamtkosten von jährlich bis zu 750.000 Euro führen. Mittelfristig, das heißt nach etwa fünf Jahren, dürften sich diese Kosten jedoch auf etwa 187.500 Euro jährlich verringern.

Durch die den Inhalt der Rechtsanwaltsverzeichnisse bzw. des Patentanwaltsverzeichnisses betreffenden Änderungen in § 31 Absatz 3 der Rechtsanwaltsordnung (BRAO) und § 29 der Patentanwaltsordnung (PAO) kann sich bei einzelnen Rechtsanwalts- und Patentanwaltskammern ein einmaliger Änderungsantrag an die Rechtsanwalts- bzw. Patentanwaltskammer ergeben. Die Kosten hierfür werden sich bei den Rechtsanwaltskammern auf etwa 10.000 Euro und bei den Patentanwaltskammern auf etwa 200 Euro belaufen.

Im Übrigen können Rechts- und Patentanwälte mittelbar dadurch belastet werden, dass die den Rechtsanwaltskammern bzw. der Patentanwaltskammer entstehenden Kosten letztlich von deren Mitgliedern zu tragen sind. Dies betrifft folgende Regelungen:

Die für die Rechtsanwaltskammern nach § 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO in der Entwurfsfassung (BRAO-E) zukünftig bestehende Möglichkeit, ihre Rechtsanwaltsverzeichnis als Teil des Gesamtverzeichnisses der Bundesrechtsanwaltskammer zu führen, bringt ein Einsparpotenzial von etwa 15 000 Euro mit sich.

Durch die von § 31 Absatz 3 BRAO-E und § 29 PAO in der Entwurfsfassung (PAO-E) vorgesehenen Änderungen am Inhalt der Rechtsanwaltsverzeichnisse und des Patentanwaltsverzeichnisses entsteht einmaliger Programmier- und Korrekturbedarf in Höhe von etwa 25 000 Euro für die Rechtsanwaltskammern und etwa 20 000 Euro für die Patentanwaltskammer.

Die durch § 31a Absatz 7 BRAO-E vorgesehene Einführung weiterer besonderer elektronischer Anwaltspostfächer im Fall des Bestehens weiterer Kanzleien wird für die Rechtsanwaltskammern eine jährliche Belastung von etwa 250 000 Euro mit sich bringen.

Die Prüfung der Voraussetzungen des neu eingeführten § 43c BRAO-E wird für die Rechtsanwaltskammern zu jährlichen Mehrkosten von etwa 10 000 Euro führen.

Zudem wird die zukünftig für die Wahlen zum Vorstand der Rechtsanwaltskammern vorgesehene Briefwahl nach § 64 Absatz 2 BRAO-E für die Rechtsanwaltskammern Mehrbelastungen von etwa 330 000 Euro jährlich mit sich bringen.

Die neuen Regelungen zur vorübergehenden und gelegentlichen Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland (§§ 13 ff. des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland) verursachen Vollzeitsaufwand bei der Patentanwaltskammer, bei der sich die Dienstleister melden müssen und die diese in ein Meldverzeichnis einstellen muss. Diese Kosten, die voraussichtlich nur in wenigen Fällen entstehen werden, dürften 2 350 Euro jährlich nicht überschreiten.

Der sich aus dem Vorstehenden ergebende laufende Erfüllungsaufwand von 1 327 250 Euro fällt in den Anwendungsbereich der Konzeption einer „One in, one out“-Regel. Die Kompensation soll durch Teile des Anteils des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz an den Entlastungen aus dem Bürokratielastungsgesetz erfolgen.

Eine besondere Betroffenheit kleiner und mittlerer Unternehmen ist nicht gegeben.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Bei den Pflichten der Rechts- und Patentanwälte, gegenüber den für sie zuständigen Kammern Mitteilungen zur Eintragung in die Anwaltsverzeichnisse zu tätigen, handelt es sich um Informationspflichten, wobei die hierfür von den Rechtsanwälten und den Patentanwälten zu tragenden Kosten zusammen einmalig etwa 10 200 Euro betragen dürften.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Die vom Deutschen Patent- und Markenamt nach § 7 Absatz 2a PAO-E zu erstellenden Leitlinien werden zu einmaligen Kosten von etwa 2 000 Euro führen.

Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln beim Bund soll finanziert und stellenmäßig im Einzelplan 07 ausgeglichen werden.

F. Weitere Kosten

Keine.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN**

Berlin, 5. September 2016

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,
hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie und zur
Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe
mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).
Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.
Fernerführend ist das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz.
Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG
ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist dem Bundesrat am 12. August 2016 als besonders eilbedürftig
zugeleitet worden.

Die Stellungnahme des Bundesrates zu dem Gesetzentwurf sowie die Auffassung
der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates werden unverzüglich
nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Angela Merkel

Anlage I

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Berufsankennungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung

Die Bundesrechtsanwaltsordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-8, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 19. Februar 2016 (BGBl. I S. 254) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 4

Zugang zum Beruf des Rechtsanwalts

Zur Rechtsanwaltschaft kann nur zugelassen werden, wer

1. die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz erlangt hat,
2. die Eingliederungsvoraussetzungen nach Teil 3 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland erfüllt oder
3. über eine Bescheinigung nach § 16a Absatz 5 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland verfügt.

Das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz ist nicht anzuwenden.“

2. § 5 wird aufgehoben.

3. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) In den Nummern 1 bis 3 werden jeweils die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.
- b) In Nummer 4 werden die Wörter „den Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.
- c) In Nummer 5 werden die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ und wird das Wort „ihm“ durch das Wort „sie“ ersetzt.
- d) In den Nummern 6 bis 8 werden jeweils die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.

Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 3.4.2008, S. 28; L 33 vom 15.10.2014, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom 12.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35) geändert worden ist, in Verbindung mit der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Oktober 2004 zur Änderung der Richtlinie 2003/106/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungs Zusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20).

- c) In Nummer 9 werden die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“, die Wörter „des Bewerbers“ durch die Wörter „der antragstellenden Person“ und die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.

f) Nummer 10 wird wie folgt gefasst:

„10. wenn die antragstellende Person Richter, Beamter, Berufssoldat oder Soldat auf Zeit ist, es sei denn, dass sie die ihr übertragenen Aufgaben ehrenamtlich wahrnimmt oder dass ihre Rechte und Pflichten auf Grund der §§ 5, 6, 8 und 36 des Abgabengesetzes oder entsprechender Rechtsvorschriften ruhen.“

4. In § 10 Absatz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „den Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.

5. § 12 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Urkunde darf erst ausgehändigt werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber

1. vereidigt ist und

2. den Abschluss der Berufshaftpflichtversicherung nachgewiesen oder eine vorläufige Deckungszusage vorgelegt hat.“

6. § 27 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Wörter „oder errichtet er eine Zweigstelle“ durch ein Komma und die Wörter „errichtet er eine weitere Kanzlei oder eine Zweigstelle oder gibt er eine weitere Kanzlei oder eine Zweigstelle auf“ ersetzt.

b) In Satz 2 werden nach den Wörtern „Die Errichtung“ die Wörter „oder Aufgabe einer weiteren Kanzlei oder“ eingefügt.

7. § 31 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Sie können ihre Verzeichnisse als Teil des von der Bundesrechtsanwaltskammer zu führenden Gesamtverzeichnis führen. Die Rechtsanwaltskammern geben die in ihren Verzeichnissen zu speichernden Daten im automatisierten Verfahren in das Gesamtverzeichnis ein. Aus dem Gesamtverzeichnis muss sich die Kammerzugehörigkeit der Rechtsanwälte ergeben.“

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

- aa) In Nummer 1 werden nach dem Wort „und“ die Wörter „den oder“ eingefügt.
 - bb) In Nummer 3 werden nach dem Wort „bestehender“ die Wörter „weiterer Kanzleien und“ eingefügt.
 - cc) In Nummer 4 werden nach dem Wort „bestehender“ die Wörter „weiterer Kanzleien und“ eingefügt.
 - dd) In Nummer 7 werden nach dem Wort „Verneinungsverbot“ die Wörter „sowie bestehende, sofort vollziehbare Rücknahmen und Widerrufe der Zulassung“ eingefügt.
 - ee) In Nummer 8 werden vor dem Wort „Vornamen“ die Wörter „Vorname oder“ eingefügt.
- c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Bundesrechtsanwaltskammer hat in das Gesamtverzeichnis zusätzlich die Bezeichnung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs einzutragen. Sie trägt die datenschutzrechtliche Verantwortung für diese Daten. Die Bundesrechtsanwaltskammer hat Rechtsanwälte zudem die Eintragung von Sprachkenntnissen und Tätigkeitsschwerpunkten in das Gesamtverzeichnis zu ermöglichen.“

8. § 31a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Anwaltspostfach“ das Wort „empfangsbereit“ eingefügt.

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „und“ die Wörter „den oder“ eingefügt.

- c) Die folgenden Absätze 5 bis 7 werden angefügt:

„(5) Die Bundesrechtsanwaltskammer kann auch für sich und für die Rechtsanwaltskammern besondere elektronische Anwaltspostfächer einrichten. Absatz 3 Satz 1 und 5 ist anzuwenden.“

(6) Der Inhaber des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs ist verpflichtet, die für dessen Nutzung erforderlichen technischen Einrichtungen vorzuhalten sowie Zustellungen und den Zugang von Mitteilungen über das besondere elektronische Anwaltspostfach zur Kenntnis zu nehmen.

(7) Die Bundesrechtsanwaltskammer hat für jede im Gesamtverzeichnis eingetragene weitere Kanzlei eines Mitglieds einer Rechtsanwaltskammer ein weiteres besonderes elektronisches Anwaltspostfach einzurichten. Wird die Eintragung der weiteren Kanzlei im Gesamtverzeichnis gelöscht, hebt die Bundesrechtsanwaltskammer die Zugangsberechtigung zu dem weiteren besonderen elektronischen Anwaltspostfach auf und löscht dieses, sobald es nicht mehr benötigt wird. Absatz 1 Satz 2 und die Absätze 3, 4 und 6 dieser Vorschrift sowie § 31 Absatz 4 Satz 1 und 2 gelten für das weitere besondere elektronische Anwaltspostfach entsprechend.“

9. In § 33 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „Abs. 3, § 46c Absatz 4 Satz 3“ durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.

10. Nach § 43d wird folgender § 43c eingefügt:

„§ 43c

Kenntnisse im Berufsrecht

(1) Der Rechtsanwalt hat innerhalb des ersten Jahres nach seiner erstmaligen Zulassung an einer Lehrveranstaltung über das rechtsanwaltschaftliche Berufsrecht teilzunehmen. Die Lehrveranstaltung muss mindestens zehn Zeistunden dauern und die wesentlichen Bereiche des Berufsrechts umfassen.

(2) Die Pflicht nach Absatz 1 besteht nicht, wenn der Rechtsanwalt vor dem 1. Januar 2018 zugelassen wurde oder wenn er nachweist, dass er innerhalb von sieben Jahren vor seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft an einer Lehrveranstaltung nach Absatz 1 teilgenommen hat.“

11. § 46a Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 1 wird das Wort „und“ durch ein Semikolon ersetzt.

- b) Nach Nummer 1 wird folgender Nummer 2 eingefügt:

„2. abweichend von § 12 Absatz 3 die Bewerberin oder der Bewerber unbeschadet des § 12 Absatz 1, 2 Nummer 1 und Absatz 4 mit der Zulassung rückwirkend zu dem Zeitpunkt Mitglied der Rechtsanwaltskammer wird, zu dem der Antrag auf Zulassung dort eingegangen ist, sofern nicht die Tätigkeit, für die die Zulassung erfolgt, erst nach der Antragsstellung begonnen hat; in diesem Fall wird die Mitgliedschaft erst mit dem Zeitpunkt des Beginns der Tätigkeit begründet.“

- c) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3 und die Wörter „die Tätigkeit abweichend von § 12 Absatz 4“ werden durch die Wörter „abweichend von § 12 Absatz 4 die Tätigkeit“ ersetzt.

12. § 46c wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 3 wird die Angabe „49a, 51“ durch die Wörter „49a und 50 Absatz 2 und 3 sowie die §§ 51“ ersetzt.

- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird das Wort „gesonderte“ durch das Wort „weitere“ ersetzt.

bb) Satz 3 wird aufgehoben.

13. § 50 wird wie folgt gefasst:

„§ 50

Handakten

(1) Der Rechtsanwalt muss durch das Führen von Handakten ein geordnetes und zutreffendes Bild über die Bearbeitung seiner Aufträge geben können. Er hat die Handakten für die Dauer von sechs Jahren aufzubewahren. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde.

(2) Dokumente, die der Rechtsanwalt aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat, hat der Rechtsanwalt seinem Auftraggeber auf Verlangen herauszugeben. Macht der Auftraggeber kein Herausgabeverlangen geltend, hat der Rechtsanwalt die Dokumente für die Dauer der Frist nach Absatz 1 Satz 2 und 3 aufzubewahren. Diese Aufbewahrungspflicht gilt nicht, wenn der Rechtsanwalt den Auftraggeber aufgefordert hat, die Dokumente in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten nach Zugang nicht nachgekommen ist. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für die Korrespondenz zwischen dem Rechtsanwalt und seinem Auftraggeber sowie für die Dokumente, die der Auftraggeber bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat.

(3) Der Rechtsanwalt kann seinem Auftraggeber die Herausgabe der Dokumente nach Absatz 2 Satz 1 so lange verweigern, bis er wegen der ihm vom Auftraggeber geschuldeten Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit das Vorenthalten nach den Umständen unangemessen wäre.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend, sofern sich der Rechtsanwalt zum Führen von Handakten oder zur Verwaltung von Dokumenten der elektronischen Datenverarbeitung bedient.

(5) In anderen Vorschriften getroffene Regelungen zu Aufbewahrungs- und Herausgabepflichten bleiben unberührt.“

14. § 51 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 5 werden die Wörter „1 vom Hundert“ durch die Wörter „einem Prozent“ ersetzt.

- b) Absatz 8 wird aufgehoben.

15. § 51a Absatz 3 wird aufgehoben.

16. In § 53 Absatz 6 wird nach der Angabe „Satz 1“ die Angabe „und 2“ eingefügt.

17. § 55 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Für weitere Kanzleien kann derselbe oder ein anderer Abwickler bestellt werden.“

- b) In Absatz 5 werden die Wörter „Ein Abwickler kann auch für die Kanzlei“ durch die Wörter „Abwickler können auch für die Kanzlei und weitere Kanzleien“ ersetzt.

18. § 57 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Auf das Verfahren sind die §§ 307 bis 309 und 311a der Strafprozessordnung sinngemäß anzuwenden.“

- b) Dem Absatz 4 werden die folgenden Sätze angefügt:

„§ 767 der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, nur insoweit zulässig sind, als sie nicht in dem Verfahren nach Absatz 3 geltend gemacht werden konnten. Solche Einwendungen sind im Wege der Klage bei dem in § 797 Absatz 5 der Zivilprozessordnung bezeichneten Gericht geltend zu machen.“

19. In § 58 Absatz 3 werden die Wörter „Abschriften einzelner Schriftstücke“ durch die Wörter „Kopien einzelner Dokumente“ ersetzt.

20. In § 59a Absatz 2 Nummer 1 wird nach dem Wort „aus“ das Wort „anderen“ eingefügt.
21. § 59b Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird das Komma durch einen Doppelpunkt ersetzt.
 - bb) In Buchstabe f wird dem Wort „Urgang“ das Wort „sorgfältiger“ vorangestellt.
 - cc) Buchstabe g wird durch die folgenden Buchstaben g und h ersetzt:
 - g) Kanzleipflicht und Pflichten bei der Einrichtung und Unterhaltung von weiteren Kanzleien und Zweigstellen,
 - h) Fortbildungspflicht, auch im Hinblick auf die Kenntnisse im Berufsrecht nach § 43c“.
 - b) Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird das Komma durch ein Semikolon ersetzt und werden die Wörter „hierbei betrifft die Regelungsbefugnis“ angefügt.
 - bb) In Buchstabe a wird dem Wort „Bestimmung“ das Wort „die“ vorangestellt.
 - cc) In Buchstabe b wird dem Wort „Regelung“ das Wort „die“ vorangestellt.
 - c) In Nummer 6 wird in dem Satzteil vor Buchstabe a das Komma durch einen Doppelpunkt ersetzt.
 - d) In Nummer 8 werden nach den Wörtern „Mitgliedern der Rechtsanwaltskammer“ ein Komma und die Wörter „die Pflichten bei der Zustellung von Anwalt zu Anwalt“ eingefügt.
22. § 59j wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 3 wird aufgehoben.
 - b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.
23. In § 59m Absatz 2 wird nach der Angabe „43b.“ die Angabe „43d.“ eingefügt und werden die Wörter „und die §§ 57 bis 59“ durch ein Komma und die Wörter „die §§ 57 bis 59 und 59b“ ersetzt.
24. § 60 wird wie folgt gefasst:

–§ 60–

Bildung und Zusammensetzung der Rechtsanwaltskammer

(1) Für den Bezirk eines Oberlandesgerichts wird eine Rechtsanwaltskammer gebildet. Sie hat ihren Sitz am Ort des Oberlandesgerichts.

- (2) Mitglieder der Rechtsanwaltskammer sind
 1. Personen, die von ihr zur Rechtsanwaltschaft zugelassen oder von ihr aufgenommen wurden,
 2. Rechtsanwaltsvereinigungen, die von ihr zugelassen wurden, und
 3. Geschäftsführer von Rechtsanwaltsvereinigungen nach Nummer 2, die nicht schon nach Nummer 1 Mitglied einer Rechtsanwaltskammer sind.
- (3) Die Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer erlischt
 1. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1, wenn die Voraussetzungen des § 13 oder des § 27 Absatz 3 Satz 3 vorliegen,
 2. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 2, wenn die Voraussetzungen des § 59h Absatz 1 bis 4 oder des § 59i Satz 2 in Verbindung mit § 27 Absatz 3 Satz 3 vorliegen.

3. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 3, wenn bei der Rechtsanwaltsvereinschaft die Voraussetzungen der Nummer 2 vorliegen, gegen den Geschäftsführer eine bestandskräftige Entscheidung im Sinne des § 115c Satz 2 ergangen ist oder die Geschäftsführungsfähigkeit für die Rechtsanwaltsvereinschaft beendet ist.“
25. In § 63 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
26. § 64 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Mitglieder des Vorstandes werden von den Mitgliedern der Kammer in geheimer und unmittelbarer Wahl durch Briefwahl gewählt. Die Wahl kann auch als elektronische Wahl durchgeführt werden. Gewählt sind die Bewerberinnen oder Bewerber, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.“
27. In § 66 Nummer 3 werden nach dem Wort „Geldbuße“ die Wörter „(§ 114 Absatz 1 Nummer 3)“ eingefügt.
28. § 69 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, so ist es für den Rest seiner Amtszeit durch ein neues Mitglied zu ersetzen. Davon kann abgesehen werden, wenn die Zahl der Mitglieder des Vorstandes nicht unter sieben sinkt. Die Ersetzung kann durch das Nachrücken einer bei der letzten Wahl nicht gewählten Person oder durch eine Nachwahl erfolgen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung der Kammer.“
29. In § 73 Absatz 2 Nummer 7 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
30. § 74 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Rüge kann mit einer Geldbuße von bis zu zweitausend Euro verbunden werden.“
 - b) In Absatz 6 wird die Angabe „Abs. 1 Satz 3“ durch die Wörter „Absatz 2 Nummer 3“ ersetzt.
 - c) Folgender Absatz 7 wird angefügt:

„(7) Geldbußen nach Absatz 1 Satz 2 fließen der Rechtsanwaltskammer zu. Sie werden auf Grund einer von dem Schatzmeister erteilten, mit der Beschleunigung der Vollstreckbarkeit versehenen beglaubigten Abschrift des Rügebescheides nach den Vorschriften beigegeben, die für die Vollstreckung von Urteilen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gelten. Die Zwangsvollstreckung darf erst beginnen, nachdem der Rügebescheid unanfechtbar geworden ist. § 767 der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, nur insoweit zulässig sind, als sie nicht in dem Verfahren nach Absatz 5 und nach § 74a Absatz 1 geltend gemacht werden konnten. Solche Einwendungen sind im Wege der Klage bei dem in § 797 Absatz 5 der Zivilprozessordnung bezeichneten Gericht geltend zu machen.“
31. § 74a wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Auf das Verfahren sind die §§ 308, 309 und 311a der Strafprozessordnung sinngemäß anzuwenden.“
 - bb) Folgender Satz wird angefügt:

„Der Rügebescheid darf in Art und Höhe der Rechtsfolgen nicht zum Nachteil des Rechtsanwalts geändert werden.“
 - b) In Absatz 6 wird die Angabe „Abs. 1 Satz 3“ durch die Wörter „Absatz 2 Nummer 3“ ersetzt.
32. In § 76 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 werden jeweils nach dem Wort „Rechtsanwälte“ das Komma und das Wort „Bewerber“ gestrichen.

33. In § 80 Absatz 3 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
34. In § 82 Satz 1 werden die Wörter „über die Versammlung der Kammer“ durch die Wörter „der Kammerversammlung“ ersetzt.
35. § 84 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) § 767 der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, nur insoweit zulässig sind, als sie nicht im Wege der Anfechtung der vollstreckbaren Zahlungsaufforderung in dem Verfahren nach § 112a Absatz 1 geltend gemacht werden konnten. Solche Einwendungen sind im Wege der Klage bei dem in § 797 Absatz 5 der Zivilprozessordnung bezeichneten Gericht geltend zu machen.“
36. § 85 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „die Versammlung der Kammer“ durch die Wörter „die Kammerversammlung“ und die Wörter „der Versammlung“ durch die Wörter „der Kammerversammlung“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
37. § 86 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) In den Absätzen 2 und 3 wird jeweils das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
38. In § 87 Absatz 1 werden das Wort „Kammer“ und das Wort „Versammlung“ jeweils durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
39. § 88 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 1 wird das Wort „Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- bb) In Satz 2 wird das Wort „Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- c) In Absatz 5 werden die Wörter „der Kammer“ gestrichen.
40. § 89 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- bb) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:
- „1. die Geschäftsordnung der Kammer zu beschließen.“
- c) Absatz 3 wird aufgehoben.
41. In § 112a Absatz 1 wird vor den Wörtern „einer auf Grund“ das Wort „nach“ eingefügt und werden die Wörter „einer Sitzung einer der nach diesem Gesetz errichteten Rechtsanwaltskammern, einschließlich der Bundesrechtsanwaltskammer“ durch die Wörter „nach einer Sitzung einer Rechtsanwaltskammer oder der Bundesrechtsanwaltskammer“ ersetzt.

42. § 112d wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden in dem Satzteil vor Nummer 1 die Wörter „Rechtsanwaltskammer oder Behörde“ durch die Wörter „Rechtsanwaltskammer, die Bundesrechtsanwaltskammer oder die Behörde“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden jeweils nach dem Wort „Rechtsanwaltskammer“ die Wörter „oder Bundesrechtsanwaltskammer“ eingefügt.
43. § 112f wird wie folgt gefasst:
- „§ 112f
Klagen gegen Wahlen und Beschlüsse
- (1) Für ungültig oder nichtig erklärt werden können, wenn sie unter Verletzung des Gesetzes oder der Satzung zustande gekommen sind oder wenn sie ihrem Inhalt nach mit dem Gesetz oder der Satzung nicht vereinbar sind,
1. Wahlen und Beschlüsse der Organe der Rechtsanwaltskammern und der Organe der Bundesrechtsanwaltskammer mit Ausnahme der Satzungsversammlung sowie
2. Wahlen zu Organen der Rechtsanwaltskammer und der Bundesrechtsanwaltskammer.
- (2) Klagen nach Absatz 1 können erhoben werden
1. durch die Behörde, die die Staatsaufsicht führt, und
2. im Fall der Klage gegen eine Rechtsanwaltskammer durch ein Mitglied der Rechtsanwaltskammer; im Fall der Klage gegen die Bundesrechtsanwaltskammer durch eine Rechtsanwaltskammer.
- In den Fällen des Satzes 1 Nummer 2 ist die Klage gegen einen Beschluss nur zulässig, wenn der Kläger geltend macht, durch den Beschluss in seinen Rechten verletzt zu sein.
- (3) In den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nummer 2 kann die Klage nur innerhalb eines Monats nach der Wahl oder Beschlussfassung erhoben werden.“
44. Nach § 112g wird folgender § 112h eingefügt:
- „§ 112h
Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise
- Wird durch den Anwaltsgerichtshof oder den Bundesgerichtshof festgestellt, dass ein Rechtsanwalt bei einem Antrag auf Anerkennung seiner Berufsqualifikation nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat, hat das Gericht seine Entscheidung spätestens am Tag nach dem Eintritt der Rechtskraft der Rechtsanwaltskammer zu übermitteln.“
45. Nach § 115a Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- „Wurde eine Rüge mit einer Geldbuße verbunden, ist die Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Verfahrens wegen desselben Verhaltens nur zulässig, wenn eine zusätzliche anwaltsgerichtliche Maßnahme erforderlich ist; § 115b gilt entsprechend.“
46. In § 115c Satz 1 wird die Angabe „Abs. 1 Satz 3“ durch die Wörter „Absatz 2 Nummer 3“ ersetzt.
47. In § 163 Satz 2 werden die Wörter „Abs. 7 dieses Gesetzes“ durch die Angabe „Absatz 7“ ersetzt.

48. In § 168 Absatz 3 werden nach dem Wort „für“ die Wörter „die Bewerberin oder“ eingefügt.
49. In § 173 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „§ 47 Abs. 2, § 53 Abs. 2 Satz 2, Abs. 5, § 161 Abs. 1 Satz 1, § 163“ durch die Wörter „§ 47 Absatz 2, § 53 Absatz 2 Satz 3, Absatz 5, § 161 Absatz 1 Satz 1, § 163 Satz 1“ ersetzt.
50. § 177 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- In dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Kammer“ durch das Wort „Bundesrechtsanwaltskammer“ ersetzt.
 - In Nummer 1 wird das Wort „Kammern“ durch das Wort „Rechtsanwaltskammern“ ersetzt.
51. In § 178 Absatz 3 wird das Wort „Kammern“ durch das Wort „Rechtsanwaltskammern“ ersetzt.
52. In § 180 Absatz 2 wird das Wort „Kammer“ durch das Wort „Bundesrechtsanwaltskammer“ ersetzt.
53. In § 185 Absatz 2 Satz 2 werden die Wörter „der Kammer“ gestrichen.
54. In § 187 wird das Wort „Hauptversammlungen“ durch die Wörter „Versammlungen ihrer Mitglieder (Hauptversammlungen)“ ersetzt.
55. § 191a Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
- „(4) Der Satzungsversammlung gehören an:
- ohne Stimmrecht die Mitglieder des Präsidiums der Bundesrechtsanwaltskammer und die Präsidenten der Rechtsanwaltskammern;
 - mit Stimmrecht die nach § 191b gewählten Mitglieder.“
56. § 191b wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Kammermitglieder“ durch die Wörter „Mitglieder der Rechtsanwaltskammern“ ersetzt.
 - Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - In Satz 1 wird das Wort „Kammer“ durch das Wort „Rechtsanwaltskammern“ ersetzt.
 - Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Die Wahl kann auch als elektronische Wahl durchgeführt werden.“
 - In dem neuen Satz 3 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.
 - In Satz 4 werden nach den Wörtern „sind die“ die Wörter „Bewerberinnen oder“ eingefügt.
57. § 191d wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Satzungsversammlung“ ersetzt.
 - Absatz 5 wird aufgehoben.
58. § 191e wird wie folgt gefasst:

„§ 191e

Prüfung von Beschlüssen durch die Aufsichtsbehörde

(1) Der Vorsitzende der Satzungsversammlung hat die von der Satzungsversammlung gefassten Beschlüsse zur Berufung dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zuzuleiten. Dieses kann die Beschlüsse oder Teile derselben innerhalb von drei Monaten nach Zugang im Rahmen seiner Staatsaufsicht (§ 176 Absatz 2) aufheben. Beabsichtigt es eine Aufhebung, soll es der Bundesrechtsanwaltskammer zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

- (2) Die von der Satzungsversammlung gefassten Beschlüsse sind in den für die Verlaubarungen der Bundesrechtsanwaltskammer bestimmten Pressorganen zu veröffentlichen, sofern sie nicht der Aufhebung unterfallen. Sie treten am ersten Tag des dritten auf die Veröffentlichung folgenden Monats in Kraft.“
59. Nach § 204 Absatz 3 Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:
- „§ 767 der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, nur insoweit zulässig sind, als sie nicht im anwaltsgerichtlichen Verfahren geltend gemacht werden konnten. Solche Einwendungen sind im Wege der Klage bei dem in § 797 Absatz 5 der Zivilprozessordnung bezeichneten Gericht geltend zu machen.“
60. § 205a wird wie folgt geändert:
- Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Eintragungen in den über den Rechtsanwalt geführten Akten über die in Satz 4 genannten Maßnahmen und Entscheidungen sind nach Ablauf der in Satz 4 bestimmten Fristen zu tilgen. Dabei sind die über diese Maßnahmen und Entscheidungen entstandenen Vorgänge aus den Akten zu entfernen und zu vernichten. Die Sätze 1 und 2 gelten sinngemäß, wenn die Akten über den Rechtsanwalt elektronisch geführt werden. Die Fristen betragen

 - fünf Jahre bei
 - Warnungen,
 - Rügen, auch wenn sie mit einer Geldbuße verbunden sind,
 - Belehrungen,
 - strafgerichtlichen Verurteilungen und anderen Entscheidungen in Verfahren wegen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten oder der Verletzung von Berufspflichten, die nicht zu einer anwaltsgerichtlichen Maßnahme oder Rüge geführt haben;
 - zehn Jahre bei Verweisen und Geldbußen (§ 114 Absatz 1 Nummer 3), auch wenn sie nebeneinander verhängt werden;
 - 20 Jahre bei Vertretungsverboten (§ 114 Absatz 1 Nummer 4).“
 - In Absatz 2 werden die Wörter „anwaltsgerichtliche Maßnahme“ durch die Wörter „Maßnahme oder Entscheidung“ ersetzt.
 - In Absatz 4 werden die Wörter „anwaltsgerichtlichen Maßnahmen“ durch die Wörter „den Maßnahmen oder Entscheidungen nach Absatz 1“ ersetzt.
 - Die Absätze 5 und 6 werden aufgehoben.
61. § 207 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „das Mitglied der Rechtsanwaltskammer“ durch die Wörter „der niedergelassene ausländische Rechtsanwalt“ ersetzt.
 - Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - In Satz 1 wird nach dem Wort „gellen“ das Wort „sinngemäß“ gestrichen, werden die Wörter „4 bis 6, 12 und 12a“ durch die Wörter „4, 12 Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 4 sowie der §§ 12a und 17“ ersetzt und werden nach dem Wort „Gesetzes“ die Wörter „sinngemäß sowie die auf Grund von § 31c erlassene Rechtsverordnung“ eingefügt.
 - Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Für die Berufshaftpflichtversicherung gilt § 7 Absatz 1 und 2 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland entsprechend.“

- c) Absatz 3 wird durch die folgenden Absätze 3 und 4 ersetzt:

„(3) Der niedergelassene ausländische Rechtsanwalt hat bei der Führung seiner Berufsbezeichnung den Herkunftstaat in deutscher Sprache anzugeben. Wurde er als Syndikusrechtsanwalt in die Rechtsanwaltskammer aufgenommen, hat er seiner Berufsbezeichnung zudem die Bezeichnung „Syndikus“ in Klammern nachzustellen. Der niedergelassene ausländische Rechtsanwalt ist berechtigt, im beruflichen Verkehr zugleich die Bezeichnung „Mitglied der Rechtsanwaltskammer“ zu verwenden.

(4) Für die Anwendung der Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Straflosigkeit der Nichtanzeige geplanter Straftaten (§ 139 Absatz 3 Satz 2), über die Gebührentüberhebung (§ 352) und über den Parteiverrat (§ 356) stehen niedergelassene ausländische Rechtsanwälte den Rechtsanwälten und Anwälten gleich.“

62. In § 209 Absatz 1 Satz 3 wird nach dem Wort „gelten“ das Wort „sinngemäß“ gestrichen, werden die Wörter „4 bis 6, 12 und 12a, der Dritte und“ durch die Wörter „4, 12 Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 4 sowie der §§ 12a und 17, der Dritte Teil mit Ausnahme des § 43c, der“ ersetzt und werden nach dem Wort „Gesetzes“ die Wörter „sinngemäß sowie die auf Grund von § 31c erlassene Rechtsverordnung“ eingefügt.

63. § 214 wird § 211.

64. § 215 wird aufgehoben.

65. Der Bundesrechtsanwaltsordnung wird die aus der Anlage 1 zu diesem Gesetz ersichtliche Inhaltsübersicht vorangestellt. Die Untergliederungen der Bundesrechtsanwaltsordnung erhalten die Bezeichnungen und Fassungen, die sich jeweils aus der Inhaltsübersicht in der Anlage 1 zu diesem Gesetz ergeben. Die Paragraphen der Bundesrechtsanwaltsordnung erhalten die Überschriften, die sich jeweils aus der Inhaltsübersicht in der Anlage 1 zu diesem Gesetz ergeben. Weggefallene Paragraphen erhalten keine Überschrift.

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland

Das Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 9. März 2000 (BGBl. I S. 182, 1349), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2517) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Die Angabe zu Teil 4 wird wie folgt gefasst:

„Teil 4

Feststellung einer gleichwertigen Berufsqualifikation“.

- b) Die Angabe zu § 16 wird durch die folgenden Angaben ersetzt:

„§ 16 Antrag auf Feststellung einer gleichwertigen Berufsqualifikation

§ 16a Entscheidung über den Antrag“.

- c) Die Angabe zu § 19 wird wie folgt gefasst:

„§ 19 (weggefallen)“.

- d) Nach der Angabe zu § 27 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 27a Besonderes elektronisches Anwaltspostfach“.

- e) Die Angaben zu den §§ 37 und 38 werden wie folgt gefasst:

„§ 37 Europäische Verwaltungszusammenarbeit; Bescheinigungen

§ 38 Mitteilungspflichten gegenüber anderen Staaten“.

- f) Die Angabe zu § 43 wird gestrichen.

2. § 4 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Für die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer gelten mit Ausnahme des § 12 Absatz 4 sowie der §§ 17 und 46a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Bundesrechtsanwaltsordnung die §§ 6 bis 36, 46a bis 46c Absatz 1, 4 und 5 der Bundesrechtsanwaltsordnung sinngemäß sowie die auf Grund von § 31c der Bundesrechtsanwaltsordnung erlassene Rechtsverordnung.“

3. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „nach § 4 Absatz 1 Satz 2“ gestrichen und wird das Wort „(Syndikus)“ durch die Wörter „Syndikus“ in Klammern“ ersetzt.

- b) Absatz 3 wird aufgehoben.

4. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „die §§ 31 bis 31c sowie“ gestrichen.

- b) Absatz 2 wird aufgehoben.

- c) Die Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.

5. In § 7 Absatz 3 werden die Wörter „nach Teil 4 in Verbindung mit § 4“ durch die Wörter „4 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 4 Satz 1 Nummer 2 oder 3“ ersetzt.

6. In § 11 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „mit Ausnahme des § 46a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ gestrichen.

7. In § 12 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „mündlich oder schriftlich“ gestrichen.

8. In § 13 Absatz 1 werden die Wörter „mit Ausnahme des § 46a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ gestrichen.

9. Die Überschrift von Teil 4 wird wie folgt gefasst:

„Teil 4

Feststellung einer gleichwertigen Berufsqualifikation“.

10. § 16 wird durch die folgenden §§ 16 und 16a ersetzt:

„§ 16

Antrag auf Feststellung einer gleichwertigen Berufsqualifikation

(1) Eine Person, die eine Ausbildung abgeschlossen hat, die zum unmittelbaren Zugang zum Beruf eines europäischen Rechtsanwalts (§ 1) berechtigt, kann zum Zweck der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ohne Eingliederung nach Teil 3 die Feststellung beantragen, dass die von ihr erworbene Berufsqualifikation die Voraussetzungen erfüllt, die für die Ausübung des Berufs des Rechtsanwalts in Deutschland erforderlich sind. Der Antrag kann bei jedem der nach § 18 Absatz 1 und 2 zuständigen Prüfungsämter, jedoch nicht bei mehreren gleichzeitig gestellt werden.

(2) Beruht die Zugangsberechtigung zum Beruf eines europäischen Rechtsanwalts auf einem Ausbildungsnachweis,

1. dessen zu Grunde liegende Ausbildung nicht überwiegend in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz durchgeführt wurde oder
2. der nicht von einem der in Nummer 1 genannten Staaten ausgestellt wurde, so muss die antragstellende Person in dem Staat, in dem der Nachweis ausgestellt oder anerkannt wurde, ausweislich einer Bescheinigung der dort zuständigen Behörde den Beruf des europäischen Rechtsanwalts mindestens drei Jahre ausgeübt haben.
- (3) Dem Antrag nach Absatz 1 sind beizufügen:
 1. ein tabellarischer Lebenslauf;
 2. ein Ausbildungsnachweis, der die Berechtigung zum unmittelbaren Zugang zum Beruf eines europäischen Rechtsanwalts bescheinigt, im Original oder in Kopie;
 3. ein Nachweis darüber, dass mehr als die Hälfte der Mindestausbildungszeit in einem der in Absatz 2 Nummer 1 genannten Staaten durchgeführt wurde, oder in den Fällen des Absatzes 2 eine Bescheinigung über die mindestens dreijährige Berufsausübung;
 4. eine Erklärung darüber, ob und gegebenenfalls bei welchen Prüfungsinstituten schon einmal ein Antrag nach Absatz 1 gestellt oder eine Eignungsprüfung abgelegt wurde;
 5. für den Fall, dass geltend gemacht wird, dass Unterschiede nach § 16a Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 nach § 16a Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 vollständig ausgeglichen wurden, geeignete Nachweise hierüber.
- (4) Der Antrag und die nach Absatz 3 Nummer 1 und 4 beizufügenden Dokumente sind in deutscher Sprache abzufassen.

§ 16a

Entscheidung über den Antrag

- (1) Das Prüfungsausschuss bestätigt den Eingang des Antrags nach § 16 Absatz 1 innerhalb eines Monats. Innerhalb dieser Frist teilt es der antragstellenden Person auch mit, ob Dokumente fehlen oder von Dokumenten einfache oder beglaubigte Übersetzungen vorzulegen sind. Das Prüfungsausschuss entscheidet über den Antrag spätestens vier Monate nach Eingang aller erforderlichen Dokumente.
 - (2) Das Prüfungsausschuss lehnt den Antrag ab, wenn die antragstellende Person keine Zugangsberechtigung im Sinne des § 16 Absatz 1 und 2 besitzt oder die erforderlichen Dokumente nicht vorlegt.
 - (3) Das Prüfungsausschuss erlegt der antragstellenden Person die Ablegung einer Eignungsprüfung auf, wenn
 1. sich ihre Ausbildung auf Fächer bezog, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die für die Ausübung des Berufs des Rechtsanwalts in Deutschland erforderlich sind, und
 2. diese Unterschiede nicht anderweitig, insbesondere durch Berufspraxis oder Weiterbildungsmaßnahmen, ausgeglichen wurden.
- Die Auflegung einer Eignungsprüfung gilt als Entscheidung nach Absatz 1 Satz 3. Beabsichtigt das Prüfungsausschuss, von der Auflegung einer Eignungsprüfung abzusehen, so hat es zuvor eine Stellungnahme der Rechtsanwaltskammer einzuholen, in deren Bezirk es gelegen ist.
- (4) Das Prüfungsausschuss hat die Auflegung einer Eignungsprüfung zu begründen und der antragstellenden Person dabei mitzuteilen,

1. welchem Qualifikationsniveau nach Artikel 11 der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom

- 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung zum einen die von ihr erlangte Berufsqualifikation und zum anderen die zur Erlangung der Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz geforderte Berufsqualifikation entspricht und
 2. worin die Unterschiede nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 liegen und warum diese nicht nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 als ausgeglichen anzusehen sind.
 - (5) Wer die Voraussetzungen des § 16 unmittelbar erfüllt oder die Eignungsprüfung besteht, erhält hierüber vom Prüfungsausschuss eine Bescheinigung und wird nach den §§ 6 bis 16 und 46a bis 46c Absatz 1, 4 und 5 der Bundesrechtsanwaltsordnung von der Rechtsanwaltskammer zur Rechtsanwaltschaft zugelassen.
 - (6) Das Verwaltungsverfahren nach dieser Vorschrift und § 16 kann elektronisch und über eine einheitliche Stelle nach den §§ 71a bis 71e des Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden.“
11. § 17 wird wie folgt geändert:
- a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Kenntnisse“ die Wörter „und Kompetenzen“ eingefügt und werden die Wörter „der Bundesrepublik“ gestrichen.
 - b) Satz 3 wird aufgehoben.
12. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Soweit nicht in diesem Gesetz oder in einer auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung Abweichendes bestimmt ist, gelten für die Eignungsprüfung die Vorschriften für die zweite juristische Staatsprüfung desjenigen Landes entsprechend, in dem das Prüfungsausschuss eingerichtet ist.“
 - b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.
13. § 19 wird aufgehoben.
14. § 21 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Das Prüfungsausschuss erfasst der antragstellenden Person auf Antrag einzelne Prüfungsleistungen ganz oder teilweise, wenn sie nachweist, dass sie durch ihre berufliche Ausbildung oder anderweitig, insbesondere durch Berufspraxis oder Weiterbildungsmaßnahmen, in einem Prüfungsgebiet die für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs in Deutschland erforderlichen materiell-rechtlichen und verfahrensrechtlichen Kenntnisse im deutschen Recht erworben hat. Ein Antrag nach Satz 1 soll möglichst zusammen mit dem Antrag nach § 16 Absatz 1 gestellt werden. Das Prüfungsausschuss kann vor dem Erlass von Prüfungsleistungen eine Stellungnahme der Rechtsanwaltskammer einholen, in deren Bezirk es gelegen ist.“
 - b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.
 - c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und folgender Satz wird angefügt:

„Satz 1 gilt nicht, wenn der antragstellenden Person eine Aufklärungsarbeit nach Absatz 2 erlassen wurde.“
 - d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.
15. In § 23 Absatz 1 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Wörter „oder elektronisch“ eingefügt.
16. § 25 Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Ein europäischer Rechtsanwalt darf die Tätigkeiten eines Rechtsanwalts in Deutschland nach den folgenden Vorschriften vorübergehend und gelegentlich ausüben (dienstleistender europäischer Rechtsanwalt). Ob die Tätigkeiten vorübergehend und gelegentlich erbracht werden, ist insbesondere anhand ihrer Dauer, Häufigkeit, regelmäßigen Wiederkehr und Kontinuität zu beurteilen.“

17. § 26 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Angabe „Abs. 1 und“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Herkunftsstaat“ durch die Wörter „Staat der Niederlassung“ ersetzt.

18. § 27 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „sowie die Kanzlei“ durch ein Komma und die Wörter „die Kanzlei und die Fortbildungspflicht“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach der Angabe „43b“ ein Komma und die Angabe „43d“ eingefügt.
- c) Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Der dienstleistende europäische Rechtsanwalt ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus seiner Berufstätigkeit in Deutschland ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden abzuschließen, die nach Art und Umfang den durch seine berufliche Tätigkeit entstehenden Risiken angemessen ist. Ist dem Rechtsanwalt der Abschluss einer solchen Versicherung nicht möglich oder unzumutbar, hat er seinen Mandanten auf diese Tatsache und deren Folgen vor seiner Mandatierung in Textform hinzuweisen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit die Tätigkeit eines Syndikatsrechtsanwalts ausgeübt wird.“

19. Nach § 27 wird folgender § 27a eingefügt:

§ 27a

Besonderes elektronisches Anwaltspostfach

(1) Der dienstleistende europäische Rechtsanwalt kann bei der nach § 32 Absatz 4 zuständigen Rechtsanwaltskammer die Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs beantragen. Liegen die Voraussetzungen für die Einrichtung vor, wird er nur zu diesem Zweck in das Verzeichnis der Rechtsanwaltskammer und das Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer eingetragen. Für die Eintragung in diese Verzeichnisse gilt § 31 Absatz 1 Satz 3, 5 und 6, Absatz 3 Nummer 1, 2 und 5, Absatz 4 Satz 1 und 2 sowie Absatz 5 Satz 1 und 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung sinngemäß mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Beendigung der Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer der Verlust der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft im Herkunftsstaat oder der Antrag auf Löschung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs tritt. Zudem gilt für die Eintragung in diese Verzeichnisse die auf Grund von § 31c der Bundesrechtsanwaltsordnung erlassene Rechtsverordnung.

(2) Nach der Eintragung im Gesamtverzeichnis richtet die Bundesrechtsanwaltskammer für den dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach ein. § 31a Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 bis 4 und 6 der Bundesrechtsanwaltsordnung gilt sinngemäß mit der Maßgabe nach Absatz 1 Satz 3. Zudem gilt die auf Grund von § 31c der Bundesrechtsanwaltsordnung erlassene Rechtsverordnung.

(3) Die Rechtsanwaltskammer kann zur Deckung des Verwaltungsaufwands für die Einrichtung und den Betrieb des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs von dem dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt Gebühren nach festen Sätzen sowie Auslagen erheben. Sie bestimmt die Gebühren- und Auslagenbestände sowie die Höhe und die Fälligkeit der Gebühren und Auslagen durch Satzung. § 192 Satz 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung gilt entsprechend. Die Gebühren und Auslagen dürfen die von den Mitgliedern der Rechtsanwaltskammer für die Einrichtung und den Betrieb des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs erhabenen Beiträge nicht übersteigen. Die Höhe der Gebühren ist regelmäßig zu überprüfen. Die Satzung ist der Aufsichtsbehörde anzuzeigen. Für die Einziehung rückständiger Gebühren und Auslagen gilt § 84 der Bundesrechtsanwaltsordnung entsprechend. Ab dem in § 84 Absatz 2 der Bundesrechtsanwaltsordnung bezeichneten Zeitpunkt sind § 31 Absatz 5 Satz 1 und 2 und § 31a Absatz 4 der Bundesrechtsanwaltsordnung sinngemäß anwendbar.“

20. Dem § 31 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, sofern ein Gericht oder eine Behörde bei einem dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt, der einen sicheren Übermittlungsweg für die Zustellung elektronischer Dokumente eröffnet hat, auf die Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten verzichtet.“

21. § 32 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 5 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon und die Wörter „dies umfasst die Befugnis, Schlichtungsvorschläge zu unterbreiten“ ersetzt.
 - bb) Folgende Nummer 6 wird angefügt:

„6. auf Antrag bei Streitigkeiten zwischen dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen und ihrer Mandantschaft zu vermitteln, dies umfasst die Befugnis, Schlichtungsvorschläge zu unterbreiten.“

b) In Absatz 2 wird die Angabe „5“ durch die Angabe „6“ ersetzt.

c) In Absatz 3 wird die Angabe „56, 57, 74, 74a und 77“ durch die Wörter „56, 57 und 73 Absatz 3 sowie die §§ 74, 74a, 195, 197a bis 199, 205 und 205a“ ersetzt.

22. § 34 wird wie folgt geändert:

a) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach den Wörtern „Siebenten Teils“ ein Komma und die Wörter „des Dritten Abschnitts des Zehnten Teils und des Elften Teils“ eingefügt.

b) In Nummer 2 werden die Wörter „trifft in § 114 Abs. 1 Nr. 5, § 114a Abs. 3 Satz 1, § 148 Abs. 1 Satz 1, § 149 Abs. 1 Satz 1, § 150 Abs. 1, § 153 Satz 1, § 156 Abs. 1 und § 158 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 114 Absatz 1 Nummer 5) trifft“ ersetzt.

c) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.

d) Folgende Nummer 5 wird angefügt:

„5. an die Stelle der Rechtsanwaltskammer nach § 198 tritt die nach § 32 dieses Gesetzes zuständige Rechtsanwaltskammer.“

23. § 34a wird wie folgt geändert:

a) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

24. Die §§ 36 bis 38 werden wie folgt gefasst:

§ 36

Beschneidungen des Heimat- oder Herkunftsstaates

Sofern für eine Entscheidung über die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer nach Teil 2 oder über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nach den Teilen 3 oder 4 dieses Gesetzes

1. Beschneidungen darüber, dass keine schwerwiegenden beruflichen Verfehlungen, Straftaten oder sonstigen Umstände bekannt sind, die die Eignung der Person für den Beruf des Rechtsanwalts in Frage stellen,
2. Beschneidungen darüber, dass über das Vermögen der Person kein Insolvenzverfahren anhängig ist und die Person nicht für insolvent erklärt wurde,
3. Beschneidungen über die körperliche oder geistige Gesundheit der Person oder
4. Beschneidungen über das Bestehen und den Umfang einer Haftpflichtversicherung

(5) Hat die zuständige Stelle eines der anderen in Absatz 1 Satz 1 genannten Staaten der Rechtsanwaltskammer zu einem Rechtsanwalt Sanktionen oder Sühnverhalte im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 mitgeteilt, so unterrichtet die Rechtsanwaltskammer diese Stelle über die auf Grund der Mitteilung getroffenen Maßnahmen.“

25. § 40 Absatz 2 Nummer 2 und 3 wird wie folgt gefasst:
 - „2. die prüfenden Personen,
 3. den Ablauf des Prüfungsverfahrens.“
26. In § 41 Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „die Durchführung“ die Wörter „des Antragsverfahrens und“ eingefügt.
27. § 43 wird aufgehoben.

Artikel 3

Änderung der Verordnung über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

Die Verordnung über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2881), die zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird aufgehoben.
2. § 2 Absatz 2 Satz 1 wird aufgehoben.
3. § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3

Ablegung der Eignungsprüfung

- (1) Hat das Prüfungsamt der antragstellenden Person eine Eignungsprüfung aufgelegt, so muss es ihr die Ablegung der Prüfung innerhalb von sechs Monaten nach Erlass des Bescheids ermöglichen.
- (2) Wird die Eignungsprüfung bei dem von der antragstellenden Person gewählten Prüfungsamt regelmäßig erst zu einem Zeitpunkt durchgeführt, der außerhalb der Frist des Absatzes 1 liegt, bei einem anderen Prüfungsamt jedoch innerhalb dieser Frist, so kann die antragstellende Person bei der Auflegung der Eignungsprüfung auf die Möglichkeit hingewiesen werden, die Eignungsprüfung bei dem anderen Prüfungsamt abzulegen. Beabsichtigt die antragstellende Person in diesem Fall die Ablegung der Eignungsprüfung bei dem anderen Prüfungsamt, so hat sie dies dem bisher gewählten Prüfungsamt innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheids mitzuteilen. Anderenfalls hat sie die nicht fristgerechte Prüfung in Kauf zu nehmen.
- (3) Beabsichtigt die antragstellende Person die Ablegung der ihr auferlegten Eignungsprüfung, so hat sie dem Prüfungsamt, sofern sie dies nicht bereits vor Erlass des Bescheids getan hat, innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheids über die Auflegung je ein Wahlfach aus den beiden Wahlfachgruppen und das von ihr gewählte Fach für die zweite Aufsichtsbearbeitung mitzuteilen.
- (4) Beabsichtigt die antragstellende Person, die ihr auferlegte Eignungsprüfung zunächst nicht abzulegen, so hat sie dies dem Prüfungsamt innerhalb eines Monats nach Zugang des Bescheids über die Auflegung mitzuteilen. Beabsichtigt die antragstellende Person sodann später, die Eignungsprüfung abzulegen, hat sie dies dem Prüfungsamt anzuzeigen. Ab dem Zeitpunkt dieser Anzeige gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.“

erforderlich sind, genügen Bescheinigungen des Heimat- oder Herkunftsstaates, die den Anforderungen des Artikels 50 Absatz 1 in Verbindung mit Anhang VII Nummer 1 Buchstabe d bis f der Richtlinie 2005/36/EG entsprechen.

§ 37

Europäische Verwaltungszusammenarbeit, Bescheinigungen

- (1) Für die europäische Verwaltungszusammenarbeit gelten die §§ 8a bis 8e des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes mit der Maßgabe, dass ausbleibende Ersuchen auch in anderen Sprachen verfasst werden dürfen und eingehende Ersuchen auch erledigt werden dürfen, wenn sich ihr Inhalt nicht in deutscher Sprache aus den Akten ergibt.
- (2) Benötigt ein Rechtsanwalt, um auf der Grundlage eines Rechtsakts der Europäischen Union in einem anderen Staat tätig sein zu können, eine Bescheinigung der Rechtsanwaltskammer, so stellt ihm die Rechtsanwaltskammer diese innerhalb eines Monats aus.

§ 38

Mitteilungspflichten gegenüber anderen Staaten

(1) Ist ein Rechtsanwalt auch in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz tätig, so teilt die Rechtsanwaltskammer der zuständigen Stelle des anderen Staates über das Binnenmarkt-Informationssystem der Europäischen Union Folgendes mit:

1. berufsrechtliche Sanktionen,
2. strafrechtliche oder in Ordnungswidrigkeitenverfahren verhängte Sanktionen, die sich auf die Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit auswirken können, und
3. sonstige schwerwiegende Sachverhalte, die sich auf die Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit auswirken können.

Satz 1 gilt auch für niedergelassene europäische Rechtsanwälte, sofern die Mitteilung nicht schon nach § 9 Verwaltungsvollstreckungsgesetz zu erfolgen. In ihr ist auf die zulässigen Rechtsbehelfe gegen die Entscheidung über die Mitteilung nach Absatz 1 zu veranlassen, hinzuweisen. Wird ein Rechtsbehelf gegen die Entscheidung eingelegt, ergänzt die Rechtsanwaltskammer die Mitteilung nach Absatz 1 um einen entsprechenden Hinweis.

- (2) Unverzüglich nach einer Mitteilung nach Absatz 1 hat eine Mitteilung nach § 8d Absatz 2 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes zu erfolgen. In ihr ist auf die zulässigen Rechtsbehelfe gegen die Entscheidung, die Mitteilung nach Absatz 1 zu veranlassen, hinzuweisen. Wird ein Rechtsbehelf gegen die Entscheidung eingelegt, ergänzt die Rechtsanwaltskammer die Mitteilung nach Absatz 1 um einen entsprechenden Hinweis.
- (3) Die Vorschriften des § 9 sind entsprechend anzuwenden auf Rechtsanwälte, die in Deutschland zugelassen sind und in einem der anderen in Absatz 1 Satz 1 genannten Staaten unter ihrer ursprünglichen Berufsbezeichnung niedergelassen sind. Absatz 1 Satz 1 gilt in diesem Fall nur insoweit, als die Mitteilung nicht schon nach Satz 1 erfolgt.

- (4) Absatz 1 Satz 1 gilt für dienstleistende europäische Rechtsanwälte entsprechend.

4. in § 4 werden die Wörter „der Zulassung“ durch die Wörter „Ablauf der Frist nach § 3 Absatz 4 Satz 1 und nach einer Anzeige nach § 3 Absatz 4 Satz 2“ ersetzt.

5. § 5 wird wie folgt gefasst:

- „§ 5
Erlass von Prüfungsleistungen
- Begibt die antragstellende Person den Erlass von Prüfungsleistungen, so hat sie nachzuweisen:
1. Inhalte ihrer beruflichen Ausbildung durch ein Prüfungszeugnis,
 2. erworbene Berufspraxis entsprechend § 12 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland und
 3. Weiterbildungsmaßnahmen durch geeignete Bescheinigungen.“
6. § 13 wird aufgehoben.
7. § 13a wird § 13.

Artikel 4

Änderung der Patentanwaltsordnung

Die Patentanwaltsordnung vom 7. September 1966 (BGBl. I S. 457), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2517) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „oder die Eignungsprüfung nach dem Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft vom 6. Juli 1990 (BGBl. I S. 1349) bestanden hat“ durch die Wörter „hat oder über eine Bescheinigung nach § 2 Absatz 5 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland verfügt“ ersetzt.
2. In § 6 Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „als“ die Wörter „die Bewerberin oder“ eingefügt und wird das Wort „daß“ durch die Wörter „dass sie oder“ ersetzt.
3. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Der“ durch die Wörter „Die Bewerberin oder der“ ersetzt und wird die Angabe „(§ 11)“ gestrichen.
 - b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „sechs“ durch das Wort „zwölf“ ersetzt.
 - c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Der Präsident des Patentamts bestimmt nach Anhörung der Patentanwaltskammer Leitlinien für die Voraussetzungen, unter denen eine im Ausland durchgeführte Ausbildung nach Absatz 2 anzuerkennen ist. In den Leitlinien sind insbesondere die Anforderungen an die Organisation und den Inhalt der Ausbildung sowie an die ausbildende Person zu regeln. Die Leitlinien sind auf der Internetseite des Patentamts zu veröffentlichen.“
 - d) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Der“ durch die Wörter „Die Bewerberin oder der“ ersetzt.
 - e) In Absatz 5 Satz 1 werden nach dem Wort „von“ die Wörter „Bewerberinnen und“ eingefügt.
4. In § 8 Satz 2 werden nach dem Wort „ob“ die Wörter „die Bewerberin oder“ eingefügt.
5. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden nach dem Wort „wenn“ die Wörter „die Bewerberin oder“ eingefügt.

- b) in Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „ist“ die Wörter „der Bewerberin oder“ eingefügt.
 - c) In den Absätzen 4 und 5 werden jeweils nach dem Wort „kann“ die Wörter „die Bewerberin oder“ eingefügt.
6. In § 11 Absatz 1 werden die Wörter „oder die Eignungsprüfung nach dem Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft“ gestrichen.
7. § 12 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „des Bewerbers“ durch die Wörter „der Bewerberin oder des Bewerbers“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden nach den Wörtern „Unterhalts der“ die Wörter „Bewerberinnen und“ eingefügt.
 - c) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Bewerberinnen und Bewerber, die zur Prüfung zugelassen werden, haben an den Präsidenten des Patentamts eine Prüfungsgebühr zu entrichten. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über die Höhe der Prüfungsgebühr, deren Erhebung und deren Stundung oder Erlass zu erlassen.“
8. § 14 wird wie folgt geändert:
- a) In den Nummern 1 bis 3 werden jeweils die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.
 - b) In Nummer 4 werden die Wörter „den Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.
 - c) In Nummer 5 werden die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ und wird das Wort „ihm“ durch das Wort „sie“ ersetzt.
 - d) In den Nummern 6 bis 8 werden jeweils die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.
 - e) In Nummer 9 werden die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“, die Wörter „des Bewerbers“ durch die Wörter „der antragstellenden Person“ und die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.
 - f) In Nummer 10 werden die Wörter „der Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“, die Wörter „daß er die ihm“ durch die Wörter „dass sie die ihr“ und die Wörter „daß seine“ durch die Wörter „dass ihre“ ersetzt.
9. In § 17 Absatz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „den Bewerber“ durch die Wörter „die antragstellende Person“ ersetzt.
10. § 18 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Urkunde darf erst ausgehändigt werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber

 1. vereidet ist und
 2. den Abschluss der Berufspflichtversicherung nachgewiesen oder eine vorläufige Deckungszusage vorgelegt hat.“
 - b) In Absatz 3 werden nach dem Wort „wird“ die Wörter „die Bewerberin oder“ eingefügt.
11. In § 26 Absatz 2 werden die Wörter „oder errichtet er eine Zweigstelle“ durch ein Komma und die Wörter „errichtet er eine weitere Kanzlei oder eine Zweigstelle oder gibt er eine weitere Kanzlei oder eine Zweigstelle auf“ ersetzt.

in diesem Fall wird die Mitgliedschaft erst mit dem Zeitpunkt des Beginns der Tätigkeit begründet“.

- cc) Die bisherige Nummer 2 wird Nummer 3 und die Wörter „die Tätigkeit abweichend von § 18 Absatz 4“ werden durch die Wörter „abweichend von § 18 Absatz 4 die Tätigkeit“ ersetzt.

15. § 41d wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „dieses Gesetzes“ gestrichen.
- b) In Absatz 3 wird die Angabe „43, 45“ durch die Wörter „43 und 44 Absatz 2 und 3 sowie die §§ 45“ ersetzt.
- c) In Absatz 4 Satz 2 wird nach der Angabe „§ 5“ die Angabe „Absatz 1“ eingefügt und wird das Wort „gesondert“ durch das Wort „weitere“ ersetzt.
- d) In Absatz 5 Satz 2 wird nach der Angabe „§ 5“ die Angabe „Absatz 1“ eingefügt.

16. § 44 wird wie folgt gefasst:

„§ 44 Handakten

(1) Der Patentanwalt muss durch das Führen von Handakten ein geordnetes und zureichendes Bild über die Bearbeitung seiner Aufträge geben können. Er hat die Handakten für die Dauer von sechs Jahren aufzubewahren. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde.

(2) Dokumente, die der Patentanwalt aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat, hat der Patentanwalt seinem Auftraggeber auf Verlangen herauszugeben. Macht der Auftraggeber kein Herausgabeverlangen geltend, hat der Patentanwalt die Dokumente für die Dauer der Frist nach Absatz 1 Satz 2 und 3 aufzubewahren. Diese Aufbewahrungspflicht gilt nicht, wenn der Patentanwalt den Auftraggeber aufgefordert hat, die Dokumente in Empfang zu nehmen, und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten nach Zugang nicht nachgekommen ist. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht für die Korrespondenz zwischen dem Patentanwalt und seinem Auftraggeber sowie für die Dokumente, die der Auftraggeber bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat.

(3) Der Patentanwalt kann seinem Auftraggeber die Herausgabe der Dokumente nach Absatz 2 Satz 1 so lange verweigern, bis er wegen der ihm vom Auftraggeber geschuldeten Honorare und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit das Vorgehen nach den Umständen unangemessen wäre.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend, sofern sich der Patentanwalt zum Führen von Handakten oder zur Verwahrung von Dokumenten der elektronischen Datenverarbeitung bedient.

(5) In anderen Vorschriften getroffene Regelungen zu Aufbewahrungs- und Herausgabepflichten bleiben unberührt.“

17. § 45 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 5 werden die Wörter „1 vom Hunderter“ durch die Wörter „einem Prozent“ ersetzt.
- b) Absatz 8 wird aufgehoben.
- c) Der bisherige Absatz 9 wird Absatz 8 und in Satz 1 werden die Wörter „bestandener Eignungsprüfung nach dem Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft“ durch die Wörter „einer Bescheinigung nach § 2 Absatz 5 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland“ ersetzt.

18. § 45a Absatz 3 wird aufgehoben.

12. § 29 wird wie folgt gefasst:

„§ 29

Patentanwaltsverzeichnis, Verordnungsermächtigung

(1) Die Patentanwaltskammer führt ein elektronisches Verzeichnis der zugelassenen Patentanwälte. Sie nimmt Neueintragungen nur nach Durchführung eines Identifizierungsverfahrens vor. Die Patentanwaltskammer trägt die datenschutzrechtliche Verantwortung für die von ihr in das Verzeichnis eingegebenen Daten, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Erhebung und die Richtigkeit der Daten.

(2) Das Verzeichnis dient der Information der Behörden und Gerichte, der Rechtsuchenden sowie anderer am Rechtsverkehr Beteiligter. Die Einsicht in das Verzeichnis steht jedem unentgeltlich zu. Die Suche in dem Verzeichnis wird durch ein elektronisches Suchsystem ermöglicht.

(3) In das Verzeichnis hat die Patentanwaltskammer einzutragen:

1. den Familiennamen und den oder die Vornamen des Patentanwalts;
2. den Namen der Kanzlei und deren Anschrift; wird keine Kanzlei geführt, eine zustellfähige Anschrift;
3. den Namen und die Anschrift bestehender weiterer Kanzleien und Zweigstellen;
4. von dem Patentanwalt mittelbare Kommunikationsdaten und Internetadressen der Kanzlei und bestehender weiterer Kanzleien und Zweigstellen;
5. den Zeitpunkt der Zulassung;
6. bestehende Berufs-, Berufsausübungs- und Vertretungsverbote sowie bestehende, sofort vollziehbare Rücknahmen und Widerrufe der Zulassung;
7. die Bestellung eines Vertreters oder Abwicklers sowie die Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten unter Angabe von Familienname, Vorname oder Vornamen und Anschrift des Vertreters, Abwicklers oder Zustellungsbevollmächtigten;
8. in den Fällen des § 26 Absatz 3 Satz 1 oder des § 27 Absatz 2 Satz 1 den Inhalt der Befreiung.

(4) Die Eintragungen zu einem Patentanwalt in dem Verzeichnis werden gesperrt, sobald dessen Mitgliedschaft in der Patentanwaltskammer endet. Die Eintragungen werden anschließend nach angemessener Zeit gelöscht. Wird ein Abwickler bestellt, erfolgt keine Sperrung; eine bereits erfolgte Sperrung ist aufzuheben. Eine Löschung erfolgt erst nach Beendigung der Abwicklung.

(5) Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz regelt durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten der Datenerhebung für das elektronische Verzeichnis der Patentanwaltskammer, der Führung des Verzeichnisses und der Einsichtnahme in das Verzeichnis.“

13. In § 30 Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Verwaltungsverfahren“ die Wörter „nach diesem Gesetz“ eingefügt.

14. § 41b wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 werden die Wörter „den §§ 5 bis 8“ durch die Angabe „§ 5 Absatz 1“ ersetzt.
- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird das Wort „und“ durch ein Semikolon ersetzt.
 - bb) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:
 - „2. abweichend von § 18 Absatz 3 die Bewerberin oder der Bewerber unbeschadet des § 18 Absatz 1, 2 Nummer 1 und Absatz 4 mit der Zulassung rückwirkend zu dem Zeitpunkt Mitglied der Patentanwaltskammer wird, zu dem der Antrag auf Zulassung dort eingegangen ist, sofern nicht die Tätigkeit, für die die Zulassung erfolgt, erst nach der Antragstellung begonnen hat;

19. § 46 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „einen Bewerber, der“ durch die Wörter „einen Bewerberin oder einen Bewerber, die jeder der“ ersetzt.

b) In Absatz 6 wird nach der Angabe „Satz 1“ die Angabe „und 2“ eingefügt.

20. § 48 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Für weitere Kanzleien kann derselbe oder ein anderer Abwickler bestellt werden.“

- b) In Absatz 5 werden die Wörter „Ein Abwickler kann auch für die Kanzlei“ durch die Wörter „Abwickler können auch für die Kanzlei und weitere Kanzleien“ ersetzt.

21. § 50 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„Auf das Verfahren sind die §§ 307 bis 309 und 311a der Strafprozessordnung sinngemäß anzuwenden.“

- b) Dem Absatz 4 werden die folgenden Sätze angefügt:

„§ 767 der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, nur insoweit zulässig sind, als sie nicht in dem Verfahren nach Absatz 3 geltend gemacht worden konnten. Solche Einwendungen sind im Wege der Klage bei dem in § 797 Absatz 5 der Zivilprozessordnung bezeichneten Gericht geltend zu machen.“

22. In § 51 Absatz 3 werden die Wörter „Abschriften einzelner Schriftstücke“ durch die Wörter „Kopien einzelner Dokumente“ ersetzt.

23. § 52 wird wie folgt gefasst:

„§ 52

Ausbildung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Patentanwaltschaft

Der Patentanwalt hat Bewerberinnen und Bewerber, die zur Ausbildung bei ihm beschäftigt sind, in den Aufgaben des Patentanwalts zu unterweisen, sie anzuleiten, ihnen Gelegenheit zu praktischen Arbeiten zu geben und ihnen die für die Durchführung eines Studiums (§ 7 Absatz 4 Satz 2) erforderliche Zeit zu gewähren. Er soll sie zudem dabei unterstützen, eine Ausbildung bei einem Gericht für Patentsstreitsachen durchzuführen.“

24. In § 52a Absatz 2 Nummer 1 werden die Wörter „Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder“ gestrichen und wird die Angabe „§ 154a“ durch die Wörter „§ 20 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland“ ersetzt.

25. § 52b wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird das Komma durch einen Doppelpunkt ersetzt.

bbb) In Buchstabe b wird dem Wort „Umgang“ das Wort „sorgfältiger“ vorangestellt.

ccc) Buchstabe g wird durch die folgenden Buchstaben g und h ersetzt:

g) Kanzleipflicht und Pflichten bei der Einrichtung und Unterhaltung von weiteren Kanzleien und Zweigstellen,

h) Fortbildungspflicht.“

bb) In Nummer 5 wird in dem Satzteil vor Buchstabe a das Komma durch einen Doppelpunkt ersetzt.

cc) In Nummer 7 werden nach den Wörtern „Mitgliedern der Patentanwaltskammer“ ein Komma und die Wörter „die Pflichten bei der Bestellung von Anwalt zu Anwalt“ eingefügt.

26. § 53 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 3 wird aufgehoben.

b) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.

27. In § 52m Absatz 2 werden die Wörter „§ 46 sowie die §§ 49 bis 52 und“ durch die Wörter „die §§ 46, 49 bis 52 und 52b sowie“ ersetzt.

28. § 53 wird wie folgt gefasst:

„§ 53

Bildung und Zusammensetzung der Patentanwaltskammer

(1) Es wird eine Patentanwaltskammer gebildet. Ihr Sitz wird durch ihre Satzung bestimmt.

(2) Mitglieder der Patentanwaltskammer sind

1. Personen, die von ihr zur Patentanwaltschaft zugelassen oder von ihr aufgenommen wurden,
2. Patentanwaltsvereinigungen, die von ihr zugelassen wurden, und
3. Geschäftsführer von Patentanwaltsvereinigungen nach Nummer 2, die nicht schon nach Nummer 1 Mitglied der Patentanwaltskammer sind.

(3) Die Mitgliedschaft in der Patentanwaltskammer erlischt

1. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1, wenn die Voraussetzungen des § 20 vorliegen,
2. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 2, wenn die Voraussetzungen des § 52h Absatz 1 bis 4 vorliegen,
3. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 3, wenn bei der Patentanwaltsvereinerung die Voraussetzungen des § 52h Absatz 1 bis 4 vorliegen, gegen den Geschäftsführer eine bestandskräftige Entscheidung im Sinne des § 97a Satz 2 ergangen ist oder die Geschäftsführungstätigkeit für die Patentanwaltsvereinerung beendet ist.“

29. In § 55 Nummer 2 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.

30. § 57 wird wie folgt gefasst:

„§ 57

Stellung der Patentanwaltskammer

(1) Die Patentanwaltskammer ist eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts.

(2) Der Präsident des Patentamts führt die Staatsaufsicht über die Patentanwaltskammer. Die Aufsicht beschränkt sich darauf, dass Gesetz und Satzung beachtet und insbesondere die der Patentanwaltskammer übertragenen Aufgaben erfüllt werden.“

31. § 58 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Die Mitglieder des Vorstands werden von den Mitgliedern der Kammer in geheimer und unmittelbarer Wahl durch Briefwahl gewählt. Die Wahl kann auch als elektronische Wahl durchgeführt werden. Gewählt sind die Bewerberinnen oder Bewerber, die die meisten Stimmen auf sich vereinen.“
32. In § 60 Nummer 3 werden nach dem Wort „Geldbuße“ die Wörter „(§ 96 Absatz 1 Nummer 3)“ eingefügt.
33. § 63 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) Scheidet ein Mitglied des Vorstands vorzeitig aus, so ist es für den Rest seiner Amtszeit durch ein neues Mitglied zu ersetzen. Davon kann abgesehen werden, wenn die Zahl der Mitglieder des Vorstands nicht unter sieben sinkt. Die Ersetzung kann durch das Nachrücken einer bei der letzten Wahl nicht gewählten Person oder durch eine Nachwahl erfolgen. Das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung der Kammer.“
34. § 69 Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 6 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) In Nummer 8 werden nach den Wörtern „Ausbildung der“ und „vor“ jeweils die Wörter „Bewerbsrinnen und“ eingefügt.
35. § 70 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- „Die Rüge kann mit einer Geldbuße von bis zu zweitausend Euro verbunden werden.“
- b) In Absatz 6 wird die Angabe „Abs. 1 Satz 2“ durch die Wörter „Absatz 2 Nummer 3“ ersetzt.
- c) Folgender Absatz 7 wird angefügt:
- „(7) Geldbußen nach Absatz 1 Satz 3 fliessen dem Haushalt der Patentanwaltskammer zu. Sie werden auf Grund einer von dem Schatzmeister erteilten, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen beglaubigten Abschrift des Rügebescheids nach den Vorschriften beigegeben, die für die Vollstreckung von Urteilen in bürgerlichen Rechtssachen gelten. Die Zwangsvollstreckung darf erst beginnen, nachdem der Rügebescheid unanfechtbar geworden ist. § 767 der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, nur insoweit zulässig sind, als sie nicht in dem Verfahren nach Absatz 5 und nach § 76a Absatz 1 geltend gemacht werden konnten. Solche Einwendungen sind im Wege der Klage bei dem in § 797 Absatz 5 der Zivilprozessordnung bezeichneten Gericht geltend zu machen.“
36. § 76a wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Satz 2 wird wie folgt gefasst:
- „Auf das Verfahren sind die §§ 308, 309 und 311a der Strafprozessordnung sinngemäß anzuwenden.“
- bb) Folgender Satz wird angefügt:
- „Der Rügebescheid darf in Art und Höhe der Rechtsfolge nicht zum Nachteil des Patentanwalts geändert werden.“
- b) In Absatz 7 wird die Angabe „Abs. 1 Satz 2“ durch die Wörter „Absatz 2 Nummer 3“ ersetzt.
37. In § 71 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 werden jeweils nach dem Wort „Patentanwälte“ das Komma und das Wort „Bewerber“ gestrichen.
38. § 73 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 werden jeweils die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) In Absatz 4 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- c) § 77 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
- „(3) § 767 der Zivilprozessordnung gilt mit der Maßgabe, dass Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, nur insoweit zulässig sind, als sie nicht im Wege der Anfechtung der vollstreckbaren Zahlungsaufforderung in dem Verfahren nach § 94a Absatz 1 geltend gemacht werden konnten. Solche Einwendungen sind im Wege der Klage bei dem in § 797 Absatz 5 der Zivilprozessordnung bezeichneten Gericht geltend zu machen.“
41. § 78 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ und die Wörter „der Versammlung“ durch die Wörter „der Kammerversammlung“ ersetzt.
- c) In Absatz 3 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
42. § 79 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) In den Absätzen 2 und 3 wird jeweils das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
43. In § 80 Absatz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
44. § 81 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.
- c) In Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- d) In Absatz 5 werden die Wörter „der Versammlung der Kammer“ gestrichen.
45. § 82 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
- bb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:
- „2. die Geschäftsordnung der Kammer zu beschließen.“
- cc) In Nummer 3 werden nach den Wörtern „Ausbildung der“ die Wörter „Bewerberinnen und“ eingefügt.
- c) Absatz 3 wird aufgehoben.

46. § 87 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „bei dem Oberlandesgericht“ gestrichen.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:
„(2) Die Landesregierungen werden ermächtigt, die den Landesjustizverwaltungen nach Absatz 1 zusehenden Befugnisse durch Rechtsverordnung auf den Landesjustizverwaltungen nachgeordnete Behörden zu übertragen. Die Landesregierungen können die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.“
47. In § 94a Absatz 1 werden dem Wortlaut die Wörter „Wahlen nach § 58 Absatz 2 sowie“ vorangestellt.
48. Nach § 94f wird folgender § 94g eingefügt:
- „§ 94g
Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise
- Wird durch das Oberlandesgericht oder den Bundesgerichtshof festgestellt, dass ein Patentanwalt bei einem Antrag auf Anerkennung seiner Berufsqualifikation nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat, hat das Gericht seine Entscheidung spätestens am Tag nach dem Eintritt der Rechtskraft der Patentanwaltskammer zu übermitteln.“
49. In § 97a Satz 1 wird die Angabe „Abs. 1 Satz 2“ durch die Wörter „Absatz 2 Nummer 3“ ersetzt.
50. Nach § 103 Absatz 1 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
„Wurde eine Rüge mit einer Geldbuße verbunden, ist die Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens wegen desselben Verhaltens nur zulässig, wenn eine zusätzliche berufsgerichtliche Maßnahme erforderlich ist; § 103a gilt entsprechend.“
51. § 144a wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
„(1) Eintragungen in den über den Patentanwalt geführten Akten über die in Satz 4 genannten Maßnahmen und Entscheidungen sind nach Ablauf der in Satz 4 bestimmten Fristen zu tilgen. Dabei sind die über diese Maßnahmen und Entscheidungen entstandenen Vorgänge aus den Akten zu entfernen und zu vernichten. Die Sätze 1 und 2 gelten sinngemäß, wenn die Akten über den Patentanwalt elektronisch geführt werden. Die Fristen betragen

- 1. fünf Jahre; bei
 - a) Warnungen,
 - b) Rügen, auch wenn sie mit einer Geldbuße verbunden sind,
 - c) Belohnungen,
 - d) strafgerichtlichen Verurteilungen und anderen Entscheidungen in Verfahren wegen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten oder der Verletzung von Berufspflichten, die nicht zu einer anwaltsgerichtlichen Maßnahme oder Rüge geführt haben;
 - 2. zehn Jahre bei Verweisen und Geldbußen (§ 96 Absatz 1 Nummer 3).“
- b) In Absatz 2 werden die Wörter „berufsgerichtliche Maßnahme“ durch die Wörter „Maßnahme oder Entscheidung“ ersetzt.

Artikel 5
Gesetz über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland
(EuPAG)

I n h a l t s ü b e r s i c h t

T e i l 1

V o r a u s s e t z u n g e n f ü r d i e Z u l a s s u n g z u r P a t e n t a n w a l t s c h a f t

§ 1	Feststellungsantrag
§ 2	Entscheidung über den Antrag
§ 3	Zweck der Eignungsprüfung
§ 4	Zuständige Stelle für die Eignungsprüfung
§ 5	Prüfungsfächer
§ 6	Prüfungsleistungen
§ 7	Prüfungsentscheidung
§ 8	Wiederholung der Eignungsprüfung
§ 9	Prüfungsgebühr
§ 10	Verordnungsermächtigung

- § 11 Bescheinigungen des Heimat- oder Herkunftsstaates
§ 12 Partieller Zugang zum Beruf des Patentanwalts

Teil 2

Vorübergehende Dienstleistung

- § 13 Dienstleistender europäischer Patentanwalt
§ 14 Berufserfahrung
§ 15 Meldung
§ 16 Rechte und Pflichten
§ 17 Berufshaftpflichtversicherung
§ 18 Aufsicht
§ 19 Berufsgerechtheit und Mitteilungspflichten

Teil 3

Berufsausübung als niedergelassener europäischer Patentanwalt

- § 20 Niedergelassener europäischer Patentanwalt
§ 21 Aufnahme in die Patentanwaltskammer und berufliche Stellung

Teil 4

Allgemeine Vorschriften

- § 22 Ergänzende Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes
§ 23 Rechtsweg in verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten
§ 24 Europäische Verwaltungszusammenarbeit und Bescheinigungen
§ 25 Mitteilungspflichten gegenüber anderen Mitgliedsstaaten
§ 26 Gleichgestellte Staaten
§ 27 Statistik
§ 28 Gebühren und Auslagen
§ 29 Anwendung von Vorschriften des Strafgesetzbuches
§ 30 Übergangsregelung

Teil 1

Voraussetzungen für die Zulassung zur Patentanwaltschaft

§ 1

Feststellungsantrag

- (1) Eine Person, die im Besitz eines Ausbildungs- oder Befähigungsnachweises im Sinne der Absätze 2 und 3 ist, kann zum Zweck der Zulassung zur Patentanwaltschaft die Feststellung beantragen, dass die von ihr erworbene Berufsqualifikation die Voraussetzungen erfüllt, die für die Ausübung des Berufs des Patentanwalts in Deutschland erforderlich sind. Der Antrag ist beim Deutschen Patent- und Markenamt zu stellen.
- (2) Die antragstellende Person muss im Besitz eines Ausbildungs- oder Befähigungsnachweises im Sinne des Artikels 11 Buchstabe b, c, d oder e der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) geändert worden ist, sein, der
1. von der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union (Mitgliedsstaat), in dem der Beruf des Patentanwalts reglementiert ist, ausgestellt wurde und der sie berechtigt, in diesem Mitgliedsstaat den Beruf des Patentanwalts auszuüben,
 2. von der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedsstaates, in dem der Beruf des Patentanwalts nicht reglementiert ist, ausgestellt wurde und der bescheinigt, dass sie in einem reglementierten Ausbildungsgang auf die Ausübung des Berufs vorbereitet wurde,
 3. von der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedsstaates, in dem der Beruf des Patentanwalts nicht reglementiert ist, ausgestellt wurde und der bescheinigt, dass sie in einem nicht reglementierten Ausbildungsgang auf die Ausübung des Berufs vorbereitet wurde, wobei ein solcher Nachweis jedoch nur dann ausreichend ist, wenn die Person zudem nachweist, dass sie in einem Mitgliedsstaat, in dem der Beruf des Patentanwalts nicht reglementiert ist, innerhalb der vorangegangenen zehn Jahre mindestens ein Jahr lang den Beruf des Patentanwalts ausgeübt hat, oder
 4. in einem Staat, der nicht Mitgliedsstaat ist, ausgestellt wurde und der von einem anderen Mitgliedsstaat, in dem der Beruf des Patentanwalts reglementiert ist, anerkannt wurde, wobei ein solcher Nachweis jedoch nur dann ausreichend ist, wenn die Person zudem in dem Mitgliedsstaat ausweislich einer Bescheinigung der dort zuständigen Behörde mindestens drei Jahre den Beruf des Patentanwalts ausgeübt hat.
- (3) Betrifft der Ausbildungs- und Befähigungsnachweis in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1 bis 3 eine Ausbildung, die nicht überwiegend in Mitgliedsstaaten durchgeführt wurde, so muss die antragstellende Person in dem Mitgliedsstaat, in dem der Nachweis ausgestellt wurde, den Beruf des Patentanwalts mindestens drei Jahre ausgeübt haben.
- (4) Dem Antrag nach Absatz 1 sind beizufügen:
1. ein tabellarischer Lebenslauf,
 2. der nach Absatz 2 erforderliche Ausbildungs- oder Befähigungsnachweis im Original oder in Kopie,
 3. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1 bis 3 ein Nachweis darüber, dass mehr als die Hälfte der Ausbildungszeit in einem Mitgliedsstaat durchgeführt wurde,
 4. in den Fällen des Absatzes 2 Nummer 3 und 4 sowie des Absatzes 3 die erforderliche Bescheinigung über die Berufsausübung.

5. eine Erklärung darüber, ob schon einmal ein Antrag nach Absatz 1 gestellt oder eine Eignungsprüfung abgelegt wurde, und
 6. für den Fall, dass geltend gemacht wird, dass Unterschiede nach § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 nach § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 vollständig ausgeglichen wurden, geeignete Nachweise hierüber.
- (5) Der Antrag und die nach Absatz 4 Nummer 1 und 5 beizufügenden Dokumente sind in deutscher Sprache abzufassen.

§ 2

Entscheidung über den Antrag

- (1) Das Deutsche Patent- und Markenamt bestätigt den Eingang des Antrags nach § 1 innerhalb eines Monats. Innerhalb dieser Frist teilt es der antragstellenden Person auch mit, ob Dokumente fehlen oder von Dokumenten einfache oder beglaubigte Übersetzungen vorzulegen sind. Das Deutsche Patent- und Markenamt entscheidet über den Antrag spätestens vier Monate nach Eingang aller erforderlichen Dokumente.
- (2) Das Deutsche Patent- und Markenamt lehnt den Antrag ab, wenn die antragstellende Person die Voraussetzungen des § 1 Absatz 2 und 3 nicht erfüllt oder die erforderlichen Dokumente nicht vorlegt.
- (3) Das Deutsche Patent- und Markenamt erlegt der antragstellenden Person die Ablegung einer Eignungsprüfung auf, wenn
 1. sich ihre berufliche Ausbildung auf Fächer bezog, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die für die Ausübung des Berufs des Patentanwalts in Deutschland erforderlich sind, und
 2. diese Unterschiede nicht anderweitig, insbesondere durch Berufspraxis oder Weiterbildungsmaßnahmen, ausgeglichen wurden.

Die Auflegung einer Eignungsprüfung gilt als Entscheidung nach Absatz 1 Satz 3. Beabsichtigt das Deutsche Patent- und Markenamt, von der Auflegung einer Eignungsprüfung abzusehen, so hat es zuvor eine Stellungnahme der Patentanwaltskammer einzuholen.

- (4) Das Deutsche Patent- und Markenamt hat die Auflegung einer Eignungsprüfung zu begründen und der antragstellenden Person dabei mitzuteilen,

1. welchem Qualifikationsniveau nach Artikel 11 der Richtlinie 2005/36/EG in der jeweils geltenden Fassung zum einen die von ihr erlangte Berufsqualifikation und zum anderen die nach § 5 Absatz 2 der Patentanwaltsordnung geforderte Berufsqualifikation entspricht und
2. worin die Unterschiede nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 liegen und warum diese nicht nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 als ausgeglichen anzusehen sind.

- (5) Wer die Voraussetzungen des § 1 unmittelbar erfüllt oder die Eignungsprüfung besteht, erhält hierüber vom Deutschen Patent- und Markenamt eine Bescheinigung und wird nach den §§ 13 bis 34 und 41b bis 41d Absatz 1, 4 und 5 der Patentanwaltsordnung von der Patentanwaltskammer zur Patentanwaltschaft zugelassen.

- (6) Wer über eine Bescheinigung nach Absatz 5 verfügt, ist berechtigt, die Bezeichnung „Patentassessor“ oder „Patentassessorin“ zu führen.

§ 3

Zweck der Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung ist eine ausschließlich die beruflichen Kenntnisse und Kompetenzen der antragstellenden Person betreffende staatliche Prüfung. Mit ihr soll die Fähigkeit der antragstellenden Person, den Beruf des Patentanwalts in Deutschland auszuüben, beurteilt werden. Die Eignungsprüfung muss den Umständen Rechnung tragen, dass die antragstellende Person in einem Mitgliedsstaat über eine berufliche Qualifikation für patentanwaltliche Tätigkeiten verfügt.

§ 4

Zuständige Stelle für die Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung wird vor der für die Patentanwaltsprüfung zuständigen Kommission beim Deutschen Patent- und Markenamt abgelegt. Das Deutsche Patent- und Markenamt hat die Ablegung der Eignungsprüfung innerhalb von sechs Monaten nach deren Auflegung zu ermöglichen.

§ 5

Prüfungsfächer

Die Eignungsprüfung erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht, jeweils einschließlich des zugehörigen Verfahrensrechts,
2. Markenrecht und Designrecht, jeweils einschließlich des zugehörigen Verfahrensrechts,
3. Bürgerliches Recht, Handelsrecht und Zivilprozessrecht, soweit diese Rechtsgebiete für die Ausübung des Berufs des Patentanwalts von Bedeutung sind,
4. Recht der Arbeitnehmererfindungen,
5. Wettbewerbsrecht einschließlich Kartellrecht, soweit diese Rechtsgebiete für die Ausübung des Berufs des Patentanwalts von Bedeutung sind,
6. Sortenschutzrecht und
7. Berufsrecht des Patentanwalts.

§ 6

Prüfungsleistungen

- (1) Die Eignungsprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Sie wird in deutscher Sprache abgelegt.

- (2) Die Prüfungskommission erlässt dem Prüfling auf Antrag einzelne Prüfungsleistungen ganz oder teilweise, wenn er nachweist, dass er durch seine berufliche Ausbildung oder anderweitig, insbesondere durch Berufspraxis oder Weiterbildungsmaßnahmen, in einem Prüfungsfach die für die Ausübung des Patentanwaltsberufs in Deutschland erforderlichen materiell-rechtlichen und verfahrensrechtlichen Kenntnisse im deutschen Recht erworben hat. Ein Antrag nach Satz 1 soll möglichst zusammen mit dem Antrag nach § 1 Absatz 1 gestellt werden. Die Prüfungskommission kann vor dem Erlass von Prüfungsleistungen eine Stellungnahme der Patentanwaltskammer einholen.

- (3) Die schriftliche Prüfung umfasst vier Klausuren. Der Schwerpunkt je einer Klausur hat auf je einem der in § 5 Nummer 1 bis 4 genannten Prüfungsfächer zu liegen.

- (4) Der Prüfling wird zur mündlichen Prüfung nur zugelassen, wenn mindestens zwei Klausuren den Anforderungen genügen; anderenfalls gilt die Prüfung als nicht bestanden. Sofern dem Prüfling Klausuren nach Absatz 2 vollständig erlassen wurden, sind diese als den Anforderungen genügend im Sinne des Satzes 1 zu werten.

Prüfungsentscheidung

§ 7

Die Prüfungskommission entscheidet aufgrund des Gesamteindrucks der in der schriftlichen und der mündlichen Prüfung erbrachten Leistungen mit Stimmenmehrheit, ob der Prüfling über die nach § 3 erforderlichen Kenntnisse und Kompetenzen verfügt.

Wiederholung der Eignungsprüfung

§ 8

Die Eignungsprüfung kann wiederholt werden.

Prüfungsgebühr

§ 9

Wer die Eignungsprüfung ablegen will, hat an das Deutsche Patent- und Markenamt eine Prüfungsgebühr zu entrichten.

§ 10

Verordnungsermächtigung

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Einzelheiten der Eignungsprüfung zu regeln, insbesondere:

1. die prüfenden Personen,
2. den Ablauf des Prüfungsverfahrens,
3. die Prüfungsleistungen,
4. die Folgen eines ordnungswidrigen Verhaltens,
5. den Erlass von Prüfungsleistungen,
6. die Wiederholung der Prüfung,
7. die Zahl der Wiederholungsmöglichkeiten sowie
8. die Höhe und die Zahlung der Prüfungsgebühr.

§ 11

Bescheinigungen des Heimat- oder Herkunftstaates

Sofern für eine Entscheidung über die Zulassung zur Patentanwaltschaft nach § 2 Absatz 5 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 5 Absatz 1 Satz 1 der Patentanwaltsordnung

1. Bescheinigungen darüber, dass keine schwerwiegenden beruflichen Verfehlungen, Straftaten oder sonstigen Umstände bekannt sind, die die Eignung der antragstellenden Person für den Beruf des Patentanwalts in Frage stellen,
2. Bescheinigungen darüber, dass über das Vermögen der antragstellenden Person kein Insolvenzverfahren anhängig ist und die Person nicht für insolvent erklärt wurde,

3. Bescheinigungen über die körperliche oder geistige Gesundheit der antragstellenden Person oder
 4. Bescheinigungen über das Bestehen und den Umfang einer Berufshaftpflichtversicherung
- erforderlich sind, genügen Bescheinigungen des Heimat- oder Herkunftstaates, die den Anforderungen des Artikels 50 Absatz 1 in Verbindung mit Anhang VII Nummer 1 Buchstabe d bis f der Richtlinie 2005/36/EG in der jeweils geltenden Fassung entsprechen.

§ 12

Partieller Zugang zum Beruf des Patentanwalts

(1) Personen, deren Berechtigung zur Ausübung des Berufs des Patentanwalts in ihrem Herkunftstaat auf einen Teil der Rechtsgebiete beschränkt ist, auf denen Patentanwälte in Deutschland tätig werden dürfen, dürfen den Beruf des Patentanwalts mit der Beschränkung auf diese Rechtsgebiete auch in Deutschland ausüben, wenn

1. die Unterschiede zwischen ihrer Tätigkeit und der Tätigkeit eines Patentanwalts in Deutschland so groß sind, dass deren Ausgleich der Anforderung gleichkäm, die Befähigung für den Beruf des Patentanwalts nach § 5 Absatz 2 der Patentanwaltsordnung zu erwerben,
2. sich ihre Tätigkeit von den anderen Tätigkeiten trennen lässt, die von einem Patentanwalt in Deutschland zu erbringen sind,
3. der Erbringung ihrer Tätigkeit in Deutschland keine zwingenden Gründe des Allgemeininteresses entgegenstehen und
4. sie von der Patentanwaltskammer zur Patentanwaltschaft zugelassen wurden.

(2) Für die Erbringung der Bescheinigung nach § 2 Absatz 5 gelten die §§ 1 bis 11 mit der Maßgabe, dass sich insbesondere die nachzuweisenden Qualifikationen und Tätigkeiten, die die Eignungsprüfung und die Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation der Person jeweils nur auf die Rechtsgebiete erstrecken, auf denen die Person in dem anderen Mitgliedsstaat tätig werden darf. Klausuren nach § 6 Absatz 3 entfallen dann, wenn die ihren Schwerpunkt bildenden Prüfungsfächer nach § 5 Nummer 1 bis 4 ausschließlich solche Gegenstände betreffen, die vom Tätigkeitsbereich der Person nicht umfasst sind.

(3) Nach Absatz 1 partiell zugelassene Patentanwälte haben ihre patentanwaltliche Berufstätigkeit unter der in die deutsche Sprache übersetzten Berufsbezeichnung ihres Herkunftstaates auszuüben. Sie haben ihre Mandantschaft vor ihrer Mandatierung über den Umfang ihres Tätigkeitsbereichs aufzuklären.

Teil 2

Vorübergehende Dienstleistung

§ 13

Dienstleistender europäischer Patentanwalt

(1) Natürliche Personen, die in einem anderen Mitgliedsstaat zur Ausübung des Berufs des Patentanwalts rechtmäßig niedergelassen sind, dürfen die Tätigkeiten eines Patentanwalts in Deutschland vorübergehend und gelegentlich ausüben (dienstleistender europäischer Patentanwalt). Ob die Tätigkeiten vorübergehend und gelegentlich erbracht werden, ist im Einzelfall insbesondere anhand der Dauer, der Häufigkeit, der regelmäßigen Wiederkehr und der Kontinuität der Dienstleistung zu beurteilen.

(2) Der dienstleistende europäische Patentanwalt hat seine Tätigkeit unter der in seinem Niederlassungsstaat geltenden Berufsbezeichnung zu erbringen. Eine Verwechselung mit der Berufsbezeichnung „Patentanwalt“ oder „Patentanwältin“ muss ausgeschlossen sein. Die Bezeichnung „europäischer Patentanwalt“ darf als Berufsbezeichnung und in der Werbung nicht verwendet werden.

§ 14

Berufserfahrung

Ist im Niederlassungsstaat weder der Beruf des Patentanwalts noch die Ausbildung zum Beruf des Patentanwalts registriert, darf die Tätigkeit als dienstleistender europäischer Patentanwalt nur ausgeübt werden, wenn der Patentanwalt den Beruf in einem Mitgliedsstaat innerhalb der vorangegangenen zehn Jahre mindestens ein Jahr lang ausgeübt hat.

§ 15

Meldung

(1) Der dienstleistende europäische Patentanwalt ist verpflichtet, vor der ersten Erbringung seiner Dienstleistungen der Patentanwaltskammer schriftlich oder elektronisch Meldung zu erstatten. Seine Meldung hat zu enthalten:

1. Vornamen und Familienname,
2. die Geschäftsanschrift im Niederlassungsstaat und, sofern vorhanden, in Deutschland,
3. eine Bescheinigung darüber, dass er zur Ausübung des Berufs des Patentanwalts im Niederlassungsstaat rechtmäßig niedergelassen ist und dass ihm die Ausübung des Berufs nicht, auch nicht vorübergehend, untersagt ist,
4. einen Nachweis seiner Berufsqualifikation,
5. die Berufsbezeichnung nach § 13 Absatz 2,
6. im Fall des § 14 einen Nachweis, dass er den Beruf des Patentanwalts innerhalb der vorangegangenen zehn Jahre mindestens ein Jahr lang ausgeübt hat, und
7. einen Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung nach § 17 oder Angaben dazu, warum der Abschluss einer solchen Versicherung nicht möglich oder unzumutbar ist.

(2) Wesentliche Änderungen der nach Absatz 1 Satz 2 erforderlichen Angaben hat der dienstleistende europäische Patentanwalt der Patentanwaltskammer unverzüglich schriftlich oder elektronisch zu melden und, soweit erforderlich, zu belegen.

(3) Der dienstleistende europäische Patentanwalt hat die Meldung nach Absatz 1 Satz 1 jeweils nach Ablauf eines Jahres zu wiederholen, wenn er im folgenden Jahr erneut Dienstleistungen in Deutschland erbringen will. Diese Meldung kann sich auf die Angaben nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 7 beschränken.

(4) Sobald die Meldung nach Absatz 1 vollständig vorliegt, nimmt die Patentanwaltskammer für zunächst ein Jahr eine Eintragung des dienstleistenden europäischen Patentanwalts in einem von ihr zu führenden öffentlichen elektronischen Meldeverzeichnis der dienstleistenden europäischen Patentanwälte vor. Die Eintragung hat die Angaben nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, 2, 5 und 7 zu umfassen. Werden der Patentanwaltskammer nach Absatz 2 Änderungen mitgeteilt, hat sie das Meldeverzeichnis unverzüglich zu berichtigen. Bei einer Wiederholung der Meldung nach Absatz 3 verlängert die Patentanwaltskammer die Eintragung im Meldeverzeichnis um ein weiteres Jahr. Unterbleibt eine Wiederholung der Meldung nach Absatz 3, wird die Eintragung im Meldeverzeichnis zunächst gesperrt und nach angemessener Zeit gelöscht. Die Eintragung und die Einsicht in das Meldeverzeichnis sind kostenfrei.

§ 16

Rechte und Pflichten

Der dienstleistende europäische Patentanwalt hat die Stellung eines inländischen Patentanwalts, insbesondere dessen Rechte und Pflichten, soweit diese nicht die Zugehörigkeit zur Patentanwaltskammer sowie die Kanzlei betreffen. Von den Vorschriften des Dritten Teils der Patentanwaltsordnung gelten nur die §§ 39, 39a Absatz 1 bis 5, §§ 39b, 41, 43b und 51, § 18 Absatz 2 nicht unberührt. Die Vorschriften der nach § 52b der Patentanwaltsordnung erlassenen Berufsordnung gelten, soweit sie die §§ 39, 39a Absatz 1 bis 5, §§ 39b, 41 und 49a Absatz 1 der Patentanwaltsordnung daher ausgestalten.

§ 17

Berufshaftpflichtversicherung

Der dienstleistende europäische Patentanwalt ist verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus seiner Berufstätigkeit in Deutschland ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden abzuschließen, die nach Art und Umfang den durch seine berufliche Tätigkeit entstehenden Risiken angemessen ist. Ist dem Patentanwalt der Abschluss einer solchen Versicherung nicht möglich oder unzumutbar, hat er seinen Mandanten auf diese Tatsache und deren Folgen vor seiner Mandatierung in Textform hinzuweisen. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit die Tätigkeit eines Syndikuspateentanwalts ausgeübt wird.

§ 18

Aufsicht

(1) Dienstleistende europäische Patentanwälte werden durch die Patentanwaltskammer beaufsichtigt. Dem Vorstand der Patentanwaltskammer obliegt es insbesondere,

1. in Fragen der Berufspflichten eines Patentanwalts zu beraten und zu belehren;
2. die Erfüllung der Berufspflichten zu überwachen und das Recht der Rüge zu handhaben;
3. auf Antrag bei Streitigkeiten zwischen dienstleistenden europäischen Patentanwälten und inländischen Patentanwälten zu vermitteln; dies umfasst die Befugnis, Schlichtungsvorschläge zu unterbreiten;
4. auf Antrag bei Streitigkeiten zwischen dienstleistenden europäischen Patentanwälten und ihrer Mandantenschaft zu vermitteln; dies umfasst die Befugnis, Schlichtungsvorschläge zu unterbreiten.

Der Vorstand kann die in Satz 2 Nummer 1, 3 und 4 bezeichneten Aufgaben einzelnen Mitgliedern des Vorstands übertragen.

(2) § 49 Absatz 1, die §§ 50 und 69 Absatz 3 sowie die §§ 70, 70a, 144a, 148, 150a und 151 der Patentanwaltsordnung gelten entsprechend.

(3) Die Patentanwaltskammer kann bei Zweifeln an der Rechtmäßigkeit der Niederlassung des dienstleistenden europäischen Patentanwalts oder daran, dass gegen ihn keine berufs- oder strafrechtlichen Sanktionen vorliegen, von den zuständigen Behörden des Niederlassungsstaates Informationen einholen.

§ 19

Berufsgerechtheit und Mitteilungspflichten

(1) Der dienstleistende europäische Patentanwalt untersteht hinsichtlich der Erfüllung seiner Berufspflichten der Berufsgerechtheitsbank.

(2) Für die berufsgerichtliche Abhandlung von Pflichtverletzungen und die Verhängung vorläufiger berufsgerichtlicher Maßnahmen gelten die Vorschriften des Sechsten und Siebten Teils sowie des Dritten Abschnitts des Achten Teils der Patentanwaltsordnung mit folgenden Maßgaben:

1. an die Stelle der Ausschließung aus der Patentanwaltschaft (§ 96 Absatz 1 Nummer 4) tritt das Verbot, im Bundesgebiet Tätigkeiten eines Patentanwalts auszuüben;
2. ein vorläufiges Berufs- oder Vertretungsverbot (§ 132 Absatz 1 Satz 1) darf nur für das Bundesgebiet ausgesprochen werden;
3. § 143 ist nicht anzuwenden.

(3) Für Zustellungen in berufsgerichtlichen Verfahren und in Verfahren nach den §§ 49, 50, 70 und 70a der Patentanwaltsordnung gilt § 10 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland entsprechend.

(4) Für die Mitteilungspflichten der Gerichte und Behörden zur Einrichtung von Verfahren gelten § 34a Satz 1 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland und § 34 Absatz 2 Satz 2 der Patentanwaltsordnung entsprechend.

Teil 3

Berufsausübung als niedergelassener europäischer Patentanwalt

§ 20

Niedergelassener europäischer Patentanwalt

Ein europäischer Patentanwalt, der in einem anderen Mitgliedstaat, in dem der Beruf des Patentanwalts reguliert ist, niedergelassen ist und der in die Patentanwaltskammer aufgenommen ist, ist berechtigt, sich unter der Berufsbezeichnung seines Herkunftsstaates zur Rechtsberatung auf dem Gebiet des ausländischen und des internationalen gewerblichen Rechtsschutzes in Deutschland niederzulassen (niedergelassener europäischer Patentanwalt).

§ 21

Aufnahme in die Patentanwaltskammer und berufliche Stellung

(1) Dem Antrag auf Aufnahme in die Patentanwaltskammer ist eine Bescheinigung der im Herkunftsstaat der antragstellenden Person zuständigen Behörde beizufügen, dass die Person in diesem Staat als Patentanwalt niedergelassen ist. Eine solche Bescheinigung ist der Patentanwaltskammer jährlich neu vorzulegen. Kommt der niedergelassene europäische Patentanwalt der Pflicht nach Satz 2 nicht nach, ist die Aufnahme in die Patentanwaltskammer zu widerrufen.

(2) Für die Entscheidung über den Antrag auf Aufnahme in die Patentanwaltskammer, für die Rechtsstellung des niedergelassenen europäischer Patentanwalts nach der Aufnahme sowie für die Rücknahme und den Widerruf der Aufnahme gelten mit Ausnahme der §§ 5 bis 13, 18 Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 4 sowie der §§ 19 und 24 der Zweite bis Vierte Teil, der Dritte Abschnitt des Fünften Teils sowie der Sechste bis Achte Teil der Patentanwaltsordnung sinngemäß. An die Stelle der Ausschließung aus der Patentanwaltschaft nach § 96 Absatz 1 Nummer 4 der Patentanwaltsordnung tritt der Verlust der Mitgliedschaft. Vorläufige Berufs- oder Vertretungsverbote nach § 132 Absatz 1 Satz 1 der Patentanwaltsordnung sind für das Bundesgebiet auszusprechen.

(3) Der niedergelassene europäische Patentanwalt hat bei der Führung seiner Berufsbezeichnung den Herkunftsstaat in deutscher Sprache anzugeben. Wurde er als Syndikatspatentanwalt in die Patentanwaltskammer aufgenommen, hat er der Berufsbezeichnung zudem die Bezeichnung „Syndikus“ in Klammern nachzustellen. Der

niedergelassene europäische Patentanwalt ist berechtigt, im beruflichen Verkehr die Bezeichnung „Mitglied der Patentanwaltskammer“ zu verwenden. Die Bezeichnung „europäischer Patentanwalt“ darf als Berufsbezeichnung und in der Werbung nicht verwendet werden.

Teil 4

Allgemeine Vorschriften

§ 22

Ergänzende Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes

(1) Für Verwaltungsverfahren nach diesem Gesetz oder nach einer aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung gilt, soweit nichts anderes bestimmt ist, das Verwaltungsverfahrensgesetz. Die Verwaltungsverfahren nach diesem Gesetz können elektronisch und über eine einheitliche Stelle nach den §§ 71a bis 71e des Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden.

(2) Über Anträge ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, innerhalb einer Frist von drei Monaten zu entscheiden; § 42a Absatz 2 Satz 2 bis 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gilt entsprechend.

§ 23

Rechtsweg in verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten

Für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nach diesem Gesetz oder nach einer nach ihm erlassenen Rechtsverordnung gelten die Bestimmungen der Patentanwaltsordnung für verwaltungsrechtliche Patentanwaltsachen entsprechend, soweit die Streitigkeiten nicht berufsgerichtlicher Art sind oder einem anderen Gericht ausdrücklich zugewiesen sind.

§ 24

Europäische Verwaltungszusammenarbeit und Bescheinigungen

(1) Für die europäische Verwaltungszusammenarbeit gelten die §§ 8a bis 8c des Verwaltungsverfahrensgesetzes mit der Maßgabe, dass ausgehende Ersuchen auch in anderen Sprachen verfasst werden dürfen und eingehende Ersuchen auch erledigt werden dürfen, wenn sich ihr Inhalt nicht in deutscher Sprache aus den Akten ergibt.

(2) Benötigt ein Patentanwalt, um auf der Grundlage eines Rechtsakts der Europäischen Union in einem anderen Mitgliedstaat tätig sein zu können, eine Bescheinigung der Patentanwaltskammer, so stellt ihm die Patentanwaltskammer diese innerhalb eines Monats aus.

§ 25

Mitteilungspflichten gegenüber anderen Mitgliedsstaaten

(1) Ist ein Patentanwalt auch in einem anderen Mitgliedsstaat tätig, so teilt die Patentanwaltskammer der zuständigen Stelle dieses Staates über das Binnenmarkt-Informationssystem der Europäischen Union Folgendes mit:

1. berufsrechtliche Sanktionen,
2. strafrechtliche oder in Ordnungswidrigkeitenverfahren verhängte Sanktionen, die sich auf die Ausübung der patentanwaltschaftlichen Tätigkeit auswirken können, und

3. sonstige schwerwiegende Sachverhalte, die sich auf die Ausübung der patentanwaltlichen Tätigkeit auswirken können.

Ist der Patentanwaltskammer nach § 94g der Patentanwaltsordnung eine gerichtliche Entscheidung übermittelt worden, hat sie den anderen Mitgliedsstaaten binnen drei Tagen nach Rechtskraft der Entscheidung über das Binennamensregister des Europäischen Unions die Angaben zur Identität des Patentanwalts und die Tatsache, dass er einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat, mitzuteilen.

(2) Unverzüglich nach einer Mitteilung nach Absatz 1 hat eine Mitteilung nach § 8d Absatz 2 des Verwaltungsvorgangsgesetzes zu erfolgen. In ihr ist auf die zulässigen Rechtsbehelfe gegen die Entscheidung, die Mitteilung nach Absatz 1 zu vernachlässigen, hinzuweisen. Wird ein Rechtsbehelf gegen die Entscheidung eingelegt, ergänzt die Patentanwaltskammer die Mitteilung nach Absatz 1 um einen entsprechenden Hinweis.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für dienstleistende europäische Patentanwälte und niedergelassene europäische Patentanwälte entsprechend.

(4) Hat die zuständige Stelle eines anderen Mitgliedsstaates der Patentanwaltskammer zu einem Patentanwalt Sanktionen oder Sachverhalte im Sinne des Absatzes 1 mitgeteilt, so unterrichtet die Patentanwaltskammer diese Stelle über die aufgrund der Mitteilung getroffenen Maßnahmen.

§ 26

Gleichgestellte Staaten

Im Anwendungsbereich dieses Gesetzes stehen die anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und die Schweiz den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gleich.

§ 27

Statistik

Über Verfahren nach den §§ 1, 12 und 15 wird eine Bundesstatistik geführt. § 17 des Berufsqualifikationsgesetzes ist anzuwenden.

§ 28

Gebühren und Auslagen

Auf die Erhebung und Beitreibung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen nach diesem Gesetz sind die Vorschriften der Patentanwaltsordnung entsprechend anzuwenden.

§ 29

Anwendung von Vorschriften des Strafgesetzbuches

Für die Anwendung der Vorschriften des Strafgesetzbuches über die Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 Absatz 1 Nummer 3, Absatz 3 bis 5, §§ 204 und 205), über die Gebührenerhebung (§ 352) und über den Parteiverrat (§ 356) stehen dienstleistende europäische Patentanwälte und niedergelassene europäische Patentanwälte Patentanwälten und Anwälten gleich.

§ 30

Übergangsregelung

Die §§ 5 und 6 sind erst ab dem 1. Oktober 2017 anzuwenden. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die §§ 5 und 6 des Gesetzes über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft in der bis zum ... [einsetzen: Datum der Verkündung] geltenden Fassung weiter anzuwenden.

Artikel 6

Änderung des Rechtsdienstleistungsgesetzes

Das Rechtsdienstleistungsgesetz vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), das zuletzt durch Artikel 142 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 14 folgende Angabe eingefügt:

„§ 14a Bestellung eines Abwicklers für Rentenberater“.

2. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Befugnis“, die Wörter „in der Bundesrepublik Deutschland“ eingefügt.

- b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Wird eine Rechtsdienstleistung ausschließlich aus einem anderen Staat heraus erbracht, gilt dieses Gesetz nur, wenn

1. sich die die Rechtsdienstleistung erbringende Person im Inland unmittelbar an eine andere Person oder Stelle als ihre Auftraggeberin wendet und
2. das zwischen der anderen Person oder Stelle und der Auftraggeberin bestehende Rechtsverhältnis dem deutschen Recht unterfällt.“

- c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

3. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Die Registrierung kann auf einen Teilbereich der in Satz 1 genannten Bereiche beschränkt werden, wenn sich der Teilbereich von den anderen in den Bereich fallenden Tätigkeiten trennen lässt und der Registrierung für den Teilbereich keine zwingenden Gründe des Allgemeininteresses entgegenstehen.“

- b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Soll die Registrierung nach Absatz 1 Satz 2 für einen Teilbereich erfolgen, ist dieser im Antrag zu bezeichnen.“

- c) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Ist die Registrierung auf einen Teilbereich beschränkt, muss der Umfang der beruflichen Tätigkeit den Rechtsprechenden gegenüber eindeutig angegeben werden.“

4. Dem § 11 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Personen, die eine Berufsqualifikation im Sinne des § 12 Absatz 3 Satz 4 besitzen und nur für einen Teilbereich nach § 10 Absatz 1 Satz 2 registriert sind, haben ihre Berufstätigkeit unter der in die deutsche Sprache übersetzten Berufsbezeichnung ihres Herkunftstaates auszuüben.“

5. § 12 Absatz 3 Satz 3 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„In der Regel müssen im Fall des § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 zumindest zwölf Monate, im Fall des § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 zumindest 18 Monate der Berufsausübung oder -ausbildung im Inland erfolgen. Ist die Person berechtigt, in einem anderen Mitgliedsstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz einen der in § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder 2 genannten Berufe oder einen vergleichbaren Beruf auszuüben, und liegen die Voraussetzungen des § 1 Absatz 2 und 3 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland sinngemäß vor, so kann die Sachkunde unter Berücksichtigung der bestehenden Berufsqualifikation auch durch einen mindestens sechsmonatigen Anpassungslehrgang nachgewiesen werden.“

6. In § 13 Absatz 1 Satz 4 in dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 16 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 16 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1“ ersetzt.

7. Nach § 14 wird folgender § 14a eingefügt:

„§ 14a

Bestellung eines Abwicklers für Rentenberater

- (1) Ist eine als Rentenberater registrierte Person (§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2) verstorben oder wurde ihre Registrierung zurückgenommen oder widerrufen, so kann die für die Registrierung zuständige Behörde einen Abwickler für ihre Praxis bestellen. Der Abwickler muss Rechtsanwalt sein oder eine Registrierung für denselben Bereich besitzen wie die registrierte Person, deren Praxis abzuwickeln ist.

- (2) Für die Bestellung und Durchführung der Abwicklung gelten § 53 Absatz 5 Satz 3, Absatz 9 und 10 Satz 1 bis 6 sowie § 55 Absatz 1 Satz 4 und 5, Absatz 2 Satz 1 und 4, Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 der Bundesrechtsanwaltsordnung entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Vorstands der Rechtsanwaltskammer die Behörde tritt, die den Abwickler bestellt hat.“

8. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 wird nach den Wörtern „Ausübung eines in“ die Angabe „§ 10 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder 2“ und werden die Wörter „auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit denselben Befugnissen wie eine nach § 10 Abs. 1“ durch die Wörter „in der Bundesrepublik Deutschland mit denselben Rechten und Pflichten wie eine nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder 2“ ersetzt.

- bb) In Satz 2 wird das Wort „dort“ durch die Wörter „in den in Satz 1 genannten Staaten“ und werden die Wörter „zwei Jahre“ durch die Wörter „ein Jahr“ ersetzt.

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 1 werden die Wörter „der nach § 13 Abs. 1 Satz 2“ durch die Wörter „einer nach § 19“ ersetzt.

- bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Das Registrierungsverfahren kann auch über eine einheitliche Stelle nach den §§ 71a bis 71c des Verwaltungsverfahrensgesetzes abgewickelt werden.“

- cc) Der neue Satz 3 wird wie folgt geändert:

- aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 16 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 16 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1“ ersetzt.

- bbb) In Nummer 1 wird die Angabe „§ 10 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 oder 2“ ersetzt.

- ccc) In Nummer 2 werden die Wörter „im Staat der Niederlassung“ durch die Wörter „in den in Nummer 1 genannten Staaten“ und die Wörter „zwei Jahre“ durch die Wörter „ein Jahr“ ersetzt.

- ddd) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

- „3. sofern der Beruf auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt wird, einen Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung nach Absatz 5 oder Angaben dazu, warum der Abschluss einer solchen Versicherung nicht möglich oder unzumutbar ist; andererseits eine Erklärung darüber, dass der Beruf ausschließlich aus dem Niederlassungsstaat heraus ausgeübt wird.“

- dd) Der neue Satz 6 wird wie folgt gefasst:

„In diesem Fall ist der Nachweis oder die Erklärung nach Satz 3 Nummer 3 erneut beizufügen.“

- c) Absatz 5 wird durch die folgenden Absätze 5 bis 7 ersetzt:

„(5) Vorübergehend registrierte Personen oder Gesellschaften, die ihren Beruf auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausüben, sind verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung zur Deckung der sich aus ihrer Berufstätigkeit in Deutschland ergebenden Haftpflichtgefahren für Vermögensschäden abzuschließen, die nach Art und Umfang den durch ihre berufliche Tätigkeit entstehenden Risiken angemessen ist. Ist der Person oder Gesellschaft der Abschluss einer solchen Versicherung nicht möglich oder unzumutbar, hat sie ihre Auftraggeberin oder ihren Auftraggeber vor ihrer Beauftragung auf diese Tatsache und deren Folgen in Textform hinzuweisen.“

(6) Die zuständige Behörde kann einer vorübergehend registrierten Person oder Gesellschaft die weitere Erbringung von Rechtsdienstleistungen untersagen, wenn aufgrund begründeter Tatsachen anzunehmen ist, dass sie dauerhaft unqualifizierte Rechtsdienstleistungen zum Nachteil der Rechtssuchen oder des Rechtsverkehrs erbringen wird oder wenn sie in erheblichem Maß gegen Berufspflichten verstoßen hat. Die Voraussetzungen nach Satz 1 sind regelmäßig erfüllt, wenn die Person oder Gesellschaft

1. im Staat der Niederlassung nicht mehr rechtmäßig niedergelassen ist oder ihr die Ausübung der Tätigkeit dort untersagt ist,
2. in erheblichem Umfang Rechtsdienstleistungen über die eingetragene Befugnis hinaus erbringt,
3. bedarflich gegen Darlegungs- und Informationspflichten nach § 1a verstößt,
4. nicht über die für die Ausübung der Berufstätigkeit im Inland erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse verfügt,
5. bedarflich entgegen Absatz 4 eine unrichtige Berufsbezeichnung führt oder
6. bedarflich gegen die Vorgaben des Absatzes 5 über die Berufshaftpflichtversicherung verstößt.

(7) Natürliche und juristische Personen sowie Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit, die in einem in Absatz 1 Satz 1 genannten Staat zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen in einem ausländischen Recht (§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3) rechtmäßig niedergelassen sind, dürfen diese Rechtsdienstleistungen in der Bundesrepublik Deutschland mit denselben Befugnissen wie eine nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 registrierte Person vorübergehend und gelegentlich ausüben (vorübergehende Rechtsdienstleistungen). Absatz 1 Satz 2 und 3 sowie die Absätze 2 bis 6 gelten entsprechend.“

9. In § 15a Satz 1 wird die Angabe „Satz 3“ durch die Angabe „Satz 4“ ersetzt.

10. § 16 Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 2 wird nach dem Wort „nach“ die Angabe „Satz 1“ eingefügt.

- b) Folgender Satz wird angefügt:

„Wird ein Abwickler bestellt, ist auch dies unter Angabe von Familienname, Vorname und Anschrift des Abwicklers zu veröffentlichen.“

11. § 17 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 6 wird die Angabe „Abs. 5“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Wird im Fall des Satzes 1 Nummer 2 oder 4 ein Abwickler bestellt, erfolgt eine Löschung erst nach Beendigung der Abwicklung.“

12. § 18 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 3 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Gerichte und Behörden dürfen der zuständigen Behörde personenbezogene Daten übermitteln, soweit deren Kenntnis für folgende Zwecke erforderlich ist:

1. die Registrierung oder die Rücknahme oder den Widerruf der Registrierung;

2. eine Untersuchung nach § 9 Absatz 1 oder § 15 Absatz 6;

3. eine Aufsichtnahme nach § 13a;

4. eine Maßnahme nach § 15b oder

5. die europäische Verwaltungszusammenarbeit nach Absatz 2.

Satz 3 gilt nur, soweit durch die Übermittlung der Daten schutzwürdige Interessen der Person nicht beeinträchtigt werden oder soweit das öffentliche Interesse das Geheimhaltungsinteresse der Person überwiegt.“

b) Absatz 2 wird durch die folgenden Absätze 2 und 2a ersetzt:

„(2) Für die europäische Verwaltungszusammenarbeit gelten die §§ 8a bis 8c des Verwaltungszusammenarbeitsgesetzes. Die zuständige Behörde nutzt für die europäische Verwaltungszusammenarbeit das Binnenmarkt-Informationssystem der Europäischen Union.

(2a) Wird in einem verwaltungsgerichtlichen Verfahren festgestellt, dass eine Person bei einem Antrag auf Anerkennung ihrer Berufsqualifikation nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat, hat die zuständige Behörde die Angaben zur Identität der Person und die Tatsache, dass sie einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat, binnen drei Tagen nach Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung über das Binnenmarkt-Informationssystem den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz mitzuteilen. § 38 Absatz 2 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland gilt entsprechend.“

13. § 20 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Wörter „§ 15 Absatz 5 Satz 1“ durch die Wörter „§ 15 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 7.“ ersetzt.

bb) In Nummer 2 wird die Angabe „Satz 1“ gestrichen.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 3 werden nach der Angabe „Satz 1“ ein Komma und die Wörter „auch in Verbindung mit Absatz 7.“ eingefügt.

bb) In Nummer 4 wird die Angabe „Satz 4“ durch die Wörter „Satz 5, auch in Verbindung mit Absatz 7.“ ersetzt.

Artikel 7

Änderung der Rechtsdienstleistungsverordnung

Die Rechtsdienstleistungsverordnung vom 19. Juni 2008 (BGBl. I S. 1069), die durch Artikel 15 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird aufgehoben.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 wird jeweils die Angabe „§ 12 Abs. 3 Satz 3“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 3 Satz 4“ ersetzt.

b) In Absatz 4 werden die Wörter „des Patentanwaltsberufs, des Steuerberaterberufs oder eines vergleichbaren Berufs“ durch die Wörter „eines Berufs, der den beantragten Teilbereich umfasst.“ ersetzt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „§ 2 Abs. 4 zur Ausübung des Patentanwaltsberufs, des Steuerberaterberufs oder eines vergleichbaren Berufs“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 4 zur Ausübung eines Berufs, der den beantragten Teilbereich umfasst“ ersetzt.

b) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 12 Abs. 3 Satz 3“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 3 Satz 4“ ersetzt und wird das Wort „zusätzlich“ gestrichen.

4. In § 7 Absatz 1 wird die Angabe „Abs. 1 Nr. 1“ durch die Wörter „Absatz 1 Nummer 1“ ersetzt.

5. In § 8 Absatz 1 Satz 1 und 2 Nummer 5 und 6 wird jeweils die Angabe „Abs. 2 Nr.“ durch die Wörter „Absatz 2 Satz 1 Nummer“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz

Das Einführungsgesetz zum Rechtsdienstleistungsgesetz vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840, 2846), das zuletzt durch Artikel 143 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 1 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Ist ein registrierter Erlaubnisinhaber, der nach Maßgabe des § 3 Absatz 2 zur gerichtlichen Vertretung oder zum Auftreten in der Verhandlung befugt ist, verstorben oder wurde seine Registrierung zurückgenommen oder widerrufen, kann die für die Registrierung zuständige Behörde einen Abwickler für seine Praxis bestellen. § 14a Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 des Rechtsdienstleistungsgesetzes gilt entsprechend.“

2. § 4 Absatz 5 Satz 2 und 3 wird aufgehoben.

3. § 7 wird aufgehoben.

Artikel 9

Änderung der Bundesnotarordnung

Die Bundesnotarordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. November 2015 (BGBl. I S. 2890) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Satz 2 wird das Wort „ist“ durch das Wort „sind“ ersetzt.
2. In § 6 Absatz 3 Satz 3 werden jeweils die Wörter „von Hundert“ durch das Wort „Prozent“ ersetzt.
3. In § 7 Absatz 5 Satz 2 werden nach den Wörtern „von ihr“ die Wörter „durch Rechtsverordnung“ eingefügt.
4. In § 7a Absatz 6 Satz 1 werden jeweils die Wörter „von Hundert“ durch das Wort „Prozent“ ersetzt.
5. In § 9 Absatz 1 Satz 2 in dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach den Wörtern „von ihnen“ die Wörter „durch Rechtsverordnung“ eingefügt.
6. In § 10 Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter „die Kanzlei nach § 27 Abs. 1“ durch die Wörter „eine Kanzlei nach § 27 Absatz 1 oder 2“ ersetzt.
7. § 15 Absatz 3 wird aufgehoben.
8. § 19a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 4 werden die Wörter „1 vom Hundert“ durch die Wörter „einem Prozent“ ersetzt.
 - b) Absatz 7 wird aufgehoben.
9. In § 25 Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „von ihnen“ die Wörter „durch Rechtsverordnung“ eingefügt.
10. § 29 Absatz 3 wird durch die folgenden Absätze 3 und 4 ersetzt:

„(3) Ein Anwaltssnotar, der sich nach § 9 Absatz 2 mit nicht an seinem Amtssitz tätigen Personen verbunden hat oder der weitere Kanzleien oder Zweigstellen unterhält, darf auf Geschäftspapieren, in Verzeichnissen, in der Werbung und auf nicht an einer Geschäftsstelle befindlichen Geschäftsschildern seine Amtsbezeichnung als Notar nur unter Hinweis auf seinen Amtssitz angeben. Der Hinweis muss der Amtsbezeichnung unmittelbar nachfolgen, ihr im Erscheinungsbild entsprechen und das Wort „Amtssitz“ enthalten. Satz 1 gilt nicht, soweit die Geschäftspapiere, die Verzeichnisse oder die Werbung keinen Hinweis auf die Verbindung nach § 9 Absatz 2 oder weitere Kanzleien oder Zweigstellen enthalten.

(4) Amts- und Namensschilder dürfen nur an Geschäftsstellen geführt werden.“
11. § 47 wird wie folgt gefasst:

„§ 47

Das Amt des Notars erlischt durch

 1. Entlassung aus dem Amt (§ 48),
 2. Erreichen der Altersgrenze (§ 48a) oder Tod,
 3. vorübergehende Amtsunterlegung (§§ 48b, 48c),
 4. bestandskräftigen Wegfall der Mitgliedschaft bei der für den Gerichtszirk zuständigem Rechtsanwaltskammer im Fall des § 3 Absatz 2,
 5. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilung, die einen Amtsverlust (§ 49) zur Folge hat.

Drucksache 18/9521

6. bestandskräftige Amtsenthebung (§ 50),
7. rechtskräftiges disziplinargerichtliches Urteil, in dem auf Entfernung aus dem Amt (§ 97 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3, Absatz 3) erkannt worden ist.“
12. In § 52 Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „Nr. 4 und 6“ durch die Wörter „Nummer 5 und 7“ ersetzt.
13. In § 54 Absatz 3 wird die Angabe „Abs. 1“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 1 Nummer 3“ ersetzt.
14. In § 65 Absatz 1 Satz 2 werden nach den Wörtern „von ihr“ die Wörter „durch Rechtsverordnung“ eingefügt.
15. § 66 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 wird das Wort „Kammer“ durch das Wort „Notarkammer“ ersetzt.
16. § 67 Absatz 2 Satz 3 Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

„7. für das nach § 29 zu beachtende Verhalten, insbesondere in Bezug auf die Information über die Amtstätigkeit, das Auftreten in der Öffentlichkeit, die Geschäftspapiere, die Führung von Titeln und weiteren Berufsbezeichnungen, die Führung des Namens in Verzeichnissen sowie die Anbringung von Amts- und Namensschildern im Rahmen landesrechtlicher Bestimmungen.“
17. In den §§ 68 und 69 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 2 Satz 2 werden jeweils die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
18. In § 69a Absatz 1 Satz 2 und § 69b Absatz 1 Satz 1 sowie Absatz 4 wird jeweils das Wort „Kammer“ durch das Wort „Notarkammer“ ersetzt.
19. § 70 wird wie folgt geändert:
 - a) In den Absätzen 1 und 2 wird jeweils das Wort „Kammer“ durch das Wort „Notarkammer“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
20. § 71 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „Versammlung der Kammer“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 wird jeweils das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
 - d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Kammerversammlung“ ersetzt.
 - bb) In den Nummern 1 und 5 wird jeweils das Wort „Kammer“ durch das Wort „Notarkammer“ ersetzt.
21. In § 73 Absatz 2 und § 74 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils das Wort „Kammer“ durch das Wort „Notarkammer“ ersetzt.
22. In § 78 Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 werden die Wörter „§ 34a Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 34a Absatz 1 und 2“ und die Wörter „§ 347 Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 347 Absatz 1 bis 3“ ersetzt.

23. § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a wird wie folgt gefasst:

- a) von Notaren nach § 34a Absatz 1 und 2 des Beurkundungsgesetzes oder von Gerichten nach Absatz 4 Satz 1 sowie nach § 347 Absatz 1 bis 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu übermitteln sind.“

24. § 78c Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das zuständige Standesamt hat der Registerbehörde den Tod, die Todeserklärung oder die gerichtliche Feststellung der Todeszeit einer Person mitzuteilen (Sterbefallmitteilung).“

25. In § 78d Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „§ 347 Absatz 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 347 Absatz 1 bis 3“ ersetzt.

26. In § 83 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „Versammlung“ durch das Wort „Vertreterversammlung“ ersetzt.

27. In § 86 Absatz 2 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Versammlungen“ durch das Wort „Vertreterversammlungen“ ersetzt.

28. § 97 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Im Disziplinarverfahren können folgende Maßnahmen verhängt werden:

1. Verweis,
 2. Geldbuße,
 3. Entfernung aus dem Amt.“
- b) In Absatz 3 wird die Angabe „(Absatz 1)“ durch die Wörter „nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3“ ersetzt.

29. Dem § 100 wird folgender Satz angefügt:

„Die Landesregierungen können diese Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen.“

30. § 110a wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 3 wird aufgehoben.
- b) In Absatz 6 Satz 1 werden die Wörter „auf Antrag des Notars“ gestrichen.

31. In § 111a Satz 4 werden nach den Wörtern „die Ermächtigung“ die Wörter „durch Rechtsverordnung“ eingefügt.

32. In § 111c Absatz 3 wird das Wort „Kammer“ durch das Wort „Notarkammer“ ersetzt.

33. Dem § 116 Absatz 1 werden die folgenden Sätze angefügt:

„Sie können auf Antrag nach Anhörung der Notarkammer an ihrem bisherigen Amtsitz zum Notar im Sinne des § 3 Absatz 1 bestellt werden. § 6 Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie die §§ 6a, 7 und 13 finden keine Anwendung. Ein Antrag nach Satz 2 ist bis zum 31. Dezember 2019 bei der Landesjustizverwaltung schriftlich zu stellen. Mit der Bestellung zum Notar im Sinne des § 3 Absatz 1 gilt die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft als bestandskräftig widerrufen. Die Landesjustizverwaltung hat eine Bestellung nach Satz 5 der Rechtsanwaltskammer mitzuteilen.“

34. § 117b wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- aa) Die Absatzbezeichnung „(1)“ wird gestrichen.
 - bb) In Satz 1 werden die Wörter „ein deutscher Staatsangehöriger“ gestrichen und wird nach den Wörtern „bestellt werden“, das Wort „der“ durch das Wort „wer“ ersetzt.
- b) Absatz 2 wird aufgehoben.

35. § 118 wird aufgehoben.

36. § 120 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Absatzbezeichnung „(1)“ gestrichen.
- b) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

37. § 121 wird aufgehoben.

Artikel 10

Änderung der Zivilprozessordnung

Die Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. Juli 2016 (BGBl. I S. 1578) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 130 Nummer 1 wird folgende Nummer 1a eingefügt:

„1a. die für eine Übermittlung elektronischer Dokumente erforderlichen Angaben, sofern eine solche möglich ist.“

2. In § 169 Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Schriftstück“ die Wörter „oder ein elektronisches Dokument“ eingefügt.

Artikel 11

Änderung des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung

Das Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 312-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1610) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift von § 3 wird wie folgt gefasst:

„§ 3

Anwendungsbereich der Strafprozessordnung“.

2. Die Überschrift von § 6 wird wie folgt gefasst:

– § 6

Verhältnis zu landesgesetzlichen Vorschriften“.

3. Die Überschrift von § 7 wird wie folgt gefasst:

– § 7

Begriff des Gesetzes“.

4. Die Überschrift von § 8 wird wie folgt gefasst:

– § 8

Mitteilungen in Strafsachen gegen Mandatsträger“.

5. § 9 wird wie folgt gefasst:

– § 9

Vorwarnmechanismus

(1) Das Gericht unterrichtet die zuständigen Behörden der anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz mittels des durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/49/EG der Kommission („IMI-Verordnung“) (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 1), die zuletzt durch die Richtlinie 2014/67/EU (ABl. L 159 vom 28.5.2014, S. 11) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung eingerichteten Binnenmarkt-Informationssystems über Entscheidungen in Strafsachen, durch die ein vorläufiges Berufsverbot nach § 132a der Strafprozessordnung oder ein Berufsverbot nach § 70 des Straßengesetzbuches gegen Angehörige folgender Berufe angeordnet wurde:

1. Heilberufe:

- a) Ärztinnen und Ärzte,
- b) Altenpflegerinnen und -pfleger,
- c) Apothekerinnen und Apotheker,
- d) Diätassistentinnen und -assistenten,
- e) Ergotherapeutinnen und -therapeuten,
- f) Hebammen und Entbindungspfleger,
- g) Heilpraktikerinnen und -praktiker,
- h) Kinder- und Jugendlichens psychotherapeutinnen und -therapeuten,
- i) Krankenschwestern und -pfleger,
- j) Logopädistinnen und Logopäden,
- k) Massagierinnen und Masseure sowie medizinische Bademeisterinnen und -meister,
- l) Medizinisch-technische Assistentinnen und Assistenten,
- m) Notfallsanitäterinnen und -sanitäter,

- n) Orthoptistinnen und Orthoptisten,
 - o) Pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten,
 - p) Physiotherapeutinnen und -therapeuten,
 - q) Podologinnen und Podologen,
 - r) Psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten,
 - s) Tierärztinnen und Tierärzte,
 - t) Zahnärztinnen und Zahnärzte und
 - u) sonstige Angehörige reglementierter Berufe, die Tätigkeiten ausüben, die Auswirkungen auf die Patientensicherheit haben:
2. Erziehungsbereufe:
- a) Erzieherinnen und Erzieher,
 - b) Lehrerinnen und Lehrer und
 - c) sonstige Angehörige reglementierter Berufe, die Tätigkeiten im Bereich der Erziehung Minderjähriger ausüben.

Die Unterrichtung erfolgt im Fall eines vorläufigen Berufsverbots spätestens drei Tage nach dessen Anordnung durch das entscheidende Gericht, im Fall eines Berufsverbots spätestens drei Tage nach dessen Rechtskraft durch das Gericht, bei dem das Verfahren im Zeitpunkt der Rechtskraft anhängig ist. Dabei sind folgende Daten mitzuteilen:

1. Angaben zur Identität der betroffenen Person,
2. betroffener Beruf,
3. Angabe des Gerichts, das die Anordnung getroffen hat,
4. Umfang des Berufsverbots und
5. Zeitraum, für den das Berufsverbot gilt.

(2) Wird eine Person verurteilt, weil sie bei einem Antrag auf Anerkennung ihrer Berufsqualifikation nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115), die zuletzt durch die Richtlinie 2013/55/EU (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat, unterrichtet das Gericht, bei dem das Verfahren im Zeitpunkt der Rechtskraft der Verurteilung anhängig ist, die zuständigen Behörden der anderen in Absatz 1 Satz 1 genannten Staaten mittels des Binnenmarkt-Informationssystems spätestens drei Tage nach Rechtskraft hierüber. Dabei sind folgende Daten mitzuteilen:

1. Angaben zur Identität der betroffenen Person,
2. betroffener Beruf und
3. Angabe des verurteilenden Gerichts.

(3) Unverzüglich nach der Mitteilung nach Absatz 1 oder 2 unterrichtet das Gericht die betroffene Person schriftlich über die Mitteilung und befehlt sie über die Rechtsbeheile, die ihr gegen die Entscheidung, die Mitteilung zu veranlassen, zustehen. Legt die betroffene Person gegen die Entscheidung einen Rechtsbehelf ein, ist die Mitteilung unverzüglich um einen entsprechenden Hinweis zu ergänzen.

(4) Spätestens drei Tage nach der Aufhebung eines vorläufigen Berufsverbots unterrichtet das Gericht die zuständigen Behörden der anderen in Absatz 1 Satz 1 genannten Staaten mittels des Binnenmarkt-Informationssystems hierüber und veranlasst die Löschung der ursprünglichen Mitteilung. Wird ein rechtskräftig

angordnetes Berufsverbot aufgehoben, ändert sich der Zeitraum, für den es gilt, oder wird die Vollstreckung unterbrochen, so unterrichtet das Gericht die zuständigen Behörden hierüber und veranlasst gegebenenfalls die Löschung der ursprünglichen Mitteilung. Bei einer Aufhebung oder Veränderung des Geltungszeitraums des Berufsverbots auf Grund einer Gnadenentscheidung, auf Grund einer Entscheidung nach § 456c Absatz 2 der Strafprozessordnung oder auf Grund des § 70 Absatz 4 Satz 3 des Strafgesetzbuches nimmt die Staatsanwaltschaft die Unterrichtung vor und veranlasst gegebenenfalls die Löschung der ursprünglichen Mitteilung.“

6. § 11 wird wie folgt gefasst:

„§ 11

Übergangsregelung zum Gesetz zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse

Für die nach dem DNA-Identitätsfeststellungsgesetz vom 7. September 1998 (BGBl. I S. 2646), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3087) geändert worden ist, erhoben und verwendeten Daten finden ab dem 1. November 2005 die Regelungen der Strafprozessordnung Anwendung.“

Artikel 12

Änderung der Strafprozessordnung

Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1610) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu § 53a das Wort „Berufshelfer“ durch die Wörter „mitwirkenden Personen“ ersetzt.
2. In § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 werden die Wörter „sonstige Mitglieder einer Rechtsanwaltskammer“ durch das Wort „Kammerrechtsbeistände“ ersetzt.
3. § 53a wird wie folgt gefasst:

„§ 53a

Zeugnisverweigerungsrecht der mitwirkenden Personen

(1) Den Berufsgeheimnisträgern nach § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 4 stehen die Personen gleich, die im Rahmen

1. eines Vertragsverhältnisses,
2. einer berufsvorbereitenden Tätigkeit oder
3. einer sonstigen Hilfsmäßigkeit

an deren beruflicher Tätigkeit mitwirken. Über die Ausübung des Rechts dieser Personen, das Zeugnis zu verweigern, entscheiden die Berufsgeheimnisträger, es sei denn, dass diese Entscheidung in absehbarer Zeit nicht herbeigeführt werden kann.

(2) Die Einbindung von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit (§ 53 Absatz 2 Satz 1) gilt auch für die nach Absatz 1 mitwirkenden Personen.“

4. § 97 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.
- b) In Absatz 3 werden die Wörter „die Hilfspersonen (§ 53a) der in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3b Genannten“ durch die Wörter „die Personen, die nach § 53a Absatz 1 Satz 1 an der beruflichen Tätigkeit der in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3b genannten Personen mitwirken,“ ersetzt.

- c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- aa) In Satz 2 werden die Wörter „ihren Hilfspersonen (§ 53a)“ durch die Wörter „den an ihrer Berufstätigkeit nach § 53a Absatz 1 Satz 1 mitwirkenden Personen“ ersetzt.
- bb) In Satz 3 werden die Wörter „Hilfspersonen (§ 53a) der in § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 genannten Personen“ durch die Wörter „Personen, die nach § 53a Absatz 1 Satz 1 an der beruflichen Tätigkeit der in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 genannten Personen mitwirken,“ ersetzt.

5. § 160a wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Rechtsanwalt“ das Komma und die Wörter „eine nach § 206 der Bundesrechtsanwaltsordnung in eine Rechtsanwaltskammer aufgenommene Person“ gestrichen.
- b) In Absatz 2 Satz 4 werden nach dem Wort „Rechtsanwälte“ das Komma und die Wörter „nach § 206 der Bundesrechtsanwaltsordnung in eine Rechtsanwaltskammer aufgenommene Personen“ gestrichen.

Artikel 13

Änderung des Sozialgerichtsgesetzes

In § 73 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 des Sozialgerichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1975 (BGBl. I S. 2535), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 17. Februar 2016 (BGBl. I S. 203) geändert worden ist, wird die Angabe „Abs. 1 Satz 1 Nr. 2“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, auch in Verbindung mit Satz 2,“ ersetzt.

Artikel 14

Änderung des Patentgesetzes

§ 25 des Patentgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980 (BGBl. 1981 I S. 1), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 358) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden nach den Wörtern „wenn er“ die Wörter „im Inland“ gestrichen und werden nach dem Wort „Stimlanträgen“ die Wörter „befugt und“ eingefügt.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.
3. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.

Artikel 15

Änderung des Gebrauchsmustergesetzes

§ 28 des Gebrauchsmustergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 1986 (BGBl. I S. 1455), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 558) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden nach den Wörtern „wenn er“ die Wörter „im Inland“ gestrichen und werden nach dem Wort „Strafamt“ die Wörter „befugt und“ eingefügt.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.
3. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.

Artikel 16

Änderung des Markengesetzes

§ 96 des Markengesetzes vom 25. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3082; 1995 I S. 156; 1996 I S. 682), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 558) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden nach den Wörtern „wenn er“ die Wörter „im Inland“ gestrichen und werden nach dem Wort „Strafamt“ die Wörter „befugt und“ eingefügt.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.
3. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.

Artikel 17

Änderung des Designgesetzes

§ 58 des Designgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2014 (BGBl. I S. 127), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 558) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden nach den Wörtern „wenn er“ die Wörter „im Inland“ gestrichen und werden nach dem Wort „Strafamt“ die Wörter „befugt und“ eingefügt.
2. Absatz 2 wird aufgehoben.
3. Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.

Artikel 18

Änderung der Designverordnung

§ 6 Absatz 4 der Designverordnung vom 2. Januar 2014 (BGBl. I S. 18), die durch Artikel 14 Absatz 3 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 558) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Wörter „Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2“ durch die Wörter „die Absätze 1 und 2“ ersetzt.
2. Satz 3 wird aufgehoben.

Artikel 19

Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Dem § 286f des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, 1404, 3384), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2317) geändert worden ist, wird folgender Satz angefügt:

„Sind Beiträge nach Maßgabe der Sätze 1 und 2 erstattet worden, scheidet eine Erstattung nach den allgemeinen Vorschriften aus.“

Artikel 20

Änderung der Rechtsanwaltsverzeichnis- und -postfachverordnung

Die Rechtsanwaltsverzeichnis- und -postfachverordnung vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle] wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird die Angabe zu § 31 wie folgt gefasst:
„§ 31 (weggefallen)“.
2. § 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
a) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt.
b) Folgende Nummer 4 wird angefügt:
„4. dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen einschließlich dienstleistender europäischer Syndikusrechtsanwältinnen, sofern für diese ein besonderes elektronisches Anwaltsverzeichnis einzurichten und dies nach § 27a Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 32 Absatz 4 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwältinnen in Deutschland bei ihr zu beantragen ist.“
3. § 2 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 3 werden die Wörter „alle Vornamen einzutragen“ durch die Wörter „diese nur insoweit einzutragen, als sie im Rahmen der Berufsausübung üblicherweise verwendet werden“ ersetzt.
b) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
„Wird eine weitere Kanzlei eingetragen, muss sich deren Name von dem Namen anderer für die Person eingetragener Kanzleien unterscheiden.“

- c) Dem Absatz 7 wird folgender Satz angefügt:
- „Wurde nach § 14 Absatz 4 Satz 1 der Bundesrechtsanwaltsordnung die sofortige Vollziehung der Rücknahme oder des Widerrufs der Zulassung angeordnet, so ist auch diese Maßnahme unter Angabe des Zeitpunkts des Beginns einzutragen; Absatz 6 Satz 4 gilt entsprechend.“
4. Nach § 3 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:
- „Im Fall des § 1 Satz 2 Nummer 4 erfolgt die Eintragung unverzüglich nach der Feststellung der Voraussetzungen für die Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs.“
5. Dem § 5 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Für dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen gilt Satz 1 mit der Maßgabe nach § 27a Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwältinnen in Deutschland sinngemäß.“
6. § 6 wird wie folgt geändert:
- a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:
- „(3) Eintragungen nach § 1 Satz 2 Nummer 4 sind nicht einschreibbar.“
- b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.
7. § 10 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 2 werden nach dem Wort „angehören“ die Wörter „oder die sonst für sie zuständig ist“ angefügt.
- b) In Nummer 4 wird das Wort „mitgeteilt“ durch die Wörter „selbst eingetragen“ ersetzt.
8. In § 11 Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „veranlasst“ durch die Wörter „ermöglicht den in § 16 Satz 2 genannten Personen durch geeignete technische Vorkehrungen“ ersetzt und werden das Wort „mitgeteilt“ und die Wörter „der in § 16 Satz 2 genannten Personen“ gestrichen.
9. Dem § 15 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
- „Die Bundesrechtsanwaltskammer gewährleistet zudem, dass Sprachkenntnisse und Tätigkeitsschwerpunkte nur von der eingetragenen Person eingetragen, berichtigt und gelöscht werden können.“
10. In § 16 Satz 2 werden nach der Angabe „§ 1“ die Wörter „Satz 1 und 2 Nummer 1 bis 3“ eingefügt.
11. In § 17 Absatz 1 Nummer 1 werden nach dem Wort „und“ die Wörter „Vorname oder“ eingefügt.
12. In § 19 Absatz 4 werden vor dem Wort „stehen“ die Wörter „sowie nach § 1 Satz 2 Nummer 4 eingetragene Personen“ eingefügt.
13. Dem § 21 werden die folgenden Absätze 3 und 4 angefügt:
- „(3) Für weitere besondere elektronische Anwaltspostfächer gelten die §§ 19, 20 und 22 bis 30 entsprechend.“
- (4) Beantragt ein dienstleistender europäischer Rechtsanwalt die Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs, so hat er eine höchstens einen Monat alte Bescheinigung darüber vorzulegen, dass er zur Ausübung des Berufs des Rechtsanwalts in seinem Niederlassungsstaat berechtigt ist. Verliert ein dienstleistender europäischer Rechtsanwalt, für den ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet wurde, seine Zulassung, ist er verpflichtet, der für ihn zuständigen Rechtsanwaltskammer diesen Verlust unverzüglich mitzuteilen. Hierfür ist er von der Rechtsanwaltskammer zu belohnen. Die Rechtsanwaltskammer hat zudem die für die Zulassung des Rechtsanwalts in seinem Niederlassungsstaat zuständige Stelle darum zu bitten, ihr einen Verlust der Zulassung unverzüglich mitzuteilen.“
14. § 31 wird aufgehoben.

Artikel 21

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 5 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Gesetz über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft vom 6. Juli 1990 (BGBl. I S. 1349, 1351), das zuletzt durch Artikel 214 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, außer Kraft.
- (2) Mit Wirkung vom 1. Januar 2016 treten in Kraft:
- Artikel 1 Nummer 11,
 - Artikel 4 Nummer 14 Buchstabe b und
 - Artikel 18.
- (3) In Artikel 4 Nummer 7 Buchstabe c tritt § 12 Absatz 3 Satz 1 der Patentanwaltsordnung am 1. Oktober 2017 in Kraft.
- (4) Am 1. Januar 2018 treten in Kraft:
- Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb bis dd sowie in Nummer 8 Buchstabe c § 31a Absatz 6 und 7 der Bundesrechtsanwaltsordnung,
 - Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe d, Nummer 19 und 20,
 - Artikel 4 Nummer 12,
 - Artikel 9 Nummer 33 und
 - Artikel 20 Nummer 1, 2, 3 Buchstabe b und c, Nummer 4 bis 7 Buchstabe a, Nummer 10 sowie 12 bis 14.
- (5) Am 1. Juli 2018 treten in Kraft:
- Artikel 1 Nummer 26, 28, 39 sowie 40 und
 - Artikel 4 Nummer 31, 33, 44 und 45.

Anlage 1 (zu Artikel 1 Nummer 65)

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Der Rechtsanwalt

- § 1 Stellung des Rechtsanwalts in der Rechtspflege
- § 2 Beruf des Rechtsanwalts
- § 3 Recht zur Beratung und Vertretung

Zweiter Teil

Zulassung des Rechtsanwalts

Erster Abschnitt

Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

- § 4 Zugang zum Beruf des Rechtsanwalts
- § 5 (weggefallen)
- § 6 Antrag auf Zulassung zur Rechtsanwaltschaft
- § 7 Versagung der Zulassung
- §§ 8 und 9 (weggefallen)
- § 10 Aussetzung des Zulassungsverfahrens
- § 11 (weggefallen)
- § 12 Zulassung
- § 12a Verteidigung
- § 13 Erlöschen der Zulassung
- § 14 Rücknahme und Widerruf der Zulassung
- § 15 Ärztliches Gutachten bei Versagung und Widerruf der Zulassung
- § 16 (weggefallen)
- § 17 Erlöschen der Befugnis zur Führung der Berufsbezeichnung

Zweiter Abschnitt

Kanzlei und Rechtsanwaltsverzeichnis

- §§ 18 bis 26 (weggefallen)
- § 27 Kanzlei
- § 28 (weggefallen)
- § 29 Befreiung von der Kanzleipflicht
- § 29a Kanzleien in anderen Staaten
- § 30 Zustellungsbevollmächtigter
- § 31 Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer
- § 31a Besonderes elektronisches Anwaltspostfach

- § 31b Europäisches Rechtsanwaltsverzeichnis

- § 31c Verordnungsermächtigung

Dritter Abschnitt

Verwaltungsverfahren

- § 32 Ergänzende Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes
- § 33 Sachliche und örtliche Zuständigkeit
- § 34 Zustellung
- § 35 Bestellung eines Vertreters im Verwaltungsverfahren
- § 36 Ermittlung des Sachverhalts und Übermittlung personenbezogener Daten
- §§ 37 bis 42 (weggefallen)

Dritter Teil

Rechte und Pflichten des Rechtsanwalts und berufliche Zusammenarbeit der Rechtsanwältinnen

Erster Abschnitt

Allgemeines

- § 43 Allgemeine Berufspflicht
- § 43a Grundpflichten
- § 43b Werbung
- § 43c Fachanwaltschaft
- § 43d Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen
- § 43c Kenntnisse im Berufsrecht
- § 44 Mitteilung der Ablehnung eines Auftrags
- § 45 Tätigkeitsverbote
- § 46 Angestellte Rechtsanwältinnen und Syndikusrechtsanwältinnen
- § 46a Zulassung als Syndikusrechtsanwältin
- § 46b Erlöschen und Änderung der Zulassung als Syndikusrechtsanwältin
- § 46c Besondere Vorschriften für Syndikusrechtsanwältinnen

- § 47 Rechtsanwältinnen im öffentlichen Dienst

- § 48 Pflicht zur Übernahme der Prozessvertretung

- § 49 Pflichtverteidigung und Beistandsleistung

- § 49a Pflicht zur Übernahme der Beratungshilfe

- § 49b Vergütung

- § 50 Handakten

- § 51 Berufshaftpflichtversicherung

- § 51a Berufshaftpflichtversicherung einer Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung

- § 52 Vertragliche Begrenzung von Ersatzansprüchen

- § 53 Bestellung eines Vertreters

- § 54 (weggefallen)
- § 55 Bestellung eines Abwicklers der Kanzlei
- § 56 Besondere Pflichten gegenüber dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer
- § 57 Zwangsgeld bei Verletzung der besonderen Pflichten
- § 58 Einsicht in die Personalakten
- § 59 Ausbildung von Referendaren
- § 59a Berufliche Zusammenarbeit
- § 59b Satzungscompetenz
- Zweiter Abschnitt
Rechtsanwaltsgesellschaften
- § 59c Zulassung als Rechtsanwaltsgesellschaft und Beteiligung an beruflichen Zusammenschlüssen
- § 59d Zulassungsvoraussetzungen
- § 59e Gesellschafter
- § 59f Geschäftsführung
- § 59g Zulassungsverfahren
- § 59h Erhöhen der Zulassung
- § 59i Kanzlei
- § 59j Berufshaftpflichtversicherung
- § 59k Firma
- § 59l Vertretung vor Gerichten und Behörden
- § 59m Mitteilungspflichten, anwendbare Vorschriften und Verschwiegenheitspflicht
- Vierter Teil
Die Rechtsanwaltskammern
- Erster Abschnitt
Allgemeines
- § 60 Bildung und Zusammensetzung der Rechtsanwaltskammer
- § 61 Bildung einer weiteren Rechtsanwaltskammer
- § 62 Stellung der Rechtsanwaltskammer
- Zweiter Abschnitt
Organe der Rechtsanwaltskammer
- Erster Unterabschnitt
Vorstand
- § 63 Zusammensetzung des Vorstandes
- § 64 Wahlen zum Vorstand
- § 65 Voraussetzungen der Wählbarkeit
- § 66 Ausschluss von der Wählbarkeit

- § 67 Recht zur Ablehnung der Wahl
- § 68 Wahlperiode
- § 69 Vorzeitiges Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes
- § 70 Sitzungen des Vorstandes
- § 71 Beschlussfähigkeit des Vorstandes
- § 72 Beschlüsse des Vorstandes
- § 73 Aufgaben des Vorstandes
- § 73a Einheitliche Stelle
- § 73b Verwaltungsbehörde für Ordnungswidrigkeiten
- § 74 Rügeverfahren des Vorstandes
- § 74a Antrag auf anwaltsgerichtliche Entscheidung
- § 75 Ehrenamtliche Tätigkeit des Vorstandes
- § 76 Pflicht der Vorstandsmitglieder zur Verschwiegenheit
- § 77 Abteilungen des Vorstandes
- Zweiter Unterabschnitt
Präsidium
- § 78 Zusammensetzung und Wahl des Präsidiums
- § 79 Aufgaben des Präsidiums
- § 80 Aufgaben des Präsidenten
- § 81 Berichte über die Tätigkeit der Kammer und über Wahlergebnisse
- § 82 Aufgaben des Schriftführers
- § 83 Aufgaben des Schatzmeisters
- § 84 Einziehung rückständiger Beiträge
- Dritter Unterabschnitt
Kammerversammlung
- § 85 Einberufung der Kammerversammlung
- § 86 Einladung und Einberufungsfrist
- § 87 Ankundigung der Tagesordnung
- § 88 Wahlen und Beschlüsse der Kammerversammlung
- § 89 Aufgaben der Kammerversammlung
- §§ 90 und 91 (weggefallen)
- Fünfter Teil
Gerichte in Anwaltsachen und gerichtliches Verfahren in verwaltungsrechtlichen Anwaltsachen
- Erster Abschnitt
Das Anwaltsgericht

- § 92 Bildung des Anwaltsgerichts
- § 93 Besetzung des Anwaltsgerichts
- § 94 Ernennung der Mitglieder des Anwaltsgerichts
- § 95 Rechtsstellung der Mitglieder des Anwaltsgerichts
- § 96 Besetzung der Kammern des Anwaltsgerichts
- § 97 Geschäftsverteilung
- § 98 Geschäftsstelle und Geschäftsordnung
- § 99 Amts- und Rechtshilfe
- Zweiter Abschnitt
- Der Anwaltsgerichtshof
- § 100 Bildung des Anwaltsgerichtshofes
- § 101 Besetzung des Anwaltsgerichtshofes
- § 102 Bestellung von Berufsrichtern zu Mitgliedern des Anwaltsgerichtshofes
- § 103 Ernennung von Rechtsanwälten zu Mitgliedern des Anwaltsgerichtshofes
- § 104 Besetzung der Senate des Anwaltsgerichtshofes
- § 105 Geschäftsverteilung und Geschäftsordnung
- Dritter Abschnitt
- Der Bundesgerichtshof in Anwaltsachen
- § 106 Besetzung des Senats für Anwaltsachen
- § 107 Rechtsanwälte als Beisitzer
- § 108 Voraussetzungen für die Berufung zum Beisitzer und Recht zur Ablehnung
- § 109 Beendigung des Amtes als Beisitzer
- § 110 Stellung der Rechtsanwälte als Beisitzer und Pflicht zur Verschwiegenheit
- § 111 Reihenfolge der Teilnahme an den Sitzungen
- § 112 Entschädigung der anwaltlichen Beisitzer
- Vierter Abschnitt
- Gerichtliches Verfahren in verwaltungsrechtlichen Anwaltsachen
- § 112a Rechtsweg und sachliche Zuständigkeit
- § 112b Örtliche Zuständigkeit
- § 112c Anwendung der Verwaltungsgerichtsordnung
- § 112d Klaggegner und Vertretung
- § 112e Berufung
- § 112f Klagen gegen Wahlen und Beschlüsse
- § 112g Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
- § 112h Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise

- Sechster Teil
- Anwaltsgerichtliche Abmündung von Pflichtverletzungen
- § 113 Abmündung einer Pflichtverletzung
- § 114 Anwaltsgerichtliche Maßnahmen
- § 114a Wirkungen des Vertretungsverbots und Zuwiderhandlungen
- § 115 Verjährung der Verfolgung einer Pflichtverletzung
- § 115a Rüge und anwaltsgerichtliche Maßnahme
- § 115b Anderweitige Abmündung
- § 115c Vorschriften für Geschäftsführer von Rechtsanwaltsgesellschaften
- Siebenter Teil
- Anwaltsgerichtliches Verfahren
- Erster Abschnitt
- Allgemeines
- § 116 Vorschriften für das Verfahren und den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
- § 117 Keine Verhaftung des Rechtsanwalts
- § 117a Verteidigung
- § 117b Akteneinsicht
- § 118 Verhältnis des anwaltsgerichtlichen Verfahrens zum Straf- oder Bußgeldverfahren
- § 118a Verhältnis des anwaltsgerichtlichen Verfahrens zu Verfahren anderer Berufsgesellschaften
- § 118b Aussetzung des anwaltsgerichtlichen Verfahrens
- Zweiter Abschnitt
- Verfahren im ersten Rechtszug
- Erster Unterabschnitt
- Allgemeine Vorschriften
- § 119 Zuständigkeit
- § 120 Mitwirkung der Staatsanwaltschaft
- § 120a Gegenseitige Unterrichtung von Staatsanwaltschaft und Rechtsanwaltskammer
- Zweiter Unterabschnitt
- Einleitung des Verfahrens
- § 121 Einleitung des anwaltsgerichtlichen Verfahrens
- § 122 Gerichtliche Entscheidung über die Einleitung des Verfahrens
- § 123 Antrag des Rechtsanwalts auf Einleitung des anwaltsgerichtlichen Verfahrens
- §§ 124 bis 129 (weggefallen)
- § 130 Inhalt der Anschuldigungsschrift
- § 131 Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Anwaltsgericht
- § 132 Rechtskraftwirkung eines ablehnenden Beschlusses

- § 133 Zustellung des Eröffnungsbeschlusses
- Dritter Unterabschnitt
- Hauptverhandlung vor dem Anwaltsgericht
- § 134 Hauptverhandlung trotz Ausbleibens des Rechtsanwalts
- § 135 Nichtöffentlichkeit Hauptverhandlung
- § 136 (weggefallen)
- § 137 Beweisaufnahme durch einen beauftragten oder ersuchten Richter
- § 138 Verlesen von Protokollen
- § 139 Entscheidung des Anwaltsgerichts
- § 140 Protokollführer
- § 141 Ausfertigung der Entscheidungen
- Dritter Abschnitt
- Rechtsmittel
- Erster Unterabschnitt
- Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Anwaltsgerichts
- § 142 Beschwerde
- § 143 Berufung
- § 144 Mitwirkung der Staatsanwaltschaft vor dem Anwaltsgerichtshof
- Zweiter Unterabschnitt
- Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Anwaltsgerichtshofes
- § 145 Revision
- § 146 Einlegung der Revision und Verfahren
- § 147 Mitwirkung der Staatsanwaltschaft vor dem Bundesgerichtshof
- Vierter Abschnitt
- Sicherung von Beweisen
- § 148 Anordnung der Beweissicherung
- § 149 Verfahren
- Fünfter Abschnitt
- Berufs- und Vertretungsverbot als vorläufige Maßnahme
- § 150 Voraussetzung für das Verbot
- § 150a Verfahren zur Erzwungung des Antrags der Staatsanwaltschaft
- § 151 Mündliche Verhandlung
- § 152 Abstimmung über das Verbot
- § 153 Verbot im Anschluss an die Hauptverhandlung
- § 154 Zustellung des Beschlusses
- § 155 Wirkungen des Verbots

- § 156 Zuwiderhandlungen gegen das Verbot
- § 157 Beschwerde
- § 158 Außerkrafttreten des Verbots
- § 159 Aufhebung des Verbots
- § 159a Dreimonatsfrist
- § 159b Prüfung der Fortdauer des Verbots
- § 160 Mitteilung des Verbots
- § 161 Bestellung eines Vertreters
- § 161a Gegenständiglich beschränktes Vertretungsverbot
- Achter Teil
- Die Rechtsanwaltschaft bei dem Bundesgerichtshof
- Erster Abschnitt
- Allgemeines
- § 162 Entsprechende Anwendung von Vorschriften
- § 163 Sachliche Zuständigkeit
- Zweiter Abschnitt
- Zulassung als Rechtsanwalt bei dem Bundesgerichtshof
- § 164 Besondere Voraussetzung für die Zulassung
- § 165 Wahlausschuss für Rechtsanwälte bei dem Bundesgerichtshof
- § 166 Vorschlagslisten für die Wahl
- § 167 Prüfung des Wahlausschusses
- § 167a Akteneinsicht
- § 168 Entscheidung des Wahlausschusses
- § 169 Mitteilung des Wahlergebnisses
- § 170 Entscheidung über den Antrag auf Zulassung
- § 171 (weggefallen)
- Dritter Abschnitt
- Besondere Rechte und Pflichten der Rechtsanwälte bei dem Bundesgerichtshof
- § 172 Beschränkung des Auftretens vor anderen Gerichten
- § 172a Sozietät
- § 172b Kanzlei
- § 173 Bestellung eines Vertreters und eines Abwicklers der Kanzlei
- Vierter Abschnitt
- Die Rechtsanwaltskammer bei dem Bundesgerichtshof
- § 174 Zusammensetzung und Vorstand

Neunter Teil	
Die Bundesrechtsanwaltskammer	
Erster Abschnitt	
Allgemeines	
§ 175	Zusammensetzung und Sitz der Bundesrechtsanwaltskammer
§ 176	Stellung der Bundesrechtsanwaltskammer
§ 177	Aufgaben der Bundesrechtsanwaltskammer
§ 178	Beiträge zur Bundesrechtsanwaltskammer
Zweiter Abschnitt	
Organe der Bundesrechtsanwaltskammer	
Erster Unterabschnitt	
Präsidium	
§ 179	Zusammensetzung des Präsidiums
§ 180	Wahlen zum Präsidium
§ 181	Recht zur Ablehnung der Wahl
§ 182	Wahlperiode und vorzeitiges Ausscheiden
§ 183	Ehrenamtliche Tätigkeit des Präsidiums
§ 184	Pflicht zur Verschwiegenheit
§ 185	Aufgaben des Präsidenten
§ 186	Aufgaben des Schatzmeisters
Zweiter Unterabschnitt	
Hauptversammlung	
§ 187	Versammlung der Mitglieder
§ 188	Vertreter der Rechtsanwaltskammern in der Hauptversammlung
§ 189	Einberufung der Hauptversammlung
§ 190	Beschlüsse der Hauptversammlung
§ 191	(weggefallen)
Dritter Unterabschnitt	
Satzungsversammlung	
§ 191a	Einrichtung und Aufgabe
§ 191b	Wahl der stimmberechtigten Mitglieder der Satzungsversammlung
§ 191c	Einberufung und Stimmrecht
§ 191d	Leitung der Versammlung und Beschlussfassung
§ 191e	Prüfung von Beschlüssen durch die Aufsichtsbehörde

Dritter Abschnitt	
Schlichtung	
§ 191f	Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft
Zehnter Teil	
Kosten in Anwaltsachen	
Erster Abschnitt	
Kosten in Verwaltungsverfahren der Rechtsanwaltskammern	
§ 192	Erhebung von Gebühren und Auslagen
Zweiter Abschnitt	
Kosten in gerichtlichen Verfahren in verwaltungsrechtlichen Anwaltsachen	
§ 193	Gerichtskosten
§ 194	Streitwert
Dritter Abschnitt	
Kosten im anwaltsgerichtlichen Verfahren und im Verfahren bei Anträgen auf anwaltsgerichtliche Entscheidung	
§ 195	Gerichtskosten
§ 196	Kosten bei Anträgen auf Einleitung des anwaltsgerichtlichen Verfahrens
§ 197	Kostenpflicht des Verurteilten
§ 197a	Kostenpflicht im Verfahren bei Anträgen auf anwaltsgerichtliche Entscheidung
§ 198	Haftung der Rechtsanwaltskammer
§ 199	Festsetzung der Kosten des Verfahrens vor dem Anwaltsgericht
§§ 200 bis 203	(weggefallen)
Elfter Teil	
Vollstreckung anwaltsgerichtlicher Maßnahmen und Kosten sowie Tilgung	
§ 204	Vollstreckung anwaltsgerichtlicher Maßnahmen
§ 205	Beitreibung der Kosten
§ 205a	Tilgung
Zwölfter Teil	
Anwälte aus anderen Staaten	
§ 206	Niederlassung
§ 207	Aufnahmeverfahren und berufliche Stellung
Dreizehnter Teil	
Übergangs- und Schlussvorschriften	
§ 208	Landesrechtliche Beschränkungen der Parteivertretung und Beistandschaft
§ 209	Kammermitgliedschaft von Inhabern einer Erlaubnis nach dem Rechtsberatungsgesetz
§ 210	Bestehenbleiben von Rechtsanwaltskammern
§ 211	Befreiung von der Voraussetzung der Befähigung zum Richteramt
Anlage (zu § 193 Satz 1 und § 195 Satz 1) Gebührenverzeichnis	

Anlage 2
(zu Artikel 4 Nummer 59)

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Der Patentanwalt

- § 1 Stellung in der Rechtspflege
- § 2 Beruf des Patentanwalts
- § 3 Recht zur Beratung und Vertretung
- § 4 Auftreten vor den Gerichten

Zweiter Teil

Zulassung des Patentanwalts

Erster Abschnitt

Zulassung zur Patentanwaltschaft

Erster Unterabschnitt

Allgemeine Voraussetzungen

- § 5 Zugang zum Beruf des Patentanwalts
- § 6 Technische Befähigung
- § 7 Ausbildung auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes
- § 8 Prüfung
- § 9 Prüfungskommission
- § 10 Zulassung zur Prüfung
- § 11 Patentassessor
- § 12 Ausbildungs- und Prüfungsordnung

Zweiter Unterabschnitt

Zulassung zur Patentanwaltschaft und Erlöschen der Zulassung

- § 13 Antrag auf Zulassung zur Patentanwaltschaft
- § 14 Versagung der Zulassung
- §§ 15 und 16 (weggefallen)
- § 17 Aussetzung des Zulassungsverfahrens
- § 18 Zulassung
- § 19 Verteidigung
- § 20 Erlöschen der Zulassung
- § 21 Rücknahme und Widerruf der Zulassung
- § 22 Ärztliches Gutachten bei Versagung und Widerruf der Zulassung
- § 23 (weggefallen)
- § 24 Erlöschen der Befähigung zur Führung der Berufsbezeichnung

Dritter Unterabschnitt

Kanzlei und Patentanwaltsverzeichnis

- § 25 (weggefallen)
- § 26 Kanzlei
- § 27 Kanzleien in anderen Staaten
- § 28 Zustellungsbevollmächtigter
- § 29 Patentanwaltsverzeichnis, Verordnungsermächtigung
- Zweiter Abschnitt
- Verwaltungsverfahren
- § 30 Ergänzende Anwendung des Verwaltungsverfahrensgesetzes
- § 31 Sachliche Zuständigkeit
- § 32 Zustellung
- § 33 Bestellung eines Vertreters im Verwaltungsverfahren
- § 34 Ermittlung des Sachverhalts und Übermittlung personenbezogener Daten
- §§ 35 bis 38 (weggefallen)

Dritter Teil

Rechte und Pflichten des Patentanwalts und berufliche Zusammenarbeit der Patentanwälte

Erster Abschnitt

Allgemeines

- § 39 Allgemeine Berufspflicht
- § 39a Grundpflichten
- § 39b Werbung
- § 40 Mitteilung der Ablehnung eines Auftrags
- § 41 Tätigkeitsverbote
- § 41a Angestellte Patentanwälte und Syndikuspatenanwälte
- § 41b Zulassung als Syndikuspatenanwalt
- § 41c Erlöschen und Änderung der Zulassung als Syndikuspatenanwalt
- § 41d Besondere Vorschriften für Syndikuspatenanwälte
- § 42 Patentanwälte im öffentlichen Dienst
- § 43 Pflicht zu Übernahme der Vertretung
- § 43a Vergütung
- § 43b Erfolgs Honorar
- § 44 Handakten
- § 45 Berufshaftpflichtversicherung
- § 45a Berufshaftpflichtversicherung einer Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung
- § 45b Vertragliche Begrenzung von Ersatzansprüchen

- § 46 Bestellung eines Vertreters
- § 47 (weggefallen)
- § 48 Bestellung eines Abwiewlers der Kanzlei
- § 49 Besondere Pflichten gegenüber dem Vorstand der Patentanwaltskammer
- § 50 Zwangsgeld bei Verletzung der besonderen Pflichten
- § 51 Einsicht in die Personalakten
- § 52 Ausbildung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Patentanwaltschaft
- § 52a Berufliche Zusammenarbeit
- § 52b Satzungscompetenz
- Zweiter Abschnitt
- Patentanwaltsgesellschaften
- § 52c Zulassung als Patentanwalts-gesellschaft und Beteiligung an beruflichen Zusammenschlüssen
- § 52d Zulassungsvoraussetzungen
- § 52e Gesellschaftler
- § 52f Geschäftsführung
- § 52g Zulassungsverfahren
- § 52h Erlöschens der Zulassung
- § 52i Kanzlei
- § 52j Berufshaftpflichtversicherung
- § 52k Firma
- § 52l Vertretung vor Gerichten und Behörden
- § 52m Mitteilungspflichten, anwendbare Vorschriften und Verschwiegenheitspflicht
- Vierter Teil
- Die Patentanwaltskammer
- Erster Abschnitt
- Allgemeines
- § 53 Bildung und Zusammensetzung der Patentanwaltskammer
- § 54 Aufgaben der Patentanwaltskammer
- § 55 Organe der Patentanwaltskammer
- § 56 Satzung der Patentanwaltskammer
- § 57 Stellung der Patentanwaltskammer
- Zweiter Abschnitt
- Organe der Patentanwaltskammer
- Erster Unterabschnitt
- Vorstand
- § 58 Zusammensetzung des Vorstands

- § 59 Voraussetzungen der Wählbarkeit
- § 60 Ausschluss von der Wählbarkeit
- § 61 Recht zur Ablehnung der Wahl
- § 62 Wahlperiode
- § 63 Vorzeitiges Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds
- § 64 Wahl des Präsidenten, des Schriftführers und des Schatzmeisters
- § 65 Sitzungen des Vorstands
- § 66 Beschlussfähigkeit des Vorstands
- § 67 Beschlüsse des Vorstands
- § 68 Abteilungen des Vorstands
- § 69 Aufgaben des Vorstands
- § 69a Verwaltungsbehörde für Ordnungswidrigkeiten
- § 70 Rüge-recht des Vorstands
- § 70a Antrag auf Entscheidung des Landgerichts
- § 71 Pflicht der Vorstandsmitglieder zur Verschwiegenheit
- § 72 Ehrenamtliche Tätigkeit des Vorstands
- § 73 Aufgaben des Präsidenten
- § 74 Berichte über die Tätigkeit der Kammer und über Wahlergebnisse
- § 75 Aufgaben des Schriftführers
- § 76 Aufgaben des Schatzmeisters
- § 77 Einziehung rückständiger Beiträge
- Zweiter Unterabschnitt
- Kammerversammlung
- § 78 Einberufung der Kammerversammlung
- § 79 Einladung und Einberufungsfrist
- § 80 An-kündi-gung der Tagesordnung
- § 81 Wahlen und Beschlüsse der Kammerversammlung
- § 82 Aufgaben der Kammerversammlung
- § 82a Prüfung der Satzung der Kammerversammlung durch die Aufsichtsbehörde
- §§ 83 und 84 (weggefallen)
- Fünfter Teil
- Gerichte in Patentanwalts-sachen und gerichtliches Verfahren in verwaltungsrechtlichen Patentanwalts-sachen
- Erster Abschnitt
- Das Landgericht und das Oberlandesgericht in Patentanwalts-sachen
- § 85 Kammer für Patentanwalts-sachen bei dem Landgericht
- § 86 Senat für Patentanwalts-sachen bei dem Oberlandesgericht

§ 87	Patentanwaltschaftliche Mitglieder
§ 88	Rechtsstellung der patentanwaltschaftlichen Mitglieder
§ 89	Ende des Amtes des patentanwaltschaftlichen Mitglieds
	Zweiter Abschnitt
	Dar Bundesgerichtshof in Patentanwaltschaftsachen
§ 90	Senat für Patentanwaltschaftsachen bei dem Bundesgerichtshof
§ 91	Patentanwälle als Beisitzer
§ 92	Rechtsstellung der Patentanwälte als Beisitzer
§ 93	Beendigung des Amtes des Beisitzers
§ 94	Reihenfolge der Teilnahme an den Sitzungen
	Dritter Abschnitt
	Gerichtliches Verfahren in verwaltungsrechtlichen Patentanwaltschaftsachen
§ 94a	Rechtsweg und sachliche Zuständigkeit
§ 94b	Anwendung der Verwaltungsgerichtsordnung
§ 94c	Klagegegner und Vernetzung
§ 94d	Berufung
§ 94e	Klagen gegen Wahlen und Beschlüsse
§ 94f	Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
§ 94g	Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise
	Sechster Teil
	Berufsgerichtliche Abhandlung von Pflichtverletzungen
§ 95	Abhandlung einer Pflichtverletzung
§ 96	Berufsgerichtliche Maßnahmen
§ 97	Verjährung der Verfolgung einer Pflichtverletzung
§ 97a	Vorschriften für Geschäftsführer von Patentanwaltschaftsgesellschaften
	Siebenter Teil
	Berufsgerichtliches Verfahren
	Erster Abschnitt
	Allgemeines
§ 98	Vorschriften für das Verfahren und den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren
§ 99	Keine Verhaftung des Patentanwalts
§ 100	Verteidigung
§ 101	Aktenmysterium des Patentanwalts
§ 102	Verhältnis des berufsgerichtlichen Verfahrens zum Straf- oder Bußgeldverfahren
§ 102a	Verhältnis des berufsgerichtlichen Verfahrens zu Verfahren anderer Berufungsinstanzen
§ 102b	Aussetzung des berufsgerichtlichen Verfahrens

§ 103	Rüge und berufsgerichtliche Maßnahme
§ 103a	Anderweitige Abhandlung
	Zweiter Abschnitt
	Verfahren im ersten Rechtszug
	Erster Unterabschnitt
	Allgemeine Vorschriften
§ 104	Zuständigkeit
§ 105	Mitwirkung der Staatsanwaltschaft
	Zweiter Unterabschnitt
	Einleitung des berufsgerichtlichen Verfahrens
§ 106	Einleitung des berufsgerichtlichen Verfahrens
§ 107	Gerichtliche Entscheidung über die Einleitung
§ 108	Antrag des Patentanwalts auf Einleitung des berufsgerichtlichen Verfahrens
§§ 109 bis 114	(weggefallen)
§ 115	Inhalt der Anschuldigungsschrift
§ 116	Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens
§ 117	Rechtskraftwirkung eines ablehnenden Beschlusses
§ 118	Zustellung des Eröffnungsbeschlusses
	Dritter Unterabschnitt
	Hauptverhandlung
§ 119	Hauptverhandlung trotz Ausbleibens des Patentanwalts
§ 120	Nichtöffentliche Hauptverhandlung
§ 121	Beweisaufnahme durch einen ersuchten Richter
§ 122	Verlesen von Protokollen
§ 123	Entscheidung
	Dritter Abschnitt
	Rechtsmittel
§ 124	Beschwerde
§ 125	Berufung
§ 126	Mitwirkung der Staatsanwaltschaft
§ 127	Revision
§ 128	Einlegung der Revision und Verfahren
§ 129	Mitwirkung der Staatsanwaltschaft vor dem Bundesgerichtshof
	Vierter Abschnitt
	Sicherung von Beweisen
§ 130	Anordnung der Beweissicherung
§ 131	Verfahren

Fünftes Kapitel	
Berufs- und Verrichtungsverbot als vorläufige Maßnahme	
§ 132	Voraussetzung des Verbots
§ 133	Mündliche Verhandlung
§ 134	Abstimmung über das Verbot
§ 135	Verbot im Anschluss an die Hauptverhandlung
§ 136	Zustellung des Beschlusses
§ 137	Wirkungen des Verbots
§ 138	Zawiderhandlungen gegen das Verbot
§ 139	Beschwerde
§ 140	Aufhebung des Verbots
§ 141	Aufhebung des Verbots
§ 142	Mitteilung des Verbots
§ 143	Bestellung eines Vertreters
Sechster Abschnitt	
§ 144	Vollstreckung berufsgerichtlicher Maßnahmen und Kosten sowie Tilgung
§ 144a	Tilgung
Achter Teil	
Kosten in Patentanwaltsachen	
Erster Abschnitt	
§ 145	Kosten in Verwaltungsverfahren der Patentanwaltskammer
Zweiter Abschnitt	
§ 146	Kosten in gerichtlichen Verfahren in verwaltungsrechtlichen Patentanwaltsachen
§ 147	Gerichtskosten
§ 147	Schlichter
Dritter Abschnitt	
Kosten im berufsgerichtlichen Verfahren und im Verfahren bei Anträgen auf Entscheidung des Landgerichts	
§ 148	Gerichtskosten
§ 149	Kosten bei Anträgen auf Einleitung des berufsgerichtlichen Verfahrens
§ 150	Kostenpflicht des Verurteilten
§ 150a	Kostenpflicht im Verfahren bei Anträgen auf Entscheidung des Landgerichts
§ 151	Haftung der Patentanwaltskammer
§§ 152 bis 154	(weggefallen)

Fünftes Kapitel	
Berufs- und Verrichtungsverbot als vorläufige Maßnahme	
§ 132	Voraussetzung des Verbots
§ 133	Mündliche Verhandlung
§ 134	Abstimmung über das Verbot
§ 135	Verbot im Anschluss an die Hauptverhandlung
§ 136	Zustellung des Beschlusses
§ 137	Wirkungen des Verbots
§ 138	Zawiderhandlungen gegen das Verbot
§ 139	Beschwerde
§ 140	Aufhebung des Verbots
§ 141	Aufhebung des Verbots
§ 142	Mitteilung des Verbots
§ 143	Bestellung eines Vertreters
Sechster Abschnitt	
§ 144	Vollstreckung berufsgerichtlicher Maßnahmen und Kosten sowie Tilgung
§ 144a	Tilgung
Achter Teil	
Kosten in Patentanwaltsachen	
Erster Abschnitt	
§ 145	Kosten in Verwaltungsverfahren der Patentanwaltskammer
Zweiter Abschnitt	
§ 146	Kosten in gerichtlichen Verfahren in verwaltungsrechtlichen Patentanwaltsachen
§ 147	Gerichtskosten
§ 147	Schlichter
Dritter Abschnitt	
Kosten im berufsgerichtlichen Verfahren und im Verfahren bei Anträgen auf Entscheidung des Landgerichts	
§ 148	Gerichtskosten
§ 149	Kosten bei Anträgen auf Einleitung des berufsgerichtlichen Verfahrens
§ 150	Kostenpflicht des Verurteilten
§ 150a	Kostenpflicht im Verfahren bei Anträgen auf Entscheidung des Landgerichts
§ 151	Haftung der Patentanwaltskammer
§§ 152 bis 154	(weggefallen)

Fünftes Kapitel	
Berufs- und Verrichtungsverbot als vorläufige Maßnahme	
§ 155	Beratung und Vertretung von Dritten
§ 155a	Tätigkeitsverbote bei weiterer Tätigkeit als Patentanwalt
§ 156	Auftreten vor den Gerichten
Zehnter Teil	
Übergangs- und Schlussvorschriften	
§ 157	Maßnahmen nach dem Einigungsvertrag
§ 158	Patentsachbearbeiter
§ 159	Befreiung von der Tätigkeit bei einem Patentanwalt
§ 160	Inhaber von Erlaubnisscheinen
Anlage	(zu § 146 Satz 1 und § 148 Satz 1) Gebührenverzeichnis

Fünftes Kapitel	
Berufs- und Verrichtungsverbot als vorläufige Maßnahme	
§ 155	Beratung und Vertretung von Dritten
§ 155a	Tätigkeitsverbote bei weiterer Tätigkeit als Patentanwalt
§ 156	Auftreten vor den Gerichten
Zehnter Teil	
Übergangs- und Schlussvorschriften	
§ 157	Maßnahmen nach dem Einigungsvertrag
§ 158	Patentsachbearbeiter
§ 159	Befreiung von der Tätigkeit bei einem Patentanwalt
§ 160	Inhaber von Erlaubnisscheinen
Anlage	(zu § 146 Satz 1 und § 148 Satz 1) Gebührenverzeichnis

Begründung

A. Allgemeiner Teil

1. Einleitung

1. Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie

Das Gesetz dient hauptsächlich der Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22; L 271 vom 16.10.2007, S. 18; L 93 vom 4.4.2008, S. 28; L 33 vom 3.2.2009, S. 49; L 305 vom 24.10.2014, S. 115) (Berufsanerkenntnisrichtlinie; im Folgenden: Richtlinie) im Bereich der Tätigkeiten der Rechtsanwälte und Patentanwälte. Anpassungen sind auch im Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) erforderlich; auf Notare ist die Richtlinie dagegen nicht anwendbar (Artikel 2 Absatz 4 der Richtlinie). Die Richtlinie wurde zwischenzeitlich insbesondere durch die Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 zur Änderung der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“) (ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 132; L 268 vom 15.10.2015, S. 35; L 95 vom 9.4.2016, S. 20) geändert, wobei die aus der Richtlinie 2013/55/EU folgenden Änderungen nach deren Artikel 3 Absatz 1 von den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (im Folgenden: Mitgliedsstaaten) bis zum 18. Januar 2016 umzusetzen waren. Die Richtlinie enthält vor allem Vorschriften zur Dienstleistungsfreiheit und zur Niederlassungsfreiheit, darüber hinaus trifft sie noch einige eher allgemeine Bestimmungen.

a) Dienstleistungsfreiheit

Im Bereich der Dienstleistungsfreiheit ist für die Tätigkeit der Rechtsanwälte keine Umsetzung der Richtlinie erforderlich. Denn nach Artikel 2 Absatz 3 der Richtlinie sind spezielle Regelungen vorzuziehen. Zu diesen Regelungen zählt nach Satz 2 des Erwägungsgrunds 42 der Richtlinie die Richtlinie 77/249/EWG des Rates vom 2. März 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte (ABl. L 78 vom 26.3.1977, S. 17), die im Teil 5 (§§ 25 ff.) des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland (EuRAG) umgesetzt ist. Hier erfolgen daher lediglich kleinere Anpassungen redaktioneller Art (Artikel 2 Nummern 14 und 19).

Dagegen müssen die für den Bereich der Dienstleistungsfreiheit im Teil II (Artikel 5 bis 9) der Richtlinie enthaltenen Vorschriften für die Tätigkeit der Patentanwälte vollständig neu umgesetzt werden. Wie für die Rechtsanwälte im EuRAG soll die Umsetzung auch für die Patentanwälte in einem Gesetz zusammen mit denjenigen Vorschriften erfolgen, die die bei einer Niederlassung zu erfüllenden Voraussetzungen regeln (und die bei den Patentanwälten in der Ablegung einer Eignungsprüfung liegen). Dazu werden zunächst mit Artikel 5 die Inhalte des bisherigen Gesetzes über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Patentanwaltschaft (PAZ-EignPrV) in den Teil 1 des neuen Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland (EuPAAG-E) überführt. Die neuen Vorschriften über die vorübergehende Dienstleistung durch europäische Patentanwälte in Deutschland werden sodann in einen zweiten Teil dieses Gesetzes aufgenommen (§§ 13 bis 19 EuPAAG-E). Inhaltlich lehnen sich diese Regelungen so weit wie möglich an diejenigen im Teil 5 (§§ 25 ff.) des EuRAG über die vorübergehende Dienstleistung durch europäische Rechtsanwälte in Deutschland an.

Im RDG sind Anpassungen des dortigen § 15 erforderlich (Artikel 6 Nummer 8).

b) Niederlassungsfreiheit

Im Bereich der Niederlassungsfreiheit ersetzt die Richtlinie insbesondere die Richtlinie 89/48/EWG des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (ABl. L 19 vom 24.1.1989, S. 16; Hochschuldiplom-Anerken-

nungsrichtlinie). Die Richtlinie 89/48/EWG ist für die Tätigkeit der Rechtsanwälte im Teil 4 (§§ 16 ff.) des EuRAG und für die Tätigkeit der Patentanwälte im PAZ-EignPrV umgesetzt. Europäische Rechts- und Patentanwälte können danach in Deutschland eine Eignungsprüfung ablegen, um zur deutschen Rechts- bzw. Patentanwaltschaft zugelassen werden zu können. Diese Vorschriften müssen insoweit an die Richtlinie angepasst werden, als zukünftig vor der Auflegung einer Eignungsprüfung geprüft werden muss, ob der europäische Rechts- oder Patentanwalt bestehende Defizite seiner Berufsqualifikation durch Berufspraxis oder Weiterbildungsmaßnahmen vollständig ausgeglichen hat. Dies erfolgt für die Rechtsanwälte durch Änderungen des § 4 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) (Artikel 1 Nummer 1), den §§ 16 bis 17, 19, 21, 40 und 41 EuRAG in der Entwurfsfassung (EuRAG-E) (Artikel 2 Nummern 9 bis 11, 13, 14, 25 und 26) sowie den §§ 3 bis 5 der Verordnung über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft (RAZ-EignPrV) (Artikel 3 Nummer 3 bis 5); für die Patentanwälte durch Änderungen der §§ 5 und 45 der Patentanwaltsordnung (PAO) (Artikel 4 Nummern 1 und 17) und der §§ 1 bis 3 EuPAAG-E (Artikel 5). Im RDG wird lediglich § 12 geringfügig angepasst (Artikel 6 Nummer 5).

c) Weitere Bestimmungen

Artikel 4f der Richtlinie betrifft den partiellen Zugang zu einem regulierten Beruf. Während in der BRAO keine Änderungen erforderlich erscheinen, soll der Artikel bei den Patentanwälten in § 12 EuPAAG-E (Artikel 5) und im RDG in den §§ 10 und 11 (Artikel 6 Nummern 3 und 4) umgesetzt werden (zudem werden als Folgeänderungen zu Letzterem § 1 der Rechtsdienstleistungsverordnung (RDV) gestrichen, Artikel 7 Nummer 1, und § 73 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) geändert, Artikel 13).

Artikel 5d der Richtlinie enthält Vorschriften zu Unterlagen und Formalitäten, die insbesondere in dem geänderten § 36 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 24) und dem neuen § 11 EuPAAG-E (Artikel 5) umgesetzt werden.

Artikel 5fa der Richtlinie bestimmt, inwieweit im Ausland absolvierte Ausbildungszeiten bei der Zulassung zum Beruf in Deutschland anzuerkennen sind. Während insoweit bei den Rechtsanwälten zumindest keine Umsetzung im Bundesrecht erforderlich ist, soll bei den Patentanwälten § 7 PAO geändert werden (Artikel 4 Nummer 3); im RDG ist § 12 zu ergänzen (Artikel 6 Nummer 5).

Artikel 5e der Richtlinie betrifft die Verwaltungszusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten; er ist Anlass für eine Neufassung der §§ 37 und 38 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 24), die Einföhrung der §§ 23 und 24 EuPAAG-E (Artikel 5) sowie eine Änderung in § 18 Absatz 2 RDG in der Entwurfsfassung (RDG-E) (Artikel 6 Nummer 12 Buchstabe b).

Durch Artikel 5fa der Richtlinie wird erstmals ein sogenannter Vorwarnmechanismus eingeführt, der die zeitnahe Warnung anderer Mitgliedsstaaten vor solchen Angehörigen regulierter Berufe bezweckt, gegen die ein vorläufiges oder endgültiges Berufsverbot ausgesprochen wurde oder bei denen gerichtlich festgestellt wurde, dass sie gefälschte Berufsqualifikationsnachweise verwendet haben. Zur Umsetzung dieses Artikels sollen bei den Rechtsanwälten Änderungen in § 112h BRAO in der Entwurfsfassung (BRAO-E) (Artikel 1 Nummer 44) und § 38 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 24), bei den Patentanwälten Änderungen in § 94g PAO in der Entwurfsfassung (PAO-E) (Artikel 4 Nummer 48) und § 24 EuPAAG-E (Artikel 5) und im RDG eine Ergänzung des dortigen § 18 um einen Absatz 2a (Artikel 6 Nummer 12 Buchstabe b) erfolgen. Zudem soll der Vorwarnmechanismus mit diesem Gesetz auch für alle strafgerichtlichen Entscheidungen umgesetzt werden, und zwar in § 9 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung (EGStPO) (Artikel 11 Nummer 5).

2. Weitere Regelungsgegenstände

Mit diesem Gesetz sollen über die Umsetzung der Richtlinie hinaus zudem folgende weitere Rechtsänderungen vorgenommen werden:

a) Weitere Kanzleien

In § 27 Absatz 2 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 6; mit Folgeänderungen in den §§ 33, 46c und 55 BRAO-E; Artikel 1 Nummern 9, 12 und 17 sowie in § 2 der derzeit erst in der Entwurfsfassung vorliegenden Verordnung über die Rechtsanwaltsvereinnahme und die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer – Rechtsanwaltsvereinnahmungs- und -postfachverordnung; im Folgenden RAVPV-E; Artikel 20 Nummer 3) und in § 26 Absatz 2 PAO-E (Artikel 4 Nummer 11; mit Folgeänderungen in den §§ 41d und 48 PAO-E; Artikel 4 Nummern 15 und 20) soll zur

besonderen Differenzierung der möglichen Organisationsformen der anwaltlichen Berufsausübung neben den bestehenden Begriffen der „Kanzlei“ und der „Zweigstelle“ der Begriff der „weiteren Kanzlei“ eingeführt werden. Dieser soll die Fälle erfassen, in denen ein Rechtsanwalt seine Tätigkeit in unterschiedlichen rechtlichen Organisationsformen (d. h. als Einzelanwalt und in einer Berufsausübungsgemeinschaft oder in verschiedenen Berufsausübungsgemeinschaften) ausübt.

b) Rechtsanwaltsverzeichnis und Gesamtverzeichnis

Die neuen Unterscheidungen zwischen weiteren Kanzleien und Zweigstellen sollen auch aus den von den Rechtsanwaltskammern geführten Rechtsanwaltsverzeichnissen ersichtlich sein (§ 31 Absatz 3 Nummer 3 und 4 BRAO-E; Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstaben bb und cc). Zudem soll den Rechtsanwaltskammern mit § 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E die Möglichkeit gegeben werden, ihre Verzeichnisse als Teil des Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer zu führen. Weitere Änderungen in § 31 Absatz 1 Satz 4 und Absatz 4 Satz 3 BRAO-E sollen ebenfalls zu einer Effektivierung der Eintragungsverfahren beitragen.

c) Besonderes elektronisches Anwaltspostfach

Zunächst soll klargestellt werden, dass die Bundesrechtsanwaltskammer auch berechtigt ist, für sich selbst und die Rechtsanwaltskammern besondere elektronische Anwaltspostfächer einzurichten (§ 31a Absatz 5 BRAO-E, Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe c).

Weiter soll § 31a BRAO-E um einen neuen Absatz 6 ergänzt werden, um die derzeit umstrittene Frage, inwieweit die Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs für die Rechtsanwältin verpflichtend ist, im Berufsrecht einer Klärung zuzuführen (Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe c).

Im Anschluss an die Einführung der weiteren Kanzleien in § 27 Absatz 2 BRAO-E soll zudem die Bundesrechtsanwaltskammer durch § 31a Absatz 7 BRAO-E verpflichtet werden, für diese ein weiteres besonderes elektronisches Anwaltspostfach einzurichten. Dies ist erforderlich, damit die betroffenen Rechtsanwältinnen ihre Verschwiegenheitspflicht wahren können (Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe c; mit Folgeänderung in § 21 Absatz 3 RAVPV-E, Artikel 20 Nummer 13).

d) Kenntnisse des Berufsrechts bei neu zugelassenen Rechtsanwältinnen

Durch den neuen § 43c BRAO-E (Artikel 1 Nummer 10; mit Folgeänderungen in § 209 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E, Artikel 1 Nummer 62, und § 27 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E, Artikel 2 Nummer 18 Buchstabe a) soll sichergestellt werden, dass Rechtsanwältinnen zumindest zeitnah nach ihrer Zulassung über hinreichende Kenntnisse im anwaltlichen Berufsrecht verfügen. Hierzu soll in Form einer Berufspflicht eine Fortbildungspflicht innerhalb des ersten Jahres nach der Zulassung eingeführt werden, die allerdings nicht gelten soll, wenn der Rechtsanwalt nachweist, dass der Erwerb der entsprechenden Kenntnisse bereits vor seiner Zulassung stattgefunden hat. Vorgesehen ist der Besuch einer Lehrveranstaltung von zehn Stunden.

e) Rückwirkende Mitgliedschaft der Syndikusanwältinnen in der Berufskammer

Mit den Änderungen in § 46a Absatz 4 BRAO-E und § 41b Absatz 4 PAO-E (Artikel 1 Nummer 11 und Artikel 4 Nummer 14 Buchstabe b; mit Folgeänderung in § 286f des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung – (SGB VI) in der Entwurfsfassung (SGB VI-E) in Artikel 18) soll sichergestellt werden, dass Syndikatsrechts- und -patentanwältinnen daraus, dass über ihren Zulassungsantrag möglicherweise erst nach der Aufnahme ihrer Tätigkeit als Syndikatsanwalt entschieden wird, in Bezug auf die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht keine Nachteile entstehen. Zu diesem Zweck soll für die vorgenannten Fälle eine rückwirkende Mitgliedschaft in der Berufskammer vorgesehen werden.

f) Handakten

Die §§ 50 BRAO-E und 44 PAO-E, die die Führung der Handakten der Rechtsanwältinnen und Patentanwältinnen regeln, sollen neu gefasst werden. Dabei soll unter anderem eine Aufbewahrungsfrist von sechs Jahren eingeführt werden (Artikel 1 Nummer 13; Artikel 4 Nummer 16).

g) Ermächtigungen zur Änderung der Mindestversicherungssummen der Berufspflichtversicherungen durch Rechtsverordnung

Die Ermächtigungen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, die Mindestversicherungssummen der Berufspflichtversicherungen im Wege einer Rechtsverordnung zu ändern, sollen aufgehoben werden (§§ 51, 51a und 59j BRAO, Artikel 1 Nummer 14, 15 und 22, §§ 45, 45a und 52j PAO-E, Artikel 4 Nummer 17, 18 und 26; § 19a BNotO-E, Artikel 9 Nummer 8).

h) Anfechtung und Vollstreckung von Zwangsgeldern, Geldbußen und Beiträgen

Die Bestimmungen über das Verfahren bei der Anfechtung von Zwangsgeldern und Rügen sollen unter anderem im Hinblick auf ein vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig gewesenes Verfahren präzisiert werden. Zudem sollen die Vorschriften über die Vollstreckung von Zwangsgeldern, Geldbußen und Beiträgen im Hinblick auf Entscheidungen des Bundesgerichtshofs angepasst werden (§§ 57, 74, 74a, 84 und 204 BRAO-E, Artikel 1 Nummer 18, 30, 31, 35 und 59; §§ 50, 70, 70a und 77 PAO-E, Artikel 4 Nummer 21, 35, 36 und 40).

i) Regelung der Fortbildungspflicht für Anwälte durch Satzung

Durch die Ergänzung des § 59b Absatz 2 Nummer 1 BRAO-E um den Buchstaben h (Artikel 1 Nummer 21 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc) soll der Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer die Möglichkeit gegeben werden, in der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA) nähere Regelungen zur Fortbildungspflicht der Rechtsanwältinnen nach § 43a Absatz 6 BRAO zu treffen. Hierdurch soll die Qualität der anwaltlichen Beratung systemisch gesichert werden. Die Ermächtigung soll auch die nähere Ausgestaltung der mit § 43c BRAO-E eingeführten Verpflichtung zum Erwerb von Kenntnissen im Berufsrecht umfassen. Die Befugnis zur Regelung der Fortbildungspflicht soll zudem auch der Satzungsversammlung der Patentanwaltskammer eingeräumt werden (§ 52b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h PAO-E, Artikel 4 Nummer 25 Buchstabe b Doppelbuchstabe cc).

j) Verbindung einer Rüge mit einer Geldbuße

Aus Anlass der Einführung der Fortbildungspflicht soll die durch den Vorstand der Rechtsanwaltskammer auszusprechende Rüge nach § 74 BRAO-E zukünftig mit einer Geldbuße bis zu 2 000 Euro verbunden werden können (Artikel 1 Nummer 30). Entsprechende Befugnisse sollen auch der Patentanwaltskammer eingeräumt werden (§ 70 PAO-E, Artikel 4 Nummer 35). Dies soll insbesondere auch der Entlastung der Anwaltsgerichte und der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht dienen.

k) Regelung der Zustellung von Anwalt zu Anwalt durch Satzung

Nachdem der Bundesgerichtshof am 26. Oktober 2015 entschieden hat, dass § 59b Absatz 2 BRAO bisher keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage für die Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer beinhaltet, (auch) die Mitwirkungspflichten des Rechtsanwalts bei einer Zustellung von Anwalt zu Anwalt nach § 195 der Zivilprozessordnung (ZPO) zu regeln, soll eine solche Befugnis nunmehr durch eine Ergänzung des § 59b Absatz 2 Nummer 8 BRAO-E geschaffen werden (Artikel 1 Nummer 21 Buchstabe d). Eine Parallelergänzung für die Patentanwältinnen ist in § 52b Absatz 2 Nummer 7 PAO-E vorgesehen (Artikel 4 Nummer 25 Buchstabe b Doppelbuchstabe cc).

l) Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen

In § 59n BRAO-E (Artikel 1 Nummer 23) wird klargestellt, dass die Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen nach § 43d BRAO auch für Rechtsanwaltsgesellschaften gelten. Das gleiche Ergebnis wird für dienstleistende Rechtsanwältinnen durch eine Änderung des § 27 Absatz 2 EuRAG-E erzielt (Artikel 2 Nummer 18 Buchstabe b). Durch Änderungen des § 15 Absatz 6 RDG-E wird zudem festgeschrieben, dass auch nur vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätige Inkassodienstleister die entsprechenden Darlegungs- und Informationspflichten nach § 11a RDG zu beachten haben (Artikel 6 Nummer 8 Buchstabe c).

m) Wahl der Vorstände der Kammern durch Briefwahl

Durch Änderungen der §§ 64, 69, 88, 89, 112f und 191b BRAO-E (Artikel 1 Nummer 26, 28, 39, 40, 43 und 56) soll vor allem bestimmt werden, dass die Vorstände der Rechtsanwaltskammern künftig von allen Mitgliedern

durch Briefwahl statt wie bisher durch die Kammerversammlung gewählt werden. Dies soll die demokratische Legitimation der gewählten Verbandsvertreter steigern. Dabei soll auch eine elektronische Durchführung der Briefwahl ermöglicht werden. Zudem sollen die entsprechende Regelungen bei den Patentanwälten (§§ 58, 63, 81 und 82 PAO-E) an die Änderungen in der BRAO-E angepasst werden (Artikel 4 Nummern 31, 33, 44 und 45).

a) Überprüfung der Beschlüsse der Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer

Die Änderungen der §§ 191 d und 191e BRAO-E (Artikel 1 Nummern 57 und 58) sollen bestehende Unklarheiten beim Verfahren zur Überprüfung der Beschlüsse der Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz beseitigen.

o) Strafbarkeit in Deutschland tätiger ausländischer Rechtsanwältinnen und Patentanwälte

Durch die Einfügung des § 207 Absatz 4 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 61) und die Einfügung des § 29 EuPAG-E (Artikel 5) werden die Normen zur Strafbarkeit in Deutschland tätiger ausländischer Rechtsanwältinnen und Patentanwälte angepasst und vereinheitlicht.

p) Inhaltsüberblicken der BRAO und PAO

Sowohl die BRAO als auch die PAO sollen erstmals amtliche Inhaltsübersichten erhalten (Artikel 1 Nummer 65 und Artikel 4 Nummer 59); dabei werden teilweise auch Überschriften modernisiert.

q) Vorlage von Bescheinigungen durch europäische Rechtsanwältinnen

In § 6 EuPAG-E wird ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Unzulässigkeit einer Pflicht zur Vorlage von Bescheinigungen umgesetzt (Artikel 2 Nummer 4).

r) Verweisungen auf landesrechtliche Bestimmungen bei Eignungsprüfungen

In § 18 Absatz 3 EuPAG-E soll zukünftig klargestellt werden, dass die bisher in den §§ 1, 2 und 13 RAZEignPrV enthaltenen Verweisungen, die für die Ablegung der Eignungsprüfung auf die Vorschriften des Landes verweisen, in dem das zuständige Prüfungsamt eingerichtet ist, dynamischer Art sind (Artikel 2 Nummer 12; Artikel 3 Nummern 1, 2, 6 und 7).

s) Berufshaftpflichtversicherung bei vorübergehender und gelegentlicher Rechtsberatung

In § 27 Absatz 3 EuPAG-E (Artikel 2 Nummer 18 Buchstabe c) wird die insbesondere nach dem am 15. April 2013 erfolgten Wegfall des § 29 BORA derzeit unzureichend behandelte Frage, welche Berufshaftpflichtversicherung ein in Deutschland tätiger dienstleistender europäischer Rechtsanwalt abgeschlossen haben muss, einer Lösung zugeführt. In Anlehnung an diese Regelung wird sodann in § 17 EuPAG-E (Artikel 5) dieser Gegenstand für die dienstleistenden europäischen Patentanwälte entsprechend geregelt. Zudem wird in § 15 Absatz 3 RDG-E (Artikel 6 Nummer 8 Buchstabe c) für einige im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit erbrachte rechtsberatende Tätigkeiten nach dem RDG, für die bisher keine Versicherungspflicht bestand, eine den Regelungen der § 27 Absatz 3 EuPAG-E und § 17 EuPAG-E entsprechende Bestimmung eingeführt.

t) Besondere elektronische Anwaltspostfächer für dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen

Durch den neuen § 27a EuPAG-E sollen dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen berechtigt werden, für sich die Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu beantragen (Artikel 2 Nummer 19; mit Folgeänderungen in den §§ 1, 3, 5, 6, 10, 16, 19 und 21 RAVPV-E; Artikel 20 Nummer 2, 4 bis 7 Buchstabe a, 10, 12 und 13). Dies kann dann zukünftig nach § 31 Absatz 3 EuPAG-E (Artikel 2 Nummer 20) auch die Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten in gerichtlichen Verfahren entbehrlich machen.

u) Streitschlichtung durch Kammern

Durch Änderungen des § 32 Absatz 1 Satz 2 EuPAG-E (Artikel 2 Nummer 21) und die Einfügung des § 18 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 und 4 EuPAG-E (Artikel 5) soll die Möglichkeit der Streitschlichtung durch die Rechtsanwalts- bzw. Patentanwaltskammern erweitert werden.

v) Patentanwaltsverzeichnis

Die Inhalte des Patentanwaltsverzeichnisses nach § 29 PAO-E sollen denjenigen der Rechtsanwaltsverzeichnisse nach § 31 BRAO-E angepasst werden; dabei wird auch die neue Unterscheidung zwischen weiteren Kanzleien und Zweigstellen übernommen (Artikel 4 Nummer 12).

w) Niedergelassene europäische Patentanwälte

Die bisher im Neunten Teil (§§ 154a und 154b) der PAO enthaltenen Regelungen zu den niedergelassenen europäischen Patentanwälten werden wegen des Sachzusammenhangs als Teil 3 (§§ 20 und 21) in das neue EuPAG-E überführt und an die dortigen Neuregelungen angepasst (Änderungen in Artikel 4 Nummern 24, 28 und 53 sowie Artikel 5).

x) Eignungsprüfungen bei europäischen Patentanwälten

Die bisher in den §§ 3 bis 10 PAZEignPrG enthaltenen Bestimmungen über die Ablegung der Eignungsprüfung durch europäische Patentanwälte werden im Grundsatz unverändert als §§ 4 bis 10 in das neue EuPAG-E überführt (Artikel 5). Inhaltlich geändert werden dabei allerdings die Vorschriften, die den Gegenstand der Prüfungsfächer und die Anzahl der Klausuren bestimmen (§§ 5 und 6 EuPAG-E). Infolge der vorstehenden Änderungen müssen in einem gesonderten Rechtssetzungsakt noch zeitnah die § 44 ff. der Patentanwaltsbildungs- und -prüfungsverordnung (PatAnwAPO) überarbeitet werden.

y) Allgemeine Vorschriften des EuPAG-E

Im Teil 4 des EuPAG-E werden mit den §§ 22, 23, 27 und 28 allgemeine Vorschriften eingeführt, die den entsprechenden Bestimmungen des EuPAG nachgebildet sind (Artikel 5).

z) Anwendungsbereich des RDG

Als Konsequenz aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in der Rechtssache C-342/14 wird in § 1 RDG-E erstmals der Anwendungsbereich des RDG legal definiert (Artikel 6 Nummer 2). Zudem wird zur Umsetzung des Urteils der Anwendungsbereich des § 15 RDG auf solche Fälle erweitert, in denen Rechtsdienstleister aus anderen Mitgliedsstaaten allein aus ihrem Niederlassungsstaat heraus vorübergehend und gelegentlich im Inland tätig werden (Artikel 6 Nummer 8 Buchstabe a, aa).

aa) Abwickler für Rentenberater

Mit § 14a RDG-E wird die Möglichkeit geschaffen, dass für Rentenberater, die verstorben sind oder deren Registrierung zurückgenommen oder widerrufen wurde, ein Abwickler bestellt werden kann (Artikel 6 Nummer 7; mit Folgeänderungen in § 16 Absatz 2 Satz 3 und § 17 Absatz 1 Satz 2 RDG-E; Artikel 6 Nummern 10 und 11, sowie § 1 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz (EGRDG) in der Entwurfsfassung (EGRDG-E); Artikel 8 Nummer 1).

ab) Weitere Änderungen des RDG

In § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG-E wird klargestellt, dass Rechtsdienstleister im ausländischen Recht vor ihrer Tätigkeit in Deutschland keinen Anpassungsfähigkeitskurs absolvieren müssen (Artikel 6 Nummer 5). Für vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätige Rechtsdienstleister aus anderen Mitgliedsstaaten wird in § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG-E festgeschrieben, dass sie bei ihrer Tätigkeit in Deutschland den hiesigen berufsrechtlichen Pflichten unterliegen (Artikel 6 Nummer 8 Buchstabe a, aa). Die Übermittlungsbefugnisse an die nach dem RDG zuständigen Behörden durch andere Behörden und Gerichte werden in § 18 Absatz 1 Satz 3 RDG-E neu gefasst (Artikel 6 Nummer 12).

ac) Vergütung von Inkassodienstleistern

Die Ermächtigungsnorm des § 4 Absatz 5 Satz 2 EGRDG, nach der das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz befugt ist, für Inkassodienstleister Höchstsätze der ersatzfähigen Gebühren zu erlassen, soll aufgehoben werden, da gegen eine entsprechende Verordnung verfassungsrechtliche Bedenken bestehen (Artikel 8 Nummer 2).

ad) Angabe für die Übermittlung elektronischer Dokumente erforderlicher Informationen

Durch die Einführung einer neuen Nummer 1a in § 130 ZPO soll die Entwurfsfassung (ZPO-E) soll darauf hingewirkt werden, dass in Schriftsätzen zukünftig die für die Übermittlung elektronischer Dokumente erforderlichen Angaben aufgenommen werden, was unter anderem die Zustellung durch Gerichte über das besondere elektronische Anwaltspostfach vereinfachen soll (Artikel 10 Nummer 1).

ae) Elektronische Zustellung bei Gericht eingereichter elektronischer Dokumente

Mit einer Änderung in § 169 Absatz 4 Satz 1 ZPO-E wird sichergestellt, dass bei Gericht eingereichte elektronische Dokumente von den Gerichten auch elektronisch zugestellt werden können (Artikel 10 Nummer 2).

af) Geschäftspapiere und Geschäftsblätter von Anwaltsnotaren

Unter anderem aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts ist die Vorschrift des § 29 Absatz 3 der Bundesnotarordnung (BNotO) zu ändern, die bestimmt, ob und gegebenenfalls in welcher Art und Weise Anwaltsnotare, die sich mit nicht an ihrem Amtssitz tätigen Personen verbunden haben, auf Geschäftsblättern, Verzeichnissen und auf Amts-, Namens- und Geschäftsblättern auf ihre Tätigkeit als Notar hinweisen dürfen. Im Anschluss an die Änderung in § 27 BRAO-E soll diese Frage künftig auch für von Anwaltsnotaren unterhaltene weitere Kanzleien und Zweigstellen geregelt werden (Artikel 9 Nummer 10).

ag) Wechselmöglichkeit für baden-württembergische Anwaltsnotare

Im Zusammenhang mit der zum 1. Januar 2018 anstehenden Notariatsreform in Baden-Württemberg soll für die dort tätigen Anwaltsnotare durch § 116 Absatz 1 Satz 2 bis 6 BNotO in der Entwurfsfassung (BNotO-E) eine zeitlich befristete Möglichkeit geschaffen werden, in das Nur-Notariat zu wechseln (Artikel 9 Nummer 33).

ah) Strafprozessuale Behandlung ausländischer Rechts- und Patentanwälte

Mit Änderungen in den §§ 53 und 160a der Strafprozessordnung (StPO) (Artikel 12 Nummern 2 und 4) sollen die Rechte ausländischer Rechts- und Patentanwälte im Bereich der Zeugnisverweigerung und der Beschlagnahme vereinfacht werden.

ai) Bei der Berufstätigkeit mitwirkende Personen im Sinne der StPO

In § 53a StPO in der Entwurfsfassung (StPO-E) (mit Folgeänderungen in § 97 Absatz 2, 3 und 4 StPO-E) soll zukünftig klarer geregelt werden, welche Personen im strafprozessualen Sinn an der Berufstätigkeit unter anderem von Rechtsanwältinnen und Patentanwältinnen mitwirken. Hierbei soll insbesondere der bisherige zu enge Begriff der „Hilfspersonen“ durch den der „mitwirkenden Personen“ ersetzt werden (Artikel 12 Nummern 3 und 4).

aj) Vertretung in Patents-, Gebrauchsmuster-, Marken- und Designverfahren

Durch Änderungen des § 25 des Patentrechts (PatG), des § 28 des Gebrauchsmusterrechts (GebrauchsmG), des § 96 des Markenrechts (MarkenG) und des § 58 des Designrechts (DesignG) (Artikel 14 bis 17; mit Folgeänderungen in § 6 der Designverordnung – DesignV, Artikel 18) sollen die Bestimmungen, nach denen Rechts- und Patentanwälte als Vertreter in den jeweiligen Verfahren auftreten dürfen, an die entsprechenden Änderungen im EuRAG und im EuPAG-E angepasst werden.

ak) Sonstige Änderungen

Im Übrigen handelt es sich um Änderungen von untergeordneter Bedeutung oder lediglich klarstellender oder redaktioneller Art. Beispielsweise werden die Begründung und das Erlöschen der Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer und insbesondere der Patentanwaltskammer eindeutig definiert (§ 60 BRAO-E und § 53 PAO-E; Artikel 1 Nummer 24 und Artikel 4 Nummer 28). Zudem werden verschiedene Begriffslichkeiten wie derjenige der „Kammerversammlung“ vereinheitlicht und modernisiert. Weitere Änderungen dienen der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache. Schließlich werden zahlreiche Vorschriften aufgehoben, die sich durch Zeitablauf erledigt haben.

II. Grundzüge der Richtlinie

1. Anwendungsbereich

Die Richtlinie gilt für alle Angehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, die als Selbstständige oder abhängig Beschäftigte einen regulierten Beruf in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem sie ihre Berufsqualifikation erworben haben, ausüben wollen (Artikel 2 Absatz 1 der Richtlinie). Für Staatsangehörige der anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) (d. h. Island, Lichtenstein und Norwegen) sowie der Schweiz gelten die Regelungen der Richtlinie auf der Grundlage der von der Europäischen Union mit diesen Staaten geschlossenen Verträge. Soweit daher im Folgenden die Bezeichnungen Mitgliedstaat, Herkunftsstaat, Niederlassungsstaat und Aufnahmestaat verwendet werden, meinen diese neben den Mitgliedstaaten der Europäischen Union immer auch die vorbenannten Staaten.

Die Anerkennung der Berufsqualifikationen ermöglicht Berufsangehörigen den Zugang zum Beruf im Aufnahmestaat, für den sie qualifiziert sind. Ist der betreffende Beruf im Aufnahmestaat reguliert, kann der Beruf dort unter den gleichen Voraussetzungen ausgeübt werden, die auch für die Angehörigen des Aufnahmestaates gelten (Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie). Die Richtlinie unterscheidet dabei zwischen „Dienstleistungsfreiheit“ und „Niederlassungsfreiheit“ und stützt sich insoweit auf die vom Europäischen Gerichtshof entwickelten Kriterien der Dauer, der Häufigkeit, der regelmäßigen Wiederkehr und der Kontinuität der Leistungserbringung (Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie).

2. Dienstleistungsfreiheit

Jeder rechtmäßig in einem Mitgliedsstaat niedergelassene Staatsangehörige eines Mitgliedstaates darf unter der Berufsbezeichnung seines Niederlassungsstaates (Artikel 7 Absatz 3 der Richtlinie) zeitweilig und gelegentlich in einem anderen Mitgliedsstaat Dienstleistungen erbringen, ohne die Anerkennung seiner Berufsqualifikation beantragen zu müssen. Ist der Beruf jedoch im Niederlassungsstaat nicht reguliert und will der Dienstleister sich zur Erbringung der Dienstleistung in den anderen Mitgliedstaat begeben, so gilt dies nur, wenn er eine zumindest einjährige Berufserfahrung aufweisen kann (Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie).

Der Aufnahmestaat kann nach Artikel 7 Absatz 1 und 2 der Richtlinie vom Leistungserbringer verlangen, dass er vor der ersten Leistungserbringung auf seinem Hoheitsgebiet eine Meldung abgibt und diese jährlich erneuert. Dabei kann der Aufnahmestaat fordern, dass der ersten Meldung bestimmte Unterlagen beizufügen sind, die in der Richtlinie erschlüssig aufgeführt werden (z. B. eine Bescheinigung über die rechtmäßige Niederlassung des Dienstleisters und ein Nachweis über seine Berufsqualifikation). Zudem kann die Mitteilung von Einzelheiten über den Versicherungsschutz verlangt werden.

Bei seiner Berufsausübung im Aufnahmestaat unterliegt der Dienstleister grundsätzlich den dort geltenden Rechtsvorschriften. Nach Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie gelten für den Dienstleister, der sich in einem anderen Mitgliedsstaat begibt, die „Berufsregeln, die dort in unmittelbarem Zusammenhang mit den Berufsqualifikationen für Personen gelten, die denselben Beruf ausüben“ sowie die dort geltenden Disziplinarbestimmungen. Für Vorschriften, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Berufsqualifikation stehen, ist Artikel 16 der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36) (im Folgenden: Dienstleistungsrichtlinie) zu beachten. Anforderungen an die Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit sind danach unter anderem nur dann zulässig, wenn sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit oder des Schutzes der Umwelt gerechtfertigt sind (Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 3 Buchstabe b der Dienstleistungsrichtlinie). Anforderungen können dagegen nicht aus Gründen des Verbraucherschutzes gerechtfertigt werden. Dies bedeutet, dass z. B. nationale berufsrechtliche Wortbeschränkungen für dienstleistende europäische Patentanwälte nicht gelten können (vgl. dazu näher die Begründung zu § 17 EuPAG-E).

Bei Zweifeln kann der Aufnahmestaat beim Niederlassungsstaat Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und die gute Führung des Dienstleisters anfordern; weiter auch eine Auskunft, ob gegen den Dienstleister berufsbezogene Sanktionen verhängt wurden (Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie). Die zuständigen Behörden

den haben dafür Sorge zu tragen, dass bei einer Beschwerde eines Dienstleistungsempfängers gegen den Dienstleister zwischen dem Aufnahme- und dem Niederlassungsstaat die zur Behandlung der Beschwerde erforderlichen Informationen ausgetauscht werden (Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie).

3. Niederlassungsfreiheit

Das Kapitel I des die Niederlassungsfreiheit regelnden Titels III der Richtlinie enthält in den Artikeln 10 ff. allgemeine Regelungen über die Anerkennung von Ausbildungsnachweisen, die anzuwenden sind, soweit die Richtlinie keine spezifischen Anerkennungsregeln enthält. Für die Tätigkeit der Rechts- und Patentanwälte gelten diese allgemeinen Anerkennungsregeln.

Wird die Aufnahme oder Ausübung eines regulierten Berufs im Aufnahmestaat vom Besitz einer bestimmten Berufsqualifikation abhängig gemacht, so gestattet die zuständige Behörde des Aufnahmestaates einem Berufsgenössigen aus einem anderen Mitgliedstaat die Aufnahme und Ausübung dieses Berufs unter denselben Voraussetzungen wie Inländern, sofern dieser einen in einem anderen Mitgliedstaat erlangten Ausbildungs- oder Befähigungsnachweis besitzt, der dort erforderlich ist, um den regulierten Beruf auszuüben (Artikel 13 Absatz 1 in Verbindung mit den Artikeln 11 und 12 der Richtlinie). Ist die Berufstätigkeit im Herkunftsstaat nicht reguliert, müssen Bewerberinnen und Bewerber, um ihren Beruf in einem Aufnahmestaat ausüben zu können, der den Beruf reguliert, neben einem Ausbildungs- oder Befähigungsnachweis nachweisen, dass sie über eine zumindest einjährige Berufserfahrung verfügen (Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie).

Der Aufnahmestaat kann die Anerkennung der Ausbildungsnachweise davon abhängig machen, dass Bewerberinnen und Bewerber einen Eignungstest oder einen höchstens dreijährigen Anpassungslehrgang absolvieren, und zwar unter anderem dann, wenn sich die bisherige Ausbildung auf Fächer bezog, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die durch den im Aufnahmestaat vorgeschriebenen Ausbildungsnachweis abgedeckt werden (Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie). Die freie Wahlmöglichkeit der Bewerberinnen und Bewerber zwischen Eignungsprüfung und Anpassungslehrgang kann bei solchen Berufen eingeschränkt werden, die eine genaue Kenntnis des einzelstaatlichen Rechts erfordern und bei denen die Rechtsdienstleistung wesentlicher und beständiger Teil der Berufsausübung ist. In diesen Fällen kann der Aufnahmestaat die Absolvierung einer Eignungsprüfung oder eines Anpassungslehrgangs vorschreiben (Artikel 14 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie). Der Anerkennungsantrag ist bei der zuständigen Stelle des Aufnahmestaates einzureichen. Beizufügen sind die in Anhang VII der Richtlinie benannten Unterlagen (Artikel 50 Absatz 1 der Richtlinie). Die zuständige Stelle muss den Eingang des Antrags innerhalb eines Monats bestätigen und dabei eventuell fehlende Unterlagen benennen (Artikel 51 Absatz 1 der Richtlinie). Innerhalb von drei Monaten nach Eingang der vollständigen Unterlagen muss über den Antrag entschieden werden, wobei diese Frist im Fall der für die Anwälte geltenden allgemeinen Anerkennungsregelung um einen Monat verlängert werden kann (Artikel 51 Absatz 2 der Richtlinie).

4. Verwaltungszusammenarbeit

Die zuständigen Behörden des Aufnahmestaates und des Herkunftsstaates haben eng zusammenzuarbeiten und einander Amtshilfe zu leisten, um die Anwendung der Berufserkennungsregelungen zu erleichtern (Artikel 56 Absatz 1 der Richtlinie). Die Richtlinie sieht zudem eine gegenseitige Unterrichtung von Herkunftsfürsorge- und Aufnahmestaat über berufs- und strafrechtliche Sanktionen sowie sonstige schwerwiegende Sachverhalte vor, die sich im Zusammenhang mit der Niederlassung des betreffenden Berufsgenössigen im Hoheitsgebiet der Staaten ereignet haben, soweit diese Ereignisse Auswirkungen auf die Ausübung der Berufstätigkeit haben können (Artikel 56 Absatz 2 der Richtlinie). Schließlich sieht sie in Artikel 56a für bestimmte Konstellationen die Einführung eines Vorwarnmechanismus vor.

III. Grundzüge der vorgeschlagenen Umsetzung der Richtlinie

1. Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

Für die unmittelbare Zulassung eines Rechtsanwalts aus anderen Mitgliedstaaten zur deutschen Rechtsanwaltschaft ist derzeit die Ablegung einer Eignungsprüfung nach den §§ 16 ff. EuRAG erforderlich. Die die Eignungsprüfung selbst regelnden Bestimmungen können ganz überwiegend erhalten bleiben, da nach Artikel 14 Absatz 1

und 3 der Richtlinie grundsätzlich nach wie vor eine Eignungsprüfung verlangt werden darf und hiervon zur Wahrung eines hohen Niveaus der Rechtsberatung in Deutschland auch Gebrauch gemacht werden soll.

Allerdings müssen die bisher in § 16 EuRAG in Umsetzung der Richtlinie 89/48/EWG geregelten Voraussetzungen für die Ablegung der Eignungsprüfung grundlegend neu gefasst werden, da die Richtlinie 89/48/EWG durch Artikel 62 der Richtlinie aufgehoben wurde und sich die Voraussetzungen nunmehr hauptsächlich nach den Artikeln 13 und 14 der Richtlinie bestimmen. Dabei ergibt sich insbesondere aus Artikel 14 Absatz 5 bis 7 der Richtlinie, dass vor der Auflegung einer Eignungsprüfung geprüft werden muss, ob diese tatsächlich erforderlich ist. Deshalb sollen die §§ 16 und 16a EuRAG-E vor, dass sich der Antrag des europäischen Rechtsanwalts, der die Zulassung zur deutschen Rechtsanwaltschaft anstrebt, nicht wie bisher (unmittelbar) auf die Ablegung einer Eignungsprüfung bezieht, sondern auf die Feststellung der Gleichwertigkeit seiner Berufsqualifikation mit derjenigen, die für die Ausübung des Berufs des Rechtsanwalts in Deutschland erforderlich sind. Dieser Antrag ist (wie schon bisher der Antrag auf Ablegung einer Eignungsprüfung) an ein für die zweite Staatsprüfung zuständiges Landesprüfungsamt zu richten. Dieses hat dann zu prüfen, ob die Qualifikationen der antragstellenden Person aus einer unmittelbaren Feststellung der Gleichwertigkeit zulassen oder ob für die Ablegung einer Eignungsprüfung aufzuerlegen ist. Letzteres wird dabei in der Praxis auch zukünftig nahezu immer der Fall sein.

2. Zulassung zur Patentanwaltschaft

Das PAZ/EignPG regelt derzeit die für die Zulassung zur deutschen Patentanwaltschaft erforderliche Ablegung einer Eignungsprüfung durch Patentanwälte aus anderen Mitgliedstaaten. Wie bei den Rechtsanwältinnen können diese Bestimmungen im Kern unverändert bleiben, da nach § 14 Absatz 1 und 3 der Richtlinie auch in diesen Fällen nach wie vor eine Eignungsprüfung verlangt werden darf und hiervon zur Wahrung eines hohen Niveaus der patentanwaltlichen Tätigkeit auch Gebrauch gemacht werden soll. Die entsprechenden Vorschriften bilden den künftig Teil I des EuPAG-E.

Allerdings müssen – analog zu den Regelungen bei den Rechtsanwältinnen – die bisher in § 1 PAZ/EignPG in Umsetzung der Richtlinie 89/48/EWG geregelten Voraussetzungen für die Ablegung der Eignungsprüfung vollständig neu gefasst werden, da auch bei den Patentanwälten die Aufhebung der Richtlinie 89/48/EWG durch Artikel 62 der Richtlinie durchgreift und sich die Voraussetzungen jetzt hauptsächlich nach den Artikeln 13 und 14 der Richtlinie bestimmen. Zukünftig ist daher wie bei den Rechtsanwältinnen innerhalb des Verfahrens über die vom europäischen Patentanwalt beantragte Feststellung der Gleichwertigkeit seiner Berufsqualifikation zu prüfen, ob dieser eine Eignungsprüfung ablegen hat. Dies wird in der Praxis allerdings auch hier zukünftig nahezu immer der Fall sein. Der Feststellungsantrag ist (wie schon bisher der Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung) an das Deutsche Patent- und Markenamt zu richten. Die einzelnen für das Verfahren vor dem Deutschen Patent- und Markenamt geltenden Bestimmungen ergeben sich dabei aus den §§ 1 und 2 EuPAG-E.

Wie schon bisher ist dabei vor allem zwischen Herkunftsländern zu unterscheiden, in denen der Zugang zum Beruf des Patentanwalts reguliert ist, und solchen, in denen dies nicht der Fall ist. Im geltenden Recht war in § 1 PAZ/EignPG nur der erste Fall geregelt, während für den zweiten Fall (der sich bisher nach Artikel 3 Buchstabe b der Richtlinie 89/48/EWG bestimmte) § 10 Nummer 3 PAZ/EignPG lediglich eine Verordnungsermächtigung vorsah, von der aber kein Gebrauch gemacht worden war. Zukünftig werden nun beide Fälle in § 1 EuPAG-E geregelt, so dass die Verordnungsermächtigung in § 10 Nummer 3 PAZ/EignPG entfallen kann. Da die Voraussetzungen in § 1 EuPAG-E zudem generalisierend gefasst werden, kann auch die zum derzeitigen § 1 PAZ/EignPG als Anlage geführte Liste von vergleichbaren Berufen in anderen Mitgliedstaaten entfallen. Der momentanen in § 1 PAZ/EignPG benutzte Begriff des „Diploms“ wird zukünftig durch den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie definierten Begriff des „Ausbildungs- oder Befähigungsnachweises“ ersetzt.

3. Vorübergehende Dienstleistung durch europäische Patentanwälte

Im Teil 2 des EuPAG-E (§§ 13 bis 19) werden die Voraussetzungen für eine vorübergehende Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland erstmals ausdrücklich geregelt. Die Umsetzung folgt dabei den Vorgaben des Titels II (Artikel 5 bis 9) der Richtlinie und lehnt sich im Übrigen weitgehend an die Vorschriften des für die dienstfernen europäischen Rechtsanwältinnen geltenden Teils 5 des EuRAG-E (§§ 25 bis 34a) an. Danach ist europäischen Patentanwälten die vorübergehende Dienstleistung in Deutschland nach Maßgabe der Vorgaben der §§ 13 bis 19 EuPAG-E gestattet. Anders als im EuRAG, jedoch ebenso wie bei dem für sonstige Rechtsdienstleister geltenden § 15 Absatz 2 RDG ist vor der ersten Tätigkeit auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

eine Meldung an die Patentanwaltskammer erforderlich. Die entsprechende Vorschrift des § 15 EuPAG-E rechtfertigt sich aus Artikel 7 der Richtlinie und soll die von der Patentanwaltskammer nach § 18 EuPAG-E zu führende Aufsicht erleichtern. Die dienstleistenden europäischen Patentanwälte, die sich bei der Patentanwaltskammer gemeldet haben, werden von dieser nach § 15 Absatz 4 EuPAG-E in ein öffentliches Meldeverzeichnis eingetragen. Dies bietet den Vorteil, dass die Informationen für alle Behörden, Gerichte und Rechtsuchenden zur Verfügung stehen und der dienstleistende europäische Patentanwalt insbesondere seine Zulassung nicht in jedem Einzelfall gesondert nachweisen muss. Die weiteren Regelungen zur Berufsbezeichnung, zu den Rechten und Pflichten, zur Berufserkennbarkeit und zu den Mitteilungspflichten (§§ 16, 17 und 19 EuPAG-E) entsprechen weitgehend denjenigen der §§ 26, 27 und 33 bis 34a EuRAG-E.

4. Partiieller Zugang

Der durch die Richtlinie 2013/55/EU neu eingefügte Artikel 4f der Richtlinie betrifft den Fall, dass Teilbereiche eines in Deutschland registrierten Berufs in anderen Mitgliedsstaaten als eigenständige Berufe ausgeübt werden können, wobei jedoch die jeweils erforderlichen Berufsqualifikationen darauf unterschiedlich sind, dass die Zulassung zu dem in Deutschland reglementierten Beruf für den Angehörigen des anderen Mitgliedsstaates nur dann zu erlangen wäre, wenn er die vollständige deutsche Ausbildung durchlaufen würde. In diesem Fall soll unter bestimmten Voraussetzungen der Berufsangehörige des anderen Mitgliedsstaates (nur) seine dort zulässige Tätigkeit auch in Deutschland ausüben können. Obwohl Artikel 4f der Richtlinie im Titel I und somit im allgemeinen Teil der Richtlinie verortet ist, entfaltet er bei den rechtsberatenden Berufen nur im Bereich der Niederlassungsfreiheit Wirkung (vgl. dazu dessen Absatz 3). Im Bereich der Dienstleistungsfreiheit hätte er dagegen nur dann Bedeutung, wenn vor der vorübergehenden Tätigkeit in Deutschland die Qualifikation des Berufsangehörigen geprüft würde (vgl. hierzu dessen Absatz 4), was bei den rechtsberatenden Berufen jedoch nicht der Fall ist.

a) Rechtsanwältin

Artikel 4f der Richtlinie löst im Bereich der Rechtsanwältin keinen Umsetzungsbedarf aus.

Insoweit erscheint vor allem von Bedeutung, dass für in anderen Mitgliedsstaaten rechtsberatend tätige Personen (zukünftig unabhängig davon, ob sie dort als Rechtsanwalt oder nur auf Teilgebieten des Rechts tätig sind) nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 in Verbindung mit dem neuen Satz 2 RDG-E die Möglichkeit besteht, in Deutschland in ihrem ausländischen Recht (sowie im Recht der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums) zu beraten (vgl. dazu im Einzelnen nachfolgend unter Doppelbuchsabe cc). Erforderlich dafür ist lediglich, dass die Personen die Voraussetzungen des § 12 RDG erfüllen und sich in Deutschland registrieren lassen. Die theoretische Sachkunde muss dabei nach § 12 Absatz 3 Satz 1 RDG nur durch Zeugnisse nachgewiesen werden; eine Eignungsprüfung, wie sie nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E vor der Zulassung als Rechtsanwalt regelmäßig abzulegen ist, ist nicht erforderlich. Auch der im derzeit geltenden § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG noch vorgesehene sechsmonatige Anpassungslehrgang soll zukünftig entfallen (vgl. dazu Artikel 6 Nummer 5).

Damit können in anderen Mitgliedsstaaten rechtsberatend tätige Personen ihre berufliche Tätigkeit, für die sie in dem anderen Staat ausgebildet wurden und über die sie dort Berufsqualifikationsnachweise erworben haben, auch in Deutschland ausüben.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass allen Dienstleistern aus anderen Mitgliedsstaaten, bei denen sich – wie dies gerade in den praktisch relevanten Fällen grenzüberschreitender Tätigkeiten häufig ist – eine Rechtsberatung als Nebenleistung zu einer anderen beruflichen Tätigkeit im Sinne des § 5 RDG darstellt, diese Rechtsberatung (sowohl im ausländischen als auch im deutschen Recht) auch in Deutschland erlaubt ist, wenn sie ihre hauptsächlichste Dienstleistung in Deutschland rechtmäßig erbringen.

cc) Über die vorstehend aufgeführten Möglichkeiten der Tätigkeit in Deutschland weitere Alternativen eines partiellen Zugangs zu den in Deutschland Rechtsanwältinnen vorbehaltenden Tätigkeiten zu ermöglichen, ist dagegen nicht veranlasst. Denn insoweit würde sich die (Haupt-)Tätigkeit der Personen auf eine solche Tätigkeit (nämlich die Beratung im deutschen Recht) beziehen, die nicht ihrer eigenlichen Ausbildung (nämlich derjenigen im ausländischen Recht) entspricht. Dies entspricht schon nicht dem Grundgedanken des partiellen Zugangs.

Zudem kann ein partieller Zugang nach Artikel 4f Absatz 2 der Richtlinie auch dann verweigert werden, wenn zwingende Gründe des Allgemeininteresses dies rechtfertigen und deren Schutz mit anderen Mitteln nicht mög-

lich ist. Als zwingende Gründe des Allgemeininteresses gelten nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe in der Richtlinie die vom Europäischen Gerichtshof entsprechend anerkannten Gründe, d. h. also unter anderem der Verbraucherschutz. Letzterer rechtfertigt es – jedenfalls dann, wenn man eine Gesamtschau vornimmt – weitere als die beschenden partiellen Zugänge für den Bereich der Rechtsanwältin nicht zuzulassen.

aaa) Dafür spricht, dass die Ermöglichung aller theoretisch denkbaren partiellen Zulassungen den Erfordernissen einer geordneten Rechtspflege zuwider laufen würde. Die Tätigkeit der in Deutschland zugelassenen Rechtsanwältin zeichnet sich dadurch aus, dass sie nach § 3 Absatz 1 BRAO für den gesamten Bereich der Rechtsberatung der kompetente Ansprechpartner des rechtssuchenden Bürgers sind. Mit dem daraus für den Bürger folgenden Vertrauen, von einem Rechtsanwalt umfassend kompetent beraten zu werden, ließe es sich nicht vereinbaren, wenn der Bürger in Deutschland von Angehörigen zahlloser nur in anderen Mitgliedsstaaten existierender rechtsberatender Berufe beraten werden sollte, bei denen er nicht hinreichend abschätzen kann, ob die Kenntnisse und die Beratungsergebnisse dieser Person seinem Begehren genügen. Da eine umfassende kompetente Rechtsberatung für den Bürger wegen der massiven negativen materiellen und immateriellen Folgen, die ihm Fall einer unzureichenden Beratung drohen können, eine zentrale Bedeutung hat, sind die Erfordernisse einer geordneten Rechtspflege auch als zwingende Gründe des Allgemeininteresses im Sinne des Artikels 4f Absatz 2 der Richtlinie anzusehen.

Das deutsche Recht hat sich insbesondere aus Gründen des Verbraucherschutzes entschieden, nahezu den gesamten Bereich der Rechtsberatung, soweit sie nicht nach § 5 RDG als Nebenleistung im Zusammenhang mit einer anderen Tätigkeit anzusehen ist, den Rechtsanwältinnen vorzubehalten. Hauptgrund dafür ist wie bereits dargestellt deren umfassende und besonders qualifizierte Ausbildung; daneben aber auch die mangelnde Fähigkeit des Rechtsuchenden, die Kompetenz eines anderen weniger qualifizierten Rechtsdienstleisters hinreichend einzuschätzen. Nur § 10 RDG kennt mit den Inkassodienstleistern und Rentenberatern noch zwei unter anderem hinsichtlich bedingte und klar definierte Ausnahmen. Im Übrigen hat der Gesetzgeber seit dem Fünften Gesetz zur Änderung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwältinnen vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1503), mit dem eine weitreichende Neuregelung der Berufsfähigkeit der Rechtsanwältinnen vorgenommen hat, nur noch wenige Rechtsgebiete vorgesehen, in denen eine auf diese Gebiete beschränkte Rechtsberatung zulässig ist. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Gesetzesänderung in seiner Entscheidung vom 5. Mai 1987 (BVerfGE 75, S. 246 ff.) bestätigt und unter anderem ausgeführt, dass es verfassungsrechtlich nicht geboten sei, z. B. Teilerlaubnisse für das bürgerliche Recht, das Handels- und Gesellschaftsrecht oder das Wirtschaftsrecht vorzusehen. Der Gesetzgeber hat seine Linie mit dem Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), mit dem das Rechtsberatungsgesetz durch das RDG abgelöst wurde, konsequent fortgesetzt. Dort hat er umfassend begründet, warum es aus den bereits angeführten Gründen z. B. nicht angebracht sei, Berufe wie den des „Diplom-Wirtschaftsjuristen“ vorzusehen (Bundestagsdrucksache 16/3655, S. 31 f., 42 f.).

Dagegen ist die Zulässigkeit der Rechtsberatung in den übrigen Mitgliedsstaaten außerordentlich unterschiedlich ausgestaltet (vgl. hierzu nur die Übersicht in der Begründung zum Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts, Bundestagsdrucksache 16/3655, S. 28 ff.). Theoretisch lassen sich dabei in Anbetracht der Tatsache, dass sich nahezu in allen Lebensbereichen Rechtsfragen stellen können (und zudem der immer noch zunehmenden Spezialisierung) nahezu unzählige Rechtsgebiete denken, in denen eine auf diese Gebiete beschränkte Rechtsberatung vorstellbar erscheint. Zudem sind stark divergierende Entscheidungen im Hinblick auf die jeweils eingeräumten Kompetenzen (z. B. nur außergerichtliche Beratung oder auch gerichtliche Vertretung) denkbar. Würde man nun alle Personen, die in irgendeinem Mitgliedsstaat auf irgendeinem speziellen Rechtsgebiet mit bestimmten, von Staat zu Staat noch unterschiedlichen Befugnissen, tätig sind, die entsprechende Tätigkeit auch in Deutschland ermöglichen, würde nicht nur der Ansatz des deutschen Gesetzgebers konterkariert, sondern wäre vor allem für den Rechtssuchenden unüberschaubar, von welcher rechtsberatend tätigen Person er in seinem speziellen Fall den hinreichend kompetenten Rat und die erforderlichen Befugnisse erwarten kann. Deshalb ist es anders als z. B. in dem Europäischen Gerichtshof mit Urteil vom 27. Juni 2013 in der Rechtssache C-575/11 (Nastopoulou) entscheidenden Fall, in dem bei dem im Aufnahmemitgliedsstaat bestehenden Beruf des Physiotherapeuten nur wenige und klar definierte Teilbereiche vorstellbar erschienen, im Bereich des Berufs des Rechtsanwalts nicht möglich, für einzelne Teilbereiche partielle Zugänge zu gewähren. Im Ergebnis kann es daher auch nicht einer Entscheidung im Einzelfall überlassen werden, ob möglicherweise die Zulassung eines einzelnen partiellen Zugangs gegebenenfalls noch möglich erschiene, sondern es muss das Gesamtbild betrachtet werden, dass dann, wenn man einen Teilbereich zulässt, auch zahllose weitere zugelassen werden müssten und damit die unüberschaubare Lage einträte, deren Vermeidung einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses darstellt.

Den vorstehend dargelegten Gründen, aufgrund derer aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses (hinreichend umfassender und sicherer Rechtsschutz für den Bürger) schon national keine weiteren Teilbereiche rechtsberatender Tätigkeit zugelassen werden müssen, kommt bei der Frage der Zulassung ausländischer Rechtsdienstleister ein noch wesentlich höheres Gewicht zu. Dem hier ist noch zu berücksichtigen, dass die Kenntnisse im deutschen Recht bei diesen Personen nicht Gegenstand ihrer eigentlichen Ausbildung waren, sondern in aller Regel z. B. durch Weiterbildungsmaßnahmen erworben sein werden. Zudem haben die ausländischen Rechtsdienstleister ihre Tätigkeit in einem anderen Rechtssystem erbracht, was es für den Rechtssuchenden noch schwerer macht zu erkennen, ob die Person die für die vollumfängliche Behandlung seines Anliegens erforderlichen Fähigkeiten aufweist.

bbh) Ergänzend ist zu berücksichtigen, dass auch die nach Artikel 14 der Richtlinie zu bestimmenden Ausgleichsmaßnahmen, die den einen partiellen Zugang begünstigenden Personen aufzuerlegen wären, aufgrund der Vielschichtigkeit der denkbaren Fälle nur äußerst schwer kodifizierbar erscheinen. Da bei jeder der Tätigkeiten die Rechtsberatung im deutschen Recht einen wesentlichen Bestandteil der Tätigkeit ausmacht, wäre (wie auch beim Beruf des Rechtsanwalts selbst) gemäß Artikel 14 Absatz 2 der Richtlinie stets eine Eignungsprüfung vorzuziehen. Der Gegenstand dieser Prüfungen (sowohl im Hinblick auf den Umfang als auch die Inhalte der schriftlichen und mündlichen Teile), die zur Abnahme der Prüfungen geeigneten Personen, die Anforderungen an die erforderlichen Kenntnisse der Prüflinge und der Ablauf des Verfahrens sind für den Beruf des Rechtsanwalts in den §§ 16 bis 24 EuRAG, der RA-ZeigPV und den landesrechtlichen Vorschriften für die zweite juristische Staatsprüfung detailliert geregelt. Auch für partielle Zugänge müssten diese Voraussetzungen zur Wahrung der Rechtssicherheit hinreichend konkret bestimmt werden, was aber in der Praxis kaum möglich erscheint, da wie dargestellt völlig unterschiedliche Konstellationen denkbar sind, die nicht nur unterschiedliche Ausgestaltungen der Prüfungen erforderlich machen würden, sondern mangels ihrer Vorhersehbarkeit im Einzelfall nicht im Vorhinein hinreichend sicher bestimmt werden können. Dies gilt in Bezug auf die Anforderungen an die erforderlichen Kenntnisse umso mehr, als es in Deutschland jeweils keinen vergleichbaren Beruf gibt.

ccc) Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass ein partieller Zugang nach Artikel 4f Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c der Richtlinie ohnehin nur dann in Betracht käme, wenn sich die im anderen Mitgliedsstaat ausübende Tätigkeit von den anderen in Deutschland einem Rechtsanwalt vorbehaltene Tätigkeiten trennen lässt. Auch dies wird im Bereich der Rechtsberatung aber häufig nicht der Fall sein, da sich viele Rechtsgebiete nicht hinreichend trennscharf von anderen Rechtsgebieten unterscheiden lassen. So wäre z. B. eine denkbare (ausländische) Tätigkeit als „Wirtschaftsjurist“ vom allgemeinen Tätigkeitsfeld des Rechtsanwalts kaum zu trennen, da im Wirtschaftsrecht oft Bezüge zu zahllosen anderen Rechtsgebieten (unter anderem Zivilrecht, Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht, Verwaltungsrecht, Sozialversicherungsrecht, Vergaberecht etc.) bestehen werden. Ähnliches gälte für einen Tätigkeitsbereich „Verkehrsunfallrecht“ (der zumindest nach Bezüge zum Zivil-, Strafrecht, Ordnungswidrigkeiten-, Verwaltungs- und Versicherungsrecht aufwiese).

b) Patentanwälte

Im Bereich der Patentanwälte stellt sich die Sachlage etwas anders dar. Hier erscheinen die Rechtsgebiete, auf denen ein Patentanwalt tätig werden kann (und die im nationalen Recht in § 3 Absatz 2 Nummer 1 PAO aufgezählt sind) grundsätzlich hinreichend klar voneinander abgrenzbar und auch überschaubar. Zu berücksichtigen ist hierbei auch, dass z. B. in Frankreich und Italien zwei unterschiedliche Patentwaltsberufe existieren, bei denen eine Unterscheidung zwischen der Tätigkeit auf dem Gebiet der Patente und dem der Marken vorgenommen wird. Diese Unterscheidung liegt auch nicht gerade fern, weil es sich insoweit um relativ unterschiedliche Gebiete handelt, die häufig zum einen eher naturwissenschaftlich und zum anderen eher rechtlich geprägt sind. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Mandantenschaft im Regelfall auch wissen wird, ob sie ein Patent, eine Marke oder ein sonstiges gewerbliches Schutzrecht erlangen möchte und sich dementsprechend auch ohne Nachteile an eine rechtsberatende tätige Person wenden kann, die entweder nur auf dem Gebiet der Patente oder nur auf dem Gebiet der Marken tätig ist. In diesen Fällen sollte den in anderen Mitgliedsstaaten entsprechend beschränkt tätigen Patentanwälten nach dem Grundgedanken des Artikels 4f der Richtlinie auch eine beschränkte Tätigkeit in Deutschland ermöglicht werden, was durch § 12 EuPAG-E geschehen soll. Dies liegt im Übrigen auf der Linie, dass die denart beschränkt tätigen französischen und italienischen Patentanwälte auch derzeit schon zur Beratung (auf dem Gebiet des französischen bzw. italienischen Rechts) nach § 154a PAO in die Patentanwaltskammer aufgenommen werden.

Soweit jedoch bestimmte Teile der in § 3 Absatz 2 und 3 und § 4 PAO aufgeführten, den Beruf des Patentanwalts prägenden Tätigkeiten in anderen Mitgliedsstaaten anderen in Deutschland nicht bekannten Berufen zugeordnet sind, kommt ein über die bereits nach den §§ 5 und 10 Absatz 1 Nummer 3 RDG bestehenden Möglichkeiten hinausgehender partieller Zugang wie auch bei den Rechtsanwältinnen nicht in Betracht. Hier erscheinen die denkbaren Differenzierungen insbesondere auch in Anbetracht der Tatsache, dass der Beruf des Patentanwalts noch nicht einmal in allen Mitgliedsstaaten existiert und auch sonst bei weitem nicht so gleichläufig reguliert ist wie derjenige des Rechtsanwalts, jedoch auch in diesen Staaten Patente angewendet werden, wiederum derart groß, dass diese Unterschiede nicht in einer Weise abgebildet werden können, die dem Rechtssuchenden in Deutschland den erforderlichen Überblick über die Kompetenzen und Befugnisse der auf dem Gebiet des Patentwesens tätigen Personen ermöglicht.

c) Inkassodienstleister, Rentenberater und Rechtsdienstleister im ausländischen Recht

Im Bereich der in § 10 Absatz 1 RDG geregelten rechtsberatenden Tätigkeiten der Inkassodienstleister, Rentenberater und Rechtsdienstleister im ausländischen Recht ist Artikel 4f der Richtlinie vollständig umzusetzen und ein partieller Zugang zu ermöglichen. In diesem Bereich war durch § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG schon bisher anerkannt, dass Registrierungen grundsätzlich auch für Teilbereiche erfolgen könnten. Von der bisherigen Voraussetzung, dass diese Teilbereiche zunächst durch Rechtsverordnung bestimmt sein mussten, soll zukünftig abgesehen werden. Stattdessen sollen als Voraussetzungen diejenigen aus Artikel 4f Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 der Richtlinie eingeführt werden. Zur Vermeidung einer Inländerdiskriminierung soll diese Neuregelung zudem nicht auf Personen aus anderen Mitgliedsstaaten beschränkt werden.

5. Anerkennung von Berufspraktika

Artikel 55a Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie sieht vor, dass dann, wenn Berufspraktika Voraussetzung für die Zulassung zu einem regulierten Beruf sind, in anderen Mitgliedsstaaten absolvierte Praktika grundsätzlich anzuerkennen und in Drittsituation durchgeführte Maßnahmen zumindest zu berücksichtigen sind. Allerdings können nach Artikel 55a Absatz 1 Satz 2 der Richtlinie die anzuerkennenden Zeiten auf einen angemessenen Zeitraum begrenzt werden. Nach Artikel 55a Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie sind Leitlinien dazu zu erlassen, unter welchen Voraussetzungen im Ausland abgeleistete Praktika anerkannt werden.

a) Rechtsanwältinnen

Artikel 55a der Richtlinie betrifft den juristischen Vorbereitungsdienst nach § 5b des Deutschen Richtergesetzes (DRiG), ist aber insoweit keinen Umsetzungsbedarf auf Bundesebene aus. Die bundesgesetzliche Regelung des § 5b Absatz 3 Satz 1 DRiG, nach der die Ausbildung während des Vorbereitungsdienstes in angemessenem Umfang bei überstaatlichen, zwischenstaatlichen oder ausländischen Ausbildungsstellen oder ausländischen Rechtsanwälten stattfinden kann, ist ausreichend. Die Ausfüllung dieser bundesgesetzlichen Rahmenvorschrift obliegt gemäß § 5 Absatz 6 DRiG dem jeweiligen Landesrecht. Die damit bestehende Begrenzung einer Anerkennung ausländischer Berufspraktika auf solche, die während des juristischen Vorbereitungsdienstes durchgeführt worden sind, steht mit der Regelung des Artikel 55a der Richtlinie in Einklang. Denn eine Verpflichtung zur Anerkennung von Berufspraktika, die nach dem Studium, aber vor der Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst abgeleistet wurden, kann der Richtlinie nicht entnommen werden. Dementsprechend kann der nationale Gesetzgeber nach Artikel 55a Absatz 2 der Richtlinie durch Leitlinien die Anerkennung auf solche – ausländischen oder inländischen – Praktika begrenzen, die nach der Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst abgeleistet wurden.

§ 5b Absatz 3 Satz 1 DRiG und die landesrechtlichen Vorschriften zu dessen Ausfüllung sind insoweit als Leitlinien im Sinne des Artikels 55a Absatz 2 der Richtlinie anzusehen. Die landesrechtlichen Vorschriften sehen durchweg vor, dass eine Ausbildung bei entsprechenden ausländischen Stellen grundsätzlich möglich ist. Ob die landesrechtlichen Regelungen darüber hinaus im Einzelfall den Anforderungen des Artikels 55a der Richtlinie bereits entsprechen oder hier gegebenenfalls Änderungsbedarf besteht, obliegt der Prüfung der Länder. Die Beschränkung der Ausbildung im Ausland auf einen angemessenen Zeitraum, wie es § 5b Absatz 3 Satz 1 DRiG vorgibt, ist nach Artikel 55a Absatz 1 Satz 2 der Richtlinie zulässig. Des Weiteren ist angesichts der Ausführungen im Erwägungsgrund 27 zur Richtlinie, nach denen die Anerkennung eines in einem anderen Mitgliedsstaat abgeschlossenen Berufspraktikums sich auf eine eindeutige schriftliche Beschreibung der Lernziele und der übertragenden Aufgaben gründen soll, die von dem Betreuer des Praktikanten im Herkunftsstaat festgelegt wird, nicht

ersichtlich, dass sich nunmehr Unterschiede zum bisherigen Angemessenheitsmaßstab des § 5b Absatz 3 Satz 1 DRiG ergeben. Ansatzpunkt für die Angemessenheit des § 5b Absatz 3 Satz 1 DRiG bleibt die Frage, ob die Vermittlung der rechtspraktischen Kenntnisse und Fähigkeiten im deutschen Recht gewährleistet bleibt.

b) Patentanwälte

Auch bei Patentanwälten ist nach § 7 Absatz 2 PAO bereits jetzt eine Anerkennung von im Ausland absolvierten Ausbildungszeiten möglich. Die hierbei derzeit bestehende Höchstfrist von sechs Monaten soll zur Umsetzung der Richtlinie auf zwölf Monate erhöht werden. Der Erlass der Leitlinien nach Artikel 55a Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie wird durch den neuen Absatz 2a des § 7 PAO-E geregelt.

c) Inkassodienstleister, Rentenberater und Rechtsdienstleister im ausländischen Recht

Durch den neuen § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG-E wird klargestellt, in welchem Umfang Ausbildungszeiten bei Inkassodienstleistern (zwölf Monate), Rentenberatern (sechs Monate) und Rechtsdienstleistern im ausländischen Recht (vollständig) anerkannt werden können. Die hierzu festzulegenden Leitlinien werden von den zuständigen Behörden nach § 13 Absatz 1 Satz 1 RDG zu erlassen sein.

6. Vorwarnmechanismus

Mit Artikel 56a der Richtlinie wird ein sogenannter Vorwarnmechanismus installiert. Dieser greift nach seinem Absatz 1 bei Berufsverböten und nach seinem Absatz 3 in Fällen, in denen ein Gericht feststellt, dass ein Berufsangehöriger, der die Anerkennung seiner Berufsqualifikation nach der Richtlinie beantragt hat, dabei einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat. Über diese Fälle sind dann jeweils auch die anderen Mitgliedsstaaten (und zwar innerhalb einer Frist von nur drei Tagen) zu informieren.

Gerichtliche Feststellungen im Sinne der Absätze 1 und 3 des Artikels 56a sind zunächst im strafgerichtlichen Verfahren (insbesondere bei der Verhängung von Berufsverböten nach § 70 des Strafgesetzbuchs (StGB) und einer Verurteilung wegen Urkundenfälschung nach § 267 StGB) denkbar. Die hieraus resultierenden Umsetzungspflichten sollen durch die Einführung des § 9 EGStPO in der Entwurfsfassung (EGStPO-E) erfüllt werden.

Dagegen besteht für das zivilgerichtliche Verfahren kein Umsetzungsbedarf. Denn Zivilgerichte befinden zum einen nicht darüber, ob Berufsausgehörigen die Ausübung ihrer Berufstätigkeit untersagt wird. Sie entscheiden zudem auch nicht darüber, ob eine Person die Anerkennung ihrer Berufsqualifikation durch die Verwendung gefälschter Qualifikationsnachweise erlangt hat. Allenfalls die Entscheidungsgründe eines Zivilurteils können zu den zuvor genannten Aspekten Ausführungen enthalten, diese haben jedoch keinen unmittelbaren Einfluss auf die Berechtigung zur Ausübung des Berufs. Hierbei wird in einem gesonderten berufsrechtlichen oder strafrechtlichen Verfahren entschieden.

Über das Strafverfahren hinaus ist für den Bereich der rechtsberatenden Berufe nur Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie umzusetzen, da die Mitteilungspflichten nach dem dortigen Absatz 1 auf Heil- und Erziehungsbereufe beschränkt sind. Zum Gegenstand des Artikels 56a Absatz 3 der Richtlinie erscheinen einschlägige Poststellungen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren über die Zulassung zum jeweiligen Beruf möglich. Die Zuständigkeit für gerichtliche Verfahren in verwaltungsrechtlichen Anwaltssachen liegt nach § 112a BRAO beim Anwaltsgerichtshof oder beim Bundesgerichtshof. Bei den Patentanwälten ist sie nach § 94a PAO dem Oberlandesgericht oder dem Bundesgerichtshof zugewiesen. Im RDG besteht eine allgemeine verwaltungsgerichtliche Zuständigkeit. Für diese Fälle wird der Vorwarnmechanismus durch die Änderungen bzw. Ergänzungen in den §§ 112h BRAO-E, 38 EuRAG-E, 94g PAO-E, 25 EuPAG-E und 18 RDG-E umgesetzt.

Demgegenüber ist nicht ersichtlich, dass die Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise auch Gegenstand des anwaltschaftlichen Verfahrens nach den §§ 113 ff. BRAO (bzw. §§ 95 ff. PAO) sein könnte. Denn diese Verfahren beziehen sich nur auf (insbesondere berufsrechtliche) Verfehlungen, die einem zugelassenen Anwalt vorzuzurufen sind, nicht aber auf Verfehlungen, die wie die Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise gerade die Rücknahme der Zulassung zur Folge haben. Von daher ist bezüglich dieser Verfahren keine Umsetzung des Artikels 56a der Richtlinie erforderlich.

7. Bestimmungen der Richtlinie ohne Umsetzungsbedarf

a) Europäischer Berufsausweis

Die Artikel 4a bis 4c der Richtlinie sehen vor, dass für bestimmte Berufe ein Europäischer Berufsausweis eingeführt werden kann. Voraussetzung dafür ist jedoch nach Artikel 4a Absatz 1 der Richtlinie, dass die Europäische Kommission nach Artikel 4a Absatz 7 der Richtlinie für den entsprechenden Beruf einen Durchführungsrechtsakt erlassen hat, was für Rechtsanwälte, Patentanwälte und sonstige rechtsdienstleistende tätige Personen derzeit nicht der Fall ist.

b) Sprachkenntnisse

Nach Artikel 53 der Richtlinie müssen Berufsangehörige, deren Berufsqualifikation anerkannt wird, über die Sprachkenntnisse verfügen, die für die Ausübung des Berufs in Deutschland erforderlich sind. Da jedoch jeder europäische Rechtsanwalt und Patentanwalt, der sich in Deutschland niederlassen will, über die erforderlichen Kenntnisse des deutschen Rechts verfügen muss, erscheint das Vorhandensein der Kenntnisse der deutschen Sprache schon auf diesem Weg hinreichend gesichert. Denn in aller Regel muss die Person ihre Kenntnisse des deutschen Rechts in der in deutscher Sprache abzulegenden Eignungsprüfung beweisen; ein Absehen von der Eignungsprüfung in Bezug auf die Kenntnisse des deutschen Rechts erscheint nur denkbar, wenn die Person zuvor ein entsprechendes Studium an einer deutschsprachigen Hochschule absolviert hat.

IV. Gesetzgebungskompetenz

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes folgt ganz überwiegend aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 1 des Grundgesetzes (GG); dabei betreffen die Änderungen in § 207 Absatz 4 BRAO-E und der neue § 28 EuPAG-E das Strafrecht, diejenigen der ZPO, der StPO, des EGStPO und des SGG das gerichtliche Verfahren, die übrigen Änderungen der BRAO sowie die Änderungen des EuRAG, der RAZBfGPV und der RAVPV-E die Rechtswissenschaft, die Änderungen der BVerfO das Notariat und die Änderungen der PAO, die übrigen Vorschriften des EuPAG-E sowie die Änderungen des RDG, der RDV und des EGROG die Rechtsberatung. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Änderungen des PatG, des MarkenG und des DesignG folgt aus Artikel 73 Absatz 1 Nummer 9 GG (gewerblicher Rechtsschutz). Für die Änderung des SGB VI folgt die Gesetzgebungskompetenz aus Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 GG („Sozialversicherung“).

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Der Entwurf ist mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland geschlossen hat, vereinbar.

VI. Gesetzesfolgen

1. Erfüllungsaufwand

a) Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Den Bürgerinnen und Bürgern entsteht durch die vorgesehenen Gesetzesänderungen kein Erfüllungsaufwand.

b) Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

aa) Unmittelbare Kosten

Die in § 27 Absatz 2 BRAO-E bei der Einrichtung weiterer Kanzleien zukünftig vorgesehene Mitteilungspflicht an die Rechtsanwaltskammer führt zu keinen neuen dauerhaften Belastungen für Rechtsanwälte, da es sich bei den „weiteren Kanzleien“ lediglich um eine Teilmenge der bisherigen „Zweigstellen“ handelt, für die schon derzeit eine Mitteilungspflicht besteht. Allerdings werden Rechtsanwaltskanzleien, deren bisher gemeldete Zweigstelle zukünftig als weitere Kanzlei zu definieren ist, diesen Umstand einmalig mitzuteilen haben. Über den Anteil der

Rechtsanwälte, die von den insgesamt etwa 165 000 Rechtsanwältinnen mehrere Kanzleien unterhalten, liegen keine Erhebungen vor. Sie können daher nur geschätzt werden, wobei eine Zahl von 5 000 Rechtsanwältinnen angenommen werden soll. Da die Mittelung auch elektronisch erfolgen kann, dürften die Kosten dafür 10 000 Euro nicht überschreiten. Die verschiedenen Ausführungen gelten für die Mitteilungspflichten der Patentanwälte nach § 26 PAO-E; grundsätzlich entsprechend; da es jedoch nur etwa 3 500 Patentanwälte gibt, ist hier lediglich mit Kosten von etwa 200 Euro zu rechnen.

In § 31a Absatz 6 BRAO-E nunmehr ausdrücklich statuierte Pflicht, die für den Zugang und die Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfach erforderlichen technischen Einrichtungen vorzuthalten und Zustellungen über dieses zu ermöglichen, stellt lediglich die Einhaltung des mit der Einführung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs durch das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786) verfolgten Zwecks sicher und geht kostenmäßig nicht über die mit jenem Gesetz bereits veranschlagten Maßnahmen hinaus.

Aufgrund der Einführung des § 43e BRAO-E müssen die jährlich etwa 6 000 Juristinnen und Juristen, die neu zur Rechtsanwaltschaft zugelassen werden, zukünftig den Besuch einer zehn Zeitstunden umfassenden Lehrveranstaltung im anwaltlichen Berufsrecht nachweisen. Entsprechende Lehrveranstaltungen werden voraussichtlich von verschiedenen Fortbildungseinrichtungen angeboten werden, wobei die Veranstaltungen für einen relativ großen Zuhörerkreis angelegt sein können, da keine individuellen Gegenstände wie z. B. Prüfungen vorgesehen sind. Es kann daher geschätzt werden, dass Veranstaltungen für etwa 125 Euro angeboten werden. Sofern alle neu zuzulassenden Rechtsanwältinnen entsprechende Veranstaltungen besuchen müssten, würden folglich jährliche Gesamtkosten von etwa 750 000 Euro entstehen. Es wird jedoch angestrebt und sollte zumindest mittelfristig, das heißt nach etwa fünf Jahren, auch zu erreichen sein, dass entsprechende Veranstaltungen bereits von den Universitäten im Rahmen des Studiums oder von den Ländern im Rahmen des Referendariats kostenfrei oder zumindest deutlich kostengünstiger angeboten werden, so dass mittelfristig nur noch ein kleiner Teil der Bewerberinnen und Bewerber von vielleicht 1 500 Personen auf dem freien Markt angebotene Kurse besuchen muss; die jährlichen Gesamtkosten für Letztere würden sich dann nur noch auf 187 500 Euro belaufen.

Soweit in § 50 Absatz 1 Satz 2 und 3 BRAO-E für Rechtsanwältinnen und in § 44 Absatz 1 Satz 2 und 3 PAO-E für Patentanwälte im Hinblick auf deren Mandaten zukünftig eine Aufbewahrungsfrist von sechs Jahren bestimmt werden soll, dürfte hiermit kein messbarer Mehraufwand verbunden sein. Denn schon bisher besteht nach § 50 Absatz 1 BRAO bzw. § 44 Absatz 1 PAO eine entsprechende berufsethische Aufbewahrungspflicht für Handakten, bei der lediglich die Aufbewahrungsfrist nicht definiert ist. Zudem besteht auch heute schon die sechsjährige Aufbewahrungspflicht für steuerrechtlich relevante Unterlagen nach § 147 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 5 der Abgabenordnung (AO). Bei sachgerechter Anwendung dieser Normen sind Unterlagen daher schon nach derzeitiger Rechtslage für eine Dauer von sechs Jahren aufzubewahren.

Die in § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E vorgesehene Ermächtigung der Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer zur Regelung der Fortbildungspflicht für Rechtsanwältinnen führt als solche zu keinen zusätzlichen Aufwendungen für Rechtsanwältinnen, weil es deren Berufsorganisation selbst vorbehalten bleibt, den verpflichtenden Umfang der Fortbildung zu bestimmen. Im Übrigen besteht auch derzeit schon eine – lediglich zahlenmäßig nicht bestimmte – Verpflichtung der Rechtsanwältinnen zur Fortbildung. Soweit die Bundesrechtsanwaltskammer Rechtsanwältinnen, die ihrer Fortbildungspflicht nicht nachkommen, nach § 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E eine Geldbuße auferlegen können soll, liegt es in der Hand des Rechtsanwalts, dieses zu vermeiden. Für die gleichgearteten Änderungen in § 52b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h und § 70 PAO-E gilt das Vorstehende entsprechend.

Die nunmehr ausdrückliche Geltung der Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen nach § 43d BRAO bzw. § 11a RDG auch für Rechtsanwaltsgesellschaften (§ 59n BRAO-E) und dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen (§ 27 Absatz 2 IArAG-E) bzw. vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätige Inkassodienstleister (§ 15 RDG) sichert lediglich die Geltung der mit dem Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3714) neu eingeführten Vorschriften in allen relevanten Bereichen ab. Die Vorschriften sind auch deshalb nicht kostenrelevant, weil ein standesgemäßes inkassorechtliches Forderungsschreiben die in den Normen aufgeführten Inhalte ohnehin aufzuweisen hätte.

Die Einführung des § 130 Nummer 1 ZPO-E führt nicht zu höheren Kosten der Rechtsanwältinnen, da der mit der Angabe des elektronischen Postfachs verbundene Aufwand nicht nennenswert ins Gewicht fällt und keine neue Pflicht geschaffen wird, Adressen zu ermitteln.

bb) Mittelbare Kosten

Da sich die als Körperschaften des öffentlichen Rechts tätig werdenden Rechtsanwaltskammern und die Patentanwaltskammer letztlich über die Beiträge ihrer Mitglieder, der Rechts- und Patentanwälte finanzieren, stellen die Kosten, die für die Berufskammern bei der Umsetzung des beabsichtigten Änderungen mittelbar auch Kosten der Wirtschaft dar. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Kosten:

Die in § 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E für die Rechtsanwaltskammer neu vorgesehene Möglichkeit, ihre Rechtsanwaltsverzeichnis künftig als Teil des Gesamtverzeichnisses der Bundesrechtsanwaltskammer zu führen, dürfte aufgrund von Synergieeffekten Einsparpotentiale mit sich bringen. Konkrete Berechnungen liegen insoweit noch nicht vor, da das System technisch noch nicht eingerichtet ist. Die Einsparmöglichkeiten können jedoch auf etwa 15 000 Euro jährlich geschätzt werden, da die technische Führung der Verzeichnisse nicht mehr von jeder Rechtsanwaltskammer einzeln beauftragt werden muss.

Die nach § 31 Absatz 3 Nummer 3 und 4 BRAO-E vorgesehenen, von den Rechtsanwaltskammern vorzunehmenden Eintragungen der in § 27 Absatz 2 BRAO-E vorgesehenen weiteren Kanzleien führen zu keinem dauerhaften Mehraufwand, weil diese nur an die Stelle der schon derzeit einzutragenden Zweigstellen treten. Allerdings wird ein einmaliger Aufwand für die neue Programmierung der Rechtsanwaltsverzeichnis und des Gesamtverzeichnisses sowie für die in ihm vorzunehmenden Änderungen entstehen. Insgesamt können die anfallenden einmaligen Kosten auf etwa 15 000 Euro für die Programmierung und 10 000 Euro für die Eintragungen geschätzt werden.

Das Vorstehende gilt für die Eintragung der Patentanwälte nach § 29 Absatz 3 Nummer 3 PAO-E sinngemäß. Die Zahl der Patentanwälte, die in mehreren Kanzleien tätig sind, wird allerdings äußerst gering sein. Soweit die Neufassung des § 29 PAO-E über die vorbezeichnete Änderung in Absatz 3 Nummer 3 weitere Änderungen des Patentanwaltsverzeichnisses vorgibt, wird auch insoweit einmaliger Administrationsaufwand anfallen. In Anbetracht des im Vergleich zu den Rechtsanwältinnen somit höheren Programmier-, jedoch geringeren Verwaltungsaufwands kann hier mit einmaligen Kosten der Patentanwaltskammer von etwa 20 000 Euro gerechnet werden.

Soweit die Bundesrechtsanwaltskammer Rechtsanwältinnen für von diesen unterhaltene weitere Kanzleien nach § 31a Absatz 7 BRAO-E zukünftig ein weiteres elektronisches Anwaltspostfach einzurichten hat, sind die ihr entstehenden Kosten von den Rechtsanwaltskammern zu tragen. Legt man die oben geschätzte Zahl von 5 000 Rechtsanwältinnen zugrunde, die weitere Kanzleien unterhalten, und setzt man an jährlichen Kosten für das weitere besondere elektronische Anwaltspostfach einen gegenüber dem für das normale besondere elektronische Anwaltspostfach derzeit anfallenden Betrag von 67 Euro etwas geringeren Betrag von etwa 50 Euro an, ergäbe dies einen Mehraufwand von etwa 250 000 Euro jährlich. Der Betrag von 50 Euro kann geschätzt werden, weil zwar die Unterhaltungskosten für das weitere besondere elektronische Anwaltspostfach etwa gleich hoch wie die des „normalen“ besonderen elektronischen Anwaltspostfachs sein werden, jedoch wegen der bereits erfolgten Entwicklung des „normalen“ Postfachs geringere Entwicklungskosten zu erwarten stehen.

Die von den Rechtsanwaltskammern vorzunehmende Prüfung der Erfüllung der Voraussetzungen nach § 43e BRAO-E wird voraussichtlich zu einem nur geringen Mehraufwand führen. Soweit die Kenntnisse im Berufsrecht bereits vor der Zulassung erworben wurden, steht in Anbetracht der ohnehin erforderlichen Prüfung der Zulassungsvoraussetzungen kein nennenswerter Mehraufwand zu erwarten. Lediglich die Überprüfung, ob bei der Zulassung noch nicht nachgewiesene Kenntnisse später erworben wurden, macht eine Wiedervorlage erforderlich. Die jährlichen Kosten hierfür dürften jedoch 10 000 Euro nicht überschreiten.

Die in § 64 Absatz 2 BRAO-E zukünftig verpflichtend vorgesehene Briefwahl bei der Wahl der Vorstände der Rechtsanwaltskammer wird gegenüber der bisherigen Regelung, nach der die Vorstände im Rahmen der Kammerversammlung gewählt wurden, zu gewissen Mehrkosten führen, da jedem Rechtsanwalt Briefwahlunterlagen zugestellt werden müssen, die dieser im Fall der Teilnahme an der Wahl auch zurücksenden muss. Insoweit dürfte nach einer von der Bundesrechtsanwaltskammer bei den einzelnen Rechtsanwaltskammern durchgeführten Abfrage für Personal-, Druck-, Porto- und sonstige Versandkosten pro Rechtsanwalt und Wahl etwa vier Euro Mehrkosten zu veranschlagen sein. Die Schätzungen der Rechtsanwaltskammern basieren dabei überwiegend aus den Erfahrungen mit der bereits derzeit praktizierten Briefwahl der Mitglieder der Satzungsversammlung. Diese Kosten fallen nach § 68 BRAO alle zwei Jahre an, so dass sich für die Rechtsanwaltskammern eine jährliche Mehrbelastung von etwa 330 000 Euro ergibt. Diese Kosten lassen sich möglicherweise noch verringern, falls es gelingt, die Wahl kostengünstiger als elektronische Wahl zu organisieren, wie dies § 64 Absatz 1 Satz 2 BRAO-

Es rechtlich zulässig. In jedem Fall sind die Mehrkosten jedoch vor allem durch die höhere demokratische Legitimation der Berufsvertretung der Rechtsanwälte gerechtfertigt; die höheren Aufwendungen kommen dabei auch der Rechtsanwaltschaft selbst zugute. Trotz der gleichlautenden Neuregelung in § 58 Absatz 2 PAO-E entstehen bei den Patentanwälten faktisch keine Mehrkosten, da die Patentanwaltskammer auf der Grundlage des § 81 Absatz 2 Satz 2 PAO und der §§ 24 und 25 der Satzung der Patentanwaltskammer schon heute Briefwahlen durchführt.

Die Streichung der bisher in § 6 Absatz 2 EuRAG vorgesehenen Pflicht für niedergelassene europäische Rechtsanwälte, jährlich Bescheinigungen über ihre Zugehörigkeit im Beruf im Herkunftsstaat vorzulegen, führt für die Rechtsanwaltskammern prinzipiell zu einer Entlastung bei der Kontrolle der Vorlage, die aber in Anbetracht der sehr geringen Zahl der Fälle kaum mehr 100 Euro ausmachen dürfte.

Soweit durch den neuen § 27a EuRAG-E dienstleistende europäische Rechtsanwälte berechtigt werden, für sich die Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspost-fachs zu beantragen, wird dies bei der Bundesrechtsanwaltskammer zu einem nicht genau zu beziffernden Programmieraufwand und bei den Rechtsanwaltskammern zu gewissem administrativem Aufwand führen. Die entstehenden Kosten können jedoch nach § 27a Absatz 3 EuRAG-E auf die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte umgelegt werden.

Die stichhaltigen §§ 37 und 38 EuRAG-E sowie den §§ 24 und 25 EuRAG-E ergebenden Verpflichtungen der Rechtsanwaltskammer bzw. der Patentanwaltskammer zur europäischen Zusammenarbeit werden sich auf wenige Einzelfälle beschränken, sind durch die Richtlinie vorgegeben und bei den Rechtsanwältinnen zudem im Wesentlichen bereits vorhanden.

Die in den §§ 13 ff. EuRAG-E neu geregelte vorübergehende und gelegentliche Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland ist durch die Richtlinie vorgegeben. Dabei sieht die Richtlinie die Möglichkeit der Einführung einer Meldepflicht ausdrücklich vor. Für die Patentanwaltskammer entstehen durch die in § 15 EuRAG-E umgesetzte Meldepflicht, die auch eine Eintragung der Meldungen in ein Meldeverzeichnis vorsieht, zusätzliche Aufwendungen, die jedoch in jedem Einzelfall nur gering sein werden; im Durchschnitt kann mit etwa 20 Euro pro Anmeldung und 5 Euro pro Wiederholungsmeldung gerechnet werden. Bei Annahme von jährlich 100 Eintragungen und 50 Wiederholungsmeldungen entstünden jährliche Kosten von etwa 2.250 Euro. Diesen Aufwendungen stehen noch nicht genau zu beziffernde Einsparungen gegenüber, die dadurch entstehen, dass andere Stellen wie das Deutsche Patent- und Markenamt und das Bundespatentgericht auf die Angaben aus dem Meldeverzeichnis zurückgreifen können. Der Patentanwaltskammer kann zudem durch Aufsichtsfälle nach den §§ 18 und 19 PAO-E Aufwand entstehen, wobei diese Fälle jedoch äußerst selten sein dürften und auch insoweit die Aufsicht von der Richtlinie vorgesehen ist.

cc) Kleine und mittlere Unternehmen

Eine besondere Betroffenheit kleiner und mittlerer Unternehmen durch die vorgenannten Kosten besteht nicht, da diese alle Rechtsanwältinnen gleich treffen.

c) Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Der durch die §§ 112b BRAO-E, § 38 Absatz 1 Satz 3 EuRAG-E, § 94f PAO-E, § 25 Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E, § 18 Absatz 2a RDG-E sowie § 9 EGSIPO-E eingeführte Vorwarnmechanismus dürfte zu keinen höheren Verwaltungskosten führen. Das liegt vor allem daran, dass es in der Praxis aller Voraussicht nach so gut wie keine Anwendungsfälle geben wird. So kommt die Anwendung der Vorschriften bei den Rechtsanwältinnen, Patentanwälten und sonstigen Rechtsdienstleistern ohnehin nur dann in Betracht, wenn diese ihre Berufsqualifikation im Wege der Richtlinie haben anerkennen lassen. In den drei Jahren, in denen darüber eine Bundesstatistik geführt wird (Mai 2012 bis 2014), waren dies nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes insgesamt 84 Rechtsanwältinnen, Patentanwälte und drei sonstige Rechtsdienstleister. Fälle, in denen diese gefälschte Berufsqualifikationen nachweise benutzt haben, sind bisher nicht bekannt geworden. Soweit im Rahmen des § 9 EGSIPO-E auch strafrechtlich verhängte Berufsverbote relevant sind, beträgt deren Zahl deutschlandweit etwa 150 pro Jahr. Das hierdurch ein Fall auf eine Person entfällt, die das Anerkennungsverfahren nach der Richtlinie durchlaufen hat, erscheint unwahrscheinlich. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass bei den Rechtsanwältinnen nach § 34a Absatz 2, §§ 37 und 38 EuRAG-E bereits derzeit Pflichten zur europäischen Zusammenarbeit bestehen, nach denen die vom Vorwarnmechanismus erfassten Fälle (lediglich innerhalb anderer Fristen und auf anderen Wegen) den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten mitzuteilen sind.

Die Änderungen bei dem vor der Ablegung einer Eignungsprüfung zu durchlaufenden Verfahren nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E sowie den §§ 1 und 2 EuRAG-E werden zu keinen nennenswerten Mehrkosten führen. Die von den Landesjustizprüfungsämtern bzw. dem Deutschen Patent- und Markenamt zu prüfenden Voraussetzungen für die Ablegung der Eignungsprüfung bleiben im Wesentlichen unverändert. Soweit die Landesjustizprüfungsämter bzw. das Deutsche Patent- und Markenamt nunmehr auch ausdrücklich zu prüfen haben, ob Antragsteller auch ohne Eignungsprüfung zur Rechtsanwaltschaft zugelassen werden können, kommt Letzteres nach § 17 Satz 3 EuRAG bzw. § 2 PAZbtgPRG auch derzeit schon in Betracht.

Bei den vom Deutschen Patent- und Markenamt (einmalig) zu erstellenden Leitlinien nach § 7 Absatz 2a PAO-E handelt es sich um eine zwingende Vorgabe der Richtlinie; die Kosten dafür können auf etwa 2.000 Euro geschätzt werden.

Die in § 6 Absatz 3 EuRAG-E vorgesehene Erhöhung der bei Eignungsprüfungen zu schreibenden Klausuren von zwei auf vier wird zu gewissen Mehrkosten führen, die jedoch bei derzeit etwa drei Prüfungen pro Jahr nicht ins Gewicht fallen.

Soweit nach § 14a RDG-E und § 1 Absatz 6 EGRDG-E zukünftig für Rentenberater, die verstorben sind oder deren Registrierung zurückgenommen oder widerrufen wurde, Abwickler bestellt werden können, wird sich die Zahl der Bestellungen vermutlich im einstelligen Bereich halten, so dass keine spürbare Mehrbelastung derjenigen Gerichte eintreten wird, die über die Bestellung des Abwicklers zu entscheiden haben.

Die Neuregelung in § 116 Absatz 1 Satz 2 bis 6 BNotO-E verursacht einen geringfügigen Verwaltungsmehraufwand durch die Bearbeitung von rund 50 Anträgen von Anwaltsnotaren bei der Justizverwaltung Baden-Württemberg in den Jahren 2018 und 2019. Dieser Mehraufwand wird allerdings durch die Vorteile einer schnelleren Homogenisierung der Notarsysteme in Baden-Württemberg ausgeglichen werden.

Die Einführung des § 130 Nummer 1a ZPO-E führt zu einer leichten Verringerung des Aufwands für die Gerichte. Durch die Angabe des elektronischen Postfachs in Schriftsätzen wird den Gerichten eine reibungslosere Übermittlung elektronischer Dokumente ohne aufwändige Ermittlung des Postfachs in jedem Einzelfall ermöglicht. Die elektronische Zustellung elektronisch eingegangener Dokumente nach § 169 Absatz 4 Satz 1 ZPO-E vereinfacht ebenfalls die Abläufe im Gericht. Die Aufwandsersparnis lässt sich nicht näher beziffern, weil statistische Daten insoweit nicht erhoben werden.

Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln beim Bund soll finanziell und stellenmäßig im Einzelplan 07 ausgeglichen werden.

2. Weitere Kosten

Weitere Kosten sowie Auswirkungen auf das Preisniveau – insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau – sind nicht zu erwarten.

3. Nachhaltigkeitsaspekte

Der Entwurf sieht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

4. Weitere Gesetzesfolgen

Der Entwurf hat lediglich bei der Änderung in § 64 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 26) gleichstellungspolitische Bedeutung; hier wird erwartet, dass die Einführung der Briefwahl insbesondere Rechtsanwältinnen die Teilhabe an der Selbstverwaltung der Anwaltschaft erleichtert. Im Übrigen betreffen alle Änderungen die jeweiligen Berufungskategorien (d. h. Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Patentanwältinnen und Patentanwälte sowie weibliche und männliche Rechtsdienstleister) unabhängig von ihrem Geschlecht gleich. Aus diesem Grund und weil in allen zu ändernden Gesetzen jeweils nur die Bezeichnungen „Rechtsanwalt“, „Patentanwalt“ und „Rechtsdienstleister“ benutzt werden, wird zur besseren Lesbarkeit des Entwurfs, in dem die vorgenannten Begriffe sehr häufig vorkommen, insoweit nur das generische Maskulinum verwendet. Begriffe wie „Verbraucher“, „Schlichter“ und „Rechtsuchende“ bezeichnen jeweils gesellschaftliche Gruppen, deren Frauen und Männern gleichberechtigt angehören und werden daher auch nur in dieser Form verwendet. Im Übrigen wird im Entwurf auf eine geschlechtergerechte Sprache hingewirkt (vgl. z. B. „antragstellende Personen“ in den §§ 7 und 10 BRAO-E, den

§§ 16 und 16a EuRAG-E, den §§ 14 und 17 PAO-E und den §§ 1 bis 3 EuPAG-E sowie „mitwirkende Personen“ in § 3a SPO-E).

Verschiedene Vorschriften des Entwurfs dienen dem Schutz der Mandantinnen und Mandanten vor unseriöser Rechtsberatung und damit auch verbraucherpolitischen Zielen. Verbraucherpolitische Bezüge hat darüber hinaus die aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken beschlossene Aufhebung des nichtanwaltschaftlichen Inkasso betreffend des § 4 Absatz 5 Satz 2 und 3 EORDG (Artikel 8 Nummer 2). Zu dieser soll erst 2017 unter Berücksichtigung der Ergebnisse der für Ende 2016 vorgesehenen Evaluierung des Gesetzes gegen unseriöse Geschäftspraktiken geprüft werden, ob sie durch eine auch das anwaltliche Inkasso betreffende Regelung ersetzt werden sollte. Demografische Auswirkungen des Entwurfs stehen nicht zu erwarten.

VII. Befristung; Evaluierung

Die vorgesehenen Regelungen sind nicht befristet. Ein großer Teil der Regelungen ist durch die Richtlinie gegeben; auch die übrigen Regelungen sind auf eine dauerhafte Anwendung angelegt.

Die Auswirkungen der vorgeschlagenen Neuregelungen zu den weiteren besonderen elektronischen Anwaltspostfächern (§ 31a Absatz 7 BRAO-E), zu den Kenntnissen im Berufsrecht (§ 43e BRAO-E) und zu der Briefwahl bei den Vorstandswahlen der Rechtsanwaltskammern (§ 64 BRAO-E) werden spätestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten evaluiert. Dabei wird in fachlich geeigneter Weise zu prüfen sein, ob und inwieweit die beabsichtigten Wirkungen auf die Verbesserung der Kenntnisse im Berufsrecht, die Verschwiegenheitspflicht der in mehreren Kanzleien tätigen Rechtsanwälte und die Demokratisierung des Wahlverfahrens bei den Vorstandswahlen der Rechtsanwaltskammern erreicht worden sind. Es soll ferner untersucht werden, wie sich der Erfüllungsaufwand für die Verbände entwickelt hat und ob die Entwicklung in einem angemessenen Verhältnis zu den festgestellten Regelungswirkungen steht. Die Evaluierung wird die Frage nach unbeabsichtigten Nebenwirkungen sowie nach der Akzeptanz und Praktikabilität der Regelungen einschließen.

Im Übrigen sieht der Entwurf keine Evaluierung vor. Hier gilt zunächst, dass ein großer Teil der Regelungen durch die Richtlinie vorgegeben ist (vgl. dazu die oben unter I.1. angeführten Änderungen) und die Evaluierung insoweit nach Artikel 60 der Richtlinie durch die Europäische Kommission erfolgt. Bei den allgemeinen Fortbildungspflichten nimmt der Entwurf keine eigene Neuregelung vor, sondern ermächtigt lediglich die Anwaltskammern zu Regelungen durch Satzung, die diese selbst zu überprüfen haben werden. Die übrigen Regelungen haben jeweils zu geringe finanzielle und inhaltliche Auswirkungen, um eine aufwändige Evaluierung zu rechtfertigen.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1 (Änderung der Bundesrechtsanwaltsordnung)

Zu Nummer 1 (§ 4 BRAO-E)

In Anbetracht der Änderungen in den §§ 16 und 16a EuRAG-E, nach denen zukünftig für europäische Rechtsanwälte auch eine unmittelbare Zulassung ohne Ablegung einer Eignungsprüfung in Betracht kommt, ist die dritte Alternative des Satzes 1 entsprechend anzupassen. Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Änderungen, die insbesondere die Lesbarkeit der Vorschrift erhöhen sollen.

Zu Nummer 2 (§ 5 BRAO)

Die die Freizügigkeit bei der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft betreffende Norm soll aufgehoben werden, weil ihr kein eigenständiger Regelungszweck mehr zukommt. Die Gleichwertigkeit der juristischen Staatsexamina in den einzelnen Ländern ist mittlerweile bereits durch § 6 Absatz 2 DRiG sichergestellt (vgl. Wolf in: Gaier/Wolf/Gießen, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 5 BRAO, Rn. 1). Einer gesonderten Regelung dieser heutzutage unstrittigen Materie in der BRAO bedarf es daher nicht mehr.

Zu Nummer 3 (§ 7 BRAO-E)

Zur Herbeiführung einer geschlichtungsgerechten Sprache soll in den Nummern 1 bis 10 jeweils der Begriff des „Bewerbers“ durch denjenigen der „antragstellenden Person“ ersetzt werden.

Die Verweisung auf das Abgeordnetengesetz in § 7 Nummer 10 BRAO-E soll zukünftig nicht mehr im Vollzitat erfolgen. Dies erscheint nicht mehr erforderlich, weil das Abgeordnetengesetz mittlerweile ein seit langem eingeführtes und bekanntes Gesetz ist. Vor allem aber wäre die Verweisung in der bisherigen Form rechtsformell als statische Verweisung zu verstehen, die inhaltlich nicht beabsichtigt ist. Aus den vorstehenden Gründen findet sich in der Parallelvorschrift der PAO (dort § 14 Nummer 10) auch kein Vollzitat mehr. Die Streichung dient daher auch der Angleichung inhaltsgleicher Normen der BRAO und der PAO.

Zu Nummer 4 (§ 10 BRAO-E)

Zur Herbeiführung einer geschlichtungsgerechten Sprache soll wie auch in § 7 BRAO-E jeweils der Begriff des „Bewerbers“ durch denjenigen der „antragstellenden Person“ ersetzt werden.

Zu Nummer 5 (§ 12 BRAO-E)

Die redaktionelle Änderung dient der Ermöglichung einer nur teilweisen Verweisung auf die Vorschrift in den Neuregelungen des § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E und des § 209 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E.

Zu Nummer 6 (§ 27 BRAO-E)

Mit den Änderungen in § 27 Absatz 2 BRAO-E soll zur besseren Unterscheidbarkeit der mittlerweile bestehenden Formen der Berufsausübung an verschiedenen Wirkungsstätten zusätzlich zu den bestehenden Begriffen der (Zulassungs-)Kanzlei und der Zweigstelle der Begriff der weiteren Kanzlei eingeführt werden.

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) sowie dem Gesetz zur Neuordnung des Rechtsberatungsrechts vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) wurden einige bis dahin in der BRAO vorgesehenen Beschränkungen der anwaltlichen Berufsausübung aufgehoben, § 18 BRAO mit dem darin enthaltenen gewissen Lokalisierungsgebot ist entfallen. Die früher in § 27 Absatz 1 Satz 1 BRAO alter Fassung vorgesehene Pflicht zur Einrichtung einer Kanzlei am Ort des Zulassungsgeschehens besteht nicht mehr. § 27 Absatz 1 BRAO sieht nunmehr vor, dass der Rechtsanwalt eine Kanzlei im Bezirk derjenigen Rechtsanwaltskammer einzurichten und zu unterhalten hat, deren Mitglied er ist. Durch die Aufhebung von § 28 BRAO alter Fassung – nützlich zudem das grundsätzliche Verbot der Einrichtung von Zweigstellen und der Abhaltung auswärtiger Sprechstunden. Die Einrichtung von Zweigstellen ist in § 27 Absatz 2 BRAO und § 31 Absatz 3 Nummer 3 und 4 BRAO inzwischen ausdrücklich vorgesehen. Schließlich wurde durch Anpassung des § 59a Absatz 1 BRAO das Verbot der Starnotariat aufgehoben und die gleichzeitige Mitgliedschaft eines Rechtsanwalts in verschiedenen Berufsausübungsgemeinschaften zugelassen. Die infolge dieser gesetzlichen Änderungen heute bestehenden Erweiterungsmöglichkeiten der anwaltlichen Berufsausübung lassen sich mit der von der BRAO derzeit allein vorgesehenen Unterscheidung zwischen der Kanzlei und Zweigstellen nicht mehr hinreichend erfassen. Durch Ergänzung des § 27 Absatz 2 BRAO soll deshalb der Begriff der „weiteren Kanzlei“ eingeführt werden, um sämtliche Formen anwaltlicher Berufsausübung sachgerecht erfassen zu können.

§ 27 Absatz 1 BRAO sieht die Einrichtung einer Kanzlei („Zulassungskanzlei“) vor. Sämtliche weiteren Standorte, die der Einführung der beruflichen Tätigkeit des Rechtsanwalts dienen, lassen sich derzeit nur als Zweigstellen einordnen (vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 16. Mai 2012, NJW 2013, S. 314, Rn. 44; Siegmund in: Gaier/Wolf/Gießen, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 27 BRAO, Rn. 90, 101b). Diese Einordnung widerspricht dem allgemeinen Wortsinne des Begriffs der Zweigstelle, soweit der weitere Standort der Zulassungskanzlei nicht angegliedert ist, sondern der von der Zulassungskanzlei unabhängigen Einführung einer (weiteren) beruflichen Tätigkeit dient. Dieses Problem tritt z. B. dann auf, wenn ein Rechtsanwalt in seiner Zulassungskanzlei alleine tätig ist, daneben jedoch in einer weiteren, von der Zulassungskanzlei unabhängigen Kanzlei in einer Berufsausübungsgemeinschaft tätig wird. Im umgekehrten Fall können z. B. Zweifelle bestehen, ob ein Mitglied einer Berufsausübungsgemeinschaft eine individuelle Zweigstelle errichten kann, ohne dass letztere an eine „Hauptkanzlei“ angeschlossen ist (vgl. Dahms, NJW-Spezial 2012, S. 282, 283; Kleine-Cosack, BRAO, 7. Auflage 2015, § 27 BRAO, Rn. 12; Weyland in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 27 BRAO, Rn. 31d). Nach dem allgemeinen Wortsinne liegen in den vorgenannten Fällen keine Zweigstellen, sondern weitere Kanzleien vor. Die Einrichtung und Unterhaltung mehrerer Kanzleien sieht die BRAO bislang aber nur für im Ausland errichtete und unterhaltenen Kanzleien ausdrücklich vor (vgl. § 29a Absatz 1 und 2 BRAO). Ob und unter welchen Voraussetzungen im Inland weitere Kanzleien errichtet und unterhalten werden dürfen, regelt die BRAO bislang nicht (vgl. dazu Huff, ZAP Fach 23, S. 885, der von Verunsicherung der Rechtsanwältin darüber berichtet, ob und unter welchen Voraussetzungen weitere Kanzleien im Inland eröffnet werden dürfen).

Mit der Aufhebung des Verbots der Stornozität durch die Änderung des § 59a Absatz 1 BRAO wurde die gleichzeitige Mitgliedschaft eines Rechtsanwalts in verschiedenen Berufsausübungsgemeinschaften zugelassen. Die Gesetzmaterien führen dazu aus, dass es der Verantwortung des einzelnen Rechtsanwalts obliegt, wie er seine Tätigkeit organisiert. Es sei nicht erforderlich, ihm vorzuschreiben, in welcher Kanzlei er seinen Beruf in welchem Umfang ausüben habe (Bundestagsdrucksache 16/3655, S. 83 linke Spalte). Diese Erwägung beschränkt sich nicht auf die Berufsausübung in mehreren Berufsausübungsgemeinschaften, sondern gilt generell für die anwaltliche Berufsausübung. Dem Rechtsanwalt steht es daher grundsätzlich frei, neben der Kanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO weitere Standorte zur Berufsausübung zu errichten und zu unterhalten, die keiner anderen Kanzlei nachgeordnet sind. Die Neufassung des § 27 Absatz 2 BRAO stellt dies klar und ermöglicht mit der Einführung des Begriffs der „weiteren Kanzlei“ eine Unterscheidung zwischen der Zulassungskanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO, der nicht nachgeordneten Berufsausübung im Rahmen weiterer Kanzleien sowie der Errichtung und Unterhaltung von Zweigstellen. Diese Unterscheidung verbessert die Transparenz der anwaltlichen Berufsausübung und gewährleistet eine zuverlässige Information der am Rechtsverkehrs Beteiligten darüber, in welchen verschiedenen Formen ein Rechtsanwalt beruflich tätig ist. Die unter Umständen irreführende Einordnung des Haupttätigkeitsortes des Rechtsanwalts als Zweigstelle und die Eintragung als solche in die Verzeichnisse nach § 31 BRAO soll damit künftig möglichst möglichst ausgeschlossen werden.

Um eine weitere Kanzlei handelt es sich dabei, wenn die von einem Rechtsanwalt neben der in der Zulassungskanzlei ausgeübten Tätigkeit entfaltete Berufsausübung nicht von der Zulassungskanzlei abhängig und an diese angegliedert ist, sondern der eigenständigen, von der Zulassungskanzlei rechtlich unabhängigen anwaltlichen Berufsausübung dient. Dies ist immer dann der Fall, wenn der Rechtsanwalt, der in seiner Zulassungskanzlei als Einzelanwalt tätig ist, daneben noch in einer Berufsausübungsgemeinschaft tätig ist (ist er in mehreren verschiedenen Berufsausübungsgemeinschaften tätig, liegen sogar mehrere weitere Kanzleien vor). Bei einem Rechtsanwalt, der in seiner Zulassungskanzlei im Rahmen einer Berufsausübungsgemeinschaft tätig ist, liegt eine weitere Kanzlei vor, wenn er daneben noch in einer anderen Berufsausübungsgemeinschaft oder als Einzelanwalt tätig ist. Eine weitere Kanzlei kann dabei auch bei einem Tätigwerden an nur einem Standort vorliegen, sofern der Rechtsanwalt dort im Rahmen unterschiedlicher Rechtsverhältnisse (z. B. einerseits als Einzelanwalt und andererseits im Rahmen einer Berufsausübungsgemeinschaft) tätig wird.

Ein neben der Zulassungskanzlei zur anwaltlichen Berufsausübung unterhaltener weiterer Standort ist dagegen als Zweigstelle anzusehen, wenn eine Beziehung zu einer Hauptkanzlei besteht, an die der weitere Standort rechtlich angegliedert ist. Hauptkanzlei in diesem Sinne kann sowohl die Zulassungskanzlei als auch eine bestehende weitere Kanzlei sein. Unterhält z. B. eine Berufsausübungsgemeinschaft mehrere Standorte, so hat jeder ihr angehörende Rechtsanwalt an einem dieser Standorte seine Hauptkanzlei, wobei dieser nicht bei allen zugelassenen Rechtsanwälten derselbe sein muss. An anderen Standorten der Berufsausübungsgemeinschaft, an denen er ebenfalls tätig ist, unterfällt der Rechtsanwalt dann eine Zweigstelle.

Zwischen der Zulassungskanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO und bestehenden weiteren Kanzleien ist nach der zeitlichen Reihenfolge ihrer Anzeige gegenüber der Rechtsanwaltskammer zu unterscheiden. Die nach Zulassung zur Anwaltschaft in Erfüllung der Verpflichtung nach § 27 Absatz 1 BRAO errichtete Zulassungskanzlei begründet die Zuständigkeit der Rechtsanwaltskammer, die zur Wahrnehmung der Aufsicht verpflichtet ist. Errichtet der Rechtsanwalt zu einem späteren Zeitpunkt weitere Standorte, die keine Zweigstellen darstellen, handelt es sich um weitere Kanzleien. Mit der Errichtung einer weiteren Kanzlei im Bezirk einer anderen Rechtsanwaltskammer ist jedoch keine Doppelmitgliedschaft in zwei unterschiedlichen Rechtsanwaltskammern verbunden. Vielmehr stellt § 33 Absatz 3 in Verbindung mit § 60 Absatz 1 Satz 2 BRAO sicher, dass das Prinzip der Zuständigkeit nur einer Rechtsanwaltskammer beibehalten wird. Zuständig ist die Rechtsanwaltskammer, in der der Rechtsanwalt bereits Mitglied ist, denn die Mitgliedschaft bestimmt sich zunächst nach dem Ort der ersten Zulassung (§ 33 Absatz 3 Nummer 1 BRAO), sofern der Rechtsanwalt nicht nach § 27 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 33 Absatz 3 Nummer 2 BRAO unter Nachweis der Kanzleistranzverlegung die Aufnahme in eine andere Rechtsanwaltskammer beantragt. Die damit bestehende Möglichkeit des Rechtsanwalts, den Ort seiner Zulassungskanzlei selbst zu bestimmen, entspricht der geltenden Rechtslage. Da die BRAO in § 27 neben der Zulassungskanzlei derzeit nur Zweigstellen vorsieht, stellen momentan wie bereits dargelegt sämtliche neben der Zulassungskanzlei unterhaltene Standorte Zweigstellen dar. Eine Differenzierung zwischen Kanzlei und Zweigstelle danach, wo der Rechtsanwalt den Schwerpunkt der anwaltlichen Berufsausübung entfaltet (dahingehend der Bundesgerichtshof im Urteil vom 13. September 2010, NJW 2010, S. 3787, Rn. 28 und im Urteil vom 16. Mai 2012, NJW 2013, S. 314, Rn. 56), findet in der BRAO (mit Ausnahme der erst durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der

Syndikatsrechtsanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2517) neu eingeführt, nur für Syndikatsrechtsanwälte geltenden Regelung in § 46c Absatz 4 Satz 3 BRAO keine Grundlage. Folglich kann auch keine Pflicht eines an mehreren Standorten tätigen Rechtsanwalts bestehen, seine Zulassungskanzlei an dem Standort zu unterhalten, an dem er schwerpunktmäßig tätig ist und bei Änderung des Tätigkeitschwerpunkts die Kanzlei an einen bisher als Zweigstelle unterhaltenen Standort zu verlegen. Eine Änderung dieser Rechtslage durch eine gesetzliche Festlegung, welcher Standort als Zulassungskanzlei anzusehen ist und welche Standorte weitere Kanzleien darstellen, ist nicht veranlasst. Anders als nach geltender Rechtslage darf der Rechtsanwalt hingegen künftig zwischen Zulassungskanzlei und weiterer Kanzlei einerseits und Zweigstelle andererseits keine freie eigenständige Benennung mehr vornehmen. Andernfalls wäre die mit der Neuregelung bezweckte Transparenz darüber, in welchen Formen ein Rechtsanwalt seinen Beruf ausübt, nicht zu erreichen. Richter ein neu zugelassener Rechtsanwalt ausnahmsweise zugleich mehrere, nicht als Zweigstellen anzusehende Standorte in dem Bezirk der Rechtsanwaltskammer ein, deren Mitglied er ist, so hat er gegenüber der Rechtsanwaltskammer die Zulassungskanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO zu benennen.

Die Erstreckung der bisher nur für eine Zweigstelle vorgesehenen Anzeigepflichten gegenüber der Rechtsanwaltskammer auf weitere Kanzleien stellt die Kenntnis der betroffenen Rechtsanwaltskammern von der Errichtung der weiteren Kanzlei sicher und ermöglicht dadurch die Wahrnehmung der Aufsicht sowie die Aufnahme der weiteren Kanzlei in das von der Rechtsanwaltskammer geführte Rechtsanwaltsverzeichnis nach § 31 BRAO. Die Wahrnehmung der Aufsicht und die Berichtigung der Rechtsanwaltsverzeichnisse nach § 31 BRAO erfordern zudem Anzeigepflichten auch für den Fall der Aufgabe einer weiteren Kanzlei oder Zweigstelle. § 27 Absatz 2 BRAO sieht solche Anzeigepflichten nunmehr ausdrücklich vor.

Die Änderung des § 27 Absatz 2 BRAO hat Auswirkungen auf den in § 55 BRAO verwendeten Kanzleibegriff, so dass dort eine Folgebearbeitung erforderlich ist. Dagegen kann der Kanzleibegriff in den übrigen Vorschriften der BRAO unverändert bleiben. So bezieht sich § 14 Absatz 3 Nummer 1 BRAO auf die Verpflichtung zur Einreichung einer Kanzlei und nimmt damit die Zulassungskanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO in Bezug. Gleiches gilt für § 14 Absatz 3 Nummer 3 und 4, § 29 Absatz 1 und § 30 Absatz 1 BRAO. Weiter sollen die Anforderungen in § 53 Absatz 1 BRAO nicht verschärft werden. Die Verpflichtung der Rechtsanwaltskammer zur Unterhaltung einer Kanzlei an ihrem Sitz nach § 59i Satz 1 BRAO bleibt von der Änderung des § 27 Absatz 2 BRAO unberührt. Die Rechtsanwaltskammer kann im Gegensatz zu den ihr angehörenden Rechtsanwälten keine weiteren Kanzleien errichten und unterhalten. § 112b Satz 2 BRAO bezieht sich wiederum auf die Zulassungskanzlei im Sinne des § 27 Absatz 1 BRAO. Beim Bundesgerichtshof zugelassene Rechtsanwälte haben nach § 172b Satz 1 BRAO ihre Kanzlei am Sitz des Bundesgerichtshofs einzurichten und zu unterhalten. Dies schließt die Errichtung weiterer Kanzleien sowie von Zweigstellen an anderen Orten aus (vgl. Feutrich in: Feutrich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 172b BRAO, Rn. 5; Vorwerk in: Gaker/Wolf/Gückens, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 27 BRAO, Rn. 5).

Zu Nummer 7 (§ 31 BRAO-E)

Zu Buchstabe a

Der neue Satz 2 des § 31 Absatz 1 BRAO-E dient der Ermöglichung eines von der Bundesrechtsanwaltskammer zukünftig in Aussicht genommenen neuen und effektiveren Modells der Führung der elektronischen Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern einerseits und des Gesamtverzeichnisses der Bundesrechtsanwaltskammer andererseits. Derzeit führen die einzelnen Rechtsanwaltskammern jeweils einzelne Verzeichnisse, aus denen die Daten entsprechend § 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO in das Gesamtverzeichnis übertragen werden. Zukünftig soll es den Rechtsanwaltskammern ermöglicht werden, die von ihnen in die elektronischen Verzeichnisse einzutragenden Daten – begrenzt auf ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich – unmittelbar in das Gesamtverzeichnis einzutragen, wo diese dann sowohl für die elektronischen Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern als auch das Gesamtverzeichnis zur Verfügung stehen sollen. Sie sind dann insoweit Teil des Gesamtverzeichnisses, als für ihre Eintragung, Berichtigung und Löschung jeweils nur die Kompetenz der zuständigen Rechtsanwaltskammer besteht und in ihnen eine durch eine Filterfunktion auf die Mitglieder der jeweiligen Rechtsanwaltskammer beschränkte Suche zu ermöglichen ist. Dieses Vorgehen vereinfacht das Verfahren bei der Führung der Verzeichnisse und spart Kosten.

Veränderungen der datenschutzrechtlichen Verantwortlichkeit und damit auch des jeweils geltenden Datenschutzrechts sowie der Zuständigkeit der Kontrollbehörden im Sinne des § 11 Absatz 5 des E-Government-Gesetzes

bringt die Neuregelung des Satzes 2 nicht mit sich. Dem der derzeitige § 31 Absatz 1 Satz 4 BRAO soll zukünftig lediglich zu Satz 6 werden, jedoch unverändert bestimmen, dass die Rechtsanwaltskammern (auch im Fall des neuen Satzes 2) die datenschutzrechtliche Verantwortung für die von ihnen eingetragenen Daten tragen (insbesondere für deren Richtigkeit und die Rechtmäßigkeit ihrer Erhebung). Deshalb ist insoweit auch weiterhin das Datenschutzrecht desjenigen Landes anzuwenden, in dem die jeweilige Rechtsanwaltskammer ihren Sitz hat und die Kontrollfunktion durch die durch das jeweilige Landesdatenschutzgesetz bestimmte Stelle ausgeübt. Gleiches gilt für das in der Verantwortung der Rechtsanwaltskammern liegende automatisierte Verfahren nach § 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO (zukünftig Satz 3). Dagegen obliegt die Führung des Gesamtverzeichnis (und damit auch die datenschutzrechtliche Verantwortung dafür) nach dem insoweit unveränderten Satz 2 der Bundesrechtsanwaltskammer, so dass insbesondere in Bezug auf die Datensicherheit des Gesamtverzeichnisses das Datenschutzrecht des Bundes gilt und zusätzliche Kontrollbefugnisse der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit ist. Gleiches gilt, wie § 31 Absatz 4 Satz 2 BRAO-E in Bezug auf die Verantwortung für die Daten ausdrücklich klarstellt, auch für die Daten, die nach § 31 Absatz 4 Satz 1 BRAO-E von der Bundesrechtsanwaltskammer in das Gesamtverzeichnis eingetragen werden.

§ 31 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E entspricht dem bisherigen Satz 2 und stellt klar, dass die Eingabe in das Gesamtverzeichnis sowohl im Fall des Satzes 1 als auch das Satzes 2 stets automatisiert zu erfolgen hat.

Mit § 31 Absatz 1 Satz 4 BRAO-E wird inhaltlich die bisherige Regelung aus § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 BRAO übernommen, allerdings dahingehend modifiziert, dass keine ausdrückliche Pflicht der Bundesrechtsanwaltskammer statuiert wird, die Kammerzugehörigkeit der Rechtsanwälte im Gesamtverzeichnis zu ergänzen. Vielmehr soll zur Effektivierung des Eintragsverfahrens die Eingabe der Kammerzugehörigkeit unmittelbar bei der Eingabe der Daten mit generiert werden.

Zu Buchstabe b

Zu Doppelbuchstabe an

In Anbetracht des derzeitigen Wortlauts des § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO („die Vornamen“) dürften im Anschluss an die Bestimmungen des § 5 Absatz 2 Nummer 2 des Personalausweises und des § 4 Absatz 1 Nummer 2 des Passgesetzes wohl alle Vornamen eines Rechtsanwalts in das Rechtsanwaltsverzeichnis einzutragen sein (vgl. Siepmann in: Gaier/Wolf/Glöckel, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 31 BRAO, Rn. 56). Dies erscheint jedoch wenig praktisch, da Rechtsanwälte in aller Regel nur unter einem gebräuchlichen Vornamen im Rechtsverkehr auftreten, unter dem sie dann in aller Regel auch im Rechtsanwaltsverzeichnis gesucht werden dürfen (wobei das Wort „einem“ nicht als abschließendes Zahlwort zu verstehen ist, wof es sich bei dem Vornamen in diesem Sinne auch um einen Doppelnamen oder z. B. die Kombination eines Vornamens mit der Abkürzung weiterer Vornamen handeln kann). Es dürfte zudem davon auszugehen sein, dass u. a. aus den vorgenannten Gründen schon derzeit nicht alle Rechtsanwälte alle ihre Vornamen mitteilen und das Rechtsanwaltsverzeichnis daher schon jetzt den wörtgeren verstandenen Anforderungen nicht entspricht. Im Ergebnis dürfte es daher sinnvoll sein, wenn zukünftig nur der gebräuchliche Vorne des Rechtsanwalts im Rechtsanwaltsverzeichnis angegeben wird. Da dieser wie dargelegt aber auch aus mehreren Namen bestehen kann und eine exakte Festlegung in dieser Frage nicht unbedingt durch das Gesetz erfolgen muss, soll § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO-E zukünftig offener gestaltet und die genaue Ausgestaltung der Rechtsverordnung nach § 31c Nummer 1 BRAO überlassen werden (vgl. dazu die Änderung in § 2 Absatz 3 RA VPV-E in Artikel 20 Nummer 3 Buchstabe a).

Zu den Doppelbuchstaben bb und cc

Die Einfügungen in den Nummern 3 und 4 des § 31 Absatz 3 BRAO-E schließen an die Änderungen in § 27 Absatz 2 BRAO-E an und sehen vor, dass auch der Name und die Anschrift weiterer Kanzleien in die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und das Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer einzutragen sind. Gleiches gilt für die Telekommunikationsdaten und die Internetadresse bestehender weiterer Kanzleien, sofern der Rechtsanwalt diese mitteilt. Die mit der Einführung des Begriffs der weiteren Kanzlei bezweckte Verbesserung der Transparenz der anwaltlichen Berufsausübung ist nur erreichbar, wenn neben der Zulassungskanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO und den bestehenden Zweigstellen auch bestehende weitere Kanzleien in die Verzeichnisse nach § 31 BRAO-E aufgenommen werden. Diese Verzeichnisse dienen nach § 31 Absatz 2 Satz 1 BRAO der Information der Behörden und Gerichte, der Rechtsuchenden sowie anderer am Rechtsverkehr Beteiligter. Die gesonderte Eintragung von bestehenden weiteren Kanzleien und von bestehenden Zweigstellen ermöglicht

dem Rechtsverkehr die eindeutige Unterscheidung, ob der neben der Zulassungskanzlei unterhaltene weitere Standort einer gesonderten, keiner Hauptkanzlei nachgeordneten Berufsausübung dient oder nur eine unselbstständige Zweigstelle darstellt. Nur hierdurch lässt sich eine den wirklichen Verhältnissen entsprechende Information des Rechtsverkehrs gewährleisten.

Zu Doppelbuchstabe dd

Die Ergänzung der Nummer 7 des § 31 Absatz 3 BRAO-E dient dazu, neben den dort bereits geregelten Fällen der vorläufigen Berufsverbote (vgl. dazu die §§ 150 ff. BRAO) auch die Fälle zu erfassen, in denen die Zulassung eines Rechtsanwalts zur Rechtsanwaltschaft nach § 14 Absatz 1 BRAO zurückgenommen oder nach § 14 Absatz 2 oder 3 BRAO widerrufen wurde und die betreffende Maßnahme noch nicht rechtskräftig ist, jedoch nach § 14 Absatz 4 Satz 1 BRAO die sofortige Vollziehung der Rücknahme oder des Widerrufs angeordnet wurde. Dem die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Rücknahme oder des Widerrufs hat nicht die Folge, dass der Rechtsanwalt mit der Anordnung unmittelbar seine Zulassung verliert (und seine Eintragung im Rechtsanwaltsverzeichnis aus diesem Grund unverzüglich zu löschen wäre), sondern nach § 14 Absatz 4 Satz 2 BRAO gelten in diesen Fällen die für das vorläufige Berufsverbot geltenden Vorschriften entsprechend. Dies gilt insbesondere für § 155 Absatz 2, 4 und 5 BRAO, der regelt, dass der Rechtsanwalt, gegen den entsprechende Maßnahmen verhängt sind, zwar seinen Beruf nicht ausüben darf (Absatz 2), jedoch seine eigenen Angelegenheiten, die Angelegenheiten seines Ehegatten oder Lebenspartners und seiner minderjährigen Kinder wahrnehmen darf, soweit nicht eine Vortreibung durch Anwälte geboten ist (Absatz 4). Zudem bestimmt § 155 Absatz 5 BRAO, dass die Wirksamkeit von Rechtsurteilen des Rechtsanwalts durch die Maßnahmen nicht berührt wird. In Anbetracht dessen bleibt ein Rechtsanwalt für die Dauer der betreffenden Maßnahmen im Rechtsanwaltsverzeichnis seiner Rechtsanwaltskammer und im Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer eingetragen und behält auch sein besonderes elektronisches Anwaltspostfach. Für die Nutzer des Rechtsanwaltsverzeichnisses (z. B. Gerichte oder andere Anwälte, die Zustellungen bewirken wollen oder Bürger, die einen Rechtsanwalt suchen), ist es aber von großer Bedeutung zu erfahren, dass gegen den Rechtsanwalt eine sofort vollziehbare Rücknahme oder ein sofort vollziehbarer Widerruf der Zulassung ausgesprochen wurde.

Zu Doppelbuchstabe ee

Die Änderung schließt an die Änderung in § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO-E an. Bisher sind in § 31 Absatz 3 Nummer 8 BRAO wie in der dortigen Nummer 1 ebenfalls die „Vornamen“ in Bezug genommen. Gerade bei den nur kurzzeitig eingetragenen Vertretern, Abwicklern und Zustellungsbevollmächtigten erscheint dies jedoch aus den zu Doppelbuchstabe aa dargelegten Gründen nicht sachgerecht. Die Norm soll daher inhaltlich der Neuregelung in § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO-E entsprechend geändert werden.

Zu Buchstabe e

§ 31 Absatz 4 Satz 1 und 2 BRAO-E entspricht inhaltlich dem bisherigen § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 BRAO. Der Gegenstand von des derzeitigen § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 BRAO wird zukünftig bereits in § 31 Absatz 1 Satz 4 BRAO-E geregelt. Der Gegenstand von § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 BRAO wird zukünftig etwas modifiziert in § 31 Absatz 4 Satz 3 BRAO-E geregelt. Die Änderung dient dabei wie die Änderung in § 31 Absatz 1 BRAO-E der Effektivierung des Eintragsverfahrens. Bei diesem soll zur Vermeidung zweier Arbeitsschritte, bei denen zunächst der Rechtsanwalt der Bundesrechtsanwaltskammer (im Ergebnis allein zum Zwecke der Einsicht über das europäische Rechtsanwaltsverzeichnis nach § 31b BRAO) seine Sprachkenntnisse und Tätigkeitsverpunkte mitteilt und die Bundesrechtsanwaltskammer diese dann in das Gesamtverzeichnis einträgt, dem Rechtsanwalt durch die Bundesrechtsanwaltskammer die Möglichkeit gegeben werden, die betreffenden Angaben über eine entsprechende Maske unmittelbar selbst in das Gesamtverzeichnis einzutragen. In Anbetracht der Eintragung durch den Rechtsanwalt selbst entfällt dann auch die datenschutzrechtliche Verantwortung der Bundesrechtsanwaltskammer für die (von ihr ohnehin inhaltlich nicht überprüften) Daten.

Zu Nummer 8 (§ 31a BRAO-E)

Zu Buchstabe a

Mit der Ergänzung in § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO-E soll auch in der BRAO klargestellt werden, dass die Bundesrechtsanwaltskammer die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer empfangsbereit einzurichten hat. Die

Frage, ob die Bundesrechtsanwaltskammer die von ihr einzurichtenden besonderen elektronischen Anwaltspostfächer – wie dies von ihr technisch konzipiert wurde – auch „empfangsbereit“ einrichten darf, wird derzeit kontrovers diskutiert und ist auch Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Dabei wird teilweise die Auffassung vertreten, dass es bisher an einer gesetzlichen Grundlage fehle, die die Bundesrechtsanwaltskammer berechtige, es Dritten zu ermöglichen, Rechtsanwälte auch gegen deren Willen Dokumente über das besondere elektronische Anwaltspostfach zu übersenden. Eine solche gesetzliche Grundlage sei jedoch erforderlich, da in der Schaffung der Möglichkeit einer solchen Übermittlung ein Eingriff in die von Artikel 12 GG geschützte anwaltliche Berufsfreiheit liege. Um in dieser Frage eine eindeutige Rechtslage zu schaffen, ist beabsichtigt, auf der Basis der Ermächtigung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz nach § 31c Nummer 3 Buchstabe a BRAO, durch Rechtsverordnung die näheren Einzelheiten der Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu regeln, in § 21 Absatz 1 Satz 2 RAVPV-E zu bestimmen, dass die Bundesrechtsanwaltskammer die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer empfangsbereit einzurichten hat (wobei diese Regelung allerdings im Zusammenhang mit den Regelungen in § 31a Absatz 6 BRAO-E und § 31 RAVPV-E gesehen werden muss). Um im Ergebnis auch im Vorlauf der betroffenen Normen der BRAO und der RAVPV einen Gleichklang herzustellen, soll entsprechend der Ergänzung in § 21 Absatz 1 Satz 2 RAVPV-E auch in § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO-E das Wort „empfangsbereit“ eingefügt werden.

Zu Buchstabe b

Die Angaben nach § 31a Absatz 2 Satz 1 BRAO dienen der Vorbereitung der Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs und sollen daher mit denjenigen Angaben übereinstimmen, die später auch im Rechtsanwaltsverzeichnis und im Gesamtverzeichnis für den Rechtsanwalt eingetragen sind. Deshalb soll auch in § 31a Absatz 2 Satz 1 BRAO-E die in § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO-E vorgenommene Änderung nachvollzogen werden, um von vornherein einen übereinstimmenden Datenbestand zu ermöglichen.

Zu Buchstabe c

Zu Absatz 5

Der neue § 31a Absatz 5 Satz 1 BRAO-E stellt klar, dass die Bundesrechtsanwaltskammer über die ihr nach § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO obliegende Pflicht hinaus, für jedes Mitglied einer Rechtsanwaltskammer ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach einzurichten, auch berechtigt ist, für sich selbst und für die Rechtsanwaltskammer besondere elektronische Anwaltspostfächer einzurichten. Zwar ist dies nach zutreffender Auffassung der dort jetzt schon als zulässig anzusehen, da § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO nur eine Pflicht zur Einrichtung der dort bezeichneten Postfächer statuiert und nicht ausschließt, dass darüber hinaus besondere elektronische Anwaltspostfächer eingerichtet werden. Mit dem neuen § 31a Absatz 5 Satz 1 BRAO-E soll dieses Verständnis jedoch für den Rechtsverkehr eindeutig klargestellt werden. Von den Vorgaben der Absätze 1 bis 4 des § 31a BRAO-E ist auf die besonderen elektronischen Anwaltspostfächer nach § 31 Absatz 5 Satz 1 BRAO nur Absatz 3 Satz 1 und 5 anzuwenden.

Zu Absatz 6

Mit dem neuen Absatz 6 des § 31a BRAO-E soll (zum 1. Januar 2018, vgl. dazu Artikel 17 Absatz 3) eine berufliche Verpflichtung zur (passiven) Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs eingeführt werden.

Der die Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs durch die Bundesrechtsanwaltskammer regulierende § 31a BRAO, der bereits im Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 vorgesehen war, wurde letztlich in etwas veränderter Form durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 eingeführt. Mit der in ihm vorgesehenen Pflicht der Bundesrechtsanwaltskammer, für jeden Rechtsanwalt zum 1. Januar 2016 ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach einzurichten, sollen die rechtlichen Grundlagen für den mit besonderem Vertrauensschutz ausgestatteten elektronischen Rechtsverkehr des Anwalts mit den Gerichten sowie die Kommunikation von Anwalt zu Anwalt geschaffen werden (Bundestagsdrucksache 17/12634, S. 38). Zwar konnte die Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs derzeit aufgrund unvorhergesehener technischer Probleme noch nicht realisiert werden, dies wird allerdings aller Voraussicht nach noch 2016 der Fall sein. Eine Verpflichtung des Inhabers des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu dessen

passiver Nutzung in Form der Verpflichtung zur Verhaltung der für die Nutzung erforderlichen technischen Einrichtungen sowie der Ermöglichung des Zugangs von Mitteilungen über das Postfach ist bisher allerdings weder von § 31a BRAO noch von anderen Normen ausdrücklich vorgesehen. Ob vor diesem Hintergrund trotzdem eine passive Nutzungspflicht für das besondere elektronische Anwaltspostfach besteht, wird derzeit unterschiedlich beurteilt. Während Kleine-Cosack (BRAO, 7. Auflage 2015, § 31a BRAO, Rn. 15), Abend (Berliner Anwaltsblatt 2015, S. 367) und zuletzt auch Brosch (NJW 2015, S. 3692) die Frage bejahen, hatten Brosch/Sandkühler (NJW 2015, S. 2760) zunächst vertreten, dass die BRAO derzeit keine berufspflichtige Nutzungspflicht enthält, jedoch zumindest unter haftungsrechtlichen Gesichtspunkten eine Obliegenheit bestehen dürfte, das besondere elektronische Anwaltspostfach auf Eingänge zu kontrollieren (ebenso zur Haftung Silbermann, Berliner Anwaltsblatt 2015, S. 325). Siegmund (in: Gröner/Voll/Gückens, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, §§ 31a, 31b BRAO, Rn. 21) hält die Frage der Nutzungspflicht für noch nicht hinreichend geklärt. Werner (Berliner Anwaltsblatt 2015, S. 361) und Zedler (MDR 2015, S. 1163) sehen vor dem 1. Januar 2018 keine Pflicht zur Nutzung eines elektronischen Postfachs. Nach Schinagel (Berliner Anwaltsblatt 2015, S. 297) soll eine Nutzungspflicht erst zum 1. Januar 2022 eintreten.

Ohne eine passive Nutzungspflicht sind die mit der Einführung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs verfolgten Ziele aber nicht zu erreichen. § 31a Absatz 6 BRAO-E stellt deshalb in Verbindung mit der Inkrafttretenregelung in Artikel 21 Absatz 4 Nummer 1 klar, dass ab dem 1. Januar 2018 eine berufsrechtlich begründete passive Nutzungspflicht besteht und schafft hierdurch Rechtssicherheit. Allein die bereits im Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten enthaltene, zum 1. Januar 2018 in Kraft tretende Neuregelung in § 174 Absatz 3 Satz 4 ZPO neue Fassung (im Folgenden a. F.), nach der Rechtsanwältinnen einen sicheren Übermittlungsweg für die Zustellung elektronischer Dokumente zu eröffnen haben, würde die erforderliche Klarheit nicht bringen, da diese Norm auch für Anwälte nicht das besondere elektronische Anwaltspostfach als einzigen sicheren Übermittlungsweg bestimmt, sondern nach ihr grundsätzlich alle sicheren Übermittlungswege im Sinne des § 130a Absatz 4 ZPO zulässig sind.

Das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten bezweckte nicht nur die weitere Öffnung der Justiz für elektronische Eingänge, sondern auch die Schaffung der Rahmenbedingungen für eine Umstellung der bislang nahezu ausschließlich in Papierform erfolgenden Zustellungen durch die Justiz auf elektronische Zustellungen. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles nennen die Gesetzesmaterialien unter anderem die Einrichtung besonderer elektronischer Anwaltspostfächer auf Grundlage von § 31a BRAO (Bundestagsdrucksache 17/12634, S. 20, 21). Die Verpflichtung der Bundesrechtsanwaltskammer zur Einrichtung besonderer elektronischer Anwaltspostfächer sollte vor diesem Hintergrund die elektronische Erreichbarkeit jedes einzelnen Rechtsanwalts sicherstellen (Bundestagsdrucksache 17/12634, S. 38 rechte Spalte). Diese Ziele können nur verwirklicht werden, wenn sämtliche Rechtsanwältinnen über ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach verfügen und über dieses Postfach zugestellt werden kann. Allein das auf der technischen Grundlage des elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs (EGVP) betriebene besondere elektronische Anwaltspostfach bietet die Gewähr, dass sämtliche etwa 165 000 Rechtsanwältinnen ohne weiteres für elektronische gerichtliche Zustellungen erreichbar sind. Sämtliche Inhaber eines EGVP-Postfachs und damit auch die Inhaber des auf der technischen Grundlage des EGVP betriebenen besonderen elektronischen Anwaltspostfachs sind für die Justiz über das von der Bundesrechtsanwaltskammer im Rahmen des Gesamtverzeichnis nach § 31 BRAO betriebene, alle Inhaber eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs umfassende „SAFE-Verzeichnis“ adressierbar. Der bei den sonstigen sicheren Übermittlungswegen zur elektronischen Erreichbarkeit erforderlichen Einrichtung eines eigenen Postfachs durch den Rechtsanwalt und vor allem der Übermittlung von dessen Adresse an die Justiz und der Speicherung dort bedarf es bei den über ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach verfügenden professionellen Verfahrensbeteiligten gerade nicht (vgl. Bundestagsdrucksache 17/12634, S. 28 rechte Spalte). Das Ziel einer flächendeckend ausschließlich elektronischen Kommunikation zwischen Rechtsanwalt und Gericht kann nur sichergestellt werden, wenn alle Rechtsanwältinnen über das besondere elektronische Anwaltspostfach erreichbar sind, da anderenfalls die Gerichte gesonderte Listen über die jeweilige Erreichbarkeit der Rechtsanwältinnen führen müssten. Die angestrebte allseitig mögliche Kommunikation zwischen den Rechtsanwältinnen untereinander erreichen sogar ausgeschlossen, weil es nicht vorstellbar erscheint, dass jeder Rechtsanwalt ein Verzeichnis einer jeweiligen individuellen elektronischen Erreichbarkeit aller seiner Kollegen führt. Jeder elektronisch nicht über das besondere elektronische Anwaltspostfach erreichbare Rechtsanwalt würde dabei die Wirkung des gesamten, durch das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten für die elektronische Kom-

munikation zwischen Rechtsanwälten und Gerichten sowie von Anwalt zu Anwalt vorgesehenen Systems gefährden. Vor diesem Hintergrund sind die passive Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs und eine dahingehende Pflicht jedes Rechtsanwalts zwingend erforderlich.

Um eine umfassende Kommunikation zwischen allen Anschlussinhabern eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu ermöglichen soll die Nutzungspflicht nicht nur auf die in § 174 ZPO behandelten Zustellungen beschränkt, sondern auf alle elektronischen Mitteilungen erstreckt werden. Dies betrifft insbesondere formlose Mitteilungen der Gerichte und sonstigen Schriftverkehr unter Anwälten, auch insoweit ist ein Zugang zu ermöglichen.

Für die Einführung der Nutzungspflicht spricht auch, dass sie keine wesentlichen, insbesondere verfassungsrechtlichen Eingriffe mehr mit sich bringt. Denn dass jeder Rechtsanwalt kostenpflichtig mit einem besonderen elektronischen Anwaltspostfach ausgestattet wird war schon Gegenstand der eingangs bezeichneten früheren gesetzgeberischen Akte. Die nunmehr klargestellte Nutzungspflicht sichert nur den Sinn dieser Investitionen und geht berufsrechtlich nicht über die vergleichbare Pflicht hinaus, in den normalen Briefkasten zu sehen. Schließlich ändert die Neuregelung auch an der in den §§ 130a und 174 ZPO vorgesehenen Wahlfreiheit nichts, denn neben der Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs steht es den Rechtsanwälten frei, auch weitere elektronische Übermittlungswege zu nutzen.

Zeitlich soll die berufsrechtliche Nutzungspflicht zum 1. Januar 2018 eingeführt werden (vgl. dazu Artikel 21 Absatz 4 Nummer 1). Dieser Termin korrespondiert mit der ab dem 1. Januar 2018 geltenden zivilprozessualen Verpflichtung aus § 174 Absatz 3 Satz 4 ZPO n. F., nach der Rechtsanwälte von diesem Zeitpunkt an einen sicheren Übermittlungsweg für die Zustellung elektronischer Dokumente zu eröffnen haben. Eine vor der zivilprozessualen passiven Nutzungspflicht einsetzende berufsrechtliche Sanktionierung einer Nichtnutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs erscheint nicht sachgerecht. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil vor der Einführung einer solchen Pflicht, die einen Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit nach Artikel 12 GG darstellt, eine gewisse Übergangsphase bestehen sollte, in der die reibungslose Funktion des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs festgestellt werden kann. Zudem ist zu berücksichtigen, dass derzeit noch nicht sicher abschbar ist, wann die Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs für Syndikatsrechtsanwälte realisiert werden kann. Der nach § 215 Absatz 4 Satz 2 BRAO vorgesehene Termin 1. Oktober 2016 wird nach Auskunft der Bundesrechtsanwaltskammer nicht zu halten sein. Weiter erscheint es erforderlich, dass für Rechtsanwälte, die in weiteren Kanzleien tätig sind, auch ein weiteres elektronisches Anwaltspostfach zur Verfügung steht, wie dies § 31a Absatz 6 BRAO-E vorsieht. Dies kann jedoch erst zum 1. Januar 2018 technisch realisiert werden (vgl. dazu Artikel 21 Absatz 4 Nummer 1). Dieser Termin gilt schließlich auch für die Einführung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs für dienstleistende europäische Rechtsanwälte nach § 27a FAuRAG-E (vgl. dazu Artikel 2 Nummer 19 i. V. m. Artikel 21 Absatz 4 Nummer 2).

Zu Absatz 7

Die Einfügung des neuen Absatzes 7 in § 31a BRAO-E schließt an die Einführung des Begriffs der „weiteren Kanzleien“ in § 27 Absatz 2 BRAO-E an und dient dazu, Rechtsanwältinnen, die in mehreren Kanzleien tätig sind, bei der Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs die Wahrung ihrer Verschwiegenheitspflicht und ihrer persönlichen Geheimhaltungsinteressen im Arbeitsalltag und insbesondere in Vertretungszeiten zu ermöglichen. Sie knüpft an das für Syndikatsrechtsanwälte in § 46c Absatz 5 Satz 2 BRAO bereits vorhandene Regelungskonzept an, nach dem für Syndikatsrechtsanwälte, die im Rahmen mehrerer Anstellungsverhältnisse tätig sind, gesonderte Eintragungen im Gesamtverzeichnis zu erfolgen haben. In Anbetracht der Vorgabe des § 31a Absatz 1 Satz 1 BRAO hat dies zur Folge, dass für jede Eintragung von der Bundesrechtsanwaltskammer auch ein gesondertes besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet wird. Ausweislich der Gesetzesbegründung zu § 46c Absatz 5 Satz 2 BRAO soll dies dazu dienen, dass speziell auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich zugeschnittene Zugangsberechtigungen vergeben werden können und die Vertraulichkeit innerhalb der jeweiligen Mandats- und Arbeitsverhältnisse gewährleistet ist (Bundestagsdrucksache 18/5201, S. 40).

Bei einem Rechtsanwalt, der in mehreren Kanzleien tätig ist, besteht die gütliche Sachlage wie bei einem Syndikatsanwalt, der in mehreren Anstellungsverhältnissen tätig ist. Die speziell auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich zugeschnittene Vergabe von Zugangsberechtigungen und die Gewährleistung der Vertraulichkeit innerhalb der jeweiligen Mandatsverhältnisse erfordern auch bei der Tätigkeit eines Rechtsanwalts in mehreren Kanzleien, dass der Rechtsanwalt für jede Kanzlei über ein gesondertes besonderes elektronisches Anwaltspostfach verfügt.

Die nach § 31a Absatz 3 Satz 3 BRAO möglichen Zugangsberechtigungen für andere Personen können nur postfachbezogen vergeben werden. Jede zum lesenden Zugriff berechtigte Person hat demnach Zugriff auf alle eingehenden Nachrichten. Der in mehreren Kanzleien mit jeweils verschiedenen Mitarbeitern tätige Rechtsanwalt könnte somit im Rahmen der Vergabe der Zugangsberechtigungen nicht sicherstellen, dass jeder Mitarbeiter nur die Nachrichten einsehen kann, die seine Anstellungskanzlei betreffen. Ebenso können für mehrere Kanzleien nicht verschiedene Personen als Vertreter zum Zugriff auf das besondere elektronische Anwaltspostfach in der Weise ermächtigt werden, dass sie jeweils nur kanzleibezogen Nachrichten einsehen können. Hierdurch kann dann in mehreren Kanzleien tätigen Rechtsanwälte die bestmögliche Organisation seiner Kanzleien unter Wahrung seiner Verschwiegenheitspflichten erheblich erschwert oder im Einzelfall sogar unmöglich gemacht werden.

Die Einrichtung weiterer besonderer elektronischer Anwaltspostfächer für im Gesamtverzeichnis eingetragene weitere Kanzleien ermöglicht dem in mehreren Kanzleien tätigen Rechtsanwalt die separate Vergabe von Zugangsberechtigungen für jede unterhaltene Kanzlei und dadurch die effektive Organisation seiner Kanzleien unter größtmöglicher Wahrung der Verschwiegenheitspflicht.

Wird von einer Rechtsanwaltskammer für einen Rechtsanwalt in das von ihr zu führende Rechtsanwaltsverzeichnis nach § 31 Absatz 3 Nummer 3 und 4 BRAO-E eine weitere Kanzlei eingetragen, so werden diese Daten nach § 31 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E im automatisierten Verfahren in das Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer eingetragen. Daraufhin richtet die Bundesrechtsanwaltskammer zukünftig nach § 31a Absatz 7 Satz 1 BRAO-E für die weitere Kanzlei ein weiteres besonderes elektronisches Anwaltspostfach ein. In Anlehnung an § 31a Absatz 4 BRAO bestimmt § 31a Absatz 7 Satz 2 BRAO-E, dass die Rechtsanwaltskammer in dem Fall, in dem die Eintragung der weiteren Kanzlei im Gesamtverzeichnis gelöscht wird, zunächst die Zugangsberechtigung des Rechtsanwalts zum weiteren besonderen elektronischen Anwaltspostfach aufzuheben und dies anschließend zu bescheinigen hat. Durch die durch § 31a Absatz 7 Satz 3 BRAO-E in Bezug genommenen Vorschriften wird unter anderem sichergestellt, dass die Bezeichnung des weiteren besonderen elektronischen Anwaltspostfachs nach § 31a Absatz 1 Satz 2 BRAO von der Bundesrechtsanwaltskammer an die zuständige Rechtsanwaltskammer zur Speicherung in deren Verzeichnis übermittelt und nach § 31 Absatz 4 Satz 1 BRAO-E in das Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer aufgenommen wird. Bei der Eintragung eines weiteren besonderen elektronischen Anwaltspostfachs in das Gesamtverzeichnis ist sicherzustellen, dass eine eindeutige Zuordnung der einzelnen eingetragenen besonderen elektronischen Anwaltspostfächer zur Zulassungskanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO sowie zu unterhaltenen weiteren Kanzleien erfolgt. Die Möglichkeit der gesonderten Adressierung jeder Kanzlei über das zugehörige besondere elektronische Anwaltspostfach muss gewährleistet sein. Nach § 31a Absatz 7 Satz 3 BRAO-E gelten im Übrigen auch die Bestimmungen des § 31a Absatz 3, 4 und 6 BRAO-E für das weitere besondere elektronische Anwaltspostfach entsprechend.

Zu Nummer 9 (§ 33 BRAO-E)

Bei der Streichung in § 33 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E handelt es sich um eine Folgeänderung zu der in Nummer 11 vorgesehenen Aufhebung des § 46c Absatz 4 Satz 3 BRAO.

Zu Nummer 10 (§ 43e BRAO-E)

Mit dem neuen § 43e BRAO-E soll sichergestellt werden, dass Rechtsanwältinnen zeitnah nach ihrer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft über die erforderlichen Kenntnisse im anwaltlichen Berufsethik verfügen, da diese für die Sicherung der Qualität anwaltlicher Dienstleistungen von grundlegender Bedeutung sind. Das anwaltliche Berufsethik, das den Berufsausübenden als Organ der Rechtspflege (§ 1 BRAO) besondere Rechte gewährt und Pflichten auferlegt, dient dem Schutz der Personen, die zur Wahrung ihrer Rechte anwaltlichen Bestandes bedürfen. Darüber hinaus dient das Berufsethik Belangen der Rechtspflege. Eine anwaltliche Berufsausübung ohne genügende Kenntnis des Berufsethiks gefährdet die Interessen der Mandatschaft und der Rechtspflege.

Die derzeitige Ausbildung zur Juristin oder zum Juristen mit Befähigung zum Richteramt, die Voraussetzung für eine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ist, gewährleistet nicht immer, dass die für die Berufsausübung erforderlichen Kenntnisse im Berufsethik in ausreichendem Maße vermittelt werden (vgl. dazu näher Kilian, ZRP 2015, S. 206). Zum Ausbildungsinhalt in der Anwaltsstation des juristischen Referendariats gehört nach den (im Einzelnen allerdings deutlich unterschiedlichen) Ausbildungsregelungen der Länder zwar auch die Vermittlung von Kenntnissen des Berufsethiks. Im Vordergrund der Ausbildung in der Anwaltsstation steht jedoch die Vermittlung von Rechtskenntnissen im allgemeinen Recht aus anwaltspezifischer Sicht sowie die Vermittlung berufsrechtlicher Fertigkeiten für eine anwaltliche Tätigkeit. Berufsethikkenntnisse werden regelmäßig nur punktuell und

nicht systematisch vermittelt. Auch in der überwiegenden Praxis der universitären Juristenausbildung erfolgt keine Vermittlung der erforderlichen berufsethischen Kenntnisse. Deshalb haben auch die anwaltlichen Berufsverbände angeregt, Kenntnisse des Berufsrechts zur Voraussetzung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu machen oder zumindest anderweitig sicherzustellen, dass Berufsanfänger über die erforderlichen Kenntnisse verfügen.

Eine rechtliche Regelung, nach der ein Nachweis von Kenntnissen im Berufsrecht eine Zulassungsvoraussetzung zum Beruf des Rechtsanwalts darstellen würde, wäre als unangemessene Belastung der Absolventen der zweiten juristischen Staatsprüfung vor der Aufnahme ihrer Berufstätigkeit anzusehen und könnte vor allem auch das mit der deutschen Juristenausbildung verfolgte Leitbild des „Einheitsjuristen“ in Frage stellen, was nicht bezweckt ist. Der Erwerb von Kenntnissen im Berufsrecht soll daher als Berufspflicht ausgestaltet werden.

Zu Absatz 1

Durch § 43e Absatz 1 BRAO-E werden Rechtsanwältinnen, die nicht unter Absatz 2 fallen, verpflichtet, zukünftig im ersten Jahr nach ihrer Zulassung zur Rechtsanwaltschaft an einer Lehrveranstaltung über das rechtsanwaltschaftliche Berufsrecht von wenigstens zehn Zeitstunden Dauer teilzunehmen. Konkrete gesetzliche Vorgaben zu Anbietern und zur Ausgestaltung der Lehrveranstaltungen sollen dabei nicht erfolgen. Es ist davon auszugehen, dass entsprechende Ausbildungen künftig durch die Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Rechtsanwaltskammern und Anwaltsvereine und sonstige Ausbildungsanbieter angeboten werden. Neben „klassischen“ Seminaren erscheint es auch denkbar, dass die Möglichkeiten der elektronischen Medien genutzt werden. Inhaltlich sollen ebenfalls keine detaillierten Vorgaben gemacht werden. Um das Regelungsziel, die Vermittlung der für die Berufsausübung erforderlichen Berufsethischen Kenntnisse, zu erreichen wird jedoch eine gewisse Breite der geforderten Ausbildung im Berufsrecht erforderlich sein. Deshalb wird in Satz 2 festgelegt, dass die Lehrveranstaltung die wesentlichen Bereiche des Berufsrechts umfasst haben muss. Eine Teilnahme an einer Veranstaltung zu wenigen und speziellen Einzelfragen des Berufsrechts wird dem nicht gerecht werden können. Gegenstand der Lehrveranstaltung könnte danach die Vermittlung von Kenntnissen in folgenden Bereichen sein: Organisation des Berufs, Grundpflichten des Rechtsanwalts (Unabhängigkeit, Verschwiegenheit – einschließlich der prozessualen Folgen für Zeugnisverweigerung und Beschlagnahme –, Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen, Pflichten beim Umgang mit anvertrauten Vermögenswerten, Fortbildung), Aufklärungs- und Informationspflichten (unter anderem zur Vergütung) gegenüber der Mandatschaft, Berufsaufsicht und berufsethische Sanktionen, Grundzüge des anwaltlichen Haftungsrechts.

Wie dargelegt handelt es sich bei dem Vorstehenden jedoch nicht um verbindliche Festlegungen. Denn da es sich beim Erwerb der Kenntnisse im Berufsrecht nach § 43e Absatz 2 BRAO-E im Kern um eine Fortbildungspflicht des Rechtsanwalts handelt und die Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer zukünftig durch § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E ohnehin die Befugnis erhalten soll, nähere Regeln zur Fortbildung zu erlassen, sollen für diese Befugnisse auch in Bezug auf die Kenntnisse im Berufsrecht eingeräumt werden, was in § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E ausdrücklich klargestellt werden soll.

Nach Satz 1 soll die Verpflichtung nur bestehen, wenn ein Rechtsanwalt erstmalig zur Rechtsanwaltschaft zugelassen wurde. Hatte ein Rechtsanwalt z. B. seine Zulassung zurückgegeben, machte es keinen Sinn, wenn er bei einer erneuten Zulassung nunmehr noch eine Lehrveranstaltung absolvieren müsste. Als frühere Zulassung gilt dabei auch eine solche als Syndikatsrechtsanwalt, will sich also ein Syndikatsrechtsanwalt noch als Rechtsanwalt nach § 4 BRAO zulassen lassen, bedarf er ebenfalls keines besonderen Nachweises mehr.

Das Wort „einer“ vor dem Wort „Lehrveranstaltung“ in Satz 1 ist nicht als Zahlwort zu verstehen. Die erforderlichen Kenntnisse können gegebenenfalls auch durch die Teilnahme an mehreren kürzeren Ausbildungen nachgewiesen werden, soweit diese inhaltlich darauf aufeinander abgestimmt sind, dass die erforderliche Breite der Kenntnisse erreicht wird.

Zu Absatz 2

§ 43e Absatz 2 BRAO-E sieht eine vorübergehende und eine dauerhafte Ausnahme von der Pflicht nach § 43e Absatz 1 BRAO-E vor.

Die Einführung der Verpflichtung zum Besuch einer Lehrveranstaltung über das anwaltliche Berufsrecht erfordert einen gewissen zeitlichen Vorlauf. So soll die Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer die Mög-

lichkeiten erhalten. Näheres zu den Lehrveranstaltungen festzulegen, benötigen potentielle Anbieter Zeit, entsprechende Veranstaltungen zu konzipieren und müssen sich die Betroffenen auf die neue Verpflichtung einstellen. Deshalb soll die Neuregelung erst für Rechtsanwältinnen gelten, die ab dem 1. Januar 2018 zugelassen werden.

Da der Zweck der Neuregelung am besten dann erreicht ist, wenn die Kenntnisse des Berufsrechts bereits bei der Aufnahme der Berufstätigkeit vorliegen, bestimmt § 43e Absatz 2 BRAO-E zudem, dass ein vor der Zulassung erfolgter Besuch von Lehrveranstaltungen über das Berufsrecht die Pflicht nach dessen Absatz 1 entfallen lässt. Ein entsprechender Besuch sollte der zulassenden Rechtsanwaltskammer möglichst schon bei der Zulassung angezeigt werden, um für alle Beteiligten unnötigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden. Bei den in Betracht kommenden Ausbildungen kann es sich um Lehrveranstaltungen von Universitäten oder solche innerhalb des Referendariats handeln, aber auch solche anderer Anbieter. Es wäre zu begrüßen, wenn infolge der Neuregelung insbesondere das Angebot entsprechender Veranstaltungen im Studium oder im Referendariat vergrößert würde, damit angehende Rechtsanwältinnen möglichst frühzeitig und auch möglichst kostengünstig die Möglichkeit hätten, die erforderlichen Berufsethischen Kenntnisse zu erwerben.

Bei der Frage, ob auch schon längere Zeit vor der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft erworbene Kenntnisse im Berufsrecht geeignet sein können, die Anforderungen des § 43e BRAO-E zu erfüllen, ist einerseits zu berücksichtigen, dass Kenntnisse naturgemäß verblasen oder nicht mehr aktuell sein können, wenn die Lehrveranstaltung zu lange zurückliegt. Andererseits soll es nach dem Vorstehenden durchaus möglich sein, die Kenntnisse schon während des Studiums oder des Referendariats zu erwerben. Deshalb soll ein (sich an der üblichen Dauer von Studium und Referendariat orientierender) Zeitraum von sieben Jahren bestimmt werden, den der Besuch der Lehrveranstaltung zurücklegen kann. Dies erscheint auch deshalb angemessen, weil auch bei den übrigen während des Studiums und des Referendariats erworbenen Kenntnissen davon ausgegangen werden kann, dass diese zum Zeitpunkt der Zulassung noch vorliegen und gerade Grundzüge des Berufsrechts keinem ständigen grundlegenden Wandel unterliegen sind.

Geltungsbereich der Norm

Die Neuregelung gilt nach § 46e Absatz 1 BRAO auch für Syndikatsrechtsanwältinnen. Durch die jeweiligen Verweisungen auf den Dritten Teil der BRAO gilt sie zudem für in Deutschland niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen nach § 20b BRAO (vgl. § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO) und niedergelassene europäische Rechtsanwältinnen nach Teil 2 des IuRAG (vgl. § 6 Absatz 1 IuRAG). Bei beiden Gruppen ist dies auch inhaltlich gerechtfertigt, weil diese bei ihrer Tätigkeit auch das deutsche Berufsrecht zu beachten haben. Da die Regelung als Berufspflicht ausgestaltet ist, ist sie bei den niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen auch mit der Richtlinie 98/5/EG vereinbar (vgl. den dortigen Artikel 6 Absatz 1). Für europäische Rechtsanwältinnen, die nach Teil 3 oder 4 des IuRAG in Deutschland zur Rechtsanwaltschaft zugelassen wurden, gilt die Neuregelung als Berufspflicht ohnehin. Für Kammerrechtsbeistände soll in § 209 Absatz 1 Satz 3 BRAO eine Ausnahmeregelung vorgesehen werden. Zudem soll die Verpflichtung für dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen nicht gelten; zu diesem Zweck soll § 27 Absatz 1 Satz 1 IuRAG angepasst werden (Artikel 2 Nummer 18 Buchstabe a).

Zu Nummer 11 (§ 46a BRAO-E)

Mit der Neuregelung in § 46 Absatz 4 Nummer 2 BRAO-E soll sichergestellt werden, dass Syndikatsrechtsanwältinnen aus einer etwaigen Verzögerung des berufsrechtlichen Zulassungsverfahrens keine Nachteile im Hinblick auf die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht entstehen.

Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikatsanwältinnen und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 wurde erstmals eine tätigkeitsbezogene Anwaltszulassung speziell für Syndikatsrechtsanwältinnen eingeführt. Dabei bestimmt sich der Zeitpunkt des Beginns der Pflichtmitgliedschaft des Syndikatsrechtsanwalts in der zulassenden Rechtsanwaltskammer nach geltendem Recht nach den allgemeinen Vorschriften über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. Danach wird die Bewerberin oder der Bewerber mit der Zulassung als Syndikatsrechtsanwalt Pflichtmitglied der Kammer (§ 12 Absatz 3 BRAO). Da die Zulassung als Syndikatsrechtsanwalt im Fall der erstmaligen Zulassung mit Ausländigung der Zulassungsurkunde sowie in sonstigen Fällen mit der Zustellung der Zulassungsurkunde wirksam wird (§ 46a Absatz 4 in Verbindung mit § 12 Absatz 1 und § 46a Absatz 2 Satz 2 BRAO), kann dies je nach Verfahrensdauer dazu führen, dass selbst bei frühzeitiger Einleitung des Zulassungsverfahrens eine Pflichtmitgliedschaft in der Kammer wegen der konkret ausgeübten Tätigkeit erst zeitlich nachfolgend zum Beginn der jeweiligen Tätigkeit begründet wird.

In sozialrechtlicher Hinsicht folgt daraus, dass bei Personen, die künftig (beispielsweise aufgrund einer wesentlichen Tätigkeitsänderung) eine erweiterte Zulassung als Syndikatsrechtsanwalt beantragen, eine Befreiung frühestens ab dem Zeitpunkt in Betracht kommt, zu dem – bezogen auf die neue Tätigkeit – eine Pflichtmitgliedschaft in der Kammer begründet wird. Denn erst ab diesem Zeitpunkt liegen die sozialrechtlichen Voraussetzungen für eine Befreiung von der Rentenversicherungspflicht wegen dieser Tätigkeit vor. Eine frühere, rückwirkende Befreiung kommt regelmäßig nicht in Betracht, da nach § 6 Absatz 4 SGB VI die Befreiung erst ab Vorliegen der Befreiungsvoraussetzung wirkt. Auch die sozialrechtliche Rückwirkungsregelung des § 231 Absatz 4b SGB VI greift in Fällen künftiger Tätigkeitsänderungen nicht, da diese Regelung als Übergangsregelung für Altfälle konzipiert wurde und nur Fälle erfasst, bei denen der Antrag auf rückwirkende Befreiung bis spätestens 1. April 2016 gestellt wurde.

Nach derzeit geltendem Recht kann es deshalb dazu kommen, dass für einen Übergangszeitraum zwischen der Aufnahme einer neuen oder geänderten Tätigkeit als Syndikatsrechtsanwalt und dem Wirksamwerden der Zulassungsentscheidung Beiträge zur Rentenversicherung zu zahlen sind, die gegebenenfalls später nicht oder nur bei einer Ausstockung mit freiwilligen Beiträgen zu Leistungsansprüchen aus der Rentenversicherung führen. Mit der Neuregelung soll einer solchen, aus Sicht der Betroffenen in aller Regel überflüssig erscheinenden temporären Beitragszahlung zur Rentenversicherung vorgebeugt werden. Dies erfolgt auch mit Rücksicht darauf, dass Betroffene – selbst bei frühzeitiger Antragsstellung – die Dauer des Zulassungsverfahrens weiter vorhersehen noch beeinflussen können und Tätigkeitsänderungen in der beruflichen Praxis mitunter kurzfristig erfolgen.

Aus den genannten Gründen sieht die ergänzende Neuregelung in § 46a Absatz 4 Nummer 2 BRAO-E vor, dass die auf die konkrete Tätigkeit bezogene Pflichtmitgliedschaft in der Kammer abweichend von § 12 Absatz 3 BRAO rückwirkend bereits zu dem Zeitpunkt entsteht, zu dem der Antrag auf Zulassung bei der Rechtsanwaltskammer eingegangen ist. Der Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Zulassung wird hierdurch allerdings nicht berührt. Dies wird durch die ausdrückliche Bezugnahme auf die Weitergeltung von § 12 Absatz 1, Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 4 klargestellt. Insoweit vorbeibt es bei der allgemeinen Regelung des § 12 Absatz 1 und 4 BRAO mit der Folge, dass die mit der Anwaltszulassung verbundenen besonderen Rechte und Pflichten erst ab dem Zeitpunkt entstehen, zu dem die Zulassungsentscheidung dem Syndikatsrechtsanwalt durch Auskündigung der Urkunde oder durch Zustellung der Zulassungsentscheidung bekannt gegeben worden ist und somit erst nach der Zulassung die Tätigkeit als Syndikatsrechtsanwalt aufgenommen werden darf. Bedeutsam ist dies etwa für die Frage der Wirksamkeit von Prozesshandlungen, die zwischen Stellung des Zulassungsantrags und Bekanntgabe der Zulassungsentscheidung vorgenommen worden sind. Zur Vermeidung entsprechender Rechtsunsicherheiten sieht § 46a Absatz 4 Nummer 2 BRAO-E eine Rückwirkung allein bezogen auf die Pflichtmitgliedschaft in der Kammer vor. Damit ist grundsätzlich im Rahmen des jeweiligen Satzungsrechts nach eine Beitragspflicht verbunden, die sich insbesondere mit Blick auf die daran gekoppelten sozial- und versorgungsrechtlichen Folgewirkungen für den Betroffenen als nutzbringend erweist. Darüber hinaus stellen ihm auch die mitgliedschaftlichen Rechte zu. Hiervon ausgenommen sind lediglich solche Rechte, die rein faktisch aufgrund Zeitablaufs nicht mehr ausgeübt werden können.

§ 46a Absatz 4 Nummer 2 Halbsatz 2 BRAO-E sieht vor, dass in Fällen, in denen die Tätigkeit, für die die Zulassung erteilt wird, erst nach Antragstellung begonnen hat, die Pflichtmitgliedschaft abweichend vom vorangehenden Halbsatz nur bis zum Beginn der Tätigkeit zurückwirkt. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass die Pflichtmitgliedschaft von Syndikatsrechtsanwälten gemäß § 46a Absatz 1 Nummer 3 BRAO an eine konkret ausübende anwaltliche Tätigkeit anknüpft. Auch kann hierdurch Fallgestaltungen Rechnung getragen werden, in denen sich die konkret ausübende Tätigkeit während der Dauer des Zulassungsverfahrens ändert und erst infolge der Änderung die gesetzlichen Voraussetzungen der Zulassung vorliegen.

Bei der Änderung in § 46a Absatz 4 Nummer 1 BRAO-E handelt es sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Einfügung der dortigen neuen Nummer 2. Infolge der Einfügung des neuen § 46a Absatz 4 Nummer 2 BRAO-E wird zudem die dortige bisherige Nummer 2 zur neuen Nummer 3.

Zu Nummer 12 (§ 46c BRAO-E)

Zu Buchstabe a

Die Ergänzung des § 46c Absatz 3 BRAO um § 50 Absatz 2 und 3 BRAO-E erfolgt, weil die dortigen Regelungen, die den Herausgabeanpruch der Mandantinnen und Mandanten gegenüber dem Rechtsanwalt und dessen Zurückbehaltungsrechte bei Nichtzahlung seiner Gebühren und Auslagen betreffen, im Verhältnis zwischen dem

Syndikatsrechtsanwalt und seinem Arbeitgeber keinen sinnvollen Anwendungsbereich haben. Die Dokumente, mit denen der Syndikatsrechtsanwalt arbeitet, sind grundsätzlich solche seines Arbeitgebers; sie gelangen auch bei einer Bearbeitung durch den beim Arbeitgeber angestellten Syndikatsrechtsanwalt nicht in dritte Hände. An diesen kann auch kein Zurückbehaltungsrecht des Syndikatsrechtsanwalts bestehen, der gegenüber seinem Arbeitgeber keine Gebühren und Auslagen geltend macht, sondern von diesem entlohnt wird.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe aa

Die Änderung in § 46c Absatz 4 Satz 2 BRAO-E knüpft an die mit Artikel 1 Nummer 6 vorgesehene Einführung des Begriffs der „weiteren Kanzlei“ in § 27 Absatz 2 BRAO-E an. In Anbetracht der Regelung des § 46c Absatz 4 Satz 1 BRAO, nach der bei Syndikatsrechtsanwälten die regelmäßige als (Zulassungs-)Kanzlei im Sinne des § 27 Absatz 1 BRAO gilt, stellen die in der zweiten Alternative des § 46c Absatz 4 Satz 2 BRAO-E behandelten weiteren Arbeitsstätten, die aufgrund von Tätigkeiten in mehreren Ausstellungsverhältnissen bestehen, nunmehr „weitere Kanzleien“ im Sinne des § 27 Absatz 2 BRAO-E dar, für die die in § 27 Absatz 2 BRAO-E bezeichneten Anzeigepflichten bestehen.

Im Ergebnis gilt dies letztlich auch für den in der ersten Alternative des § 46c Absatz 4 Satz 2 BRAO-E behandelten Fall, in dem sich ein Syndikatsrechtsanwalt auch als Rechtsanwalt nach § 4 BRAO zulassen lässt. Zwar handelt es sich insoweit um eine zweite Zulassung, die jedoch auch dann, wenn sich die weitere Zulassung auf einen Kanzleisitz bezieht, der im Bezirk einer anderen Rechtsanwaltskammer als der der ersten Zulassung liegt, nicht zu einer Doppelmemberschaft in zwei verschiedenen Kammern führt. Vielmehr wird die weitere Zulassung auch in diesem Fall bei der Rechtsanwaltskammer beantragt, bei der die erste Zulassung erfolgt ist. Von daher kommt der von § 46c Absatz 4 Satz 2 BRAO derzeit geforderten „gesonderten Kanzlei“ nicht die Funktion einer (Zulassungs-)Kanzlei im Sinne des § 27 Absatz 1 BRAO, sondern einer „weiteren Kanzlei“ im Sinne des § 27 Absatz 2 BRAO-E zu, die lediglich im Sinne des § 27 Absatz 2 BRAO-E anzuzeigen ist. Nach allem ist es daher im Zuge der mit der Neufassung des § 27 Absatz 2 BRAO-E beabsichtigten klarstellenden systematischen Neuordnung konsequent, nicht noch einen weiteren kaum definierten Begriff wie „gesonderte Kanzleien“ zu verwenden, sondern auch die von § 46c Absatz 4 Satz 2 BRAO-E erfassten Kanzleien ihrer systematischen Einordnung nach als „weitere Kanzleien“ zu bezeichnen.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe bb

§ 46c Absatz 4 Satz 3 BRAO kann aufgehoben werden, da er nach dem nunmehr dem System von Kanzleien und weiteren Kanzleien in § 27 BRAO-E zugrunde gelegten Verständnis nicht mehr benötigt wird. Soweit in § 46c Absatz 4 Satz 3 BRAO-E bisher vom (Kanzleisitz am) „Schwerpunkt der Tätigkeit“ des Syndikatsrechtsanwalts ausgegangen wird, meint dies die (Zulassungs-)Kanzlei im Sinne des § 27 Absatz 1 BRAO, die nach der in der Begründung zu § 27 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 6) vertretenen Auffassung nicht zwingend am Schwerpunkt der Tätigkeit bestehen muss, sondern sich danach bestimmt, wo der Syndikatsrechtsanwalt zugelassen wurde. Die Verlegung der (Zulassungs-)Kanzlei in den Bezirk einer anderen Rechtsanwaltskammer erfolgt dann aber auch beim Syndikatsrechtsanwalt nach der allgemeinen Vorschrift des § 27 Absatz 3 BRAO, was durch § 46c Absatz 4 Satz 1 BRAO bereits hinreichend klargestellt ist. Dass mit einem Verlegungsantrag auch weitere Anträge wie die Erteilung einer weiteren Zulassung oder die Erstreckung der Zulassung gemäß § 46b Absatz 3 BRAO verbunden werden können (die gegebenenfalls nach einer der Zulassung bei der neuen Rechtsanwaltskammer folgenden „logischen Sekunde“ von Letzterer zu bescheiden sind), erscheint als Selbstverständlichkeit, so dass es § 46c Absatz 4 Satz 3 BRAO insgesamt nicht mehr bedarf.

Zu Nummer 13 (§ 50 BRAO-E)

Die Änderung des § 50 BRAO-E erfolgt, weil die Regelung bisher in verschiedener Hinsicht als unvollkommen anzusehen ist; dies wird auch in der Literatur entsprechend kritisiert (vgl. Tauchert/Dahms, in: Gaer/Wolf/Gibcken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 50 BRAO, Rn. 2; Offermann-Burckart in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Auflage 2014, § 50 BRAO, Rn. 36; Bähle, in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 50 BRAO, Rn. 6).

Zur Überschrift

In der Überschrift erscheint der Hinweis darauf, dass sich die Norm auf die Handakten „des Rechtsanwalts“ bezieht, ebenfalls, ein solcher Zusatz findet sich in den vergleichbaren Normen des Ersten Abschnitts des Dritten Teils der BRAO auch nicht. Er soll daher entfallen.

Zu Absatz 1

Satz 1 bleibt im Wesentlichen unverändert; es wird lediglich in Anlehnung an die für die Wirtschaftsprüfer geltende Regelung in § 51b der Wirtschaftsprüferordnung (WPO) ergänzt, dass die Handakten auch ein zutreffendes Bild der Tätigkeit des Rechtsanwalts ermöglichen müssen. Dies ist erforderlich, um seine Tätigkeit im Wege der Aufsicht überprüfen zu können. Soweit der Begriff des „Anlegens“ der Handakten durch den des „Führens“ ersetzt wird, dient dies der Angleichung der Begrifflichkeiten in Absatz 1 und dem derzeitigen Absatz 5 (zukünftig Absatz 4). Dabei erscheint der Begriff des „Führens“ der umfassendere und daher passendere Begriff. In Satz 1 soll zudem noch präzisiert werden, dass die Handakten für die vom Rechtsanwalt bearbeiteten Aufträge anzulegen sind.

Mit dem neuen Satz 2 wird erstmals eine Aufbewahrungsfrist für diejenigen Teile der Handakte festgelegt, die nicht unter § 50 Absatz 2 und 3 BRAO-E (derzeit § 50 Absatz 2 bis 4 BRAO) fallen. Eine solche Fristbestimmung erscheint erforderlich, um klarzustellen, für welche Dauer Handakten zum Zweck der Aufsicht zur Verfügung stehen müssen. Ein datenschutzrechtlicher Lösungsanspruch der Mandantschaft ist während dieser Zeit ausgeschlossen. Der Fristbestimmung kommt dabei die wichtige Funktion zu, für alle Beteiligten auch im Hinblick auf die datenschutzrechtliche Vorgabe, dass personenbezogene Daten jeweils nur so lange gespeichert werden dürfen, wie ihre Speicherung erforderlich ist, allgemein und rechtssicher zu bestimmen, für welche Frist eine Aufbewahrung der Handakte zulässig ist. Die sich derzeit noch aus § 35 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 BDSG ergebende datenschutzrechtliche Lösungsverpflichtung wird sich zukünftig voraussichtlich unmittelbar aus der kurz vor der Verabschiedung stehenden Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutzgrundverordnung) ergeben. Gerade im Hinblick auf die dort sehr allgemeinen Regelungen zu Lösungsverpflichtungen erscheint es sinnvoll und erforderlich, dass nicht jeder einzelne Rechtsanwalt im Hinblick auf den Gegenstand jeder einzelnen Handakte gegenüber der Datenschutzaufsichtsbehörde begründen muss, warum die Aufbewahrung dieser Handakte zum Zweck der Aufsicht noch erforderlich ist, sondern für einen bestimmten Zeitraum für alle Beteiligten die Erforderlichkeit und Zulässigkeit der Aufbewahrung zu diesem Zweck gesetzlich klargestellt ist. Anschließend sind die Handakten, da sie wohl immer personenbezogene Daten enthalten werden, aufgrund der datenschutzrechtlichen Vorgaben zu vernichten, soweit sich nicht aus anderen Gründen eine Pflicht oder Befugnis zu ihrer weiteren Aufbewahrung ergibt.

Der Rechtsanwalt hat über die aufsichtsrechtlichen Aspekte hinaus zumeist auch aus anderen Gründen ein Interesse daran, geordnete Handakten zu führen. So kann er hierdurch den gegenüber seiner Mandantschaft bestehenden Auskunfts-, Rechenschafts- und Herausgabepflichten nach den §§ 666, 667, 675 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) und den §§ 1 und 23 BORA nachkommen (vgl. Böhmlen in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 50 BRAO, Rn. 7). Die Handakte kann zudem dafür erforderlich sein, Regressansprüche der Mandantschaft abzuwehren (vgl. Böhmlen, a. a. O., Rn. 9a). In aller Regel wird eine Nutzung der Handakten während der Aufbewahrungsfrist auch zu diesen Zwecken (zur Erfüllung der Pflichten aus dem Mandatsvertrag oder wegen überwiegender Interessen des Rechtsanwalts) datenschutzrechtlich zulässig sein. Lediglich ob eine Aufbewahrung datenschutzrechtlich über den Zeitraum nach Satz 2 und 3 hinaus zulässig ist, ist dann anhand der allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorschriften im Einzelfall zu beurteilen.

Es wird dabei vorgeschlagen, eine Aufbewahrungsfrist von sechs Jahren vorzusehen. Innerhalb dieser Frist können Aufsichtsmaßnahmen erforderlich sein. Zudem verpflichtet § 147 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 5 AO auch Rechtsanwälte dazu, als steuerrechtlich bedeutsamen Unterlagen sechs Jahre aufzubewahren. Würde daher in § 50 BRAO-E eine kürzere Frist vorgesehen, ergäbe sich für die Rechtsanwälte die Notwendigkeit, entweder getrennte Handakten für berufsrechtliche und steuerrechtliche Zwecke anzulegen oder die Handakten nach Ablauf der kürzeren Frist danach durchzusehen, ob Unterlagen steuerrechtlich relevant sind und die nicht relevanten Unterlagen anschließend (vorab) zu vernichten. Dieser Aufwand sollte möglichst vermieden werden. Schließlich steht auch die vergleichbare für Notare geltende Regelung des § 5 Absatz 4 Satz 1

der Dienstordnung für Notarinnen und Notare (DONot) für die Aufbewahrung von Nebenakten eine ähnliche Frist (von sieben Jahren) vor.

Satz 3 verfolgt den Zweck, es den Rechtsanwälten zu ermöglichen, einmal im Jahresende die Vernichtung aller in einem bestimmten Kalenderjahr abgeschlossener Handakten vorzunehmen, statt diese tageweise sieben Jahre nach Beendigung des Mandats vernichten zu müssen, was außerordentlich aufwändig wäre (ähnlich auch § 5 Absatz 4 Satz 4 DONot).

Zu den Absätzen 2 und 3

Die Absätze 2 und 3 entsprechen inhaltlich (mit Ausnahme des neuen Absatzes 2 Satz 1) den bisherigen Absätzen 2 bis 4, allerdings werden die von den Absätzen erfassten Unterlagen nicht mehr als „Handakten“ bezeichnet, sondern als (im Einzelnen wie bisher näher definierte) „Dokumente“. Die derzeitige Regelung in Absatz 4 hat den ganz erheblichen Nachteil, dass sie den Begriff der „Handakte“ innerhalb der Norm des § 50 BRAO für einzelne Absätze (Absatz 1 einerseits und Absätze 2 bis 5 andererseits) unterschiedlich definiert. Dies ist der Verständlichkeit der Norm sehr abträglich. Die neue Konstruktion bringt nunmehr wesentlich deutlicher zum Ausdruck, dass es sich bei den von den neuen Absätzen 2 und 3 erfassten Dokumenten um eine Teilmenge der Handakte im Sinne des Absatzes 1 handelt, für die der Rechtsanwalt wie bisher eine kürzere Aufbewahrungsfrist herbeiführen kann, indem er seine Mandantschaft zur Entgegennahme der Dokumente auffordert. Da es dem Rechtsanwalt somit freisteht, eine kürzere Aufbewahrungsfrist herbeizuführen, fällt es nicht weiter ins Gewicht, dass sich die Aufbewahrungsfrist für den Fall, dass er von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch macht, durch die in Absatz 2 Satz 2 enthaltene Inbezugnahme auf die Frist nach Absatz 1 Satz 2 und 3 faktisch von fünf auf sechs Jahre verlängert. Demgegenüber erschien es wenig glücklich, für die Fälle des Absatzes 1 einerseits und die der Absätze 2 und 3 andererseits unterschiedliche Aufbewahrungs- und damit auch Prüffristen im Hinblick auf die weitere Aufbewahrung der Unterlagen festzusetzen.

Bei den Begrifflichkeiten sollen zukünftig in Anbetracht der zunehmenden elektronischen Speicherung und Kommunikation statt der bisherigen papierorientierten Begriffe „Schriftstücke“ und „Briefwechsel“ die technischeren Begriffe der „Dokumente“ und der „Korrespondenz“ verwendet werden.

Mit dem neuen Absatz 2 Satz 1 wird die derzeit umstrittene Frage (vgl. dazu Offermann-Burekat in: Henßler/Prütting, BRAO, 4. Auflage 2014, § 50 BRAO, Rn. 35 ff.), ob neben der zivilrechtlichen Herausgabepflicht nach den §§ 667, 675 BGB auch eine berufsrechtliche Herausgabepflicht besteht, der Klärung zugeführt. Dabei wird mit Offermann-Burekat (a. a. O., Rn. 36 ff.) davon ausgegangen, dass der Gesetzgeber bei der Schaffung des § 50 BRAO auch eine berufsrechtliche Herausgabepflicht angenommen hat, ohne diese dabei jedoch explizit zum Ausdruck gebracht zu haben. Eine solche Pflicht erscheint auch inhaltlich sachgerecht. Mandantinnen und Mandanten, die dem von ihnen beauftragten Rechtsanwalt Dokumente übergeben haben, müssen sich darauf verlassen können, diese von ihrem Rechtsanwalt auch wieder zurück zu bekommen, soweit kein Fall des Absatzes 3 Satz 1 vorliegt.

Zu Absatz 4

Die Regelung entspricht im Grundsatz dem bisherigen Absatz 5, bezieht sich nunmehr aber auch auf Absatz 1 und beseitigt damit eine bisher im Wortlaut des Gesetzes angelegte, allerdings nicht sinnvolle und auch nicht praktizierte Beschränkung. Denn auch die Handakte im Sinne des Absatzes 1 muss elektronisch geführt werden können. Die Neuregelung entspricht dabei der für die Wirtschaftsprüfer geltenden Regelung in § 51b Absatz 5 Satz 1 WPO.

Zu Absatz 5

Mit dem neuen Absatz 5, der inhaltlich bezüglich der Aufbewahrungspflicht § 51b Absatz 5 Satz 2 WPO entspricht, wird zum einen klargestellt, dass die in Absatz 1 Satz 2 und 3 neu bestimmte Frist Aufbewahrungspflichten, die aus anderen Vorschriften herrühren, unberührt lässt. Dies betrifft unter anderem die zehnjährige Frist zur Aufbewahrung von Buchungsbelegen nach § 147 Absatz 3 in Verbindung mit Absatz 1 Nummer 4 AO und die Fristen nach § 8 Absatz 3 des Geldwäschegesetzes. Zudem stellt Absatz 5 klar, dass § 50 BRAO-E auch andere Herausgabepflichten unberührt lässt. Diese können insbesondere berufsrechtlicher (vgl. hierzu insbesondere § 11

BORA), aber auch zivilrechtlicher Art sein, wobei auch jeweils das Zusammenspiel mit den Aufbewahrungspflichten zu beachten sein kann (vgl. dazu Böhlein in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 50 BRAO, Rn. 16 m. w. N.).

Zu Nummer 14 (§ 51 BRAO-E)

Zu Buchstabe a

In § 51 Absatz 5 BRAO-E handelt es sich lediglich um eine sprachliche Modernisierung.

Zu Buchstabe b

§ 51 Absatz 8 BRAO ermächtigt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, die in § 51 Absatz 4 BRAO festgelegte Mindestversicherungssumme für die Berufshaftpflichtversicherung der Rechtsanwälte durch Rechtsverordnung zu ändern. Von dieser Ermächtigung wurde in den 22 Jahren ihres Bestehens bisher niemals Gebrauch gemacht. Das vorgesehene Verfahren (Erlass der Rechtsverordnung nur nach Anhörung der Bundesrechtsanwaltskammer und mit Zustimmung des Bundesrates) dürfte im Vergleich zu einer Gesetzesänderung auch nur unwesentlich einfacher und schneller sein. Vor allem aber wäre es im Hinblick auf die Bedeutung einer solchen Änderung (in deren Folge immerhin sämtliche Berufshaftpflichtversicherungsverträge der Rechtsanwälte angepasst werden müssten) und der Transparenz der gesetzlichen Bestimmung des § 51 BRAO für die Mandantinnen und Mandanten nur schwer zu begründen, durch Rechtsverordnung eine andere Mindestversicherungssumme als diejenige festzulegen, die in § 51 Absatz 4 BRAO gesetzlich bestimmt ist. Die Ermächtigung soll daher aufgehoben werden.

Zu Nummer 15 (§ 51a BRAO-E)

Die Aufhebung des § 51a Absatz 3 BRAO erfolgt aus denselben Gründen wie diejenige des § 51 Absatz 8 BRAO; auf die dortige Begründung wird verwiesen.

Zu Nummer 16 (§ 53 BRAO-E)

Bei der Änderung in § 53 Absatz 6 BRAO-E handelt es sich um eine Klarstellung, die möglichen Missverständnissen vorbeugen soll. Mit der Norm soll geregelt werden, dass die Rechtsanwaltskammer über alle Vertreter, die der Rechtsanwalt selbst bestellt, unterrichtet wird, und zwar unabdingbar davon, ob er diese für jeden einzelnen Vorfallesfall oder nach § 53 Absatz 2 Satz 2 BRAO für ein Kalenderjahr im Voraus bestellt. Da § 53 Absatz 2 Satz 2 BRAO hierbei als Unterfall des § 53 Absatz 2 Satz 1 BRAO anzusehen ist, erfasst nach dem Willen des Gesetzgebers auch die derzeitige Verweisung in § 53 Absatz 6 BRAO auf § 53 Absatz 2 Satz 1 BRAO schon die Fälle des § 53 Absatz 2 Satz 2 BRAO. Teilweise ist diese Verweisungstechnik allerdings so verstanden worden, dass § 53 Absatz 6 BRAO die Fälle des § 53 Absatz 2 Satz 2 BRAO nicht erfasse (vgl. Tauchert/Dahms in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltsrecht, 2. Auflage 2014, § 53 BRAO, Rn. 30). Deshalb soll nunmehr auch § 53 Absatz 2 Satz 2 BRAO ausdrücklich in die Verweisung einbezogen werden.

Zu Nummer 17 (§ 55 BRAO-E)

Es handelt sich ebenfalls um eine Folgeänderung zur Änderung des § 27 Absatz 2 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 6). Bisher kann – da es begrifflich nur eine Zulassungskanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO gibt – im Fall des Todes eines Rechtsanwalts für dessen Kanzlei (und damit auch für sämtliche Zweigstellen im Sinne des derzeitigen § 27 Absatz 2 BRAO) nur ein Abwickler bestellt werden. Nachdem nunmehr mit der Änderung in § 27 Absatz 2 BRAO-E der Begriff der weiteren Kanzlei eingeführt werden soll, stellt sich die Frage, ob sich die Bestellung für die Zulassungskanzlei automatisch auch auf bestehende weitere Kanzleien erstrecken soll oder ob für diese gegebenenfalls auch ein anderer Abwickler bestellt werden können soll. Dabei erscheint Letzteres insbesondere in den Fällen vorzuzugewähren, in denen der Rechtsanwalt in zwei verschiedenen Berufsausübungsgemeinschaften tätig war. Denn dann wird es in aller Regel sinnvoll sein, jeweils einem Mitglied der unterschiedlichen Berufsausübungsgemeinschaften die Abwicklung für die jeweilige Kanzlei zu übertragen, statt einem Mitglied einer Gemeinschaft auch die Abwicklung im Rahmen der anderen Gemeinschaft zu übertragen. Verschiedene Abwickler können darüber hinaus gegebenenfalls auch dann sinnvoll sein, wenn die verschiedenen Kanzleien örtlich weit entfernt liegen. Deshalb soll der für die Zulassungskanzlei zuständigen Rechtsanwaltskammer mit dem neuen § 55 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E zukünftig die Option gegeben werden, für weitere Kanzleien auch einen anderen Abwickler vorzusehen.

Bei der Änderung in § 55 Absatz 5 BRAO-E handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung in dessen Absatz 1.

Zu Nummer 18 (§ 57 BRAO-E)

Zu Buchstabe a

Die Änderungen des § 57 Absatz 3 Satz 5 BRAO-E entsprechen sowohl vom Ziel als auch vom Inhalt grundsätzlich denjenigen zu § 74a Absatz 2 Satz 2 BRAO-E, weshalb auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 31 Buchstabe a, aa verwiesen wird. Abweichend davon soll in § 57 Absatz 3 Satz 5 BRAO-E allerdings auch auf § 307 SPO verwiesen werden, da § 57 BRAO keine dem § 74 Absatz 7 Satz 3 BRAO entsprechende Regelung beinhaltet. Ein Zwangsgeld kann daher auch vor der Bestandskraft der Festsetzung vollstreckt werden; allerdings sollte die Rechtsanwaltskammer hiervon möglichst nur im Ausnahmefall Gebrauch machen (vgl. dazu Hartung in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Auflage 2014, § 57 BRAO, Rn. 20). Die aus dem Bereich des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs der SPO für anwendbar erklärten Normen entsprechen inhaltlich auch der bisherigen Auslegung der Norm in der Literatur (vgl. Böhlein in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 57 BRAO, Rn. 26; Hartung, a. O., Rn. 25).

Zu Buchstabe b

Im Rahmen der Vollstreckung eines Zwangsgelds nach § 57 Absatz 4 Satz 2 BRAO stellt sich derzeit das Problem, dass die Anwendbarkeit des § 767 ZPO, die sich aus der allgemeinen Verweisung auf die für die Vollstreckung von Urteilen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten geltenden Vorschriften ergibt, nicht eingeschränkt oder modifiziert ist. Somit ist es grundsätzlich möglich, im Wege der Vollstreckungsabwehrklage auch Einwendungen gegen den „durch das Urteil festgestellten“ Anspruch selbst geltend zu machen (§ 767 Absatz 1 ZPO). Diese Verweisung ist schon deshalb nicht passend, weil im Rahmen des § 57 BRAO kein Urteil vollstreckt wird. Deshalb bringt auch der in § 767 ZPO als Korrektiv zum Absatz 1 dienende Absatz 2, nach dem Einwendungen gegen den Anspruch selbst nur dann zulässig sind, wenn „die Gründe, auf denen sie beruhen, erst nach dem Schluss der Verhandlung, in der sie ... spätestens hätten geltend gemacht werden müssen, entstanden sind“, wenig Abhilfe. Nach dem Wortlaut der Vorschrift erschiene es daher denkbar, in dem (vor den Zivilgerichten zu führenden) Verfahren nach § 767 ZPO auch Einwendungen geltend zu machen, für die das (vor den Anwaltsgerichten zu führende) Verfahren nach § 57 Absatz 3 BRAO vorgesehen ist; und dies möglicherweise sogar noch dann, wenn die Monatsfrist nach § 57 Absatz 3 Satz 1 BRAO bereits verstrichen ist. Dies entspräche jedoch nicht der Intention des Gesetzgebers. So hat denn auch der Bundesgerichtshof für die ähnlich gelagerten Fälle der Vollstreckung einer Zahlungsaufforderung nach § 84 BRAO und einer Geldbuße nach § 204 Absatz 3 BRAO entschieden, dass die Fragen, ob im Rahmen des § 84 BRAO der Zahlungsaufforderung zugrunde liegende Kammerbeschluss rechtswirksam war bzw. im Rahmen des § 204 Absatz 3 BRAO die vom Anwaltsgericht festgesetzte Geldbuße gerechtfertigt war, nicht Gegenstand der Entscheidung des Zivilgerichts im Zuge der Vollstreckungsabwehrklage sein können (BGH, BGHZ 55, S. 255 bzw. BGH, NJW-RR 2009, S. 1581). Um diese in der Sache zutreffende Wertung nunmehr auch im Gesetz zu verankern, soll mit dem neuen § 57 Absatz 4 Satz 3 BRAO-E klargestellt werden, auf welche Fälle sich die Anfechtungsmöglichkeit nach § 767 ZPO im Rahmen des § 57 BRAO-E beschränkt. Die Regelung entspricht dabei vom Grundsatz der Neuregelung in § 84 Absatz 3 Satz 1 BRAO-E, bei der sich das vorstehend skizzierte Problem in Anbetracht der bisherigen Fassung des § 84 Absatz 3 Satz 1 BRAO, der die Anwendbarkeit des § 767 Absatz 2 ZPO erheblich beschränkt, noch in weitaus stärkerem Maße stellt wie in § 57 BRAO. Mit der Ergänzung wird zudem auch ein Gleichklang mit der Neuregelung in § 74 Absatz 7 Satz 4 BRAO-E hergestellt, die den der Vollstreckung des Zwangsgelds sehr ähnlichen Fall der Vollstreckung einer mit der Rüge verbundenen Geldbuße betrifft.

Der neue § 57 Absatz 4 Satz 4 BRAO-E entspricht im Grundsatz der bereits bestehenden Regelung in § 84 Absatz 3 Satz 2 BRAO und stellt klar, vor welchem Gericht eine Vollstreckungsabwehrklage nach § 57 Absatz 4 Satz 2 BRAO in Verbindung mit § 767 ZPO zu erheben ist. Dies ist erforderlich, da es in den Fällen des § 57 BRAO an einem Prozessgericht des ersten Rechtszugs im Sinne des § 797 Absatz 5 ZPO fehlt. Da die beschriebene Regelung in § 84 Absatz 3 Satz 2 BRAO inhaltlich derjenigen in § 797 Absatz 5 ZPO entspricht, die für ähnlich gelagerte Fälle von Vollstreckungsabwehrklagen gilt, soll allerdings zukünftig zur Vereinfachung sowohl in § 84 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E als auch in § 57 Absatz 4 Satz 4 BRAO-E auf § 797 Absatz 5 ZPO verwiesen werden. Dies bietet gegenüber der bisherigen Fassung des § 84 Absatz 3 Satz 2 BRAO den Vorteil, dass auch für den Fall,

dass der Schuldner im Inland keinen allgemeinen Gerichtsstand hat, ein zuständiges Gericht bestimmt wird (nämlich dasjenige, bei dem nach § 23 ZPO gegen den Schuldner Klage erhoben werden könnte) und dass in der Regelung der BRAO keine explizite Zuständigkeit des Amts- oder Landgerichts erfolgen muss, da sich diese unmittelbar aus den Wertgrenzen der ZPO ergibt.

Zu Nummer 19 (§ 58 BRAO-E)

Da die in § 58 BRAO behandelten Personalakten auch elektronisch geführt werden können, soll – wie auch schon in § 50 BRAO-E – der sich begrifflich nur auf schriftliche Unterlagen beziehende Begriff „Schriftstücke“ durch den technikneutralen Begriff „Dokumente“ ersetzt werden. Hierbei soll zudem zeitgemäß bestimmt werden, dass der Rechtsanwalt nicht verpflichtet ist, einzelne Dokumente „abzuschreiben“, sondern er berechtigt ist, sich von diesen eine Kopie zu fertigen.

Zu Nummer 20 (§ 59a BRAO-E)

Es handelt sich um eine sprachliche Klarstellung. In der derzeitigen Fassung des § 59a Absatz 2 Nummer 1 BRAO hat das Wort „Staaten“ keinen Bezug zu den übrigen Inhalten und damit keinen Regelungsgehalt; insbesondere werden die Staaten nicht durch den nachfolgenden Relativsatz definiert, weil sich dieser auf die Angehörigen der Rechtsanwaltsberufe bezieht. Durch die Einfügung des Worts „anderen“ wird klargestellt, dass Angehörige aus anderen Staaten als Deutschland gemeint sind.

Zu Nummer 21 (§ 59b BRAO-E)

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, die – auch in Zusammenhang mit der nachfolgenden Änderung unter Doppelbuchstabe bb – der in § 59b Absatz 2 Nummer 1 BRAO-E erfolgten Auflistung der Pflichten besser gerecht werden soll.

Zu Doppelbuchstabe bb

Bei der Änderung in § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe f BRAO-E handelt es sich um eine sprachliche Präzisierung in Anbetracht dessen, dass der „Umgang mit fremden Vermögenswerten“ als solches keine Berufs- oder Grundpflicht ist, wie es nach dem einleitenden Satzteil des § 59b Absatz 2 Nummer 1 BRAO jedoch eigentlich sein müsste. Die Neufassung stellt deshalb – ohne dass damit inhaltliche Veränderungen zu dem auch bisher schon Gemeinten verbunden sein sollen – auf das nach § 43a Absatz 5 Satz 1 BRAO im Hinblick auf den Umgang mit Vermögenswerten wesentliche Merkmal der Sorgfalt ab, das es für den Rechtsanwalt zu beachten gilt.

Zu Doppelbuchstabe cc

a) Zur Änderung von § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g BRAO-E

Mit der Änderung des § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g BRAO-E wird die Entscheidung des Anwaltsrats des Bundesgerichtshofs vom 13. September 2010 (NJW 2010, S. 3787) nunmehr auch im Wortlaut der BRAO nachvollzogen. Nach dem derzeitigen Wortlaut der Norm ist die Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer berechtigt, im Rahmen der Berufsordnung die „Kanzleipflicht“ der Rechtsanwälte zu regeln. Der bezeichneten Entscheidung des Bundesgerichtshofs lag der Fall zugrunde, dass die Bundesrechtsanwaltskammer anders als das Bundesministerium der Justiz von der Befugnis zur Regelung der Kanzleipflicht nicht nur die Anforderungen an die Zulassungskanzlei, sondern auch diejenigen an Zweigstellen umfasst gesehen und demzufolge auch letztere in § 5 BORA geregelt habe. Mit dem angeführten Urteil hat der Bundesgerichtshof das Verständnis der Bundesrechtsanwaltskammer geteilt, so dass diese Auslegung nunmehr auch gesetzlich klargestellt werden soll. Der neuen Fassung des § 27 BRAO-E entsprechend soll sich die Befugnis der Satzungsversammlung somit zukünftig ausdrücklich auf die Regelung der sachlichen, personellen und organisatorischen Anforderungen an die (Zulassungs-)Kanzlei, weitere Kanzleien und Zweigstellen beziehen. Während der Gesetztext in Bezug auf die (Zulassungs-)Kanzlei unverändert bleiben soll, schließt die Formulierung bezüglich der weiteren Kanzleien und der Zweigstellen an den Wortlaut in § 27 Absatz 1 BRAO an.

b) Zur Anfügung von § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E

Mit der Neueinfügung des § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E soll der Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer die Möglichkeit eingeräumt werden, in der BORA eine Fortbildungspflicht für Rechtsanwälte zu statuieren. Es gehört schon nach geltendem anwaltlichen Berufsrecht zu den Grundpflichten von Rechtsanwälten, sich fortzubilden (§ 43a Absatz 6 BRAO). Diese Pflicht zur Fortbildung ist seit jeher durch die Rechtsprechung anerkannt, sie wurde zunächst aus der Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung abgeleitet und im Jahr 1994 erstmalig ausdrücklich im anwaltlichen Berufsrecht als Pflicht normiert. Nach der damaligen Gesetzesbegründung, die auch heute noch Geltung hat, gehört die Fortbildungspflicht als Qualitätssicherung anwaltlicher Leistung zu den Grundpflichten eines Berufsstandes, der als berufener Berater und Vertreter in allen Rechtsangelegenheiten zur Verfügung steht (vgl. Bundestagsdrucksache 12/4993, S. 28).

Bereits der Regierungsentwurf von 1994 hatte vorgeschlagen, der Satzungsversammlung bei der Bundesrechtsanwaltskammer eine Kompetenz zur näheren Regelung der Fortbildung einzuräumen. Der Rechtsausschuss des Bundestages war dem jedoch damals nicht gefolgt. Er hatte dies damit begründet, dass dem einzelnen Rechtsanwalt die Art und Weise, wie er der Berufspflicht zur Fortbildung nachkommt, nicht vorgeschrieben werden solle (vgl. Bundestagsdrucksache 12/7656, S. 50).

Anders als bei weiteren in § 43a BRAO geregelten anwaltlichen Grundpflichten kann das Nähere zur Fortbildungspflicht daher bisher nicht durch Satzung in einer Berufsordnung bestimmt werden. Für die allgemeine anwaltliche Fortbildungspflicht gibt es somit derzeit keine näheren Vorschriften zur Durchführung und zum Nachweis der Befolgung dieser Berufspflicht.

Durch Satzung der Satzungsversammlung näher geregelt ist dagegen die Fortbildungspflicht der Fachanwälte. Die Befugnis hierzu folgt aus § 59b Absatz 2 Nummer 2 BRAO (Kompetenz zur Regelung der Berufspflichten beim Führen einer Fachanwaltsbezeichnung), was insbesondere auch § 43c Absatz 4 Satz 2 BRAO verdeutlicht, nach dem eine Erlaubnis zum Führen einer Fachanwaltsbezeichnung widerrufen werden kann, wenn eine in der Berufsordnung vorgeschriebene Fortbildung unterlassen wird. Auf dieser Grundlage besteht nach § 15 der Fachanwaltsordnung für die Rechtsanwälte, die zugleich Fachanwälte sind (das sind rund 25 Prozent der etwa 165 000 Rechtsanwälte), die Verpflichtung, auf dem Gebiet der Fachanwaltschaft 15 Stunden jährlich hörend oder dozierend an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen oder wissenschaftlich zu publizieren und dies der Rechtsanwaltskammer nachzuweisen.

Die Satzungsversammlung bei der Bundesrechtsanwaltskammer, deren Aufgabe es ist, das Nähere zu den beruflichen Rechten und Pflichten der Rechtsanwälte durch Satzung zu regeln (§§ 59b und 191a ff. BRAO), hat am 5. Mai 2014 einen Beschluss gefasst, mit dem sie den Gesetzgeber bittet, der Satzungsversammlung durch eine Änderung der BRAO die – bisher fehlende – Kompetenz zu geben, auch das Nähere der Fortbildungspflicht zu regeln.

Eine nähere Regelung der Fortbildungspflicht für alle Rechtsanwälte ist nach Auffassung der Satzungsversammlung erforderlich, um die Qualität der anwaltlichen Tätigkeit im einzelnen Mandat und im Gesamtsystem der berufspraktischen Stellung der Anwaltschaft zu sichern.

Eine näher geregelte und überprüfte Fortbildung sei erforderlich, um die konkrete Qualität im einzelnen Mandat abzusichern. Soweit es schwierig sei festzustellen, ob eine näher ausgestaltete Fortbildungspflicht tatsächlich zu einer Qualitätsverbesserung im einzelnen Mandat führen würde, sei der Gedanke einer „systemischen Qualitätssicherung“ zu berücksichtigen. Dieser gehe auf Überlegungen der deutschen Monopolkommission und der EU-Kommission zurück. Die EU-Kommission überprüfe auch aktuell die mitgliedstaatlichen Regelungen über den Zugang zu regulierten Berufen und die Rechtfertigung von Beschränkungen beim Zugang zum Beruf. Vor diesem Hintergrund sei eine effektive Fortbildungspflicht erforderlich: Wenn durch Studium, Referendariat und Staatsexamina hohe Anforderungen an den Zugang zum Anwaltsberuf gestellt würden, müsse auch nach der Zulassung zur Anwaltschaft eine hohe Qualität der Berufsausübung systemisch sichergestellt werden. Nur eine solche auf Dauer angelegte systemische Absicherung der Qualität rechtfertige auch das Anwaltsmonopol und den grundsätzlichen Ausschluss anderer Dienstleister vom Rechtsdienstleistungsmarkt. Schließlich gelte es auch die Informationsasymmetrie zu Lasten der Verbraucher, die die Qualität von Anwaltsleistungen regelmäßig nicht beurteilen könnte, dass die Qualität anwaltlicher Tätigkeit während der Dauer der Anwaltszulassung systemisch

gesichert werde. Die Satzungsversammlung weist schließlich darauf hin, dass es in 18 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union konkretisierte Regelungen zur anwaltlichen Fortbildung gebe (unter anderem Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Großbritannien).

Über die Frage, ob die anwaltliche Fortbildungspflicht konkretisiert und überprüfbar ausgestaltet werden sollte, wird in der Rechtsanwaltschaft seit langem kontrovers diskutiert (aktuell exemplarisch pro Regelung: Ewer (damaliger Präsident des Deutschen Anwaltvereins), Systemische Qualitätssicherung muss sein, NJW-Editional Heft 29/2013; contra Regelung: Blumenhath (Präsident der Rechtsanwaltskammer Köln), Rechtsanwälte müssen sich fortbilden, Editorial Kammer Forum 2/2013, S. 37).

Die mit dem neuen § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E beabsichtigte Aufnahme der Fortbildungspflicht in die Liste der von der Satzungsversammlung in der Berufspflichtenordnung näher zu regelnden Bereiche folgt dem von der Satzungsversammlung angeführten Argument einer systemischen Qualitätssicherung durch regulierte Fortbildung. Hohe Ausbildungsanforderungen, das Anwaltsmonopol und die Informationsasymmetrie erfordern eine näher regulierte Fortbildung. Kontrollierte Fortbildung in einem transparenten System kann das Vertrauen der Rechtsuchenden in die Qualität anwaltlicher Tätigkeit stärken.

Hinzuweisen ist dabei auch darauf, dass nach dem Berufrechtsbarometer 2015 des Soldan Instituts anders als noch vor einigen Jahren mittlerweile 80 Prozent der Rechtsanwälte eine kontrollierte Fortbildungspflicht befürworten (vgl. dazu im Einzelnen Kilian, NJW 2015, S. 3144, 3145; das vollständige Ergebnis der aktuellen Studie zur Reform der anwaltlichen Fortbildungspflicht findet sich in Kilian, Fortbildung zwischen Freiheit und Zwang, Deutscher Anwaltverlag 2016).

Der Satzungsversammlung bei der Bundesrechtsanwaltskammer soll daher die Befugnis übertragen werden, das Nähere zur anwaltlichen Fortbildungspflicht zu regeln.

Es wird davon abgesehen, bereits im Gesetz eine Höchstgrenze an Stunden zu nennen, die im Rahmen der allgemeinen Fortbildungspflicht abzuliefern sind. Dies wäre systemfremd und erscheint auch nicht erforderlich. Die Satzungsversammlung bei der Bundesrechtsanwaltskammer wird vielmehr – wie auch schon in der Fachanwaltsordnung geschehen – selbst darüber zu befinden haben, wie viele Stunden an Fortbildung einem Rechtsanwalt höchstens auferlegt werden dürfen. Dabei wird sie als Prüfungsmaßstab auch die Frage heranziehen müssen, ob die von ihr beabsichtigte Regelung in Hinblick auf die Freiheit der Berufsausübung mit dem Übermaßverbot vereinbar ist. Sollen wider Erwarten Beschlüsse der Satzungsversammlung diesem Grundsatz nicht ausreichend Rechnung tragen, kann das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Rahmen seiner nach § 191e BRAO vorzunehmenden Rechtmäßigkeitsprüfung der Satzungsbeschlüsse die betreffenden Regelungen aufheben.

Durch den Zusatz „auch im Hinblick auf Kenntnisse im Berufsrecht nach § 43c“ soll in § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E eindeutig klargestellt werden, dass dieser in der BRAO zukünftig speziell geregelte Fall einer Fortbildungspflicht ebenfalls von der Ermächtigung der Satzungsversammlung umfasst ist.

Zu Buchstabe b

Die redaktionelle Änderung erfolgt deshalb, weil die unter den Buchstaben a und b des § 59b Absatz 2 Nummer 2 BRAO genannten Regelungsbezugnisse inhaltlich keine Berufspflichten darstellen, wie dies aber nach dem Einleitungssatz eigentlich der Fall sein müsste. Deshalb wird nunmehr sprachlich klargestellt, dass die Buchstaben a und b die Bereiche beschreiben, zu denen die Berufsordnung Regelungen treffen darf.

Zu Buchstabe c

Die Änderung entspricht diejenigen im einleitenden Satzteil des § 59b Absatz 2 Nummer 1 BRAO-E (vgl. dazu die Begründung unter Buchstabe a Doppelbuchstabe aa).

Zu Buchstabe d

Mit Urteil vom 26. Oktober 2015 (AnwS (R) 4/15) hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass der auf Basis der Ermächtigung in § 59b Absatz 2 Nummer 6 BRAO von der Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer beschlossene § 14 BORA nur die Mitwirkungspflicht bei Zustellungen durch Gerichte und Behörden regelt. Dagegen bietet § 59b Absatz 2 BRAO in seiner derzeitigen Form keine hinreichende Ermächtigungsgrundlage für die Satzungsversammlung, eine Mitwirkungspflicht bei der Zustellung von Anwalt zu Anwalt zu statuieren. Es

steht zu befürchten, dass in Anbetracht dieser Entscheidung Zustellungen von Anwalt zu Anwalt zukünftig erheblich erschwert werden. Aus anwaltlicher Sicht sind mit der Entscheidung zudem neue Haftungsfragen verbunden, da die Zustellung von Anwalt zu Anwalt nicht länger als sicherer Zustellweg anzusehen sein könnte. Auch ist fraglich, ob in Einzelfällen Anwälte nunmehr sogar gehalten sind, ihre Mitwirkung an einer für ihre Mandantenschaft nachteiligen Zustellung zu verweigern (vgl. dazu Lauda, NJW 2015, S. 891). Insgesamt droht das Instrument der Zustellung von Anwalt zu Anwalt nach § 195 ZPO damit entwertet zu werden.

Um dem wirksam entgegensteuern zu können, soll § 59b Absatz 2 BRAO-E um eine Ermächtigungsgrundlage für die Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer erweitert werden, auf deren Grundlage auch eine berufsspezifische Mitwirkungspflicht bei der Zustellung von Anwalt zu Anwalt statuiert werden kann. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, das lange Zeit verbotene Verständnis des § 14 BORA, nach dem dieser auch für Zustellungen von Anwalt zu Anwalt Geltung haben sollte (vgl. Böhlein in: Feutreich/Weyand, BRAO, 8. Auflage 2012, § 14 BORA, Rn. 1) wieder herzustellen. Selbstredend kann die Satzungsversammlung aber auch zu anderen Bewertungen gelangen. Systematisch soll die neue Ermächtigungsgrundlage in der Nummer 8 des § 59b Absatz 2 BRAO-E verortet werden, weil diese derzeit schon eine Regelungskompetenz in Bezug auf das berufliche Verhalten gegenüber anderen Mitgliedern der Rechtsanwaltskammer beinhaltet.

§ 59b Absatz 2 Nummer 8 BRAO-E ermächtigt die Satzungsversammlung künftig, die berufsspezifischen Pflichten bei der Zustellung von Anwalt zu Anwalt näher zu regeln. Hiervon sind auch elektronische Zustellungen umfasst. Hinsichtlich des Umfangs der Ermächtigungsgrundlage ist berücksichtigen, dass die Neuregelung des § 59b Absatz 2 Nummer 8 BRAO-E in ihrem Wortlaut bewusst auf § 195 ZPO und die dortige Legaldefinition Bezug nimmt und § 195 ZPO neben anderen zivilprozessualen Regelungen durch Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 mit Wirkung zum 1. Januar 2018 neu gefasst wird.

Zu Nummer 22 (§ 59j BRAO-E)

Die Aufhebung des § 59j Absatz 3 BRAO erfolgt aus denselben Gründen wie diejenige des § 51 Absatz 8 BRAO; auf die dortige Begründung wird verwiesen. Die Verschiebung des § 59j Absatz 4 BRAO ist eine Folgeänderung zur Aufhebung des dortigen Absatzes 3.

Zu Nummer 23 (§ 59m BRAO-E)

In der Verweisungskette des § 59m Absatz 2 BRAO, die bestimmt, welche Bestimmungen der BRAO für Rechtsanwaltsgesellschaften sinngemäß gelten, sollen zur Beseitigung bestehender Unklarheiten die §§ 43d und 59b BRAO ergänzt werden.

§ 43d BRAO, der die Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen betrifft, war durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken vom 1. Oktober 2013 neu eingeführt worden. Hierbei war übersehen worden, die Verweisungskette des § 59m Absatz 2 BRAO entsprechend zu ergänzen; dies wird nunmehr nachgeholt. Inhaltlich müssen auch Rechtsanwaltsgesellschaften die Darlegungs- und Informationspflichten des § 43d BRAO beachten.

Das Fehlen des § 59b BRAO, der den Umfang der Satzungscompetenz der Bundesrechtsanwaltskammer definiert, in der Verweisungskette des § 59m Absatz 2 BRAO wird in der Literatur schon seit längerem mit unterschiedlichen Auffassungen diskutiert. Während Henssler (in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Auflage 2014, § 59m BRAO, Rn. 9) die Meinung vertritt, dass eine Aufnahme des § 59b BRAO in die Verweisungskette nicht erforderlich sei, weil schon die nach § 59b Absatz 2 Nummer 8 BRAO bestehende Befugnis, durch Satzungen „die Pflichten bei beruflicher Zusammenarbeit“ zu regeln, hinreichend deutlich mache, dass sich die Satzungscompetenz auch auf Rechtsanwaltsgesellschaften beziehe, wird diese Auslegung von der in der Literatur herrschenden Auffassung abgelehnt (vgl. die Auflistung bei Henssler, a. a. O., in Fußnote 10). Dabei erscheint es mit der herrschenden Meinung tatsächlich problematisch, die unzweifelhafte Befugnis zur Regelung der Pflichten der einzelnen Rechtsanwalts bei beruflicher Zusammenarbeit auch darauf auszudehnen, die Pflichten der Rechtsanwaltskammer unmittelbar selbst zu regeln. Da aber die Rechtsanwaltskammer (anders als die von Henssler auch angeführten Stützstellen oder Partnerschaftsgesellschaften) Mitglied der Rechtsanwaltskammern sind und für sie zudem die ausdrückliche Verweisungskette in § 59m Absatz 2 BRAO besteht, sollte insoweit auch eine eindeutige Befugnis zum Erlass von Regelungen durch Satzung vorgesehen werden. Zwar ist es bisher dadurch, dass § 33 Absatz 2 BORA vorsieht, dass die in der Gesellschaft gebundenen Rechtsanwälte zu gewährleisten haben, dass auch

die Gesellschaft die Berufsordnung einhält, in der Praxis zu keinen durchgreifenden Problemen gekommen. Jedoch erscheint die Aufnahme des § 59b BRAO in den Katalog des § 59m Absatz 2 BRAO-E die rechtssystematisch bessere und klarere Lösung.

Zu Nummer 24 (§ 60 BRAO-E)

§ 60 BRAO soll insgesamt neu gefasst werden, da er derzeit an verschiedenen Stellen ungenau oder unvollständig erscheint. Da die Regelung des Sitzes nummehr keinen eigenen Absatz mehr beansprucht, soll auch die Überschrift den neuen Schwerpunkten der Bildung und der Zusammensetzung der Rechtsanwaltskammern angepasst werden.

Zu Absatz 1

Ab Absatz 1 enthält die Inhalte des bisherigen Absatzes 1 Satz 1 und des Absatzes 2, die aus systematischen Gründen im neuen Absatz 1 zusammengefasst werden.

Zu Absatz 2

Im neuen Absatz 2 sollen zur besseren Übersichtlichkeit die bisher in Absatz 1 Satz 2 und 3 (nicht ganz vollständig) geregelten Fälle der Begründung der Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer unter einzelnen Nummern aufgelistet werden.

Nummer 1 entspricht im Wesentlichen dem bisherigen Absatz 1 Satz 2 Alternative 1. Die Nummer erfasst zunächst die Rechtsanwältin, die nach einer der Nummern des § 4 Satz 1 BRAO von der Rechtsanwaltskammer zugelassen wurden und dadurch gemäß § 12 Absatz 3 BRAO Mitglied der Rechtsanwaltskammer geworden sind. Sie umfasst hierbei auch Syndikusrechtsanwältin, für die § 12 Absatz 3 BRAO über die Verweisung in § 46a Absatz 4 BRAO ebenfalls gilt. Zudem betrifft Nummer 1 die niedergelassenen ausländischen Rechtsanwältinnen nach § 206 BRAO und die niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen nach § 4 EuRAG-E, für die § 12 Absatz 3 BRAO über den neuen § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E bzw. § 4 Absatz 1 EuRAG-E in der Form sinngemäß gilt, dass sie als Mitglied in die Rechtsanwaltskammer aufgenommen werden. Schließlich werden zukünftig auch die Inhaber einer Erlaubnis nach dem Rechtsberatungsgesetz nach § 209 BRAO (die sogenannten Kammerrechtsbeistände), erfasst, die in der bisherigen Aufzählung des Absatzes 1 Satz 2 fehlen, obwohl sie ebenso wie die niedergelassenen ausländischen Rechtsanwältinnen und die niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen in die Rechtsanwaltskammer aufgenommen werden (und auch im derzeitigen Absatz 1 Satz 3 erwähnt werden); für diese gilt § 12 Absatz 3 BRAO über die neue Verweisung in § 209 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E ebenfalls.

Nummer 2 betrifft die Rechtsanwaltskammern, bei denen anders als bisher in Absatz 1 Satz 2 Alternative 2 jedoch nicht mehr auf ihren Sitz abgestellt wird, sondern (wie auch bei den Rechtsanwältinnen nach Nummer 1) auf die in diesem Zusammenhang maßgebliche Tatsache, von welcher Rechtsanwaltskammer sie zugelassen wurden.

Die Nummer 3 erfasst die bisher in Absatz 1 Satz 3 geregelten nichtanwältlichen Geschäftsführer einer Rechtsanwaltskammer. In Bezug auf die derzeit im eingeschobenen Halbsatz geregelten Ausnahmefälle wird gegenüber der bisherigen Fassung zum einen klargestellt, dass es nicht darauf ankommt, ob die Person Rechtsanwältin oder Angehöriger eines in den §§ 206 oder 209 Absatz 1 BRAO genannten Berufs ist, sondern ob sie schon anderweitig Mitglied einer Rechtsanwaltskammer ist. Dem die Vorschrift will zum einen sicherstellen, dass zur Ermöglichung einer effektiven Aufsicht auch alle nichtanwältlichen Geschäftsführer Mitglieder einer Rechtsanwaltskammer sind, auf der anderen Seite jedoch Doppelmittelgliedschaften vermeiden (vgl. Weyland in: Feuerbach/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 60 BRAO Rn. 5, 7). Damit wird zukünftig unter anderem sichergestellt, dass niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen nach § 206 BRAO, die nach § 59c Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 59a Absatz 2 Nummer 1 BRAO auch dann Geschäftsführer einer Rechtsanwaltskammer sein können, wenn sie nicht in Deutschland niedergelassen sind, in diesem Fall auch Mitglied der für die Rechtsanwaltskammer zuständigen Rechtsanwaltskammer werden. Zudem wird klargestellt, dass die in § 59a Absatz 2 Nummer 1 BRAO den ausländischen Rechtsanwältinnen im Sinne des § 206 BRAO gleichgestellten europäischen Rechtsanwältinnen im Sinne des EuRAG den ausländischen Rechtsanwältinnen auch im Rahmen der Nummer 3 gleichstellen, was im derzeitigen Absatz 1 Satz 3 nicht deutlich wird, da dort (anders als in Absatz 1 Satz 2) nur die ausländischen Rechtsanwältinnen ausdrücklich erwähnt werden.

Zu Absatz 3

Der neue Absatz 3 betrifft den Regelungsgegenstand des bisherigen Absatzes 2 Satz 4 und damit das Erlöschen der Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer. Die hierfür geltenden Voraussetzungen werden zukünftig in Anlehnung an die Systematik des Absatzes 2 nach den einzelnen dort genannten Fällen differenziert aufgelistet.

Nummer 1 enthält für die zugelassenen Rechtsanwältinnen und aufgenommenen Personen dieselben Inhalte wie derzeit Absatz 2 Satz 4, da hier für das Erlöschen der Mitgliedschaft weiterhin auf § 13 BRAO (Erlöschen der Zulassung bei Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft sowie Rücknahme oder Widerruf der Zulassung) und § 27 Absatz 3 Satz 3 BRAO (Wechsel der Kammer) Bezug genommen wird. Auf diese Normen wird bei den Syndikusrechtsanwältinnen (§ 46a Absatz 1, § 46c Absatz 4 Satz 1 BRAO) niedergelassenen ausländischen Rechtsanwältinnen (§ 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E), Kammerrechtsbeiständen (§ 209 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E) und niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen (§ 4 Absatz 1 EuRAG-E) jeweils verwiesen.

Nummer 2 entspricht für Rechtsanwaltskammern ebenfalls dem bisherigen Inhalt des Absatzes 2 Satz 4.

Mit Nummer 3 werden dagegen erstmals die Voraussetzungen definiert, unter denen die Mitgliedschaft eines nichtanwältlichen Geschäftsführers einer Rechtsanwaltskammer nach Absatz 2 Nummer 3 erlischt. Diese ist zunächst akzessorisch zu derjenigen der Rechtsanwaltskammer (vgl. Weyland in: Feuerbach/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, Rn. 5). Wird Letztere also z. B. nach § 59b Absatz 1 BRAO aufgelöst oder ihr Sitz nach § 59i Satz 2 BRAO verlegt, endet auch die Mitgliedschaft ihres nichtanwältlichen Geschäftsführers in der betreffenden Rechtsanwaltskammer. Dessen Mitgliedschaft endet zudem, wenn ihm in einem anwaltsgerichtlichen Verfahren (anstelle der bei ihm nicht möglichen Ausschluss aus der Rechtsanwaltschaft) entsprechend § 115c Satz 2 BRAO die Eignung aberkannt wurde, eine Rechtsanwaltskammer zu vertreten und ihre Geschäfte zu führen. Schließlich endet die Mitgliedschaft auch dann ohne weiteres, wenn die Geschäftsführungstätigkeit für die Rechtsanwaltskammer beendet wurde (vgl. Weyland, a. a. O., Rn. 8a m. w. N.).

Zu den Nummern 25, 29, 33, 34, 36 und 37 (§§ 63, 73, 80, 82, 85 und 86 BRAO-E)

Die Verwendung der Begrifflichkeiten „Versammlung der Kammer“, „Versammlung“, „Kammer“ und „Kammerversammlung“ im Dritten Unterabschnitt des Zweiten Abschnitts des Vierten Teils der BRAO (§§ 83 bis 89 BRAO) ist derzeit uneinheitlich und zum Teil nicht passend. Die entsprechenden Stellen sollen daher durch die Änderungen in Artikel 1 Nummern 36 bis 40 sowie der Überschriften der §§ 83, 88 und 89 BRAO-E durch Artikel 1 Nummer 65 vereinheitlicht und angepasst werden. Bei dieser Gelegenheit soll zudem der veraltete und in der Praxis nicht mehr verwendete Begriff der „Versammlung der Kammer“ durch den üblicherweise benutzten Begriff der „Kammerversammlung“ ersetzt werden.

In den §§ 63, 73, 80, 82, 85 und 86 BRAO-E werden daher die Begriffe „Versammlung der Kammer“ und „Versammlung“ jeweils durch den Begriff „Kammerversammlung“ ersetzt.

Zu Nummer 26 (§ 64 BRAO-E)

Nach geltendem Recht werden die Mitglieder des Vorstands der Rechtsanwaltskammer durch die Versammlung der Kammer gewählt (§ 64 Absatz 1, § 89 Absatz 2 Nummer 1 BRAO). Das Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden (§ 88 Absatz 2 BRAO). Nach dem Entwurf sollen die Mitglieder des Vorstands künftig per Briefwahl von den Mitgliedern der Rechtsanwaltskammer gewählt werden (Satz 1). Dabei soll auch eine elektronische Wahl erlaubt werden (Satz 2). Die Entscheidung obliegt der Rechtsanwaltskammer, die nach § 64 Absatz 2 BRAO das Nähere zur Wahl des Vorstands durch Geschäftsordnung bestimmt.

Dem Vorbild der geltenden Regelung für die Wahl der Mitglieder der Satzungsversammlung (§ 191b Absatz 2 Satz 1 BRAO) folgend soll mit Satz 1 durch das Gesetz vorgegeben werden, dass die Briefwahl bzw. die elektronische Wahl als geheime und unmittelbare Wahl durchzuführen ist. Bei einer elektronischen Wahl muss nach Satz 2 die Einhaltung der in Satz 1 festgelegten Verfahrensgrundsätze durch eine Regelung der technischen und organisatorischen Abläufe der Wahl gewährleistet werden. Dies hat gemäß § 64 Absatz 2 BRAO in der Geschäftsordnung der Rechtsanwaltskammer zu erfolgen. Die dortigen Regelungen müssen unter anderem sicherstellen, dass ein sicheres Identifizierungsverfahren zur Verfügung steht, dass nur die Wahlberechtigten (und diese nur ein Mal) wählen können und dass das Wahlergebnis gewahrt bleibt. Auch die mit Satz 3 vorgesehlagene Regelung

über die gewählten Bewerber entspricht der geltenden Regelung für die Wahl der Mitglieder der Satzungsversammlung (§ 191b Absatz 2 Satz 4 BRAO), wonach die Personen gewählt sind, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Die Briefwahl bzw. elektronische Wahl soll eingeführt werden, um der geringen Beteiligung der Mitglieder der Rechtsanwaltskammern an den bislang von der Kammerversammlung durchgeführten Wahlen entgegenzuwirken. Durch die Rechtsänderung soll die tatsächliche Möglichkeit der Kammernmitglieder, an den Belangen der Rechtsanwaltskammern mitzuwirken, verbreitert werden. Die Beteiligung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte an den Vorstandswahlen liegt bisher regelmäßig im unteren einstelligen Prozentbereich; im Einzelfall lag sie sogar schon bei nur 0,3 Prozent. Grund hierfür ist der zeitliche und finanzielle Aufwand für eine Anreise an den Ort der Kammerversammlung, den Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte aus verschiedenen Gründen scheuen. Ein Beispiel bildet der Teilnahmeverzicht von Personen, häufig Rechtsanwältinnen, die Kinder oder pflegebedürftige Personen betreuen und deshalb eine Teilnahme an den Abendstunden stattfindenden Kammerversammlungen nicht oder nur schwer organisieren können. Eine Briefwahl lässt eine deutlich höhere Wahlbeteiligung erwarten. Das zeigen die Erfahrungen bei der Wahl der Mitglieder der Satzungsversammlung, an der zuletzt rund 27 Prozent der Wahlberechtigten teilgenommen haben (NJW-Aktuell Heft 30/2015, S. 16). Erwartet werden kann insbesondere auch eine stärkere Beteiligung von jüngeren Berufungsbeiräten und von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten aus dem ländlichen und kleinstädtischen Raum (Hommerich/Kilian, *Berufsrechtskommentar* 2009, S. 125 ff.). Über eine künftig stärkere Beteiligung der Kammernmitglieder an den Vorstandswahlen soll die Legitimationsbasis der Vorstandsmitglieder verbreitert werden. Durch eine erhöhte Partizipation wird zugleich die Legitimation der Kammerfähigkeit als funktionale Selbstverwaltung gestärkt. Dem zugunsten einer Wahl des Vorstands durch die Kammerversammlung angeführten Gesichtspunkt, die Möglichkeit der Aussprache in der Kammerversammlung verbessere die Entscheidungsbasis für die Wahlentscheidung (Bericht des Rechtsausschusses, Bundestagsdrucksache 3/778, S. 7 f., zu § 101), kommt demgegenüber ein geringeres Gewicht zu. Auch angesichts der verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten können sich die Teilnehmer an einer Briefwahl oder elektronischen Wahl ein gutes Bild über die Personen machen, die sich für ein Vorstandsamt bewerben.

Ausdrücklich hervorzuheben ist, dass die vorgeschene Neuregelung auch die Anwendung eines von einigen Rechtsanwaltskammern in Aussicht genommenen „Mischmodells“ ermöglicht. Denn die Neuregelung stellt einer Organisation des Wahlverfahrens nicht entgegen, nach der beispielsweise die an die Kammernmitglieder versandten Wahlzettel grundsätzlich bis zum Tag der Kammerversammlung an die Rechtsanwaltskammer zurückzusenden sind, bei der sie aber auch noch im Rahmen der Kammerversammlung in eine dort aufgestellte Wahlurne geworfen werden können. Bei einer ertägigen Ausgestaltung können sich die daran interessierten Rechtsanwältinnen dann nach wie vor unmittelbar vor Ort einen Eindruck von den zur Wahl stehenden Kandidaten verschaffen, bevor sie ihre Stimme abgeben.

Eine bundeseinheitliche Regelung zur Einführung von Briefwahlen bzw. elektronischen Wahlen verdient dabei allerdings den Vorzug gegenüber einer denkbaren Regelung, die den einzelnen Rechtsanwaltskammern die Entscheidung über das Wahlverfahren überlässt. Denn die mit der vorgeschlagenen Rechtsänderung verfolgte stärkere Legitimation der Kammerfähigkeit als funktionale Selbstverwaltung spricht für einheitliche Regelungen für alle Rechtsanwaltskammern. Ebenso streitet die angestrebte Verbreiterung der Legitimationsbasis für die Vorstandsmitglieder, auch vor dem Hintergrund, dass die Kammervorstände die Präsidenten oder den Präsidenten der Rechtsanwaltskammern wählen, die bzw. der die Kammer in der Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer vertritt, für bundeseinheitliche Vorschriften. Einheitliche Regelungen stehen vor diesem Hintergrund, dass den Leitungsorganen aller Rechtsanwaltskammern dieselbe demokratische Legitimation zukommt. Es ist zudem kein Grund dafür ersichtlich, warum Kammernmitglieder, die am Tag der Kammerversammlung verbunden sind, nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können sollten. Hinzuweisen ist schließlich noch darauf, dass sich bei der Patentanwaltskammer das System der Briefwahl bewährt hat und auch andere vergleichbare Organe wie z. B. der Beirat der Wirtschaftsprüferkammer (§ 59 Absatz 2 Satz 1 WPO) durch Briefwahl zu wählen sind. Nicht unberücksichtigt bleiben kann schließlich, dass in Anbetracht der Umfangs, mit dem der im Referentenentwurf dieses Gesetzes vorgesehene Verpflichtung zur Briefwahl von den Rechtsanwaltskammern entgegengeworfen wurde, bei einer nur optionalen Briefwahl zu befürchten steht, dass sich viele Rechtsanwaltskammern auch zukünftig gegen eine Briefwahl entscheiden würden und damit im Ergebnis möglicherweise sogar gerade in den Rechtsanwaltskammern, in denen bestimmte Teile der Anwaltschaft bisher nicht im wünschenswertesten Umfang partizipieren) das Ziel der Neuregelung nicht erreicht werden könnte.

Zu Nummer 27 (§ 66 BRAO-E)

Bei der Änderung in § 66 Nummer 3 BRAO-E handelt es sich um eine Klarstellung, die erforderlich erscheint, weil in § 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E die Möglichkeit eingeführt werden soll, die Rüge mit einer Geldbuße zu verbinden. Die Einfügung der Angabe „(§ 114 Absatz 1 Nummer 3)“ nach dem Wort „Geldbuße“ stellt dabei klar, dass nur eine durch das Anwaltsgericht nach § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO verhängte Geldbuße, nicht aber eine solche nach § 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E zu einem Ausschluss von der Wahlbarkeit zum Vorstandsmitglied führt. Zugleich wird damit klargestellt (wie sich schon bisher aus dem Kontext der Norm ergab), dass auch eine Geldbuße, die im Ordnungswidrigkeitenverfahren verhängt wird, nicht zu einem Ausschluss von der Wahlbarkeit führt. Berufsschlicht ist insoweit in Anbetracht von § 73b BRAO insbesondere an Geldbußen wegen Verstößen gegen § 6 der Dienstleistungs-Informationspflichten-Verordnung (DL-InfoV) zu denken.

Zu Nummer 28 (§ 69 BRAO-E)

Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus, muss nach dem geltenden § 69 Absatz 3 BRAO grundsätzlich in der nächsten Kammerversammlung ein neues Mitglied gewählt werden. Nach der Einführung der Briefwahl bzw. elektronischen Wahl durch § 64 Absatz 1 BRAO-E muss diese Regelung geändert werden, da die Vorstandsmitglieder zukünftig nicht mehr durch die Kammerversammlung gewählt werden sollen. Soweit daran gedacht werden könnte, für den Fall des Ausscheidens eines Vorstandsmitglieds eine Briefwahl bzw. elektronische Wahl durch alle Kammernmitglieder anzunehmen, könnte sich dies als sehr aufwändig und kostenintensiv erweisen. Soweit alternativ in Betracht kommen könnte, dass jeweils das bei der letzten Wahl nicht in den Vorstand gewählte Kammernmitglied mit der nächsthöheren Stimmenzahl in den Vorstand aufsteigt, ist zu berücksichtigen, dass es Rechtsanwaltskammern gibt, in denen die Bestimmung der Vorstandsmitglieder einem bestimmten (z. B. sich nach Landesgerichtsbezirken richtenden) Proporz folgt. Dieser Proporz könnte sich durch das Nachrücken des Kammermitglieds mit der nächsthöheren Stimmenzahl verschieben. Sollte man dagegen ein an dem Proporz orientiertes Nachrichten vor, ist nicht auszuschließen, dass aus einem Landesgerichtsbezirk gar kein weiteres Kammernmitglied mehr kandidiert hätte. Im Ergebnis wird daher eine bindende gesetzliche Regelung nicht alle denkbaren Konstellationen sachgerecht erfassen können. Deshalb soll zukünftig durch § 69 Absatz 3 BRAO nur sichergestellt werden, dass die Zahl der Vorstandsmitglieder nicht unter die in § 63 Absatz 2 Satz 1 BRAO vorgesehene Mindestzahl von sieben sinkt und im Übrigen die Fragen, ob ausschließende Vorstandsmitglieder überhaupt zu ersetzen sind und ob dies ggf. im Wege des Nachrückens oder der Nachwahl erfolgen soll, den Geschäftsordnungen der Rechtsanwaltskammern überlassen werden, in denen nach § 64 Absatz 2 BRAO auch die näheren Einzelheiten der regulären Wahlen zu regeln sind.

Zu Nummer 30 (§ 74 BRAO-E)

Zu Buchstabe a

Mit der vorgeschlagenen Ergänzung des § 74 Absatz 1 BRAO-E um den neuen Satz 2 soll dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer die Befugnis erteilt werden, eine Rüge mit einer Geldbuße bis zu einer Höhe von 2 000 Euro zu verknüpfen. Der Rechtsanwaltskammer wird damit für die ihr obliegende Berufsaufsicht ein weiteres Sanktionsmittel zur Verfügung gestellt, das es erlaubt, aufsichtsrechtliche Verstöße in einem effizienten Verfahren zu ahnden.

Anlass für die Neuregelung sind die die anwaltliche Fortbildungspflicht betreffenden Neuregelungen in § 43c und § 59 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E. Während § 43c BRAO-E vorsieht, dass Rechtsanwältin, die dies vor ihrer Zulassung noch nicht getan hatten, zukünftig innerhalb eines Jahres nach der Zulassung an einer Lehrveranstaltung über das anwaltliche Berufsrecht teilzunehmen haben, kann nach § 59 Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E künftig auch die allgemeine Fortbildungspflicht nach § 43a Absatz 6 BRAO in der Berufsaufsicht näher geregelt werden. Das ermöglicht nähere Regelungen zur Art und Weise der Fortbildung, ihrem Umfang und ihrem Nachweis. Die Kontrolle der Fortbildung soll damit verbessert werden. Hierfür braucht es auch effektive Sanktionsmöglichkeiten, damit die Einhaltung der Fortbildungspflicht wirksam sichergestellt werden kann. Die Verhängung einer mit einer Geldbuße verbundenen Rüge kann dabei eine einfache und praktikable Sanktion sein.

Ohne eine besondere Sanktionsregelung könnte bei Verstößen gegen die Fortbildungspflicht eine Rüge erteilt werden (§ 74 BRAO) oder eine anwaltsgerichtliche Abmahnung erfolgen (§§ 113 ff. BRAO). Während bei der Ver-

letzung der Fortbildungspflicht eines Fachanwalts mit der Möglichkeit, die Erlaubnis zum Führen der Fachanwaltsbezeichnung zu widerrufen (§ 43c Absatz 4 Satz 2 BRAO), eine effektive Sanktionsmöglichkeit besteht, erscheinen die genannten allgemeinen Sanktionsmöglichkeiten bei Verletzung der eingangs dargestellten Fortbildungspflichten als unzureichend. Dem die Rüge stellt eine vergleichsweise schwache Sanktion dar, die das Ziel, eine Einhaltung der Fortbildungspflicht zu erreichen, nicht immer wird gewährleisten können. Insbesondere darf bei Rechtsanwältinnen nicht der Eindruck entstehen, dass man sich den mit Zeit- und Kostenaufwand verbundenen Fortbildungspflichten mit der Folge „nur“ einer Rüge entziehen kann. Dem dies könnte die Akzeptanz der Fortbildungspflichten in der Anwaltschaft insgesamt und damit letztlich auch das Regelungsziel gefährden. Das anwaltsgerichtliche Verfahren bietet zwar effektive Sanktionsmöglichkeiten, ist jedoch sehr aufwändig. So hat an ihm unter anderem die Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht mitzuvorführen (§ 120 BRAO) und ist das Anwaltsgericht mit drei Richtern zu besetzen (§ 96 BRAO). Da gerade die Einhaltung der Anforderungen an eine kontrollierte Fortbildung nach der Berufsordnung grundsätzlich einfach zu überprüfen sein wird, ist es auch nicht notwendig, eine über eine Rüge hinausgehende benachteiligende Sanktion stets einer richterlichen Entscheidung im anwaltsgerichtlichen Verfahren vorzubehalten.

Die vorgeschlagene Sanktionsmöglichkeit, eine Geldbuße zu verhängen, knüpft an die geltenden tatbestandlichen Voraussetzungen des Rücktritts des Vorstands der Rechtsanwaltskammer an. Dem eine Geldbuße soll nur in der Weise verhängt werden können, dass sie mit einer Rüge verbunden wird. Eine isolierte Geldbuße soll es nicht geben. Eine Rüge einer Berufspflichtverletzung ist nur dann möglich, wenn die Schuld des Rechtsanwalts gering ist und ein Antrag auf Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Verfahrens nicht erforderlich erscheint (§ 74 Absatz 1 Satz 1 BRAO). Diese Voraussetzungen müssen auch vorliegen, wenn eine Rüge mit einer Geldbuße verbunden werden soll. Auch die in § 74 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E durch Verweisung auf andere Vorschriften des Gesetzes geregelten allgemeinen Voraussetzungen für ein Rügeverfahren müssen vorliegen, wenn eine Rüge mit einer Geldbuße verbunden werden soll. Ob die vorgenannten Voraussetzungen bei Verstößen gegen die Fortbildungspflicht vorliegen, kann nicht pauschal gesagt werden, sondern ist von den jeweiligen Umständen des Einzelfalles abhängig. Die Entscheidung darüber obliegt dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer, dem selbstverständlich auch bei Verstößen gegen Fortbildungspflichten sämtliche anderen nach der BRAO zulässigen Reaktionsmöglichkeiten offenstehen.

Trotzdem steht zu erwarten, dass in einer nicht unberührlichen Zahl von Verletzungen der Fortbildungspflicht eine mit einer Geldbuße verbundene Rüge ein geeignetes Mittel sein kann. Dabei wird die Geldbuße einerseits so hoch sein müssen, dass Rechtsanwältinnen, die ihre Berufspflicht zur Fortbildung verletzen, wirksam angehalten werden können, sich künftig rechtmäßig zu verhalten. Die Geldbuße darf auch nicht so niedrig sein, dass ein Rechtsanwalt dazu verleitet werden könnte, zu meinen, sich seiner Fortbildungspflicht durch eine Geldzahlung entledigen zu können. Andererseits muss der Rahmen für die Geldbuße berücksichtigen, dass nur Berufsrechtsverstöße verfolgt werden können, bei denen die Schuld des Rechtsanwalts gering ist und die Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Verfahrens nicht erforderlich erscheint. Ein Bußgeldrahmen mit einer Obergrenze von 2 000 Euro erscheint deshalb angemessen, aber auch erforderlich.

Die Rechte des Rechtsanwalts werden durch die Neuregelung nicht maßgeblich tangiert, da ihm gegen eine vom Vorstand der Rechtsanwaltskammer verhängte Rüge mit Geldbuße nach § 74a BRAO der Weg zum Anwaltsgericht offensteht.

Auch wenn Anlass für die Einführung der Möglichkeit, die Rüge mit einer Geldbuße zu verbinden, die Erwartung ist, dass es durch die Einführung der Fortbildungspflichten zu einer sehr deutlich erhöhten Zahl aufsichtsrechtlicher Verfahren kommen wird, soll diese neue Sanktionsmöglichkeit vor allem auch aus systematischen Gründen nicht allein auf Verletzungen von Fortbildungspflichten begrenzt werden. Dem bei anderen berufsrechtlichen Verstößen kann sich ebenso die Wertung ergeben, dass einerseits eine Rüge nicht ausreichend, andererseits jedoch die Einleitung eines anwaltsgerichtlichen Verfahrens nicht erforderlich erscheint.

Die Verbindung der Rüge lässt sich im Übrigen auch unter dem Aspekt mit dem bestehenden Sanktionensystem vereinbaren, als die im anwaltsgerichtlichen Verfahren verhängte Geldbuße nach § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO dort gegenüber der Warnung und dem Verweis einen erhöhten Schuldvorwurf voraussetzt. Dem auch wenn die Maßnahmen in § 74a Absatz 1 Satz 2 BRAO-E einerseits und § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO andererseits aufgrund ihrer faktisch gleichen Folgen (der Pflicht zur Zahlung eines Geldbetrags) gleich bezeichnet sind, so stellen sie im Sanktionensystem jedoch eindeutig unterschiedlich schwere Maßnahmen dar. Dies zeigt

sich z. B. an ihren Rechtsfolgen (so führt gemäß § 66 Nummer 3 BRAO die Geldbuße nach § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO anders als die mit einer Geldbuße verbundene Rüge zum Verlust der Wählbarkeit) oder an ihren Tilgungsfristen nach § 205a BRAO-E (nach dessen Nummer 1 Buchstabe b Rügen, auch wenn sie mit einer Geldbuße verbunden sind, bereits nach fünf Jahren zu tilgen sind, während nach dessen Nummer 2 Geldbußen nach § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO-E – wie im Übrigen auch Verweise – erst nach zehn Jahren zu tilgen sind). Es stellt auch keinen Widerspruch dar, dass in beiden Fällen faktisch eine Geldzahlung zu erbringen ist; vielmehr zeigt gerade der Fall der Verletzung der Fortbildungspflicht, warum die Verbindung einer Rüge mit einer Geldbuße sinnvoll sein kann: Denn in diesen Fällen wird der persönliche Schuldvorwurf (anders z. B. als bei den Berufspflichtverstößen, von denen Mandantinnen oder Mandanten direkt betroffen waren) häufig nicht besonders hoch sein, wobei es jedoch wie dargelegt auch aus präventiven Gründen erforderlich erscheint den Eindruck zu vermeiden, dass man sich aus der Fortbildungspflicht ohne spürbare Folgen „herausstellen“ kann.

Würde auf die Einführung der zusätzlichen Sanktionsmöglichkeit verzichtet, stünde zu befürchten, dass es zu einer massiven Mehrbelastung der Anwaltsgerichte und der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht käme, die es zu vermeiden gilt, zumal sich dadurch auch die Dauer der Verfahren erheblich verlängern würde. Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass im Berufsrecht der Wirtschaftsprüfer durch das Gesetz zur Umsetzung der aufsichts- und berufsrechtlichen Regelungen der Richtlinie 2014/56/EU sowie zur Ausführung der entsprechenden Vorgaben der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 im Hinblick auf die Abschlussprüfung bei Unternehmen von öffentlichem Interesse (Abschlussprüferaufsichtsförderung) vom 31. März 2016 (BGBl. I S. 517) (APARC) die Sanktionsbeläge in einem noch viel weitgehenderen Maß auf den Vorstand der Wirtschaftsprüferkammer übertragen wurden, der nunmehr nach § 68 WPO berechtigt ist, nicht nur Rügen, sondern alle nach § 114 BRAO den Anwaltsgerichten vorbehaltenen Maßnahmen bis zur Ausschlussleistung aus dem Beruf selbst zu verhängen.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung des § 60 BRAO-E.

Zu Buchstabe c

Nach § 74 Absatz 7 Satz 1 BRAO-E sollen Zahlungen auf Geldbußen nach dem neuen § 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E dem Haushalt der Rechtsanwaltskammer zufließen. Dies entspricht der für Geldbußen nach § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO geltenden Regelung in § 204 Absatz 3 Satz 2 BRAO.

Die Vollstreckung der Geldbußen soll nach § 74 Absatz 7 Satz 2 BRAO-E ähnlich wie in den vergleichbar gehaltenen Fällen der Vollstreckung von Zwangsgeldern (vgl. § 57 Absatz 4 Satz 2 BRAO) sowie von Beiträgen, Umlagen, Gebühren und Auslagen (vgl. § 84 Absatz 1 BRAO) auf Grund einer vom Schatzmeister erteilten vollstreckbaren Abschrift des Rügebescheids nach den Vorschriften der ZPO erfolgen.

§ 74 Absatz 7 Satz 3 BRAO-E bestimmt, dass die Zwangsvollstreckung erst erfolgen darf, nachdem der Rügebescheid unanfechtbar geworden ist. Mit ihr muss daher zumindest bis zum Ablauf der Monatsfrist nach § 74 Absatz 5 Satz 1 BRAO gewartet werden. Hat der Betroffene nach dieser Vorschrift Einspruch eingelegt, muss jedenfalls bis zum Ablauf der Monatsfrist zur Stellung des Antrags auf gerichtliche Entscheidung nach § 74a Absatz 1 BRAO gewartet werden. Ist ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt, muss die bestandskräftige Entscheidung des Gerichts abgewartet werden, bevor die Geldbuße (selbstverständlich nach Maßgabe der gerichtlichen Entscheidung) durch die Rechtsanwaltskammer vollstreckt werden darf. Inhaltlich entspricht die Regelung damit derjenigen bei der Vollstreckung der Geldbuße nach § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO, die nach § 204 Absatz 3 Satz 1 BRAO auch erst nach Eintritt der Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung vollstreckt werden kann.

Die Regelungen in § 74 Absatz 7 Satz 4 und 5 BRAO-E entsprechen vom Gegenstand den Neuregelungen in § 57 Absatz 4 Satz 3 und 4 BRAO-E; insoweit wird daher auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 18 verwiesen.

Zu Nummer 31 (§ 74a BRAO-E)

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

In § 74a Absatz 2 BRAO wird derzeit für das Verfahren über den Antrag auf anwaltsgerichtliche Entscheidung über eine Rüge allgemein auf „die Vorschriften der Strafprozessordnung über die Beschwerde“ verwiesen.

Diese pauschale Verweisung hat schon bisher zu Auslegungsschwierigkeiten geführt; diese könnten sich dadurch, dass die Rüge nunmehr auch mit einer Geldbuße verbunden werden kann, noch verstärken. An Stelle der bisherigen allgemeinen Verweisung sollten daher zukünftig die anwendbaren Normen der StPO explizit benannt werden. Hierbei werden dem bisherigen Wortlaut der Norm entsprechend nur Vorschriften aus dem Zweiten Abschnitt des Dritten Buchs der StPO (§§ 304 bis 311a StPO) aufgenommen, wonach ausdrücklich klargestellt wird, dass andere Normen der StPO von der Verweisung in § 74a Absatz 2 Satz 2 StPO nicht erfasst werden. Dies entspricht der herrschenden Meinung in der Literatur (vgl. beispielsweise Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 74a BRAO, Rn. 7 (zu §§ 359 ff. StPO), 15 (zu §§ 138a, 138c StPO) und 30 (zu §§ 153, 153a StPO)), wurde aber zuletzt in Bezug auf die Anwendbarkeit des Verbots der Mehrfachverurteilung nach den §§ 146, 146a StPO von der Rechtsanwaltskammer des Freistaates Sachsen in einem Beschluss vom 9. April 2015 (SAG I 11/13-C 1.370/2011) anders bewertet. Eine gegen diese Entscheidung erhobene Verfassungsbeschwerde hat das Bundesverfassungsgericht zwar mit Beschluss vom 25. Februar 2016 (1 BvR 1042/15) für unzulässig erklärt. Hierbei hat es jedoch erhebliche Bedenken dagegen erkennen lassen, dass eine Anwendung der §§ 146, 146a StPO in dem Verfahren auf anwaltsgerichtliche Entscheidung über die Rüge mit der Berufsausübungsfreiheit nach Artikel 12 GG vereinbar wäre.

Von den Vorschriften des Zweiten Abschnitts des Dritten Buchs der StPO ist § 304 StPO nicht anwendbar, weil sich die Zulässigkeit des Antrags nach § 74a Absatz 1 BRAO bestimmt. Die §§ 305 und 305a StPO haben bei dem Antrag nach § 74a BRAO keinen Anwendungsbereich. Zu § 306 Absatz 1 StPO finden sich Spezialregelungen in § 74a Absatz 1 und 2 Satz 1 BRAO; § 306 Absatz 2 und 3 StPO haben wiederum im Bereich des § 74a BRAO keinen Anwendungsbereich. § 307 StPO soll, wie sich aus § 74 Absatz 7 Satz 3 BRAO-E ergibt, keine Anwendung finden. § 308 Absatz 1 Satz 1 StPO ist anwendbar, da der Vorstand der Rechtsanwaltskammer insbesondere auch zum Zweck der Abgabe der Gegenklärung (vgl. § 74 Absatz 2 Satz 3 BRAO) zu hören ist. § 308 Absatz 1 Satz 2 StPO hat zwar keinen Anwendungsbereich; eine ausdrückliche Herausnahme aus der im Übrigen geltenden Verweisung auf § 308 StPO erscheint aber nicht erforderlich. § 308 Absatz 2 StPO ist anwendbar; er bestimmt die Ermittlungsmöglichkeiten des Gerichts. § 309 Absatz 1 StPO kann die Regel entnommen werden, dass grundsätzlich im schriftlichen Verfahren entschieden wird; er soll daher für anwendbar erklärt werden. Allerdings enthält § 74a Absatz 2 Satz 5 BRAO hierzu eine ergänzende Spezialregelung. § 309 Absatz 2 StPO ist anwendbar; das Anwaltsgericht hat die in der Sache erforderliche Entscheidung selbst zu treffen. § 310 Absatz 1 und § 311 StPO haben im Bereich des § 74a BRAO keinen Anwendungsbereich; zu § 310 Absatz 2 StPO findet sich eine Spezialregelung in § 74a Absatz 3 Satz 4 BRAO. § 311a StPO soll dagegen im Hinblick auf die Geltung des § 308 Absatz 1 Satz 1 StPO ebenfalls gelten.

Zu Doppelbuchstabe bb

In Anbetracht der mit § 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E neu eingeführten Möglichkeit, die Rüge mit einer Geldbuße zu verbinden, erscheint es erforderlich klarzustellen, dass das Anwaltsgericht die Geldbuße nicht erhöhen darf oder in einem Fall, in dem nur auf eine Rüge erkannt wurde, nicht auch eine Geldbuße festsetzen darf. Da die (in § 74a Absatz 2 Satz 2 BRAO-E teilweise in Bezug genommenen) Vorschriften der StPO über die Beschwerde kein Verbot der reformato in peius beinhalten, soll die Geltung dieses Grundsatzes mit dem neuen Satz 9 explizit festgelegt werden. Die Formulierung lehnt sich dabei an § 331 Absatz 1 StPO an.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung des § 60 BRAO-E.

Zu Nummer 32 (§ 76 BRAO-E)

Die Änderung dient der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache. Statt hier allerdings den Begriff des „Bewerbers“ ebenso wie in den §§ 7 und 10 BRAO-E durch denjenigen der „antragstellenden Person“ zu ersetzen, kann er hier ganz entfallen, da „antragstellende Personen“ inhaltlich von den nachfolgend ohnehin angeführten „anderen Personen“ umfasst sind.

Zu Nummer 35 (§ 84 BRAO-E)

Der bisherige Ausschluss der Anwendbarkeit des § 767 Absatz 2 ZPO durch § 84 Absatz 3 Satz 1 BRAO führt der bereits in der Begründung zu § 57 Absatz 4 Satz 3 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 18) beschriebenen Problematik, dass der Anwendungsbereich der Vollstreckungsabwehrklage dem Wortlaut der Norm nach über das sinnvolle Maß hinaus ausgedehnt ist, weil sie beispielsweise auch die Anfechtung der Rechtmäßigkeit der der

Zahlungsaufforderung zugrunde liegenden Beschlüsse der Rechtsanwaltskammer durch die Zivilgerichte ermöglicht werden. Während die infolge dessen vom Bundesgerichtshof entwickelte, zu § 57 Absatz 4 Satz 3 BRAO-E bereits dargestellte einschränkende Auslegung des § 84 Absatz 3 Satz 1 BRAO in der Literatur überwiegend als sachgerecht bezeichnet wird (vgl. Feuerich in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 84 BRAO, Rn. 7; Lauda in: Gaier/Welf-Göckens, BRAO, 2. Auflage 2014, § 84 BRAO, Rn. 5), wird sie von Kleine-Cossek (BRAO, 5. Auflage 2008, § 84 BRAO, Rn. 4) mit guten Gründen als dem Wortlaut der Norm nicht gerecht werdend kritisiert. Zukünftig soll daher gesetzlich klargestellt werden, dass Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, grundsätzlich im Wege der Anfechtung der vollstreckbaren Zahlungsaufforderung nach § 112a Absatz 1 BRAO zu erheben sind. Nur soweit sie dort nicht erhoben werden konnten, soll die Vollstreckungsabwehrklage nach § 767 ZPO zulässig sein. Insoweit erscheint dann hauptsächlich der Einwand der Erfüllung durch Zahlung oder Aufrechnung denkbar (vgl. Hartung in: Henssler/Pritting, BRAO, § 84 BRAO, Rn. 6).

Zur (im Wesentlichen nur redaktionellen) Neufassung des § 84 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E wird auf die Begründung zu § 57 Absatz 4 Satz 4 BRAO-E verwiesen.

Zu Nummer 38 (§ 87 BRAO-E)

Soweit in § 87 Absatz 1 BRAO derzeit von der „Einberufung der Kammer“ gesprochen wird, wird richtigerweise nicht die „Kammer“ einberufen, sondern die „Kammerversammlung“. Im Übrigen wird auf die Begründung zu § 63 BRAO-E verwiesen.

Zu Nummer 39 (§ 88 BRAO-E)

Zu den Änderungen in § 88 Absatz 1 und Absatz 3 Satz 1 wird auf die Begründung zu § 63 BRAO-E verwiesen.

Die Wahlen nach § 88 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E werden richtigerweise nicht von der „Kammer“, sondern der „Kammerversammlung“ durchgeführt.

In § 88 Absatz 5 BRAO-E müsste es wie in § 88 Absatz 3 Satz 1 BRAO-E eigentlich „Beschlüsse der Kammerversammlung“ und nicht „Beschlüsse der Kammer“ heißen. Statt dieser Änderung erscheint es jedoch auch vereinfachend möglich, auf den Zusatz insgesamt zu verzichten, zumal er für die anschließenden Wahlen („der Kammerversammlung“) auch nicht verwendet wird.

Zu Nummer 40 (§ 89 BRAO-E)

§ 89 BRAO regelt die Aufgaben der Versammlung der Kammer. Die bisher in § 89 Absatz 2 Nummer 1 BRAO enthaltene Aufgabe, den Vorstand zu wählen, fällt in Anbetracht der Änderung des § 64 Absatz 1 BRAO-E zukünftig weg.

Die derzeit in § 89 Absatz 3 BRAO enthaltene Festlegung, nach der sich „die Kammer“ eine Geschäftsordnung gibt, passt dem Wortlaut nach nicht zu der Überschrift des § 89 BRAO, nach der die Norm die Aufgaben der „Kammerversammlung“ bestimmt. Inhaltlich ist es allerdings so, dass es zu den Aufgaben der Kammerversammlung gehört, eine Geschäftsordnung „der Kammer“ (und nicht etwa nur eine Geschäftsordnung der „Versammlung der Kammer“) zu beschließen. Dies wird beispielsweise an § 77 Absatz 1 Satz 1 BRAO deutlich: Die Bildung mehrerer Abteilungen durch den Vorstand (die durch die Geschäftsordnung der Kammer zugelassen sein muss) stünde in keinem Zusammenhang mit einer auf die Kammerversammlung beschränkten Geschäftsordnung.

Die nach dem stehenden bestehende Aufgabe der Kammerversammlung, über eine Geschäftsordnung der Kammer zu beschließen, soll daher zukünftig in § 89 Absatz 2 Nummer 1 BRAO-E festgelegt werden; der bisherige § 89 Absatz 3 BRAO kann dann entfallen.

Zu Nummer 41 (§ 112a BRAO-E)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung. Die Bundesrechtsanwaltskammer wird mit Ausnahme des Vierten Abschnitts des Fünftens Teils der BRAO (§§ 112a bis 112g BRAO) an keiner anderen Stelle der BRAO unter den Begriff der „Rechtsanwaltskammer“ subsumiert, vielmehr werden die Begriffe „Rechtsanwaltskammer“ und „Bundesrechtsanwaltskammer“ – aus gutem Grund – immer differenziert verwendet. Schon deshalb erscheint die derzeit in § 112a Absatz 1 enthaltene Wendung „Rechtsanwaltskammern, einschließlich der Bundesrechtsanwaltskammer“ unglücklich. Zudem führt die Gleichstellung in § 112f Absatz 2 BRAO zu Auslegungsschwierigkeiten, so dass zukünftig auch im Vierten Abschnitt des Fünftens Teils der BRAO die Rechtsanwaltskammern und

die Bundesrechtsanwaltskammer gesondert bezeichnet werden sollen. Inhaltlich soll die Bundesrechtsanwaltskammer aber von § 112a Absatz 1 BRAO-E weiterhin erfasst bleiben. Bei der Neufassung wurde zur Vereinfachung auf den Passus „einer nach diesem Gesetz errichteten“ (Rechtsanwaltskammer) verzichtet, weil nicht ersichtlich ist, dass Rechtsanwaltskammern auch nach anderen Gesetzen errichtet werden können.

Zu Nummer 42 (§ 112d BRAO-E)

Die Änderungen schließen an diejenige in § 112a Absatz 1 BRAO-E an und erfolgen zur begrifflichen Differenzierung zwischen den Rechtsanwaltskammern und der Bundesrechtsanwaltskammer.

Zu Nummer 43 (§ 112f BRAO-E)

Zu Absatz 1

Es handelt sich zum einen um eine Folgeänderung zur Änderung des § 64 Absatz 1 BRAO-E. Da die Wahlen zum Vorstand der Rechtsanwaltskammer zukünftig nicht mehr durch die Versammlung der Kammer erfolgen, handelt es sich bei ihnen nicht mehr um Wahlen eines Organs der Rechtsanwaltskammer im Sinne des derzeitigen § 112f Absatz 1 BRAO. Da die Anfechtbarkeit der Wahlen aber wie bisher bestehen bleiben soll, sollen die Wahlen zukünftig in § 112f Absatz 1 Nummer 2 BRAO-E gesondert als möglicher Klagegegenstand genannt werden.

Die dort gewählte allgemeine Formulierung „Wahlen zu Organen der Rechtsanwaltskammer und der Bundesrechtsanwaltskammer“ erfasst zudem insbesondere die Wahlen zur Satzungsversammlung nach § 191b BRAO. Diese sind derzeit deshalb von § 112f Absatz 1 BRAO erfasst, weil § 191a Absatz 4 BRAO sie als „Wahlen der Versammlung der Kammer“ (und somit eines Organs der Bundesrechtsanwaltskammer) bezeichnet. Diese Konstruktion trifft allerdings nicht mehr wirklich zu: vielmehr werden die Wahlen nach § 191b BRAO unabhängig von einer Kammerversammlung durchgeführt. Deshalb soll die Bezeichnung der Wahl nach § 191b BRAO als solche der Kammerversammlung zukünftig auch entfallen (vgl. dazu Artikel 1 Nummer 56); die Anwendbarkeit des § 112f BRAO-E auf sie ist dann durch dessen neuen Absatz 1 Nummer 2 gewährleistet.

Zudem wird mit der Neufassung des § 112f Absatz 1 BRAO-E im Anschluss an die Ausführungen zu § 112a BRAO-E die getrennte Benennung von Rechtsanwaltskammern und Bundesrechtsanwaltskammer fortgeführt. In Anbetracht der nach dem Vorstehenden notwendigen Ergänzungen werden die in Betracht kommenden Fälle zur Wahrung der Übersichtlichkeit nach Nummern unterschieden.

Zu den Absätzen 2 und 3

Die bisherige im Vierten Abschnitt des Fünften Teils angelegte Subsumtion der Bundesrechtsanwaltskammer unter den Begriff der Rechtsanwaltskammer führt nach dem Wortlaut des derzeitigen § 112f Absatz 2 Satz 1 BRAO, nach dem Wahlen und Beschlüsse der Kammern „durch ihre Mitglieder“ anfechtbar sein sollen, im Fall der Bundesrechtsanwaltskammer (deren Mitglieder nach § 175 Absatz 1 BRAO die Rechtsanwaltskammern sind) dazu, dass klageberechtigtes „Mitglied der Rechtsanwaltskammer“ die „Rechtsanwaltskammer“ selbst ist. Diese Formulierung erscheint ungleichförmig und könnte möglicherweise sogar dahingehend verstanden werden, dass nicht die Rechtsanwaltskammern, sondern die einzelnen Mitglieder der Rechtsanwaltskammern (auch) gegen Wahlen und Beschlüsse der Bundesrechtsanwaltskammer klagen können, was aber nicht beabsichtigt ist (wie sich dies auch aus der Vorgängernorm des § 112f Absatz 2 Satz 1 BRAO, dem bis zum 31. August 2009 geltenden § 191 Absatz 2 BRAO, eindeutig ergab). Mit der neuen Formulierung in § 112f Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 BRAO-E werden die Klagebefugnisse daher nunmehr eindeutig klargestellt. Unter die Fälle der danach möglichen Klagen gegen eine Rechtsanwaltskammer fallen dabei auch die von den Rechtsanwaltskammern durchgeführten Wahlen der Mitglieder der Satzungsversammlung nach § 191b BRAO.

§ 112f Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 BRAO-E werden lediglich redaktionell an die Änderung in § 112f Absatz 2 Satz 1 BRAO-E angepasst; inhaltlich bleiben sie unverändert.

Zu Nummer 44 (§ 112h BRAO-E)

Die Änderung dient der Umsetzung von Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie.

a) Anwendungsbereich des Artikels 56a der Richtlinie

Durch den mit der Richtlinie 2013/55/EU neu eingefügten Artikel 56a der Richtlinie wird ein Vorwarnmechanismus installiert. Dieser greift nach Artikel 56a Absatz 1 der Richtlinie vor allem bei Berufsverboten, über die im

Fall ihrer Verlängerung in einem Mitgliedstaat unmittelbar auch die anderen Mitgliedstaaten zu informieren sind. Allerdings ist der Anwendungsbereich des Absatzes 1 auf Heil- und Erziehungsernte beschränkt und somit für Rechtsanwältinnen nicht einschlägig. Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie begründet aber darüber hinaus einen Vorwarnmechanismus auch für solche (allerdings vermutlich sehr seltenen) Fälle, in denen ein Gericht feststellt, dass ein Berufungsgericht, der die Anerkennung seiner Berufsqualifikation nach der Richtlinie beantragt hat, dabei einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat. Hierüber sind dann die anderen Mitgliedstaaten ebenfalls innerhalb von drei Tagen zu unterrichten. Der Anwendungsbereich des Artikels 56a Absatz 3 der Richtlinie ist dem Wortlaut nach (anders als der des Absatzes 1) nicht auf Heil- und Erziehungsernte beschränkt. Soweit man in Anbetracht dessen, dass Artikel 56a der Richtlinie in seinem hauptsächlichsten, in Absatz 1 geregelten Anwendungsbereich eine entsprechende Beschränkung entläßt, aus systematischen Erwägungen überlegen könnte, dass auch Absatz 3 nur für Heil- und Erziehungsernte gelten soll, ist die Europäische Kommission dem eindeutig entgegengetreten. Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie ist daher auch für Rechtsanwältinnen anzuwenden.

Der Anwendungsbereich des Artikels 56a Absatz 3 der Richtlinie umfasst zunächst die Fälle, in denen ein in Deutschland nach § 4 Satz 1 Nummer 3 BRAO-E (d. h. auf der Grundlage der §§ 16 und 16a EuRAG-E) zugelassener europäischer Rechtsanwalt im Rahmen des Verfahrens nach den §§ 16 ff. EuRAG-E einen gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet hat. Der Anwendungsbereich wird aber zumindest in aller Regel auch dann eröffnet sein, wenn ein in Deutschland nach § 4 Satz 1 Nummer 1 BRAO-E zugelassener Rechtsanwalt sich auf der Grundlage des Teils III der Richtlinie in einem anderen Mitgliedstaat hat zulassen lassen. Dem im Regelfall wird er bei beiden Zulassungen denselben gefälschten Berufsqualifikationsnachweis verwendet haben. Deshalb soll Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie auch für beide Fälle umgesetzt werden.

Die Feststellung der Verwendung eines gefälschten Berufsqualifikationsnachweises wird in anwaltsgerichtlichen Verfahren zumindest ganz überwiegend in Verfahren über die Zulassung des Rechtsanwalts oder deren Rücknahme auftreten, die den Anwaltsgerichten nach § 112a Absatz 1 BRAO zugewiesen sind.

b) Für die Warnmitteilung zuständige Stelle

Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie sieht vor, dass die Warnmitteilung der anderen Mitgliedstaaten durch das europäische Binnenmarkt-Informationssystem („Internal Market Information System“ – IMI) erfolgt. Das IMI wurde durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/497/EG der Kommission (ABl. L 316 vom 14.11.2012, S. 1) eingerichtet. Zum IMI ist zudem die Durchführungsverordnung (EU) 2015/983 der Kommission vom 24. Juni 2015 betreffend das Verfahren zur Ausstellung des europäischen Berufsausweises und die Anwendung des Vorwarnmechanismus gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 27) ergangen. An das IMI können grundsätzlich alle nationalen Behörden und Gerichte angeschlossen werden, so dass als Verpflichtung für die nach Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie vorgeschriebene Warnmitteilung sowohl die Anwaltsgerichte als auch die Rechtsanwaltskammern in Betracht kommen. Der Entwurf sieht dabei vor, die Warnmitteilung über das IMI durch die Rechtsanwaltskammern vornehmen zu lassen, weil diese nach § 38 Absatz 1 EuRAG-E auch für alle anderen über das IMI zu sendende Mitteilungen über berufs- und strafrechtliche Sanktionen zuständig sind. Die Rechtsanwaltskammern kennen sich daher mit dem IMI-System aus. Bei ihnen laufen zudem alle Informationen über berufswissenschaftlich relevante Sachverhalte eines Rechtsanwalts zusammen. Ihnen ist der Adressatenkreis der Mitteilungen bekannt und sie können besser prüfen, welche weiteren Informationen gegebenenfalls noch mit zu übermitteln sind. Schließlich wird durch diese Lösung vermieden, dass alle Anwaltsgerichte zusätzlich zu den Rechtsanwaltskammern an das IMI angeschlossen werden müssen.

c) Frist

Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie gibt vor, dass die Warnmitteilung über das IMI „spätestens drei Tage nach Annahme der Gerichtsentcheidung“ zu erfolgen hat. Die Formulierung „Annahme der Gerichtsentcheidung“ wird so verstanden, dass damit die Rechtskraft des Urteils gemeint ist. Eine andere (von der Europäischen Kommission allerdings schon vorgebrachte) Auslegung, nach der jede (auch nicht rechtskräftige) Gerichtsentscheidung erfasst sein soll, dürfte zum einen dem Wortlaut der Bestimmung nicht werden und erschiene vor allem im Hinblick darauf, dass die Entscheidung nach nicht rechtskräftig ist, auch inhaltlich problematisch. Denn die Mitteilung könnte für die Reputation und gegebenenfalls auch die Beteiligungsmöglichkeit der betroffenen

Rechtsanwältin erhebliche nachteilige Folgen haben, für die der Staat im Fall der Aufhebung des Urteils dann auch haftungserfüllend einzustehen haben dürfte.

Damit die Rechtsanwaltskammer die Mitteilung über das IMI innerhalb von drei Tagen nach Eintritt der Rechtskraft vornehmen kann, ist es erforderlich, dass das Amtsgericht sie spätestens am Tag nach dem Eintritt der Rechtskraft über den Eintritt informiert. Dies wird durch den neuen § 112b BRAO-E vorgesehen. Eine ausdrückliche Bestimmung, welches Gericht die Mitteilung in dem Fall vornimmt, in dem die Akten dem Berufungsgericht vorliegen, trifft die Vorschrift nicht. Diese Festlegung und auch die Frage, ob und von wem die Entscheidung zuvor mit einem Rechtskraftvermerk versehen werden muss, sollen der Gerichtsorganisation vorbehalten bleiben.

Zu Nummer 45 (§ 115a BRAO-E)

§ 115a BRAO regelt das Verhältnis des Rügeverfahrens nach den §§ 74, 74a BRAO zum anwaltschaftlichen Verfahren. Eine erteilte Rüge steht dabei der Einleitung eines anwaltschaftlichen Verfahrens nicht entgegen (§ 115a Absatz 1 Satz 1 BRAO). Diese Regelung soll für den Fall der vorgeschlagenen neuen Sanktion einer mit einem Bußgeld bis zu 9000 Euro verbundenen Rüge (§ 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E) modifiziert werden. Angesichts des erhöhten Strafcharakters einer Geldbuße und unter Berücksichtigung des Verbots der Doppelbestrafung soll in diesem Fall eine anwaltschaftliche Abmündung nach erteilter Rüge nur dann möglich sein, wenn die weitere Abmündung neben der bußgeldbewehrten Rüge erforderlich ist. Maßstab für die Erforderlichkeit soll dabei § 115b BRAO sein, der das Verhältnis des anwaltschaftlichen Verfahrens zu Strafen und anderweitigen Abmündungen regelt und auf den § 115a Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 2 BRAO-E verweist. Wenn eine Verletzung der Fortbildungspflicht gerügt und dies mit einer Geldbuße verbunden worden ist, kann deshalb ein anwaltschaftliches Verfahren nur noch dann eingeleitet werden, wenn eine anwaltschaftliche Maßnahme zusätzlich erforderlich ist, um den Rechtsanwalt zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten und das Ansehen der Rechtsanwaltschaft zu wahren.

Zu Nummer 46 (§ 115c BRAO-E)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung des § 60 BRAO-E.

Zu Nummer 47 (§ 163 BRAO-E)

Der Passus „dieses Gesetz“ soll aus rechtsförmlichen Gründen entfallen, da nicht zweifelhaft ist, dass § 51 Absatz 7 der BRAO in Bezug genommen wird.

Zu Nummer 48 (§ 168 BRAO-E)

Zur Herbeiführung einer geschlichtungsgerechten Sprache soll der Begriff des „Bewerbers“ um denjenigen der „Bewerberin“ ergänzt werden.

Zu Nummer 49 (§ 173 BRAO-E)

In § 173 Absatz 3 Satz 1 BRAO wird derzeit in Bezug auf die von der Norm erfassene Vertretungsfälle unter anderem auf § 53 Absatz 2 Satz 2 BRAO verwiesen, der allerdings die durch den Rechtsanwalt selbst erfolgende Vertreterbestellung (für ein Kalendervierteljahr) betrifft. Tatsächlich will die Verweisung jedoch den Fall des § 53 Absatz 2 Satz 3 BRAO erfassen, der diejenige Vertreterbestellung betrifft, die üblicherweise durch die Rechtsanwaltskammer (und bei der Rechtsanwaltskammer beim Bundesgerichtshof in Anbetracht des § 163 Satz 1 BRAO ausnahmsweise durch das Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz) erfolgt. Die Verweisung ist daher auf § 53 Absatz 2 Satz 3 BRAO zu ändern; im Übrigen handelt es sich um rechtsförmliche Änderungen.

Zu den Nummern 50 bis 52 (§§ 177, 178 und 180 BRAO-E)

In § 177 Absatz 2, § 178 Absatz 3 und § 180 BRAO werden derzeit mit dem Wort „Kammer“ zum einen die Bundesrechtsanwaltskammer (im einleitenden Satzteil des § 177 Absatz 2 und in § 180 BRAO) und die Rechtsanwaltskammer (in § 177 Absatz 2 Nummer 1 und § 178 Absatz 3 BRAO) bezeichnet. Hier werden die jeweils gemeinten Stellen zukünftig eindeutig benannt.

Zu Nummer 53 (§ 185 BRAO-E)

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung zur Herstellung einheitlicher Bezeichnungen. In der gesamten BRAO wird der (kurz-)Begriff der „Kammer“ ausschließlich für die Rechtsanwaltskammer verwendet, lediglich in § 185 Absatz 2 Satz 2 BRAO wird er als Kürzel für die Bundesrechtsanwaltskammer verwendet. Zudem wird

der Begriff der „Hauptversammlung“, die es nur bei der Bundesrechtsanwaltskammer gibt, an allen anderen Stellen ohne den Zusatz „der Kammer“ verwendet. Daher ist dieser Zusatz auch hier zu streichen.

Zu Nummer 54 (§ 187 BRAO-E)

Derzeit korrespondiert der Gegenstand der Überschrift des § 187 BRAO („Versammlung der Mitglieder“) nicht mit dem Text der Norm, der die Mitglieder der Bundesrechtsanwaltskammer (d. h. die Rechtsanwaltskammer) in keiner Form erwähnt. Um dies zu ändern wird in § 187 BRAO verwendet Begriff der Hauptversammlung zukünftig als Legaldefinition der Versammlung der Mitglieder der Bundesrechtsanwaltskammer ausgestaltet.

Zu Nummer 55 (§ 191a BRAO-E)

Die in § 191a Absatz 4 BRAO enthaltene Aussage, nach der es sich bei der Wahl der Mitglieder der Satzungsversammlung um Wahlen der Versammlung der Kammer handle, entspricht nicht der Realität. Vielmehr handelt es sich um von den einzelnen Rechtsanwaltskammern eigenständig durchgeführte Wahlen. Deshalb soll der entsprechende Passus gestrichen werden. Anlässlich dieser Änderung soll der sprachlich derzeit wenig glückliche Absatz insgesamt verständlicher und übersichtlicher gefasst werden. Zudem soll die durch das Gesetz zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) vorgenommene Änderung des § 180 Absatz 1 Satz 2 BRAO auch im Kontext des § 191a Absatz 4 BRAO-E nachvollzogen werden. Seit dieser Änderung kam in das Präsidium der Bundesrechtsanwaltskammer auch wiedergewählt werden, wer nicht mehr Präsident, sondern „nur“ noch Mitglied des Vorstands einer Rechtsanwaltskammer ist. In diesem Fall sollte das Präsidiumsmitglied dann aber auch an den Diskussionen der Satzungsversammlung teilnehmen können.

Zu Nummer 56 (§ 191b BRAO-E)

In § 191b Absatz 1 und Absatz 2 Satz 1 BRAO-E soll zukünftig – auch im Hinblick auf § 112f Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 BRAO-E – klarer zum Ausdruck gebracht werden, dass es sich um Wahlen der einzelnen Rechtsanwaltskammern handelt.

§ 191b Absatz 2 Satz 1 BRAO bestimmt, dass die Mitglieder der Satzungsversammlung bei der Bundesrechtsanwaltskammer durch Briefwahl gewählt werden. Durch den neuen Satz 2 soll künftig – wie für die Wahlen der Vorstände der Rechtsanwaltskammern (siehe Begründung zu § 64 Absatz 1 BRAO-E) – auch für die Wahl zur Satzungsversammlung die elektronische Wahl ermöglicht werden. Die Entscheidung hierüber obliegt den regionalen Rechtsanwaltskammern, die die Einzelheiten der Wahlen in ihren Wahlordnungen regeln (vgl. Weyland in: Feuerfeld/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 191b BRAO, Rn. 12 ff.).

Bei der Änderung in § 191b Absatz 2 Satz 3 BRAO-E handelt es sich um eine redaktionelle Änderung, die daraus resultiert, dass es sich bei § 191b Absatz 2 Satz 3 BRAO derzeit um keinen vollständigen Satz handelt.

In § 191b Absatz 2 Satz 5 BRAO-E soll zur Herbeiführung einer geschlichtungsgerechten Sprache der Begriff der „Bewerber“ um denjenigen der „Bewerberinnen“ ergänzt werden.

Zu Nummer 57 (§ 191d BRAO)

Die Änderung in § 191d Absatz 1 BRAO-E dient wie die Änderung der Überschrift der Norm durch Artikel 1 Nummer 65 im Anschluss an die Änderung des Begriffs der „Versammlung der Kammer“ (vgl. dazu die Begründung zu § 63 BRAO-E) einer Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten.

Die Aufhebung des § 191d Absatz 5 BRAO ist eine Folge der Änderung des § 191c BRAO-E, so dass auf die nachfolgende Begründung zu Artikel 1 Nummer 58 verwiesen wird.

Zu Nummer 58 (§ 191e BRAO-E)

Mit der Neuregelung wird vor allem ein Versuchen korrigiert, dass im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Gesetz zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und Patentanwälte vom 2. September 1994 aufgetreten ist und das dazu geführt hat, dass derzeit in § 191d Absatz 5 und § 191e Absatz 5 BRAO zwei unterschiedliche Regelungen zum Inkrafttreten der von der Satzungsversammlung gefassten Beschlüsse enthalten sind. Nachdem im damaligen Regierungsentwurf neben der Inkraftsetzungsregelung des § 191d Absatz 5 BRAO in § 191e BRAO-E lediglich vorgesehen war, dass die Beschlüsse der Satzungsversammlung (auf Antrag des Bundesministeriums der Justiz oder einer Rechtsanwaltskammer) durch den Bundesgerichtshof für nichtig oder unwirksam erklärt werden können sollten, wurde durch den Rechtsausschuss die geltende Fassung des § 191e BRAO gewählt, wobei die Doppelung der Regelungen zum Inkrafttreten unbemerkt blieb. Diese Doppelung wird mit der Neuregelung

beseitigt und zugleich das im Wesentlichen der bereits geübten Praxis entsprechende Verfahren nach der Beschlussfassung durch die Satzungsversammlung näher präzisiert, um insoweit für Rechtsklarheit und Rechtssicherheit zu sorgen.

§ 191e Absatz 1 Satz 1 BRAO-E regelt, dass der Vorsitzende der Satzungsversammlung (d. h. nach § 191d Absatz 1 Satz 1 BRAO der Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer) die von der Satzungsversammlung gefassten Beschlüsse zur Berufsunordnung dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zuzuleiten hat. Dies entspricht inhaltlich dem bisherigen § 191e BRAO, nach dem (nur) die die Satzungen (d. h. die BORA und die Fachanwaltsordnung) betreffenden Beschlüsse zur Überprüfung zu übersenden sind, nicht aber etwa solche zur Geschäftsordnung.

Auch § 191e Absatz 1 Satz 2 BRAO-E entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 191e BRAO, wobei er klarstellt, dass Prüfungsmaßstäbe die in § 176 Absatz 2 BRAO normierte Staatsaufsicht des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ist. Dabei ist trotz der in der Literatur teilweise unterschiedlich verwendeter Begrifflichkeiten anerkannt, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Kern die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens, die Einhaltung der Ermächtigung des § 59b BRAO und die Vereinbarkeit der Regelung mit höherrangigem Recht zu prüfen hat (vgl. Dahms in: Gaier/Wolf/Göckel, Anwaltsliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 191e BRAO, Rn. 1; Weyland in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 191e BRAO, Rn. 2; Horsting in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Auflage 2014, § 191e BRAO, Rn. 3). Sprachlich wird mit der Neufassung klargestellt, dass nicht die (nach gar nicht in Kraft getretene) Satzung selbst, sondern der ihre Änderung bedachtigende Beschluss (bzw. ein Teil desselben) aufgehoben wird.

Mit § 191e Absatz 1 Satz 3 BRAO-E wird im Hinblick auf die insoweit bisher unklare Rechtslage klargestellt, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz der Bundesrechtsanwaltskammer Gelegenheit zur Stellungnahme geben soll, soweit es eine Aufhebung des Beschlusses oder eines Teils davon in Betracht zieht. Neben der nicht eindeutig geklärten Frage, ob in diesen Fällen überhaupt eine Anhörung zu erfolgen hat, besteht bisher auch das Problem, dass die Satzungsversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer als beschließendes Organ in aller Regel schon deshalb nicht angehört werden kann, weil sie zumeist nicht innerhalb der Dreimonatsfrist zusammentritt. Insoweit wird daher nunmehr klargestellt, dass anzuhörende Stelle die Bundesrechtsanwaltskammer selbst ist.

§ 191e Absatz 2 BRAO-E entspricht inhaltlich im Wesentlichen dem bisherigen § 191d Absatz 5 BRAO. Er erfasst anders als Absatz 1 alle von der Satzungsversammlung gefassten Beschlüsse, d. h. auch solche, die nicht dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz vorzulegen sind. Zeitlich kommen die Beschlüsse ab dem Zeitpunkt veröffentlicht werden, ab dem feststeht, dass sie nicht der Aufhebung unterfallen. Dies ist bei dem Bundesministerium nicht zu übermittelnden Beschlüssen unmittelbar der Fall; bei zu übermittelnden Beschlüssen sind die Voraussetzungen gegeben, wenn das Bundesministerium erklärt hat, die Beschlüsse nicht aufzuheben oder es innerhalb der Dreimonatsfrist keine Aufhebung vorgenommen hat.

Zu Nummer 59 (§ 204 BRAO-E)

Die Ergänzung des § 204 Absatz 3 BRAO-E um die neuen Sätze 2 und 3 schließt an die Änderungen in § 57 Absatz 4 Satz 3 und 4, § 74 Absatz 7 Satz 4 und 5 sowie § 84 Absatz 3 BRAO-E an und sorgt dafür, dass in allen diesen vergleichbaren Fällen zukünftig eine einheitliche Handhabung gewährleistet wird. Bisher ist unter anderem streitig, ob in dem Fall, in dem gegen eine anwaltschaftlich festgesetzte Geldbuße Einwendungen in der Sache selbst erhoben werden, das Anwaltsgericht nach § 116 Satz 2 BRAO in Verbindung mit § 458 Absatz 1 SPO (so Anwaltsgerichtshof/Hamm, Beschluss vom 6. April 2001, (2) 6 EVY 2/01) oder das zuständige Zivilgericht nach § 767 ZPO (so BGH, Beschluss vom 20. April 2009, NJW-RK 2009, S. 1581) zu entscheiden hat. Dabei erscheint derzeit in Anbetracht dessen, dass § 767 Absatz 1 ZPO das „Prozessgericht des ersten Rechtszugs“ für zuständig erklärt, auch noch die dritte Lösung denkbar, nach der das Anwaltsgericht, das in erster Instanz über die Geldbuße entschieden hat, nach § 767 ZPO zu entscheiden hätte. Zudem ist derzeit jedenfalls in dem Fall, in dem entsprechend der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ein Zivilgericht nach § 767 ZPO entscheidet, unklar, inwieweit dieses an die Entscheidung des Anwaltsgerichts gebunden ist (vgl. dazu BGH, a. O., und Feuerich in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 204 BRAO, Rn. 7). Zur Klärung dieser Fragen wird durch § 204 Absatz 3 Satz 3 BRAO-E zukünftig die Zuständigkeit des nach § 797 Absatz 5 ZPO zuständigen Gerichts bestimmt. Dies entspricht den Regelungen in § 57 Absatz 4 Satz 4, § 74 Absatz 7 Satz 5 sowie § 84 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E und erscheint unter anderem auch deshalb sachgerecht, weil für Einwendungen nach § 766 ZPO nach § 764

ZPO ebenfalls die Zivilgerichte zuständig sind. Zu der Frage, welche Einwendungen in dem Verfahren nach geltend gemacht werden können, wird durch § 204 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E in sinngemäßer Umsetzung von § 767 Absatz 2 ZPO sowie von § 57 Absatz 4 Satz 3, § 74 Absatz 7 Satz 4 und § 84 Absatz 3 Satz 1 BRAO-E bestimmt, dass nur noch solche Einwendungen zu berücksichtigen sind, die in dem anwaltschaftlichen Verfahren über die Geldbuße nicht geltend gemacht werden konnten.

Zu Nummer 60 (§ 205a BRAO-E)

Der die Tilgung von Eintragungen über einen Rechtsanwalt betreffende § 205a BRAO soll in verschiedenen Punkten angepasst und dabei insgesamt übersichtlicher strukturiert werden. Dabei übernimmt der neue Absatz 1 im Grundsatz alle Inhalte der bisherigen Absätze 1, 5 und 6, so dass die Absätze 5 und 6 entfallen können.

Im neuen Absatz 1 entsprechen die Sätze 1 und 2 mit Ausnahme der in den neuen Satz 4 verschobenen Bestimmung der jeweiligen Fristen den bisherigen Sätzen 1 und 2. Der neue Satz 3 stellt in Anbetracht der zunehmenden elektronischen Aktenführung klar, dass die Sätze 1 und 2, die ihrem Wortlaut nach noch auf die Papieraktenstellung, bei elektronischer Aktenführung sinngemäß gelten. Das heißt, dass die betreffenden Daten nach Fristablauf zu löschen sind.

Im neuen Satz 4 entspricht Nummer 1 Buchstabe a der bisherigen Regelung in Absatz 1 Satz 1 Alternative 1. Nummer 1 Buchstabe b entspricht dem bisherigen Absatz 4; hier wird in Anbetracht der mit § 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E neu eingeführten Möglichkeit, die Rüge mit einer Geldbuße zu verbinden, lediglich noch klargestellt, dass die fünfjährige Frist auch bei solchen Geldbußen gilt.

Die Buchstaben c und d der Nummer 1 des Satzes 4 entsprechen grundsätzlich dem bisherigen Absatz 6 Satz 1. Allerdings wird die bisher bestehende Einschränkung, nach der die Tilgung nur auf Antrag des Rechtsanwalts erfolgt, aus datenschutzrechtlichen Gründen aufgehoben. Dies erfolgt unter anderem im Hinblick auf die vermutlich ab 2018 unmittelbar geltende Datenschutzgrundverordnung, nach der personenbezogene Daten zwingend zu löschen sind, wenn sie für die Zwecke, für die sie erhoben wurden (oder andere zulässige Zwecke) nicht mehr erforderlich sind. Wie sie schon aus der bisherigen Regelung ergibt, tritt dieser Zeitpunkt grundsätzlich nach fünf Jahren ein. Dann darf die Datenlöschung aber nicht noch von einem zusätzlichen Antrag des Rechtsanwalts abhängen. Die bisherige Regelung erscheint dabei auch schon aus dem Grunde zweifelhaft, weil das Fehlverhalten des Rechtsanwalts in den im bisherigen Absatz 6 geregelten Fällen in aller Regel weniger schwerwiegend als in den Fällen der bisherigen Absätze 1 und 5 gewesen haben dürfte, wobei jedoch in den Fällen der Absätze 1 und 5 eine Tilgung auch ohne Antrag des Rechtsanwalts eintritt. Soweit Ziel der Einschränkung im bisherigen Absatz 6 ist, dass dem Rechtsanwalt die Möglichkeit gegeben werden soll, sich insbesondere bei eingestellten Verfahren auch nach Ablauf der Frist mittels Unterlagen aus den Akten exkulpieren zu können (vgl. dazu Feuerich in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 205a BRAO, Rn. 18 unter Hinweis auf die Gesetzesbegründung in Bundesdrucksache 11/3253, S. 27), hat sich der Rechtsanwalt zukünftig gegebenenfalls für ihn wichtige Dokumente vor Ablauf der Tilgungsfrist in Kopie zu besorgen, soweit ihm die Entscheidungen (was in aller Regel der Fall sein wird) nicht ohnehin schon übermittelt worden waren. Die beabsichtigte Änderung entspricht im Übrigen der Änderung, die für Wirtschaftsprüfer mit der Änderung des § 126a Absatz 5 der Wirtschaftsprüferordnung durch das APARcG erfolgt ist.

Satz 4 Nummer 2 entspricht dem bisherigen Absatz 1 Satz 1 Alternative 2, wobei hier lediglich in Abgrenzung zur Geldbuße nach § 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E klargestellt wird, dass die Regelung nur die Geldbuße nach § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO erfasst.

Mit Satz 4 Nummer 3 wird neu geregelt, dass auch die Eintragung von Verneinungsverboten nach § 114 Absatz 1 Nummer 4 BRAO nach Ablauf einer bestimmten Frist zu tilgen ist. Bisher unterlagen diese Eintragungen überhaupt keiner Tilgung (vgl. Feuerich, a. O. Rn. 4). Dies erscheint jedoch nicht sachgerecht. Zwar werden Verneinungsverboten in aller Regel schwerwiegende Verfehlungen des Rechtsanwalts zugrunde gelegen haben, jedoch sollte der Rechtsanwalt auch in diesen Fällen ein Recht darauf haben, dass diese ihm nicht während seiner gesamten Berufstätigkeit zur Last gelegt werden können.

Soweit der bisherige Satz 3 des ersten Absatzes zukünftig entfallen soll, ist damit keine inhaltliche Änderung beabsichtigt. Die Streichung erfolgt lediglich deshalb, weil der Satz keinen erkennbaren über den (unverändert bleibenden) Absatz 4 hinausgehenden Regelungsinhalt hat und somit überflüssig erscheint.

Bei den Änderungen in den Absätzen 2 und 4 handelt es sich um relationelle Folgeänderungen der neuen Systematik, nach der auch die bisherigen Gegenstände der Absätze 5 und 6 jetzt von Absatz 1 erfasst werden.

Zu Nummer 61 (§ 207 BRAO-E)

Zu Buchstabe a

Die Änderung ist redaktioneller Art und dient einer einheitlichen Bezeichnung des nach den §§ 206 und 207 BRAO in Deutschland niedergelassenen ausländischen Rechtsanwalts innerhalb des § 207 BRAO-E. Während dieser in Absatz 1 Satz 3 bisher als „Mitglied der Rechtsanwaltskammer“ und in Absatz 3 Satz 1 schlicht als „Anwalt“ bezeichnet wurde, ist er zukünftig auch in Absatz 4 zu benennen, wobei jedoch beide vorgenannten Bezeichnungen nicht passend gewesen wären. Um zumindest innerhalb einer Norm Gleiches gleich zu benennen wird für ihn nunmehr die Bezeichnung „niedergelassener ausländischer Rechtsanwalt“ verwendet. Diese Bezeichnung korrespondiert dann auch mit den vergleichbaren Bezeichnungen „niedergelassener europäischer Rechtsanwalt“ in § 2 Absatz 1 EuRAG und „niedergelassener europäischer Patentanwalt“ in § 21 Absatz 1 EuPAG-E.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe aa

Die in § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E genannten Paragraphen des Zweiten Teils der BRAO, die von der grundsätzlichen Geltung des Zweiten Teils für niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen ausgenommen sind, werden einer Revision unterzogen. Dies dient zum einen der Anpassung an durch dieses Gesetz vorgenommene Änderungen, weiter aber auch der Angleichung der Verweisungen auf den Zweiten Teil der BRAO in § 207 BRAO einseitig und den weitgehend vergleichbaren Vorschriften des EuRAG-E andererseits. Während bei den betreffenden Ausnahmestellen § 4 BRAO unverändert genannt bleibt, muss § 5 BRAO entfallen, da er mit diesem Gesetz aufgehoben wird. Ein inhaltlicher Grund, § 6 BRAO wie bisher von der Verweisung auszunehmen, besteht nicht. Auf diesen wird in den vergleichbaren Vorschriften der § 4 Absatz 1 Satz 1 (zweit dort bisher auch nur in Form des § 6 Absatz 2 BRAO), § 11 Absatz 1 Satz 1, § 13 Absatz 1 und 16a Absatz 5 EuRAG-E jeweils mit Verweisung, was mit Blick auf seinen Inhalt auch unproblematisch erscheint. Dass an die Stelle der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in § 6 Absatz 1 BRAO vorlegend die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer tritt, wird durch die nur entsprechende Geltung der Norm hinreichend deutlich ausgedrückt; diese Ersetzung erfolgt in allen folgenden Paragraphen der BRAO ebenso.

§ 12 BRAO ist in der vergleichbaren Norm des § 4 EuRAG von der Geltung für die niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen nicht ausgenommen, womit ausweislich der Gesetzesbegründung (Bundestagsdrucksache 14/2249, S. 24) sichergestellt werden soll, dass die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer erst erfolgt, wenn ein hinreichender Versicherungsschutz nachgewiesen ist. Dieses Motiv gilt für die niedergelassenen ausländischen Rechtsanwältinnen entsprechend, so dass auch insoweit eine Angleichung vorgenommen werden und § 12 BRAO grundsätzlich gelten soll. Damit gilt zukünftig auch § 12 Absatz 3 BRAO, der dann noch einmal deutlich macht, dass der niedergelassene ausländische Rechtsanwalt mit seiner Aufnahme Mitglied der Rechtsanwaltskammer wird (vgl. hierzu auch die Begründung zu § 60 Absatz 2 BRAO-E). Von der Geltung weiterhin auszunehmen ist lediglich der die (für niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen nach wie vor nicht geltende) Vereidigung nach § 12a BRAO betreffende § 12 Absatz 2 Nummer 1 BRAO-E sowie der die Führung der Berufsbezeichnungen „Rechtsanwältin“ bzw. „Rechtsanwalt“ betreffende § 12 Absatz 4 BRAO, der auf niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen ebenfalls nicht anzuwenden ist, da jene nach § 207 Absatz 3 Satz 1 BRAO nur die Berufsbezeichnung ihres Herkunftsstaates führen dürfen.

Aus dem zuletzt genannten Grund soll dann zudem als weitere Ausnahme von der grundsätzlichen Anwendbarkeit des Zweiten Teils der BRAO § 17 BRAO aufgenommen werden, der das Erlischen der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnungen „Rechtsanwältin“ oder „Rechtsanwalt“ regelt. Für die Frage, ob der niedergelassene ausländische Rechtsanwalt die Berufsbezeichnung seines Herkunftsstaates führen darf, muss das Recht seines Herkunftsstaates maßgeblich sein. Eine singuläre Anwendbarkeit des § 17 BRAO auf die Bezeichnung „Mitglied der Rechtsanwaltskammer“, die der niedergelassene ausländische Rechtsanwalt nach § 207 Absatz 3 Satz 2 BRAO zu führen berechtigt ist, besteht ebenfalls nicht, da diese Bezeichnung zwangsläufig auf die Zeit der Mitgliedschaft beschränkt sein muss und daher auch keine Regelungen wie nach § 17 Absatz 2 und 3 BRAO in Betracht kommen. Da die Regelung des § 17 BRAO für niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen somit nicht nur keinen Anwendungsbereich hat, sondern vielmehr zu Fehlverständnissen führen könnte, soll die Verweisung auf sein aufgehoben werden.

Soweit insbesondere in § 4, aber auch § 11 Absatz 1 Satz 1 und § 13 Absatz 1 EuRAG-E in den Verweisungen noch besondere Regelungen zu Syndikatsrechtsanwältinnen enthalten sind, erscheinen diese in § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E nicht erforderlich. Nach dem Wortlaut der Norm gilt der Dritte Teil der BRAO, der die die Syndikatsrechtsanwältinnen betreffenden §§ 46a bis 46c umfasst, für niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen ohne Einschränkungen entsprechend. Somit kann sich ein ausländischer Rechtsanwalt grundsätzlich auch als Syndikatsrechtsanwalt in Deutschland niederlassen, wobei er insoweit dann allerdings nach § 206 Absatz 1 BRAO auf die Rechtsberatung auf dem Gebiet des Rechts seines Herkunftsstaats (und des Völkerrechts) beschränkt ist. Soweit in § 4 Absatz 1 EuRAG-E § 46a Absatz 1 Satz 1 BRAO von der Verweisung ausgenommen ist, geschieht dies, um dort § 4 BRAO nicht zur Anwendung gelangen zu lassen. Die Geltung des § 4 BRAO ist in § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO aber schon grundsätzlich ausgeschlossen, da die Norm für niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen nicht anwendbar ist; dies gilt auch für niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen. Soweit in § 4 Absatz 1 Satz 2 EuRAG derzeit noch § 46a Absatz 4 Nummer 2 BRAO von der Anwendung ausgenommen ist, geschieht dies, um § 12 Absatz 4 BRAO nicht zur Geltung kommen zu lassen. § 12 Absatz 4 BRAO ist aber nach § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E ebenso wie § 4 BRAO für niedergelassene ausländische Rechtsanwältinnen grundsätzlich nicht anwendbar, so dass die Ausnahmeregelung (wie im Übrigen auch in § 4 Absatz 1 EuRAG-E, vgl. dazu die Änderung in Artikel 2 Nummer 2) ebenfalls entbehrlich ist. Soweit nach § 4 Absatz 1 EuRAG-E schließlich § 46c Absatz 2 und 3 BRAO nicht zur Anwendung gelangt, erfolgt dies nur deshalb, weil es sich um Regelungen handelt, die sich nicht auf die (den Gegenstand des § 4 EuRAG-E bildende) Zulassung beziehen. Da der Anwendungsbereich des § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO jedoch nicht nur die Zulassung, sondern auch die Rechtsstellung nach Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer betrifft, müssen auch diese Normen hier nicht ausgenommen werden. Schließlich wird die Tatsache, dass sich ausländische Rechtsanwältinnen auch als Syndikatsrechtsanwältinnen niederlassen können, zukünftig durch die Neuregelung in § 207 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E deutlich.

Schließlich soll – auch wenn § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO schon bisher so zu verstehen ist – aus rechtsförmlichen Gründen anlässlich der Überarbeitung noch ausdrücklich klargestellt werden, dass im Zusammenhang mit der sinngemäßen Verweisung auf den Zweiten Teil der BRAO auch die das Rechtsanwaltsverzeichnis, das Gesamtverzeichnis und das elektronische Anwaltsverzeichnis betreffende Rechtsverordnung nach § 31c BRAO für die niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen gilt.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe bb

Im Rahmen der weitgehenden Angleichung der Vorschriften für die niedergelassenen ausländischen Rechtsanwältinnen einseitig und für die europäischen Rechtsanwältinnen nach dem EuRAG-E andererseits soll den Ersteren auch die (für alte Formen der Zweiteilen bereits bestehende) Möglichkeit eingeräumt werden, an Stelle der Berufshaftpflichtversicherung nach § 51 BRAO eine nach den Vorschriften ihrer Herkunftsstaaten geschlossene Versicherung oder Garantie nachzuweisen, die hinsichtlich der Bedingungen und des Deckungsumfanges der Versicherung gemäß § 51 BRAO gleichwertig ist. Dies bringt für die niedergelassenen ausländischen Rechtsanwältinnen eine Erleichterung mit sich, ohne dass für die Rechtsuchenden höhere Risiken entstehen.

Zu Buchstabe c

Zu Absatz 3

Soweit in § 207 Absatz 3 Satz 1 BRAO-E zukünftig der Begriff „niedergelassene ausländische Rechtsanwältin“ verwendet werden soll, wird auf die Ausführungen zu Buchstabe a verwiesen. In dem Satz wird zudem klargestellt, dass der Herkunftsstaat in deutscher Sprache anzugeben ist. Der neu eingefügte § 207 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E orientiert sich an der vergleichbaren Regelung des § 5 Absatz 1 Satz 3 EuRAG, die durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikatsanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 in das EuRAG eingefügt wurde und die in Bezug auf die niedergelassenen ausländischen Rechtsanwältinnen, die sich nach den Ausführungen zu Buchstabe b, zu auch als Syndikatsrechtsanwältinnen niederlassen können, noch nachzuholen ist, um die von diesen zu führende Berufsbezeichnung deutlich zu machen.

Zu Absatz 4

Die neu eingeführte Regelung des § 207 Absatz 4 BRAO-E lehnt sich an § 42 EuRAG an. Wie auch dort erscheint es in Anbetracht des Analogieverbots aus Artikel 103 Absatz 2 GG und § 1 SGB angebracht, eindeutig zu regeln, dass die nach den §§ 206 und 207 BRAO in Deutschland niedergelassenen ausländischen Rechtsanwältinnen bei ihrer

hiesigen Tätigkeit auch den einschlägigen Vorschriften des deutschen Strafrechts unterfallen. Denn bisher ist diese Frage in der Literatur sehr umstritten. Beispielsweise lehnen bei der Frage der Anwendbarkeit des § 356 StGB einige berufsrechtliche Kommentare eine Anwendbarkeit ab (vgl. Feuerich/Weyand, BRAO, 8. Auflage 2012, § 207 BRAO, Rn. 10; Lischke in: Gaier/Wolf/Göckel, Anwaltliches Berufsrecht, 2014, § 207 BRAO, Rn. 9), während strafrechtliche Kommentare ganz überwiegend eine Anwendbarkeit schon (vgl. Dahs in: MünchKommBürgerStGB, § 356, Rn. 15; Gilmeier in: Leipziger Kommentar zum StGB, 72. Auflage 2009, § 356 StGB, Rn. 16; Wölfer in: Schönke-Schröder, StGB, 79. Auflage 2014, § 356 StGB, Rn. 5; Rogall in: Systematischer Kommentar zum StGB, 128. Lieferung 2011, § 356 StGB, Rn. 10; Fischer, StGB, 62. Auflage 2015, § 356 StGB, Rn. 2a).

Inhaltlich erscheint eine Hernahme des niedergelassenen ausländischen Rechtsanwalts aus der Strafbarkeit nicht sachgerecht. Denn dieser ist in Deutschland Mitglied der Rechtsanwaltskammer; seine Rechtsstellung entspricht nach § 207 Absatz 2 BRAO auch sonst in weiten Teilen derjenigen eines nach den §§ 6 ff. BRAO zugelassenen Rechtsanwalts. Damit ist er deutlich stärker in das deutsche Rechtssystem integriert als beispielsweise der dienstleistende europäische Rechtsanwalt nach den §§ 25 ff. EuRAG, der weder Mitglied der Rechtsanwaltskammer ist noch seine Tätigkeit dort auszuüben hat. Für Letzteren gelten jedoch nach § 42 EuRAG die einschlägigen Vorschriften des StGB.

Im Ergebnis sind daher durch den neuen Absatz 4 des § 207 BRAO-E die in § 42 EuRAG aufgeführten strafrechtlichen Normen auch für den niedergelassenen europäischen Anwalt für anwendbar zu erklären. Während § 139 Absatz 3 Satz 2 StGB ausdrücklich den Rechtsanwalt in Bezug nimmt, fällt dieser in den §§ 352 und 356 StGB unter den Begriff der „Anwälte“.

Im Vergleich zu § 42 EuRAG nicht ausdrücklich für anwendbar erklärt durch § 207 Absatz 4 BRAO-E, der §§ 203 bis 205 StGB. Das heißt jedoch nicht, dass diese keine Geltung hätten, vielmehr gelten sie über § 203 Absatz 3 Satz 1 StGB auch jetzt schon. Denn dort wird bestimmt, dass andere Mitglieder einer Rechtsanwaltskammer den Rechtsanwälten nach § 203 Absatz 1 Nummer 3 BRAO gleichstehen. Da die niedergelassenen ausländischen Anwälte nach den §§ 206 und 207 BRAO Mitglieder der Rechtsanwaltskammer sind, steht in Anbetracht des eindeutigen Wortlauts fest, dass die §§ 203 bis 205 StGB (auch bisher schon) auf sie anwendbar sind. Daran ändert auch nichts, dass § 203 Absatz 3 Satz 1 StGB ursprünglich (nur) eingeführt wurde, um Rechtsberufsstände zu erfassen (vgl. Bundestagsdrucksache 13/4184), da die Regelung der §§ 206 und 207 BRAO neueren Datums als die Einführung des § 203 Absatz 3 Satz 1 StGB ist.

Zu Nummer 62 (§ 209 BRAO-E)

Die Änderungen in § 209 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E entsprechen im Wesentlichen denjenigen in § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E; die dortigen Gründe gelten für die Kammerrechtsberufsstände sinngemäß. Darüber hinaus wird, auch wenn die Änderung wohl nur theoretischer Natur sein dürfte, der neu eingeführte § 43c BRAO-E von der Geltung für die Kammerrechtsberufsstände ausgenommen. In Anbetracht der Berufserfahrung der Kammerrechtsberufsstände würde ein Lehrgang keinen Sinn machen.

Zu Nummer 63 (§ 211 BRAO-E)

Bei der Verschiebung des bisherigen § 214 BRAO an die Stelle des aktuell unbesetzten § 211 BRAO handelt es sich um eine redaktionelle Änderung, mit der in Anbetracht der Aufhebung des § 215 BRAO durch Artikel 1 Nummer 64 und vor allem auch anlässlich der erstmaligen Einfügung einer amtlichen Inhaltsübersicht durch Artikel 1 Nummer 65 die bestehende Lücke zwischen dem am Ende der BRAO befindlichen §§ 210 und 214 entfallen soll, so dass die BRAO zukünftig mit dem neuen § 211 BRAO-E abschließt.

Zu Nummer 64 (§ 215 BRAO-E)

Die Absätze 1 bis 3 des § 215 BRAO wurden durch das Gesetz zur Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen und notariellen Berufsrecht, zur Errichtung einer Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) eingeführt und betreffen Verwaltungsverfahren nach der BRAO, die vor dem 1. September 2009 eingeleitet wurden. Solche sind nach Ablauf von nunmehr über sechs Jahren sämtlich abgeschlossen, so dass es der Vorschriften nicht mehr bedarf.

Die mit dem Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikatsanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 in § 215 Absatz 4 BRAO eingeführte Übergangsregelung zu den §§ 31 und 31a BRAO hat sich am 1. Januar 2017 durch Zeitablauf erledigt und ist daher sodann wieder aufzuheben. Da das

vorliegende Gesetz aller Voraussicht nach nicht vor dem 1. Januar 2017 in Kraft treten wird, soll der gesamte § 215 BRAO (auch ohne besondere Inkraftsetzungsregelung) mit diesem Gesetz aufgehoben werden.

Zu Nummer 65 (Inhaltsübersicht)

Zwar vor der BRAO bei ihrer Verkündung am 1. August 1959 (BGBl. I S. 565) eine Inhaltsübersicht vorangestellt, jedoch befand sich diese vor der Verkündungsformel, so dass es sich nur um eine nichtamtliche Inhaltsübersicht handelte. Zudem war diese in der heute nicht mehr gebräuchlichen Form gestaltet, in der zunächst der Text der Überschrift und dann der zugehörige Paragraph aufgeführt wurde. Infolge des Vorstehenden besitzt die BRAO bis heute keine amtliche Inhaltsübersicht; die teilweise vorfindbaren nichtamtlichen Inhaltsübersichten werden in unterschiedlicher Weise geführt und gepflegt.

Um die Übersicht über die BRAO zu erleichtern und hierbei Einheitlichkeit herzustellen soll der BRAO nunmehr eine amtliche Inhaltsübersicht vorangestellt werden. Die bisher bestehenden (amtlichen) Gliederungen und Überschriften sollen dabei weitestgehend erhalten bleiben; hier sollen nur punktuell Anpassungen erfolgen.

Bei den Gliederungen werden die bisher im Zweiten Abschnitt des Vierten Teils, des Zweiten und Dritten Abschnitts des Siebten Teils und des Zweiten Abschnitts des Neunten Teils der BRAO enthaltenen rechtsformlich unzulässigen Untergliederungen „1.“, „2.“ und „3.“ durch entsprechende Unterabschnitte ersetzt. Soweit auch der Zweite Teil des letzten Abschnitts der BRAO eine Untergliederung in „1.“ und „2.“ aufweist, soll diese entfallen, da ein denkbarer Erster Unterabschnitt infolge der Streichung des § 5 BRAO durch Artikel 1 Nummer 2 mit § 4 BRAO-E nur noch einen Paragraphen umfassen würde. Entfallen sollen weiterhin die Abschnitte, denen schon derzeit keine Paragraphen mehr zugeordnet sind; das sind der Vierte Abschnitt des Zweiten Teils und der Dritte Abschnitt des Vierten Teils der BRAO.

In der Überschrift zu § 29 BRAO-E soll es zukünftig wie auch im Gesetzestext „Befreiung“ und nicht mehr „Ausnahmen“ (von der Kanzleipflicht) heißen. Da sich die Absätze 2 bis 4 des § 36 BRAO sämtlich auf die Übermittlung personenbezogener Daten beziehen, soll dieser Inhalt zur vereinfachten Zusammenfassung der bisherigen etwas sperrigen Bezeichnung „personenbezogene Daten, Mitteilungsspflichten“ in die Überschrift übernommen werden. In der Überschrift zu § 43a BRAO-E erscheint der Hinweis darauf, dass sich die Norm auf die Grundpflichten „des Rechtsanwalts“ bezieht, entbehrlich. Dieser Zusatz findet sich in den vergleichbaren Normen des Ersten Abschnitts des Dritten Teils auch nicht; er soll daher entfallen. § 45 BRAO enthält seinen Inhalt nach Tätigkeitsverbote; diese Bezeichnung soll künftig statt der im Gesetzestext nicht vorkommenden „Versagung der Berufstätigkeit“ auch in der Überschrift erscheinen.

In der Überschrift zu § 53 BRAO-E soll zukünftig die Bezeichnung des Vertreters als „allgemeiner“ Vertreter entfallen. Diese Begrifflichkeit findet sich im gesamten § 53 BRAO nicht; es ist auch sonst keine Abgrenzung zu einem „besonderen“ Vertreter ersichtlich. Die Bezeichnung erscheint für den für einen konkreten Vertretungsfall benannten Vertreter auch nicht passend, sondern ließe sich noch am Ehesten für den „allgemein“ für ein Kalendertag nach § 53 Absatz 2 Satz 2 BRAO bestellten Vertreter verwenden, auf den sie jedoch eben nicht beschränkt ist.

In der Überschrift zu § 73b BRAO-E sollen die Worte „für Ordnungswidrigkeiten“ ergänzt werden, da der bisherige Titel „Verwaltungsbehörde“ kaum Vorstellungen über den Inhalt der Norm zulässt. In der Überschrift zu § 78 BRAO-E erscheint zur Herstellung eines Gleichklangs mit unter anderen den Überschriften zu §§ 63, 79 und 85 BRAO-E die Anfügung von „des Präsidiums“ angemessen. Im Anschluss an die Änderungen in unter anderem § 63 BRAO-E sind zur Vereinheitlichung und Modernisierung der Begrifflichkeiten auch die Überschriften zum Dritten Unterabschnitt des Vierten Teils der BRAO sowie zu den §§ 85 und 88 BRAO-E anzupassen, in denen nun jeweils die Kammerversammlung statt bisher die „Versammlung der Kammer“, die „Versammlung“ oder die „Kammer“ genannt wird. Im Anschluss an die Änderung in § 191a Absatz 1 Satz 2 BRAO-E soll auch in der dortigen Überschrift zukünftig (wie auch in den §§ 191b und 191c BRAO) der Begriff der Satzungsversammlung verwendet werden.

In den derzeit sehr langen Überschriften zum Dritten Abschnitt des Zehnten Teils der BRAO sowie zu § 197a BRAO-E soll in Bezug auf die Anträge auf anwaltschaftliche Entscheidung zukünftig auf den Zusatz „gegen die Androhung oder die Festsetzung des Zwangsgeldes oder über die Rüge“ verzichtet werden. Bei den im Zusatz genannten Gegenständen handelt es sich um die einzigen Fälle, in denen ein Antrag auf anwaltschaftliche Entscheidung in Betracht kommt; jedenfalls für den Zweck einer Überschrift ist daher auch die kürzere Bezeichnung hinreichend präzise.

Die Überschrift zu § 207 BRAO-E soll dahingehend präzisiert werden, dass die Norm das „Aufnahmeverfahren“ behandelt. Im Übrigen werden bei einigen Überschriften minimale redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Zu Artikel 2 (Änderung des Gesetzes über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwältinnen in Deutschland)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht zum EuRAG-E)

In der Inhaltsübersicht werden die Überschriften korrigiert, bei denen sich durch den Entwurf Änderungen ergeben.

Zu Nummer 2 (§ 4 EuRAG-E)

Zu Absatz 1

Wie schon in dem ähnlich gelagerten § 207 Absatz 2 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 61 Buchstabe b, aa) soll – überwiegend aus denselben Gründen – auch die Verweisungskette in § 4 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E geändert werden. Dabei soll die Verweisung zudem systematisch anders aufgebaut werden, um ein Fehlverständnis der Norm zu vermeiden. Ein Fehlverständnis liegt deshalb nahe, weil sich die § 4 Absatz 1 Satz 1 EuRAG seinem Wortlaut nach derzeit nur auf diejenigen Vorschriften des Zweiten Teils der BRAO bezieht, die „die Entscheidung über den Antrag sowie über die Rücknahme und den Widerruf der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer“ betreffen. Hierunter kann man begrifflich wohl alle Vorschriften des Ersten Abschnitts des Zweiten Teils der BRAO fassen, schwerlich aber diejenigen des Zweiten Abschnitts des Zweiten Teils der BRAO. Trotzdem sollen auch die letztgenannten Vorschriften für die niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen anwendbar sein (vgl. Feuerich in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage 2012, § 4 EuRAG, Rn. 8 und 9; Eichele in: Gaier/Wolf/Gieken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 4 EuRAG, Rn. 4 und 5), was inhaltlich auch sachgerecht erscheint. Die Gefahr eines Fehlverständnisses hat sich dabei mittlerweile noch dadurch verstärkt, dass die Geltung der (im Zweiten Abschnitt des Zweiten Teils der BRAO verankerten, die Rechtsanwaltsverzeichnis- und das besondere elektronische Anwaltspostfach betreffenden) Vorschriften der §§ 31 bis 31c BRAO (weil sie sich eben kaum unter die Begrifflichkeit „Entscheidung über den Antrag sowie über die Rücknahme und den Widerruf der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer“ fassen lassen), durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälle und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 in § 6 Absatz 1 EuRAG unter dem dortigen Oberbegriff „Rechtsstellung nach Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer“ bestimmt wurde. Dies passt nun aber systematisch noch weniger damit zusammen, dass die weiteren (unter anderem die Kanzleipflicht betreffenden) Normen des Zweiten Abschnitts des Zweiten Teils der BRAO (weiterhin) über die Verweisung in § 4 Absatz 1 Satz 1 BRAO anwendbar sein sollen. Um den gewünschten Regelungsgehalt zukünftig eindeutig klarzustellen, sollen daher in § 4 Absatz 1 EuRAG-E (wie auch in den ähnlichen Normen des § 11 Absatz 1 Satz 1, des § 13 Absatz 1 und des § 16a Absatz 5 BRAO-E) die grundsätzlich anwendbaren Normen der §§ 6 bis 36 BRAO ausdrücklich genannt werden. Zudem soll der Geltungsbereich der Norm statt bisher mit „Entscheidung über den Antrag sowie über die Rücknahme und den Widerruf der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer“ zukünftig allein mit „Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer“ beschrieben werden, da dieser Begriff als die Entsprechung zur Zulassung des Rechtsanwalts in der BRAO und somit zur Überschrift des dortigen (gesamten) Zweiten Teils verstanden werden kann. In der Folge kann dann die Einfügung der §§ 31 bis 31c BRAO in § 6 Absatz 1 EuRAG wieder entfallen, so dass dann eine einheitliche Systematik hergestellt ist.

Im Zusammenhang mit der sinnigen Verweisung auf den Zweiten Teil der BRAO ist sodann in § 4 Absatz 1 EuRAG-E (wie auch in § 207 Absatz 2 Satz 1 und § 209 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E) noch klarzustellen, dass auch die das Rechtsanwaltsverzeichnis, das Gesamtverzeichnis und das besondere elektronische Anwaltspostfach betreffende Rechtsverordnung nach § 31c BRAO für die niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen gilt.

In der Verweisungskette des § 4 Absatz 1 Satz 1 EuRAG sind der § 4 und der (jetzt ohnehin weggefallene) § 5 BRAO schon derzeit ausgeschlossen, so dass die Verweisungskette wie auch in den anderen angeführten Normen mit § 6 BRAO beginnen kann (gegen dessen zukünftige vollständige tabeuzugnahme aus den schon zu § 207 Absatz 2 BRAO-E angeführten Gründen keine Bedenken bestehen).

Von der grundsätzlichen Verweisung auf die §§ 6 bis 36 BRAO muss wie bisher § 12 Absatz 4 BRAO ausgeschlossen bleiben. Zudem ist dieser Ausschluss aus den schon zu § 207 Absatz 2 BRAO-E angeführten Gründen um § 17 BRAO zu ergänzen.

Im Anschluss an die vorbezeichnete Neuregelung kann dann auch die bisher in § 4 Absatz 1 Satz 2 EuRAG enthaltene Sonderregelung zu den Syndikatsrechtsanwältinnen weitgehend entfallen und soweit noch erforderlich in den bisherigen ersten Satz integriert werden. Dies entspricht dann auch der Regelungstechnik in den vergleichbaren Normen des § 11 Absatz 1 Satz 1 EuRAG und des § 13 Absatz 1 EuRAG, so dass insoweit eine Einheitlichkeit hergestellt wird. Dabei wird für den Fall, dass sich ein europäischer Rechtsanwalt in Deutschland als Syndikatsrechtsanwalt niederlassen will, die grundsätzlich sinnigsten Geltung der Zulassung der Syndikatsrechtsanwältinnen regeln §§ 46a bis 46c BRAO wie auch in den anderen Normen in Anschluss an die §§ 6 bis 36 BRAO festgeschrieben. Ausgenommen von dieser Norm bleibt wie bisher § 46a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BRAO, da die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen nach § 4 BRAO für niedergelassene europäische Rechtsanwältinnen nicht gelten. Die bisher noch enthaltene Herausnahme von § 46a Absatz 4 Nummer 2 BRAO kann dagegen entfallen, weil sich diese auf die fehlende Geltung des § 12 Absatz 4 BRAO bezieht, der nunmehr jedoch schon allgemein ausgenommen ist. Soweit bisher zudem (nur) § 46c Absatz 2 BRAO ausgenommen ist, handelt es sich hierbei insoweit um ein redaktionelles Verschieben, als richtigerweise auch § 46c Absatz 3 BRAO hätte ausgenommen werden müssen, weil sich beide Absätze des § 46c BRAO nicht auf das Zulassungsverfahren beziehen. Die Anwendung dieser beiden Absätze wird zukünftig dadurch ausgeschlossen, dass von § 46c BRAO nur die Geltung der Absätze 1, 4 und 5 angeordnet wird. Dies steht dann in Übereinstimmung mit den Regelungen in § 11 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E und in § 13 Absatz 1 EuRAG-E.

Zu Nummer 3 (§ 5 EuRAG-E)

Zu Buchstabe a

Es handelt sich zunächst um eine redaktionelle Folgeänderung zur Änderung des § 4 Absatz 1 EuRAG-E. Nachdem diese Norm zukünftig keinen gesonderten Satz zur Anwendbarkeit von Normen im Bereich der Syndikatsrechtsanwältinnen mehr enthält, müsste zumindest die Verweisung auf den dortigen Satz 2 entfallen. Im Ergebnis erscheint in Anbetracht der reduzierten Regelung in § 4 Absatz 1 EuRAG-E nunmehr aber auch die gesamte ausdrückliche Verweisung auf diese Norm entbehrlich.

Im Übrigen handelt es sich ebenfalls um eine redaktionelle Änderung zur Herstellung eines Gleichklangs mit den Formulierungen in § 207 Absatz 3 BRAO-E und § 21 Absatz 3 EuRAG-E, wo es jeweils „„Syndikus“ in Klammern“ heißt, weil sprachlich nicht ein in Klammern gesetztes Wort, sondern nur das Wort selbst eine „Bezeichnung“ sein kann.

Zu Buchstabe b

§ 5 Absatz 3 EuRAG soll aufgehoben werden, weil er inhaltlich und im Hinblick auf die Vorgaben der Richtlinie 77/249/EWG problematisch ist. Er verbietet derzeit ehemaligen niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen deren Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer entsprechend § 14 Absatz 2 oder 3 BRAO widerrufen wurde, in Deutschland die Berufsbezeichnung ihres Herkunftstaates zu führen. Soweit man denn aus § 5 Absatz 1 EuRAG überhaupt eine ausdrückliche Berechtigung für niedergelassene europäische Rechtsanwältinnen ableiten will, in Deutschland unter der Berufsbezeichnung des Herkunftstaates tätig zu werden (und nicht nur eine Pflicht, bei einer Tätigkeit diese Bezeichnung zu nutzen), so ist (auch ohne ausdrückliche Regelung) klar, dass sich nach einem Widerruf der Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer aus § 5 Absatz 1 EuRAG keine entsprechende Befugnis mehr ergeben kann. Aus der Tatsache eines Widerrufs darüber hinaus ein dauerhaftes Verbot abzuleiten, in Deutschland (insbesondere auch vorübergehend im Sinne des Teils 5 des EuRAG) unter der Berufsbezeichnung des Herkunftstaates tätig zu werden (so aber Feuerich in: Feuerich/Weyland, BRAO, 8. Auflage, § 5 EuRAG, Rn. 7), erscheint aber zu weitgehend. Dabei ist zum einen zu berücksichtigen, dass die Gründe für einen Widerruf der Aufnahme keinesfalls immer in einem Fehlverhalten des niedergelassenen europäischen Rechtsanwalts gelegen haben müssen; so kann dieser z. B. gemäß § 14 Absatz 2 Nummer 4 BRAO auf seine Rechte verzichtet oder nach § 14 Absatz 2 Nummer 8 BRAO eine andere vereinbarte Tätigkeit aufgenommen haben. Vor allem aber hat ein Widerruf keine Auswirkung auf die Befugnis des europäischen Rechtsanwalts, in Deutschland vorübergehend tätig zu werden (was er nach dem in Umsetzung von Artikel 3 der Richtlinie 77/249/EWG erlassenen § 26 Absatz 1 EuRAG stets unter der Bezeichnung seines Herkunftstaates zu tun hat). Ein solches Verbot ist im EuRAG nicht enthalten und dürfte auch der Richtlinie 77/249/EWG widersprechen. Damit lässt sich dann aber wie dargelegt das Verbot des Führens der Berufsbezeichnung des Herkunftstaates nicht in Übereinstimmung bringen.

Zu Nummer 4 (§ 6 EuRAG-E)**Zu Buchstabe a**

Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu den Änderungen in § 4 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E verwiesen.

Zu den Buchstaben b und c

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 19. September 2006 in der Rechtssache C-193/05 entschieden, dass die Verpflichtung von europäischen Rechtsanwälten, die unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen sind, jährlich eine Bescheinigung über die Eintragung bei der zuständigen Stelle ihres Herkunftsstaates vorzulegen, gegen die Richtlinie 98/5/EG verstößt. § 6 Absatz 2 der EuRAG, der eine entsprechende Verpflichtung entfällt, muss daher aufgehoben werden.

Zu Nummer 5 (§ 7 EuRAG-E)

Es handelt sich lediglich um redaktionelle und klarstellende Änderungen. Die mit Artikel 1 Nummer 1 beschriebene Neufassung des § 4 BRAO-E ermöglicht zunächst eine präzisere Verweisung auf die entsprechend geltenden Teile dieser Norm (das sind die dortigen Nummern 2 und 3). Zudem soll durch den hinzugefügten Passus „dieses Gesetzes“ klargestellt werden, dass sich die in § 7 Absatz 3 EuRAG-E genannten Teile 3 und 4 auf das EuRAG und nicht die BRAO beziehen. Schließlich soll es vor dem Passus „in Verbindung mit § 4 (Nummer 2 oder 3) der Bundesrechtsanwaltsordnung“ nur noch „nach Teil 3 oder 4“ und nicht mehr „nach Teil 3 oder nach Teil 4“ heißen, weil sich andernfalls die Verbindung mit § 4 BRAO sprachlich nur auf den Teil 4 des EuRAG beziehen könnte, was aber inhaltlich nicht gemeint ist.

Zu Nummer 6 (§ 11 EuRAG-E)

§ 11 Absatz 1 Satz 1 EuRAG bestimmt, dass sich bei denjenigen europäischen Rechtsanwälten, die die Eingliederungsvoraussetzungen der §§ 11 und 12 EuRAG erfüllen, die Zulassung zur deutschen Rechtsanwaltschaft nach den allgemeinen Vorschriften der BRAO richtet. Die entsprechende Verweisung auf die §§ 6 bis 36 BRAO war durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 um die für die Zulassung der Syndikusrechtsanwälte geltenden Vorschriften der §§ 46a bis 46c Absatz 1, 4 und 5 BRAO erweitert worden. Ebenso wie bei der durch dasselbe Gesetz vorgenommenen entsprechenden Ergänzung in § 4 Absatz 1 Satz 2 EuRAG war dabei von den zuletzt genannten Normen jedoch § 46a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BRAO ausgenommen worden. Während dies in § 4 EuRAG seine Berechtigung hat, da die in Teil 2 des EuRAG behandelten niedergelassenen europäischen Rechtsanwälte keine der Zulassungsvoraussetzungen des § 4 BRAO erfüllen müssen, ist dies jedoch in § 11 Absatz 1 Satz 1 EuRAG nicht der Fall, da die auf der Grundlage dieser Norm zuzulassenden europäischen Rechtsanwälte die Voraussetzung des § 4 Absatz 1 Nummer 2 BRAO-E erfüllen müssen. Deshalb ist zukünftig in der Verweisungskette des § 11 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E von der Herausnahme des § 46a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BRAO abzusehen.

Zu Nummer 7 (§ 12 EuRAG-E)

§ 12 Absatz 1 Satz 3 EuRAG bestimmt, dass die Rechtsanwaltskammer eine antragstellende Person auffordern kann, Tätigkeitsnachweise zu erbringen. Soweit bisher geregelt ist, dass dabei zu einer „mündlichen oder schriftlichen“ Erläuterung aufgefordert werden kann, soll eine Erläuterung zukünftig auch elektronisch möglich sein. Statt einer zu diesem Zweck denkbaren Ergänzung der beiden vorhandenen Varianten um die elektronische Variante soll zukünftig aus Gründen der Vereinfachung auf Formvorgaben verzichtet werden. Der Rechtsanwaltskammer steht es dann auch ohne ausdrückliche Regelung frei, die von ihr als sachgerecht angesehene Form der Erläuterung zu verlangen.

Zu Nummer 8 (§ 13 EuRAG-E)

Die Änderung in § 13 Absatz 1 EuRAG-E entspricht sowohl vom Inhalt als auch vom Grund derjenigen in § 11 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E, weshalb auf die Begründung zu Artikel 2 Nummer 6 verwiesen wird.

Zu Nummer 9 (Überschrift zu Teil 4 des EuRAG-E)

Da der die Niederlassungsfreiheit gewährleistende Teil 4 des EuRAG zukünftig nicht nur die Ablegung einer Eignungsprüfung, sondern in den §§ 16 und 16a EuRAG-E auch die unmittelbare Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

schaft ohne Eingliederung nach Teil 3 des EuRAG und ohne Eignungsprüfung nach den §§ 17 ff. EuRAG-E regelt, muss dessen Überschrift angepasst werden. Die neue Überschrift stellt dabei die im Teil 4 geregelten Voraussetzungen heraus, unter denen eine Zulassung ohne Eingliederung nach Teil 3 möglich ist.

Zu Nummer 10 (§§ 16 und 16a EuRAG-E)

Die Richtlinie lässt nach Satz 2 des Erwägungsgrunds 42 die Richtlinie 98/5/EG unberührt, so dass die in Umsetzung der Richtlinie 98/5/EG ergangenen Teile 2 und 3 des EuRAG, die die Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit eines europäischen Rechtsanwalts in Deutschland unter der Berufsbezeichnung des Herkunftsstaates sowie seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nach einer dreijährigen entsprechenden Tätigkeit regeln, unverändert bleiben können. Dagegen bestimmen sich die Voraussetzungen für eine unmittelbare Niederlassung des europäischen Rechtsanwalts nach Satz 3 des Erwägungsgrunds 42 nach der Richtlinie, die insoweit die Richtlinie 89/48/EG ablöst.

Dabei finden sich die früher in Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie 89/48/EG geregelten Voraussetzungen, unter denen von einem europäischen Rechtsanwalt vor der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft die Ablegung der in Teil 4 des EuRAG geregelten Eignungsprüfung verlangt werden darf, im Wesentlichen unverändert in Artikel 14 Absatz 1 bis 3 der Richtlinie wieder. Somit darf auch zukünftig regelmäßig eine Eignungsprüfung verlangt werden, da sich zum einen die Ausbildung des europäischen Rechtsanwalts in seinem ausländischen Recht im Sinne des Artikels 14 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie grundlegend von der Ausbildung im deutschen Recht unterscheidet. Zum anderen gilt in Bezug auf die nach Artikel 14 Absatz 2 der Richtlinie grundsätzlich bestehende Wahlfreiheit des europäischen Rechtsanwalts, zum Ausgleich der Unterschiede einen Anpassungslehrgang durchzuführen oder eine Eignungsprüfung abzulegen. Artikel 14 Absatz 3 der Richtlinie, nach dem eine Eignungsprüfung verlangt werden darf, wenn wie im vorliegenden Fall für die Berufsausübung Kenntnisse des nationalen Rechts des Aufnahmestaates erforderlich sind. Von dieser Möglichkeit soll auch zukünftig grundsätzlich weiter Gebrauch gemacht werden, um das hohe Qualifikationsniveau der Rechtsanwaltschaft in Deutschland aufrechterhalten. Daher können auch die in den §§ 17 ff. EuRAG-E enthaltenen Vorschriften über die Ablegung der Eignungsprüfung selbst im Grundsatz unverändert bleiben.

Allerdings geht die Richtlinie – wie insbesondere die durch die Richtlinie 2013/55/EU in Artikel 14 der Richtlinie neu eingefügten Absätze 5 bis 7 zeigen – davon aus, dass auch dann, wenn wie vorliegend grundsätzlich eine Eignungsprüfung verlangt werden kann, zuvor explizit zu prüfen ist, ob diese im konkreten Einzelfall erforderlich ist oder gegebenenfalls entfallen kann, etwa weil der europäische Rechtsanwalt Ausbildungsdefizite z. B. durch Berufspraxis oder Weiterbildungsmaßnahmen ausgeglichen hat. Dieses Prüfungsverfahren muss daher der Eignungsprüfung vorgeschaltet werden, was durch die Änderungen in § 16 EuRAG-E und die Einfügung des § 16a EuRAG-E erfolgt.

Soweit bisher an wenig prominenter Stelle und ohne nähere Regelung der konkreten Voraussetzungen, der für die Entscheidung zuständigen Stelle und des Verfahrens in § 17 Satz 3 EuRAG geregelt war, dass die Eignungsprüfung entfallen kann, wenn der europäische Rechtsanwalt durch Berufserfahrung Kenntnisse erworben hat, die für die Berufsausübung in Deutschland erforderlich sind, ist diese Regelung unter anderem in Anbetracht der aus Artikel 14 Absatz 5 bis 7 der Richtlinie folgenden Voraussetzungen nicht mehr ausreichend.

Zu § 16 EuRAG-E**Zur Überschrift**

§ 16 EuRAG-E bestimmt nun nicht mehr die Voraussetzungen, die für die Zulassung zur Eignungsprüfung erfüllt sein müssen, sondern diejenigen, die für einen Antrag auf Feststellung einer (im Verhältnis zu der für die Zulassung zur deutschen Rechtsanwaltschaft erforderlichen) gleichwertigen Berufsqualifikation vorliegen müssen. Dies kommt in der geänderten Überschrift zum Ausdruck.

Zu Absatz 1**Zu Satz 1**

Der von Satz 1 bestimmte antragsberechtigte Personenkreis, bei dem auf die Berechtigung zum unmittelbaren Zugang zum Beruf eines europäischen Rechtsanwalts nach § 1 EuRAG abgestellt wird, bleibt im Vergleich zum

bisherigen Absatz 1 grundsätzlich unverändert. Auf die bisherige ausdrückliche Herausstellung, dass nur „natürliche“ Personen antragsberechtigt sind, wird verzichtet, weil diese in Anbetracht des nach § 1 EuRAG auf natürliche Personen beschränkten Anwendungsbereichs des EuRAG überflüssig erscheint; eine Rechtsänderung ist damit nicht verbunden. Soweit die Richtlinie nach ihrem Artikel 2 Absatz 1 nur für Staatsangehörige von Mitgliedstaaten gilt, soll von dieser Beschränkungsmöglichkeit kein Gebrauch gemacht werden, sondern sollen die Vorschriften wie schon derzeit in § 16 EuRAG für alle natürlichen Personen gelten.

Der Antrag hat sich zukünftig jedoch (in Entsprechung der Zielrichtung des Artikels 13 Absatz 1 der Richtlinie) nicht mehr auf die Ablegung einer Eignungsprüfung, sondern auf die Feststellung der Gleichwertigkeit der erlangten ausländischen Berufsqualifikation mit derjenigen, die für die Zulassung zur deutschen Rechtsanwaltschaft erforderlich ist, zu beziehen. Wird diese Gleichwertigkeit festgestellt, erhält die Person darüber nach § 16a Absatz 5 EuRAG-E eine Bescheinigung, mit der sie dann nach § 4 Satz 1 Nummer 3 BRAGO-E in Verbindung mit § 6 BRAGO die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft beantragen kann.

Die in Satz 1 bestimmten Voraussetzungen, die die antragsberechtigten Personen für die Zulassung erfüllen müssen, sind aus Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 4 der Richtlinie abgeleitet. In Artikel 14 der Richtlinie wird definiert, in welchen Fällen die Ablegung einer Eignungsprüfung verlangt werden darf. Ist danach keine Eignungsprüfung erforderlich oder belegt die Eignungsprüfung die erforderlichen Kenntnisse, ist die Person zuzulassen. Nach Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie ist dazu festzustellen, ob sich die Fächer, die von der bisherigen beruflichen Ausbildung der Person abgedeckt werden, von denjenigen unterscheiden, die zur Erlangung des in Deutschland für die Ausübung des Berufs erforderlichen Ausbildungsnachweises beherrscht werden müssen. Grundsätzlich müssen Personen, die in Deutschland zur Rechtsanwaltschaft zugelassen werden wollen, nach § 4 Satz 1 Nummer 1 BRAGO-E die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzen. Nach Artikel 14 Absatz 4 der Richtlinie sind von den zur Erlangung der Befähigung zum Richteramt erforderlichen Kenntnissen im Kontext der Richtlinie allerdings nur solche Fächer relevant, deren Kenntnis eine wesentliche Voraussetzung für die Ausübung des Berufs des Rechtsanwalts in Deutschland darstellt. Deshalb wird in Satz 1 auch nur auf diese Fächer abgestellt. Wenn in diesen Fächern im Ergebnis (gegebenfalls belegt durch eine Eignungsprüfung) keine wesentlichen Unterschiede zwischen den bei der Person vorhandenen und den in Deutschland erforderlichen Kenntnissen bestehen, ist die Person unmittelbar zuzulassen.

Eine Umsetzung des Regelungsgegenstands des Erwägungsgrunds 12 der Richtlinie ist im Ergebnis nicht erforderlich. Der Erwägungsgrund stellt klar, dass die Richtlinie keine Umgehung der jeweiligen nationalen Zulassungsvoraussetzungen zum Beruf des Rechtsanwalts in der Art und Weise ermöglichen will, dass eine Person, die in ihrem Herkunftsland eine gewisse Berufsqualifikation erworben hat, die als solche dort jedoch nicht zum Zugang zum Rechtsanwaltsberuf berechtigt (d. h. in Deutschland z. B. das erste Staatsexamen), sich diese Qualifikation in einem anderen Mitgliedstaat als dort für den Berufszugang ausreichend anerkennen lässt und dann mit dieser Anerkennung über die §§ 16 ff. EuRAG-E wiederum die Anerkennung ihrer Berufsqualifikation in Deutschland begehrt. Dieser Weg kann nach Satz 2 des Erwägungsgrunds allerdings dann eröffnet sein, wenn die Person in einem Mitgliedstaat noch zusätzliche Berufsqualifikationen erworben hat. Da nicht bekannt ist, dass in einem anderen Mitgliedstaat (z. B.) allein mit dem deutschen ersten Staatsexamen und ohne weitere dort erworbene Qualifikationen eine Zulassung zur dortigen Rechtsanwaltschaft erlangt werden könnte, erscheint keine gesetzliche Umsetzung geboten.

Zu Satz 2

Nach Satz 2 ist der Antrag – wie bisher schon nach § 18 Absatz 1 EuRAG der Antrag auf Ablehnung einer Eignungsprüfung – bei einem der für die Ablegung des zweiten juristischen Staatsexamens zuständigen Prüfungsämter zu stellen. Dem die Prüfungsämter vorliegen auch in Bezug auf die Frage, ob die Berufsqualifikation eines Rechtsanwalts aus einem anderen Mitgliedstaat ohne weiteres (d. h. ohne die Erforderlichkeit ihrer Überprüfung durch eine Eignungsprüfung) der Befähigung zum Richteramt (als maßgeblicher Voraussetzung der Zulassung zur deutschen Rechtsanwaltschaft) entspricht, über die meiste Expertise. Zudem ist die hierbei relevante Bewertung des Inhalts und des Werts ausländischer Berufsqualifikationsnachweise auch für die (schon bisher nach § 17 Satz 3 EuRAG und zukünftig nach § 21 Absatz 2 EuRAG-E) von den Prüfungsämtern zu entscheidende Frage von Bedeutung, ob der sich einer Eignungsprüfung unterziehenden Person bestimmte Prüfungsleistungen erlassen werden können. Es ist daher auch zur Vermeidung unnötiger Doppelprüfungen und zur Erreichung kongruenter Entscheidungen sinnvoll, dass diese Prüfungen von derselben Stelle durchgeführt werden.

Mit Satz 2 wird zudem die bisher in § 3 Absatz 1 RAZEignPrV enthaltene Bestimmung, nach der die Personen, die eine Eignungsprüfung ablegen möchten, unter den nach § 18 Absatz 1 und 2 EuRAG zuständigen Prüfungsämtern frei wählen können, – nuncmehr bezogen auf den Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit – in das EuRAG übernommen. Das geschieht aufgrund der Bedeutung dieser Regelung für die antragstellenden Personen und des Sachzusammenhangs mit dem übrigen Inhalt des Satzes. Allerdings soll es zur Vermeidung doppelter Verwaltungsaufwands unzulässig sein, Anträge bei verschiedenen Prüfungsämtern gleichzeitig zu stellen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 stellt für bestimmte Personen, die ihre Ausbildung zumindest auch in anderen als den in § 1 EuRAG genannten Staaten (im Folgenden: Drittstaaten) absolviert haben, die ergänzende Voraussetzung auf, dass die Person in dem Mitgliedstaat, der ihren Ausbildungsnachweis (im Fall der Nummer 1) ausgestellt bzw. (im Fall der Nummer 2) anerkannt hat, ausweislich einer Bescheinigung der in dem jeweiligen Mitgliedstaat zuständigen Behörde drei Jahre als Rechtsanwalt tätig gewesen ist.

Nummer 1 betrifft dabei in Umsetzung von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c in Verbindung mit Absatz 3 der Richtlinie Personen, die zwar einen Ausbildungsnachweis eines Mitgliedsstaates besitzen, ihre Ausbildung jedoch nicht überwiegend in einem Mitgliedstaat durchgeführt haben. Für diese gelten durch die Verweisung in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c Satz 2 der Richtlinie die Voraussetzungen des Artikels 3 Absatz 3 der Richtlinie. Nummer 1 entspricht inhaltlich dem bisherigen § 16 Absatz 2 EuRAG.

Nummer 2 betrifft dagegen in Umsetzung von Artikel 3 Absatz 3 der Richtlinie Personen, die ihren Ausbildungsnachweis in einem Drittstaat erworben haben und deren Nachweis gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Richtlinie von einem Mitgliedstaat anerkannt wurde.

Zu Absatz 3

a) Vorzulegende Dokumente

Absatz 3 bestimmt, welche Dokumente die Person, die einen Antrag nach Absatz 1 stellt, dem Antrag beizufügen hat. Die Regelung betrifft dabei weitgehend diejenigen Dokumente, die bisher schon nach § 3 Absatz 2 Nummer 1 bis 3 sowie 6 und 7 RAZEignPrV beim Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung vorzulegen waren. Da diese Dokumente nunmehr nicht erst vor der Ablegung der Eignungsprüfung, sondern bereits bei der Antragstellung nach § 16 EuRAG-E vorzulegen sind, erfolgt die Regelung jetzt unmittelbar im Gesetz.

Die in Nummer 1 vorgesehene Vorlage eines Lebenslaufs war bisher Gegenstand von § 3 Absatz 2 Nummer 1 RAZEignPrV. Dabei soll jedoch keine eigenständige Erstellung mehr erforderlich sein, da nicht recht ersichtlich ist, won die Vorteile der (gegebenenfalls sogar schlecht leselichen) Eigenständigkeit liegen sollen und diese auch im Übrigen nicht mehr zeitgemäß erscheint. Stattdessen soll der Lebenslauf nunmehr zur Steigerung der Übersichtlichkeit tabellarisch aufgebaut werden.

Nummer 2 sieht in Entsprechung von § 3 Absatz 2 Nummer 2 RAZEignPrV die Vorlage des die Berechtigung zum unmittelbaren Zugang im Sinne des Absatzes 1 belegenden Ausbildungs- oder Befähigungsnachweises vor. Hierbei ist in Umsetzung von Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Anhang VII Nummer 1 Buchstabe b der Richtlinie jetzt auch die Vorlage einer Kopie ausreichend.

Nach Nummer 3 (die § 3 Absatz 2 Nummer 3 RAZEignPrV entspricht) ist im Regelfall ein Nachweis darüber vorzulegen, dass der überwiegende Teil der Ausbildung in einem Mitgliedsstaat absolviert wurde. Wurde die Ausbildung dagegen überwiegend in einem Drittstaat durchgeführt (Fall des Absatzes 2 Nummer 1) oder wurde der Ausbildungsnachweis in einem Drittstaat ausgestellt (Fall des Absatzes 2 Nummer 2), ist statt des Nachweises über die Durchführung der Ausbildung in einem Mitgliedsstaat eine Bescheinigung über die dreijährige Berufsausbildung beizufügen.

In Nummer 4 werden die bisher in § 3 Absatz 2 Nummer 6 und 7 RAZEignPrV vorgesehenen Voraussetzungen insoweit modifiziert übernommen, als es nach der Änderung des Antragsgegenstands des § 16 EuRAG-E jetzt zudem darauf ankommt, ob die Person bereits einmal einen Antrag nach Absatz 1 gestellt hat. Denn auch wenn es nach einem früheren Antrag nach § 16 EuRAG-E nicht zur Ablegung einer Eignungsprüfung gekommen ist, kann es für das Prüfungsamt von Interesse sein, wie der frühere Antrag und die mit ihm vorgelegten Qualifikationen beurteilt wurden. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil es nach § 16 Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E zwar

unzulässig sein soll, einen Antrag nach § 16 Absatz 1 Satz 1 EuRAG bei mehreren Prüfungsämtern gleichzeitig zu stellen, es jedoch im Übrigen möglich ist, dass nacheinander verschiedene Prüfungsämter mit einer antragstellenden Person befasst sind. Zwar ist das neue Prüfungsamt dann an Entscheidungen des früheren Prüfungsamts nicht gebunden (vgl. dazu OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 20. Dezember 2006 – OVG 7 B 28.05, juris-Rn. 52, 57), es kann jedoch die früheren Beurteilungen in seine Entscheidungsfindung einbeziehen.

Nach der neuen Nummer 5 muss die antragstellende Person dann, wenn sie (entsprechend § 16a Absatz 3 EuRAG-E) mit der Begründung, fachliche Defizite, die sich aus einem Vergleich der nach Satz 1 Nummer 1 vorzulegenden Nachweise mit den für den Rechtsanwaltsberuf wesentlichen und für die Erlangung der Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz erforderlichen Anforderungen ergeben, vollständig ausgefüllt zu haben) eine unmittelbare Feststellung der Gleichwertigkeit ohne Ablegung einer Eignungsprüfung begeht, geeignete Nachweise über den Ausgleich der Defizite (z. B. in Form von Zeugnissen, sonstigen Prüfungsbescheinigungen oder Ausbildungsbescheinigungen) vorlegen. Dies wird jedoch in der Praxis eher selten relevant sein (vgl. dazu die Begründung zu § 16a Absatz 3 EuRAG-E).

b) Verfahren bei Zweifeln an der Echtheit der Dokumente

Hat das Prüfungsamt berechtigter Zweifel an der Echtheit vorgelegter Urkunden, so kann es nach Artikel 50 Absatz 2 der Richtlinie von der zuständigen Behörde des Ausstellungsstaates eine Bestätigung über deren Authentizität einholen. Auf eine explizite Umsetzung dieser Bestimmung wird verzichtet, da die Berechtigung zur Einholung einer solchen Bestätigung bereits gesetzlich geregelt ist. Dem die entsprechende Nachfrage fällt als Hilfersuchen einer deutschen Stelle unter die insoweit in § 8a Absatz 2 Satz 1 VwVfG geregelte europäische Verwaltungszusammenarbeit, in deren Rahmen eine deutsche Stelle um Hilfe ersuchen kann, wenn dies nach Maßgabe eines europäischen Rechtsakts (hier somit Artikel 50 Absatz 2 der Richtlinie) zugelassen ist. § 8a VwVfG ist für das Verfahren nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E über die Verweisung in § 16a Absatz 6 EuRAG-E anwendbar. Dies wird auch durch § 37 Absatz 1 EuRAG-E noch einmal klargestellt.

Da Hilfersuchen nach § 8a Absatz 2 Satz 1 VwVfG immer nur nach Maßgabe des europäischen Rechtsakts zulässig sind, bedarf es auch keiner ausdrücklichen Umsetzung der Vorgabe, dass eine Bestätigung nur bei berechtigten Zweifeln eingeholt werden darf. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil es ohnehin auf der Hand liegt, dass derartige Bestätigungen nicht etwa routinemäßig, sondern nur aus begründetem Anlass einzuholen sind.

Soweit nach Artikel 50 Absatz 3b der Richtlinie entsprechende Hilfersuchen über das europäische Binnenmarkt-Informationssystem (Internal Market Information System – IMIS) abzuwickeln sind, erscheint ebenfalls keine gesonderte ausdrückliche Umsetzung erforderlich. Denn nach § 8b Absatz 4 Satz 1 VwVfG sollen bei der europäischen Verwaltungszusammenarbeit im Rahmen des § 8a VwVfG Einrichtungen und Hilfsmittel der Kommission zur Behandlung von Ersuchen genutzt werden. Das europäische Binnenmarkt-Informationssystem fällt unter diese Einrichtungen und Hilfsmittel. Eine über die Sollvorschrift des § 8b Absatz 4 Satz 1 VwVfG hinausgehende zwingende Nutzungsverpflichtung erscheint letztlich nicht angebracht, da es in Ausnahmefällen auch möglich sein sollte, insbesondere mit bereits bekannten anderen Stellen auch auf anderem Wege (z. B. per Fax oder E-Mail) zu kommunizieren. Anders dürfte auch Artikel 50 Absatz 3b der Richtlinie nicht zu verstehen sein.

Bei allem bleibt es dem Prüfungsamt auch unbenommen, an Stelle der zuständigen Behörde die antragstellende Person selbst um die Vorlage einer beglaubigten Kopie zu bitten. Kommt die antragstellende Person dem jedoch nicht nach, kann allein darauf keine Ablehnung des Antrags gestützt werden.

c) Verfahren bei sonstigen Zweifeln

Die Ausführungen zu b) gelten im Ergebnis entsprechend, soweit das Prüfungsamt entsprechend Artikel 50 Absatz 2 der Richtlinie in dem Fall, in dem die Ausbildung, auf die sich Ausbildungsnachweise eines anderen Mitgliedstaates beziehen, zumindest teilweise in einem weiteren anderen Mitgliedstaat absolviert wurde. Zweifel daran hat, ob die Ausbildung vom Ausstellungsstaat offiziell bescheinigt wurde, ob der Ausbildungsnachweis dem bei vollständiger Absolvierung der Ausbildung im Ausstellungsstaat vertriehen entspricht oder ob der Ausbildungsnachweis im Ausstellungsmitgliedstaat dieselben Rechte verleiht.

Die Ausführungen zu b) gelten zudem entsprechend, wenn das Prüfungsamt entsprechend Artikel 50 Absatz 3a der Richtlinie Zweifel daran hat, ob der europäische Rechtsanwalt seiner Tätigkeit im Herkunftsstaat noch rechtmäßig nachgehen darf.

Auch in diesen Fällen kann das Prüfungsamt nach Maßgabe von § 8a VwVfG in Verbindung mit § 37 Absatz 1 EuRAG-E Hilfersuchen an die zuständigen Stellen in anderen Mitgliedstaaten stellen, ohne dass es einer expliziten Umsetzung bedarf.

Zu Absatz 4

Absatz 4 betrifft den bisher in § 3 Absatz 3 RAZEignPrV geregelten Gegenstand, bestimmt jedoch nur noch, dass die von der antragstellenden Person zu verfassenden Dokumente in deutscher Sprache vorzulegen sind. Eine beglaubigte Übersetzung fremdsprachiger Dokumente soll dagegen nicht mehr zwingend sein, sondern nur noch optional vom Prüfungsamt verlangt werden können (vgl. dazu § 16a Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E).

Zu § 16a EuRAG-E

Zur Überschrift

Der neu eingefügte § 16a EuRAG-E regelt, in welchem Verfahren das Prüfungsamt über den Antrag nach § 16 EuRAG-E zu entscheiden hat. Dies kommt in der Überschrift zum Ausdruck.

Zu Absatz 1

Mit der in Satz 1 geregelten Eignungsbesätigung wird Artikel 51 Absatz 1 der Richtlinie umgesetzt; Gleiches gilt für die in der ersten Alternative des Satzes 2 vorgesehene Mitteilung, ob Dokumente fehlen. In Bezug auf die in der zweiten Alternative des Satzes 2 behandelte Frage, ob von den einzureichenden Dokumenten Übersetzungen vorzulegen sind, war bisher in § 3 Absatz 3 RAZEignPrV vorgesehen, dass jedenfalls von den jetzt in § 16 Absatz 3 Nummer 2 und 3 EuRAG-E benannten Dokumenten in jedem Fall eine beglaubigte Übersetzung vorzulegen ist. Diese Regelung erscheint in Anbetracht dessen, dass jedenfalls in englischer Sprache abgefasste Dokumente heutzutage von der Mehrheit der mit ihnen im Rahmen des Zulassungsverfahrens befassten Personen auch ohne Übersetzung gelesen werden können und der antragstellenden Person ohnehin eine Eignungsbesätigung erteilt werden muss, nicht mehr zeitgemäß. Es wird daher in Umsetzung der Zielrichtung der Richtlinie, die Antragsverfahren zu vereinfachen, vorgesehen, dass das Prüfungsamt der Person mitzuteilen hat, dass sie gegebenenfalls von bestimmten Dokumenten eine einfache oder beglaubigte Übersetzung benötigt. Dies lässt die Möglichkeit unberührt, dass das Prüfungsamt zur Beschleunigung des Verfahrens in allgemeiner Form (z. B. einer Homepage) darüber informiert, in welchen Fällen stets die Vorlage einer einfachen oder beglaubigten Übersetzung erforderlich ist.

Mit Satz 3 wird in Umsetzung der Vorgabe aus Artikel 51 Absatz 2 der Richtlinie bestimmt, dass über den Antrag nach § 16 EuRAG-E spätestens nach vier Monaten zu entscheiden ist. Damit wird von der in Artikel 51 Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, die im dortigen Satz 1 vorgesehene Frist von drei Monaten im Fall des unter das Kapitel I des Titels III der Richtlinie fallenden Zulassungsverfahrens nach den Artikeln 10 ff. der Richtlinie um einen Monat zu verlängern.

An Entscheidungen über den Antrag nach § 16 Absatz 1 EuRAG-E innerhalb der vorgenannten Frist kommen für das Prüfungsamt die Ablehnung des Antrags nach Absatz 2, die Auflegung einer Eignungsprüfung nach Absatz 3 (Klagsstellung durch Absatz 3 Satz 2) sowie die unmittelbare Feststellung der Gleichwertigkeit nach Absatz 5 Alternative 1 in Betracht. Wird eine Eignungsprüfung aufgelegt, erfolgt darüber hinaus lediglich bei Bestehen der Eignungsprüfung noch eine positive Feststellung der Gleichwertigkeit nach Absatz 5 Alternative 2. Eine ausdrückliche negative Feststellung bei Nichtbestehen der Eignungsprüfung ist dagegen nicht vorgesehen, unter anderem deshalb, weil den antragstellenden Personen ohne besondere zeitliche Beschränkung die Wiederholung der Eignungsprüfung möglich ist, ohne dass dafür ein neuer Antrag nach § 16 EuRAG-E gestellt werden müsste.

Zu Absatz 2

Absatz 2 bestimmt, in welchen Fällen das Prüfungsamt den Zulassungsantrag unmittelbar, d. h. ohne Auflegung einer Eignungsprüfung, abzulehnen hat.

Zu Absatz 3

In Absatz 3 Satz 1 wird in Umsetzung von Artikel 14 der Richtlinie geregelt, wann der antragstellenden Person die Ablegung einer Eignungsprüfung auferlegt werden darf. Dafür ist – wie Nummer 1 bestimmt – nach Artikel 14

Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie zunächst Voraussetzung, dass sich die Fächer, die von der bisherigen beruflichen Ausbildung der Person abgedeckt werden, wesentlich von denjenigen unterscheiden, die für die Ausübung des Berufs des Rechtsanwalts in Deutschland erforderlich sind (vgl. dazu die Begründung zu § 16 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E). Auch unter Berücksichtigung dieser Einschränkung werden jedoch in der Praxis nahezu immer wesentliche Unterschiede festzustellen sein, da sich die bisherige Ausbildung der Person zumindest hauptsächlich auf das Recht des Herkunftslandes und nicht das deutsche Recht bezogen haben wird.

Weiterhin ist nach Satz 1 Nummer 2 in Umsetzung von Artikel 14 Absatz 5 der Richtlinie aber auch zu prüfen, ob die antragstellende Person aus seiner Ausbildung resultierende Defizite im Sinne der Nummer 1 möglicherweise vollständig ausgeglichen hat, und zwar insbesondere durch berufliche Erfahrung oder Weiterbildungsmaßnahmen (die Richtlinie verwendet insoweit den in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe 1 der Richtlinie näher definierten Begriff des „Lebenslangen Lernens“, der durch den Begriff der „Weiterbildung“ vollständig abgebildet werden soll). Ein solcher (ohne Eignungsprüfung festzustellender) vollständiger Ausgleich dürfte in der Praxis in Betracht der vielfältigen Kenntnisse und Fähigkeiten, die in Deutschland für die Tätigkeit als Rechtsanwalt erforderlich sind, allerdings sehr selten sein.

Satz 2 stellt klar, dass als Entscheidung im Sinne des Absatzes 1 Satz 3 (und damit insbesondere auch des Artikels 51 Absatz 2 der Richtlinie und der dort vorgegebenen Frist) nicht die endgültige Entscheidung über die Feststellung der Gleichwertigkeit gilt (die in aller Regel erst nach der Ablegung der Eignungsprüfung möglich sein wird), sondern auch die Auflegung einer Eignungsprüfung. Dass auch der Richtlinie dieses Verständnis zugrunde liegt folgt daraus, dass sie für die Ablegung der Eignungsprüfung in Artikel 14 Absatz 7 der Richtlinie eine gesonderte Frist (von sechs Monaten) vorsieht.

Mit Satz 3 soll sichergestellt werden, dass die Rechtsanwaltskammern in jedem Fall dann in die Entscheidungsfindung des Prüfungsamts über die Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen eingebunden werden, wenn das Prüfungsamt erwägt, von der Auflegung einer Eignungsprüfung abzusehen. Die Rechtsanwaltskammern haben einen europäischen Rechtsanwalt, bei dem von der Auflegung einer Eignungsprüfung abgesehen wurde, nach § 16a Absatz 5 EuRAG-E ohne Weiteres zur Rechtsanwaltschaft zuzulassen. Deshalb sollten sie in einem solchen Fall zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt haben. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Rechtsanwaltskammern zum Teil über gute Kenntnisse des Inhalts und des Werts von Berufsqualifikationen nachweisen aus anderen Mitgliedsstaaten verfügen, die von den Prüfungsämtern jedenfalls in Fällen, in denen die vorgelegten Nachweise schwierig zu beurteilen sind, genutzt werden sollten. Wird der antragstellenden Person dagegen eine Eignungsprüfung auferlegt, kommt es auf die Beurteilung der Nachweise insbesondere bei der Frage an, ob ihr Prüfungsleistungen erlassen werden können. Insoweit soll eine Beteiligung der Rechtsanwaltskammer dann nach § 21 Absatz 2 Satz 3 EuRAG-E erfolgen können.

Zu Absatz 4

Mit Absatz 4 werden die Vorgaben aus Artikel 14 Absatz 6 der Richtlinie zu den Begründungspflichten bei der Auflegung einer Eignungsprüfung 1:1 umgesetzt.

Zu Absatz 5

Absatz 5 bestimmt, dass das Prüfungsamt antragstellenden Personen, deren gleichwertige Berufsqualifikation es entweder unmittelbar oder durch eine bestandene Eignungsprüfung festgestellt hat, hierfür eine Bescheinigung auszustellen hat. Das Zulassungsverfahren zur Rechtsanwaltschaft, für das dann nicht mehr das Prüfungsamt, sondern die Rechtsanwaltskammer zuständig ist, bestimmt sich sodann wie schon bisher nach den §§ 6 bis 36 BRAO. Dies soll zukünftig in Anlehnung an die entsprechenden Regelungen in § 11 Absatz 1 Satz 1 und § 13 Absatz 1 EuRAG-E auch ausdrücklich normiert werden. Damit soll zwischen den inhaltlich gleichgelagerten Fällen (die zum einen in § 4 Satz 1 Nummer 2 und zum anderen in § 4 Satz 1 Nummer 2 BRAO-E genannt sind) eine einheitliche Systematik hergestellt werden. Die Verweisung entspricht dabei der durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 erweiterten Verweisungskette der § 11 Absatz 1 Satz 1 und § 13 Absatz 1 EuRAG-E in der durch Artikel 2 Nummer 6 und 8 modifizierten Form.

Zu Absatz 6

Für den Teil 4 des EuRAG soll (anders als für die Teile 2 und 3 durch die Verweisungen in § 4 Absatz 1, § 11 Absatz 1 und § 13 Absatz 1 EuRAG auf § 32 BRAO) wie bisher keine besondere Bestimmung zur Anwendbarkeit des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) des Bundes getroffen werden, da die Zuständigkeit für das Verfahren nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E ebenso wie für die Durchführung der Eignungsprüfung bei den Prüfungsämtern der Länder liegt und deshalb das dortige Verwaltungsverfahrensgesetz anwendbar sein sollte. Dies korrespondiert auch mit der Bestimmung des § 18 Absatz 3 EuRAG-E, nach der für die Eignungsprüfung die Vorschriften für die zweite juristische Staatsprüfung desjenigen Landes gelten, in dem das Prüfungsamt eingerichtet ist.

Mit Absatz 6 wird jedoch (wie schon mit § 32 Absatz 1 Satz 2 BRAO und die auf ihn verweisenden Normen des § 11 Absatz 1 Satz 1 und des § 13 Absatz 1 EuRAG) auch für das Verfahren nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E die Verpflichtung aus Artikel 57a Absatz 1 der Richtlinie umgesetzt, einen einheitlichen Ansprechpartner zwecks Vereinfachung des Verfahrens vorzusehen. Anträge auf Anerkennung von Berufsqualifikationen können danach bei regionalisierten Berufen nicht nur bei den zuständigen Stellen, sondern auch bei den einheitlichen Stellen im Sinne des VwVfG eingebracht werden. Diese wurden – in Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie – durch das Vierte Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften vom 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418 – 4, VwVfÄndG) eingeführt und von den Ländern unter der Bezeichnung „Einheitlicher Ansprechpartner“ eingerichtet.

Der Einheitliche Ansprechpartner fungiert als Bindeglied zwischen den antragstellenden Personen und den zuständigen Stellen. Die entsprechenden Verfahrensvorschriften finden sich in den §§ 71a ff. VwVfG. Die Formulierung von Absatz 6 überlässt die konkrete Ausgestaltung der Abwicklung über den nach Landesrecht eingerichteten Einheitlichen Ansprechpartner im Einklang mit Artikel 57a Absatz 1 der Richtlinie den Ländern. Diese können ihn ausschließlich mit der elektronischen Verfahrensabwicklung betrauen und sie können außerdem die Abwicklung auf einen elektronischen Verweis des einheitlichen Ansprechpartners auf die zuständigen Stellen zur Berufsanerkennung beschränken.

Zudem wird in Anbetracht der entsprechenden Vorgabe aus Artikel 57a Absatz 1 der Richtlinie noch einmal ausdrücklich klargestellt, dass die genannten Verfahren auch elektronisch (entweder direkt mit der zuständigen Behörde oder über den einheitlichen Ansprechpartner) abgewickelt werden können.

Absatz 6 gilt dagegen für das Verfahren im Zusammenhang mit der in der KAZBignPV geregelten Eignungsprüfung nicht. Dies entspricht der in Artikel 57a Absatz 2 der Richtlinie zugelassenen Ausnahme von der Verpflichtung zur Einführung eines einheitlichen Ansprechpartners. Hintergrund dafür ist, dass mit der Eignungsprüfung die Qualifikation der antragstellenden Person festgestellt werden soll, was insbesondere ein persönliches Erscheinen der Person zu den Prüfungen erforderlich macht.

Zu Nummer 11 (§ 17 EuRAG-E)

Zu Buchstabe a

Die Streichung der Bezeichnung „Bundesrepublik“ in § 17 Satz 1 EuRAG-E erfolgt zur Angleichung der Begrifflichkeiten im EuRAG, in dem an allen anderen Stellen auch nur die Bezeichnung „Deutschland“ verwendet wird.

Die Ergänzung um den Begriff „Kompetenzen“ folgt der entsprechenden Erweiterung, die der mit § 17 Satz 1 EuRAG umgesetzte Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe h der Richtlinie durch dessen Änderung durch die Richtlinie 2013/55/EU erfahren hat. Dort werden statt der bisher allein erwähnten „Kenntnisse“ nunmehr auch „Fähigkeiten und Kompetenzen“ als Gegenstand der Eignungsprüfung genannt. Da eine inhaltliche Unterscheidung zwischen „Fähigkeiten“ und „Kompetenzen“ kaum nachvollziehbar erscheint und der Begriff der Fähigkeiten im weiteren Teil des Satzes noch einmal verwendet wird, soll sich die Ergänzung auf die „Kompetenzen“ beschränken.

Zu Buchstabe b

Der bisherige Satz 3 des § 17 EuRAG kann entfallen, weil sein Gegenstand zukünftig an anderer Stelle geregelt wird. Die Voraussetzungen für den vollständigen Wegfall der Eignungsprüfung folgen nunmehr aus den §§ 16 und 16a EuRAG-E, diejenigen für den Erliss einzelner Prüfungsleistungen aus § 21 Absatz 2 EuRAG-E.

Zu Nummer 12 (§ 18 EuRAG-E)**Zu Buchstabe a**

Die Einfügung des neuen § 18 Absatz 3 EuRAG-E dient nicht der Umsetzung der Richtlinie, sondern einer Klärstellung in der Frage, ob die bisher in den §§ 1, 2 und 13 RAZLeigPrV enthaltenen Verweisungen auf die Vorschriften über das für die zweite juristische Staatsprüfung zuständige Prüfungsamt des Landes, in dem das Prüfungsfach (bzw. gemeinsame Prüfungsfach) eingerichtet ist, statischer oder dynamischer Art sind. Dies war bisher unter anderem deshalb nicht eindeutig, weil zwar die grammatische, systematische und teleologische Auslegung eher für eine dynamische Verweisung sprach, jedoch bei Erlass der RAZLeigPrV in der Verordnungsbeurteilung ausgeführt wurde, dass es sich aufgrund verfassungsrechtlicher Zweifelsfragen um eine statische Verweisung handeln sollte (vgl. Bundestagsdrucksache 712/90, S. 10, 11 und 24).

Inhaltlich ist insoweit das Bestehen einer dynamischen Verweisung anzustreben, da es für die Landesjustizprüfungsämter nur schwer zu handhaben wäre, wenn sie im Fall einer Änderung der landesrechtlichen Vorschriften über die zweite juristische Staatsprüfung bei der Eignungsprüfung nach dem EuRAG andere Vorschriften anwenden müssten als bei der Staatsprüfung. Eine dynamische Verweisung über Verweisungen in der RAZLeigPrV zu erreichen könnte jedoch verfassungsrechtliche Probleme aufwerfen, da es sich bei der RAZLeigPrV um eine Verordnung handelt und im Hinblick auf Artikel 90 Absatz 1 Satz 4 GG fraglich sein könnte, ob eine Verordnung ohne ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung eine dynamische Verweisung auf Landesrecht vorsehen darf.

Deshalb erscheint es als der zumindest sicherere Weg, die Verweisung auf die landesrechtlichen Vorschriften über die zweite juristische Staatsprüfung nicht mehr wie bisher in der RAZLeigPrV als Verordnung, sondern unmittelbar im EuRAG als Gesetz vorzunehmen, was durch den neuen § 18 Absatz 3 EuRAG-E geschieht.

Die Verweisung erfasst dabei mit dem Passus „oder einer auf der Grundlage dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung“ die RAZLeigPrV rechtsformell sowohl in ihrer derzeitigen als auch in zukünftigen Fassungen. Dies gilt auch in Anbetracht dessen, dass die am 18. Dezember 1990 erlassene RAZLeigPrV noch auf § 10 Absatz 2 des Gesetzes über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 6. Juli 1990 (BGBl. I S. 1349) beruhte und dieses Gesetz mittlerweile mit Wirkung vom 14. März 2009 vom EuRAG abgelöst wurde. Dem § 40 Absatz 2 EuRAG sieht eine dem § 10 Absatz 2 des Gesetzes über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft inhaltsgleiche Ermächtigungsgrundlage für den Erlass der RAZLeigPrV vor.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu Buchstabe a.

Zu Nummer 13 (§ 19 EuRAG)

Der bisher die Zulassung zur Eignungsprüfung regelnde § 19 EuRAG ist aufzuheben. Die Frage der Auflegung einer Eignungsprüfung richtet sich nunmehr nach § 16a Absatz 3 EuRAG-E; daneben bedarf es keiner eigenständigen Zulassung zur Eignungsprüfung nach § 19 Absatz 1 BRAO mehr. Die derzeit von § 19 Absatz 2 BRAO behandelten Voraussetzungen für die Zulassung sind zukünftig bereits in § 16a Absatz 2 EuRAG-E geregelt.

Zu Nummer 14 (§ 21 EuRAG-E)**Zu Buchstabe a**

Mit der Neuregelung in § 21 Absatz 2 Satz 1 EuRAG-E wird die bisher in § 17 Satz 3 EuRAG nur kurz erwähnte, im Übrigen aber lediglich in § 5 RAZLeigPrV näher ausgeführte Möglichkeit, einzelne Prüfungsleistungen erlassen zu bekommen, aufgrund ihrer erheblichen Bedeutung für den Prüfling jetzt im EuRAG-E selbst geregelt. Dies erscheint auch deshalb erforderlich, weil die Möglichkeit des vollständigen Erlasses der Eignungsprüfung nunmehr ebenfalls ausdrücklich im EuRAG-E geregelt ist. Zudem wird, insoweit ein Gleichklang zum EuRAG-E hergestellt, in dem diese Materie auch bisher schon gesetzlich (in § 6 Absatz 2 PAZEigPrG) geregelt war, inhaltlich entspricht die Regelung im Wesentlichen dem bisherigen § 5 Satz 1 RAZLeigPrV, allerdings in Umsetzung von Artikel 14 Absatz 5 der Richtlinie ausdrücklich ergänzt um den Hinweis, dass im Rahmen der Prüfung auch vom Prüfling durchgeführte Weiterbildungsmaßnahmen zu berücksichtigen sind.

Die Regelung in § 21 Absatz 2 Satz 2 EuRAG-E, nach der der Antrag auf Erlass von Prüfungsleistungen möglichst mit der Antragstellung nach § 16 Absatz 1 EuRAG-E verbunden werden soll, bezweckt im Interesse sowohl

Drucksache 18/9521

der antragstellenden Person als auch des Prüfungsamts die Beschleunigung des Verfahrens und eine möglichst frühzeitige Klarheit darüber, welche Prüfungsleistungen zu erbringen sind.

Ebenso wie bei der Frage der Auflegung einer Eignungsprüfung kann es bei der Entscheidung über die Frage, ob einzelne Prüfungsleistungen erlassen werden können, sinnvoll sein, dass das Prüfungsamt zuvor eine Stellungnahme der Rechtsanwaltskammer einholt (vgl. dazu schon zu § 16a Absatz 3 Satz 3 EuRAG-E). Mit § 21 Absatz 2 Satz 3 EuRAG-E wird dies ermöglicht.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Einfügung des neuen Absatzes 2 in § 21 EuRAG-E.

Zu Buchstabe c

Der neue Satz 3 des § 21 Absatz 4 EuRAG-E dient der Beseitigung der bisher in der Praxis bestehenden Unsicherheit, wie zu verfahren ist, wenn ein Prüfling, dem eine Aufsichtsarbeit erlassen wurde, die andere Aufsichtsarbeit nicht besteht. Nach dem reinen Wortlaut des § 21 Absatz 3 EuRAG kann er in diesem Fall derzeit nicht zur mündlichen Prüfung zugelassen werden, da nicht mindestens eine seiner Aufsichtsarbeiten den Anforderungen genügt. Dies erscheint jedoch nicht sachgerecht, da mit dem Erlass der einen Aufsichtsarbeit unterstellt wird, dass die entsprechenden Kenntnisse beim Prüfling vorliegen. Trotzdem kann derzeit die erlassene Aufsichtsarbeit demjenigen Prüfling, der die zweite Arbeit nicht besteht, nicht zum Ausgleich dienen. Damit wird er ohne hinreichenden Grund schlechter gestellt als ein Prüfling, der zwar die zweite Arbeit ebenfalls nicht besteht, jedoch dem einen erlassenen erste Arbeit. Deshalb wird nunmehr inhaltlich klargestellt, dass auch erlassene Aufsichtsarbeiten als bestanden gelten, was in Anbetracht dessen, dass nur zwei Aufsichtsarbeiten zu schreiben sind, dazu führt, dass im Fall des Erlasses einer Aufsichtsarbeit die andere nicht bestanden werden muss, um zur mündlichen Prüfung zugelassen zu werden.

Zu Nummer 15 (§ 23 EuRAG-E)

Einwendungen gegen die Bewertung von Prüfungsleistungen müssen nach § 23 Absatz 1 EuRAG derzeit schriftlich erhoben werden. Zukünftig soll dies in Anlehnung an den Rechtsgedanken des Artikels 57a Absatz 1 der Richtlinie auch elektronisch möglich sein.

Zu Nummer 16 (§ 25 EuRAG-E)

Die Vorschrift regelt derzeit die Berechtigung europäischer Rechtsanwälte, den Rechtsanwaltsberuf als Dienstleistung im Sinne von Artikel 50 des EG-Vertrags (an dessen Stelle mittlerweile Artikel 56 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) getreten ist) in Deutschland zu erbringen. Die vorgeschlagene Neufassung führt zu keinen Rechtsänderungen. An Stelle des veralteten Verweises auf den EG-Vertrag tritt aus Gründen der Rechtmäßigkeit und besseren Verständlichkeit die Definition der vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistung aus Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie.

Zu Nummer 17 (§ 26 EuRAG-E)**Zu Buchstabe a**

Die Änderung in § 26 Absatz 1 EuRAG-E ist eine redaktionelle Folgeänderung zu der durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälle und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 erfolgten Änderung des Satzes 3 an § 5 Absatz 1 EuRAG. Dieser neue Satz passt für die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte nicht, da diese nicht als Syndikusrechtsanwalt in die Rechtsanwaltskammer aufgenommen werden und auch sonst die Vorschriften für Syndikusrechtsanwälte in anderen Mitgliedsstaaten daran differenzieren können, dass es nicht sachgerecht erschien, entsprechende europäische Rechtsanwälte zu verpflichten, ihrer Berufsbezeichnung in Deutschland die Bezeichnung „Syndikus“ in Klammern nachzusetzen. Deshalb ist § 5 Absatz 1 Satz 3 EuRAG von der Verweisung in § 26 Absatz 1 EuRAG-E auszuschließen.

Zu Buchstabe b

Die Änderung § 26 Absatz 2 Satz 1 EuRAG-E erfolgt zur Präzisierung sowie zur Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten innerhalb des EuRAG, aber auch im Vergleich mit dem EuRAG-E und dem RIDG-E. In letzteren Gesetzen wird als Anknüpfungspunkt für die dienstleistend in Deutschland tätigen europäischen Patentanwälte bzw.

Rechtsberater jeweils auf deren „Niederlassungsstaat“ abgestellt (dieser Begriff wird auch im die Dienstleistungsfreiheit betreffenden Titel II der Richtlinie verwendet). Das ist auch folgerichtig, da diese Personen ihre Dienstleistung in Deutschland aus dem Staat ihrer Niederlassung heraus erbringen. Dementsprechend wird auch in § 32 Absatz 1 Nummer 3 und Absatz 4 Satz 1 EuRAG der Staat der Niederlassung des dienstleistenden europäischen Rechtsanwalts genannt. Einzig in § 26 Absatz 2 Satz 1 EuRAG-E wird im Zusammenhang mit dienstleistender Tätigkeit noch auf den „Herkunftsstaat“ abgestellt, demgegenüber der Begriff des Niederlassungsstaates jedoch zumindest präziser erscheint, weil es auch hier darauf ankommt, ob der europäische Rechtsanwalt im Staat seiner Niederlassung zur Ausübung seines Berufs berechtigt ist.

Zu Nummer 18 (§ 27 EuRAG-E)

Zu Buchstabe a

Bei der Ergänzung in § 27 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E handelt es sich um eine Folgeänderung zur Einführung des § 43e BRAO-E und des § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h BRAO-E durch Artikel 1 Nummern 10 und 21. Beide Bestimmungen betreffen die Berufspflicht eines in Deutschland zugelassenen Rechtsanwalts zur Fortbildung (wobei sich § 43e BRAO-E speziell auf die Fortbildung im Berufsrecht bezieht). Hierbei ergibt sich die grundsätzliche Verpflichtung zur Fortbildung allerdings schon aus § 43a Absatz 6 BRAO, zu dem die neu eingeführten Vorschriften nur nähere Ausgestaltungen enthalten bzw. dazu ermächtigen. Jedenfalls soweit aus diesen Ausgestaltungen zukünftig konkret definierte Fortbildungspflichten folgen, dürfte es sich nicht mit Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie 77/249/EWG vereinbaren lassen, diese auch für dienstleistende europäische Rechtsanwälte vorzusehen. Fortbildungspflichten werden in Artikel 4 Absatz 4 der Richtlinie 77/249/EWG nicht erwähnt und dürfen sich auch sonst mit dem Charakter der vorübergehenden und gelegentlichen Tätigkeit in Deutschland, die sich gegebenenfalls nur auf einen Fall erstreckt, nicht vereinbaren lassen. Deshalb soll die Fortbildungspflicht zukünftig generell von den dienstleistenden europäischen Rechtsanwälten treffenden Pflichten ausgenommen werden.

Zu Buchstabe b

Mit der Ergänzung in § 27 Absatz 2 Satz 1 EuRAG-E wird klargestellt, dass auch dienstleistende europäische Rechtsanwälte die nach § 43d BRAO geltenden Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen zu beachten haben. § 43d BRAO war durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken vom 1. Oktober 2013 neu eingeführt worden. Hierbei war § 43d BRAO zunächst nicht in die Kette der Regelbeispiele des § 27 Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 2 EuRAG aufgenommen worden, so dass sich unter anderem auch aufgrund der Einschränkungen des § 27 Absatz 2 Satz 2 EuRAG die Frage stellen kann, ob die Norm von in Deutschland nur gelegentlich und vorübergehend tätigen europäischen Rechtsanwälten zu beachten ist. Inhaltlich soll dies jedoch der Fall sein, da die durch § 43d BRAO vorgeschriebene Information des deutschen Verbrauchers nicht davon abhängt, ob er von einem inländischen oder ausländischen Rechtsanwalt angesprochen wird. Die Vorgabe ist auch mit Artikel 4 Absatz 4 Satz 2 der insoweit einschlägigen Richtlinie 77/249/EWG vereinbar, da die berufsethliche Regelung des § 43d BRAO nach deutschem Recht eine Norm ist, die die „ordnungsgemäße Ausübung der Tätigkeiten eines Rechtsanwalts ... gewährleisten“ soll und sie auch von ausländischen Rechtsanwälten unproblematisch beachtet werden kann.

Zu Buchstabe c

Mit der Ergänzung des § 27 EuRAG-E um den neuen Absatz 3 wird die bisher unbefriedigend behandelte Frage, ob und gegebenenfalls in welchen Fällen und in welchem Umfang ein vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätiger europäischer Rechtsanwalt eine Haftpflichtversicherung besitzen muss, einer Klärung zugeführt.

a) Derzeitige Rechtslage

Nach dem Wortlaut des bisherigen § 27 Absatz 1 EuRAG hat der in Deutschland dienstleistende tätige europäische Rechtsanwalt im Zusammenhang mit der Vertretung oder Verteidigung seiner Mandatschaft (von hier nicht relevanten Ausnahmen abgesehen) dieselben Pflichten wie ein in Deutschland zugelassener Rechtsanwalt. Dies entspricht den Vorgaben des Artikels 4 Absatz 1 der Richtlinie 77/249/EWG. Mangels entsprechender Ausnahmerebestimmungen dürfte dies bedeuten, dass der europäische Rechtsanwalt in diesem Fall im Hinblick auf eine Berufshaftpflichtversicherung der Bestimmung des § 51 BRAO unterfällt. Eine Anwendbarkeit des § 7 EuRAG, der für europäische Rechtsanwälte, die in Deutschland nach Teil 2 des EuRAG niedergelassen oder nach den

Teilen 3 oder 4 des EuRAG in Verbindung mit § 4 BRAO zugelassen sind, eine Sonderregelung enthält, ist – wie sich insbesondere aus § 7 Absatz 4 EuRAG ergibt – nicht vorgesehen.

Dagegen unterfällt der anderweitig in Deutschland dienstleistende tätige europäische Rechtsanwalt nach Artikel 4 Absatz 4 Satz 1 Halbsatz 1 der Richtlinie 77/249/EWG grundsätzlich den Bedingungen seines Niederlassungsstaates. Darüber hinaus hat er jedoch nach dem folgenden Halbsatz 2, der durch § 27 Absatz 2 EuRAG umgesetzt wurde, die im Aufnahmestaat geltenden „Regeln über die Ausübung des Berufs, gleich welchen Ursprungs“ einzuhalten. Der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung gehört dabei zwar nicht zu den in Artikel 4 Absatz 4 Satz 4 Satz 1 Halbsatz 1 der Richtlinie 77/249/EWG oder § 27 Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 2 EuRAG aufgeführten Beispielen von zu erfüllenden Regeln; allerdings ist der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung in Deutschland eine Berufspflicht des Rechtsanwalts. Die Einhaltung der Vorgaben des Aufnahmestaates darf nach dem in § 27 Absatz 2 Satz 2 EuRAG ungesetzten Artikel 4 Absatz 4 Satz 2 der Richtlinie 77/249/EWG aber unter anderem nur dann verlangt werden, wenn sie dem aus einem anderen Mitgliedsstaat stammenden Rechtsanwalt möglich ist.

Der vorstehende Gesetzeswortlaut des § 27 EuRAG spricht somit dafür, dass der in Deutschland tätig werdende dienstleistende europäische Rechtsanwalt derzeit verpflichtet ist, auch bei einer nur vorübergehenden und gelegentlichen (d. h. möglicherweise auch nur einmaligen) Tätigkeit eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen, die vollumfänglich den Vorgaben des § 51 BRAO entspricht. Dies würde in der Praxis jedoch ein außerordentlich großes Hemmnis für eine grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung darstellen und dürfte auch derzeit schon kaum der gelebten Wirklichkeit entsprechen.

Insofern ist auch zu beachten, dass die Berufsregeln der Rechtsanwälte der Europäischen Union (Commission Consultative des Barreaux de la Communauté Européenne; im folgenden CCBE) unter Nummer 3.9. Regelungen zur Berufshaftpflichtversicherung im Fall grenzüberschreitenden Rechtsanwaltsstätigkeit enthalten, die die Theematik des § 27 Absatz 2 Satz 1 Halbsatz 1 Satz 1 BORA im Fall einer grenzüberschreitenden Tätigkeit nach dem bis zum 15. April 2013 geltenden § 29 Absatz 1 Satz 1 BORA im Fall einer grenzüberschreitenden Tätigkeit anstelle der BORA-Regelungen gelten, sofern sie nicht mit anderem Recht kollidieren. Allerdings stellte sich insoweit schon immer die Frage, ob nicht die gesetzliche Vorschrift des § 27 EuRAG einer Regelung wie in Nummer 3.9. der CCBE-Regeln entgegensteht. Der zuletzt genannte Gedanke hat in allgemeiner Form auch am 15. April 2013 zur Aufhebung des § 29 BORA geführt, so dass die Regeln der CCBE aktuell unzuwendbar keine rechtliche Wirkung entfalten.

Inhaltlich erscheint jedoch jedenfalls der Grundgedanke der Nummer 3.9. der CCBE-Regeln einer statischen Anwendung des § 51 BRAO vorzuziehen. Letztlich dürfte dies auch für den Vergleich mit § 7 EuRAG gelten, obwohl jener schon viele Elemente der Nummer 3.9. der CCBE-Regeln enthält. Die Nummern 3.9.1. bis 3.9.2.4. der CCBE-Regeln in ihrer Fassung vom 28. November 1998 lautenen dabei wie folgt:

„3.9.1. Der Rechtsanwalt muss gegen Berufshaftpflicht ständig in einer Weise versichert sein, die nach Art und Umfang den durch rechtsanwaltsliche Tätigkeit entstehenden Risiken angemessen ist.

3.9.2. Um der Rechtsanwalt seine Tätigkeit in einem Aufnahmestaat aus, gilt folgende Regelung:

3.9.2.1. Der Rechtsanwalt hat die Vorschriften zu befolgen, die bezüglich der Versicherungspflicht für Rechtsanwälte in seinem Herkunftsstaat gelten.

3.9.2.2. Ist der Rechtsanwalt in seinem Herkunftsstaat verpflichtet, eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen, und übt er eine Tätigkeit in einem anderen Mitgliedsstaat aus, so hat er sich um die Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf seine Tätigkeit im Aufnahmestaat auf der Basis des Versicherungsschutzes in seinem Herkunftsstaat zu bemühen.

3.9.2.3. Ist der Rechtsanwalt nach den Vorschriften des Herkunftsstaates nicht zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung verpflichtet oder ist die in Nummer 3.9.2.2. vorgesehene Ausdehnung des Versicherungsschutzes unmöglich, so ist der Rechtsanwalt dennoch verpflichtet, sich für die in einem Aufnahmestaat zugewiesenen Mandanten des Aufnahmestaates erbrachte Tätigkeit zumindest im gleichen Umfang wie die Rechtsanwältin des Aufnahmestaates zu versichern, es sei denn, die Erlangung eines solchen Versicherungsschutzes erweist sich als unmöglich.

3.9.2.4. Ist es dem Rechtsanwalt nicht möglich, einen den vorstehenden Bestimmungen entsprechenden Versicherungsschutz zu erhalten, hat er die Mandanten zu unterrichten, die wegen des fehlenden Versicherungsschutzes Schaden erleiden könnten.“

Während in der aktuellen Fassung der CCBE-Regeln vom 19. Mai 2006 in Nummer 3.9.1. lediglich das Wort „ständig“ gestrichen wurde, wurde Nummer 3.9.2. in folgende Kurzfassung gebracht: „Ist dies nicht möglich, hat der Rechtsanwalt den Mandanten über die Situation sowie über die Folgen zu informieren.“

Das grundsätzliche Regelungskonzept des CCBE soll zukünftig im Interesse eines Ausgleichs zwischen den Interessen der europäischen Rechtsanwälte, möglichst unbürokratisch grenzüberschreitend tätig werden zu können, und den Interessen ihrer Mandanten, vor aus Falschberatung resultierenden Vermögensschäden geschützt zu werden, durch den neuen § 27 Absatz 3 EuRAG-E unmittelbar gesetzlich eingeführt werden, wobei dieser Absatz dann für den Bereich der Berufshaftpflichtversicherung eine Spezialregelung zu den Absätzen 1 und 2 enthält.

Die Notwendigkeit, europäischen Rechtsanwälten eine in der Praxis handhabbare Lösung für die Frage des Abschlusses einer Berufshaftpflichtversicherung zu bieten, ergibt sich auch aus der am 28. November 2012 veröffentlichten sogenannten „Pamela-Studie“ (Evaluation of the Legal Framework for the Free Movement of Lawyers – Final Report) der Universität Maastricht, nach der 26 Prozent der europäischen Rechtsanwälte, die überlegen, in einem anderen Mitgliedsstaat dienstleistend tätig werden, hierbei Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Berufshaftpflichtversicherung befürchten (vgl. Tabelle S. 161 der Studie).

b) Neuregelung

Der Satz 1 des neuen § 27 Absatz 3 EuRAG-E übernimmt als Grundsatz die Regelung aus Nummer 3.9.1. der CCBE-Regeln und legt fest, dass der dienstleistende europäische Rechtsanwalt für seine Tätigkeit in Deutschland eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen hat, bei der sich Art und Umfang an dem im jeweiligen Fall bestehenden Risiko zu orientieren haben. Hat der dienstleistende europäische Rechtsanwalt also beispielsweise in seinem Herkunftsland, in dem eine Mindestversicherungssumme von 100 000 Euro festgeschrieben ist, eine solche Versicherung abgeschlossen und gilt diese auch für Tätigkeiten in Deutschland, so muss er in Fällen, in denen das Haftungsrisiko die 100 000 Euro nicht erreicht, trotz der in § 51 Absatz 4 BRAO vorgesehenen Mindestversicherungssumme von 250 000 Euro keine zusätzliche Versicherung abschließen. Anders verhält es sich, wenn die Versicherung im Herkunftsland Tätigkeit in Deutschland nicht abdeckt oder das Haftungsrisiko über 100 000 Euro liegt; in diesem Fall muss der Rechtsanwalt eine Zusatzversicherung abschließen. Die Höchstgrenze für die Versicherungspflicht des dienstleistenden europäischen Rechtsanwalts und damit die Angemessenheit im Sinne des § 27 Absatz 3 Satz 1 EuRAG-E bilden in jedem Fall die Anforderungen des § 51 BRAO; eine darüber hinausgehende Versicherung kann schon deshalb nicht gefordert werden, weil der dienstleistende europäische Rechtsanwalt andernfalls schlechter als seine deutschen Kollegen behandelt würde, was gegen Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 77/249/EG verstoßen würde.

Satz 2 übernimmt die Regelung aus Nummer 3.9.2. der CCBE-Regeln und betrifft vor allem den Fall, dass der Rechtsanwalt kein Versicherungsunternehmen findet, das seine Tätigkeit zu versichern bereit ist. Diese Konstellation ist nicht unwahrscheinlich, unter anderem da das Haftungsrisiko für die Versicherungsunternehmen dann, wenn ein Rechtsanwalt in einem anderen Mitgliedsstaat und in einem anderen Recht tätig wird, häufig schwer zu kalkulieren und eine Versicherung weniger Einzelfälle oft auch kaum lukrativ sein wird (vgl. dazu auch S. 165 der Pamela-Studie). Zudem soll durch das Wort „anzunehmen“ die denkbare Konstellation erfasst werden, dass zwar ein Versicherungsunternehmen bereit ist, die Risiken zu versichern, jedoch nur zu einem Preis, der dem dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt eine wirtschaftlich sinnvolle Durchführung des Mandats unmöglich macht. Um Rechtsanwälte in diesen Fällen nicht aufgrund von ihnen nicht zu verantwortenden Umständen von einer vorübergehenden Rechtsdienstleistung in einem anderen Mitgliedsstaat auszuschließen, soll ihnen daher die Möglichkeit gegeben werden, nach umfassender Belehrung ihrer Mandantschaft über die Umstände und deren mögliche Folgen trotzdem tätig zu werden. Um nicht nachprüfbar mündliche Erklärungen auszuschließen, soll für die Belehrung die Textform im Sinne des § 126b BGB vorgesehen werden.

Soweit vor allem in den Fällen, in denen eine im Niederlassungsstaat abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung nicht den Deckungsumfang nach § 51 BRAO besitzt, eine Verpflichtung sichergestellt erscheint, die Mandantschaft hierüber zu informieren, muss dies nicht im EuRAG normiert werden, da bereits nach dem Umsetzungs- der Dienstleistungsrichtlinie erlassenen § 2 Absatz 1 Nummer 11 DL-Info V eine Pflicht aller Dienstleistungserbringer besteht, Dienstleistungsumplängern gegenüber vor Abschluss eines schriftlichen Vertrags oder,

sofern kein schriftlicher Vertrag geschlossen wird, vor Erbringung der Dienstleistung Angaben zu einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung zu machen.

Soweit die vorstehenden Neuregelungen im Einzelfall dazu führen können, dass der dienstleistende europäische Rechtsanwalt nicht alle Anforderungen des Aufnahmestaates erfüllen muss, erscheint dies mit Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 77/249/EG vereinbar. Diese Vorschrift dürfte so zu verstehen sein, dass sie dem Aufnahmestaat die Möglichkeit verschaffen will, alle nach seinem Recht geltenden Berufsausübungsregeln auch von ausländischen Rechtsanwälten zu verlangen, nicht jedoch so, dass sie der Aufnahmestaat hindern will, auf solche Vorgaben zu verzichten, die für ausländische Rechtsanwälte aufgrund ihrer besonderen Situation objektiv besonders schwierig oder sogar gar nicht zu erfüllen sind.

Satz 2 trägt der Vorgabe des Artikels 4 Absatz 1 der Richtlinie 77/249/EG Rechnung, nach der dem dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt keine Bedingungen auferlegt werden dürfen, die für in Deutschland zugelassene Rechtsanwälte nicht gelten. Da die Zulassung eines Syndikatsrechtsanwalts in Deutschland nach § 46a Absatz 4 Nummer 1 BRAO nicht an den Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung geknüpft ist, darf eine solche auch von einem europäischen Rechtsanwalt, der in Deutschland dienstleistend als Syndikatsrechtsanwalt tätig werden will, nicht gefordert werden.

Zu Nummer 19 (§ 27a EuRAG-E)

Nach § 17a Absatz 4 Satz 4 ZPO n. F. haben ab dem 1. Januar 2018 alle im Zivilprozess auftretenden Anwälte, somit auch dienstleistende europäische Rechtsanwälte, einen sicheren Übermittlungsweg für die Zustellung elektronischer Dokumente zu eröffnen. Sichere Übermittlungswege in diesem Sinn sind nach § 130a Absatz 4 Nummer 1 und 2 ZPO n. F. unter anderem der Versand per De-Mail und über ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach. Das besondere elektronische Anwaltspostfach nach § 31a BRAO dient darüber hinaus auch der Kommunikation von Anwalt zu Anwalt, was für den dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt unter anderem deshalb von Bedeutung ist, weil er nach § 28 EuRAG in bestimmten Fällen vor Gericht nur zusammen mit einem Einvernehmensanwalt handeln darf. Hat der dienstleistende europäische Rechtsanwalt einen sicheren Übermittlungsweg im Sinne des § 130a ZPO n. F. eröffnet, soll zukünftig zudem die in § 31 Absatz 1 Satz 1 EuRAG vorgesehene Pflicht zur Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten entfallen können (vgl. § 31 Absatz 3 EuRAG-E). Für dienstleistende europäische Rechtsanwälte wird es daher zukünftig nicht selten erforderlich sein, einen sicheren Übermittlungsweg zu eröffnen, wobei ihnen vor allem das besondere elektronische Anwaltspostfach die Zusammenarbeit insbesondere mit anderen Rechtsanwälten (die zumeist nicht über ein De-Mail-Postfach verfügen werden) erleichtern wird.

Momentan steht dienstleistenden europäischen Rechtsanwälten allerdings höchstens die in § 130a Absatz 4 Nummer 1 ZPO n. F. vorgesehene Möglichkeit zur Verfügung, ein De-Mail-Postfach zu beantragen, wobei jedoch auch hierbei noch nicht hinreichend sicher absehbar ist, ob und gegebenenfalls zu welchen Preisen dies von den Anbietern entsprechender Postfächer innerhalb der gesamten Europäischen Union angeboten werden wird. Die in § 130a Absatz 4 Nummer 2 ZPO n. F. vorgesehene, nach § 31a BRAO für in Deutschland zugelassene Rechtsanwälte (und über § 4 Absatz 1 EuRAG-E auch für hier niedergelassene europäische Rechtsanwälte) eröffnete Möglichkeit der Verwendung über ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach ist für sie dagegen bisher nicht vorgesehen. Dieser Zustand könnte im Hinblick auf seine Vereinbarkeit mit Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie 77/249/EG, nach dem dienstleistende europäische Rechtsanwälte ihre Tätigkeiten in dem anderen Mitgliedsstaat unter den für die in diesem Staat niedergelassenen Rechtsanwälte vorgesehenen Bedingungen ausüben können müssen, problematisch sein. Denn nach der allgemeinen Beschränkungsformel zur Dienstleistungsfreiheit kann es für einen längeren in die Dienstleistungsfreiheit bereits genügen, dass die Tätigkeit für die nur dienstleistend in Deutschland tätigen Personen weniger attraktiv gestaltet ist (Europäischer Gerichtshof, C-55/94 – Gebhard, Rn. 37). In Bezug auf das in Frankreich zur Kommunikation zwischen Rechtsanwälten und Gerichten vorgesehene System, an das dort dienstleistende europäische Rechtsanwälte derzeit nicht angeschlossen werden können, hat dem auch bereits ein luxemburgischer Rechtsanwalt Klage beim Europäischen Gerichtshof erhoben (C-99/16 – Laborgue). Im Ergebnis soll durch § 27a EuRAG-E daher auch für dienstleistende europäische Rechtsanwälte die Möglichkeit geschaffen werden, ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet zu bekommen.

Zu Absatz 1

Da dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen derzeit bei einer Tätigkeit in Deutschland keiner Meldepflicht unterliegen, sieht § 27a Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E vor, dass dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen, die ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet bekommen möchten, dies bei der nach § 12 Absatz 4 EuRAG in Auftragsbescheiden für sie zuständigen Rechtsanwaltskammer zu beantragen haben. Sie müssen dabei ihre Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union nachweisen.

Da die technische Konzeption des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs darauf aufbaut, dass diejenigen Personen, für die ein Postfach eingerichtet werden soll, im Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer nach § 31 Absatz 1 BRAO eingetragen sind und sich das Gesamtverzeichnis wiederum aus den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern zusammensetzt, ist es erforderlich, dass auch die dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen, für die ein Postfach eingerichtet werden soll, in die vorgenannten Verzeichnisse eingetragen werden. Diese Eintragung soll aber, wie § 27a Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E klarstellt, nur zum Zweck der Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs erfolgen. Insbesondere soll nach den dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen, für die ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet wurde, nicht nach § 31 Absatz 2 BRAO gesucht werden können, weil ihnen hierdurch ein nicht gerechtfertigter Wettbewerbsvorteil gegenüber denjenigen dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen entsteht, die nicht über ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach verfügen. Die Einzelheiten hierzu und zur Suche nach der Adresse des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs des dienstleistenden europäischen Rechtsanwalts sollen in der nach § 31c BRAO vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu erlassenden RAVPV-E geregelt werden, die durch § 27a Absatz 1 Satz 4 EuRAG-E ausdrücklich für anwendbar erklärt wird (vgl. dazu im Einzelnen die Folgeänderungen in Artikel 20). Für die Eintragung in die Verzeichnisse sollen nach § 27a Absatz 1 Satz 3 EuRAG-E mit Ausnahme der für die dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen nicht relevanten Vorgaben des Vorschriften des § 31 BRAO grundsätzlich sinngemäß gelten. Besonderer Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang § 31 Absatz 1 Satz 5 BRAO-E zu, nach dem die Rechtsanwaltskammern vor der Eintragung die Identität des dienstleistenden europäischen Rechtsanwalts zu überprüfen haben. Bei den in das Gesamtverzeichnis nach § 31 Absatz 3 BRAO einzutragenden Angaben kann sich die Rechtsanwaltskammer auf die wesentlichsten Angaben beschränken, da die Eintragungen nicht der Information der Rechtsuchenden dienen. Als Kanzelei nach § 31a Absatz 2 Nummer 2 BRAO ist die Kanzlei im Herkunftsstaat einzutragen. Da der dienstleistende europäische Rechtsanwalt nicht Mitglied der Rechtsanwaltskammer ist, hat in § 31 Absatz 3 Satz 1 BRAO an die Stelle des Erfüllens der dortigen Mitgliedschaft der Verlust der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in seinem Herkunftsland als Voraussetzung für die Tätigkeit als dienstleistender europäischer Rechtsanwalt in Deutschland zu treten. Darüber hinaus ist das besondere elektronische Anwaltspostfach aufzuheben, wenn der dienstleistende europäische Rechtsanwalt dies beantragt.

Zu Absatz 2

Für die Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs durch die Bundesrechtsanwaltskammer soll nach § 27a Absatz 2 Satz 2 EuRAG-E grundsätzlich § 31a BRAO-E sinngemäß gelten. An die Stelle der Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer in § 31a Absatz 4 Satz 1 BRAO treten dieselben Alternativen wie zuvor in § 27a Absatz 1 Satz 3 EuRAG-E. Auch hier wird zudem die aufgrund von § 31c BRAO erlassene RAVPV-E für anwendbar erklärt.

Zu Absatz 3

Wird einem dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt auf dessen Antrag hin ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet, werden die Kosten dafür von der Bundesrechtsanwaltskammer auf ihre Mitglieder, die Rechtsanwaltskammern, umgelegt (vgl. §§ 175, 178 BRAO). Diese finanzieren sich wiederum durch Beiträge, Umlagen, Gebühren und Auslagen, die sie ihren Mitgliedern in Rechnung stellen. Da ein dienstleistender europäischer Rechtsanwalt nicht Mitglied der Rechtsanwaltskammer ist, müssten ohne eine gesonderte Regelung also die Mitglieder der Rechtsanwaltskammern auch die für die Einrichtung und den Betrieb seiner besonderen elektronischen Anwaltspostfachs auflaufenden Kosten tragen. Da dies nicht angemessen erscheint, sollen die Rechtsanwaltskammern durch § 27a Absatz 3 Satz 1 EuRAG-E dazu berechtigt werden, sich von dem dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt die Kosten für die Einrichtung und den Betrieb dessen besonderen elektronischen Anwaltspostfachs erstatten zu lassen. Dabei darf der dienstleistende europäische Rechtsanwalt aber nicht schlech-

ter gestellt werden als die Mitglieder der Rechtsanwaltskammer, da dies gegen die Grundsätze der Dienstleistungsfreiheit nach der Richtlinie 77/249/EWG verstößen würde. Daher wird die Gebührenhöhe durch § 27a Absatz 3 Satz 1 und 3 EuRAG-E in zweifacher Höhe begrenzt: Die erhobenen Gebühren dürfen zum einen nur den Verwaltungsaufwand decken, der durch die Einrichtung und den Betrieb des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs für den dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt entsteht. Zum anderen dürfen die Gebühren aber auch nicht höher bemessen sein als die entsprechenden Beträge, die für die Mitglieder der Rechtsanwaltskammer gelten. Hierbei wird der neutrale Begriff „Beträge“ verwendet, weil die Rechtsanwaltskammern unterschiedliche Wege festlegen können, wie sie die für das besondere elektronische Anwaltspostfach entstehenden Kosten auf ihre Mitglieder umlegen (beispielsweise im Wege von Sonderumlagen oder „eingeprist“ in die Beiträge).

Zu regeln sind die Gebühren- und Auslagenbestände sowie die Höhe und Fälligkeit der Gebühren und Auslagen nach § 27a Absatz 3 Satz 2 EuRAG-E durch Satzung der Rechtsanwaltskammer. Die Höhe der Gebühren ist nach § 27a Absatz 3 Satz 4 EuRAG-E regelmäßig zu überprüfen und die Satzung nach § 27a Absatz 3 Satz 5 EuRAG-E der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Kontrollzwecken anzuzeigen. Durch § 27a Absatz 3 Satz 6 EuRAG-E wird bestimmt, dass für die Einziehung rückständiger Gebühren und Auslagen § 84 BRAO-E entsprechend gilt. Schließlich sollen die Rechtsanwaltskammern und die Bundesrechtsanwaltskammer durch § 27a Absatz 3 Satz 7 EuRAG-E für den Fall, dass der dienstleistende europäische Rechtsanwalt die für das besondere elektronische Anwaltspostfach zu zahlenden Gebühren und Auslagen nicht begleicht, ab dem in § 84 Absatz 2 BRAO bestimmten Zeitpunkt auch ermächtigt werden, die Eintragung des dienstleistenden europäischen Rechtsanwalts im Rechtsanwaltsverzeichnis und im Gesamtverzeichnis zunächst zu sperren und schließlich nach angemessener Frist zu löschen (vgl. § 31 Absatz 5 Satz 1 und 2 BRAO) und ebenso das besondere elektronische Anwaltspostfach zunächst zu sperren und schließlich zu löschen (vgl. § 31a Absatz 4 BRAO).

Zu Nummer 20 (§ 31 EuRAG-E)

Wie bereits in der Begründung zu § 27a Absatz 1 EuRAG-E ausgeführt haben nach § 174 Absatz 4 Satz 4 ZPO n. F. alle im Zivilprozess auftretenden Anwälte und somit auch dienstleistende europäische Rechtsanwälte ab dem 1. Januar 2018 einen sicheren Übermittlungsweg für die Zustellung elektronischer Dokumente zu eröffnen. Hat aber der dienstleistende europäische Rechtsanwalt in diesen Fällen einen entsprechenden sicheren Übermittlungsweg eröffnet und ist das Gericht oder die Behörde, gegenüber der der dienstleistende europäische Rechtsanwalt nach § 31 Absatz 1 Satz 1 und 2 EuRAG derzeit einen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen hat, technisch in der Lage, Zustellungen elektronisch auf diesem Übermittlungsweg zu bewirken, macht die momentane vorgesehene Verpflichtung zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten keinen Sinn mehr. Denn der dienstleistende europäische Rechtsanwalt ist in diesen Fällen für das Gericht oder die Behörde sicher erreichbar; ein Übermittlungsweg über eine Zustellung an einen Zustellungsbevollmächtigten (für den möglicherweise sogar noch ein eigener sicherer Übermittlungsweg eingerichtet werden müsste) würde das Verfahren für alle Beteiligten nur unnötig verkomplizieren und verzögern. Da aber § 174 ZPO nicht für alle Verfahrensarten gilt, zudem derzeit noch nicht keine Verpflichtung der Gerichte und Behörden zur elektronischen Kommunikation besteht und überdies Behörden nicht über das besondere elektronische Anwaltspostfach versenden können, kann auf die Vorschrift des § 31 EuRAG-E noch nicht vollständig verzichtet werden, sondern ist eine Entscheidung des Gerichts oder der Behörde im Einzelfall erforderlich. Soweit das Gericht oder die Behörde die dortige Verfahrensweise nicht in allgemeiner Form (z. B. auf einer Homepage im Internet) veröffentlicht, könnte es sich in der Praxis anbieten, dass der dienstleistende europäische Rechtsanwalt vor seinem Auftreten in einem Verfahren eine Auskunft des Gerichts oder der Behörde einholt, ob die Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten erforderlich ist.

Zu Nummer 21 (§ 32 EuRAG-E)

Zu Buchstabe a

Anlässlich der Einführung der Parallelregelung des § 18 EuRAG-E wird auch § 32 EuRAG zum Zweck der Herstellung eines möglichst umfassenden Gleichklangs zwischen den Vorschriften der §§ 73 BRAO und 32 EuRAG-E einerseits sowie den §§ 69 PAO und 18 EuRAG-E andererseits geringfügig überarbeitet. Mit den Änderungen sollen insbesondere die Kultur der Streitschlichtung und damit die Rechte der Verbraucher gestärkt werden, wobei auch die durch das Gesetz zur Modernisierung von Verfahren in anwaltlichen und notariellen Berufsrecht, zur Errichtung einer Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) in § 73 BRAO für die in Deutschland zugelassenen Rechtsanwältinnen vorgenommenen Änderungen für den Bereich der dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen nachvollzogen werden.

Bisher enthält § 32 Absatz 1 Satz 2 EuRAG, in dessen Nummern 1, 2 und 5 einzelne der in § 73 Absatz 2 BRAO aufgeführten Aufgaben des Vorstands der Rechtsanwaltskammer im Zusammenhang mit der Kontrolle der in Deutschland zugelassenen Rechtsanwälte auch für die Aufsicht über die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte übernommen worden waren, in seiner Nummer 5 nur die in § 73 Absatz 2 Nummer 2 BRAO benannte Aufgabe, bei einem Streit zwischen zugelassenem Rechtsanwalt und dienstleistendem europäischen Rechtsanwalt eine Schlichtung zu versuchen, nicht jedoch die in § 73 Absatz 2 Nummer 3 BRAO aufgeführte Aufgabe, bei einem Streit zwischen einem Rechtsanwalt und seiner Mandantschaft eine Streitschlichtung zu versuchen.

Im Anschluss an das oben genannte Gesetz vom 30. Juli 2009, mit dem die Streitschlichtung im Bereich der Rechtsanwaltschaft ausgebaut und verstärkt werden sollte, soll zum einen aus Gründen der Vereinheitlichung der durch das genannte Gesetz zu § 73 Absatz 2 Nummer 2 BRAO erfolgte Zusatz, dass im Rahmen des Versuchs der Streitschlichtung auch Schlichtungsvorschläge unterbreitet werden dürfen, auch in den gleichlautenden § 52 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 EuRAG-E aufgenommen werden.

Insbesondere soll aber mit der neuen Nummer 6 des § 32 Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E auch eine Befugnis (des Vorstands) der Rechtsanwaltskammer geschaffen werden, bei Streitigkeiten zwischen einem dienstleistenden europäischen Rechtsanwalt und dessen Mandantschaft eine Streitschlichtung zu versuchen. Dies erfolgt in der Form, dass die für dieses Verfahren in der BRAO geltende Vorschrift des § 73 Absatz 2 Nummer 3 in das EuRAG übernommen wird.

Diese Ergänzung dient der weiteren Stärkung der Rechte der Mandantinnen und Mandanten. Auch wenn die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte nicht Mitglied der Rechtsanwaltskammer sind, erscheint es doch angezeigt, dass Letztere eine Streitschlichtung versuchen. Denn zum einen wird der Grund für den Streit nicht selten in einem Verhalten des Rechtsanwalts liegen, das auch aufseherrechtlich relevant sein kann und deshalb für die Rechtsanwaltskammer, die nach § 32 Absatz 1 Satz 1 EuRAG die Aufsicht über die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte führt, von Bedeutung ist. Vor allem aber kennt die Rechtsanwaltskammer das für den Streitfall maßgebliche deutsche Recht, so dass sie ungleich besser als denkbare andere (insbesondere ausländische) Stellen in der Lage scheint, eine sachgerechte und erfolgreiche Streitschlichtung vorzunehmen.

Zu Buchstabe b

Mit der Änderung wird es dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer (wie auch nach § 73 Absatz 4 BRAO für den Fall des § 73 Absatz 2 Nummer 3 BRAO) ermöglicht, die neue Aufgabe der Streitschlichtung nach § 32 Absatz 1 Satz 2 Nummer 6 EuRAG-E auf einzelne Mitglieder des Vorstands zu übertragen.

Zu Buchstabe c

Neu aufgenommen wird die Verweisung auf § 73 Absatz 3 BRAO, nach dem in Beschwerdeverfahren der Beschwerdeführer vom Vorstand der Rechtsanwaltskammer von dessen Entscheidung in Kenntnis zu setzen ist. Das Informationsinteresse eines Beschwerdeführers unterscheidet sich nicht danach, ob sich seine Beschwerde gegen einen in Deutschland zugelassenen oder dort dienstleistenden tätigen europäischen Rechtsanwalt richtet. Die Vorschrift sieht zudem in engem Zusammenhang mit dem in den §§ 74 und 74a BRAO geregelten Rückrecht des Vorstands, das nach Absatz 3 für dienstleistende europäische Rechtsanwälte ebenfalls gilt. Zudem ist die Informationspflicht bei den dienstleistenden europäischen Patentanwälten aufgrund der Vorgabe des Artikels 8 Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie zwingend einzuführen, so dass nach der möglichst zu wahrende Gleichklang zwischen EuRAG und EuPAG-E für eine Einführung spricht.

Der Wegfall der Verweisung auf § 77 BRAO bringt keine inhaltliche Änderung mit sich, sondern erfolgt, weil die Verweisung in der Sache nicht erforderlich ist und in der Kette der übrigen Verweisungen (auf die §§ 36, 57, 74 und 74a BRAO) einen Fremdkörper darstellt. Während durch Letztere bestimmt wird, welche Rechte der Rechtsanwaltskammer gegenüber den dienstleistenden europäischen Rechtsanwälten zustehen, handelt es sich bei § 77 BRAO um eine Norm, die allein die Organisation der Rechtsanwaltskammer betrifft. Soweit dort bestimmt ist, dass der Vorstand Geschäfte einzelnen Abteilungen übertragen kann, steht auch ohne ausdrückliche Regelung außer Frage, dass dies alle Geschäfte der Kammer betrifft, auch wenn ihr diese nicht durch eine Vorschrift der BRAO, sondern wie hier des EuRAG zugewiesen sind. Über die vorgenannte Regelung hinausgehend lief die Verweisung ohnehin ins Leere.

Ähnlich wie bei den anwaltsgerichtlichen Maßnahmen (vgl. hierzu die Änderungen in § 34 EuRAG-E) sollen über die bestehenden Verweisungen auf die Vorschriften, die die Androhung und Festsetzung des Zwangsgelds sowie die Erteilung der Rüge und die gegen sie bestehenden Rechtsbehelfe betreffen, hinaus zukünftig auch Verweisungen auf diejenigen Vorschriften der BRAO erfolgen, die die Kosten in dem Verfahren bei Anträgen auf anwaltsgerichtliche Entscheidung über das Zwangsgeld oder die Rüge sowie die Tilgung der Rüge regeln. Deshalb soll die Verweisungskette um die §§ 195, 197a bis 199, 205 und 205a BRAO ergänzt werden.

Zu Nummer 22 (§ 34 EuRAG-E)

Zu Buchstabe a

§ 34 EuRAG verweist bei dienstleistenden europäischen Rechtsanwälten für die anwaltsgerichtliche Androhung von Pflichtverletzungen und die Verhängung vorläufiger anwaltsgerichtlicher Maßnahmen derzeit nur auf den Sechsten und den Siebten Teil der BRAO, d. h. die Vorschriften über die anwaltsgerichtliche Androhung von Pflichtverletzungen und das anwaltsgerichtliche Verfahren. Darüber hinaus müssen aber auch in Bezug auf die im anwaltsgerichtlichen Verfahren entstehenden Kosten, die Vollstreckung der anwaltsgerichtlichen Maßnahmen und deren Tilgung die entsprechenden Vorschriften der BRAO anwendbar sein. Deshalb soll in § 34 EuRAG-E zukünftig auch auf den Dritten Abschnitt des Zehnten Teils der BRAO (d. h. die §§ 195 bis 199 BRAO) sowie den Elften Teil der BRAO (d. h. die §§ 204 bis 205a BRAO) verwiesen werden.

Zu Buchstabe b

Anlässlich der Einführung der parallelen Regelung in § 18 EuPAG-E soll § 34 Nummer 2 EuRAG-E vereinfacht werden. Wie auch bei den vergleichbaren Vorschriften des § 207 Absatz 2 Satz 3 BRAO und des § 154b Absatz 2 Satz 3 PAO (zukünftig § 21 Absatz 2 Satz 3 EuPAG-E) erscheint es anstelle der bisherigen (sehr umfangreichen und bei allen Gesetzesänderungen zu kontrollierenden) Aufzählung derjenigen Vorschriften, die in ihrem Wortlaut die Ausschließung aus der Patentanwaltschaft erwähnen, ausreicht, lediglich einmal die allen diesen Normen zugrunde liegende Regelung des § 114 Absatz 1 Nummer 3 BRAO zu zitieren. Probleme mit dieser in den eingangs genannten Vorschriften bereits praktizierten Zitierrweise sind nicht bekannt.

Zu den Buchstaben c und d

Durch die Ergänzung im einleitenden Teil des § 34 EuRAG-E wird nunmehr unter anderem auch § 198 BRAO in Bezug genommen. Da der dienstleistende Rechtsanwalt nicht im Sinne des § 198 BRAO einer Rechtsanwaltskammer angehört, soll als verpflichtete Rechtsanwaltskammer die nach § 32 EuRAG für die Aufsicht über den Rechtsanwalt zuständige Rechtsanwaltskammer bestimmt werden.

Zu Nummer 23 (§ 34a EuRAG-E)

Der bisherige Absatz 2 des § 34a EuRAG kann entfallen, weil sein Gegenstand nach der systematischen Neuordnung der Mitteilungspflichten nunmehr in § 38 Absatz 4 EuRAG-E geregelt wird.

Zu Nummer 24 (§§ 36 bis 38 EuRAG-E)

Zu § 36 EuRAG-E

Die Vorschrift entspricht im Grundsatz dem bisherigen § 36 EuRAG. Sie wird jedoch neu gefasst, da in ihr nunmehr die Vorgaben der Richtlinien und nicht mehr diejenigen der Richtlinie 89/48/EG in Bezug zu nehmen sind. Bei dieser Gelegenheit werden weitere Klarstellungen vorgenommen.

§ 36 EuRAG bezieht sich bisher auf „Entscheidungen nach Teil 1, Teil 2 oder Teil 3“ des EuRAG. Teil 1 sieht als solcher jedoch gar keine Entscheidungen vor. Soweit das EuRAG Entscheidungen zu den in § 1 EuRAG genannten Bereichen der Berufsausübung und der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vorsieht, erfolgen diese in den Teilen 2 und 3. Dabei betrifft die Entscheidung nach Teil 2 die Aufnahme in die Rechtsanwaltskammer nach § 2 Absatz 1 EuRAG und diejenige nach Teil 3 die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nach § 11 Absatz 1 oder § 13 Absatz 1 EuRAG. In Teil 4 des EuRAG-E wird zukünftig in § 16a Absatz 3 EuRAG-E die Zulassung auf Basis der Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation geregelt. Diese drei Anwendungsfälle des § 36 EuRAG-E werden daher nunmehr im einleitenden Teil der Norm deutlicher herausgearbeitet. Soweit dort zur sprachlichen Verdeutlichung der betroffenen Bereiche jetzt die Aufnahme bzw. die Zulassung konkret benannt werden,

meint dies selbstverständlich auch eventuelle Entscheidungen über eine Rücknahme oder einen Widerruf der Aufnahme bzw. der Zulassung.

Die Auflistung der betroffenen Bescheinigungen wird lediglich redaktionell geändert. Dabei wird aus Vereinfachungsgründen zunächst darauf verzichtet, in den Nummern 1 und 2 neben den „Bescheinigungen“ noch „Urkunden“ gesondert aufzuführen, da letztlich jede Urkunde auch als Bescheinigung dienen kann und in § 36 EuRAG-E nicht selbst geregelt ist, welche Form von Bescheinigung im Einzelfall erforderlich ist. Dabei war auch zu berücksichtigen, dass weder die BRAO explizite Anforderungen enthält, wann „Urkunden“ vorzulegen sind noch in Artikel 50 bzw. dem Anhang VII der Richtlinie „Urkunden“ erwähnt werden.

Die Änderung in Nummer 2 erfolgt deshalb, weil in Deutschland der „Konkurs“ bereits lange durch die „Insolvenz“ abgelöst wurde. Bei der inhaltlichen Neuformulierung war zudem auch der Wortlaut der Richtlinie (Anhang VII Nummer 1 Buchstabe d Unterabsatz 1) zu berücksichtigen, der im Deutschen „Bescheinigungen über die Konkursfreiheit“ in Bezug nimmt, während im Englischen darauf abgestellt wird, ob die Person „nicht für insolvent erklärt wurde“ („not been declared bankrupt“). Letzteres wird nunmehr von der zweiten Alternative der Nummer 2 abgebildet, wobei es im Anschluss an die für deutsche Rechtsanwältinnen geltende Zulassungsvoraussetzung nach § 14 Absatz 2 Nummer 7 BRAO jedoch nicht nur darauf ankommen kann, ob eine Person schon für insolvent erklärt wurde, sondern es auch von Bedeutung ist, wenn über ihr Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet wurde. Deshalb wird dieser Punkt, den man unter den Begriff der „Konkursfreiheit“ fassen kann, zusätzlich in der ersten Alternative der Nummer 2 angeführt.

Mit dem Wegfall der bisher in Nummer 4 erwähnten Führungszeugnisse ist keine inhaltliche Änderung verbunden, da diese unter die nunmehr in Nummer 1 genannten Bescheinigungen fallen, nach denen keine Straftaten bekannt sind.

Auch die Aufnahme der neuen Nummer 4 erfolgt lediglich zur Klarstellung: Während sich die Zulässigkeit einer nach den Vorschriften des Herkunftsstaates abgeschlossenen Versicherung nach wie vor nach § 7 EuRAG bestimmt, wird jetzt verdeutlicht, dass auch bei einer eigens abgeschlossenen Versicherung gemäß Nummer 1 Buchstabe f des Anhangs VII zur Richtlinie Bescheinigungen von Versicherungen oder Banken des Herkunftsstaates ausreichen.

Bezug genommen wird schließlich nicht mehr auf den Artikel 6 der aufgehobenen Richtlinie 89/48/EG, sondern auf die an seine Stelle tretende Regelung des Artikels 50 Absatz 1 in Verbindung mit Anhang VII Nummer 1 Buchstabe d bis f der Richtlinie, womit jedoch keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen verbunden sind.

Soweit die Rechtsanwaltskammer nach Artikel 50 Absatz 2 der Richtlinie (nur) bei berechtigten Zweifeln an der Authentizität der aufgeführten Bescheinigungen von der zuständigen Stelle des Ausstellungsstaates eine Besätigung ihrer Echtheit und Richtigkeit einholen darf und sie hierbei nach Artikel 50 Absatz 3b der Richtlinie das europäische Binnenmarkt-Informationssystem zu nutzen hat, kann auf eine gesonderte Umsetzung verzichtet werden, da diese Bestimmungen bereits durch § 8a Absatz 2 Satz 1 und § 8b Absatz 4 Satz 1 VwVfG, deren Anwendbarkeit durch § 37 Absatz 1 EuRAG-E ausdrücklich klargestellt wird, umgesetzt sind. Hierzu wird auf die Begründung zu § 16 Absatz 3 EuRAG-E (dort unter Buchstabe b) verwiesen.

Zu § 37 EuRAG-E

Zu Absatz 1

Bisher bestimmt § 37 EuRAG (in Umsetzung von Artikel 13 der – für die Teile 2 und 3 des EuRAG geltenden – Richtlinie 98/5/EG) lediglich, dass die Rechtsanwaltskammer Amtshilfe zu leisten haben, wenn eine zuständige Stelle eines Herkunftsstaates darum unter Berufung auf die Richtlinie 98/5/EG ersucht. Jedoch enthalten auch die weiteren für die grenzüberschreitende Tätigkeit von Rechtsanwälten einschlägigen Richtlinien Verpflichtungen zur gegenseitigen Hilfeleistung. So ist z. B. bei dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen nach Artikel 7 Absatz 2 Satz 1 der (für den Teil 5 des EuRAG geltenden) Richtlinie 77/249/EWG der Aufnahmestaat befugt, bei beruflichen Verfehlungen beim Herkunftsstaat „Auskünfte beruflicher Art über den Dienstleistungserbringer“ einzuholen. Artikel 56 Absatz 1 der (für den Teil 4 des EuRAG einschlägigen) Richtlinie 2005/36/EG begründet für den Anwendungsbereich dieser Richtlinie eine allgemeine Verpflichtung zur Leistung von Amtshilfe, daneben sind insbesondere in Artikel 50 Absatz 2 bis 3a der Richtlinie spezielle Pflichten zur Informationsübermittlung geregelt. In Anbetracht dessen wird in der Literatur unter Berufung auf den Standort der Norm im (allgemeine Regelungen enthaltenden) Teil 6 des EuRAG schon teilweise vertreten, dass § 37 EuRAG nicht nur die Amtshilfe

in den der Richtlinie 98/5/EG unterfallenden Angelegenheiten erfasst, sondern auch die Amtshilfe in den die Richtlinien 77/249/EWG und 2005/36/EG betreffenden Fällen (so Eichele in: Gaier/Wolf/Göcklen, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 37 EuRAG, Rn. 2). Diese Auslegung erscheint zwar in Anbetracht des einführenden Wortlauts der Norm als zu weitgehend, macht jedoch deutlich, dass auch in diesen Bereichen ein praktischer Bedürfnis für Amtshilfeleistungen besteht.

Schließlich sehen auch die Artikel 28 und 29 der Dienstleistungsrichtlinie weitere umfangreiche Verpflichtungen zur Amtshilfe vor, in deren Folge mit dem Gesetz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Gewerbebereich und in weiteren Rechtsvorschriften vom 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 2091) im Teil 1 des VwVfG der Abschnitt 3 mit den §§ 8a bis 8c VwVfG eingefügt wurde. Zielrichtung der Neuregelung war eine allgemeine Umsetzung der der Verwaltungszusammenarbeit betreffenden Regelungen aus allen Rechtsakten der Europäischen Union.

Diese Regelung ist derzeit bereits für weite Teile des EuRAG anwendbar, da § 32 Absatz 1 Satz 1 BRAO eine Verweisung auf die Vorschriften des VwVfG enthält und momentan § 4 Absatz 1 EuRAG auf den (§ 32 Absatz 1 Satz 1 BRAO umfassenden) Zweiten Teil der BRAO verweist und § 32 Absatz 1 Satz 1 BRAO zudem durch § 11 Absatz 1 Satz 1 und § 13 Absatz 1 EuRAG für die jeweiligen Zulassungsverfahren nach den Teilen 2 und 3 des EuRAG für anwendbar erklärt wird (vgl. dazu auch § 8c Absatz 1 Satz 1 VwVfG). Zukünftig soll zudem § 16a Absatz 6 EuRAG-E für das Verfahren nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E eine § 32 Absatz 1 Satz 1 BRAO umfassende Verweisung enthalten. Dagegen sieht der für dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen geltende Teil 5 des EuRAG-E bisher keine Verweisung auf das VwVfG vor (da die dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen nicht in die Rechtsanwaltskammern aufgenommen werden).

Mit der Neuregelung wird nunmehr der durch die §§ 8a bis 8c VwVfG vorgezeichnete Weg für alle Bereiche des EuRAG einheitlich für anwendbar erklärt. Die Verweisung auf die Vorschriften über die europäische Zusammenarbeit im VwVfG bedeutet dabei in der Regel eine solche auf die §§ 8a bis 8c VwVfG des Bundes, kann jedoch, soweit einzelne Länder eine Anwendbarkeit ihrer Verwaltungsverfahrensgesetze auch für Rechtsanwaltskammern vorsehen, in Anbetracht des § 1 Absatz 3 VwVfG des Bundes auch eine solche auf ein Verwaltungsverfahrensgesetz eines Landes bedeuten (vgl. dazu Stegmünd in: Gaier/Wolf/Göcklen, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 32 BRAO, Rn. 9).

Soweit einzelne Vorgaben aus den europäischen Rechtsakten zum Zweck der Verdeutlichung der bestehenden Rechte und Pflichten im EuRAG konkret geregelt werden, sind diese Vorschriften zu beachten (vgl. hierzu insbesondere die Regelung des § 38 EuRAG-E). Im Übrigen gelten die §§ 8a bis 8c VwVfG jedoch grundsätzlich vollumfänglich mit den folgenden geringfügigen Modifikationen, die den Rechtsanwaltskammern mehr Freiheit ermöglichen sollen:

- Abweichend von § 8b Absatz 1 Satz 1 VwVfG kann die Rechtsanwaltskammer, soweit sie sich dazu in der Lage sieht und dies ihrer Auffassung nach die Kommunikation erleichtert, Ersuchen auch in einer fremden Sprache (d. h. regelmäßig vermutlich Englisch) abfassen.
- In Ergänzung dazu darf die Rechtsanwaltskammer abweichend von § 8b Absatz 2 Satz 1 VwVfG auch fremdsprachige Ersuchen beantworten, ohne deren Inhalt zwingend in Deutsch in der Akte festhalten zu müssen.

Soweit Artikel 56 Absatz 2a der Richtlinie für den Anwendungsbereich der Richtlinie die Nutzung des europäischen Binnenmarkt-Informationssystems („IMI“) vorsieht, dürfte daraus keine Verpflichtung entspringen, das Binnenmarkt-Informationssystem zwingend in jedem Fall zu benutzen. Insbesondere wenn z. B. bereits ein Kontakt hergestellt ist, sollte auch eine Kommunikation über andere Kommunikationswege möglich sein (vgl. dazu auch schon die Ausführungen in der Begründung zu § 16 Absatz 3 EuRAG-E, dort unter Buchstabe b). Es kann daher bei der allgemeinen Regelung in § 8b Absatz 4 Satz 1 VwVfG verbleiben, nach deren Soll-Regelung Einrichtungen und Hilfsmittel der Kommission zu nutzen sind, soweit nicht im Einzelfall etwas anderes geboten ist.

In Anbetracht der für den Vorstand und die Angestellten der Rechtsanwaltskammer geltenden Verschwiegenheitspflicht nach § 76 BRAO erscheint zudem eine gesonderte Umsetzung von Artikel 56 Absatz 1 Satz 2 der Richtlinie, nach dem bei der Leistung von Amtshilfe die Vertraulichkeit der ausgetauschten Informationen sicherzustellen ist, nicht erforderlich.

Zu Absatz 2

a) Regelungsgegenstand von Absatz 2

Nach Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie kann ein anderer Mitgliedsstaat in dem Fall, in dem sich ein Rechtsanwalt aus einem Mitgliedsstaat dort niederlassen will, die Vorlage der in Anhang VII der Richtlinie aufgeführten Bescheinigungen verlangen, die dabei höchstens drei Monate alt sein dürfen. Nach Anhang VII Nummer 1 Buchstabe d Unterabsatz 1 Satz 1 der Richtlinie betrifft dies unter anderem Bescheinigungen über das Nichtvorliegen eines standeswidrigen Verfahrens. Nach dem dortigen Satz 2 müssen die zuständigen Behörden des Herkunftsstaates entsprechende Bescheinigungen innerhalb von zwei Monaten ausstellen.

Die Richtlinie 77/249/EWG sieht in ihrem Artikel 7 Absatz 1 vor, dass ein Rechtsanwalt, der in einem anderen Mitgliedsstaat dienstleistend tätig werden will, auf ein entsprechendes Verlangen seine Zulassung nachzuweisen hat. Nach Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 98/5/EG erfolgt die Eintragung eines Rechtsanwalts, der sich in einem anderen Mitgliedsstaat niederlassen will, nur bei Vorlage einer höchstens drei Monate alten Bescheinigung über die Zulassung im Herkunftsstaat.

Auch wenn die zuletzt genannten Bescheinigungen schon derzeit auch ohne ausdrückliche gesetzliche Verpflichtung ausgestellt werden, erscheint es in Anbetracht der zunehmenden Bedeutung derartiger Bescheinigungen und den in den Richtlinien festgelegten Ausstellungsfristen angebracht, die Verpflichtung der Rechtsanwaltskammern zur Ausstellung von Bescheinigungen nunmehr festzuschreiben. Zwar betrifft die Regelung in Deutschland zugelassene Rechtsanwälte, so dass auch an eine Verankerung in der BRAO gedacht werden könnte. In Anbetracht der Verknüpfung mit den zu Absatz 1 aufgeführten berufsrechtlichen Richtlinien, deren Inhalte alle im EuRAG umgesetzt sind, erscheint eine Regelung im EuRAG jedoch passender. Als Frist für die Ausstellung der Bescheinigung ist ein Monat als ausreichend anzusehen, da es sich um Informationen handelt, die der Rechtsanwaltskammer unmittelbar vorliegen.

Die Regelung verzichtet darauf, die auszustellenden Bescheinigungen abschließend zu benennen. Dies erfolgt zum einen deshalb, um die Norm für künftige Änderungen offen zu halten. Zum anderen können die Rechtsanwaltskammern auch heute schon gehalten sein, auch über in den Richtlinien nicht ausdrücklich genannte Sachverhalte Bescheinigungen auszustellen. Eine Verpflichtung zur Ausstellung besteht dabei aber immer nur dann, wenn der Gegenstand der Bescheinigung in den Zuständigkeitsbereich der Rechtsanwaltskammer fällt.

b) Bescheinigungen über die Straffreiheit

Nicht in den Zuständigkeitsbereich der Rechtsanwaltskammern fallen insbesondere Bescheinigungen über die Straffreiheit, die der andere Mitgliedsstaat unter den Voraussetzungen des Anhangs VII Nummer 1 Buchstabe d Unterabsatz 1 bzw. Buchstabe g der Richtlinie verlangen kann. Solche sind beim Bundeszentralregister selbst einzuholen. Grundsätzlich kommen dabei zwei Wege in Betracht: Zum einen erteilt das Bundeszentralregister nach § 57a Absatz 3 in Verbindung mit § 57 Absatz 2 des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG) auf Ersuchen von Stellen eines anderen Mitgliedsstaates in nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten unbeschränkte Auskünfte bzw. Behördenführungszeugnisse (§ 30 Absatz 5 BZRG) für dieselben Zwecke und in demselben Umfang wie für eine vergleichbare deutsche Behörde. Für die Erteilung einer unbeschränkten Auskunft nach § 41 Absatz 1 BZRG muss daher die mit der Zulassung befassende Stelle im anderen Mitgliedsstaat ein Gericht, eine einer obersten Bundes- oder Landesbehörde gleichstehende Behörde oder eine der Rechtsanwaltskammer vergleichbare Stelle mit öffentlichen Aufgaben sein (vgl. § 41 Absatz 1 Nummer 1, 2 und 11 BZRG). Diese Stelle hat die Voraussetzungen für eine Auskunftserteilung in ihrem Ersuchen so konkret darzulegen, dass der Registerbehörde eine Prüfung möglich ist. Anderenfalls kann die betroffene Person nur selbst nach § 30 BZRG ein Führungszeugnis (ggf. als Behördenführungszeugnis) beantragen und der zuständigen Stelle vorlegen. Die Anforderung einer unbeschränkten Auskunft durch Betroffene selbst sieht das BZRG dagegen nicht vor. Zudem ist es den Rechtsanwaltskammern nicht erlaubt, von ihnen im nationalen Zulassungsverfahren nach § 41 Absatz 1 Nummer 11 BZRG eingeholte Auskünfte an die zuständigen Stellen des anderen Mitgliedsstaates weiterzuleiten. Dem Auskünfte des BZRG dürfen immer nur zu dem angegebenen Zweck verwendet werden (§ 41 Absatz 4 Satz 2 Halbsatz 2 BZRG); dabei ist insbesondere auch die Weitergabe an andere Stellen ausgeschlossen (vgl. Tolzmann, BZRG, § 41 BZRG, Rn. 29).

Zu § 38 EuRAG-E

Mit der Neufassung des § 38 EuRAG-E werden Artikel 56 Absatz 2 und Artikel 56a Absatz 3 und 6 der Richtlinie umgesetzt. Zudem wird die Neuregelung aus Gründen der Einheitlichkeit und des Verbraucherschutzes auf gleichgelagerte Fälle erstreckt. Die Regelung dient dabei vor allem der Klarstellung und Ergänzung der Regelung in § 8d Absatz 1 Satz 1 VwVfG. Dabei bleibt § 8 VwVfG im Übrigen jedoch anwendbar, soweit z. B. europäische Rechtsakte weitere Übermittlungen von Amts wegen vorsehen sollten oder § 8 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 VwVfG weitere formale Vorgaben zur Übermittlung von Amts wegen enthält.

Zu Absatz 1

Zu Satz 1

a) In Deutschland auf der Grundlage von § 16 EuRAG-F zugelassene Rechtsanwälte

Artikel 56 Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie verpflichtet die Mitgliedsstaaten, „sich gegenseitig über das Vorliegen disziplinarischer oder strafrechtlicher Sanktionen oder über sonstige schwerwiegende, genau bestimmte Sachverhalte, die sich auf die Ausübung der in dieser Richtlinie erfassten Tätigkeiten auswirken könnten“ zu unterrichten. Von der Richtlinie erfasst werden im Bereich der Rechtsanwälte zum einen diejenigen europäischen Rechtsanwältinnen, die nach § 4 Satz 1 Nummer 3 BRAO-E auf der Grundlage der §§ 16 und 16a EuRAG-E (entweder unmittelbar oder nach Abhebung einer Eignungsprüfung) in Deutschland zugelassen wurden. Für diese ist Artikel 56 Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie daher zwingend umzusetzen. Das heißt, dass in diesem Fall dann, wenn der Rechtsanwalt auch noch in seinem Herkunftsstaat tätig ist, der Herkunftsstaat über berufspraxisrelevant Sachverhalte zu unterrichten ist.

b) In Deutschland nach § 4 Satz 1 Nummer 1 BRAO-E zugelassene, auch in einem anderen Mitgliedsstaat tätige Rechtsanwälte

Zudem werden von Artikel 56 Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie diejenigen deutschen Rechtsanwälte erfasst, die sich auf der Grundlage des Titels III der Richtlinie in einem anderen Mitgliedsstaat niederlassen haben. Hierbei besteht die Verpflichtung, dass die Rechtsanwaltskammern die zuständigen Stellen des Niederlassungsstaates zu informieren haben.

c) In Deutschland nach Teil 3 des EuRAG zugelassene Rechtsanwälte

Ob Rechtsanwälte, die nach Teil 3 des EuRAG (d. h. nach vorangegangener Tätigkeit) in Deutschland zugelassen wurden, jedoch ebenfalls noch in ihrem Herkunftsstaat tätig sind, ebenfalls in den Anwendungsbereich des Artikels 56 Absatz 2 der Richtlinie fallen, erscheint dagegen fraglich, weil deren Zulassungsverfahren auf der Richtlinie 98/5/EG beruht, die nach Satz 2 des Erwägungsgrunds 42 der Richtlinie von der Richtlinie unberührt bleibt. Allerdings bezieht sich Artikel 56 Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie dem Wortlaut nach allgemein auf die „in dieser Richtlinie erfassten Tätigkeiten“. Die Richtlinie 98/5/EG enthält in ihrem Artikel 13 eine Verpflichtung zur engen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten, ohne explizit eine Unterrichtungspflicht zu bestimmen. Im Ergebnis ist unabhängig davon, ob sich in diesen Fällen aus einer der Richtlinien eine zwingende Unterrichtungspflicht ergibt, jedenfalls kein sachlicher Grund erkennbar, danach zu unterscheiden, ob ein europäischer Rechtsanwalt in Deutschland auf der Grundlage von Teil 3 oder 4 des EuRAG zugelassen wurde. Die Voraussetzungen (Rechtsanwalt in anderen Mitgliedsstaat) und die Stellung (zugelassener Rechtsanwalt in Deutschland) sind jeweils dieselben. Insbesondere besteht auch hier das Interesse der Rechtsuchenden im anderen Mitgliedsstaat, im sensiblen Bereich der Rechtsberatung vor ungeeigneten Rechtsanwälten geschützt zu werden. Deshalb soll die Unterrichtungspflicht auch auf diesen Fall (und den umgekehrten Fall, in dem ein deutscher Rechtsanwalt auf der Grundlage der Richtlinie 98/5/EG in einem anderen Mitgliedsstaat zugelassen wurde) erstreckt werden.

d) In Deutschland zugelassene und in einem anderen Mitgliedsstaat dienstleistend tätige Rechtsanwälte

Schließlich gehen die vorstehenden Erwägungen auch, wenn ein in Deutschland zugelassener Rechtsanwalt in einem anderen Mitgliedsstaat nur dienstleistend tätig wird. Zwar lässt die Richtlinie nach Satz 2 des Erwägungsgrunds 42 der Richtlinie auch die Dienstleistungsfreiheit der Rechtsanwälte regeln. Die Richtlinie 77/249/EWG unberührt (die ebenfalls keine entsprechende Regelung enthält). Jedoch ist es für den anderen Mitgliedsstaat auch hier z. B. von entscheidender Bedeutung, wenn der Rechtsanwalt in Deutschland seine Zulassung verliert, da er

dann auch in dem anderen Staat nicht mehr tätig werden darf. Von daher soll die Mitteilungspflicht auch auf diesen Fall erstreckt werden. Dies ist schließlich auch insoweit konsequent, als der andere Mitgliedstaat Deutschland nach Artikel 7 Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie 77/249/EWG von dortigen Entscheidungen über berufsrechtliche Verfehlungen des dienstleistenden deutschen Rechtsanwalts zu unterrichten hat.

e) Verhältnis zu den Mitteilungspflichten bei Patentanwälten

Würde der Anwendungsbereich des Absatzes 1 nicht wie vorstehend dargelegt gefasst, würde im Übrigen auch ein nicht nachvollziehender Widerspruch zu den entsprechenden Regelungen bei den Patentanwälten entstehen: Da bei diesen keine der Richtlinien 77/249/EWG und 98/5/EG entsprechenden Regelungen bestehen, ergibt sich bei ihnen aus Artikel 56 Absatz 2 der Richtlinie eine vollumfängliche Mitteilungspflicht in allen vorbezogenen Fällen.

f) Umfang der Mitteilungspflichten

Von der Rechtsanwaltskammer mitzuteilen sind nach Artikel 56 Absatz 2 der Richtlinie „disziplinarische und strafrechtliche Sanktionen“ sowie sonstige schwerwiegende Sachverhalte. In Umsetzung dessen bestimmt Nummer 1, dass berufsrechtliche Sanktionen mitzuteilen sind; hierzu gehören insbesondere die Rüge nach § 74 BRAO sowie die in § 114 BRAO aufgeführten anwaltsgerichtlichen Maßnahmen. Zu den unter Nummer 2 fallenden strafrechtlichen Sanktionen gehören neben Geld- und Freiheitsstrafen vor allem auch Berufsverbote. Zudem sind nach Nummer 2 auch im Ordnungswidrigkeitenverfahren ergangene Sanktionen, d. h. insbesondere Geldbußen, mitzuteilen. Zwar erscheint zweifelhaft, ob Ordnungswidrigkeiten nach der deutschen Rechtsystematik unter die von der Richtlinie verwendeten Begriffe „disziplinarische“ bzw. „strafrechtliche Sanktionen“ fallen; es widerspricht jedoch dem Sinn und Zweck der Regelung, in Ordnungswidrigkeitenverfahren verhängte Maßnahmen anders als z. B. Rügen nach § 74 BRAO nicht mitzuteilen. Eine Mitteilung nach Nummer 2 setzt aber jeweils voraus, dass die Sanktionen Auswirkungen auf die Ausübung der anwaltlichen Tätigkeit haben können. Dies steht der Einhaltung des Grundsatzes der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit, der nach Artikel 56 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 2 der Richtlinie in Verbindung mit den Artikeln 6 und 7 der Richtlinie 95/46/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31) zu beachten ist. Die Regelung entspricht zudem der aus § 36 Absatz 2 BRAO folgenden Wertung, die für die Übermittlung zwischen deutschen Stellen gilt. Die sonstigen schwerwiegenden Sachverhalte nach Nummer 3 umfassen insbesondere solche, die zur Rücknahme oder zum Widerruf der Zulassung führen können.

Soweit zur Erfüllung der Mitteilungspflicht sichergestellt sein muss, dass die Rechtsanwaltskammern sowohl aus zivilrechtlichen als auch aus strafrechtlichen Verfahren heraus über berufsrechtlich relevante Sachverhalte unterrichtet werden, erfüllt das geltende Recht bereits diese Voraussetzung. So finden sich entsprechende Mitteilungspflichten der Gerichte und Staatsanwaltschaften für in Deutschland zugelassene Rechtsanwältinnen in § 36 Absatz 2 BRAO, auf den für niedergelassene europäische Rechtsanwältinnen (vgl. dazu die Regelung in Absatz 1 Satz 2) in § 4 Absatz 1 EuRAG, für nach vorangegangener Tätigkeit in Deutschland zugelassene Rechtsanwältinnen in § 11 Absatz 1 Satz 1 und § 13 Absatz 1 EuRAG-E und für unmittelbar oder nach Eignungsprüfung in Deutschland zugelassene Rechtsanwältinnen in § 16a Absatz 5 EuRAG-E verwiesen wird. Für dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen (vgl. dazu die Regelung in Absatz 3) folgen die Mitteilungspflichten aus § 34a EuRAG-E.

Anzumerken ist, dass § 38 EuRAG-E nur die Mitteilungspflichten zu berufs- bzw. verwaltungsrechtlichen Zwecken regelt. Dient eine Unterrichtung der ausländischen Stellen der Einleitung oder Förderung eines Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahrens, unterfällt sie den Vorschriften der Rechthilfe in Strafsachen (vgl. § 92c des Ciesczes über die internationale Rechthilfe in Strafsachen).

g) Binnenmarkt-Informationssystem

Der mit der Richtlinie 2013/55/EU neu eingeführte Absatz 2a des Artikels 56 der Richtlinie sieht die Nutzung des Europäischen Binnenmarkt-Informationssystems („IMI“; vgl. dazu die Erläuterungen zu § 141 Absatz 2 BRAO-E) insbesondere auch für die Fälle des mit Satz 1 umgesetzten Absatzes 2 Unterabsatz 1 des Artikels 56 der Richtlinie vor. Dies dürfte der bedeutendste Anwendungsbereich des IMI sein; zudem sieht auch Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie für den in Satz 3 besonders geregelten Fall der Verwendung gefälschter Berufsqualifikationsnachweise ausdrücklich die Nutzung des IMI vor. Deshalb soll dessen Nutzung in Satz 1 (trotz des bereits geltenden

§ 8d Absatz 1 Satz 2 VwVfG) ausdrücklich bestimmt werden. Dies dient vor allem auch der Verdeutlichung für die Anwender.

h) Datenschutz

Soweit nach Artikel 56 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 2 der Richtlinie sicherzustellen ist, dass „die Rechtsvorschriften über den Schutz personenbezogener Daten im Sinne der Richtlinien 95/46/EG und 2002/58/EG einzuhalten“ sind, erscheint keine besondere Umsetzung dieser Vorgabe erforderlich. Sowohl die allgemeine Datenschutzrichtlinie 95/46/EG als auch die Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 37) sind vollständig in das nationale Recht umgesetzt, so dass die entsprechenden Vorschriften von der Rechtsanwaltskammer ohnehin zu beachten sind.

i) Standort der Regelung

Zwar betrifft Satz 1 in Deutschland zugelassene Rechtsanwältinnen, was systematisch eine Verankerung der Norm in der BRAO nahe legen könnte. Wie schon der bisherige § 38 EuRAG (vgl. dazu Stegmann in: Gaier/Voll/Göckel, Anwältliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 38 EuRAG, Rn. 4) soll er jedoch wegen seiner Herleitung aus den im Übrigen auch im EuRAG umgesetzten Bestimmungen der Richtlinien 77/249/EWG, 98/5/EG und 2005/36/EG sowie seines grenzüberschreitenden Bezugs im EuRAG verankert bleiben. Dies gilt umso mehr, als für die niedergelassenen und die dienstleistenden europäischen Rechtsanwältinnen in Satz 2 bzw. Absatz 3 auf die Regelung in Satz 1 verwiesen wird.

Zu Satz 2

Für in einem anderen Mitgliedstaat unter ihrer ursprünglichen Berufsbezeichnung niedergelassene Rechtsanwältinnen bestehen bereits derzeit bestimmte Mitteilungspflichten, die aus den Artikeln 7 und 13 der Richtlinie 98/5/EG resultieren und die in den §§ 9 und 38 EuRAG umgesetzt wurden.

Für in Deutschland unter der Berufsbezeichnung ihres Herkunftsstaates niedergelassene europäische Rechtsanwältinnen sind die sich insbesondere aus Artikel 7 Absatz 2 Unterabsatz 1 und Absatz 3 der Richtlinie 98/5/EG ergebenden Verpflichtungen dezidiert in § 9 EuRAG geregelt. Da die Richtlinie 98/5/EG wie bereits dargelegt von der Richtlinie nicht berührt wird und weiterhin gilt, kann auf diese Spezialregelungen auch zukünftig nicht verzichtet werden, so dass § 9 EuRAG als solcher unangetastet bleiben muss.

Soweit die nach Satz 1 geltenden Mitteilungspflichten weiter gehen als die nur das anwaltsgerichtliche Verfahren betreffenden Pflichten aus § 9 EuRAG ist allerdings aus den schon zu Satz 1 dargelegten Erwägungen kein Grund erkennbar, diese Bestimmungen nicht auch auf die unter ihrer ursprünglichen Berufsbezeichnung niedergelassenen europäischen Rechtsanwältinnen anzuwenden. Vielmehr erscheint es bei in Deutschland nur unter der Berufsbezeichnung ihres Herkunftsstaates niedergelassenen Rechtsanwältinnen noch stärker als bei in Deutschland zugelassenen Rechtsanwältinnen aus anderen Mitgliedsstaaten geboten, auch den Herkunftsstaat über berufliche Verfehlungen zu unterrichten. Deshalb erklärt Satz 2 den Satz 1 auch in diesen Fällen für anwendbar, zur Vermeidung von Doppelmitteilungen allerdings nur insoweit, als die Mitteilungen nicht schon nach § 9 EuRAG zu erfolgen haben.

Zu Satz 3

Die Regelung knüpft an die Neuregelung in § 112h BRAO-E an; zur Begründung wird zunächst auf die dortigen Ausführungen verwiesen (Artikel 1 Nummer 44). Der Umfang der von der Rechtsanwaltskammer zu veranlassenden Mitteilungen entspricht den Vorgaben des Artikels 56a Absatz 3 der Richtlinie. Nach diesen ist allen anderen Mitgliedsstaaten Mitteilung zu machen, unabhängig davon, ob dort eine konkrete Tätigkeit des Rechtsanwalts festzustellen ist oder nicht. Satz 3 ist zudem insbesondere als zeitliche Vorgabe zu verstehen. Dagegen schließt er nicht aus, dass anderen Mitgliedsstaaten (gegebenfalls auch zu einem späteren Zeitpunkt) weitere Inhalte des Urteils oder sonstige bedeutsame Informationen übermittelt werden, soweit dies für die europäische Verwaltungszusammenarbeit von Bedeutung ist. Die Einzelheiten des bei den Mitteilungen nach Satz 3 zu beschreibenden Verfahrens ergeben sich aus dem Kapitel II der Durchführungsverordnung (EU) 2015/983 der Kommission vom 24. Juni 2015 betreffend das Verfahren zur Ausstellung des Europäischen Berufszeugnisses und die Anwendung des Vorwarnmechanismus gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 159 vom 25.6.2015, S. 27), die über die Verweisungen in § 37 Absatz 1 EuRAG-E und § 8d VwVfG anwendbar ist.

Zu Absatz 2

Der neu eingefügte Absatz 2 dient der Umsetzung von Artikel 56a Absatz 6 der Richtlinie. Zwar ist dessen Umsetzung nur für die Fälle des Satzes 3 des Absatzes 1 verpflichtend; es würde jedoch wenig Sinn machen, seine Anwendung nur hierauf zu beschränken, da sein Regelungsgehalt auf alle anderen Fälle des Absatzes 1 ebenso anwendbar ist und vor allem auch sachgerecht erscheint.

Mit Satz 1 wird zunächst klargestellt, dass die aus § 8d Absatz 2 VwVfG folgenden Mitteilungspflichten an die Betroffenen auch für die Warmmittellungen nach Absatz 1 gelten und dass die Mitteilungen entsprechend der Vorgabe des Artikels 56a Absatz 6 der Richtlinie zeitgleich zu den Warmmittellungen über das IMI zu erfolgen haben.

Satz 2 stellt implizit klar, dass es sich bei der Entscheidung, eine Warmmittlung zu veranlassen, um einen Verwaltungsakt handelt, und bestimmt in Umsetzung des Artikels 56a Absatz 6 der Richtlinie dazu, dass die Betroffenen über die zulässigen Rechtsbehelfe gegen diesen Verwaltungsakt (d. h. in aller Regel den Widerspruch nach § 69 der Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO) zu belehren sind.

Mit Satz 3 wird der zweite Halbsatz des Artikels 56a Absatz 6 der Richtlinie umgesetzt. Danach ist die Warmmittlung nach Absatz 1 in dem Fall, in dem ein Rechtsbehelf im Sinne des Satzes 2 eingelegt wird, um einen Hinweis auf diesen Rechtsbehelf zu ergänzen.

Zu Absatz 3

Der derzeitige § 38 EuRAG betrifft in Deutschland zugelassene und in einem anderen Mitgliedstaat unter ihrer deutschen Berufsbezeichnung niedergelassene Rechtsanwälte. Diese Konstellation unterfällt wie die umgekehrte, in § 38 Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E behandelte Konstellation dem Anwendungsbereich der Richtlinie 98/5/EG. Der geltende § 38 Absatz 1 EuRAG bestimmt dabei in Umsetzung von Artikel 7 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 13 der Richtlinie 98/5/EG, dass die Rücknahme oder der Widerruf der Zulassung des Rechtsanwalts in Deutschland dem anderen Mitgliedstaat mitzuteilen ist (da der Entzug der Zulassung nach Artikel 7 Absatz 5 der Richtlinie 98/5/EG automatisch ein Tätigkeitsverbot auch in dem anderen Mitgliedstaat mit sich bringt). Zudem ist im derzeitigen § 38 Absatz 2 EuRAG in Umsetzung von Artikel 7 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie 98/5/EG bestimmt, dass in diesem Fall auch § 9 EuRAG entsprechend gilt, d. h. insbesondere in anwaltsgerichtlichen Verfahren bestimmte Mitteilungspflichten bestehen.

Im Ergebnis ist jedoch aus den bereits zu § 38 Absatz 1 EuRAG-E dargelegten Erwägungen auch hier kein Grund ersichtlich, die Mitteilungspflichten nur auf die Rücknahme und den Widerruf der Zulassung sowie die, in § 9 EuRAG aufgeführten Informationen zu beschränken. Die Neuregelung des Absatzes 1 umfasst daher grundsätzlich auch die im Wege der Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat erfolgende Tätigkeit des in Deutschland zugelassenen Rechtsanwalts unter seiner deutschen Berufsbezeichnung. Die bisherige Regelung des § 38 Absatz 1 EuRAG wird dabei von der Neuregelung in Absatz 1 Satz 1 auch ohne explizite Erwähnung erfasst, da die Rücknahme und der Widerruf der Zulassung in jedem Fall schwerwiegende Sachverhalte im Sinne des Absatzes 1 darstellen.

Auf die auf § 9 EuRAG verweisende Spezialregelung des bisherigen § 38 Absatz 2 EuRAG kann dagegen aus den bereits zu Absatz 1 Satz 2 dargelegten Gründen auch hier nicht verzichtet werden. Sie wird daher inhaltlich unverändert in den Satz 1 des Absatzes 3 übernommen. Ihr Anwendungsbereich ist jedoch durch den neu angefügten Satz 2 zur Vermeidung von Doppelmitteilungen (ebenso wie die Bestimmung in Absatz 1 Satz 2) auf die nicht bereits von Satz 1 erfassten Fälle einzuschränken.

Zu Absatz 4

Für die Mitteilungspflichten in Bezug auf in Deutschland dienstleistende tüchtige europäische Rechtsanwälte gilt wie bereits zu Absatz 1 unter c) ausgeführt die der Richtlinie vorgesehene Richtlinie 77/249/EWG. Nach deren Artikel 7 Absatz 2 Satz 1 entscheidet der Aufnahmestaat über Pflichtverletzungen dienstleistender europäischer Rechtsanwälte nach seinem nationalen Recht. Die hierbei getroffenen Entscheidungen hat er dann nach Artikel 7 Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie 77/249/EWG dem Herkunftsstaat mitzuteilen. Diese Verpflichtung ist derzeit in § 34a Absatz 2 EuRAG im Wege einer Verweisung auf die Mitteilungspflichten nach § 9 EuRAG umgesetzt. Diese Verweisung erscheint jedoch wenig glücklich: § 9 EuRAG ist wie bereits dargelegt eine den einzelnen Vorgaben des Artikels 7 der Richtlinie 98/5/EG geschuldete relativ umständliche Spezialnorm, die zudem nach

den Ausführungen zu Absatz 1 (und dort insbesondere zu Satz 2) nicht alle Fälle erfasst, in denen Mitteilungen geboten erscheinen (so dürfte derzeit z. B. bei einer Rüge nach § 74 BRAO keine Mitteilung ergeben, da diese nicht im von § 9 EuRAG erfassten anwaltsgerichtlichen Verfahren ausgesprochen wird, obwohl die Rüge von Artikel 7 Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie 77/249/EWG erfasst sein dürfte). Von daher soll im Zuge der Neuregelung die weder gebotene noch überzogene Verknüpfung der Mitteilungspflichten nach der Richtlinie 77/249/EWG mit denjenigen der Richtlinie 98/5/EG aufgelöst und stattdessen durch eine Verknüpfung mit den Mitteilungspflichten nach Absatz 1 (d. h. denjenigen der Richtlinie) ersetzt werden.

Zu Absatz 5

Der neue Absatz 5 dient der Umsetzung des Artikels 56 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie, nach dem der Herkunftsstaat im Anschluss an Mitteilungen des Aufnahmestaates über Sanktionen und Sachverhalte im Sinne des Artikels 56 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Richtlinie „die Richtigkeit der Sachverhalte“ zu prüfen, „über Art und Umfang der durchzuführenden Prüfungen“ zu befinden und den Aufnahmestaat „über die Konsequenzen, die sie aus den übermittelten Auskünften ziehen“, zu unterrichten hat. Von den vorgenannten Verpflichtungen erscheint nur die Informationspflicht gegenüber dem anderen Mitgliedstaat regelungsbedürftig, da die übrigen Prüfungen ohnehin zu den Aufgaben der Rechtsanwaltskammer gehören.

Die Regelung bezieht sich nur auf in Deutschland zugelassene Rechtsanwälte und nicht auch auf niedergelassene oder dienstleistende europäische Rechtsanwälte. Dem Letztere unterfallen nicht dem Anwendungsbereich der Richtlinie; zudem zeigt der Verpflichtungen (nur) der „Herkunftsstaaten“ begründende Wortlaut des Artikels 56 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie, dass es nur die von solchen Mitgliedstaaten veranlassenen Maßnahmen meint, in denen der Rechtsanwaltsrat auch zugelassen ist. Demgegenüber soll wie in Absatz 1 auch in diesem Kontext innerhalb der in Deutschland zugelassenen Rechtsanwälte keine weitere Differenzierung vorgenommen werden, da diese sachlich nicht zu begründen wäre.

Zu Nummer 25 (§ 40 EuRAG-E)

Bei der Änderung der Ermächtigungsnorm zum Erlass einer Rechtsverordnung zur näheren Ausgestaltung der Eignungsprüfung nach Teil 4 des EuRAG-E handelt es sich in erster Linie um eine Folgeänderung zu dem nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E neu vorgesehenen Verfahren. Dadurch, dass sich der dortige Antrag zukünftig auf die Feststellung der Gleichwertigkeit einer Qualifikation richtet und der antragstellenden Person lediglich im Rahmen dieses Antrags eine Eignungsprüfung auferlegt werden kann, kommt es zu keiner Zulassung zur Eignungsprüfung im eigentlichen Sinn mehr. Deshalb betrifft § 40 Absatz 2 Nummer 2 EuRAG-E zukünftig nicht mehr die Zulassung zur Prüfung, sondern wird die nähere Regelung der prüfenden Personen (die zwar bereits bisher Gegenstand des § 2 RAZ/EignPRV ist, jedoch von ihrer Bedeutung eine explizite Erwähnung in der Ermächtigungsnorm rechtfertigt). In § 40 Nummer 3 EuRAG-E wird der derzeitige sehr weite Begriff des „Prüfungsverfahrens“, unter den zumindest sprachlich auch einige weitere der übrigen Nummern des § 40 Absatz 2 EuRAG gefasst werden können, auf den „Ablauf des Prüfungsverfahrens“ präzisiert. Dieser Begriff umfasst dann z. B. auch den neuen § 3 RAZ/EignPRV, der sich zukünftig auf die Ablegung der Eignungsprüfung bezieht (vgl. dazu Artikel 3 Nummer 3).

Zu Nummer 26 (§ 41 EuRAG-E)

Auch bei der Änderung in § 41 Absatz 2 Satz 1 EuRAG-E handelt es sich um eine Folgeänderung zu dem nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E neu vorgesehenen Verfahren: Nach diesem obliegt den Landesjustizprüfungsämtern zukünftig nicht nur die Durchführung der Eignungsprüfung, sondern auch die Bearbeitung des vorgeschalteten Antrags auf Feststellung der Eignung. Dem bisherigen System entsprechend, nach dem für die Länder die Möglichkeit besteht, die Eignungsprüfung auf die Rechtsanwaltskammern zu übertragen (von der sie bisher allerdings keinen Gebrauch gemacht haben), muss es zukünftig daher auch möglich sein, das Antragsverfahren nach den §§ 16 und 16a EuRAG-E auf die Rechtsanwaltskammern zu übertragen. Dies wird durch die neu eingefügten Wörter bewirkt.

Zu Nummer 27 (§ 43 EuRAG-E)

Die Aufhebung der Übergangsregelung des § 43 EuRAG erfolgt aus denselben Gründen wie diejenige des § 215 Absatz 1 bis 3 BRAO, weshalb auf die dortigen Ausführungen verwiesen wird (Artikel 1 Nummer 64).

Zu Artikel 3 (Änderung der Verordnung über die Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft)

Zu den Nummern 1 und 2 (§§ 1 und 2 RAZEignPrV-E)

Es handelt sich um Folgeänderungen zu der mit Artikel 2 Nummer 12 erfolgenden Einfügung eines neuen Absatzes 3 in § 18 EuRAG-E, mit dem dort geregelt wird, dass für die Eignungsprüfung – soweit nichts anderes geregelt ist – die Vorschriften für die zweite juristische Staatsprüfung des Landes entsprechend gelten, in dem das Prüfungsumfeld eingerichtet ist. Da diese Regelung nun allgemein und unmittelbar im EuRAG erfolgt, können die bisherigen Bestimmungen in der RAZEignPrV, die dies jeweils getrennt im dortigen § 1 für das Prüfungsumfeld, im dortigen § 2 Absatz 2 Satz 1 für die Prüfer und im dortigen § 13 für das Prüfungsverfahren vorgesehen hatten, entfallen.

Zu Nummer 3 (§ 3 RAZEignPrV-E)

§ 3 RAZEignPrV in der Entwurfsfassung (RAZEignPrV-E) regelt zukünftig nicht mehr die Zulassung zur Eignungsprüfung, sondern die Modalitäten ihrer Ablegung. Die bisherigen Gegenstände des § 3 RAZEignPrV sind jetzt weitestgehend – nimmere bezogen auf den Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit nach § 16 EuRAG-E – bereits im EuRAG-E selbst geregelt (vgl. § 16 Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 und 4 sowie § 16a Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E; (Artikel 2 Nummer 10).

Zur Überschrift

Die Überschrift bringt den neuen Anwendungsbereich der Norm zum Ausdruck.

Zu Absatz 1

Mit § 3 Absatz 1 RAZEignPrV-E wird Artikel 14 Absatz 7 der Richtlinie umgesetzt, nach dem einer Person, der die Ablegung einer Eignungsprüfung auferlegt wurde, die Möglichkeit gegeben werden muss, diese innerhalb von sechs Monaten nach Erlass dieser Entscheidung abzulegen.

Zu Absatz 2

Da die vorbezeichnete Frist von sechs Monaten bisher in der Verwaltungspraxis nicht immer eingehalten werden kann und es für ein einzelnes Prüfungsamt auch zukünftig problematisch sein kann, in jedem einzelnen Fall die Einhaltung der Frist zu garantieren, sieht § 3 Absatz 2 RAZEignPrV-E in seinem Satz 1 vor, dass lediglich gewährleistet sein muss, dass ein Prüfungsamt – das nicht unbedingt das von der Person ausgewählte sein muss – eine fristgerechte Prüfung anbietet. Damit sollen den Prüfungsämtern Absprachen zu den jeweils angebotenen Prüfungsterminen ermöglicht werden, die dann in ihrer Gesamtheit die Einhaltung der Vorgaben des Artikels 14 Absatz 7 der Richtlinie garantieren. Liegen die von dem von der Person ausgewählten Prüfungsamt festgelegten Prüfungstermine außerhalb der Fristen nach § 3 Absatz 1 RAZEignPrV-E, so kann die antragstellende Person in dem Bescheid, mit dem ihr die Eignungsprüfung auferlegt wird, darauf hingewiesen werden. Es sieht ihr sodann nach den Sätzen 2 und 3 frei, entweder die Zeitverzögerung in Kauf zu nehmen oder die Prüfung bei einem anderen Prüfungsamt zu absolvieren.

Zu Absatz 3

§ 3 Absatz 3 RAZEignPrV übernimmt den einzigen nicht in das EuRAG-E überführten Gegenstand des bisherigen § 3 RAZEignPrV, die Bestimmung der Wahlfelder nach § 2 Absatz 2 Nummer 5 RAZEignPrV. Für die Mitteilung wird eine Frist von einem Monat vorgesehen, um dem Prüfungsamt eine hinreichende Vorbereitungszeit zur Erstellung der Aufsichtsratsarbeit einzuräumen. Insbesondere für antragstellende Personen, die die Eignungsprüfung in jedem Fall und möglichst bald ablegen wollen, wird es sich zur Beschleunigung des Verfahrens jedoch dem Antrag nach § 16 Absatz 1 EuRAG-E zu übermitteln. Dass diese Möglichkeit besteht, wird durch § 3 Absatz 3 RAZEignPrV-E klargestellt.

Zu Absatz 4

§ 3 Absatz 4 RAZEignPrV-E trifft Regelungen für den Fall, dass eine Person, der die Ablegung einer Eignungsprüfung auferlegt wurde, diese (z. B. aufgrund veränderter persönlicher Umstände oder zur Verflüchtung der

Vorbereitungszeit) nicht unmittelbar, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt ablegen will. Um dem Prüfungsamt gerade auch im Hinblick auf die von ihm zu gewählende Frist nach Absatz 1 eine ausreichende Planungszeit einzuräumen, bestimmt Satz 1, dass die Person dem Prüfungsamt ihre entsprechende Absicht innerhalb eines Monats nach Auflegung der Eignungsprüfung mitzuteilen hat (bei einer späteren Mitteilung hat sie dann gegebenenfalls die aus § 4 RAZEignPrV-E folgenden Konsequenzen zu tragen). Möchte sie die Eignungsprüfung so, dann zu einem späteren Zeitpunkt ablegen, hat sie dies gemäß Satz 2 dem Prüfungsamt mitzuteilen; diese Mitteilung setzt dann nach Satz 3 die Fristen nach Absatz 1 bis 3 erneut in Gang.

Zu Nummer 4 (§ 4 RAZEignPrV-E)

Die in § 4 RAZEignPrV vorgesehenen Konsequenzen des Rücktritts von der Eignungsprüfung (d. h. das Nichtbestehen der Prüfung, sofern kein wichtiger Grund für den Rücktritt vorliegt) sollen zukünftig, da es zum einen keine „Zulassung“ zur Eignungsprüfung im eigentlichen Sinne mehr gibt und zum anderen den zu prüfenden Personen nach der an ihre Stelle getretenen Auflegung der Eignungsprüfung noch die Überlegungsfrist nach § 3 Absatz 4 Satz 1 RAZEignPrV-E verbleiben soll, an den Ablauf der vorgesehenen Frist anknüpfen. Für den Fall, dass die zu prüfende Person die Prüfung zunächst nach § 3 Absatz 4 Satz 1 RAZEignPrV-E zurückgestellt hat, sollen die Konsequenzen an den Zeitpunkt geknüpft werden, in dem sie danach gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 RAZEignPrV-E um Durchführung der Prüfung gebeten hat.

Zu Nummer 5 (§ 5 RAZEignPrV-E)

Nachdem der Gegenstand des bisherigen Satzes 1 des § 5 RAZEignPrV nunmehr in § 21 Absatz 2 EuRAG-E geregelt ist, entspricht die Norm in ihren Nummern 1 und 2 nur noch dem bisherigen § 5 Satz 2 RAZEignPrV, der regelt, welche Dokumente vorzulegen sind, wenn der Erlass von Prüfungsleistungen beantragt wird. Mit der Nummer 3 wird dazu im Anschluss an die in § 21 Absatz 2 EuRAG-E neu aufgenommenen Weiterbildungsmaßnahmen ergänzt, dass diese durch geeignete Bescheinigungen nachzuweisen sind.

Zu Nummer 6 (§ 13 RAZEignPrV)

Zur Begründung der Aufhebung des § 13 RAZEignPrV wird auf die Begründung zu Artikel 3 Nummern 1 und 2 verwiesen.

Zu Nummer 7 (§ 13 RAZEignPrV-E)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu der mit der Artikel 3 Nummer 6 erfolgenden Aufhebung des § 13 RAZEignPrV.

Zu Artikel 4 (Änderung der Patentanwaltsordnung)

Zu Nummer 1 (§ 5 PAO-E)

Die Zulassung europäischer Patentanwälte ist künftig gemäß den §§ 1 und 2 EuPAO-E nicht mehr zwingend vom Bestehen einer Eignungsprüfung abhängig; stattdessen kommt es auf die nach § 2 Absatz 3 EuPAO-E vom Deutschen Patent- und Markenamt zu bestätigende Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation mit der Befähigung für den Beruf des Patentanwalts nach § 5 Absatz 2 PAO an. Deshalb ist in § 5 Absatz 1 Satz 1 PAO-E, die zweite Alternative entsprechend anzupassen. Die Regelung entspricht insoweit der vergleichbaren Regelung in § 4 Satz 1 Nummer 3 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 1).

Zu Nummer 2 (§ 6 PAO-E)

Die Änderungen dienen der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Zu Nummer 3 (§ 7 PAO-E)

Zu Buchstabe a

Die erste Änderung in § 7 Absatz 1 Satz 1 PAO-E dient der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache. Die Streichung des Zusatzes „(§ 11)“ in § 7 Absatz 1 Satz 1 PAO-E resultiert aus der mit Artikel 4 Nummer 6 beabsichtigten Änderung des § 11 PAO-E und dient zudem einer Vereinheitlichung der Bezeichnungen in der PAO. Nachdem sich wie in der Begründung zu § 11 PAO-E dargelegt die Berechtigung zum Führen der Bezeichnung „Patentassessor“ zukünftig nicht mehr allein aus § 11 PAO-E, sondern auch aus § 2 Absatz 6 EuPAO-E ergeben soll, griffe die bisherige (allein auf § 11 PAO Bezug nehmende) Verweisung zum Patentassessor in § 7

Absatz 1 Satz 1 PAO zu kurz. Statt sie (was theoretisch denkbar, jedoch relativ unständlich wäre) um eine Verweisung auch auf § 2 Absatz 6 EuPAG-E zu ergänzen, soll sie gestrichen werden. Die Bezeichnung „Patentassessor“ ist mittlerweile seit langer Zeit eingeführt und gebräuchlich, einer besonderen Verweisung auf die sie definierenden Vorschriften bedarf es nicht mehr. Das zeigt sich auch darin, dass die Bezeichnung in § 9 Satz 2, § 12 Absatz 1 Satz 1, § 46 Absatz 4 Satz 2, § 48 Absatz 1 Satz 1 und § 94b Absatz 3 PAO jeweils ohne eine Verweisung auf § 11 PAO verwendet wird. Die Bezeichnung meint daher zukünftig auch ohne besonderen Zusatz alle Personen, die nach § 11 PAO-E oder § 2 Absatz 6 EuPAG-E berechtigt sind, sie zu führen.

Zu den Buchstaben b und c

Die Änderungen in § 7 Absatz 2 und 2a PAO-E erfolgen zur Umsetzung von Artikel 55a der Richtlinie. Nach Artikel 55a Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie sind in einem anderen Mitgliedstaat abgeleitete Berufspraktika, die Voraussetzung für die Zulassung zu einem reglementierten Beruf sind, von der für die Entscheidung über die Zulassung zuständigen Behörde grundsätzlich anzuerkennen; in Drittstaaten absolvierte Berufspraktika sind zumindest zu berücksichtigen. Dies gilt unter der Bedingung, dass die im Ausland abgeleiteten Berufspraktika zuvor festgelegten Leitlinien entsprechen haben; zudem kann die Höchstdauer der im Ausland absolvierten Berufspraktika nach Artikel 55a Absatz 1 Satz 2 der Richtlinie auf einen angemessenen Zeitraum begrenzt werden.

Ein Berufspraktikum ist nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe j der Richtlinie ein beaufsichtigter Zeitraum einer beruflichen Tätigkeit, der eine Bedingung für die Zulassung zu einem reglementierten Beruf darstellt. Danach sind die in § 7 Absatz 1 PAO im Rahmen der Ausbildung zum Patentanwalt vorgesehenen Ausbildungsstationen bei einem Patentanwalt oder einem Patentassessor in der Patentabteilung abgeleitete Berufspraktika, beim Patentgericht und gegebenenfalls bei einem Gericht für Patentsachen als Berufspraktika im Sinne der Vorschrift anzusehen, da sie nach § 5 Absatz 3 PAO eine Voraussetzung für den Zugang zum Beruf des Patentanwalts sind. Dies gilt auch unter Berücksichtigung dessen, dass die Ausbildung keine direkte Zulassungsvoraussetzung ist, sondern insoweit nur eine indirekte, als sie der Prüfung über die erforderlichen Rechtskenntnisse nach § 8 PAO vorausgehen muss, deren Bestehen nach § 5 Absatz 2 Satz 1 PAO Voraussetzung für den Erwerb der Befähigung zum Patentanwalt ist, das dem wiederum nach § 5 Absatz 1 Satz 1 PAO zur Zulassung zur Patentanwaltschaft berechtigt. Denn auch wenn die Prüfung nach § 8 PAO ein Diplom im Sinne der Richtlinie darstellen sollte, so stünde der Eigenschaft als Berufspraktikum nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe j Halbsatz 2 der Richtlinie nicht entgegen, dass das Praktikum während der zum Diplom führenden Ausbildung abzuleisten ist. Zudem ergibt sich aus Artikel 55a Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie, dass ein Berufspraktikum mit einer Prüfung, die für den Zugang zu einem reglementierten Beruf zu bestehen ist, vereinbar ist.

Folglich hat nach dem Wortlaut von Artikel 55a Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie die Patentanwaltskammer als die für die Zulassung zur Patentanwaltschaft zuständige Behörde im Ausland richtlinienkonform abgeleitete Berufspraktika zu berücksichtigen.

Zwar erschiene eine an das Vorstehende anknüpfende Bestimmung, nach der die Patentanwaltskammer (und nicht das Deutsche Patent- und Markenamt) über die Anrechnung ausländischer Berufspraktika entscheidet, regelungstechnisch möglich; sie würde allerdings dem bisherigen, in sich aufeinander abgestimmten System der patentanwaltlichen Ausbildung in Deutschland widersprechen. Denn auch bisher schon kann nach § 7 Absatz 2 PAO eine Ausbildung im Ausland auf die Ausbildungsstation bei einem Patentanwalt oder einem Patentassessor angerechnet werden, allerdings vom Präsidenten des Deutschen Patent- und Markenamts, der auch im Übrigen nach § 10 PAO über die Zulassung zur Prüfung nach § 8 PAO entscheidet. Die Patentanwaltskammer ist mit den Patentanwalskandidaten dagegen erst dann erstmals befasst, wenn diese nach bestandener Prüfung die Zulassung zur Patentanwaltschaft beantragen. Hierbei sollte es in Anbetracht des bewährten Systems und insbesondere des besonderen Überblicks des Präsidenten des Deutschen Patent- und Markenamts über die einzelnen Ausbildungsstationen auch bleiben. Dies erscheint europarechtlich dann zulässig, wenn sichergestellt ist, dass die Entscheidung des Präsidenten des Deutschen Patent- und Markenamts den Vorgaben der Richtlinie entspricht; denn dann entspricht zwangsläufig auch die Entscheidung der Patentanwaltskammer über die Zulassung in diesem Punkt der Richtlinie.

Um diese richtlinienkonformen Entscheidungen herbeizuführen, erscheint es zum einen erforderlich, die in § 7 Absatz 2 Satz 1 PAO bisher vorgesehene Höchstdauer der Anerkennung einer Ausbildung im Ausland auf die Ausbildungsstation bei einem Patentanwalt oder einem Patentassessor von sechs Monaten auf zwölf Monate zu erhöhen. Denn die Richtlinie geht in ihrem Artikel 55a Absatz 1 Satz 1 im Grundsatz davon aus, dass zumindest

die in anderen Mitgliedstaaten abgeleiteten Berufspraktika anzuerkennen sind. Lediglich als Ausnahme davon lässt sie im folgenden Satz 2 die Begrenzung der Anerkennung auf „einen angemessenen Zeitraum“ zu. In Anbetracht der relativ langen Ausbildungszeit bei einem Patentanwalt oder einem Patentassessor von 26 Monaten nach § 7 Absatz 1 Satz 1 PAO erscheint eine Anrechnungsmöglichkeit von nur sechs Monaten heutzutage (gerade auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Globalisierung im Bereich des Patentwesens) nicht mehr angemessen. Bei der nunmehr vorgesehenen Anrechnung von bis zu zwölf Monaten Auslandsausbildung bleiben immer noch 14 Monate Ausbildungszeit, die bei in Deutschland ansässigen Patentanwälten oder Patentassessoren zu absolvieren sind; dies erscheint ausreichend, andererseits aber auch erforderlich, um mit dem deutschen Rechtssystem hinreichend vertraut zu werden.

Dabei soll es bei der bisherigen Regelung in § 7 Absatz 2 Satz 1 PAO, beim „Ausland“ nicht zwischen anderen Mitgliedstaaten und Drittstaaten zu unterscheiden, bleiben; die Richtlinie zwingt hier zu keinen Änderungen, sondern stellt lediglich Mindestbedingungen für Mitgliedsstaaten auf.

Weiter soll es auch bei dem in § 7 Absatz 2 PAO angelegten bestehenden System bleiben, nach dem jegliche Ausbildung auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes im Ausland, unabhängig bei welcher Stelle diese im Ausland absolviert wurde, (nur) auf die Ausbildung bei einem Patentanwalt oder einem Patentassessor angerechnet wird. Denn die beiden Stationen beim Deutschen Patent- und Markenamt (zwei Monate) und beim Bundespatentgericht (sechs Monate) sind relativ kurz; der für diese Stationen vorgesehene Zeitraum wird jeweils vollständig benötigt, um die Patentanwalskandidaten mit den dortigen jeweiligen Abläufen hinreichend vertraut zu machen.

Zum anderen ist es zur Umsetzung von Artikel 55a Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie erforderlich, dass die zuständigen Behörden Leitlinien zur Organisation und zur Anerkennung von im Ausland absolvierten Berufspraktika erlassen. Hierzu ist der neue § 7 Absatz 2a PAO-E vorgesehen. Als „zuständige Behörde“ muss dabei nicht zwingend die Patentanwaltskammer fungieren, denn nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d der Richtlinie steht es den Mitgliedsstaaten im Grundsatz frei, welche Behörde sie mit welchen Aufgaben betrauen. Deshalb soll hier wie bei der Entscheidung nach § 7 Absatz 2 PAO-E der Präsident des Deutschen Patent- und Markenamts als sachnähere Stelle mit dem Erlass der Leitlinien beauftragt werden. Allerdings hat dieser vor Erlass der Leitlinien die Patentanwaltskammer anzuhören. Die Leitlinien sollen sich nach § 7 Absatz 2a Satz 2 PAO-E insbesondere auf die Anforderungen an die Organisation und die Inhalte der Ausbildung sowie die auszubildende Person beziehen. Im Rahmen der Leitlinien sind z. B. auch Unterscheidungen danach denkbar, in welchen Staaten und bei welchen Stellen eine Ausbildung in welchem Umfang anrechnungsfähig ist. Um die Leitlinien insbesondere auch für den Kreis der ausländischen Patentanwalskandidaten leicht auffindbar zu machen, sieht § 7 Absatz 2a Satz 3 PAO-E vor, dass die Leitlinien auf der Internetseite des Deutschen Patent- und Markenamts zu veröffentlichen sind.

Zu den Buchstaben d und e

Die Änderungen in § 7 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 PAO-E dienen wiederum der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Zu den Nummern 4 und 5 (§§ 8 und 10 PAO-E)

Die Änderungen dienen jeweils der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Zu Nummer 6 (§ 11 PAO-E)

Der Regelungsgegenstand der gestrichenen Passage, der in Anbetracht der Neuregelung in den §§ 1 ff. EuPAG-E ohnehin hätte neu gefasst werden müssen, wird in § 2 Absatz 6 EuPAG-E verschoben, da er an jener Stelle nunmehr passender erscheint.

Zu Nummer 7 (§ 12 PAO-E)

Zu den Buchstaben a und b

Die Änderungen dienen der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Zu Buchstabe c

§ 12 Absatz 3 PAO bestimmt, dass Prüflinge, die die Patentanwaltsprüfung nach § 8 PAO ablegen möchten, hierfür eine Prüfungsgebühr zu entrichten haben. Derzeit ist die Höhe der Prüfungsgebühr unmittelbar in Satz 1 festgelegt. Dies erscheint unpraktisch, da Änderungen der Prüfungsgebühr (die insbesondere durch erhöhte Kosten

für die Durchführung der Prüfung erforderlich werden können) nur durch aufwändige Änderungen des Gesetzes selbst erfolgen können. Da alle weiteren Modalitäten der Prüfungsgebühr (Erhebung, Stundung und Erlass) nach Satz 2 ohnehin durch eine vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu erlassende Rechtsverordnung (d. h. hier die PatAnwAPO) geregelt werden, soll zukünftig auch die Höhe der Prüfungsgebühr dort bestimmt werden. Dies entspricht unter anderem auch der Regelungstechnik, wie sie § 40 Absatz 2 Nummer 8 LuRAG für die Prüfungsgebühr bei Eignungsprüfungen von Rechtsanwälten vorsieht.

Soweit Gesetze Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen durch die Bundesregierung oder Bundesminister enthalten, sollen sie angeben, ob der Erlass der Rechtsverordnung der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Da es bei der in Satz 2 vorgesehenen Ermächtigung hieran derzeit noch fehlt, soll zukünftig klargestellt werden, dass die dort vorgesehene Rechtsverordnung nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, weil keiner der sich aus Artikel 80 Absatz 2 GG ergebenden Gründe für ein Zustimmungserfordernis vorliegt. Insbesondere handelt es sich bei dem die Prüfung durchführenden Deutschen Patent- und Markenamt um eine Stelle des Bundes.

Schließlich dienen weitere Änderungen wiederum der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Zu den Nummern 8 und 9 (§§ 14 und 17 PAO-E)

Die Änderungen dienen der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache und entsprechen denjenigen in den §§ 7 und 10 BRAO-E; (Artikel 1 Nummern 3 und 4).

Zu Nummer 10 (§ 18 PAO-E)

Die Ergänzungen um das Wort „Bewerberin“ in § 18 Absatz 2 und 3 PAO-E dienen der sprachlichen Gleichbehandlung von Männern und Frauen und vollziehen die bereits erfolgten Änderungen in der Parallelnorm des § 12 BRAO in der PAO nach. Die weitere Änderung in § 18 Absatz 2 PAO-E entspricht derjenigen in § 12 Absatz 2 BRAO-E; (Artikel 1 Nummer 5); sie dient hier der Ermöglichung einer beschränkten Verweisung in § 21 Absatz 2 Satz 1 EuPAG-E.

Zu Nummer 11 (§ 26 PAO-E)

Zur Wahrung des Gleichlaufs von rechtsanwaltschaftlichem und patentanwaltlichem Berufsrecht soll der Begriff der „weiteren Kanzlei“ auch in der PAO eingeführt werden. Hierzu wird § 26 Absatz 2 PAO-E entsprechend der in Artikel 1 Nummer 6 vorgesehenen Änderung des § 27 Absatz 2 BRAO-E geändert. Sachliche Gründe für eine abweichende Regelung in der PAO bestehen nicht. Mit dem Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) wurde das Verbot der Sternsoziatät nicht nur für Rechts-, sondern auch für Patentanwälte gestrichen. Neben § 59a Absatz 1 BRAO wurde deshalb auch § 52a Absatz 1 PAO geändert. Die Gesetzmaterialeinleitung verweist hierzu auf die Begründung zur Aufhebung des Verbots der Sternsoziatät in der BRAO. Auch Patentanwälte sollte es möglich sein, ihren Beruf in mehreren Sozialen auszuüben und ihre Tätigkeit selbstverantwortlich zu organisieren (Bundestagsdrucksache 16/3655, S. 83 linke Spalte und S. 83 rechte Spalte). Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 6 verwiesen.

Die Änderung des § 26 Absatz 2 PAO-E hat Auswirkungen auf die Vorschriften der PAO, die inhaltlich auf § 26 PAO Bezug nehmen. § 21 Absatz 3 Nummer 1 PAO bezieht sich auf die Verpflichtung zur Einreichung einer Kanzlei und nimmt damit die Zulassungskanzlei nach § 26 Absatz 1 PAO in Bezug. Gleiches gilt für § 21 Absatz 3 Nummer 3 und 4 sowie § 28 Absatz 1 PAO. Die Verpflichtung der Patentanwaltskanzlei zur Unterhaltung einer Kanzlei an ihrem Sitz nach § 521 Satz 1 PAO bleibt von der Änderung des § 26 Absatz 2 PAO-E unberührt. Die Patentanwaltskanzlei kann im Gegensatz zu den für angehörenden Patentanwälten keine weiteren Kanzleien errichten und unterhalten.

Zu Nummer 12 (§ 29 PAO-E)

Die Änderungen betreffen vor allem die Inhalte des Patentanwaltsverzeichnis. Sie vollziehen dabei die Neufassungen der die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern regelnden §§ 31 und 31c Nummer 1 BRAO durch den kürzlich in Kraft getretenen Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 sowie die Ergänzungen in § 31 Absatz 3 BRAO-E durch Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b in der PAO nach. Die bis zu den vorbezeichneten Änderungen der §§ 31 und 31c BRAO bestandene weitgehend gleichlautende Formulierung von § 31 BRAO und § 29 PAO soll beibehalten werden. Ein sachlicher Grund für eine abweichende Regelung in der PAO besteht nicht. Zu

den Gründen der Änderungen wird auf die Begründungen zu Artikel 1 Nummer 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung (Bundestagsdrucksache 18/691)S. 16 ff.) sowie zu § 31 BRAO-E verwiesen. Dabei entsprechen die Absätze 1 bis 4 des § 29 PAO-E inhaltlich denjenigen des § 31 BRAO-E und bildet Absatz 5 den Gegenstand des § 31c Nummer 1 BRAO ab. Die entsprechende Verordnung wird demnächst noch zu erlassen sein, wobei auch die Aspekte der Barrierefreiheit zu berücksichtigen sein werden.

Zu Nummer 13 (§ 30 PAO-E)

In § 30 Absatz 1 PAO bezieht sich nach dem bisherigen Wortlaut – insbesondere bei einer zusammenhängenden Betrachtung der Sätze 1 und 2 – die in Satz 2 vorgesehene Möglichkeit der Abwicklung von Verfahren über einen einheitlichen Ansprechpartner auch auf Verfahren, die in einer aufgrund der PAO erlassenen Rechtsverordnung geregelt sind. Relevant ist dies in Bezug auf die auf der Grundlage des § 12 Absatz 1 PAO erlassene PatAnwAPO. Diese regelt für Patentanwandskandidaten sowohl den Vorbereitungsdienst (der bei einem Patentanwalt, dem Deutschen Patent- und Markenamt und dem Bundespatentgericht zu absolvieren ist) als auch das Prüfungsverfahren. Diese Verfahren, in denen die Patentanwandskandidaten ganz überwiegend mit dem Deutschen Patent- und Markenamt zu kommunizieren haben und die in großen Teilen die persönliche Anwesenheit der Kandidatinnen und Kandidaten voraussetzen, können nicht sinnvoll über einen einheitlichen Ansprechpartner abgewickelt werden. Anders als bei dem Zulassungsverfahren zur Patentanwaltschaft erfordert Artikel 6 der Dienstleistungsrichtlinie, auf den die Regelung des § 30 Absatz 1 Satz 2 PAO zurückgeht, für die bezeichneten Verfahren auch keine Abwicklungsmöglichkeit über einen einheitlichen Ansprechpartner, da sich die PatAnwAPO auf die Berufsausbildung bezieht, die vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie nicht erfasst wird. Zur Klarstellung, dass die Abwicklungsmöglichkeit über den einheitlichen Ansprechpartner für die PatAnwAPO nicht gilt, wird daher der Anwendungsbereich des Satzes 2 allein auf die PAO selbst beschränkt.

Zu Nummer 14 (§ 41b PAO-E)

Zu Buchstabe a

Mit der Änderung von Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 eingeführten § 41b PAO soll eine zumindest unglückliche Verweisung korrigiert werden. Ausweislich der Gesetzesbegründung sollte die Norm des § 41b PAO inhaltlich derjenigen des § 46a BRAO entsprechen (Bundestagsdrucksache 18/5201, S. 42), § 46a BRAO sieht in seinem Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 vor, dass für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft die allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen des § 4 BRAO gelten. Dem § 4 BRAO entspricht dabei in der PAO der § 5 Absatz 1 PAO. § 5 Absatz 2 und 3 sowie die §§ 6 bis 12 PAO regeln dagegen im Einzelnen, welche Voraussetzungen für die Erlangung der Befähigung für den Beruf des Patentanwalts nach § 5 Absatz 1 PAO erforderlich sind. Diese Paragraphen entsprechen somit im Vergleich mit § 4 Satz 1 Nummer 1 BRAO-E systematisch denjenigen Voraussetzungen, die für die Befähigung zum Richteramt erfüllt sein müssen (die aber in der BRAO gar nicht geregelt sind und deshalb von § 46a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 BRAO auch nicht in Bezug genommen werden). Deshalb hat sich die Verweisung in § 41b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 PAO-E ebenfalls auf § 5 Absatz 1 PAO-E zu beschränken. Diese Änderung ist auch deshalb erforderlich, weil andernfalls in Artikel 5 in § 2 Absatz 5 EuPAG-E keine sinnvolle Verweisungskette hergestellt werden könnte.

Zu Buchstabe b

Die Änderung entspricht derjenigen in § 46a Absatz 4 BRAO-E. Deshalb wird auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 11 verwiesen.

Zu Nummer 15 (§ 41d PAO-E)

Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine rein redaktionelle Anpassung. Der Zusatz „dieses Gesetzes“ ist an dieser Stelle ohne Bedeutung und deshalb (wie bei den übrigen Verweisungen in § 41d PAO) wegzulassen, weil kein anderes Gesetz in Betracht kommt, auf das sich die Angabe „§ 41d“ beziehen könnte.

Zu Buchstabe b

Die Ergänzung in § 41d Absatz 3 PAO-E; um den die Handakten des Patentanwalts betreffenden § 44 Absatz 2 und 3 PAO-E entspricht der Ergänzung des § 46c Absatz 3 BRAO-E; um § 50 Absatz 2 und 3 BRAO-E; auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 12 Buchstabe a wird daher verwiesen.

Zu den Buchstaben c und d

Die Konkretisierung der Verweisung auf § 5 Absatz 1 PAO-E in § 41d Absatz 4 Satz 2 und § 41d Absatz 5 Satz 2 PAO-E schließt an die Ausführungen zur Änderung des § 41b PAO-E (Artikel 4 Nummer 14 Buchstabe a) an und dient der Klarstellung, dass die Voraussetzungen für die Zulassung zur Patentanwaltschaft im engeren Sinne nur in § 5 Absatz 1 PAO-E definiert werden (und folglich nur dieser Absatz des § 5 PAO-E; dem § 4 BRAO-E; entspricht, der in der § 41d Absatz 4 Satz 2 PAO-E vergleichbaren Norm des § 46c Absatz 4 Satz 2 BRAO-E angeführt ist).

Die weitere Kanzelien von Syndikatsrechtsanwälten betreffende Änderung in § 41d Absatz 4 Satz 2 PAO-E; entspricht der Änderung in § 46c Absatz 4 Satz 2 BRAO-E; es wird deshalb auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 12 Buchstabe b, aa verwiesen.

Zu Nummer 16 (§ 44 PAO-E)

Die Änderungen an der die Handaktenführung des Patentanwalts regelnden Norm entsprechen denjenigen der Parallelregelung in § 50 BRAO-E, weshalb auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 13 verwiesen wird.

Zu Nummer 17 (§ 45 PAO-E)

Zu den Buchstaben a und b
Die Änderung in § 45 Absatz 5 PAO-E; und die Aufhebung des § 45 Absatz 8 PAO-E entsprechen den jeweiligen Maßnahmen in § 51 Absatz 5 und 8 BRAO; auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 14 wird daher verwiesen.

Zu Buchstabe c

Bei der Verschiebung von § 45 Absatz 9 PAO-E handelt es sich um eine Folgeänderung zur Aufhebung des dortigen bisherigen Absatzes 8. Bei der Änderung in Satz 1 des neuen Absatzes 8 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 5 Absatz 1 Satz 1 PAO-E; wonach die Zulassung europäischer Patentanwälte nunmehr aufgrund einer Bescheinigung nach § 2 Absatz 5 EuPAG-E; und nicht mehr einer bestandenen Eignungsprüfung nach dem PAZleignPG erfolgt.

Zu Nummer 18 (§ 45a PAO-E)

Die Aufhebung des § 45a Absatz 3 PAO-E erfolgt aus denselben Gründen wie diejenige des § 51 Absatz 8 BRAO. Es wird daher auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 14 verwiesen.

Zu Nummer 19 (§ 46 PAO-E)

Die Änderung in § 46 Absatz 4 Satz 2 PAO-E dient der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Die Änderung in § 46 Absatz 6 PAO-E; entspricht denjenigen in § 53 Absatz 6 BRAO-E; auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 16 wird verwiesen.

Zu Nummer 20 (§ 48 PAO-E)

Die ebenfalls die weiteren Kanzelien betreffenden Änderungen entsprechen denjenigen in § 55 BRAO-E; auf die dortige Begründung wird verwiesen (Artikel 1 Nummer 17).

Zu Nummer 21 (§ 50 PAO-E)

Die die Anfechtung und die Vollstreckung des Zwangsgelds betreffenden Änderungen des § 50 Absatz 3 und 4 PAO-E entsprechen denjenigen zu § 57 Absatz 3 und 4 BRAO-E; auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 18 wird verwiesen.

Zu Nummer 22 (§ 51 PAO-E)

Die Änderung in § 51 Absatz 3 PAO-E entspricht denjenigen in § 58 Absatz 3 BRAO-E; auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 19 wird verwiesen.

Zu Nummer 23 (§ 52 PAO-E)

Die Neufassung des § 52 PAO-E dient der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Zu Nummer 24 (§ 52a PAO-E)

Die Streichung der „Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ erfolgt, da diese Angabe in Anbetracht der nachfolgenden allgemeinen Angabe der „anderen Staaten“ überflüssig ist; der Wortlaut wird damit zudem denjenigen der Parallelnorm des § 59a Absatz 2 Nummer 1 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 20) angeglichen.

Im Übrigen handelt es sich um eine redaktionelle Änderung, die der Tatsache geschuldet ist, dass der bisherige § 154a PAO-E nunmehr als dritter § 20 in das künftige EuPAG-E aufgenommen wird.

Zu Nummer 25 (§ 52b PAO-E)**Zu Buchstabe a**

Wie auch in der BRAO (vgl. dort die Begründung zu § 63 BRAO-E; in Artikel 1 Nummer 25) soll auch in der PAO der nicht mehr gebräuchliche Begriff der „Versammlung der Kammer“ durch den Begriff „Kammerversammlung“ ersetzt werden und sollen unterschiedliche Bezeichnungen der Kammerversammlung vereinheitlicht werden.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe aa

Die redaktionellen Änderungen im einleitenden Satzteil und im Buchstaben f des § 52b Absatz 2 Nummer 1 PAO-E; entsprechen denjenigen im einleitenden Satzteil und im Buchstaben f des § 59b Absatz 2 Nummer 1 BRAO-E; auf die dortigen Begründungen wird verwiesen (Artikel 1 Nummer 21 Buchstabe a Doppelbuchstaben aa und bb).

Die die Kanzelien betreffende Änderung in § 52b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g PAO-E entspricht denjenigen zu § 59b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe g BRAO-E; auf die dortige Begründung wird verwiesen (Artikel 1 Nummer 21 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc, dort unter a).

Die Ergänzung des § 52b Absatz 2 Nummer 1 PAO-E um den neuen Buchstaben h ermächtigt die Patentanwaltskammer, zukünftig auch die Fortbildungspflicht der Patentanwälte durch Satzung zu regeln und entspricht damit der gleichlautenden Ergänzung in § 59b Absatz 2 Nummer 1 BRAO-E; auf die dortige Begründung wird verwiesen (Artikel 1 Nummer 21 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc, dort unter b).

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe bb

Die redaktionelle Änderung entspricht denjenigen in § 59b Absatz 2 Nummer 6 BRAO-E; auf die dortige Begründung wird verwiesen (Artikel 1 Nummer 21 Buchstabe c).

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe cc

Die die Zustellung von Anwalt zu Anwalt betreffende Ergänzung in § 52b Absatz 2 Nummer 7 PAO-E entspricht denjenigen in § 59b Absatz 2 Nummer 8 BRAO-E; so dass auf die dortige Begründung verwiesen wird (Artikel 1 Nummer 21 Buchstabe d).

Zu Nummer 26 (§ 52j PAO-E)

Die Aufhebung des § 52j Absatz 3 PAO-E erfolgt aus denselben Gründen wie diejenige des § 51 Absatz 8 BRAO. Es wird daher auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer ... verwiesen. Die Verschiebung des § 52j Absatz 4 PAO-E ist eine Folge der Aufhebung des dortigen bisherigen Absatzes 3.

Zu Nummer 27 (§ 52m PAO-E)

Die Patentanwaltsgesellschaften betreffende Verweisungskette des § 52m Absatz 2 PAO-E; soll um § 52b PAO-E ergänzt werden. Dies entspricht der Ergänzung des § 59m BRAO-E um § 59b BRAO; zur Begründung wird daher auf die dortigen Ausführungen verwiesen (Artikel 1 Nummer 23).

Zu Nummer 28 (§ 53 PAO-E)

§ 53 PAO-E soll nach dem Vorbild der ebenfalls neu gefassten Parallelvorschrift des § 60 BRAO-E neu gefasst werden. Zur Ausgestaltung und den Gründen hierfür kann weitestgehend auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 24 verwiesen werden.

§ 53 Absatz 1 PAO-E enthält neben der bisher in § 53 Absatz 1 Satz 1 PAO enthaltenen grundsätzlichen Bestimmung, dass eine Patentanwaltskammer gebildet wird, den Inhalt des derzeitigen § 53 Absatz 2 Satz 2 PAO. § 53 Absatz 2 Satz 1 PAO soll dagegen nach dem Vorbild des § 62 BRAO in § 57 PAO-E verschoben werden.

§ 53 Absatz 2 PAO-E regelt wie § 60 Absatz 2 BRAO-E die Begründung der Mitgliedschaft in der Patentanwaltskammer. Bei den in die Patentanwaltskammer aufgenommenen Mitgliedern handelt es sich um die bisher in § 154 PAO und zukünftig in § 20 EinPAO-E geregelten niedergelassenen europäischen Patentanwälte. In Bezug auf diese wird zukünftig vermieden, dass sie wie derzeit in § 53 Absatz 1 PAO unterschiedlich (in Satz 1 als „Patentanwälte“ und in Satz 2 als „Berufungsbehörige“) bezeichnet werden.

§ 53 Absatz 3 PAO-E regelt erstmalig die Voraussetzungen für das Erlöschen der Mitgliedschaft in der Patentanwaltskammer. Die Norm folgt vollumfänglich dem Vorbild des § 60 Absatz 3 BRAO-E.

Zu den Nummern 29, 34, 39 und 41 bis 43 (§§ 55, 69, 75 und 78 bis 80 PAO-E)

Die Änderungen in den §§ 55, 69, 75 und 78 bis 80 PAO-E dienen wie diejenige in § 52b Absatz 1 PAO-E der Angleichung beim Begriff der Kammerversammlung.

Zu Nummer 30 (§ 57 PAO-E)

Im Anschluss an die Neufassung des § 53 PAO-E wird der bisherige § 53 Absatz 2 Satz 1 PAO als neuer Absatz 1 in § 57 PAO-E übernommen. Der bisherige Text wird zum neuen § 57 Absatz 2 PAO-E. Die Vorschrift entspricht damit vollumfänglich dem Vorbild des § 62 BRAO, dessen Überschrift ebenfalls übernommen wird.

Zu Nummer 31 (§ 58 PAO-E)

Anders als nach § 88 Absatz 2 BRAO, nach dem die Mitglieder der Versammlung der Rechtsanwaltskammer ihr Wahlrecht derzeit nur persönlich ausüben können, bestimmt § 81 Absatz 2 Satz 2 PAO schon jetzt, dass durch die Satzung der Patentanwaltskammer bestimmt werden kann, dass die Mitglieder der Versammlung der Patentanwaltskammer ihr Wahlrecht auch durch einen Bevollmächtigten oder schriftlich ausüben können. Die Patentanwaltskammer hat von der danach möglichen Einführung einer Briefwahl auch Gebrauch gemacht (§§ 24 und 25 der Satzung der Patentanwaltskammer). Im Interesse einer einheitlichen gesetzlichen Regelung für Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Patentanwältinnen und Patentanwälte soll künftig durch § 58 Absatz 2 PAO-E die Briefwahl für die Wahl des Vorstands der Patentanwaltskammer allerdings auch gesetzlich vorgeschrieben und zugleich, wie nach § 64 Absatz 1 BRAO-E, die Möglichkeit der elektronischen Wahl eröffnet werden. Auf die Begründung zu § 64 Absatz 1 BRAO-E wird verwiesen (Artikel 1 Nummer 26).

Zu Nummer 32 (§ 60 PAO-E)

Die Ergänzung entspricht derjenigen in § 66 Nummer 3 BRAO-E; auf die dortige Begründung wird verwiesen (Artikel 1 Nummer 27).

Zu Nummer 33 (§ 63 PAO-E)

Die ebenfalls die Vorstandswahlen der Patentanwaltskammer betreffende Änderung entspricht der Änderung in § 69 Absatz 3 BRAO-E. Auf die Begründung zu § 69 Absatz 3 BRAO-E wird verwiesen (Artikel 1 Nummer 28).

Zu Nummer 34 (§ 69 PAO-E)

Die Änderungen dienen der Herbeiführung einer geschlichtergerechten Sprache.

Zu Nummer 35 (§ 70 PAO-E)**Zu Buchstabe a**

Wie bei den Rechtsanwältinnen soll auch für die Patentanwältinnen im Fall berufsunberechtigter Verstöße als neues Sanktionsmittel vorgesehen werden, dass der Vorstand der Patentanwaltskammer eine Rüge mit einer Geldbuße bis zu 2 000 Euro verbinden kann. Anlass ist ebenfalls die hier zukünftig durch § 52b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe h

PAO-E bestehende Ermächtigung der Patentanwaltskammer, Fortbildungspflichten konkret zu bestimmen, wobei jedoch auch hier die Sanktionsmöglichkeit nicht auf Verstöße gegen Fortbildungspflichten beschränkt sein soll. Die vorgeschlagene Regelung in § 70 Absatz 1 Satz 2 PAO-E entspricht derjenigen in § 74 Absatz 1 Satz 2 BRAO-E. Auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 30 Buchstabe a wird verwiesen.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung des § 53 PAO-E.

Zu Buchstabe c

Die Ergänzung des § 70 PAO-E um einen neuen Absatz 7 entspricht der Ergänzung des § 74 BRAO-E um den dortigen Absatz 7; auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 30 Buchstabe c wird verwiesen.

Zu Nummer 36 (§ 70a PAO-E)**Zu Buchstabe a**

Die Änderungen in § 70a Absatz 2 PAO-E entsprechen denjenigen in § 74a Absatz 2 BRAO-E. Es wird daher auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 31 Buchstabe a verwiesen.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung des § 53 PAO-E.

Zu Nummer 37 (§ 71 PAO-E)

Die Änderungen dienen der Herbeiführung einer geschlichtergerechten Sprache und entsprechen denjenigen in § 76 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 32).

Zu Nummer 38 (§ 73 PAO-E)

Während die Änderungen in § 73 Absatz 2 und 3 PAO-E wiederum zur Vereinheitlichung der Begrifflichkeiten erfolgen, handelt es sich bei der Änderung in § 73 Absatz 4 PAO-E um eine Folgeänderung zur Änderung des § 82 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 PAO-E.

Zu Nummer 40 (§ 77 PAO-E)

Die die Beirichtung von rückständigen Beiträgen, Umlagen, Gebühren und Auslagen betreffenden Änderungen in § 77 Absatz 3 PAO-E entsprechen denjenigen in der Parallelform des § 84 Absatz 3 BRAO-E. Es wird deshalb auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 35 verwiesen.

Zu Nummer 44 (§ 81 PAO-E)

Die Änderungen in § 81 Absatz 1, 3 und 5 PAO-E erfolgen erneut zur Vereinheitlichung der Begriffe.

Nach § 81 Absatz 2 Satz 2 PAO kann die Satzung der Patentanwaltskammer Bestimmungen dazu enthalten, dass die Mitglieder der Kammer ihr Wahlrecht in der Versammlung der Kammer durch einen Bevollmächtigten oder schriftlich ausüben können. Mit der vorgeschlagenen verbindlichen Einführung der Briefwahl bzw. elektronischen Wahl für die Wahl zum Vorstand der Patentanwaltskammer (§ 58 Absatz 2 PAO-E) wird die Regelung obsolet, soweit sie die schriftliche Wahlausübung betrifft. Für eine Wahl durch einen Bevollmächtigten besteht bei den in der Zuständigkeit der Versammlung der Kammer verbleibenden sonstigen Wahlen (vgl. § 82 Absatz 2 Nummer 2 PAO-E) kein Bedarf. § 81 Absatz 2 Satz 2 PAO soll daher insgesamt gestrichen werden.

Zu Nummer 45 (§ 82 PAO-E)

Die Änderungen in Absatz 1 und im einleitenden Teil des Absatzes 2 des § 82 PAO-E erfolgen wiederum zur Vereinheitlichung der Begriffe.

Die Änderungen in § 82 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 3 PAO-E entsprechen im Grundsatz denjenigen in § 89 Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 3 BRAO-E, so dass insoweit auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 40 verwiesen wird. Im Vergleich der derzeitigen Fassungen des § 89 Absatz 3 BRAO einerseits und des § 82 Absatz 3 PAO andererseits besteht allerdings ein Unterschied darin, dass in § 82 Absatz 3 PAO-E ausdrücklich nur eine „Geschäftsordnung der Versammlung der Kammer“ und nicht eine solche der (gesamten) Kammer genannt wird.

wobei diese Begrifflichkeit dann auch in § 73 Absatz 4 PAO-E verwendet wird. Allerdings zeigt die dortige Thematik (Aufgabentransfer auf den Präsidenten), dass sich die Geschäftsordnung offenbar nicht nur auf solche Punkte beziehen soll, die die Kammerversammlung betreffen, sondern auch darüber hinaus gehende. Da dies auch inhaltlich sachgerecht erscheint, muss sich § 82 Absatz 2 Nummer 2 PAO-E zukünftig auf die Geschäftsordnung der Kammer beziehen.

Die Änderung in § 82 Absatz 2 Nummer 3 PAO-E dient der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Zu Nummer 46 (§ 87 PAO-E)

Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung zur Beseitigung des missverständlichen Umstands, dass in § 87 Absatz 1 Satz 1 PAO in Bezug auf die Mitglieder der Kammer für Patentanwaltsstellen das zugehörige (Land-) Gericht nicht genannt wird, für die Mitglieder des Senats für Patentanwaltsstellen jedoch das zugehörige Oberlandesgericht angeführt wird, was zu dem Fehlverständnis führen könnte, dass sowohl Kammer als auch Senat beim Oberlandesgericht bestehen. Der neue Wortlaut entspricht denjenigen in § 89 Absatz 1 Satz 1 PAO.

Zu Buchstabe b

§ 87 Absatz 2 PAO enthält derzeit eine Ermächtigungsgrundlage zugunsten der Landesjustizverwaltung, die durch das Erste Gesetz zur Änderung der Patentanwaltsordnung vom 26. August 1998 (BGBl. I S. 2582) in Anwendung an § 224 BRAO eingefügt wurde, der seinerzeit ebenfalls eine Ermächtigungsgrundlage zugunsten der Landesjustizverwaltung enthielt. Durch das Gesetz zur Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen und notariellen Berufsrecht, zur Errichtung einer Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft sowie zur Änderung sonstiger Vorschriften vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) wurde § 224 BRAO aufgehoben und durch den grundsätzlich regelungsidentischen § 33 Absatz 2 BRAO ersetzt, der jedoch bewusst nicht mehr die Landesjustizverwaltungen ermächtigt, sondern die Landesregierungen (vgl. dazu die amtliche Begründung in Bundesratsdrucksache 16/11385, S. 36). Diese Regelungstechnik, die im Übrigen auch denjenigen in § 41 Absatz 1 EuRAG, § 19 Absatz 2 RDG und § 112 BNatO entspricht, soll zur Vereinheitlichung nunmehr auch in § 87 PAO-E noch nachvollzogen werden.

Zu Nummer 47 (§ 94e PAO-E)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 58 Absatz 2 PAO-E, nach der es sich bei den Wahlen zum Vorstand der Patentanwaltskammer zukünftig nicht mehr um solche der Versammlung der Kammer und damit um solche eines Organs der Patentanwaltskammer im Sinne des § 94e Absatz 1 PAO handelt. Da die Anfechtbarkeit dieser Wahlen aber wie bisher erhalten bleiben soll, werden diese nunmehr in § 94 Absatz 1 PAO-E ausdrücklich als möglicher Klagegegenstand genannt.

Zu Nummer 48 (§ 94g PAO-E)

Der den Vorwarnmechanismus betreffende neu eingefügte § 94g PAO-E entspricht inhaltlich dem neuen § 112h BRAO-E, auf dessen Begründung deshalb verwiesen wird (Artikel 1 Nummer 44).

Zu Nummer 49 (§ 97a PAO-E)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zur Neufassung des § 53 PAO-E.

Zu Nummer 50 (§ 103 PAO-E)

Die in § 103 Absatz 1 Satz 2 PAO-E vorgesehene Regelung zum Verhältnis der mit einer Geldbuße verbundenen Rüge zum berufsgerichtlichen Verfahren entspricht denjenigen in § 115a Absatz 1 Satz 2 BRAO-E. Auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 45 wird verwiesen.

Zu Nummer 51 (§ 144a PAO-E)

Die die Tilgung von Eintragungen über Patentanwälte betreffenden Änderungen entsprechen denjenigen für die Rechtsanwälte in § 205a BRAO-E; auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 60 wird verwiesen.

Zu Nummer 52 (Neuer Teil PAO)

Die bisherigen §§ 154a und 154b PAO, die die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland regeln, die sich in Deutschland niederlassen wollen, um im Bereich des ausländischen und internationalen gewerblichen Rechtsschutzes zu beraten, sollen aufgrund des Sachzusammenhangs mit den übrigen für europäische Patentanwälte geltenden und im künftigen EuPAG-E geregelten Vorschriften (als dortige §§ 20 und 21) in das EuPAG-E überführt werden, so dass der bisherige (nur diese beiden Normen umfassende) Neunteil der PAO vollständig entfallen kann.

Zu Nummer 53 (Neuer Teil PAO-E)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zum vorsehorden Artikel 4 Nummer 52.

Zu Nummer 54 (§ 155 PAO-E)

Zu Buchstabe a

Die Streichung in § 155 Absatz 1 PAO-E entspricht von Inhalt und Grund denjenigen in § 7 Absatz 1 Satz 1 PAO-E; es wird daher auf die Begründung zu Artikel 4 Nummer 3 Buchstabe a verwiesen.

Zu Buchstabe b

Mit dem am 1. Oktober 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Vereinfachung und Modernisierung des Patentrechts vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2521) wurde in § 25 Absatz 2 PatG, in § 28 Absatz 2 GebMG, in § 96 Absatz 2 MarkenG sowie in § 58 Absatz 2 DesignG jeweils der dortige Satz 2 aufgehoben. Danach sehen diese Normen keine Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten mehr vor. In der Folge kann auch in § 155 Absatz 2 PAO-E die Möglichkeit der Benennung eines Patentassessors als Zustellungsbevollmächtigten entfallen.

Zu Buchstabe c

Mit der Änderung in § 155 Absatz 3 PAO-E soll möglichen Unklarheiten vorgebeugt werden, die sich im Rahmen der Auslegung dieses durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015 geänderten Absatzes ergeben könnten. Denn zum einen wurde durch das bezeichnete Gesetz in § 41a Absatz 5 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 Nummer 1 PAO bestimmt, dass Syndikusanwälte zwar grundsätzlich nur in Rechtsangelegenheiten ihres Arbeitgebers beraten und vertreten dürfen, zu diesen jedoch auch Rechtsangelegenheiten innerhalb verbundener Unternehmen im Sinne des § 15 AktG gehören. Zu Letzteren zählen nach § 15 AktG unter anderem solche Unternehmen, die Konzernunternehmen nach § 18 AktG oder Vertriebsstelle eines Unternehmens nach den §§ 291 und 292 AktG sind. Zum anderen erlaubt § 155 Absatz 1 Nummer 1 PAO auch Patentassessoren, Unternehmen zu beraten, die im Verhältnis zu seinem Arbeitgeber Konzernunternehmen nach § 18 AktG oder Vertriebsstelle eines Unternehmens nach den §§ 291 und 292 AktG sind. Wenn nun aber wie derzeit vorgesehen durch § 155 Absatz 3 PAO bestimmt wird, dass (unter anderem) § 155 Absatz 1 Nummer 1 PAO für Syndikusanwälte nicht gilt, so könnte daraus geschlossen werden, dass die Beratungs- und Vertretungsbefugnisse nach § 155 Absatz 1 Nummer 1 PAO für Syndikusanwälte nicht gelten sollen. Dies widerspricht jedoch der eindeutigen und vom Gesetzgeber gewollten Befugnis aus § 41a Absatz 5 Satz 2 Nummer 1 PAO. Deshalb ist die Regelung in § 155 Absatz 3 PAO auf die Fälle des § 155 Absatz 1 Nummer 2 und Absatz 2 PAO zu beschränken.

Zu Nummer 55 (§ 156 PAO-E)

Die Streichung in § 156 PAO-E entspricht wiederum denjenigen in § 7 Absatz 1 Satz 1 PAO-E; somit wird auch hier auf die Begründung zu Artikel 4 Nummer 3 Buchstabe a verwiesen.

Zu Nummer 56 (Zehnter Teil PAO-E)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu Artikel 4 Nummer 56.

Zu Nummer 57 (§§ 158 und 159 PAO-E)

Die Änderungen dienen der Herbeiführung einer geschlechtergerechten Sprache.

Zu Nummer 58 (§ 161 PAO)

Die Aufhebung der Übergangsregelung des § 161 PAO erfolgt aus denselben Gründen wie diejenige des § 215 Absatz 1 bis 3 BRAO, weshalb auf die dortigen Ausführungen verwiesen wird (Artikel 1 Nummer 64).

Zu Nummer 59 (Inhaltsübersicht)

Der PAO wurde bei ihrer Verkündung am 7. September 1966 (BGBl. I S. 557) keine Inhaltsübersicht vorangestellt, so dass sie bis heute über keine solche verfügt. Um die Übersicht über sie zu erleichtern und zur Wahrung des Gleichklangs mit der BRAO, zu der mit Artikel 1 Nummer 65 ebenfalls eine amtliche Inhaltsübersicht eingeführt wird, soll ihr nunmehr eine amtliche Inhaltsübersicht vorangestellt werden. Die bisher bestehenden (amtlichen) Gliederungen und Überschriften sollen dabei weitestgehend erhalten bleiben; hier sollen nur punktuelle Anpassungen erfolgen.

Bei den Gliederungen werden die bisher im ersten Abschnitt des Zweiten Teils, des Zweiten Abschnitts des Vierten Teils und des Zweiten Abschnitts des Siebten Teils der PAO enthaltenen rechtsförmlich unzulässigen Untergliederungen „1.“, „2.“ und „3.“ durch entsprechende Unterabschnitte ersetzt. Entfallen soll der Dritte Abschnitt des Vierten Teils der PAO, dem schon derzeit keine Paragraphen mehr zugeordnet sind.

Bei den Änderungen der Überschriften entsprechen die Änderung zu § 34 PAO-E denjenigen zu § 36 BRAO-E, die Änderung zu § 39a PAO-E denjenigen zu § 43a BRAO-E, die Änderung zu § 41 PAO-E denjenigen zu § 45 BRAO-E, die Änderung zu § 46 PAO-E denjenigen zu § 53 BRAO-E, die Änderung zu § 69b PAO-E denjenigen zu § 73b BRAO-E, die Änderung zum Dritten Abschnitt des Achten Teils der PAO denjenigen zum Dritten Abschnitt des Zehnten Teils der BRAO sowie die Änderung zu § 150a PAO-E denjenigen zu § 197a BRAO-E; insoweit wird jeweils auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 65 verwiesen.

In den Überschriften zu den §§ 55 und 56 PAO-E erscheint zum Gleichklang mit den Überschriften der §§ 53, 54 und 57 PAO-E jeweils die Hinzufügung der Wörter „der Patentanwaltskammer“; angemessen. In den Überschriften zum Zweiten Unterabschnitt des Zweiten Abschnitts des Vierten Teils der PAO sowie den §§ 78, 81, 82 und 82a PAO-E ist im Anschluss an die Ausführungen zur Änderung des § 52b Absatz 1 PAO-E jeweils der Begriff der „Versammlung der Kammer“ durch denjenigen der „Kammerversammlung“ zu ersetzen. Zudem ist die Überschrift zu § 82a PAO-E dahingehend zu präzisieren, dass sich die Prüfung der Aufsichtsbehörde, wie sich aus dem Text der Norm ergibt, nur auf die Satzung der Patentanwaltskammer und nicht deren auf sämtliche Beschlüsse bezieht.

In der Überschrift zu § 85 PAO-E sollen zu Herstellung des Gleichklangs mit den Überschriften zu den §§ 86 und 90 PAO die Wörter „bei dem Landgericht“ ergänzt werden. Im Übrigen werden bei einigen Überschriften minimale redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Zu Artikel 5 (Gesetz über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland)

An die Stelle des bisherigen PAZEignPrG soll zukünftig das EupAGO-E treten, wobei in Anbetracht der grundlegenden Neuordnung des Gesetzes keine Änderung des PAZEignPrG erfolgen, sondern das EupAGO-E neu erlassen werden soll.

Zur Überschrift des EupAGO-E

Die geänderte Bezeichnung des Gesetzes macht deutlich, dass das Gesetz für die Patentanwälte aus anderen Möglichkeiten zukünftig nicht nur die für die Zulassung zur deutschen Patentanwaltschaft erforderliche Ablegung einer Eignungsprüfung regelt, sondern allgemein die Voraussetzungen einer Zulassung bestimmt, zudem auch die Modalitäten einer nur vorübergehenden Tätigkeit festlegt und schließlich noch die Bedingungen einer Beratung im internationalen Recht regelt. In Anlehnung an das „Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland“, das die meisten dieser Bereiche für die Rechtsanwaltschaft regelt, wird das Gesetz daher in „Gesetz über die Tätigkeit europäischer Patentanwälte in Deutschland“ umbenannt.

Zur Inhaltsübersicht

Zu dem neuen, in vier Teile untergliederten EupAGO-E, dessen jetzt im Wesentlichen dem des EupRAG entsprechender Regelungsgegenstand gegenüber dem bisherigen PAZEignPrG erheblich erweitert wurde, soll ebenso wie auch beim EupRAG eine Inhaltsübersicht eingeführt werden.

Zur Überschrift von Teil 1 des Gesetzes

Da das Gesetz zukünftig verschiedene Bereiche (insbesondere die Niederlassungs- und die Dienstleistungsfreiheit) regelt, wird es in mehrere Teile unterteilt. In dem die Niederlassungsfreiheit betreffenden Teil 1 werden die Voraussetzungen für die Zulassung zur Patentanwaltschaft bestimmt, so dass dieser Teil die entsprechende Überschrift erhält.

Zu § 1 EupAGO-E

§ 1 EupAGO-E wird im Vergleich zum § 1 PAZEignPrG vollständig neu gefasst, da sich die vor allem in den Artikeln 13 und 14 der Richtlinie enthaltenen Voraussetzungen für die Ablegung einer Eignungsprüfung im Vergleich zu denjenigen aus den bisher hauptsächlich maßgeblichen Artikeln 3 und 4 der Richtlinie 89/48/EWG grundlegend geändert haben.

Die Anwendbarkeit des Artikels 13 der Richtlinie setzt voraus, dass der Beruf des Patentanwalts im Aufnahmestaat reglementiert ist (vgl. dazu im Einzelnen die Definition in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie). Dies ist in Deutschland der Fall, da die hier für die Ausübung des Patentanwaltsberufs erforderliche Zulassung zur Patentanwaltschaft nach den §§ 5 ff. PAO an den Besitz verschiedener Berufsqualifikationen gebunden ist.

Im Einzelnen gelten daher die Ausführungen zur Änderung des § 16 EupRAG-E (Artikel 2 Nummer 10) entsprechend. Das heißt, dass nach Artikel 14 Absatz 1 bis 3 der Richtlinie auch zukünftig von europäischen Patentanwälten vor der Zulassung in Deutschland grundsätzlich die Ablegung einer Eignungsprüfung verlangt werden darf und soll, weil sich deren im ausländischen Recht erfolgte Ausbildung von derjenigen im deutschen Recht stark unterscheidet.

Allerdings muss – wie die Absätze 5 bis 7 des Artikels 14 der Richtlinie zeigen – auch bei den Patentanwälten vor der Auslegung einer Eignungsprüfung demnächst ausdrücklich im Einzelfall geprüft werden, ob diese gegebenenfalls erfüllen kann, weil der europäische Patentanwalt Ausbildungsdefizite insbesondere durch Weiterbildungsmaßnahmen oder Berufspraxis vollständig ausgeglichen hat. Die §§ 1 und 2 EupAGO-E können daher nicht wie bisher § 1 PAZEignPrG die Ablegung der Eignungsprüfung zwingend voraussetzen, sondern müssen bestimmen, in welchen Fällen sie anzulegen ist. Dies soll ähnlich wie bei den europäischen Rechtsanwälten nach den §§ 16 und 16a EupRAG-E im Rahmen der Prüfung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation mit den Voraussetzungen, die für die Ausübung des Berufs des Patentanwalts in Deutschland erforderlich sind, erfolgen.

Im Anschluss an die vorstehenden Ausführungen regelt § 1 EupAGO-E nunmehr nicht mehr die Voraussetzungen für die Ablegung einer Eignungsprüfung, sondern für das Stellen eines Antrags auf Feststellung der Gleichwertigkeit der ausländischen Berufsqualifikation. Dies wird auch in der Überschrift wiedergegeben.

Zu Absatz 1

Satz 1 entspricht von seiner Konstruktion her dem für die europäischen Rechtsanwältinnen geltenden § 16 Absatz 1 Satz 1 EupRAG-E. Er erhält damit im Vergleich zum bisherigen Absatz 1 des § 1 PAZEignPrG einen völlig neuen Regelungsgehalt. Er bestimmt nunmehr, welche materiellen Voraussetzungen ein europäischer Patentanwalt erfüllen muss, um (mit dem Ziel der Zulassung zur deutschen Patentanwaltschaft) die Feststellung der Gleichwertigkeit seiner Berufsqualifikation mit denjenigen Berufsqualifikationen zu beantragen, die für die Ausübung des Berufs des Patentanwalts in Deutschland erforderlich sind. Grundsätzlich müssen Personen, die in Deutschland als Patentanwalt zugelassen werden wollen, die Voraussetzungen nach § 5 Absatz 2 PAO erfüllen. Von diesen sind im Kontext der Richtlinie nach dessen Artikel 14 Absatz 4 allerdings nur diejenigen Fälle relevant, die eine wesentliche Voraussetzung für die Tätigkeit als Patentanwalt in Deutschland darstellen. Da der europäische Patentanwalt somit nicht alle Voraussetzungen des § 5 Absatz 2 PAO erfüllen muss, wird in Satz 1 (wie auch in § 16 Absatz 1 Satz 1 EupRAG-E) allgemein auf die für die Berufsausübung in Deutschland erforderlichen Kenntnisse abgestellt.

Der antragsberechtigte Personenkreis wird zukünftig durch Absatz 2 näher bestimmt. Dafür entfällt die bisher zur Festlegung des Personenkreises benutzte Anlage zu § 1 PAZEignPrG. Dies hat den Hintergrund, dass die Liste, die derzeit zwanzig Mitgliedsstaaten mit den jeweiligen Bezeichnungen der dortigen Patentanwaltsvereine enthält, nur solche Mitgliedsstaaten aufführt, in denen der Patentanwaltsberuf wie in Deutschland auch reglementiert ist. Das Artikel 13 der Richtlinie zugrunde liegende Konzept geht jedoch davon aus, dass auch Patentanwälte aus

Mitgliedsstaaten, in denen der Beruf des Patentanwalts nicht reglementiert ist, unter bestimmten Voraussetzungen in Deutschland die Zulassung zur Patentanwaltschaft beantragen können. Da es – anders als bei den Rechtsanwälten, bei denen der Beruf in jedem anderen Mitgliedsstaat auch reglementiert ist und bei denen deshalb weiter mit der Staatenliste aus der Anlage zu § 1 EuRAG gearbeitet werden kann – auch Mitgliedsstaaten gibt, in denen der Beruf des Patentanwalts nicht reglementiert ist, ist die Anlage zu § 1 PAZEignPG nicht mehr hilfreich. Die Voraussetzungen werden deshalb nunmehr in Absatz 2 allgemein definiert. Das hat auch den Vorteil, dass keine Anpassung mehr erforderlich ist, falls der Patentanwaltsberuf zukünftig in anderen Mitgliedsstaaten reglementiert wird oder neue Mitgliedsstaaten hinzukommen. Ein bestimmtes Staatsangehörigkeitskriterium enthält § 1 EuRAG-E (wie bisher schon § 1 PAZEignPG oder die ähnlich gelagerten §§ 16 EuRAG-E und 20 EuRAG-E) nicht.

Der Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation ist nach Satz 2 – wie schon bisher der Antrag auf Ablegung einer Eignungsprüfung – beim Deutschen Patent- und Markenamt zu stellen. Dies entspricht dem Sinn nach der Regelung in der Parallelvorschrift des § 16 Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E, nach der Rechtsanwälte ihren Antrag bei den Landesjustizprüfungsämtern als den dort für die Eignungsprüfung zuständigen Stellen zu stellen haben. Zur näheren Begründung dieser Zuständigkeitszuweisung kann daher auf die Begründung zu § 16 Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E verwiesen werden.

Zu Absatz 2

Bei den formellen Voraussetzungen, die ein europäischer Patentanwalt erfüllen muss, um einen Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation stellen zu können, ist in Umsetzung von Artikel 13 der Richtlinie vor allem danach zu unterscheiden, ob der Beruf des europäischen Patentanwalts in dessen Herkunftsstaat reglementiert ist oder nicht. Daran angelehnt werden in den Nummern 1 bis 4 des Absatzes 2 vier verschiedene Konstellationen aufgeführt, in denen jeweils eine Berechtigung zur Antragstellung besteht.

Nummer 1 erfasst dabei den in Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie geregelten Fall, dass der Beruf des europäischen Patentanwalts in einem anderen Mitgliedsstaat reglementiert ist und der europäische Patentanwalt den Ausbildungs- oder Befähigungsnachweis besitzt, der in dem betreffenden Mitgliedsstaat erforderlich ist, um dort den Beruf des Patentanwalts ausüben zu können. Dies dürfte in der Praxis den Regelfall darstellen und hiervon dürften insbesondere alle diejenigen Herkunftsstaaten erfasst sein, die bisher in der Anlage 1 zu § 1 PAZEignPG aufgeführt sind.

Nummer 1 erfasst nur im Ausland erworbene Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise. Soweit der Fall denkbar erscheint, dass ein anderer Mitgliedsstaat einen in Deutschland erworbenen Ausbildungs- oder Befähigungsnachweis (der hier als solcher nicht zur Zulassung zur Patentanwaltschaft berechtigt) in Anwendung der Vorschriften des Teils III der Richtlinie als für die Zulassung zur dortigen Patentanwaltschaft ausreichend anerkannt hat, folgt in diesem Fall aus Erwägungsgrund 12 der Richtlinie, dass allein aus der Tatsache der Anerkennung der deutschen Qualifikation in dem anderen Mitgliedsstaat kein Recht hergeleitet werden kann, in Deutschland unter Berufung auf diese Anerkennung über das Verfahren nach den §§ 1 ff. EuRAG-E eine Zulassung zur deutschen Patentanwaltschaft zu erlangen. Anderes gilt nach Satz 2 des Erwägungsgrunds 12 nur dann, wenn die Person nachweisen kann, in dem anderen Mitgliedsstaat zusätzliche Berufsqualifikationen erworben zu haben. Nummer 1 ist daher so zu lesen, dass ihre Voraussetzungen auch dann erfüllt sind, wenn die im anderen Mitgliedsstaat erworbene Qualifikation nur zusammen mit einer in Deutschland erworbenen Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise zur Zulassung berechtigt hat. Es muss aber stets auch eine im anderen Mitgliedsstaat erworbene Qualifikation vorliegen. Eine Anerkennung einer in einem anderen Mitgliedsstaat erfolgten Zulassung, die allein auf einem deutschen Ausbildungs- oder Befähigungsnachweis beruht, kommt dagegen nicht in Betracht.

Nummer 2 setzt den in Artikel 13 Absatz 3 der Richtlinie enthaltenen Fall um, dass der Beruf des Patentanwalts im Herkunftsstaat der antragstellenden Person nicht reglementiert ist, es sich jedoch um einen Mitgleitkstaat handelt, in dem ein reglementierter Ausbildungsgang vorgeschrieben ist und die antragstellende Person die bei erfolgreichem Abschluss dieses Ausbildungsgangs ausgestellten Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise besitzt.

Nummer 3 betrifft die in Artikel 13 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie geregelte Konstellation, dass es sich bei dem Herkunftsstaat der antragstellenden Person zwar um einen Mitgliedsstaat handelt, dort jedoch weder der Beruf noch der Ausbildungsgang zum Beruf des Patentanwalts reglementiert ist. In diesem Fall muss die antragstellende Person zum einen über einen Ausbildungs- und Befähigungsnachweis verfügen, der belegt, dass sie auf

die Ausübung des Berufs des Patentanwalts vorbereitet wurde, und zum anderen innerhalb der letzten zehn Jahre zumindest ein Jahr in Vollzeit (oder eine entsprechende Dauer in Teilzeit) als Patentanwalt tätig gewesen sein.

Nummer 4 regelt schließlich in Umsetzung von Artikel 3 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 2 Absatz 2 der Richtlinie den Fall, dass es sich bei dem Herkunftsstaat der antragstellenden Person, in dem sie ihren Ausbildungs- und Befähigungsnachweis erworben hat, nicht um einen Mitgliedsstaat handelt, jedoch ein Mitgliedsstaat den Ausbildungs- und Befähigungsnachweis des Drittstaates anerkannt hat und die antragstellende Person in diesem Mitgliedsstaat zumindest drei Jahre als Patentanwalt tätig gewesen ist. Nach dem Inhalt des Artikels 2 Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie müssen die Anerkennung und die Berufsausübung dabei allerdings in einem Mitgliedsstaat erfolgt sein, in dem der Beruf des Patentanwalts reglementiert ist.

In Umsetzung der durch Artikel 13 Absatz 4 der Richtlinie eröffneten Option, nach der Mitgliedsstaaten, in denen die zur Ausübung des Berufs erforderliche Berufsausbildung unter Artikel 11 Buchstabe c der Richtlinie eingestellt ist, keine Ausbildungs- und Befähigungsnachweise anerkennen müssen, die lediglich unter Artikel 11 Buchstabe a der Richtlinie eingestuft sind, sollen nur solche Ausbildungs- und Befähigungsnachweise anerkannt werden können, die unter Artikel 11 Buchstabe b, c, d oder e der Richtlinie eingestuft sind. Dies ist möglich, da der in Deutschland vom Patentanwalt nach § 6 PAO verlangte Studiengang wie von Artikel 11 Buchstabe c der Richtlinie vorausgesetzt mindestens vier Jahre betragen muss. Die Einschränkung erscheint auch erforderlich, um das hohe Qualifikationsniveau der in Deutschland tätigen Patentanwälte zu gewährleisten.

Zu Absatz 3

Mit Absatz 3 wird die Regelung in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c der Richtlinie umgesetzt, nach der sich die nach Absatz 2 Nummer 1 bis 3 verlangten Ausbildungs- und Befähigungsnachweise grundsätzlich auf eine Ausbildung beziehen müssen, die überwiegend in Mitgliedsstaaten absolviert wurde. Ist dies nicht der Fall, so muss die antragstellende Person nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c Satz 2 in Verbindung mit Absatz 3 der Richtlinie in dem Mitgliedsstaat, der den Nachweis ausgestellt hat, mindestens drei Jahre als Patentanwalt tätig gewesen sein, um in Deutschland einen Antrag auf Zulassung stellen zu können.

Zu Absatz 4

Absatz 4 bestimmt, welche Dokumente die antragstellende Person bei einem Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation vorlegen muss. Der Absatz übernimmt dabei weitgehend die bisherigen Vorgaben aus § 44 Absatz 2 PatAnwAPO, der die bei einem Antrag auf Zulassung zur Eignungsprüfung vorzulegenden Dokumente bestimmt. Da die Dokumente nunmehr jedoch nicht erst im Zusammenhang mit der Ablegung der Eignungsprüfung vorzulegen sind, sondern bereits mit dem Feststellungsantrag nach § 1 EuRAG-E, hat die Regelung auch in § 1 EuRAG-E zu erfolgen.

Nummer 1 orientiert sich an § 44 Absatz 2 Nummer 1 PatAnwAPO, wobei jedoch wie in § 16 Absatz 3 Nummer 1 EuRAG-E der Lebenslauf künftig nicht mehr eigenhändig zu schreiben, sondern in tabellarischer Form aufzustellen ist.

Nummer 2 betrifft denselben Gegenstand wie bisher § 44 Absatz 2 Nummer 2 PatAnwAPO, ist jedoch dahingehend angepasst, dass die erforderlichen Nachweise nunmehr in Absatz 2 Nummer 1 bis 3 definiert sind. Zudem ist insoweit in Entsprechung von Artikel 50 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Anhang VII Nummer 1 Buchstabe b der Richtlinie zukünftig auch die Vorlage einer Kopie ausreichend.

Nummer 3 entspricht vom Grundsatz her der derzeitigen ersten Alternative des § 44 Absatz 2 Nummer 3 PatAnwAPO, ist aber ebenfalls an den neuen Absatz 2 angepasst.

Bei der ersten Alternative der Nummer 4 handelt es sich um eine neue Regelung, die im Anschluss an die bisher gesetzlich nicht vorgesehenen Zugangsmöglichkeiten nach Absatz 2 Nummer 3 und 4 erforderlich geworden ist. Die zweite Alternative der Nummer 4 entspricht vom Grundsatz her der derzeitigen zweiten Alternative des § 44 Absatz 2 Nummer 3 PatAnwAPO.

Die Nummer 5 greift den Gedanken des § 44 Absatz 2 Nummer 6 PatAnwAPO auf, bezieht sich nunmehr jedoch in Anbetracht des neuen Antragsgegenstands nach Absatz 1 in erster Linie auf die Frage, ob bereits einmal ein Feststellungsantrag nach Absatz 1 gestellt wurde. Die Frage nach der Ablegung der Eignungsprüfung hat künftig ähnlich wie bei § 16 Absatz 3 Nummer 4 EuRAG-E nur noch für Altfälle Bedeutung, bei denen die Prüfung noch nach dem PAZEignPG erfolgt ist.

Die in Nummer 6 bezeichneten Dokumente müssen nur dann vorgelegt werden, wenn die antragstellende Person die unmittelbare (d. h. ohne Ablegung einer Eignungsprüfung erfolgende) Feststellung einer gleichwertigen Berufsqualifikation mit der Begründung begehrt, fachliche Defizite, die sich aus einem Vergleich der nach Nummer 2 vorzulegenden Nachweise mit den nach § 5 Absatz 2 PAO erforderlichen Anforderungen ergeben, vollständig ausgeglichen zu haben. Dies wird jedoch in der Praxis nur selten relevant sein (vgl. dazu die Begründung zu § 2 Absatz 3 EuPAG-E, im Übrigen auch die Parallelregelung in § 16 Absatz 3 Nummer 5 EuRAG-E).

Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen und auf welchem Weg das Deutsche Patent- und Markenamt bei Zweifeln an der Echtheit vorgelegter Urkunden oder bestimmten sonstigen Zweifeln Besichtigungen der zuständigen Behörden des Ausstellungsstaates einholen darf, wird auf die Ausführungen zu § 16 Absatz 3 EuRAG-E (dort unter den Buchstaben b und c) verwiesen, die sinngemäß gelten. Die Anwendbarkeit der §§ 8 ff. VwVfG wird in EuPAG-E durch § 24 Absatz 1 EuPAG-E noch einmal ausdrücklich klargestellt.

Zu Absatz 5

Die Regelung entspricht dem ersten Halbsatz des derzeitigen § 44 Absatz 3 PatAnwAPO; sie wird aus denselben Gründen wie diejenige in Absatz 4 in das EuPAG-E überführt.

Zu § 2 EuPAG-E

Der im Vergleich zum PAZLignPrG neue § 2 EuPAG-E regelt, in welchem Verfahren das Deutsche Patent- und Markenamt über den Feststellungsantrag nach § 1 Absatz 1 EuPAG-E entscheidet. Die Norm ist dabei in ihren Grundzügen dem für den Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation in das EuRAG neu eingefügten § 16a EuRAG-E nachgebildet, so dass zur Vermeidung von Wiederholungen im Grundsatz auf die in der Begründung zu Artikel 2 Nummer 10 erfolgten Darlegungen verwiesen wird.

Abweichend von den dortigen Ausführungen ist lediglich Folgendes anzumerken:

Bisher folgte aus § 44 Absatz 3 Halbsatz 2 PatAnwAPO eine Pflicht zur Vorlage beglaubigter Übersetzungen der nach § 44 Absatz 2 Nummer 2 und 3 PatAnwAPO (jetzt § 1 Absatz 1 Absatz 4 Nummer 2 bis 4 EuPAG-E) erforderlichen Dokumente. Auf die zwingende Vorlage von Übersetzungen wird jetzt analog zu § 16a Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E verzichtet; das Deutsche Patent- und Markenamt kann aber nach § 2 Absatz 1 Satz 2 EuPAG-E noch entsprechende Übersetzungen anfordern.

Die in § 16a Absatz 6 EuRAG-E getroffene Regelung zur Geltung des VwVfG und der Abwicklung über eine einheitliche Stelle ist in § 2 EuPAG-E in Anbetracht der entsprechenden allgemeinen Bestimmung in § 22 Absatz 1 EuPAG-E nicht erforderlich.

In § 2 Absatz 6 EuPAG-E wird der Gedanke aus der zweiten Alternative des § 11 Absatz 1 PAO übernommen, der in Anbetracht der Neuregelung an dieser Stelle nunmehr passender verankert erscheint.

Zu § 3 EuPAG-E

§ 3 EuPAG-E entspricht im Wesentlichen dem derzeitigen § 2 PAZLignPrG. Zu der in seinem Satz 1 erfolgten Erweiterung um „Kompetenzen“ wird auf die Begründung zu der entsprechenden Änderung in § 17 Satz 1 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 11) verwiesen.

Dar in § 3 Satz 2 EuPAG-E im Vergleich zu § 2 PAZLignPrG gestrichene Passus kann entfallen, weil die Gleichstellung der anderen Vertragsstaaten des EVR und der Schweiz mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nunmehr allgemein in § 26 EuPAG-E bestimmt ist.

Die Streichung des bisherigen Satzes 3 des § 2 PAZLignPrG ist erfolgt, weil dessen Gegenstand zukünftig an anderer Stelle geregelt wird. Die Voraussetzungen für den vollständigen Wegfall der Eignungsprüfung, folgen nunmehr aus den §§ 1 und 2 EuPAG-E, diejenigen für den Erlass einzelner Prüfungsleistungen aus § 6 Absatz 2 EuPAG-E.

Zu § 4 EuPAG-E

Nach § 4 Satz 1 EuPAG-E erfolgt die Ablegung der dem europäischen Patentanwalt auferlegten Eignungsprüfung (wie bisher in § 3 PAZLignPrG bestimmt) vor der für die Patentanwaltsprüfung zuständigen Kommission beim Deutschen Patent- und Markenamt (die im Übrigen auch die Prüfungen der nach deutschem Recht ausgebildeten Patentanwandskandidaten vornimmt). § 4 Satz 2 EuPAG-E bestimmt in Umsetzung des Artikels 14 Absatz 7 der

Richtlinie, dass das Deutsche Patent- und Markenamt dem Prüfling die Ablegung der Prüfung innerhalb von sechs Monaten nach Erlass des Bescheids zu ermöglichen hat, mit dem es ihm die Eignungsprüfung auferlegt hat.

Der bisherige § 4 PAZLignPrG kann dagegen entfallen, weil zukünftig keine eigenständige Zulassung zur Eignungsprüfung mehr erfolgt. Der Wegfall entspricht der Streichung des § 19 EuRAG; auf die dortige Begründung wird daher ergänzend verwiesen (Artikel 2 Nummer 13).

Zu § 5 EuPAG-E

Die bisher in § 5 PAZLignPrG geregelten Prüfungsfächer sollen neu gefasst werden. Dabei soll zunächst die bisherige Unterscheidung in Pflicht- und Wahlfächer entfallen. Abgesehen davon, dass diese Regelung im Kontext mit dem § 6 Absatz 3 und 5 PAZLignPrG relativ kompliziert ist, erscheint sie auch inhaltlich kaum noch zu rechtfertigen. Denn die Prüfung für die in Deutschland ausgebildeten Patentanwandskandidaten kennt keine solche Unterscheidung; dort müssen alle relevanten Fächer beherrscht werden (vgl. die §§ 8 und 12 Absatz 1 PAO sowie § 34 Absatz 1 und § 36 Absatz 3 PatAnwAPO). Dann aber ist nicht ersichtlich, warum für europäische Patentanwälte etwas anderes gelten sollte.

Zu Nummer 1

Die Gegenstände entstammen dem bisherigen § 5 Absatz 2 Nummer 1 PAZLignPrG, werden jedoch etwas modifiziert: Während bisher in Bezug auf das Patentrecht nur das (deutsche) Verfahrensrecht Prüfungsgegenstand war, soll diese Beschränkung aufgehoben werden, so dass nunmehr grundsätzlich auch eine Prüfung im materiellen Recht in Betracht kommen kann. Hintergrund der bisherigen Beschränkung ist, dass das Patentrecht in der Europäischen Union weitgehend harmonisiert ist und deshalb davon ausgegangen wird, dass die Prüflinge über die erforderlichen materiell-rechtlichen Kenntnisse bereits verfügen. Diese Annahme erscheint jedoch aus zumindest zwei Gründen nicht (mehr) zwingend: Während sich nach der derzeitigen Rechtslage nur Prüfungen aus solchen anderen Mitgliedsstaaten, in denen der Beruf des Patentanwalts ebenfalls reglementiert ist, der Eignungsprüfung unterziehen können, können nach den Änderungen in § 1 EuPAG-E nunmehr auch Prüflinge aus Mitgliedsstaaten, in denen der Beruf des Patentanwalts nicht reglementiert ist, zugelassen werden. Jedenfalls bei diesen Prüflingen erscheint die Annahme, dass sie über alle materiell-rechtlichen Kenntnisse des Patentrechts bereits verfügen, nicht zwingend. Zudem kommt auch in Betracht, dass Patentanwälte aus Mitgliedsstaaten wie z. B. Frankreich, in denen es beim Beruf des Patentanwalts zwei verschiedene Berufsweige gibt (zum einen die Vertretung in Patent- und zum anderen diejenige in Markensachen) die vollständige Zulassung als Patentanwalt in Deutschland anstreben. Dann aber erscheint es geboten, bei Patentanwälten, die dort nur auf dem Gebiet der Marken tätig sind, auch die Kenntnisse im Patentrecht zu prüfen.

Soweit Prüflinge nach § 6 Absatz 2 EuPAG-E erfolgreich geltend machen können, über die erforderlichen materiell-rechtlichen Kenntnisse z. B. des Patentrechts bereits zu verfügen, soll der Schwerpunkt der Prüfung im Verfahrensrecht liegen, dies soll aufgrund des nicht übermäßigen Gewichts der Bestimmung jedoch lediglich in der (zeitlich noch zu überarbeitenden) PatAnwAPO festgeschrieben werden.

Die Bezeichnung „Verfahrensrecht“ meint wie bisher insbesondere das Verfahren zur Erlangung, Aufrechterhaltung, Verteidigung und Aufhebung von Patenten, was jedoch im Detail nicht noch einmal aufzuführen erforderlich erscheint.

Zu Nummer 2

Die Ausführungen zu Nummer 1 gelten – insbesondere bezogen auf das dem Patentrecht insoweit vergleichbare Markenrecht – sinngemäß.

Zu den Nummern 3 bis 5

Der Gegenstand der Nummer 3 entspricht – mit lediglich semantischen Änderungen, die zur Angleichung an § 6 Absatz 2 EuPAG-E vorgenommen werden – dem bisherigen § 5 Absatz 2 Nummer 2 PAZLignPrG. Das Fach nach Nummer 4 entspricht dem bisherigen § 5 Absatz 3 Nummer 2 PAZLignPrG, dasjenige nach Nummer 5 demjenigen des derzeitigen § 5 Absatz 3 Nummer 1 PAZLignPrG.

Zu Nummer 6

Das Sortenschutzrecht wird gegenüber dem bisherigen § 5 PatZiPatG neu aufgenommen. Es gehört zum einen zu den in § 3 Absatz 2 Nummer 1 und 4 PAO ausdrücklich genannten Rechtsgebieten, auf denen ein Patentanwalt in Deutschland zu beraten hat. Zum anderen ist es nach § 36 Absatz 3 PatAnwAPO auch Gegenstand der mündlichen Prüfung der in Deutschland ausgebildeten Patentanwaltskandidaten, so dass auch von europäischen Patentanwälten entsprechende Kenntnisse zu verlangen sind.

Zu Nummer 7

Das Recht für das berufliche Verhalten der Patentanwälte ist schon derzeit in § 5 Absatz 1 PatZiPatG aufgeführt.

Zu § 6 EuPAG-E**Zu Absatz 1**

Die Regelung entspricht vollumfänglich dem bisherigen § 6 Absatz 1 PatZiPatG.

Zu Absatz 2

Die Regelung in Absatz 2 Satz 1 entspricht inhaltlich weitgehend unverändert dem bisherigen § 6 Absatz 2 Satz 1 PatZiPatG. Sie wird sprachlich analog zu dem neu eingefügten § 21 Absatz 2 Satz 1 EuPAG-E gefasst, so dass die dortigen Ausführungen entsprechend gelten (Artikel 2 Nummer 14). Insbesondere wird auch hier der im Hinblick auf Artikel 14 Absatz 5 der Richtlinie gebotene, sprachlich in Übereinstimmung mit § 2 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 EuPAG-E stehende Hinweis aufgenommen, dass zu berücksichtigen ist, ob der europäische Rechtsanwalt Ausbildungsdefizite durch Weiterbildungsmaßnahmen ausgeglichen hat.

Der für ein Gesetz zu identifiziert erscheinende, bei den Rechtsanwälten ebenfalls nur in § 5 Absatz 1 Nummer 2 RAZiPatG enthaltene Regelungsgegenstand des bisherigen § 6 Absatz 2 Satz 2 PatZiPatG soll in die zeitnah noch zu überarbeitende PatAnwAPO überführt werden.

Die Regelungen in den neuen Sätzen 2 und 3 entsprechen denjenigen in § 21 Absatz 2 Satz 2 und 3 EuPAG-E.

Zu Absatz 3

Der Gegenstand der Regelung entspricht dem bisherigen § 6 Absatz 3 PatZiPatG, allerdings soll in Satz 1 die Anzahl der von den Prüfungen anzufeuernden Klausuren von zwei auf vier erhöht werden. Die die Prüfer für die Prüfungen sowohl der deutschen als auch der europäischen Patentanwaltskandidaten und -kandidaten stellenden Behörden bzw. Körperschaften (Deutsches Patent- und Markenamt, Bundespatentgericht und Patentanwaltskammer) haben übereinstimmend dargelegt, dass bei der Anfertigung von lediglich zwei Klausuren der Kenntnisstand der Prüflinge nicht hinreichend sicher eingeschätzt werden könne und deshalb für eine Erhöhung der Anzahl der Klausuren plädiert. Für die Prüflinge der in Deutschland ausgebildeten Kandidatinnen und Kandidaten soll die Änderung des bisherigen § 34 PatAnwAPO im Zuge der zeitnah noch zu erfolgenden Überarbeitung der PatAnwAPO erfolgen; für die europäischen Patentanwälte soll die Änderung an der bisherigen Stelle unmittelbar im Gesetz erfolgen.

Die Gegenstände der vier Klausuren sollen nach Satz 2 nunmehr gesetzlich festgelegt und nicht mehr wie bisher nach § 6 Absatz 3 Satz 2 PatZiPatG zum Teil der Wahl der Prüflinge überlassen bleiben (vgl. dazu bereits unter § 5 EuPAG-E). Die Inhalte nach § 5 Nummer 1 bis 3 EuPAG-E entsprechen dabei den bisherigen Pflichtfächern nach § 5 Absatz 2 Nummer 1 und 2 PatZiPatG, wobei jedoch die Inhalte der dortigen Nummer 1, die die zentralen Gegenstände der beruflichen Tätigkeit der Patentanwälte betreffen, auf zwei Klausuren aufgeteilt werden. Der Klausurgegenstand des § 5 Nummer 4 EuPAG-E entspricht dem bisherigen Wahlfach nach § 5 Absatz 3 Nummer 2 PatZiPatG. Er soll als weiteres Klausurthema ausgewählt werden, da dem Recht der Arbeitnehmererfindungen in Deutschland eine hohe praktische Bedeutung zukommt und es zudem in der ganz überwiegenden Zahl der anderen Mitgliedstaaten in dieser Form nicht existiert, weshalb das Vorhandensein der erforderlichen Kenntnisse bei den Kandidatinnen und Kandidaten unbedingt überprüft werden sollte.

Etwas anders als bisher wird bestimmt, dass der Schwerpunkt der jeweiligen Klausuren auf den bezeichneten Fächern liegen muss. Das schließt es nicht aus, in geringfügigem Umfang auch andere Prüfungsinhalte mit zu

prüfen, was insbesondere deshalb sachgerecht erscheint, weil sich praxisnahe Fälle, die den Klausuren möglichst zugrunde liegen sollen, kaum exakt auf die Klausurgegenstände beschränken lassen.

Bezüglich der bisher in § 6 Absatz 3 PatZiPatG geregelten Inhalte der mündlichen Prüfung sollen zukünftig (den bereits zu § 5 EuPAG-E erfolgten Ausführungen entsprechend) keine Wahlmöglichkeiten mehr bestehen, sondern grundsätzlich alle Prüfungsinhalte nach § 5 EuPAG-E abgefragt werden können. Da § 5 EuPAG-E bereits bestimmt, dass sich die Eignungsprüfung auf alle dort genannten Fächer erstreckt, bedarf es für die Inhalte der mündlichen Prüfung keiner gesonderten gesetzlichen Regelung mehr. Der bisher in § 6 Absatz 5 PatZiPatG niedergelegte Grundsatz, dass Gegenstände bestehender Klausuren nicht noch einmal Gegenstand der mündlichen Prüfung sein sollen, soll in ähnlicher Form in die noch zu überarbeitende PatAnwAPO überführt werden.

Zu Absatz 4

Satz 1 entspricht dem bisherigen § 6 Absatz 4 PatZiPatG insoweit, als die Hälfte der Klausuren den Anforderungen nach § 3 EuPAG-E genügen muss, damit der Prüfling zur mündlichen Prüfung zugelassen werden kann.

Die Neuregelung in Satz 2 folgt demselben Bedürfnis nach Klarstellung, das bereits dem neu eingefügten § 21 Absatz 4 Satz 3 EuPAG-E zugrunde liegt, so dass zunächst auf die dortigen Ausführungen verwiesen werden kann (Artikel 2 Nummer 14). Würden dem europäischen Patentanwalt Klausuren vollständig erlassen, so ist davon auszugehen, dass er die Anforderungen an diesem Gebiet erfüllt. Dies ist dann auch bei der Frage der Zulassung zur mündlichen Prüfung so zu werten.

Zu den §§ 7 und 8 EuPAG-E

Die §§ 7 und 8 EuPAG-E entsprechen wörtlich den bisherigen §§ 7 und 8 PatZiPatG (mit Ausnahme der redaktionellen Änderung in § 7 EuPAG-E, die daraus folgt, dass der Gegenstand des bisher in § 7 PatZiPatG in Bezug genommenen § 2 PatZiPatG nunmehr in § 3 EuPAG-E geregelt ist).

Zu § 9 EuPAG-E

§ 9 EuPAG-E entspricht im Grundsatz dem bisherigen § 9 PatZiPatG, nimmt jedoch nicht mehr auf die Zulassung zur Eignungsprüfung Bezug, da es diese künftig nicht mehr gibt. Stattdessen gilt die Zahlungsverpflichtung für Personen, die die Eignungsprüfung ablegen wollen. Näheres zur Zahlungsverpflichtung ist in der (zeitnah noch zu ändernden) PatAnwAPO zu regeln (vgl. § 10 Nummer 7 EuPAG-E).

Zudem erhält § 9 EuPAG-E keine Bestimmung der Höhe der Prüfungsgebühr mehr. Diese soll zukünftig ebenfalls durch die nach § 10 EuPAG-E vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu erlassende Rechtsverordnung (d. h. die zeitnah noch zu ändernde PatAnwAPO) bestimmt werden. Diese Regelungstechnik entspricht der Änderung in § 12 Absatz 3 Satz 1 PAO-E, auf deren Begründung daher verwiesen werden kann (Artikel 4 Nummer 7 Buchstabe c).

Zu § 10 EuPAG-E

Die Regelung entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 10 Nummer 2 PatZiPatG, dessen Umsetzung durch die PatAnwAPO erfolgt ist.

Entfallen ist der Gegenstand des bisherigen Buchstaben a, da es die dort behandelte Zulassung zur Eignungsprüfung nach dem neu gestalteten Verfahren nach den §§ 1 und 2 EuPAG-E nicht mehr gibt. Vielmehr kann der Person, die einen Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit ihrer Qualifikationen gestellt hat, eine Eignungsprüfung auferlegt werden. Insoweit werden insbesondere auch die im Rahmen dieses Antrags vorzulegenden Dokumente zukünftig im EuPAG-E selbst geregelt, so dass es keiner entsprechenden Regelung in der PatAnwAPO mehr bedarf.

Stattdessen wird die Ermächtigung analog zu § 40 Absatz 2 Nummer 2 EuPAG-E zukünftig auch ausdrücklich auf die frühere Regelung der prüfenden Personen bezogen (vgl. hierzu die Begründung zu Artikel 2 Nummer 25). Die Nummern 2 bis 7 entsprechen – mit redaktionellen Anpassungen (vgl. zu Nummer 2 die Begründung zu § 40 Absatz 2 Nummer 3 EuPAG-E) – den bisherigen Buchstaben b bis f des § 10 Nummer 2 PatZiPatG.

Der in Nummer 8 übernommene bisherige Buchstabe g des § 10 Nummer 2 PatZiPatG wird korrespondierend zu der Änderung in § 9 EuPAG-E dahingehend ergänzt, dass zukünftig auch die Höhe der Prüfungsgebühr durch die (zeitnah noch zu ändernde) PatAnwAPO bestimmt werden soll.

Die bisherige (die Änderung der Anlage 1 zu § 1 PAZEignPrG betreffende) Nummer 1 des § 10 PAZEignPrG entfällt, da die Anlage 1 mit der Aufhebung des § 1 PAZEignPrG ebenfalls aufgehoben wird.

Weiterhin entfällt auch die bisherige Nummer 3 des § 10 PAZEignPrG, da die Inhalte, zu deren Regelung sie zum Erlass einer Rechtsverordnung ermächtigte, nunmehr unmittelbar im EuPAG-E selbst geregelt werden.

Zu § 11 EuPAG-E

Die Vorschrift entspricht im Grundsatz dem bisherigen § 11 PAZEignPrG. Sie nimmt jedoch inhaltlich nicht mehr auf Artikel 6 der aufgehobenen Richtlinie 89/48/EG, sondern auf die an seine Stelle getretene Regelung des Artikels 50 Absatz 1 in Verbindung mit Anhang VII Nummer 1 Buchstabe d bis f der Richtlinie Bezug, womit allerdings keine wesentlichen Änderungen verbunden sind.

Im Übrigen bleibt die Regelung im Grundsatz unverändert, es werden jedoch einige Klarstellungen vorgenommen. Der Inhalt entspricht dabei nunmehr vollständig dem des § 36 EuKAG-E (Artikel 2 Nummer 24). Wie auch bei § 36 EuKAG-E ist insbesondere mit dem Wegfall der bisher unter der Nummer 4 erwähnten Führungszeugnisse keine inhaltliche Änderung verbunden, da diese unter die nunmehr unter Buchstabe a genannten Bescheinigungen fallen, nach denen keine Straftaten bekannt sind. Neu aufgenommen wird wie in § 36 EuKAG-E die Nummer 4, nach der gemäß Nummer 1 Buchstabe f des Anhangs VII zur Richtlinie Bescheinigungen von Versicherungen oder Banken des Herkunftsstaates ausreichen.

Zu § 12 EuPAG-E

Zu Absatz 1

Die Regelung dient der Umsetzung des Artikels 4f der Richtlinie. Zum Hintergrund und zum Motiv der Norm wird zunächst auf die Ausführungen im allgemeinen Teil der Begründung unter III. 4 verwiesen. Die Regelung zielt auf solche Patentanwälte, die in ihrem Herkunftsstaat lediglich auf einzelnen der in § 3 Absatz 2 Nummer 1 PAO genannten Rechtsgebiete tätig werden dürfen, d. h. beispielsweise nur auf dem Gebiet der Patente und nicht auch der Marken. Diesen Patentanwälten soll eine entsprechend beschränkte Tätigkeit auch in Deutschland ermöglicht werden.

Voraussetzung dafür ist nach dem den Artikel 4f Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b der Richtlinie umsetzenden Buchstaben a zunächst, dass die Unterschiede zwischen der Tätigkeit im Herkunftsstaat und dem Beruf des Patentanwalts in Deutschland so groß sind, dass die Auerkennung einer Ausgleichsmaßnahme (d. h. hier der Tätigkeitsprüfung nach § 2 EuPAG-E) der Anforderung gleichkame, die gesamte Ausbildung zum Patentanwalt in Deutschland zu durchlaufen. Das könnte in der oben angeführten Konstellation z. B. dann der Fall sein, wenn die Tätigkeit eines Patentanwalts, der in seinem Herkunftsstaat nur auf dem Gebiet der Patente tätig ist, dort kein rechtswissenschaftliches Studium voraussetzt, so dass dieser sich das gesamte aus dem rechtswissenschaftlichen Studium ergebende sowie das für die Vertretung im Markenrecht erforderliche Fachwissen aneignen müsste, um die deutsche Eignungsprüfung zu bestehen. Letztlich handelt es sich jedoch immer um eine Frage der Umstände des Einzelfalls, ob die Defizite zu dem zum Bestehen der Eignungsprüfung erforderlichen Niveau noch anderweitig ausgeglichen werden können.

Nach Buchstabe b ist in Umsetzung des Artikels 4f Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c der Richtlinie weitere Voraussetzung, dass sich die im Herkunftsstaat ausgeübte Tätigkeit von der Patentanwalts-tätigkeit in Deutschland trennen lässt, wofür es nach Artikel 4f Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie immer spricht, wenn die Tätigkeit im Herkunftsstaat eigenständig ausgeübt werden kann. Im Bereich der Patentanwälte ist hier zu prüfen, ob die einzelnen Rechtsgebiete so miteinander verknüpft erscheinen, dass eine Trennung sachgerecht nicht möglich ist; bei den beispielhaft angeführten Patenten und Marken dürfte dies vermutlich nicht der Fall sein.

Weiterhin kann nach Buchstabe c, der Artikel 4f Absatz 2 der Richtlinie umsetzt, die Zulassung auch verweigert werden, wenn zwingende Gründe des Allgemeininteresses gefährdet würden.

Schließlich bestimmt Buchstabe d in Umsetzung von Artikel 4f Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 13 Absatz 1 der Richtlinie, dass der Patentanwalt von der Patentanwaltskammer zugelassen werden sein muss.

Zu Absatz 2

Das Zulassungsverfahren zur Patentanwaltschaft richtet sich grundsätzlich wie auch bei den vollumfänglich zur deutschen Patentanwaltschaft zugelassenen Personen nach § 5 Absatz 1 und den §§ 13 ff. PAO. Soweit für die Zulassung europäischer Patentanwälte nach § 5 Absatz 1 Satz 1 PAO-E die Vorlage einer Bescheinigung nach § 2 Absatz 3 EuPAG-E erforderlich ist, gelten für deren Erlangung grundsätzlich die §§ 1 bis 11 EuPAG-E entsprechend, wobei sich jedoch alle zu erfüllenden Anforderungen und auch die Bescheinigung selbst immer nur auf die Rechtsgebiete beziehen, für die eine Zulassung angestrebt wird.

Zu Absatz 3

Absatz 3 dient der Umsetzung von Artikel 4f Absatz 5 der Richtlinie. Nach dessen Satz 1 hat der partiell zugelassene Patentanwalt seine Tätigkeit grundsätzlich unter der Bezeichnung seines Herkunftsstaates auszuüben. Dabei kann nach dem dortigen Satz 2 aber vorgesehen werden, dass die Berufsbezeichnung in deutscher Sprache geführt wird. Davon soll in Satz 1 Gebrauch gemacht werden, da dies für die Rechtssuchenden verständlicher ist.

Mit Satz 2 wird Satz 3 des Artikels 4f Absatz 5 der Richtlinie umgesetzt. Die Regelung dient dem Schutz des Rechtssuchenden, für den es bei einem partiell zugelassenen Patentanwalt schwierig sein kann, dessen Kompetenzen richtig einzuschätzen.

Zu Teil 2 des EuPAG-E

Im neuen Teil 2 des EuPAG-E wird in Umsetzung des die Dienstleistungsfreiheit regelnden Titels II der Richtlinie (Artikel 5 ff.) die vöbergelende und gelegentliche berufliche Tätigkeit von Patentanwälten aus anderen Mitgliedstaaten in Deutschland geregelt.

Über den Geltungsbereich des Titels II der Richtlinie hinaus sollen die Bestimmungen für alle dienstleistenden europäischen Patentanwälte unabhängig davon gelten, ob diese sich zur Erbringung ihrer Dienstleistung auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland begeben oder nicht. Zum Geltungsbereich der Richtlinie und den Bestimmungen, die bei Dienstleistungen gelten, die vom Ausland aus erbracht werden, wird zunächst auf die Begründung zu § 1 RPD in Artikel 6 Nummer 2 (dort Buchstabe a, aa) verwiesen. Zur Begründung insbesondere der Zulässigkeit der Meldepflicht nach § 15 EuPAG-E auch für Patentanwälte, die nur aus dem Ausland heraus handeln, wird sodann auf die dortige Begründung unter dem Buchstaben b, aa verwiesen. Für die Zulässigkeit der Meldepflicht spricht zudem, dass diese in Anbetracht des in § 15 Absatz 4 EuPAG-E vorgesehenen öffentlich einseharen Meldovorzeichnisses für die dienstleistenden europäischen Patentanwälte den wesentlichen Vorteil mit sich bringt, dass sie vor allem ihre Zulassung in ihrem Niederlassungsstaat nur einmal gegenüber der Patentanwaltskammer nachzuweisen haben und nicht in jedem Einzelfall, in dem sie zum Beispiel vor dem Deutschen Patent- und Markenamt oder dem Bundespatentgericht auftreten. Die übrigen in Teil 2 des EuPAG-E vorgesehenen Pflichten entsprechen denjenigen in Teil 5 des EuKAG, die dort ebenfalls für alle dienstleistend in Deutschland tätigen Rechtsanwälte gelten und europarechtskonform sind.

Zu § 13 EuPAG-E

Zu Absatz 1

Durch Satz 1 wird in Umsetzung von Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie natürlichen Personen, die in einem anderen Mitgliedsstaat rechtmäßig niedergelassen sind, um die Tätigkeit eines Patentanwalts auszuüben, gestattet, ihren Beruf vöbergelend und gelegentlich auch in Deutschland auszuüben. Diese Personen werden im Folgenden als „dienstleistende europäische Patentanwälte“ bezeichnet. Die in Satz 2 enthaltenen Kriterien, nach denen sich bestimmt, ob die Tätigkeit vöbergelend und gelegentlich erfolgt, sind Artikel 5 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie entnommen.

Zu Absatz 2

Die Regelung über das Führen der Berufsbezeichnung in Satz 1 entspricht Artikel 7 Absatz 3 der Richtlinie. Sie dient dem Schutz der Rechtssuchenden vor einer Verwechslung mit inländischen Patentanwälten. Der dienstleistende europäische Patentanwalt muss nach Satz 1 die Berufsbezeichnung seines Niederlassungsstaates (in einer der Amtssprachen dieses Staates) führen.

Soweit nach Satz 2 eine Verwechslung mit den inländischen Bezeichnungen „Patentanwalt“ und „Patentwältin“ ausgeschlossen sein muss, kann für Patentanwälte aus Österreich, Liechtenstein und der Schweiz etwa der Zusatz des Staates hinter der (dort gleichlautenden) Bezeichnung „Patentanwalt“ in Betracht kommen.

Satz 3 entspricht der nach § 26 Absatz 1 EuPAG-E auch für dienstleistende europäische Rechtsanwälte geltenden Vorschrift des § 5 Absatz 2 Satz 2 HaPAG. Ihr kommt im Bereich der patentanwaltlichen Vertretung besondere Bedeutung zu, um eine Verwechslung mit dem zugelassenen Vertreter von dem Europäischen Patentamt nach Artikel 134 des Europäischen Patentreibereinkommens vom 5. Oktober 1973 in der Fassung vom 29. November 2000 auszuschließen. Denn dieser wird im Englischen oft als „European Patent Attorney“ bezeichnet, so dass bei einer Übersetzung dieser Bezeichnung ins Deutsche Missverständnisse entstehen könnten.

Zu § 14 EuPAG-E

§ 14 EuPAG-E regelt in Umsetzung von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b der Richtlinie, dass dienstleistende europäische Patentanwälte dann, wenn der Beruf in ihrem Niederlassungsstaat nicht reglementiert ist, vor der Tätigkeit in Deutschland zumindest eine einjährige Berufserfahrung in einem Mitgliedsstaat aufweisen müssen. Dass diese auch in mehreren Mitgliedsstaaten erworben worden sein kann, ist nach dem Sinn der Regelung selbstverständlich und bedarf keiner ausdrücklichen Klarstellung im Wortlaut der Norm.

Zu § 15 EuPAG-E

Nach Artikel 7 der Richtlinie kann die Aufnahme der vorübergehenden Tätigkeit von einer vorherigen Meldung des ausländischen Dienstleisters abhängig gemacht werden. Von dieser Möglichkeit soll Gebrauch gemacht werden, um eine effektive Aufsicht durch die Patentanwaltskammer (§ 18 EuPAG-E) zu ermöglichen. Eine Meldepflicht erscheint dabei bei den europäischen Patentanwälten vor allem auch deshalb geboten, weil der Patentanwaltsberuf (anders als derjenige des Rechtsanwalts) in einigen anderen Mitgliedsstaaten nicht reglementiert ist, so dass genauer zu prüfen ist, ob eine Berechtigung zur Tätigkeit in Deutschland vorliegt und diese im Folgenden auch ordnungsgemäß ausgeübt wird.

Zu Absatz 1

Absatz 1 Satz 1 verpflichtet dienstleistende europäische Patentanwälte, die Aufnahme ihrer Tätigkeit im Inland zuvor schriftlich oder elektronisch zu melden. Die Meldung hat bei der Patentanwaltskammer zu erfolgen, da diese nach § 18 EuPAG-E die Aufsicht ausüben hat. Die nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, 2 und 5 zu tätigen Angaben dienen der ordnungsgemäßen Erfassung des europäischen Patentanwalts. Daneben sind die in den Nummern 3, 4 und 6 aufgeführten Dokumente vorzulegen, die dem Katalog des Artikels 7 Absatz 2 Buchstabe b bis d der Richtlinie entsprechen. Soweit ein „Nachweis“ verlangt wird, kann der Dienstleister jedes geeignete Dokument vorlegen. Die nach Nummer 7 bestehende Verpflichtung, eine Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen bzw. über ihr Nichtbestehen zu informieren, fällt auf Artikel 7 Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie und schließt an die Verpflichtung nach § 17 EuPAG-E an.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 sind der Patentanwaltskammer entsprechend Artikel 7 Absatz 2 der Richtlinie wesentliche Änderungen der Pflichtangaben nach Absatz 1 Satz 2 unverzüglich mitzuteilen.

Zu Absatz 3

Gemäß Absatz 3 Satz 1 muss der dienstleistende europäische Patentanwalt seine Meldung in Entsprechung von Artikel 7 Absatz 1 Satz 2 der Richtlinie jährlich wiederholen, sofern er beabsichtigt, weiterhin in Deutschland tätig zu sein. Bei der erneuten Meldung muss der europäische Patentanwalt nur seinen Namen und Vornamen angeben und sich noch einmal zum Versicherungsschutz erklären. Letzteres hat den Grund, dass die Anforderungen des § 45 Absatz 6 und 7 PAG gegenüber ausländischen Versicherungsunternehmen nicht durchsetzbar sind.

Zu Absatz 4

Mit Absatz 4 wird von der durch Artikel 6 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Richtlinie eröffneten Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine automatische vorübergehende Eintragung dienstleistender europäischer Patentanwälte in ein Berufsregister vorzusehen. Eine Eintragung in das von der Patentanwaltskammer geführte Patentanwaltsver-

zeichnis nach § 29 PAO-E erscheint dabei allerdings nicht angemessen, da die dienstleistenden europäischen Patentanwälte nicht in die Patentanwaltskammer aufgenommen werden und ihre Tätigkeit in Deutschland auch nur sehr kurzfristiger Natur sein kann.

Gleichwohl erscheint es angezeigt, die erforderliche Meldung nach Absatz 1 in ein öffentlich einsehbares Verzeichnis einzutragen, wie dies Satz 1 vorsieht. Dies dient insbesondere dazu, doppelten Aufwand bei der Prüfung der Angaben der Meldung des dienstleistenden europäischen Patentanwalts zu vermeiden. Denn nur wenn die gemeldeten Angaben öffentlich einsehbar sind, können Gerichte und Behörden, vor denen der europäische Patentanwalt auftritt, feststellen, ob dieser sich unter Vorlage der nach Absatz 1 Satz 2 erforderlichen Nachweise bei der Patentanwaltskammer gemeldet hat. Das Meldeverzeichnis kann dann zudem durch Rechtsuchende eingesehen werden, die einen dienstleistenden europäischen Patentanwalt suchen (beispielsweise weil sie ausländische Staatsangehörige sind und einen Patentanwalt ihres Herkunftslandes beauftragen wollen). Das Meldeverzeichnis wird von der Patentanwaltskammer als der Stelle geführt, bei der sich die dienstleistenden europäischen Patentanwälte zu melden haben und die die Aufsicht über sie führt. Die Eintragung erfolgt entsprechend der Geltungszeit der Meldung zunächst für ein Jahr.

Nach Satz 2 sind in das Meldeverzeichnis nur die nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, 2, 5 und 7 zu tätigen Angaben einzutragen. Dies entspricht im Wesentlichen der Regelung in § 3a Absatz 3 Satz 1 des Steuerberatungsgesetzes (StBerG), allerdings ergänzt um die Angaben zur Berufshaftpflichtversicherung, die für Rechtsuchende von Interesse sein kann. Die Bescheinigungen nach Absatz 1 Satz 2 Nummer 3, 4, und 6 brauchen dagegen nicht eingetragen zu werden, da im Fall einer Eintragung in das Meldeverzeichnis davon ausgegangen werden kann, dass sie der Patentanwaltskammer vom dienstleistenden europäischen Patentanwalt vorgelegt wurden.

Satz 3 bestimmt, dass die Patentanwaltskammer vom Patentanwalt mitgeteilte Änderungen im Meldeverzeichnis nachzuverifizieren hat. Wiederholt der Patentanwalt seine Meldung nach Absatz 3, verlängert die Patentanwaltskammer seine Eintragung nach Satz 4 um ein weiteres Jahr.

Mit Satz 5 werden die Bestimmungen in Satz 1 und 4, nach der die Eintragungen für ein Jahr erfolgen, präzisiert. Dabei wird vorgesehen, dass die Meldungen, die nicht innerhalb eines Jahres wiederholt worden sind, nach Ablauf der Jahresfrist im Verzeichnis zunächst zu sperren und erst dann, wenn keine Wiederholung in angemessener Zeit erfolgt ist, zu löschen sind. Dies entspricht dem Regelungskonzept in § 31 Absatz 5 Satz 1 und 2 BRAO und § 29 Absatz 4 Satz 1 und 2 PAO-E und soll vorliegend insbesondere der Situation vorbeugen, dass dann, wenn eine Wiederholungsendung eine gewisse Zeit verspätet eingeht, bereits alle Daten zu dem dienstleistenden europäischen Patentanwalt gelöscht wurden und wieder neu zusammengetragen werden müssen. Endgültig zu löschen sind die Angaben erst dann, wenn damit zu rechnen ist, dass sie nicht mehr benötigt werden. Den insoweit angemessenen Zeitraum hat die Patentanwaltskammer unter Berücksichtigung ihrer Erfahrungen in der Praxis zu bestimmen.

Mit Satz 6 wird entsprechend der Vorgabe aus Artikel 6 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Richtlinie zunächst geregelt, dass das Verfahren der Registrierung im Meldeverzeichnis für die dienstleistenden europäischen Patentanwälte kostenfrei ist. Kostenfrei ist nach Satz 6 zudem die Einsichtnahme in das Meldeverzeichnis, das nach Satz 1 als öffentliches elektronisches Verzeichnis auszugestaltet ist. Letzteres dient dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit und den Erfordernissen des Rechtsverkehrs.

Zu § 16 EuPAG-E

a) Zu § 16 EuPAG-E

Dienstleistende europäische Patentanwälte unterliegen grundsätzlich den in Deutschland geltenden Rechtsvorschriften (Bestimmungslandsprinzip). Einschränkungen ergeben sich unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes aus der unionsrechtlichen Dienstleistungsfreiheit. Gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie unterliegt der Dienstleister, der sich in einen anderen Mitgliedsstaat begibt, „den berufsständischen, gesetzlichen oder verwaltungsrechtlichen Berufsregeln, die dort in unmittelbarem Zusammenhang mit den Berufsqualifikationen für Personen gelten, die denselben Beruf wie er ausüben, und den dort geltenden Disziplinarbestimmungen; zu diesen Bestimmungen gehören etwa Regelungen für die Definition des Berufs, das Führen von Titel und schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher“.

Für berufrechtliche Vorschriften, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Berufsqualifikation stehen oder die keine schwerwiegenden beruflichen Fehler im Sinne des Artikels 5 Absatz 3 der Richtlinie betreffen, ist Artikel 16 der Dienstleistungsrichtlinie zu beachten. Denn die in Artikel 17 Nummer 6 der Dienstleistungsrichtlinie enthaltene Ausnahme von der Geltung des Artikels 16 der Dienstleistungsrichtlinie, die den die Dienstleistungsfreiheit regelnden Titel II der Richtlinie betrifft, gilt nur insoweit, als es sich um solche Angelegenheiten handelt, die dem Regelungsbereich des Titels II der Richtlinie unterfallen. Anforderungen an die Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit sind danach unter anderem nur dann zulässig, wenn sie aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit oder des Schutzes der Umwelt gerechtfertigt sind (Artikel 16 Absatz 1 Unterabsatz 3 Buchstabe b der Dienstleistungsrichtlinie). Anforderungen an Dienstleistungen können nach der Dienstleistungsrichtlinie also nicht aus Gründen des Verbraucherschutzes gerechtfertigt werden. Aus dem Zusammenspiel der beiden Regelungen folgt, dass berufrechtliche Vorschriften zum Schutz der Verbraucher für dienstleistende europäische Patentanwälte nur dann gelten können, wenn sie unmittelbar mit der Berufsqualifikation zusammenhängen und insbesondere „schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher“ betreffen, nicht jedoch dann, wenn es sich um Vorschriften handelt, die keine grundlegenden Berufspflichten darstellen und bei denen es an einem besonderen Zusammenhang zwischen Beruf und Verbraucherschutz fehlt.

§ 16 Satz 1 EuPAG-E stellt auf dieser Grundlage vor, dass dienstleistende europäische Patentanwälte grundsätzlich die Rechte und Pflichten eines in Deutschland zugelassenen Patentanwalts haben. Da nach Artikel 6 Unterabsatz 1 Buchstabe a der Richtlinie die Zulassung oder Mitgliedschaft bei einer Berufsorganisation nicht verlangt werden darf, sind hiervon die Vorschriften auszunehmen, die die Zugehörigkeit zur Patentanwaltskammer betreffen. Das entspricht, ebenso wie der Ausschluss eines Kanzleierfordernisses, der für dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen geltenden Regelung in § 27 Absatz 1 Satz 1 EuRAG.

§ 16 Satz 2 EuPAG-E bestimmt sodann, welche Vorschriften aus dem Dritten Teil der PAO, der die Vorschriften über die beruflichen Rechte und Pflichten und die berufliche Zusammenarbeit der Patentanwälte enthält, auch für dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen gelten. Dies sind zunächst die allgemeine Berufspflicht des Patentanwalts definierende § 39 PAO, der die Grundpflichten des Patentanwalts bestimmende § 39a PAO und der die Fälle, in denen dem Patentanwalt eine Tätigkeit untersagt ist, regelnde § 41 PAO. Es handelt sich hierbei um die grundlegenden Berufsregeln im Sinne des Artikels 5 Absatz 3 der Richtlinie, die insbesondere auch die betroffenen „schwerwiegenden beruflichen Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher“ verhindern sollen. Ausgenommen von diesen Bestimmungen wird lediglich die in § 39a Absatz 6 PAO behandelte Fortbildungspflicht. Zur Begründung dieser Ausnahme wird auf die Änderung in § 27 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 19 Buchstabe a) verwiesen, da die in der dortigen Begründung angestellten Erwägungen hier sinngemäß gelten.

Weiterhin soll auch der zulässige Werbung des Patentanwalts regelnde § 39b PAO anwendbar sein. Zwar unterfällt dieser nicht dem Anwendungsbereich des Artikels 5 Absatz 3 der Richtlinie, sondern denjenigen der Dienstleistungsrichtlinie. Letztere enthält jedoch in ihrem Artikel 24 eine die kommerzielle Kommunikation betreffende Spezialregelung, deren Voraussetzungen der § 39b PAO erfüllt. Deshalb kann diese Regelung auch für dienstleistende europäische Patentanwälte gelten.

Gelten soll zudem § 45b PAO, der vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, die auch dem dienstleistenden europäischen Patentanwalt zur Verfügung stehen sollen.

Ibendfalls anwendbar sein soll der die Einsicht in die Personalakten regelnde § 51 PAO, der dem Patentanwalt ein wesentliches Recht im Verhältnis zur Patentanwaltskammer gibt.

Die Geltung der §§ 49 und 50 PAO bestimmt sich, wie § 16 Satz 2 EuPAG-E ausdrücklich klarstellt, aufgrund ihres Sachzusammenhangs mit der Aufsicht nach § 18 Absatz 2 EuPAG-E.

Die übrigen Vorschriften des Dritten Teils der PAO sollen auf dienstleistende europäische Patentanwälte keine Anwendung finden. Die §§ 40 (Mitteilung der Ablehnung eines Auftrags), 43 (Pflicht zur Übernahme einer Vertretung), 44 (Handakten des Patentanwalts), 46 (Bestellung eines allgemeinen Vertreters), 48 (Bestellung eines Abwicklers der Kanzlei), 52 (Ausbildung von Bewerberinnen und Bewerbern für die Patentanwaltschaft) und 52a (Berufliche Zusammenarbeit) PAO hängen ebenso wie die für die Patentanwaltskammern geltenden §§ 52a und 52c bei 52m PAO zumindest wesentlich mit der Niederlassung in Deutschland zusammen und erscheinen

schon deshalb nicht passend; zudem dürften sie den nach der Richtlinie und der Dienstleistungsrichtlinie bestehenden Voraussetzungen nicht genügen. Letzteres gilt auch für die Vertretungsvorschriften für Patentanwälte in ständigen Dienstverhältnissen in § 41a PAO und die Vergütungsvorschriften der §§ 43a und 43b PAO. Für die Anwendbarkeit des Patentanwalts in öffentlichen Dienstverhältnissen betreffend § 42 PAO dürfte kein praktisches Bedürfnis bestehen. Zur Frage der Haftpflichtversicherung (§ 45 PAO) wird in Absatz 2 eine Spezialregelung getroffen.

Mit § 16 Satz 3 EuPAG-E wird schließlich bestimmt, dass die Vorschriften der nach § 52b PAO erlassenen Berufsordnung für den dienstleistenden europäischen Patentanwalt dann gelten, wenn sie sich inhaltlich auf Gegenstände beziehen, bei denen auch die durch sie näher ausgestalteten gesetzlichen Vorschriften vom dienstleistenden europäischen Patentanwalt zu beachten sind. Die Aufzählung der Normen entspricht derjenigen aus § 16 Satz 2 und § 18 Absatz 2 EuPAG-E, soweit diese nach § 52b Absatz 2 Nummer 1 Buchstabe a bis f, Nummer 2, 3 und 7 Alternative 1 PAO durch die Berufsordnung näher ausgestaltet werden können.

b) Zur Frage der Umsetzung des Artikels 9 der Richtlinie

Eine Umsetzung des Artikels 9 der Richtlinie, nach dem vom Aufnahmestaat verlangt werden kann, dass der dienstleistende europäische Patentanwalt seiner Mandantenschaft die dort aufgeführten Informationen zur Verfügung stellt, erscheint in Anbetracht des nach ihm in Kraft getretenen, mittlerweile jedoch von allen Mitgliedstaaten umgesetzten Artikels 22 Absatz 1 der Dienstleistungsrichtlinie nicht mehr erforderlich. Artikel 22 Absatz 1 der Dienstleistungsrichtlinie gilt nach Artikel 2 der Dienstleistungsrichtlinie auch für Patentanwälte. In Deutschland wurde Artikel 22 der Dienstleistungsrichtlinie durch § 2 DL-InfoV umgesetzt (der nach § 1 Absatz 2 DL-InfoV auch Anwendung findet, wenn in Deutschland zugelassene Patentanwälte dienstleistend in anderen Mitgliedstaaten tätig werden). Die in Artikel 9 der Richtlinie vorgesehenen Informationspflichten werden von Artikel 22 Absatz 1 der Dienstleistungsrichtlinie vollständig erfasst (der Buchstabe a des Artikels 9 durch den Buchstaben b des Artikels 22, des Weiteren entsprechend der Buchstabe b durch den Buchstaben c, die Buchstaben c und d durch den Buchstaben e, der Buchstabe e durch den Buchstaben d und der Buchstabe f durch den Buchstaben k) und sind damit in jedem Mitgliedstaat mittlerweile auch in solchen Fällen geltendes Recht, in denen dort niedergelassene Patentanwälte in anderen Mitgliedstaaten dienstleistend tätig werden.

Zu § 17 EuPAG-E

Die Regelung entspricht grundsätzlich derjenigen im neuen § 27 Absatz 3 EuRAG-E, so dass zur Begründung zunächst auf die dortigen Ausführungen verwiesen wird (Artikel 2 Nummer 19 Buchstabe c). Die Höchstgrenze für die Versicherungspflicht ergibt sich hier aus § 45 PAO.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass sich die Frage der Möglichkeit der Aufrechterhaltung einer Berufshaftpflichtversicherung bei Patentanwälten nicht an der nur für Rechtsanwältinnen geltenden Richtlinie 77/249/EWG, sondern an der Richtlinie zu orientieren hat. Insoweit bestimmt Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie, dass für dienstleistende europäische Patentanwälte bei einer Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat die Berufsregeln des Aufnahmestaates gelten, die dort „in unmittelbarem Zusammenhang mit den Berufsqualifikationen“ für Angehörige seines Berufes gelten; dazu gehören unter anderem Regelungen, die „schwerwiegende berufliche Fehler in unmittelbarem und speziellem Zusammenhang mit dem Schutz und der Sicherheit der Verbraucher“ betreffen. Hierunter dürften auch Berufshaftpflichtversicherungen fallen. Selbst wenn man diese nicht in den unmittelbaren Zusammenhang mit den Berufsqualifikationen stellen wollte, hätte dies zur Folge, dass die Frage, ob eine Berufshaftpflichtversicherung verlangt werden darf, dann nach der Dienstleistungsrichtlinie zu beurteilen wäre, nach deren Artikel 23 Absatz 1 im vorliegenden Fall aufgrund des Risikos von Vermögensschäden für Verbraucher ebenfalls eine Berufshaftpflichtversicherung gefordert werden könnte.

Zu § 18 EuPAG-E

Zu den Absätzen 1 und 2

Die Absätze 1 und 2 sind in Anbetracht der vergleichbaren Sach- und Rechtslage im Wesentlichen § 32 Absatz 1 und 2 EuRAG-E nachgebildet. Soweit in diesem Zusammenhang Änderungen (auch) des § 32 EuRAG-E erforderlich erschienen, wird zunächst auf die dortige Begründung verwiesen (Artikel 2 Nummer 21).

Die Zulässigkeit der Regelungen in Absatz 1 Satz 1, Satz 2 Nummer 1 Alternative 2 und Nummer 2 sowie Absatz 2 folgt aus Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie. Danach unterliegt der dienstleistende europäische Rechtsanwalt

denselben Disziplinarbestimmungen, die (in Bezug auf die von ihm zu beachtenden Pflichten) auch für inländische Patentanwälte gelten. Somit untersteht er wie Letztere der Aufsicht der Patentanwaltskammer (Absatz 1 Satz 1), der dabei (wie nach § 69 Absatz 2 Nummer 1 und 4 PAO) das Recht der Belchrung, der Überwachung und der Rüge zusteht (Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 Alternative 2, Nummer 2). Zudem sind auf ihm die Auskunftsverpflichtung (§ 49 Absatz 1 PAO), das Zwangsgeld (§ 50 PAO) und die Rüge (§§ 70, 70a PAO) regelnden Bestimmungen anwendbar (Absatz 2). In diesem Kontext sind auch die Regelungen über die Tügung der Rüge (§ 144a PAO) und die Kosten in dem Verfahren bei Anträgen auf Entscheidung des Landgerichts gegen die Androhung oder die Festsetzung des Zwangsgelds oder über die Rüge (§§ 148, 150a und 151 PAO) anwendbar.

Die in Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Alternative 1 (Beratung in Berufspflichten) sowie Nummer 3 und 4 (Streitschlichtung) geregelten Aufgaben (des Vorstands) der Patentanwaltskammer sind dagegen nicht in der Richtlinie angelegt, erscheinen jedoch aus denselben Gründen, aus denen sie auch in den §§ 73 BRAO, 32 EuRAG und 69 PAO vorgesehen sind, auch an dieser Stelle angezeigt. Ein Konflikt mit der Richtlinie besteht nicht, da es sich lediglich um unverbindliche Angebote handelt, die den dienstleistenden europäischen Patentanwalt keinen Pflichten unterwerfen (auf eine Inbezugnahme von § 49 Absatz 2 PAO wird aus diesem Grund explizit verzichtet).

Der die Übertragungsbefugnis regelnde Absatz 1 Satz 3 entspricht den Bestimmungen in § 73 Absatz 4 BRAO, § 32 Absatz 2 EuRAG und § 68 Absatz 4 PAO.

Zu Absatz 3

Mit Absatz 3 wird Artikel 8 Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie umgesetzt und klargestellt, dass die Patentanwaltskammer zur Durchführung der ihr obliegenden Aufsicht über die dienstleistenden europäischen Patentanwälte berechtigt ist, bei der zuständigen Stelle des Niederlassungsstaates Informationen über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung und über dort vorliegende berufs- und strafrechtliche Sanktionen anzufordern. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass Zweifel an der ordnungsgemäßen Niederlassung bzw. Führung vorliegen. Zwar würde eine Berechtigung zur Einholung entsprechender Informationen bereits aus § 8a Absatz 2 Satz 1 VwVfG folgen, dessen Anwendbarkeit durch § 24 EuPAG-E noch einmal ausdrücklich klargestellt wird. Jedoch erscheint in diesem Kontext ein gesetzlicher Hinweis auf die Einschränkung angezeigt, dass eine Abfrage insbesondere zu berufs- oder strafrechtlichen Sanktionen nur beim Vorliegen von Zweifeln an der Zuverlässigkeit des dienstleistenden europäischen Patentanwalts und nicht etwa routinemäßig zulässig ist.

Absatz 3 konkretisiert im vorstehenden Rahmen die Voraussetzungen der europäischen Verwaltungszusammenarbeit, lässt im Übrigen jedoch die Geltung der §§ 8a ff. VwVfG unberührt. Deshalb bedarf auch die Vorgabe aus Artikel 8 Absatz 1 Satz 3 in Verbindung mit Artikel 56 Absatz 2a der Richtlinie, nach der ein Hilfersuchen über das europäische Binnenmarkt-Informationssystem zu erfolgen hat, keiner gesonderten Umsetzung, da diese bereits durch § 8b Absatz 4 Satz 1 VwVfG erfüllt ist (vgl. dazu ergänzend die Begründung zu § 16 Absatz 3 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 10, dort unter Buchstabe b)).

In Anbetracht der durch § 24 EuPAG-E klargestellten Geltung des § 8a VwVfG erscheint auch eine explizite Umsetzung von Artikel 8 Absatz 2 Satz 1 der Richtlinie entbehrlich, nach dem die zuständigen Behörden bei dienstleistenden europäischen Patentanwälten für den Austausch aller Informationen zu sorgen haben, die bei Beschwerden von Dienstleistungsempfängern gegen einen Dienstleister für ein ordnungsgemäßes Beschwerdeverfahren erforderlich sind. Bei der Frage der Umsetzung dieser Vorgabe ist zu berücksichtigen, dass eine isolierte Regelung nur für den Bereich dienstleistender europäischer Patentanwälte kaum Sinn machen würde, da auch in Beschwerdeverfahren über anderweitig in anderen Mitgliedsstaaten tätige Rechts- und Patentanwälte ein Austausch zwischen den zuständigen Behörden der beteiligten Mitgliedsstaaten erforderlich ist. Bei diesen anderweitig in anderen Mitgliedsstaaten tätigen Rechts- und Patentanwälten enthalten aber schon die einschlägigen Bestimmungen der jeweils anwendbaren Richtlinien keinen entsprechenden Passus zur verpflichtenden Zusammenarbeit. Letztere wird dort offenbar (mit guten Gründen) unter die allgemeinen Pflichten zur europäischen Zusammenarbeit subsumiert. Diese sind aber bereits in § 8a Absatz 1 und 2 VwVfG ausreichend umgesetzt.

Schließlich bedarf auch Artikel 8 Absatz 2 Satz 2 der Richtlinie keiner besonderen Umsetzung mehr. Dem die Verpflichtung (des Vorstands) der Patentanwaltskammer, einen Dienstleistungsempfänger, der sich über einen (hier dienstleistenden europäischen) Patentanwalt beschwert, über das Ergebnis der Beschwerde zu unterrichten, folgt aus § 69 Absatz 3 PAO, den bereits § 18 Absatz 2 EuPAG-E für entsprechend anwendbar erklärt.

Zu § 19 EuPAG-E

Auch die Zulässigkeit des in Absatz 1 bestimmten Unterfallens des dienstleistenden europäischen Patentanwalts unter die nationale patentanwaltliche Berufsgerechtsbarkeit nach den §§ 95 ff. PAO im Fall der Verletzung von (auf ihn anwendbaren) Berufspflichten folgt aus Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie. Zu den Berufspflichten des dienstleistenden europäischen Patentanwalts gehören auch die Meldepflichten nach § 15 Absatz 1 und Absatz 3 EuPAG-E. Einer gesonderten Bußgeldvorschrift wie in § 20 Absatz 2 Nummer 3 und 4 RDG bedarf es daher nicht.

Der die Anwendung der Vorschriften näher ausgestaltende Absatz 2 entspricht dabei weitgehend der Parallelregelung in § 34 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 22).

Absatz 3 erklärt wie die Parallelregelung in § 33 Absatz 2 EuRAG für Zustellungen an dienstleistende europäische Patentanwälte § 10 EuRAG für entsprechend anwendbar.

Die in Absatz 4 geregelten Mitteilungspflichten der Gerichte und Behörden entsprechen der Parallelregelung in § 34a EuRAG-E. Damit wird gewährleistet, dass der Patentanwaltskammer sowohl aus Zivil- als auch Strafrecht (nur) zur Rechtsberatung auf dem Gebiet des ausländischen und des internationalen gewerblichen Rechtsschutzes (in Deutschland niederlassen wollen und dazu einer Aufnahme in die Patentanwaltskammer bedürfen.

Zu Teil 3 des EuPAG-E

In den neuen Teil 3 des EuPAG-E sollen aus Gründen des Sachzusammenhangs mit den in den Teilen 1 und 2 geregelten Gegenständen die bisher in den §§ 154a und 154b PAO enthaltenen Vorschriften über Patentanwälte aus anderen Mitgliedsstaaten übernommen werden, die sich unter der Berufsbezeichnung ihres Herkunftsstaates (nur) zur Rechtsberatung auf dem Gebiet des ausländischen und des internationalen gewerblichen Rechtsschutzes in Deutschland niederlassen wollen und dazu einer Aufnahme in die Patentanwaltskammer bedürfen.

Zu § 20 EuPAG-E

Die Regelung entspricht im Grundsatz dem bisherigen § 154a PAO. In Anbetracht des Wegfalls der Anlage zu § 1 PAZ/EuPAG, die die Liste der bisher in § 154a PAO in Bezug genommenen Berufsbezeichnungen enthielt, muss jedoch der Kreis der zur Niederlassung Berechtigten neu definiert werden. Dieser umfasst jetzt in Anlehnung an den in § 1 Absatz 2 Nummer 1 EuPAG-E bezeichneten Personenkreis diejenigen europäischen Patentanwälte, die in einem anderen Mitgliedsstaat, in dem der Beruf des Patentanwalts reglementiert ist, als Patentanwalt niedergelassen sind. Inhaltlich dürfte der Personenkreis damit im Verhältnis zur bisherigen Rechtslage im Wesentlichen unverändert bleiben. Im Wege einer Legaldefinition wird als einheitliche Bezeichnung der „niedergelassene europäische Patentanwalt“ eingeführt.

Zu § 21 EuPAG-E

§ 21 EuPAG-E entspricht vom Regelungsgegenstand und Aufbau dem bisherigen § 154b PAO. Die (nach wie vor bestehende) Verweisung auf den Dritten Teil der PAO hat nach den Änderungen der PAO durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung vom 21. Dezember 2015, mit dem dort die §§ 41a bis 41d PAO geändert bzw. eingefügt wurden, zur Folge, dass für niedergelassene europäische Patentanwälte auch eine Niederlassung als Syndikuspatentanwalt in Betracht kommt. Soweit in § 41b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 PAO das Vorliegen der Voraussetzungen nach den §§ 5 bis 8 PAO gefordert wird, ist deren Geltung durch § 21 Absatz 2 Satz 1 EuPAG-E grundsätzlich ausgeschlossen (vergleiche dazu auch die Begründung zu § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E in Artikel 1 Nummer 61 Buchstabe b, aa).

Die Änderungen in § 21 Absatz 1 EuPAG-E schließen an die gegenüber § 154a PAO erfolgten Änderungen in § 20 EuPAG-E an und sind im Übrigen lediglich redaktioneller Art. In § 21 Absatz 1 Satz 2 EuPAG-E soll anders als bei den Rechtsanwältinnen (vgl. dazu Artikel 2 Nummer 4 zu § 6 Absatz 2 EuRAG) die Verpflichtung, jährlich eine Bescheinigung über die Zugehörigkeit zum Beruf vorzulegen, beibehalten bleiben. Da die Richtlinie 98/5/EG für den Bereich der Rechtsanwältinnen eine enge Zusammenarbeit der zuständigen Stellen von Herkunfts- und Aufnahmestaats vorschreibt, ist dort eine jährliche Meldung einbehaltlich. Für Patentanwälte bestehen jedoch keine vergleichbaren Regelungen. Die Meldepflicht ist daher erforderlich, um die Berufsaufsicht sicherstellen zu können.

In § 21 Absatz 2 Satz 1 EuPAG-E werden von § 18 PAO-E zukünftig nur noch Absatz 2 Nummer 1 und Absatz 4 ausgenommen; im Übrigen ist die Norm sinngemäß anwendbar. Zur Begründung wird auf die Ausführungen zu den entsprechenden Änderungen in Bezug auf § 12 BRAO-E in § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 61 Buchstabe b, aa) verwiesen. Als weitere Ausnahme von der Anwendbarkeit des Zweiten Teils der PAO wird dagegen § 24 PAO aufgenommen, der sich auf die Berechtigung des Füllens der deutschen Berufsbezeichnungen „Patentanwalt“ und „Patentanwältin“ bezieht. Zur Begründung wird auf die sinngemäß geltenden Ausführungen zur Aufnahme des § 17 BRAO in § 207 Absatz 2 Satz 1 BRAO-E in Artikel 1 Nummer 61 Buchstabe b, aa verwiesen. Die Bestimmungen zur Anwendbarkeit der §§ 96 und 132 PAO in Absatz 2 Satz 2 und 3 werden um die Regelungen in § 19 Absatz 2 Nummer 1 und 2 EuPAG-E angeglichen. Im Übrigen handelt es sich nur um redaktionelle Änderungen.

In § 21 Absatz 3 EuPAG-E entsprechen die Sätze 1 und 3 inhaltlich dem bisherigen § 154b Absatz 3 PAO; die dortigen Änderungen sind redaktioneller Art, wobei jedoch wie in § 207 Absatz 3 Satz 1 BRAO-E ausdrücklich klargestellt wird, dass der Herkunftssatz in deutscher Sprache anzugeben ist. Der neue Satz 2 des § 21 Absatz 3 EuPAG-E lehnt sich inhaltlich an § 207 Absatz 3 Satz 2 BRAO-E und § 5 Absatz 1 Satz 3 EuRAG an und bestimmt, welche Bezeichnung derjenige niedergelassene europäische Patentanwalt zu führen hat, der als Syndikatspatentanwalt in die Patentanwaltskammer aufgenommen wurde. Der dem § 21 Absatz 3 EuPAG-E neu angefügte Satz 4 entspricht den Regelungen in den ähnlich gelagerten Vorschriften des § 5 Absatz 2 Satz 2 und § 26 Absatz 1 EuRAG und § 13 Absatz 2 Satz 3 EuPAG-E.

Zu Teil 4 des EuPAG-E

Zu § 22 EuPAG-E

Die Vorschrift entspricht aus den auch dort geltenden Motiven im Wesentlichen § 30 PAO-E.

Durch die Inbezugnahme der nach dem EuPAG-E erlassenen Verordnungen in § 22 Absatz 1 Satz 1 EuPAG-E wird die ergänzende Geltung des VwVfG auch auf den (auf der Grundlage von § 10 EuPAG-E noch zeitnah neu zu fassenden) Vierten Teil der PatAnwAPO erstreckt; für die übrigen Teile der PatAnwAPO gilt das VwVfG schon nach § 30 Absatz 1 Satz 1 PAO, da die PatAnwAPO im Übrigen auf der Grundlage von § 12 PAO erlassen wurde.

§ 22 Absatz 1 Satz 2 EuPAG-E entspricht der neu vorgesehenen Fassung von § 30 Absatz 1 Satz 2 PAO-E (Artikel 4 Nummer 13). Damit wird zur Umsetzung von Artikel 57a Absatz 1 der Richtlinie bestimmt, dass Verwaltungsverfahren nach dem EuPAG-E selbst künftig auch über einen einheitlichen Ansprechpartner abgewickelt werden können. Praktische Relevanz hat dies für das (dem einheitlichen Zulassungsverfahren zeitlich vorgelagerte) Verfahren nach den §§ 1 und 2 EuPAG-E sowie für das in Teil 2 (§§ 13 ff. EuPAG-E) vorgesehene Verfahren für Patentanwälte, die in Deutschland vorübergehend tätig werden wollen. Für die niedergelassenen europäischen Patentanwälte nach den §§ 20 und 21 EuPAG-E gilt dies in Anbetracht der in § 21 Absatz 2 Satz 1 EuPAG-E enthaltenen Verweisung auf den § 30 PAO-E umfassenden Zweiten Teil der PAO ohnehin schon. Zu den Einzelheiten der Möglichkeit der Abwicklung über einen einheitlichen Ansprechpartner wird auf die Ausführungen zu § 16a Absatz 6 EuRAG-E verwiesen (Artikel 2 Nummer 10). Wie in § 16a Absatz 6 EuRAG-E wird durch § 22 Absatz 1 Satz 2 EuPAG-E zudem noch einmal ausdrücklich klargestellt, dass die genannten Verfahren auch elektronisch abgewickelt werden können.

Ebenso wie in der neuen Fassung von § 30 Absatz 1 Satz 2 PAO-E wird die Möglichkeit der Abwicklung über einen einheitlichen Ansprechpartner jedoch auf die Verfahren nach dem EuPAG-E selbst beschränkt und nicht auch auf das Verfahren erstreckt, das in dem (auf der Grundlage von § 10 EuPAG-E noch neu zu fassenden) Vierten Teil der PatAnwAPO für die Ablegung der Eignungsprüfung durch europäische Patentanwälte vorgesehen ist. Die Motive hierfür entsprechen den bereits zu § 30 Absatz 1 Satz 2 PAO-E dargelegten (Artikel 4 Nummer 13). Die Zulässigkeit des Absehens von der Möglichkeit der Verfahrensabwicklung über einen einheitlichen Ansprechpartner im Zusammenhang mit einer Eignungsprüfung ist in Artikel 57a Absatz 2 der Richtlinie ausdrücklich bestimmt.

§ 22 Absatz 2 EuPAG-E entspricht der Regelung in § 30 Absatz 2 Satz 1 PAO mit der Abweichung, dass in Absatz 2 Buchstabe b, aa Absatz 1 Satz 3 EuPAG-E ausdrücklich geregelt wird, dass spezielle Bestimmungen vorgehen. Auf eine Aufnahme auch der Sätze 2 und 3 des § 30 Absatz 2 PAO kann verzichtet werden, da diese nur im einheitlichen Zulassungsverfahren Relevanz entfalten.

Drucksache 18/9521

Zu § 23 EuPAG-E

Mit § 23 EuPAG-E werden alle öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten nach dem EuPAG-E und dem Vierten Teil (§§ 44 bis 44g) der PatAnwAPO der Patentanwaltsgerichtsbarkeit zugewiesen, so dass für sie die Vorschriften der §§ 94a bis 94g PAO-E gelten. Die Vorschrift übernimmt dabei – allerdings anders als dort ausnahmslos – das Regelungskonzept des § 35 EuRAG-E. Streitigkeiten nach dem die vorübergehende Tätigkeit dienstleistender europäischer Patentanwälte betreffenden Teil 2 des EuPAG-E, der vom Regelungsgegenstand des Teil 5 des EuRAG entspricht, sind bei dienstleistenden europäischen Rechtsanwälten nach § 35 EuRAG-E ebenfalls der Anwaltsgerichtsbarkeit zugewiesen, so dass sich insoweit die Übernahme des dortigen Regelungsmodells anbietet. Gleiches gilt für den allgemeine Vorschriften beinhaltenen Teil 4 des EuPAG-E, der dem Teil 6 des EuRAG entspricht. Für die in Teil 5 geregelte Berufsausübung als niedergelassener europäischer Patentanwalt, die bisher im Neuten Teil der PAO geregelt ist, gelten die §§ 94a ff. PAO-E durch die Verweisung in § 154b Absatz 2 Satz 1 PAO (jetzt § 21 Absatz 2 Satz 1 EuPAG-E) auf den Dritten Abschnitt des Fünftens Teils der PAO ohnehin schon.

Inhaltlich anders als bisher nach dem PAZLeigPrG sowie auch zukünftig nach § 35 EuRAG-E für die europäischen Rechtsanwältinnen geregelt ist somit lediglich die Bestimmung, dass nuncmehr auch für die (bisher im PAZLeigPrG geregelten) Gegenstände des Teils 1 des EuPAG-E eine Zuständigkeit der Patentanwaltsgerichtsbarkeit vorgesehen ist. Das betrifft neben den §§ 1 bis 12 EuPAG-E auch die (auf der Grundlage von § 10 EuPAG-E noch zeitnah neu zu fassenden) §§ 44 bis 44g PatAnwAPO. Für diese Bereiche besteht bisher mangels ausdrücklicher anderweitiger Regelung eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte. Anders als bei den europäischen Rechtsanwältinnen nach § 35 EuRAG-E ist dies bei den europäischen Patentanwälten jedoch nicht sachgerecht, da der Grund für die dortige Ausnahme, nach dem die Verwaltungsgerichte auch über die übrigen Prüfungsentscheidungen der für die Eignungsprüfung zuständigen Prüfungsämter für die zweite juristische Staatsprüfung urteilen, hier nicht greift. Vielmehr ist für die übrigen Prüfungsentscheidungen des für die Eignungsprüfung zuständigen Deutschen Patent- und Markenamts ebenfalls die Patentanwaltsgerichtsbarkeit zuständig, da diese auf der Grundlage der §§ 5 ff. PAO und der nach § 12 PAO erlassenen §§ 1 bis 40 PatAnwAPO ergehen und insoweit infolge der Regelung in § 94a Absatz 1 PAO ebenfalls der Rechtsweg zur Patentanwaltsgerichtsbarkeit gegeben ist.

Zu § 24 EuPAG-E

Zu Absatz 1

Die Regelung entspricht der Parallelregelung in § 37 EuRAG-E, so dass im Grundsatz auf die dortigen Motive verwiesen wird (Artikel 2 Nummer 24).

Anders als das EuRAG im dortigen § 37 enthält das PAZLeigPrG bisher keine Regelung zur europäischen Zusammenarbeit. Lediglich für die dienstleistenden europäischen Patentanwälte gilt § 154b Absatz 2 Satz 1 PAO; der der Geltung des Zweiten Abschnitts der PAO und damit auch des § 30 Absatz 1 Satz 1 PAO bestimmt, wobei Letzterer die ergänzende Geltung des VwVfG und damit auch der §§ 8a bis 8c VwVfG zur europäischen Verwaltungszusammenarbeit vorsieht. Zukünftig wird durch § 22 EuPAG-E für das gesamte EuPAG-E die ergänzende Geltung des VwVfG angeordnet, so dass § 24 Absatz 1 EuPAG-E in dem Umfang, in dem die europäische Verwaltungszusammenarbeit durch Rechtsakte der Europäischen Union vorgeschrieben ist, hauptsächlich klarstellende Wirkung entfaltet. Dies betrifft bei den Patentanwälten insbesondere die Verpflichtungen aus Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b, Artikel 8, Artikel 30 Absatz 1 und 2 sowie Artikel 36 Absatz 1 der Richtlinie sowie diejenigen aus Artikel 28 und 29 der Dienstleistungsrichtlinie.

Zu Absatz 2

Absatz 2 lehnt sich an die entsprechende Regelung in § 37 Absatz 2 EuRAG-E an, auf deren Begründung deshalb verwiesen wird. Der Absatz dient bei den Patentanwälten jedoch nicht nur der Umsetzung des Anhangs VII Nummer 1 Buchstabe d Unterabsatz 1 der Richtlinie, sondern insbesondere auch der Umsetzung von Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe b der Richtlinie. Danach kann ein Aufnahmestaat von einem in Deutschland zugelassenen Patentanwalt, der im Aufnahmestaat dienstleistend tätig werden will, die Vorlage einer Bescheinigung über die Rechtmäßigkeit der Niederlassung in Deutschland verlangen.

Zu § 25 EuPAG-E

§ 25 EuPAG-E lehnt sich an § 38 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 24) an und dient wie dieser der Umsetzung von Artikel 56 Absatz 2 der Richtlinie. Auch er entfaltet gegenüber § 8d Absatz 1 Satz 1 VerVtG hauptsächlich klarstellende, insbesondere im Bereich der durch die Richtlinie nicht geregelten niedergelassenen europäischen Patentanwälte nach § 20 EuPAG-E, jedoch auch ergänzende Bedeutung.

Zu Absatz 1

Über die in § 24 Absatz 1 EuPAG-E normierten Pflichten auf Ersuchen anderer Mitgliedsstaaten hinaus begründet Satz 1 in Umsetzung von Artikel 56 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Richtlinie und in Übereinstimmung mit § 38 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E für die Patentanwaltskammer aktive Unterrichtungspflichten über in Deutschland zugelassene Patentanwälte, die zugleich in einem anderen Mitgliedsstaat niedergelassen sind. Wie bei § 38 Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E ist es auch hier ohne Belang, ob der Patentanwalt im anderen Staat ebenfalls zugelassen oder ob er dort nur dienstleistend tätig ist. Dies folgt schon daraus, dass die Richtlinie auch auf in einem anderen Mitgliedsstaat Dienstleistungen erbringende Patentanwälte anwendbar ist. Zum Umfang der Mitteilungspflichten, zum Datenschutz und zum Standort der Regelung wird auf die entsprechend geltenden Ausführungen in den Buchstaben f bis h der Begründung zu § 38 Absatz 1 EuRAG-E verwiesen.

Satz 2 entspricht inhaltlich der Regelung in § 38 Absatz 1 Satz 3 EuRAG-E, auf deren Begründung daher verwiesen werden kann.

Zu Absatz 2

Die Bestimmungen in Absatz 2 entsprechen denjenigen in § 38 Absatz 2 EuRAG-E. Auch hier kann daher auf die Begründung zum EuRAG-E verwiesen werden.

Zu Absatz 3

Da die Richtlinie auch auf in Deutschland dienstleistende europäische Patentanwälte nach § 13 EuPAG-E anwendbar sind, bestimmt Absatz 3 für diese eine entsprechende Geltung des Absatzes 1. Zudem soll Absatz 1 über die unmittelbare Umsetzung der Richtlinie hinaus auch für die in Deutschland niedergelassenen europäischen Patentanwälte gelten, die nach § 20 EuPAG-E Mitglieder der Patentanwaltskammer sind. Denn auch bei diesen Berufungsgehörigen basiert die Tätigkeit in Deutschland (und zwar in noch stärkerem Maße als bei den in Deutschland zugelassenen Patentanwälten) auf der Berufszulassung im Herkunftsstaat, weshalb es hier ebenfalls erforderlich ist, dass auch die zuständigen Stellen im Herkunftsstaat Kenntnis von Sanktionen sowie der Rücknahme und des Widerrufs der Aufnahme in die Patentanwaltskammer erhalten.

Zu Absatz 4

Absatz 4 dient der Umsetzung von Artikel 56 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie und entspricht inhaltlich § 38 Absatz 5 EuRAG-E, auf dessen Begründung deshalb verwiesen wird. Absatz 4 gilt nur für in Deutschland zugelassene Patentanwälte und nicht für in Deutschland nach § 13 EuPAG-E dienstleistende oder nach § 20 EuPAG-E niedergelassene Patentanwälte. Denn nach Artikel 56 Absatz 2 Unterabsatz 2 der Richtlinie ist nur das Ergehen einer Prüfung im Herkunftsstaat mitzuteilen, wobei Deutschland jedoch in Bezug auf die hier nach den §§ 13 oder 20 EuPAG-E dienstleistenden oder niedergelassenen europäischen Patentanwälte nicht Herkunftsf-, sondern Aufenthaltsstaat ist.

Zu § 26 EuPAG-E

Die Vorschrift bestimmt aus Gründen der Vereinfachung der sprachlichen Darstellung in den einzelnen Normen des EuPAG-E namentlich allgemein, dass der in EuPAG-E verwendete Begriff „Mitgliedsstaaten“ neben den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auch die übrigen Mitgliedsstaaten des EWR (d. h. Island, Liechtenstein und Norwegen) sowie die Schweiz erfasst. Der Geltungsbereich entspricht damit dem Anwendungsbereich der Richtlinie und auch denjenigen der bisherigen §§ 1 PAZLignPrG und 154a PAO.

Zu § 27 EuPAG-E

Die Regelung entspricht in Bezug auf das Verfahren nach § 1 EuPAG-E dem bisherigen § 12 PAZLignPrG. Die Erforderlichkeit der statistischen Erfassung folgt aus der in Artikel 60 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 der Richtlinie festgelegten Berichtspflicht gegenüber der Europäischen Kommission.

Im Vergleich zu § 12 PAZLignPrG neu aufgenommen worden Verfahren nach § 12 EuPAG-E, in denen ein partieller Zugang zum Beruf des Patentanwalts begehrt wird. Dieses Erfordernis folgt aus der in Artikel 60 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie ausdrücklich betonten Berichtspflicht.

Zudem werden die Meldungen der dienstleistenden europäischen Patentanwälte nach § 15 EuPAG-E neu aufgenommen; dieses Erfordernis folgt wiederum aus Artikel 60 Absatz 1 Unterabsatz 1 Satz 2 der Richtlinie. Da zukünftig damit auch die Dienstleistungsfreiheit betreffenden Entscheidungen erfasst werden, entfällt in § 27 Satz 2 EuPAG-E im Vergleich zu § 12 Satz 2 PAZLignPrG die bisherige Herausnahme des die Dienstleistungsfreiheit betreffenden § 17 Absatz 2 Nummer 4 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BQFG) aus der Verweisung auf § 17 BQFG.

Zu § 28 EuPAG-E

Die Vorschrift ist § 39 EuRAG nachgebildet; die dortigen Motive gelten entsprechend.

Zu § 29 EuPAG-E

Die im Wesentlichen § 42 Absatz 1 EuRAG nachgebildete Vorschrift bestimmt sowohl für die dienstleistenden europäischen Patentanwälte nach den §§ 13 ff. EuPAG-E als auch für die niedergelassenen europäischen Patentanwälte nach den §§ 20 und 21 EuPAG-E die Geltung der Strafvorschriften über die Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 303 Absatz 1 Nummer 3, Absatz 3 bis 5, §§ 204 und 205 StGB), die Gebührenüberhebung (§ 352 StGB) und den Parteiverrat (§ 356 StGB). Während die Patentanwälte in § 203 Absatz 1 Nummer 3 StGB ausdrücklich genannt werden, ist allgemein anerkannt, dass sie in den §§ 352 und 356 StGB unter den Begriff der „Anwälte“ fallen (vgl. Fischer, Strafrechtbuch, 58. Auflage 2011, § 352 StGB, Rn. 3 und § 356 StGB, Rn. 2a). Anders als in § 42 EuRAG ist dagegen die Vorschrift über die Straflosigkeit der Nichtanzeige geplanter Straftaten (§ 139 Absatz 3 Satz 2 StGB) nicht in Bezug zu nehmen, da Patentanwälte dieser nicht unterfallen.

Die Geltung der Vorschriften für die (in den §§ 13 ff. EuPAG-E erstmals geregelten) dienstleistenden europäischen Patentanwälte stellt dabei den Gleichklang zu dem für die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte nach den §§ 25 ff. EuRAG geltenden § 42 EuRAG-E her und erscheint wie auch dort geboten, weil andernfalls in Anbetracht des Analogieverbots aus Artikel 103 Absatz 2 GG und § 1 StGB fraglich wäre, ob die strafrechtlichen Vorschriften anwendbar wären (vgl. Lohrer in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Auflage 2014, § 42 EuRAG, Rn. 2).

Soweit die niedergelassenen europäischen Patentanwälte auch bisher schon (in den §§ 154a und 154b PAO) geregelt sind, ohne dass die angeführten Strafvorschriften für sie gelten, erscheint dies aus denselben Gründen wie bei den niedergelassenen ausländischen Rechtsanwälten nach den §§ 206 und 207 BRAO nicht mehr sachgerecht. Insoweit wird auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 61 Buchstabe c verwiesen.

Von einer § 42 Absatz 2 EuRAG entsprechenden strafrechtlichen Vorschrift zum Schutz ausländischer Berufsbezeichnungen für Patentanwälte soll dagegen abgesehen werden, da diese nicht zwingend erforderlich erscheint und sie ohne die aufgehobene Anlage zu § 1 PAZLignPrG rechtstechnisch auch nicht umzusetzen wäre.

Zu § 30 EuPAG-E

Die Umsetzung der Änderungen bei den Bestimmungen zu den Prüfungsfächern und den Prüfungsleistungen bei der Eignungsprüfung der europäischen Patentanwälte in den §§ 5 und 6 EuPAG-E kann erst dann erfolgen, wenn auch die PalAnwPO entsprechend geändert wurde. Zudem ist hier auch eine gewisse Vorlaufzeit zu berücksichtigen, in der sich die Prüflinge auf die neuen Inhalte vorbereiten und die neuen Klausuren entwerfen werden können. Die entsprechenden Änderungen sollen daher erst zum 1. Oktober 2017 in Kraft treten.

Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die denselben Regelungsbereich betreffenden derzeitigen Regelungen der §§ 5 und 6 PAZLignPrG noch in Kraft bleiben.

Zu Artikel 6 (Änderung des Rechtsdienstleistungsgesetzes)

In dem am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen RDG waren die Vorgaben der Richtlinie in ihrer Fassung vom 7. September 2005 bereits berücksichtigt worden, so dass hier ein etwas geringerer Änderungsbedarf als bei den Rechtsanwältinnen und Patentanwälten besteht.

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wird an die Einfügung des § 14a RDG-E angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 1 RDG-E)**a) Anlass der Neuregelung**

Die Änderungen des § 1 und teilweise auch des § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG-E sind durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 17. Dezember 2015 in der Rechtssache C-342/14 veranlasst.

aa) Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs

Der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs lag ein Fall zugrunde, in dem eine in einem anderen Mitgliedsstaat ansässige Steuerberatungsgesellschaft für ihre Mandantin eine Steuererklärung bei einem deutschen Finanzamt eingereicht hatte. Das deutsche Finanzamt hatte die Steuerberatungsgesellschaft dabei als Bevollmächtigte mit der Begründung zurückgewiesen, dass sie nicht befugt sei, im Inland geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen zu leisten.

Im Mittelpunkt der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs stand die Regelung des § 3a StBerG. Diese bestimmt, in welchen Fällen in anderen Mitgliedsstaaten ansässige Steuerberater bzw. Steuerberatungsgesellschaften (im Folgenden: EU-Steuerberater) vorübergehend und gelegentlich in der Bundesrepublik Deutschland tätig werden dürfen. § 3a Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 StBerG sieht dabei vor, dass EU-Steuerberater dann „auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ tätig werden dürfen, wenn sie zuvor eine bestimmten Kriterien genügende Meldung ihrer beabsichtigten Tätigkeit vorgenommen haben. Eine weitere Voraussetzung dazu, ob (und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen) EU-Steuerberater im Inland tätig werden dürfen, die – wie im Vorlagefall – beabsichtigen, hier tätig zu werden, ohne sich dabei auf das Bundesgebiet zu beschränken, enthält das StBerG nicht. Nach der Rechtsauffassung des beteiligten deutschen Finanzamts, die auch im Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof vorgetragen wurde, ergab sich daraus, dass eine solche Tätigkeit unzulässig ist.

Bei der Regelung des § 3a StBerG handelt es sich um die Umsetzung des die Dienstleistungsfreiheit betreffenden Titels II der Richtlinie, der nach Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie regelt, welche Bestimmungen gelten, wenn sich ein Dienstleister zur vorübergehenden und gelegentlichen Ausübung in einem anderen Mitgliedsstaat begibt. Die Umsetzung des Titels II der Richtlinie im StBerG als solche hat der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil nicht beanstandet. Insbesondere hat er die Auffassung vertreten, dass der Titel II der Richtlinie ausschließlich die Fallkonstellationen erfasste, in denen sich ein Dienstleister tatsächlich in einem anderen Mitgliedsstaat begibt (obwohl man in Anbetracht der Grundaussage des Artikels 5 Absatz 1 der Richtlinie möglicherweise auch zu einem anderen Ergebnis hätte kommen können). Die im vorliegenden Fall maßgebliche Frage, ob Deutschland EU-Steuerberatern, die aus deren Mitgliedsstaat heraus im Inland tätig werden wollen, dies zumindest unter bestimmten Umständen erlauben muss, lässt sich nach der Auffassung des Europäischen Gerichtshofs also nicht anhand der Richtlinie beantworten.

Ferner sieht der Europäische Gerichtshof auf diesen Fall auch die Dienstleistungsrichtlinie als nicht anwendbar an, weil nach dessen Artikel 17 Nummer 6 dessen die Dienstleistungsfreiheit betreffender Artikel 16 auf Fälle, in denen (wie im vorliegenden Fall) Tätigkeiten den Angehörigen eines bestimmten Berufs vorbehalten sind, nicht anwendbar ist.

Im Ergebnis konstatiert der Europäische Gerichtshof daher zu dem Ergebnis, dass die vorgenannte Fallkonstellation allein Artikel 56 AEUV unterfällt. Dieser verbietet der Gewährleistung der Dienstleistungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union die Diskriminierung von Dienstleistern aus anderen Mitgliedsstaaten. Aus Artikel 56 AEUV folgt dabei nach dem Europäischen Gerichtshof für den vorliegenden Fall, dass jedenfalls EU-Steuerberatern die diejenigen Voraussetzungen erfüllen, die auch an deutsche Steuerberater gestellt werden, die Möglichkeit offenzulassen, ihre Dienstleistungen vorübergehend und gelegentlich in Deutschland zu erbringen. Eine vorüberhaltlose Ermöglichung der Dienstleistungen sei dagegen nicht gefordert; Vorgaben, die aus zwingenden Gründen

des Allgemeininteresses (wie z. B. des Verbraucherschutzes) erforderlich und verhältnismäßig seien, dürfen vor-gesehen werden. Da jedoch die derzeitige Rechtslage im Bereich der Steuerberatung überhaupt keine Möglichkeit einer allein aus anderen Mitgliedsstaaten heraus erfolgenden vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistung eröffne, sei sie mit Artikel 56 AEUV nicht vereinbar.

bb) Bedeutung des Urteils für das RDG

Die Konstruktion des § 15 RDG entspricht derjenigen des § 3a StBerG; insbesondere sieht der Wortlaut des § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG ebenso wie § 3a Absatz 1 Satz 1 StBerG eine Tätigkeit des vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätigen Rechtsdienstleisters „auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ vor. Sofern diese Beschränkung zur Folge hätte, dass es für in anderen Mitgliedsstaaten rechtmäßig niedergelassene Rechtsdienstleister grundsätzlich unmöglich wäre, lediglich aus ihrem Staat heraus in Deutschland tätig zu werden, ohne dabei das Bundesgebiet zu betreten, würde diese Tatsache nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs folglich ebenfalls gegen Artikel 56 AEUV verstößen. In der Praxis ist insoweit z. B. an Fälle zu denken, in denen eine in Deutschland ansässige Person von einem in einem anderen Mitgliedsstaat ansässigen Rechtsdienstleister in einem ausländischen Recht Rechtsrat einholt, den dieser ihm schriftlich erteilt; vor allem aber auch an solche Fälle, in denen ein in einem anderen Mitgliedsstaat ansässiger Inkassodienstleister im Auftrag seiner Mandatschaft Mahnschreiben an im Inland ansässige Schuldner versendet.

In den vorstehenden Fällen kann allerdings nur dann ein Verstoß gegen das grundsätzlich bestehende Erfordernis einer bestehenden Befugnis zur Erbringung außergerichtlicher Rechtsdienstleistungen nach § 3 RDG vorliegen, wenn diese überhaupt dem (räumlichen) Anwendungsbereich des RDG unterfallen.

Nachdem das am 1. Juli 2008 vom RDG abgelöste Rechtsberatungsgesetz keine Regelung zum räumlichen Geltungsbereich enthielt, wurde bisher auch im RDG auf eine Festlegung des räumlichen Anwendungsbereichs verzichtet (vgl. dazu Deckenbrock in: Deckenbrock/Lensner, RDG, 4. Auflage 2015, § 1 RDG, Rn. 32). Auch ohne eine solche Regelung erscheint aber klar, dass auch für das RDG zunächst das Territorialitätsprinzip gilt, nach dem seine Anwendbarkeit zumindest voraussetzt, dass die Tätigkeit des ausländischen Rechtsdienstleisters selbst in irgendeiner Form auch das Bundesgebiet berührt (so auch Deckenbrock, a. O. Rn. 34). Führt also eine im Inland ansässige Person ins Ausland und holt dort Rechtsrat ein, kann dies auch dann nicht dem RDG unterfallen, wenn sie selber die Ergebnisse dieser Beratung später in Deutschland verwendet. Schwieriger zu beantworten ist dagegen die Frage, ob insbesondere das Versenden von Schreiben durch den Rechtsdienstleister nach Deutschland ausreichend sein kann, um die Anwendbarkeit des RDG zu begründen. Der Bundesgerichtshof hat insoweit in einer noch zum Rechtsberatungsgesetz ergangenen Entscheidung (NJW 2007, S. 596), der allerdings eine aus dem Ausland heraus betriebene Schuldenermittlung zugrunde lag, verschiedene Kriterien herausgearbeitet, anhand derer im Einzelfall zu beurteilen sein soll, ob der Schwerpunkt des der Rechtsdienstleistung jeweils zugrunde liegenden Falles im Inland oder im Ausland liegt; nur im ersgennannten Fall solle dabei eine Anwendbarkeit des RDG vorliegen. Als wesentliche Kriterien hat der Bundesgerichtshof hierbei vor allem den Wohnsitz der Rechtsanwältin beauftragenden Person und der weiteren Beteiligten, die Anwendbarkeit des deutschen Rechts auf den Fall und den künftigen Gerichtsstand angesehen. Diese Rechtsprechung lag der Bundesgerichtshof auch zum RDG fortgesetzt (NJW 2014, S. 847). Der letztgenannten Entscheidung lag der Fall zugrunde, dass eine von einem Inländer bei einer deutschen Versicherung abgeschlossene Lebensversicherung, die er später an eine in einem anderen Mitgliedsstaat ansässige Gesellschaft abgetreten hatte, von dieser Gesellschaft aus abgetretenem Recht (insoweit als Inkassodienstleistung nach § 2 Absatz 1 Satz 1 RDG) gegenüber der Versicherung geltend gemacht wurde. Auch hier hat der Bundesgerichtshof den Schwerpunkt des Falles aufgrund des Sitzes des Versicherers und des Versicherten sowie des dem Versicherungsvertrag und der aus ihm geltend gemachten Forderungen zugrunde liegenden deutschen Rechts in Deutschland und das RDG folglich als anwendbar gesehen.

Aus dem Vorstehenden folgt, dass in Anbetracht der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs derzeit tatsächlich Fälle gegeben sein können, in denen allein bei der Versendung von Schreiben nach Deutschland die Anwendbarkeit des RDG zu bejahen ist. In Ansehung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs folgt daraus dann aber auch, dass in solchen Fällen für Rechtsdienstleister aus anderen Mitgliedsstaaten die Möglichkeit bestehen muss, im Inland vorübergehend und gelegentlich tätig zu werden. Da der entsprechend § 3a StBerG ausgestaltete § 15 RDG dies derzeit jedoch nicht ermöglicht, besteht Änderungsbedarf.

b) Gegenstand der Neuregelung

aa) Änderung des § 15 RDG-E

Zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs ist zunächst vorgesehen, die in § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG derzeit enthaltene Beschränkung, nach der die Norm nur Sachverhalte betrifft, in denen ausländische Rechtsdienstleister „auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ tätig werden, aufzuheben und die Bestimmung auf Fälle zu erweitern, in denen diese „in der Bundesrepublik Deutschland“ tätig werden. Hierzu gehören dann auch Sachverhalte, in denen der Rechtsdienstleister lediglich aus seinem Niederlassungssitz heraus an einen Adressaten im Inland schreibt. Die in § 15 RDG vorgesehenen Meldevorschriften erscheinen – jedenfalls in Verbindung mit den beabsichtigten Änderungen in § 1 RDG – auch für die Fälle des Handels nur aus einem anderen Mitgliedstaat heraus als angemessen, um unqualifizierter Rechtsberatung entgegenzuwirken. Zu berücksichtigen ist dabei einerseits, dass schärfere als bisher in § 15 RDG enthaltene Voraussetzungen schon deshalb ausschließen, weil nicht begründet werden könnte, warum für die vorübergehende Erbringung von Dienstleistungen auf deutschem Gebiet weniger strenge Vorschriften gelten sollten als für das Handeln aus dem Ausland heraus. Andererseits erscheint aber auch eine (nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs grundsätzlich mögliche) völlige Freigabe insbesondere von Schreiben aus dem Ausland nicht sachgerecht. Zu denken ist hier insbesondere an die Fälle von Inkassodienstleistungen, in denen unter anderem von den Verbraucherschutzorganisationen immer wieder zahlreiche Missstände angeprangert werden, und zwar vor allem auch dann, wenn Inkassoverfahren aus dem Ausland heraus betrieben werden. Unter anderem durch gesetzgeberische Maßnahmen wie insbesondere die durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken vom 1. Oktober 2013 erfolgte Einführung der Darlegungs- und Informationspflichten nach § 11a RDG ist in der Vergangenheit viel unternommen worden, um zur Gewährleistung eines wirksamen Verbraucherschutzes eine akzeptable Qualität von Inkassomaßnahmen sicherzustellen. Diese Anforderungen dürfen nicht dadurch umgangen werden können, dass Dienstleistungen einfach ins Ausland verlagert werden. Zudem würde eine Freigabe sämtlicher rein schriftlicher Tätigkeit in Deutschland eine grundlegende Abkehr von der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bedeuten, für die kein Anlass ersichtlich ist.

bb) Änderung des § 1 RDG-E

Im Zuge der durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs erforderlichen Neuregelung bedarf jedoch nicht nur § 15 RDG, sondern auch § 1 RDG einer Novellierung. Zum einen erscheint es schon aus allgemeinen Erwägungen wie der Rechtssicherheit und der Verständlichkeit von Gesetzen sinnvoll, den bisher nur durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs etwas näher eingegrenzten räumlichen Geltungsbereich des RDG auch gesetzlich zu kodifizieren. Dies gilt im vorliegenden Fall umso mehr, weil jedenfalls Inkassotätigkeiten ohne erforderliche Erlaubnis in Deutschland nach § 20 Absatz 1 Nummer 2 bzw. Absatz 2 Nummer 3 RDG Ordnungswidrigkeiten darstellen, deren Tatbestände hinreichend sicher umschrieben sein müssen.

Zu Buchstabe a

Eine präzise Regelung ist aber vor allem auch deshalb erforderlich, weil es als unverhältnismäßiger und nicht zu rechtfertigender bürokratischer Aufwand erschiene, wenn europäische Rechtsdienstleister in jedem Fall, in dem sie Schreiben nach Deutschland senden, vorher eine Meldung nach § 15 RDG-E vornehmen müssen. Deshalb soll zwar der Anwendungsbereich des RDG in § 1 Absatz 1 Satz 1 RDG-E grundsätzlich auf alle Fälle ausgedehnt werden, in denen ausländische Rechtsdienstleister selber in irgendeiner Weise selbst in das Bundesgebiet hineinwirken. Dies soll ebenso wie in § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG-E durch die Einfügung der Wörter „in der Bundesrepublik Deutschland“ geschehen. Gleichzeitig sollen durch einen neuen Absatz 2 des § 1 RDG-E jedoch solche Fälle aus dem Anwendungsbereich des RDG herausgenommen werden, in denen die Schutzzwecke des RDG nicht in der Form berührt scheinen, dass eine Geltung des deutschen Rechts auf sich größtenteils im Ausland ereignende Sachverhalte angemessen wäre.

Zu Buchstabe b

Als solche Fälle sollen nach § 1 Absatz 2 RDG-E grundsätzlich diejenigen gelten, in denen der ausländische Rechtsdienstleister allein aus dem Ausland heraus handelt, ohne selbst das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu betreten (also insbesondere diejenigen, in denen ein ausländischer Rechtsdienstleister mit seiner in Deutschland ansässigen Mandatantschaft schriftlich korrespondiert). Denn in diesen Fällen wird die Leistung des

Rechtsdienstleister nahezu vollständig im Ausland erbracht, was es vom Ansatz her erst einmal nahelegt, auf sie kein deutsches Recht anzuwenden. Zudem handelt es sich um die freie Entscheidung der Mandatantschaft, Rechtsrat in Deutschland oder im Ausland mit den daraus jeweils folgenden Konsequenzen einzuziehen. Die Mandatantschaft kann in einem solchen Fall nicht darauf vertrauen, dass auf die fast ausschließlich im Ausland erbrachte Leistung des Rechtsdienstleisters deutsches Recht anwendbar ist.

Allerdings kann auch dieser Ansatz aufgrund der Schutzzwecke des RDG, die nach dessen § 1 Absatz 1 Satz 2 nicht nur den Schutz der Mandatantschaft, sondern auch den des Rechtsverkehrs und der Rechtsordnung vor unqualifizierter Rechtsberatung umfassen, nicht ohne Einschränkungen gelten. Die Anwendbarkeit des RDG soll daher – wie dies § 1 Absatz 2 Nummer 1 RDG-E bewirken soll – grundsätzlich dann bestehen bleiben, wenn sich die aus dem Ausland heraus erbrachte Rechtsdienstleistung an eine andere (natürliche oder juristische) Person als die Mandatantschaft wendet. Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen Rechtsdienstleister Vertragspartner ihrer Mandatantschaft (z. B. bei Inkassodienstleistungen deren Schuldner) selbst ansprechen oder gegenüber Behörden selbst auftreten. Da die in diesen Fällen betroffenen Schuldner oder Behörden keine Einflussmöglichkeit darauf haben, wer ihnen gegenüber auftritt, wäre es nicht zu rechtfertigen, wenn sie allein aufgrund einer Entscheidung der Rechtsdienstleister beauftragenden Person nicht mehr dem Schutz des RDG unterfielen. Ein besonders prägnantes Beispiel sind insoweit die Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen nach § 11a RDG, die dem Schuldner das Verständnis der gegen ihn erhobenen Forderungen ermöglichen sollen.

Schließlich bedarf jedoch auch dieser Grundsatz noch einer Ausnahme, die durch die Nummer 2 des § 1 Absatz 2 RDG-E Berücksichtigung finden soll: Soweit sich das Rechtsverhältnis, aus dem heraus insbesondere ein Schuldner in Anspruch genommen wird, nicht nach deutschem Recht richtet, besteht bei nahezu ausschließlich im Ausland erbrachten Rechtsdienstleistungen kein Grund, dem Schuldner den Schutz des RDG zu gewähren. Denn wenn sich der Schuldner selber freiwillig entschieden hat, ein Rechtsverhältnis nach ausländischem Recht abzuschließen, kann er nicht darauf vertrauen, in der Abwicklung dieses Rechtsverhältnisses dem Schutz des deutschen RDG zu unterfallen. Hat z. B. ein in Deutschland ansässiger Käufer in Frankreich einen Gegenstand erworben und ist auf den Kaufvertrag französisches Zivilrecht anwendbar, sollte es dem in Frankreich ansässigen Verkäufer in dem Fall, in dem der Käufer seinen Zahlungspflichten nicht nachkommt, auch möglich sein, ein französisches Inkassobüro zu beauftragen, ohne dass dieses dann das deutsche RDG (d. h. insbesondere dessen Melde- sowie Darlegungs- und Informationspflichten) beachten muss. Ob auf den Vertrag deutsches Recht anwendbar ist, bestimmt sich nach den Vorschriften der Rom I-Verordnung.

Im Ergebnis dürfte die beabsichtigte Neuregelung in Bezug auf die Anwendbarkeit des RDG in den allermeisten Fällen zu denselben Ergebnissen wie die eingangs skizzierte bisherige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs führen. Denn sie stellt ebenfalls auf die auch vom Bundesgerichtshof als wesentlich erachteten Faktoren des Sitzes der betroffenen Personen und des auf das zugrunde liegende Rechtsverhältnis anwendbaren Rechts ab. Die Neuregelung vermeidet im Sinne der Rechtssicherheit allerdings bewusst den derzeitigen Ansatz des Bundesgerichtshofs, neben den in ihr konkret genannten Kriterien noch weitere Kriterien einzubeziehen und aus einer Gesamtbetrachtung aller Kriterien dann eine Gesamtwürdigung vorzunehmen. Denn dieser Ansatz kann je nach der (subjektiven) Einschätzungen gegenüber anfalligen) Gewichtung der einzelnen Kriterien leicht zu unterschiedlichen Ergebnissen führen, die gerade auch für ausländische Rechtsdienstleister (an die sich die Regelung wendet) schwer vorhersehbar sein dürften. Im Ergebnis erscheint daher die in der Sache als ausreichend anzusehende Beschränkung auf die wesentlichsten, für alle Beteiligten objektiv nachvollziehbaren Kriterien am sinnvollsten.

Abschließend ist anzumerken, dass die vorsehend entwickelte Lösung, die sich maßgeblich an den Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs für solche Rechtsdienstleister orientiert, die in anderen Mitgliedstaaten ansässig sind und in Deutschland vorübergehend und gelegentlich Rechtsdienstleistungen erbringen wollen, auch insoweit als angemessen erscheint, als Rechtsdienstleister in Nicht-EU-Staaten ansässig sind (wobei unter die Rechtsdienstleister in diesem Sinne auch Rechtsanwälte und Patentanwälte fallen, soweit deren Tätigkeiten nicht nach anderen Gesetzen wie der BRAG zulässig sind). Denn für die Frage, welche deutschen Schutzzwecke in welchem Maß betroffen sind, macht der Sitz des Rechtsdienstleisters keinen maßgeblichen Unterschied. Für Rechtsdienstleister aus Nicht-EU-Staaten, die nur vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätig werden wollen, ergeben sich aus der Regelung allerdings andere Rechtsfolgen, da ihnen in den Fällen, in denen das RDG anwendbar ist, nicht die Möglichkeit offensteht, ihre Tätigkeit nach einer Meldung nach § 15 RDG zu erbringen. Dies ist allerdings die Folge fehlender bi- oder multilateraler Abkommen in diesem Bereich und stellt keine Änderung der bisherigen Rechtslage dar. Diese Problematik kann (insbesondere auch in den Fällen, in denen Rechtsdienstleistungen im Wege des sogenannten „fly in, fly out“ erbracht werden sollen) durch eine einstufige deutsche Regelung zugunsten

der Rechtsdienstleister aus Nicht-EU-Staaten (ohne gleichzeitige Regelungen der Nicht-EU-Staaten zugunsten deutscher Rechtsdienstleister) nicht befriedigend gelöst werden. Nicht in der Europäischen Union ansässige Rechtsdienstleister müssen daher, soweit ihre Tätigkeit in Deutschland zulassungsfähig ist, auch bei nur vorübergehender und gelegentlicher Tätigkeit zunächst eine Registrierung nach § 10 RDG erwirken.

Zu Buchstabe c

Die Verschärfung des bisherigen Absatzes 2 in den neuen Absatz 3 bringt keine inhaltlichen Änderungen mit sich. Hinzuweisen ist insoweit jedoch auf die Regelung des § 3 Absatz 2 des Telemediengesetzes (TMG), die die Erbringung von Dienstleistungen aus einem anderen Mitgliedstaat heraus über Kommunikations- und Informationsdienste, d. h. über Internet und E-Mail, betrifft. Nach dieser auf die E-Commerce-Richtlinie (Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 178 vom 17. 7. 2000, S. 1) zurückgehenden Regelung unterliegen die Dienstleistungserbringer bei einer Erbringung ihrer Leistung über Internet oder E-Mail auch bei einer grenzüberschreitenden Tätigkeit (wie z. B. dem Versenden einer E-Mail aus einem anderen Mitgliedstaat nach Deutschland) grundsätzlich lediglich den Anforderungen ihres Herkunftsstaates. Zumindest nach der herrschenden Meinung in der Literatur (vgl. dazu Deckenbrock in: Deckenbrock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2015, § 1 RDG, Rn. 44, 45 m. w. N.) ist die E-Commerce-Richtlinie auch auf Rechtsdienstleistungen anwendbar und geht dem RDG in ihrem Anwendungsbereich vor. Danach gelten unter anderem die Meldepflichten des RDG für über Telemedien erbrachte Dienstleistungen nicht. Maßnahmen gegen (rechtsdienstleistende) Diensteanbieter aus anderen Mitgliedstaaten wären nach § 3 Absatz 5 Satz 1 Nummer 3 TMG nur bei einem verbraucherschädigenden Verhalten des Rechtsdienstleisters möglich.

Folgt man der vorschend dargelegten Rechtsauffassung, stützt dies im Ergebnis auch noch einmal den gewählten Ansatz, rechtsberatende Tätigkeiten, bei denen der Rechtsdienstleister ausschließlich aus dem Ausland mit einem in Deutschland ansässigen Mandanten kommuniziert, nicht in den Anwendungsbereich des RDG fallen zu lassen. Denn es würde wenig Sinn machen, danach zu unterscheiden, ob der Rechtsdienstleister in einem solchen Fall schriftlich bzw. telefonisch (d. h. außerhalb des Anwendungsbereichs des TMG) oder per E-Mail bzw. Internet (d. h. innerhalb des Anwendungsbereichs des TMG) kommuniziert, zumal er dabei auch ein Schreiben nur einzuscanen und elektronisch versenden bräuthe, um in den Anwendungsbereich des TMG zu gelangen.

Zu Nummer 3 (§ 10 RDG-E)

Zu Buchstabe a

Mit der Änderung des § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG wird zur Umsetzung des Artikels 4f der Richtlinie ein partieller Zugang zu den im RDG geregelten Rechtsdienstleistungen ermöglicht. Während unter der Geltung des am 1. Juli 2008 durch das RDG abgelösten Rechtsberatungsgesetzes nach § 2 Absatz 1 der Ersten Verordnung zur Ausführung des Rechtsberatungsgesetzes eine Erlaubnis ohne weiteres auf Teile der nach im Rechtsberatungsgesetz aufgeführten Sachgebiete beschränkt werden konnte, war diese Möglichkeit mit Inkrafttreten des § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG entfallen. Eine auf Teilbereiche beschränkte Registrierung ist daher derzeit nur dann möglich, wenn dieser Teilbereich zuvor durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Rahmen einer Rechtsverordnung bestimmt wurde. Davon wurde bisher in § 1 RDV nur für den Bereich der Rechtsdienstleistungen in einem ausländischen Recht nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 RDG und dort auch nur für die Teilbereiche des gewerblichen Rechtsschutzes und des Steuerrechts Gebrauch gemacht (wodurch vor allem ausländischen Patentanwälten und Steuerberatern eine auf ihre Tätigkeitfelder beschränkte Beratung im ausländischen Recht ermöglicht wird).

Diese Einschränkungen eines partiellen Zugangs lassen sich mit Artikel 4f der Richtlinie nicht vereinbaren. Denn danach müssen Personen, die in anderen Mitgliedstaaten befragt sind, Teilbereiche der in § 10 RDG genannten Rechtsdienstleistungen zu erbringen, diese auch in Deutschland erbringen können müssen, sofern die Voraussetzungen des Artikels 4f der Richtlinie erfüllt sind. Eine grundsätzliche Verweigerung eines partiellen Zugangs könne nur dann in Betracht, wenn keine Teilbereiche denkbar wären, die sich von den anderen unter die jeweilige Rechtsdienstleistung nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 RDG fallenden Tätigkeiten trennen lassen (vgl. Artikel 4f Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c in Verbindung mit Unterabsatz 2 der Richtlinie) oder wenn in jedem Fall zwingende Gründe des Allgemeininteresses eine beschränkte Registrierung ausschließen würden (vgl. dazu Artikel 4f Absatz 3 der Richtlinie). Dass dem im Bereich des RDG nicht so ist, zeigt (abgesehen davon, dass bis 2008 entsprechende Teilgenehmigungen erteilt wurden) schon die Tatsache, dass der geltende § 10 Absatz 1

Satz 2 RDG solche Teilregistrierungen prinzipiell für denkbar erachtet, jedoch eben nur an eine vorherige Bestimmung durch eine Rechtsverordnung knüpft. Danach muss also zumindest für Personen, die in anderen Mitgliedstaaten befragt sind, in Teilbereichen der in § 10 Absatz 1 Satz 1 RDG genannten Bereiche tätig zu werden, ein partieller Zugang ermöglicht werden. Die praktisch relevanten Fälle werden hierbei ganz überwiegend im Bereich des § 10 Absatz 1 Absatz 1 Nummer 3 RDG liegen, d. h. der Beratung in einem ausländischen Recht. Wie schon im allgemeinen Teil der Begründung dargelegt erscheinen insoweit verschiedentlich Teilbereiche denkbar, in denen in anderen Mitgliedstaaten eine isolierte Erlaubnis zur Rechtsberatung besteht. Da dies unmöglich alle in der RDV sonstigen vorausschauend erfasst werden können, kann das bisherige Modell des § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG nicht aufrechterhalten werden. Vielmehr muss ein an die Bedingungen des Artikels 4f der Richtlinie geknüpfter Zugang möglich sein. Wenn dieser nun aber nur Personen gestattet würde, die diesen Teilbereich auch in anderen Mitgliedstaaten ausüben dürfen, würde dies im Endeffekt zu einer Inländerdiskriminierung führen. Eine solche erschiene unter anderem auch deshalb nicht gerechtfertigt, weil bis 2008 noch allgemein Teilgenehmigungen ausgestellt wurden und solche auch durch den derzeitigen § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG für grundsätzlich denkbar erachtet werden.

Im Ergebnis sieht der neue § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG-E daher vor, dass eine Registrierung für Teilbereiche der in seinem Satz 1 gezeigten Bereiche (auch für Inländer) in Betracht kommt, wenn die Voraussetzungen von Artikel 4f Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe c und Absatz 3 der Richtlinie erfüllt sind. Von einer Aufnahme der Voraussetzung nach Artikel 4f Absatz 1 Unterabsatz 1 Buchstabe b der Richtlinie wird dagegen abgesehen. Denn im Bereich der Inkassodienstleistungen und der Rentenberatung wären die im Vergleichsweise heranzuziehenden deutschen Ausbildungsprogramme kaum hinreichend sicher zu bestimmen; im Bereich der Rechtsdienstleistungen im ausländischen Recht existieren solche überhaupt nicht.

Die Frage, ob sich bestimmte Tätigkeiten von anderen trennen lassen, wird zukünftig dem Ansatz des § 4f Absatz 1 der Richtlinie entsprechend im Einzelfall von den zuständigen Behörden zu entscheiden sein. An der Trennbarkeit kann es insbesondere dann fehlen, wenn zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Rechtsberatung nur Kenntnisse auf dem jeweiligen Spezialgebiet, sondern auch darüber hinaus erforderlich sind oder das Spezialgebiet sonst häufig mit anderen den rechtsberatenden Personen nicht geläufigen Rechtsgebieten eng verflochten ist. Das Vorschende gilt unter anderem auch für die derzeit in der Literatur erörterte Frage, ob im Bereich der Rentenberatung Teilregistrierungen zulässig sein sollten (vgl. dazu Rilling in: Deckenbrock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2015, § 1 RDV, Rn. 3 m. w. N.; zur Registrierungspraxis unter dem Rechtsberatungsgesetz vgl. Werling, Die Rentenversicherung 2015, S. 99 ff.). Soweit eine antragstellende Person allerdings befragt ist, die von ihr in Deutschland angestrebte Tätigkeit in ihrem Herkunftsstaat isoliert ausüben zu dürfen, muss dies nach Artikel 4f Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie stets berücksichtigt werden.

Zwingende Gründe des Allgemeininteresses können insbesondere solche des Verbraucherschutzes sein. An solche kann z. B. zu denken sein, wenn für den Rechtsuchenden nicht mehr hinreichend erkennbar ist, über welche Kenntnisse die rechtsberatende Person verfügt und ob diese für seinen Fall ausreichend sind.

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG-E, die klarstellt, dass dann, wenn die Registrierung nur für einen Teilbereich erfolgen soll, dies im Antrag auch anzugeben ist.

Zu Buchstabe c

Mit dem neuen Satz 3 des § 10 Absatz 3 RDG wird Artikel 4f Absatz 3 Satz 3 der Richtlinie umgesetzt. Die Norm dient dem Schutz der Rechtsuchenden, für die es bei einer auf einen Teilbereich beschränkten Registrierung häufig schwierig sein wird, die Kompetenzen der rechtsberatenden Person richtig einzuschätzen. Da der partielle Zugang in § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG-E nicht nur auf Berufungsgehörige aus anderen Mitgliedstaaten beschränkt ist, gilt § 10 Absatz 3 Satz 3 RDG-E ebenfalls für alle partiell tätigen Personen.

Zu Nummer 4 (§ 11 RDG-E)

Mit dem neuen §§ 11 Absatz 5 RDG-E wird Artikel 4f Absatz 5 Satz 1 und 2 der Richtlinie umgesetzt. Nach dem dortigen Satz 1 haben Personen aus anderen Mitgliedstaaten, die in Deutschland eine rechtsberatende Tätigkeit nur partiell in dem Umfang ausüben dürfen, in dem sie für auch in ihrem Herkunftsstaat nachgelassen dürfen, dies unter der Berufsbezeichnung ihres Herkunftsstaates zu tun. Dabei soll auch von der nach dem dortigen Satz 2

vorgesehenen Option Gebrauch gemacht werden, nach der vorläufig werden darf, dass die Berufsbezeichnung in deutscher Sprache geführt wird, da dies für die Rechtsuchenden verständlicher ist.

Zu Nummer 5 (§ 12 RDG-E)

Zu Absatz 3 Satz 3

Der neu eingefügte § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG-E dient in Umsetzung von Artikel 55a der Richtlinie der Klarstellung, in welchem Umfang die von § 12 Absatz 3 Satz 2 RDG regelmäßig geforderte (zweijährige und unter Anleitung erfolgte) Berufsausbildung auch im Ausland erfolgt sein kann. Der Wortlaut des § 12 Absatz 3 Satz 2 RDG schließt eine Ausbildung im Ausland nicht grundsätzlich aus, gibt jedoch bisher keine Hinweise darauf, ob eine solche unbeschränkt möglich sein soll (vgl. zur insoweit bestehenden Unsicherheit Bösch in: Deckenbrock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2015, § 12 RDG, Rn. 111). Artikel 55a Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie sieht vor, dass dann, wenn Berufspraktika Voraussetzung für die Zulassung zu einem regulierten Beruf sind, in anderen Mitgliedstaaten absolvierte Praktika grundsätzlich anzuerkennen und in Drittstaaten durchgeführte Maßnahmen zumindest zu berücksichtigen sind. Allerdings können nach Artikel 55a Absatz 1 Satz 2 der Richtlinie die anzurechnenden Zeiten auf einen angemessenen Zeitraum begrenzt werden. Letzteres soll mit dem neuen Satz 3 des § 12 Absatz 3 RDG-E geschehen, da andernfalls eine nichtlinienkonforme Auslegung des § 12 Absatz 3 Satz 2 RDG vermutlich zu dem Ergebnis führen würde, dass im Ausland absolvierte Praktika stets in vollem Umfang anzurechnen wären. Dies erscheint aber in den Fällen des § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 RDG (d. h. bei den Inkassodienstleistern und den Rentenberatern) anders als in den Fällen des § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 RDG (d. h. bei den Rechtsdienstleistern im ausländischen Recht) nicht angemessen. Denn bei den Inkassodienstleistern und den Rentenberatern erscheint es dann, wenn diese in Deutschland tätig werden wollen, zu einer sachgerechten Berufsausbildung zwingend erforderlich, dass diese in gewissem Umfang auch im Rahmen der deutschen Rechtspraxis tätig geworden sind, um die erforderlichen Kenntnisse der nationalen Verfahrensregeln zu besitzen. Dies gilt im Bereich des zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlichen Rechtsgebiets der Rentenberater noch in erheblich stärkerem Maße als bei der im internationalen Vergleich eher ähnlichen Inkassotätigkeit, weshalb bei ihnen die Anrechnung einer Ausbildung im Ausland lediglich im Umfang von sechs Monaten in Betracht kommt. Aber auch die Inkassodienstleister müssen z. B. in der letzten Zeit (unter anderem mit der Einführung des § 11a RDG) noch verschärften nationalen Verbraucherschutzbestimmungen auch in der Praxis beherrschen, was bei ihnen eine zumindest einjährige Ausbildung in Deutschland erforderlich erscheinen lässt. Um aufregeordneten Ausnahmefällen gerecht zu werden soll die Regelung des neuen Satzes 3 (wie auch schon diejenige des Satzes 2) des § 12 Absatz 3 RDG-E allerdings nur als Regelvorschrift gefasst werden.

Ein Berufspraktikum ist nach der Legaldefinition in Artikel 3f Absatz 1 Buchstabe j der Richtlinie der Zeitraum einer „Berufstätigkeit unter Aufsicht“. Dazu wird man zumindest die Berufsausbildung im Sinne des § 12 Absatz 3 Satz 2 RDG zu zählen haben, vermutlich aber auch die dortige „unter Anleitung erfolgte Berufsausbildung“. Unabhängig davon, ob auch Letztere von der Definition des Artikels 3f der Richtlinie erfasst ist, würde es keinen Sinn ergeben, im neuen Satz 3 des § 12 Absatz 3 RDG-E noch extra zwischen Berufsausbildung und -ausbildung zu unterscheiden, weshalb Satz 3 für beide Fälle gelten soll. Ebenso wenig erschiene eine nach Artikel 55a Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie theoretisch mögliche Unterscheidung danach sinnvoll, ob die Tätigkeit im Ausland in einem Mitglied- oder Drittstaat ausgeübt wurde.

Zu Absatz 3 Satz 4

Der neue § 12 Absatz 3 Satz 4 RDG-E, der die Voraussetzungen für eine Niederlassung europäischer Rechtsdienstleister zur Ausübung eines der in § 10 Absatz 1 Satz 1 RDG genannten Berufe regelt, entspricht im Grundsatz dem bisherigen § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG. Die gegenüber diesem vorgenommenen Änderungen dienen hauptsächlich der Anpassung der Norm an die durch die Richtlinie 2013/55/EU getriggerte Fassung des Artikels 13 Absatz 2 der Richtlinie, gestalten die Regelung jedoch auch im Übrigen praxistagechter aus.

a) Vorgaben der Richtlinie

Während bisher in den Fällen, in denen der Beruf in dem anderen Mitgliedsstaat nicht reguliert ist, regelmäßig eine Berufserfahrung von zwei Jahren bestehen musste, kann nach der Neufassung des Artikels 13 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie nunmehr nur noch eine solche von einem Jahr gefordert werden. Auch hiervon gibt es jedoch Ausnahmen, wobei zudem eine Abhängigkeit der Voraussetzungen vom Vorliegen bestimmter Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise besteht. Insgesamt ist das sich daraus (zudem noch in Verbindung mit den

Vorgaben des Artikels 3 Absatz 3 der Richtlinie) ergebende Geflecht von Voraussetzungen sehr kompliziert, es war – möglicherweise deshalb – bisher in § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG auch nicht abgebildet. Um jedoch gerade nach der nachmaligen Absenkung der erforderlichen Berufserfahrung zu gewährleisten, dass auch zukünftig keine Registrierung unqualifizierter europäischer Rechtsdienstleister erfolgt, erscheint es erforderlich, die nach Artikel 13 Absatz 2 der Richtlinie möglichen Vorgaben nunmehr im RDG vollständig vorzusehen. Da die entsprechenden Voraussetzungen jetzt in § 1 Absatz 2 und 3 EuPAG-E einmal formuliert werden und eine Übernahme dieser sehr langen Vorschriften an diese Stelle des RDG nicht sinnvoll erscheint, soll auf die dortigen Regelungen verwiesen werden. Inhaltlich gelten insoweit die Erläuterungen in Artikel 5 zu § 1 Absatz 2 und 3 EuPAG-E entsprechend.

b) Verhältnis zu § 12 Absatz 3 Satz 2 RDG

Liegen die unter a) bezeichneten Voraussetzungen vor, kann die Sachkunde wie bisher durch einen mindestens sechsmonatigen Anpassungslehrgang nachgewiesen werden. Anders als derzeit wird insoweit nunmehr auch im Gesetzestext statt des Wortes „ist“ das Wort „kann“ verwendet, um klarzustellen, dass § 12 Absatz 3 Satz 4 RDG-E im Verhältnis zu § 12 Absatz 3 Satz 2 RDG eine alternative Nachweismöglichkeit darstellt und nicht etwa Berufsbefähigung aus anderen Mitgliedstaaten die Möglichkeit verwehrt, ihre Qualifikation nach Satz 2 nachzuweisen (vgl. dazu auch Bösch in: Deckenbrock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2015, § 12 RDG, Rn. 114).

c) Beschränkung auf Inkassodienstleister und Rentenberater

Insgesamt wird die Regelung zudem auf die Fälle des § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 RDG (d. h. Inkassodienstleister und Rentenberater) beschränkt, da sie schon bisher für den Fall des § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 RDG keinen sinnvollen Anwendungsbereich hat, § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 RDG betrifft Rechtsdienstleistungen in einem ausländischen Recht (und gegebenenfalls auch auf den Gebieten des Rechts der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums) und daher ausdrücklich nicht solche auf dem Gebiet des deutschen Rechts. Da aber der von § 12 Absatz 3 Satz 4 RDG-E vorgesehene Anpassungslehrgang gerade dazu dienen soll, auch die erforderlichen Kenntnisse des deutschen Rechtssystems zu erwerben, ergibt er in diesem Kontext keinen Sinn. Der Nachweis der Sachkunde der Personen, die Rechtsdienstleistungen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 RDG erbringen wollen, hat daher stets nach § 12 Absatz 3 Satz 1 und 2 RDG zu erfolgen.

Mit dieser Neuregelung werden auch Unklarheiten beseitigt, die sich bisher im Rahmen des § 2 Absatz 2 RDV und des § 3 Absatz 3 RDV daraus ergeben, dass diese Normen über die Verweisung auf § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG derzeit den gesamten Geltungsbereich des § 10 Absatz 1 Satz 1 RDG (d. h. einschließlich der Beratung im ausländischen Recht) in Bezug nehmen. Im Bereich des § 2 RDV, der den Nachweis der theoretischen Sachkunde betrifft, entsteht dadurch für Rechtsdienstleister aus Mitgliedstaaten, die in Deutschland in ihrem ausländischen Recht beraten wollen, ein Konkurrenzverhältnis zwischen den Absätzen 2 und 3 (vgl. dazu Rilling in: Deckenbrock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2015, § 2 RDV, Rn. 16). Dies wird nunmehr zugunsten des § 2 Absatz 3 RDV gelöst. Im Bereich des § 3 Absatz 3 RDV ist bisher unklar, ob in anderen Mitgliedstaaten ansässige Rechtsdienstleister im ausländischen Recht einen Anpassungslehrgang zu absolvieren haben (vgl. dazu Rilling, a. a. O., § 2 RDV, Rn. 16 und 17; § 3 RDV, Rn. 15). Hierauf wird jetzt eindeutig verzichtet.

Zu Nummer 6 (§ 13 RDG-E)

Bei der Änderung in § 13 Absatz 1 Satz 4 RDG-E handelt es sich um eine rechtsförmliche Präzisierung in Anbetracht dessen, dass § 16 Absatz 2 RDG mehrere Sätze umfasst.

Zu Nummer 7 (§ 14a RDG-E)

Zu Absatz 1

Der neu eingefügte § 14a RDG-E ermöglicht die behördliche Bestellung eines Abwicklers für Rentenberater. Eine vergleichbare Regelung sah bereits Artikel 1 § 1a des Rechtsberatungsgesetzes (RBerG) vor, bis dieses Gesetz am 1. Juni 2008 durch das RDG abgelöst wurde. Das vom Deregulierungsgedanken getragene RDG verzichtete zum Zwecke der Entbürokratisierung auf detaillierte Regelungen für nach § 10 RDG registrierte Personen, ohne allerdings den ersatzlosen Wegfall der Regelung zur Bestellung eines Abwicklers besonders zu begründen (vgl. Regierungsentwurf, Bundestagsdrucksache 16/3655, S. 42 f.).

In der Praxis zeigt sich inzwischen ein Bedürfnis für die Wiedereinführung einer Regelung speziell für den Bereich der Abwicklung der Praxis von Rentenberatern. Zu berücksichtigen ist dabei vor allem, dass Rentenberater

in Verfahren vor dem Sozialgericht und dem Landessozialgericht vertretungsbefugt sind (§ 73 Absatz 2 Nummer 3 SGG). Diese Besonderheit und das Interesse an einer geordneten und zügigen Verfahrensdurchführung rechtfertigen es, für den Fall des Todes sowie der Rücknahme oder des Widerrufs einer Registrierung eines Rentenberaters die Möglichkeit vorzusehen, zur Abwicklung der schwebenden Angelegenheiten für einen begrenzten Zeitraum einen geeigneten Abwickler zu bestellen, wie dies auch bei prozessvertretungsbefugten Rechtsanwälten, Patentanwälten und Steuerberatern vorgesehen ist.

Für die Wiedereinführung einer Regelung zur behördlichen Bestellung eines Abwicklers spricht außerdem, dass hierdurch Rechtsunsicherheiten im Zusammenhang mit der Abwicklung einer Praxis ausgeräumt werden. Nach Auskunft des Bundesverbands der Rentenberater e.V. mehrten sich Anfragen von Erben, die wissen möchten, wie bei der Abwicklung einer Kanzlei von Rentenberatern zu verfahren sei. Verunsicherung zeigt sich insbesondere beim Umgang mit den Handakten des Rentenberaters, die sensible, die Vermögensverhältnisse des Mandanten betreffende Daten enthalten. Die Handakten werden bei Tod des Rentenberaters – wie das übrige Vermögen – vererbt. Die Erben treffen zwar nicht die in diesem Zusammenhang bestehenden Berufspflichten des Rentenberaters, wohl aber die entsprechenden Verpflichtungen aus dem Auftragsverhältnis mit dem Mandanten. Für die Erben stellt sich daher die Frage, unter welchen Voraussetzungen sie einem privatrechtlich bestellten Abwickler die Mandatsakten überlassen können, ohne ihrerseits Haftungsrisiken gegenüber den Mandanten ausgesetzt zu sein. Die Wiedereinführung einer Regelung zur behördlichen Bestellung eines Abwicklers dient daher dem Interesse der Erben an einer geordneten Kanzleibwicklung ebenso wie dem verantwortungsvollen Umgang mit den Handakten der Mandanten des verstorbenen Rentenberaters.

Nach dem Vorbild des früheren Artikels 1 § 1a Absatz 2 Satz 1 RBRG bestimmt § 14a Absatz 1 Satz 2 RDG-E, dass zum Abwickler nur ein Rechtsanwalt oder eine Person bestellt werden darf, die für denselben Sachbereich registriert ist wie die Person, für die sie als Abwickler bestellt wird. Als Abwickler kommen somit auch für Teilbereiche der Rentenberatung registrierte Personen in Betracht, soweit ihre Teilregistrierung zumindest denselben Sachbereich umfasst wie die Registrierung derjenigen, deren Praxis abzuwickeln ist.

Zu Absatz 2

§ 14a Absatz 2 RDG-E verweist hinsichtlich der Einzelheiten der Bestellung und Durchführung der Abwicklung auf den überwiegenden Teil der für die Abwicklung einer Rechtsanwaltskanzlei geltenden Vorschriften der §§ 53 und 55 BRAO. Diese haben sich in der Praxis bewährt und entsprechen inhaltlich weitgehend der früheren Regelung nach Artikel 1 § 1a RBRG. Die genannten Vorschriften der §§ 53 und 55 BRAO gelten dabei mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Vorstands der Rechtsanwaltskammer die Behörde tritt, die den Abwickler bestellt hat.

§ 14a Absatz 2 RDG-E verweist insbesondere auch auf die Regelung des § 55 Absatz 1 Satz 4 und 5 BRAO-E. Demnach erfolgt die Bestellung in der Regel für die Dauer eines Jahres und kann unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag verlängert werden. Aufgenommen wird auch ein Verweis auf die Regelung des § 53 Absatz 10 Satz 4 und 5 BRAO, wonach dem Abwickler eine angemessene Vergütung zu zahlen und hierfür je nach den Umständen eine Sicherheit zu leisten ist. Bei der Beurteilung der Frage, ob nach den Umständen des Einzelfalls die Leistung einer Sicherheit erforderlich ist, ist auch zu berücksichtigen, dass eine Bürgenhaltung für den Vergütungsanspruch des Abwicklers einer Rentenberaterpraxis im Unterschied zu Rechtsanwältinnen nicht vorgesehen ist. Grund hierfür ist, dass es sich beim Beruf des Rentenberaters um einen nicht verkannten Beruf handelt, weshalb ein Verweis auf die Regelung des § 53 Absatz 10 Satz 7 BRAO nicht in Betracht kommt. Vom Verweis ebenfalls ausgenommen ist die für die Abwicklung einer Rechtsanwaltskanzlei geltende Regelung des § 55 Absatz 2 Satz 2 BRAO. Im Unterschied zum Abwickler einer Rechtsanwaltskanzlei ist der Abwickler einer Rentenberaterpraxis nicht berechtigt, neue Aufträge anzunehmen. Dies entspricht ebenfalls der Rechtslage nach dem früheren Artikel 1 § 1a RBRG. Nicht von der Verweisung in § 14a Absatz 2 RDG-E umfasst ist schließlich auch die Regelung des § 55 Absatz 2 Satz 3 BRAO, wonach dem Abwickler einer Rechtsanwaltskanzlei dieselben anwaltlichen Befugnisse zustehen wie dem verstorbenen Rechtsanwalt. Eine solche Regelung ist für die Abwicklung einer Rentenberaterpraxis entbehrlich, da als Abwickler nur solche Personen in Betracht kommen, die im gerichtlichen Verfahren in mindestens demselben Umfang postulationsfähig sind wie diejenigen, deren Praxis abzuwickeln ist.

Zu Nummer 8 (§ 15 RDG-E)

§ 15 RDG betrifft die Voraussetzungen für die vorübergehende Erbringung von Rechtsdienstleistungen in Deutschland; er soll in mehreren Punkten geändert werden. Soweit durch den Buchstaben a, aa (Halbsatz 2) die

Wörter „auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland“ durch die Wörter „in der Bundesrepublik Deutschland“ ersetzt werden, wird auf die Begründung zu Artikel 6 Nummer 2 Buchstabe b, aa verwiesen).

Zu Buchstabe a Doppelbuchstabe aa (Halbsatz 1)

Wie schon zu § 12 Absatz 3 Satz 3 und 4 RDG-E angemerkt ist die bisherige Gleichstellung der einerseits in § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 RDG und der andererseits in § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 RDG genannten Tätigkeiten nicht stringent darstellbar. Während es sich bei Inkassodienstleistern und Rentenberatern nach den Nummern 1 und 2 nachvollziehbar um Berufe im Sinne des § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG handelt, ist die Erbringung von „Rechtsdienstleistungen in einem ausländischen Recht“ nicht in dieser Form klassifizierbar. Vielmehr handelt es sich um Angehörige unterschiedlicher Berufe, dabei insbesondere auch Rechtsanwälte, die in einem anderen Mitgliedsstaat rechtsberatend tätig sind. Soweit sich diese Tätigkeit nicht auf das deutsche Recht bezieht, soll diesen Personen durch § 15 RDG die Möglichkeit gegeben werden, ihre Beratung vorübergehend und gelegentlich auch in Deutschland zu erbringen. Dies entspricht dem Regelungsgehalt des § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 RDG für die rechtsklassierten Rechtsdienstleister. Dieser Regelungsgehalt kommt im bisherigen § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG jedoch aufgrund der beschriebenen Problematik nur unzureichend zum Ausdruck, so dass auch in der Literatur verschiedene Auslegungen des Regelungsgehalts der Bestimmung existieren (vgl. Wolf in: Gaier/Wolff/Güchen, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Auflage 2014, § 15 RDG, Rn. 9; Dörsch in: Deckert/Brock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2013, § 15 RDG, Rn. 32 m. w. N.). Um den Regelungsgehalt zukünftig klarzustellen soll der bisherige § 15 RDG durch die in den Buchstaben a, aa (Halbsatz 1) und b, dd, aa vorgeschlagen Änderungen unmittelbar nur noch für die in § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 RDG genannten Berufe gelten; für Rechtsdienstleister in einem ausländischen Recht soll dagegen mittels der in Buchstabe c vorgeschlagenen Änderung im Wege eines neuen § 15 Absatz 7 RDG-E unter einer Neudefinition des Anwendungsbereichs lediglich eine Gleichstellung Anwendung eingeführt werden. Der Begriff „ausländisches Recht“ im Sinne des § 15 Absatz 7 RDG-E bestimmt sich dabei nach wie vor aus Sicht des deutschen Rechts und nicht etwa aus der Sicht des Niederlassungsstaates, was durch den verweisenen Klammerzusatz „(§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3)“ in § 15 Absatz 7 Satz 1 RDG-E klargestellt werden soll.

Zu Buchstabe a Doppelbuchstabe aa (Halbsatz 2)

Mit der Ersetzung des Worts „Befugnisse“ durch „Rechte und Pflichten“ in § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG-E wird die Vorschrift an die vergleichbaren Regelungen in den §§ 27 EuRAG-E und 17 EuPAG-E angeglichen, die für vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätige Rechts- und Patentanwälte gelten. Während dort jeweils bestimmt ist, dass die dienstleistenden Personen dieselben Rechte und Pflichten wie ihre in Deutschland niedergelassenen Kollegen besitzen, nimmt § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG bisher nur bei den Befugnissen eine Gleichstellung vor. Dies erscheint jedenfalls nach der durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken vom 1. Oktober 2013 mit dem neuen § 11a RDG erfolgten Einführung der Darlegungs- und Informationspflichten bei Inkassodienstleistungen nicht mehr ausreichend. Diese müssen auch von nur vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätig werdenden Inkassodienstleistern beachtet werden (vgl. hierzu auch die für dienstleistende europäische Rechtsanwältinnen mit demselben Ziel vorgenommene Klarstellung in § 27 Absatz 2 Satz 1 EuRAG-E). Diese Vorgabe ist auch mit Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie vereinbar, weil die Regelung der Vermeidung nicht sachgerechter und nicht nachvollziehbarer Forderungsschreiben und somit dem Schutz der Verbraucher dient. Mit der Ersetzung des Wortes „Befugnisse“ durch „Rechte“ soll dagegen kein inhaltliches Ziel verfolgt werden, sondern lediglich eine Anpassung der Begrifflichkeiten an diejenigen in den §§ 27 EuRAG-E und 17 EuPAG-E erfolgen.

Zu Buchstabe a Doppelbuchstabe bb

Die Änderungen in § 15 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 2 Satz 3 Nummer 2 RDG-E sind durch die Änderungen in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b Satz 1 der Richtlinie veranlasst, die dort durch die Richtlinie 2013/55/EU erfolgt sind. Nach diesen Bedarf es zur Erbringung vorübergehender und gelegentlicher Rechtsdienstleistungen in Deutschland in dem Fall, in dem der Beruf im Niederlassungsstaat nicht reglementiert ist, nimmte nur nach einer einjährigen Berufserfahrung (statt wie bisher eine zweijährige). Zudem muss diese Berufserfahrung nicht mehr wie bisher zwingend im Niederlassungsstaat, sondern kann auch in einem oder mehreren anderen Mitgliedsstaaten erworben worden sein. Diese Änderungen werden mit den Buchstaben a, bb und b, dd, bbb umgesetzt.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe aa

Die Änderung in § 15 Absatz 2 Satz 1 RDG-E erfolgt lediglich aus sprachlichen und gesetzssystematischen Gründen; inhaltliche Änderungen sind mit ihr nicht verbunden. Bisher verweist der Satz in Bezug auf die Behörde, bei der die für eine vorübergehende Registrierung erforderliche Meldung erfolgen kann, auf „die“ nach § 13 Absatz 1 Satz 2 RDG zuständige Behörde. Dies suggeriert zunächst sprachlich, dass es nur eine zuständige Behörde gibt. Tatsächlich ergibt sich jedoch aus der Verweisung auf § 13 Absatz 1 Satz 2 RDG, dass die Meldung bei jeder der nach § 19 RDG zuständigen Behörden erfolgen kann. Damit besteht letztlich eine Verweisung auf alle nach § 19 RDG zuständigen Behörden, jedoch über den Umweg des § 13 Absatz 1 Satz 2 RDG. Um diese unangenehme Verweisungskette aufzulösen, soll zukünftig unmittelbar in § 15 Absatz 2 Satz 1 RDG-E auf die nach § 19 zuständigen Behörden verwiesen werden.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe bb

Mit dem neuen § 15 Absatz 2 Satz 2 RDG-E wird klargestellt, dass auch vorübergehende Registrierungen nach § 15 RDG-E über einen einheitlichen Ansprechpartner erfolgen können. Zur Funktion des einheitlichen Ansprechpartners wird zunächst auf die Ausführungen in der Begründung zu § 16a Absatz 6 Satz 2 EuRAG-E verwiesen. Der neue Satz 2 entspricht der für die dauerhafte Registrierung bereits bestehenden Regelung in § 13 Absatz 1 Satz 3 RDG. Die Bestimmung ist an dieser Stelle ebenso wie in § 13 Absatz 1 Satz 3 RDG aufgrund der Vorgaben des Artikels 57a Absatz 1 Satz 1 der Richtlinie erforderlich. Eine entsprechende Ergänzung wurde in der Literatur deshalb auch schon verschiedentlich angeregt (vgl. Dötsch in: Deckenbrock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2015, § 15 RDG, Rn. 54 m. w. N.).

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe cc Dreifachbuchstabe aa

Bei der Änderung in § 15 Absatz 2 Satz 3 RDG-E handelt es sich um eine rechtsformliche Präzisierung in Anbetracht dessen, dass § 16 Absatz 2 RDG mehrere Sätze umfasst.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe cc Dreifachbuchstabe bbb

Es wird auf die Begründung zu Buchstabe a, aa (Halbsatz 1) verwiesen.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe cc Dreifachbuchstabe ccc

Es wird auf die Begründung zu Buchstabe a, bb verwiesen.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe cc Dreifachbuchstabe ddd

Die derzeitige Regelung des § 15 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 RDG zu Berufshaftpflichtversicherungen bei vorübergehender und gelegentlicher Erbringung von Rechtsdienstleistungen soll abgeschafft werden, da bei der Nutzen und Aufwand in keinem angemessenen Verhältnis stehen. Die Regelung steht momentan vor, dass ausländische Dienstleister die zuständigen Behörden darüber zu informieren haben, ob sie eine Versicherung besitzen oder nicht. Dieser Nachweis ist nach § 15 Absatz 2 Satz 5 RDG sogar jährlich zu wiederholen. Hierin ist im Schrifttum zu Recht kritisiert worden, dass mit dieser Information kein wirklicher Nutzen verbunden ist (vgl. dazu Dötsch in: Deckenbrock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2015, § 15 RDG, Rn. 73 m. w. N.). Die zuständige Behörde kann mit der Information kaum etwas anfangen, da das Bestehen oder Nichtbestehen der Versicherung für die berufliche Zulässigkeit der Tätigkeit keine Bedeutung hat. Von Interesse könnte die Information eher für den Rechtsuchenden sein. Dem ist sie jedoch nicht zugänglich, da sie nach § 16 RDG nicht ins Rechtsdienstleistungsregister eingetragen wird. Letzteres dürfte in Anbetracht der Vielzahl der möglichen unterschiedlichen Versicherungsformen auch kaum sichergestellt möglich sein. Zudem besteht hierfür auch kein echtes Bedürfnis mehr, da nach dem 2010 in Kraft getretenen § 2 Absatz 1 Nummer 11 DL-IniöV mittlerweile eine Pflicht aller Dienstleistungserbringer besteht, Dienstleistungsmängeln gegenüber vor Abschluss eines schriftlichen Vertrags oder, sofern kein schriftlicher Vertrag geschlossen wird, vor Erbringung der Dienstleistung Angaben zu einer bestehenden Berufshaftpflichtversicherung zu machen.

Deshalb soll die Informationspflicht für die vermutlich deutlich überwiegende Zahl der Fälle der vorübergehenden und gelegentlichen Rechtsdienstleistungen in Deutschland (in denen diese allein aus dem Ausland heraus erfolgen) zukünftig entfallen. Eine Nachweispflicht soll nur noch für die Fallkonstellationen bestehen, in denen durch

den neuen § 15 Absatz 5 RDG-E eine Versicherungspflicht vorgeschrieben wird. Mit dieser Einschränkung entspricht die Ausgestaltung des neuen § 15 Absatz 2 Satz 3 Nummer 3 RDG-E im Wesentlichen dem § 15 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7 EuRAG-E, auf dessen Begründung deshalb verwiesen wird. Zusätzlich vorgesehen ist, dass der Dienstleister für den Fall, dass er seine Tätigkeit allein aus seinem Niederlassungsstaat heraus erbringen will und er deshalb keiner Versicherungspflicht nach deutschem Recht unterliegt, dies der zuständigen Behörde mitzuteilen hat. Dies soll beim Dienstleister die Aufmerksamkeit auf das mögliche Bestehen einer Versicherungspflicht nach § 15 Absatz 5 RDG-E lenken.

Zu Buchstabe b Doppelbuchstabe dd

Bei der Änderung in § 15 Absatz 2 Satz 6 RDG-E handelt es sich um eine Folgeänderung zur Neufassung des § 15 Absatz 2 Satz 3 Nummer 3 RDG-E, in dem die bisher vorgesehene Informationspflicht durch eine Nachweispflicht abgelöst wird.

Zu Buchstabe e**Zu Absatz 5**

Die Ergänzung des § 15 RDG-E um den neuen Absatz 5 entspricht inhaltlich im Wesentlichen den Regelungen in § 27 Absatz 3 EuRAG-E und § 17 EuRAG-E, auf die deshalb zunächst zur Begründung verwiesen wird (wobei auf § 15 Absatz 5 RDG-E wie auf § 17 EuRAG-E die Richtlinie anzuwenden ist). Soweit mit § 15 Absatz 5 RDG-E eine bisher nicht bestehende Versicherungspflicht für europäische Rechtsdienstleister eingeführt wird, die vorübergehend und gelegentlich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig werden, werden die Vorgaben des RDG zudem denjenigen der Gewerbeordnung (GewO) angepasst, nach deren § 13a Absatz 5 Nummer 5 vorübergehend und gelegentlich in Deutschland tätige Gewerbetreibende eine Haftpflichtversicherung nachweisen müssen, soweit ihre in Deutschland niedergelassenen Berufskollegen (wie dies im Bereich des RDG nach dessen § 12 Absatz 1 Nummer 3 der Fall ist) ebenfalls verpflichtet sind, eine Berufshaftpflichtversicherung abzuschließen. Zur Vereinbarkeit des § 13a Absatz 5 Nummer 5 GewO mit der Richtlinie war dabei in der dortigen Gesetzesbegründung Folgendes ausgeführt worden: „Die Möglichkeit, Informationen über einen Versicherungsstatus zu verlangen, ergibt sich aus Artikel 7 Absatz 1 der Richtlinie. Dies schließt nicht aus, den positiven Nachweis eines solchen Status zu verlangen, wenn dies nicht gegen europäisches Vertragsrecht oder gegen anderweitiges Sekundärrecht verstößt.“ (Bundesgedrucksache 16/9990, S. 11).

Allerdings soll die Versicherungspflicht nicht für alle Fälle vorgeschrieben werden, in denen ausländische Rechtsdienstleister vorübergehend und gelegentlich im Inland tätig sind (und in denen das RDG nach den Vorgaben des § 1 RDG anwendbar ist), sondern nur in denjenigen, in denen die Dienstleister auch das Bundesgebiet betreten. Diese Einschränkung folgt dem schon in der Begründung zu § 1 RDG-E ausgeführten Gedanken, dass derjenige, der einen Rechtsdienstleistungsvertrag bewusst mit einem ausschließlich im Ausland ansässigen Dienstleister abschließt, nicht darauf vertrauen kann, dass dieser Vertrag dem Schutz des deutschen RDG unterfällt. Hat der Dienstleister dagegen im Inland ein Büro (was auch bei einer vorübergehenden und gelegentlichen Tätigkeit zulässig sein kann) oder hält er sich sonst (werbend) im Inland auf, wird für den Rechtsuchenden häufig kaum zu erkennen sein, dass er einen Vertrag mit einer nur dienstlosend in Deutschland tätigen Person einget, für den möglicherweise der Schutz des deutschen RDG nicht gelten könnte. Deshalb erscheint es aus Gründen des Verbraucherschutzes sachgerecht, dass vorübergehend und gelegentlich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig werdende europäische Rechtsdienstleister eine Berufshaftpflichtversicherung besitzen müssen. Zu den Erfordernissen an deren Ausgestaltung wird noch einmal auf die Begründungen zu § 27 Absatz 3 EuRAG-E und § 17 EuRAG-E verwiesen.

Zu Absatz 6

§ 15 Absatz 6 RDG-E entspricht im Grundsatz dem bisherigen § 15 Absatz 5 RDG, ergänzt diesen jedoch um mehrere Gegenstände. In § 15 Absatz 6 Satz 1 RDG-E werden im Anschluss an die Ergänzung in § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG-E nunmehr auch nachhaltige Verstöße gegen Berufspflichten als Untersuchungsgrund angeführt, was insbesondere auf die Pflicht zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung nach § 15 Absatz 5 RDG-E abzielt. In § 15 Absatz 6 Satz 2 RDG-E nehmen die Nummern 1, 4 und 5 die bisherigen Inhalte des Satzes 2 des § 15 Absatz 5 RDG auf; ergänzt werden sie in den Nummern 2 und 3 um die Regelbeispiele nach § 14 Nummer 3 Halbsatz 2 RDG, die bei in Deutschland niedergelassenen Rechtsdienstleistern zum Widerruf der Registrierung führen und von denen die Geltung des § 1a RDG auch für die nur vorübergehend und gelegentlich in Deutschland

tätigen Rechtsdienstleister durch die Ergänzung in § 15 Absatz 1 Satz 1 RDG-E: sichergestellt wird, Nummer 6 erfasst schließlich die durch § 15 Absatz 5 RDG-E eingeführte grundsätzliche Pflicht zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung, die auch in § 14 Nummer 2 RDG als Widermaßnahme genannt wird. Soweit der Person oder der Gesellschaft der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung im Sinne des § 15 Absatz 5 RDG-E unzumutbar ist, ist es als erheblicher Verstoß anzusehen, wenn sie ihre Auftraggeber über diese Tatsache in besonderer Weise nicht informiert. Sämtliche ergänzten Untersuchungsgründe entsprechen im Ergebnis Widermaßgründen und stehen auch im Einklang mit den Vorgaben aus Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie.

Zu Absatz 7

Es wird auf die Begründung zu Buchstabe a, aa (Halbsatz 1) verwiesen.

Zu Nummer 9 (§ 15a RDG-E)

Die Änderung des § 15a Satz 1 RDG-E ist eine Folgeänderung zur Verschärfung des Inhalts des bisherigen § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG in den neuen Satz 4 des § 12 Absatz 3 RDG-E durch Artikel 6 Nummer 5.

Zu Nummer 10 (§ 16 RDG-E)

Zu Buchstabe a

Bei der Einfügung in § 16 Absatz 2 Satz 2 RDG-E handelt es sich um eine rechtsförmliche Präzisierung in Anbetracht dessen, dass dort auf die Nummer 1 des vorhergehenden Satzes 1 verwiesen wird.

Zu Buchstabe b

Bei der Ergänzung um § 16 Absatz 2 Satz 3 RDG-E handelt es sich um eine Folgeänderung zu § 14a RDG-E und § 1 Absatz 6 EGRDG-E, die dem Informationsinteresse des Rechtsverkehrs dient. Wird in den genannten Fällen ein Abwickler bestellt, soll dies im auch Rechtsdienstleistungsregister kenntlich gemacht werden. Dies entspricht inhaltlich den Regelungen in § 31 Absatz 5 Satz 3 BRAO und § 29 Absatz 4 Satz 3 PAO-E.

Zu Nummer 11 (§ 17 RDG-E)

Zu Buchstabe a

Bei der Änderung in § 17 Absatz 1 Nummer 6 RDG-E handelt es sich um eine relationelle Folgeänderung zur Verschärfung des bisherigen Absatzes 5 des § 15 RDG in den neuen § 15 Absatz 6 RDG-E durch Artikel 6 Nummer 8 Buchstabe c.

Zu Buchstabe b

Bei der Ergänzung des § 17 Absatz 2 RDG um den neuen Satz 2 handelt es sich um eine Folgeänderung zu der Ergänzung in § 16 Absatz 2 Satz 3 RDG-E, die wiederum auf den Ergänzungen des § 14a RDG-E und des § 1 Absatz 6 EGRDG-E beruht. Die in § 16 Absatz 2 Satz 3 RDG-E vorgesehene Eintragung eines Abwicklers macht nur dann Sinn, wenn die Registrierung der Person, für die der Abwickler bestellt wurde, erst nach Beendigung der Abwicklung gelöscht wird.

Zu Nummer 12 (§ 18 RDG-E)

Zu Buchstabe a

§ 18 Absatz 1 Satz 3 RDG-E bestimmt, in welchen Fällen andere als die für die Durchführung des RDG zuständigen Gerichte und Behörden (d. h. insbesondere Straf- und Zivilgerichte oder Staatsanwaltschaften) den nach § 19 RDG für die Durchführung des RDG zuständigen Behörden Daten übermitteln dürfen, die für deren Aufgaben von Bedeutung sind. Der Gegenstand des § 18 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 und 2 RDG-E entspricht dabei im Wesentlichen der bisherigen Regelung des § 18 Absatz 1 Satz 3 RDG. Allerdings soll in die Nummer 1 zusätzlich zu den Fällen der Registrierung und deren Widerrufs auch der Fall der Rücknahme des Widerrufs aufgenommen werden, weil auch dann, wenn aufgrund der Erkenntnis einer anderen Behörde eine Rücknahme der Registrierung in Betracht kommt, eine Datenermittlung zulässig sein muss. In Nummer 2 ist lediglich eine Folgeänderung zur Verschärfung des bisherigen Absatzes 5 des § 15 RDG in den neuen § 15 Absatz 6 RDG-E vorgesehen.

Mit der neuen Nummer 3 wird klargestellt, dass andere Gerichte und Behörden auch zum Zweck der Durchführung von Aufsichtsmaßnahmen nach § 13a RDG Daten an die zuständige Aufsichtsbehörde übermitteln dürfen. § 13a RDG war durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken vom 1. Oktober 2013 neu in das RDG eingefügt worden. Die Regelung steht selbstständig neben anderen Maßnahmen wie z. B. dem Widerruf oder der Rücknahme der Registrierung. Deshalb bedarf es der eindeutigen Bestimmung, dass Daten z. B. auch dann übermitteln werden dürfen, wenn zwar noch kein Widerruf, aber doch (mildere) Aufsichtsmaßnahmen in Betracht kommen.

Die Ausführungen zu Nummer 3 gelten für die neue Nummer 4 entsprechend. Auch die Vorschriften des § 13b RDG, die unter bestimmten Voraussetzungen die Schließung eines Betriebs ermöglicht, war durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken in das RDG eingefügt worden und steht selbstständig neben anderen Maßnahmen.

In die neue Nummer 5 werden aus systematischen Gründen sowie aufgrund der grundlegenden Neugestaltung des § 18 Absatz 2 RDG-E die bisherigen Inhalte des § 18 Absatz 2 Satz 2 RDG, soweit sie sich auf das Anfordern von Daten beziehen, übertragen. Weil bei einem Transfer von für die europäischen Verwaltungszusammenarbeit benötigten Daten durch Gerichte und Behörden an die nach § 19 RDG zuständigen Behörden nicht – wie bisher in § 18 Absatz 2 Satz 2 RDG formuliert – die Zulässigkeit der Anforderung der Daten durch die nach § 19 RDG zuständigen Behörden entscheidend ist, sondern diejenige ihrer Übermittlung durch die Gerichte und Behörden, wird in der Neufassung nunmehr die Zulässigkeit der Übermittlung der Daten für derartige Zwecke festgelegt. Die Zulässigkeit des Anforderns der Daten für diese Zwecke ist dann logische Nebenfolge, die keiner ausdrücklichen Regelung mehr bedarf.

Zu Buchstabe b

Zu Absatz 2

§ 18 Absatz 2 RDG regelt, die europäische Verwaltungszusammenarbeit in Bereichen, die unter die Richtlinie fallen. Sein bisheriger Text orientiert sich dabei an den Vorgaben der Richtlinie in ihrer alten Fassung vom 7. September 2005. Der die Dienstleistungsfreiheit betreffende Satz 1 stellt im Wesentlichen eine Umsetzung von Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie in der alten Fassung dar; mit Satz 2 wird vor allem Artikel 56 der Richtlinie in der alten Fassung umgesetzt (vgl. Bundestagsdrucksache 16/3655, S. 77). Mittlerweile wurde allerdings Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie durch die Richtlinie 2013/55/EU neu gefasst; in Artikel 56 der Richtlinie wurde Absatz 2 Unterabsatz 1 neu gefasst und Absatz 2a ergänzt. Zumindest die daraus folgenden Änderungen müssten daher auch im RDG nachvollzogen werden.

Vor allem aber wurden erst nach dem am 1. Juli 2008 erfolgten Inkrafttreten des RDG mit Wirkung vom 28. Dezember 2009 die §§ 8a bis 8e in das VwVfG eingefügt, die in allgemeiner Form für alle Bereiche der Verwaltung Regelungen für die europäische Verwaltungszusammenarbeit aufstellen. Diese orientieren sich wesentlich an den Bestimmungen der Richtlinie, beschränken sich dabei aber nicht auf die Richtlinie (in der alten Fassung), sondern sind auch im Hinblick auf andere europäische Rechtsakte sowie im Hinblick auf Änderungen der Rechtsakte offen formuliert. Ihre grundsätzliche Geltung soll daher auch schon bei den Rechts- und Patentanwälten festgeschrieben werden (durch § 37 Absatz 1 EuRAG-E bzw. § 24 Absatz 1 EuPAG-E). Aus denselben Gründen wie dort bietet es sich anstelle einer sonst erforderlichen sehr kleinteiligen Umsetzung insbesondere der neugefassten Artikel 8 und 56 der Richtlinie auch im RDG an, grundsätzlich auf die betreffenden Vorschriften des VwVfG zu verweisen, wie dies durch den neuen § 18 Absatz 2 Satz 1 RDG-E geschieht.

Dabei erscheinen die in den §§ 37 und 38 EuRAG-E bzw. §§ 24 und 25 EuPAG-E vorgesehenen besonderen Ausgestaltungen der Vorschriften des VwVfG im RDG-E entbehrlich. Da die Zuständigkeit für die Umsetzung des RDG nach dessen § 19 bei den Justizbehörden bzw. Gerichten der Länder und nicht bei einer Berufskammer liegt, soll von den in § 37 Absatz 1 EuRAG-E bzw. § 24 Absatz 1 EuPAG-E vorgesehenen Maßnahmen abgesehen werden, damit bei Behörden und Gerichten in Bezug auf das Erfordernis von Übersetzungen weiterhin einheitliche Regeln gelten. Das Erfordernis des Ausstellens einer Bescheinigung im Sinne des § 37 Absatz 2 EuRAG-E bzw. § 24 Absatz 2 EuPAG-E dürfte im Bereich des RDG in der Praxis wohl nur bei Inkassodienstleistern in Betracht kommen und auch dort so selten sein, dass eine eigenständige Regelung nicht angemessen bzw. Gemeinwohl ist auch ohne ausdrückliche Normierung davon auszugehen, dass die zuständigen Behörden bzw. Gerichte als staatliche Stellen die Einhaltung der Vorgaben der europäischen Rechtsakte ermöglichen werden.

Schließlich erscheinen auch die in § 38 EuRAG-E bzw. § 25 EuRAG-E erfolgenden speziellen Regelungen zu den Mitteilungspflichten von Amts wegen im RDG entbehrlich, weil durch den von § 18 Absatz 2 RDG-E in Bezug genommenen § 8d Absatz 1 Satz 1 VwVfG eine Beachtung der Vorgaben des Artikels 56 Absatz 2 Unterabsatz 1 der Richtlinie hinreichend sichergestellt sein dürfte. Anders als in § 38 EuRAG-E muss im RDG auch nicht sichergestellt werden, dass in Fällen, die den Konstellationen der Richtlinie vergleichbar sind, jener jedoch nicht unterläßen, dieselben Regelungen gelten.

§ 18 Absatz 2 Satz 2 RDG-E dient der Umsetzung des durch die Richtlinie 2013/55/EU neu eingeführten Artikels 56 Absatz 2a, auch in Verbindung mit Artikel 8 Absatz 1 Satz 3, der Richtlinie, der für die europäische Verwaltungszusammenarbeit grundsätzlich die Nutzung des Binnenmarkt-Informationssystems der Europäischen Union („IMI“) vorsieht.

Zu Absatz 2a

Der neu eingefügte § 18 Absatz 2a RDG-E dient der Umsetzung des sogenannten Vorwarnmechanismus nach Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie. Inhaltlich knüpft er an die Neuregelungen in § 112b BRAO-E (Artikel 1 Nummer 44) und vor allem in § 38 Absatz 1 und 2 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 24) an, so dass zunächst auf die dortigen Ausführungen verwiesen wird. Die Pflicht zur Übermittlung trifft hier nach Satz 1 die nach § 13 Absatz 1 Satz 1 RDG bestimmte zuständige Behörde, die auch im Übrigen nach § 13a RDG für Aufsichtsmaßnahmen und nach § 18 Absatz 2 RDG-E für Mitteilungen über die rechtsberatenden Personen zuständig ist. In den vermutlich ganz außerordentlich seltenen Fällen, in denen eine Verwaltungsgerichtsentscheidung zu der Feststellung führen kann, dass im Anwendungsbereich zum einen der Richtlinie und zum anderen des RDG ein gefälschter Berufsqualifikationsnachweis verwendet wurde, hat sich die zuständige Behörde mit dem Gericht, bei dem das Verfahren jeweils anhängig ist, ins Benehmen zu setzen, um sicherzustellen, dass das Gericht die zuständige Behörde unmittelbar nach Eintritt der Rechtskraft hierüber informiert, da anderenfalls die sehr kurze Frist von drei Tagen nicht eingehalten werden kann. § 18 Absatz 2a Satz 2 RDG-E dient der Umsetzung von Artikel 56a Absatz 6 der Richtlinie.

Zu Nummer 13 (§ 20 RDG-E)

Zu Buchstabe a

Zu Doppelbuchstabe aa

Bei der Änderung in § 20 Absatz 1 Nummer 1 RDG-E handelt es sich zum einen um eine redaktionelle Folgeänderung zur Verschiebung des bisherigen Absatzes 5 des § 15 RDG in den neuen § 15 Absatz 6 RDG-E durch Artikel 6 Nummer 8 Buchstabe c.

Die Ergänzung um den Absatz 7 des § 15 RDG-E in Bezug nehmenden Passus ist erforderlich, weil die Rechtsdienstleister in einem ausländischen Recht zukünftig nicht wie bisher von § 15 Absatz 1 RDG unmittelbar erfasst werden, so dass dann auch die die vollziehbare Anordnung betreffende Vorschrift des § 15 Absatz 6 RDG-E (bei der ein Verstoß durch § 20 Absatz 1 Nummer 1 RDG bußgeldbewehrt ist) nicht mehr unmittelbar, sondern nur noch über die Verweisung in § 15 Absatz 7 Satz 2 RDG-E anwendbar ist. In diesem Fall bedarf es dann der Klarstellung, dass auch im Fall des § 15 Absatz 7 RDG-E der Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung eine Ordnungswidrigkeit darstellt.

Zu Doppelbuchstabe bb

Die Inbezugnahme des § 10 Absatz 1 RDG-E in § 20 Absatz 1 Nummer 2 RDG-E soll zukünftig nicht mehr nur auf dessen Satz 1 beschränkt sein. Hierbei handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG-E. Letzterer ermöglicht nunmehr auch eine Registrierung (nur) für Teilbereiche der in § 10 Absatz 1 Satz 1 RDG geregelten Bereiche. Für die für die Prüfung des Vorliegens einer Ordnungswidrigkeit relevante Frage, ob eine gültige Registrierung vorliegt, ist daher nunmehr der gesamte Gegenstand des § 10 Absatz 1 RDG-E von Bedeutung, so dass die bisherige Beschränkung auf dessen Satz 1 entfallen soll.

Zu Buchstabe b

Für die Ergänzungen der Nummern 3 und 4 des § 20 Absatz 2 RDG-E um den den Absatz 7 des § 15 RDG-E in Bezug nehmenden Passus gelten die Erläuterungen zu Buchstabe a, aa entsprechend.

Bei der weiteren Änderung in § 20 Absatz 2 Nummer 4 RDG-E handelt es sich um eine Folgeänderung zur Verschiebung des bisherigen Satzes 4 des § 15 Absatz 2 RDG in den neuen Satz 5 des § 15 Absatz 2 RDG-E durch Artikel 6 Nummer 8 Buchstabe b, bb.

Zu Artikel 7 (Änderung der Rechtsdienstleistungsvorordnung)

Zu Nummer 1 (§ 1 RDV)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG-E, mit der die dem § 1 RDV zugrundeliegende Verordnungsermächtigung aufgehoben wird. Folglich ist auch § 1 RDV aufzuheben.

Zu Nummer 2 (§ 2 RDV-E)

Die Änderung des § 2 Absatz 2 Satz 1 RDV in der Entwurfsfassung (RDV-E) durch den Buchstaben a ist eine Folgeänderung zur Verschiebung des Inhalts des bisherigen § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG in den neuen Satz 4 des § 12 Absatz 3 RDG-E durch Artikel 6 Nummer 5.

Bei der Änderung des § 2 Absatz 4 RDV-E durch den Buchstaben b handelt es sich um eine Folgeänderung zu den Änderungen des § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG-E durch Artikel 6 Nummer 3 und des Wegfalls des § 1 RDV durch Artikel 7 Nummer 1. Da die bei der Beratung im ausländischen Recht genehmigungsfähigen Teilbereiche zukünftig nicht mehr auf die Beratung im gewerblichen Rechtsschutz und im Steuerrecht beschränkt sind, muss in § 2 Absatz 4 RDV-E die bisherige Beschränkung der Norm auf Patentanwälte und Steuerberater durch eine allgemeinere Formulierung ersetzt werden.

Zu Nummer 3 (§ 3 RDV-E)

Zu Buchstabe a

Die Änderung in § 3 Absatz 2 Satz 1 RDV-E erfolgt aus denselben Gründen wie diejenige in § 2 Absatz 4 RDV-E (Artikel 7 Nummer 2).

Zu Buchstabe b

Die Änderung bei der Inbezugnahme des § 12 Absatz 3 RDG-E in § 3 Absatz 3 RDV-E ist wiederum eine Folgeänderung zur Verschiebung des Inhalts des dortigen bisherigen Satzes 3 in den neuen Satz 4 durch Artikel 6 Nummer 5.

Die Streichung des Wortes „zusätzlich“ in § 3 Absatz 3 RDV-E erfolgt, weil dieses Wort eine unzureichende Auslegung der Vorschrift nahelegt. Denn es suggeriert, dass der (sechsmalige) Anpassungslehrgang nach § 12 Absatz 3 Satz 3 RDG (zukünftig § 12 Absatz 3 Satz 4 RDG-E) in Verbindung mit § 3 Absatz 3 RDV zusätzlich zu der (zweifelhafte) Berufstätigkeit nach § 12 Absatz 3 Satz 2 RDG in Verbindung mit § 3 Absatz 2 RDV zu absolvieren ist (vgl. dazu Rügig in: Deckenbrock/Henssler, RDG, 4. Auflage 2015, § 3 RDV, Rn. 16). Tatsächlich handelt es sich bei § 3 Absatz 3 RDV jedoch um eine der Richtlinie entstammende Privilegierung von Rechtsdienstleistern aus anderen Mitgliedstaaten.

Zu Nummer 4 (§ 7 RDV-E)

Es handelt sich um eine rechtsformliche Änderung zu der mit Artikel 6 Nummer 11 beabsichtigten Änderung des § 17 Absatz 1 RDG-E, der nunmehr zwei Sätze umfasst.

Zu Nummer 5 (§ 8 RDV-E)

Es handelt sich in Anbetracht dessen, dass § 16 Absatz 2 RDG mehrere Sätze umfasst, um rechtsformliche Änderungen zur Herbeiführung einer jeweils vollständigen Verweisung.

Zu Artikel 8 (Änderung des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz)

Zu Nummer 1 (§ 1 EGRDG-E)

Im Zuge der mit § 14a RDG-E vorgesehenen Einführung der Möglichkeit der Bestellung eines Abwicklers für die Praxis eines Rentenberaters soll diese Möglichkeit durch § 1 Absatz 6 EGRDG-E auch für die Praxis von solchen registrierten Erbschaftsinhabern eingeführt werden, die nach § 3 Absatz 2 EGRDG zur gerichtlichen Vernetzung oder zum Auftreten in der Verhandlung befugt sind. Denn da auch diese in gerichtlichen Verfahren tätig sind,

gellen für sie dieselben Erwägungen wie für die Rentenberater. Für die weiteren Einzelheiten wird auf die Begründung zu § 14a RDG-E verwiesen.

Zu Nummer 2 (§ 4 EGRDG-E)

§ 4 Absatz 5 Satz 2 und 3 EGRDG ermächtigt das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung für bestimmte Fälle Höchstsätze für die Erstattung der Kosten festzulegen, die ein Gläubiger bei Beauftragung eines Inkassodienstleisters (§ 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 RDG) als Schuldensersatz von seinem Schuldner ersetzt verlangen kann. Die Verordnungsermächtigung ergänzt die ebenfalls mit dem Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken vom 1. Oktober 2013 getroffene Regelung, dass Inkassokosten von Inkassodienstleistern für außergerichtliche Inkassodienstleistungen, die eine nicht titulierte Forderung betreffen, nur bis zur Höhe der einem Rechtsanwalt nach den Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) zustehenden Vergütung erstattungsfähig sind (§ 4 Absatz 5 Satz 1 EGRDG). Diese Verweisung auf das anwaltliche Vergütungsrecht führt zu einer Gleichbehandlung der Kostenersatzung bei anwaltlichem und nichtanwaltlichem Inkasso. In beiden Fällen bilden die Gebühren nach dem RVG die Obergrenze der Kosten, die ein Schuldner erstatten muss. Demgegenüber gilt die Verordnungsermächtigung nur für das nichtanwaltliche Inkasso.

Die unterschiedliche Behandlung von nichtanwaltlichem und anwaltlichem Inkasso, die dadurch entsteht, dass die Ersatzfähigkeit von Inkassokosten nur beim nichtanwaltlichen Inkasso durch Höchstsätze beschränkt werden kann, begegnet verfassungsrechtlichen Bedenken im Hinblick auf das Gleichheitsgebot des Artikels 3 GG. Inkassodienstleistungen, die von Inkassodienstleistern erbracht werden, unterscheiden sich nicht von Inkassodienstleistungen, die Rechtsanwälte erbringen. Deshalb gelten, wie dargestellt, die Gebühren nach dem RVG gleichermaßen als Obergrenze bei der Kostenersatzung sowohl für das anwaltliche als auch für das nichtanwaltliche Inkasso. Auch für Höchstsätze zur weiteren Begrenzung der Kostenersatzung durch den Schuldner müssen einheitliche Regelungen bestehen. Grundsätzlich ersatzfähig sind notwendige Rechtsverfolgungskosten (§§ 280, 286, 249 ff. BGB). Für die Höhe der notwendigen Rechtsverfolgungskosten kommt es darauf an, ob Inkassodienstleistungen erforderlich sind, nicht jedoch darauf, ob solche erforderlichen Dienstleistungen von Inkassodienstleistern oder – idealtypisch – von Rechtsanwälten erbracht werden. Da die Verordnungsermächtigung eine einheitliche Regelung nicht ermöglicht, soll sie aufgehoben werden. Im Rahmen der nach dem Koalitionsvertrag vorgesehenen Evaluierung der mit der Verweisung des § 4 Absatz 5 Satz 1 EGRDG auf das anwaltliche Vergütungsrecht getroffenen Kostenersatzungsregelung soll auch geprüft werden, ob einheitliche Höchstsätze für das nichtanwaltliche und das anwaltliche Inkasso eingeführt werden sollen. Die Evaluierung soll ab Ende 2016 erfolgen.

Zu Nummer 3 (§ 7 EGRDG)

Die Übergangsvorschrift des § 7 EGRDG war für Verfahren vorgesehen, in denen vor dem 1. Juli 2008 ein Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach Artikel 1 § 1 Absatz 1 Satz 1 des Rechtsberatungsgesetzes gestellt worden war, über den noch nicht entschieden war. Solche Fälle sind nach Ablauf von nunmehr über sieben Jahren nicht mehr denkbar, so dass die Vorschrift aufgehoben werden kann.

Zu Artikel 9 (Änderung der Bundesnotarordnung)

Zu Nummer 1 (§ 4 BNotO-E)

Es handelt sich um eine grammatische Korrektur.

Zu Nummer 2 (§ 6 BNotO-E)

Bei den Änderungen in § 6 Absatz 3 Satz 3 und § 7a Absatz 6 Satz 1 BNotO-E handelt es sich jeweils um sprachliche Modernisierungen, die auch in der BRAO und der PAO vorgenommen wurden.

Zu Nummer 3 (§ 7 BNotO-E)

Mit den Änderungen in § 7 Absatz 5 Satz 2, § 9 Absatz 1 Satz 2, § 25 Absatz 2 Satz 1 und § 65 Absatz 1 Satz 2 BNotO-E soll die Vorgabe aus Artikel 80 Absatz 1 Satz 4 GG auch im Wortlaut aller derjenigen Normen der BNotO verankert werden, auf die Artikel 80 Absatz 1 GG anwendbar ist. Soweit (wie in den zur Änderung vorgeschienen Normen) Landesregierungen entsprechend Artikel 80 Absatz 1 Satz 1 GG ermächtigt sind, bestimmte Gegenstände durch Rechtsverordnung zu regeln, bedarf die (in den betreffenden Normen der BNotO jeweils vorgesehene) Übertragung der Ermächtigung durch die Landesregierungen nach Artikel 80 Absatz 1 Satz 4 GG ebenfalls einer Rechtsverordnung. Diese Vorgabe ist derzeit in den zu ändernden Normen gleichgeordneten Regelungen des § 6 Absatz 4 Satz 2 und des § 67 Absatz 3 Satz 4 BNotO schon ausdrücklich abgebildet. Mit den

Änderungen in Artikel 9 Nummern 3, 5, 9 und 14 werden nun auch die übrigen Normen dieser verfassungsrechtlichen klaren und damit vorzugswürdigen Regulationsform angepasst.

Zu Nummer 4 (§ 7a BNotO-E)

Es wird auf die Begründung zu Artikel 9 Nummer 2 verwiesen.

Zu Nummer 5 (§ 9 BNotO-E)

Es wird auf die Begründung zu Artikel 9 Nummer 3 verwiesen.

Zu Nummer 6 (§ 10 BNotO-E)

Bei der Änderung in § 10 Absatz 3 Satz 2 BNotO-E handelt sich um eine Folgeänderung zur Einführung des Begriffs „weitere Kanzlei“ in § 27 Absatz 2 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 6). Da zukünftig die weiteren Kanzleien (mit Ausnahme der an der Zulassung als solcher hängenden Folgen) grundsätzlich gleichberechtigt neben der Zulassungskanzlei stehen sollen (und insbesondere der Schwerpunkt der Tätigkeit nicht mehr zwingend am Ort der Zulassungskanzlei liegen muss), muss sich die notarielle Geschäftsstelle nicht mehr zwingend am Ort der Zulassungskanzlei befinden, sondern kann auch am Ort einer weiteren Kanzlei eingerichtet sein.

Zu Nummer 7 (§ 15 BNotO-E)

Die Vorschrift des § 15 Absatz 3 BNotO wurde vom Gesetzgeber als Übergangsregelung konzipiert, um den Notaren ausreichend Gelegenheit zur Anpassung ihrer sichtenlichen Ausstattung an die Verfahren nach den §§ 39a und 42 Absatz 4 BeurkG zu geben. Als Übergangsregelung hat sich die Vorschrift jedoch überholt und soll aufgehoben werden, weil jeder Notar seit dem 1. April 2006 zumindest über eine Einrichtung verfügen muss, die Verfahren nach den §§ 39a und 42 Absatz 4 des BeurkG zulassen (vgl. auch Reithmann in: Schipper/Bracker, BNotO, 9. Auflage 2011, § 15 BNotO, Rn. 102).

Gleichwohl sind (nach wie vor) Fälle denkbar, in denen der Notar eine gewünschte Amts-handlung nicht vornehmen kann, weil er nicht über eine ausreichende technische Ausstattung verfügt. Diese Fälle sind an den Voraussetzungen des § 15 Absatz 1 BNotO zu messen, zumal auch der derzeitige § 15 Absatz 3 BNotO nicht alle derartigen Fallkonstellationen abdeckt bzw. abgedeckt hat. Gemäß § 15 Absatz 1 Satz 1 BNotO darf der Notar seine Urkundsfähigkeit nicht ohne ausreichenden Grund verweigern. Zwar muss der Notar zur Sicherstellung der Tätigkeiten nach den §§ 39a und 42 Absatz 4 BeurkG mindestens ein Verfahren ermöglichen, dass die dort niedergeschriebenen Voraussetzungen erfüllt. Daraus folgt jedoch nicht zwingend, dass er den Beteiligten jede informationstechnische Behandlung gewähren muss. Außerhalb der vorgenannten Vorgaben kann es ggf. einen ausreichenden Grund zur Verweigerung der Urkundsfähigkeit darstellen, wenn der Notar nicht über die technische Ausstattung verfügt, um bestimmte Daten zu verarbeiten. Aufgrund der Amtsgewährungspflicht kann nicht verlangt werden, dass der Notar technische Einrichtungen vorhält, die alle möglichen Anforderungen des elektronischen Rechtsverkehrs hinsichtlich Plattform, Dateiformat, Hardware, Software, Authentifizierung etc. erfüllen.

Zu Nummer 8 (§ 19a BNotO-E)

Die Änderung in § 19a Absatz 4 BNotO-E und die Aufhebung des § 19a Absatz 7 BNotO-E sprechen den jeweiligen Maßnahmen in § 51 Absatz 5 und 8 BRAO; auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 14 wird daher verwiesen.

Zu Nummer 9 (§ 25 BNotO-E)

Es wird auf die Begründung zu Artikel 9 Nummer 3 verwiesen.

Zu Nummer 10 (§ 29 BNotO-E)

Zu Absatz 3

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 8. März 2005 (1 BvR 2561/03 – DNNotZ 2005, S. 931) § 29 Absatz 3 Satz 1 BNotO für mit Artikel 12 Absatz 1 GG unvereinbar erklärt, soweit Anwaltsnotaren in überörtlichen Sozialdaten untersucht wird, die Amtsbezeichnung als Notar auf Geschäftspapieren anzugeben, die nicht von der Geschäftsstelle des Notars aus versandt werden. Die verfolgten Ziele der Verbindung berufsständiger Werbung sowie der zielgerichteten Verlagerung notarieller Amtsgeschäfte rechtfertigen nach dem Bundesverfassungsgericht nicht den insoweit mit § 29 Absatz 3 Satz 1 BNotO verbundenen Eingriff in die Berufsfreiheit. Ein

milderes, gleich geeignetes Mittel sei, die Anwaltsnotare unter Nennung ihres jeweiligen Amtsitzes in den Geschäftsakten aufzuführen. Eine dahingehende verfassungskonforme Auslegung lasse der Wortlaut der Vorschrift indes nicht zu, so dass die Verfassungswidrigkeit der Regelung festzustellen sei. Durch Beschluss vom 19. August 2008 (1 BvR 623/08 – BVerfGE 118, 100) hat das Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde gegen ein auf § 29 Absatz 3 Satz 1 Alternative 2 BNotO beruhendes Urteil des Kammergerichts nach seiner Entscheidung angenommen. Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Beschluss im Ergebnis dahinstehen lassen, ob die mit dem Beschluss vom 8. März 2005 für Geschäftsakten angeordneten Erwägungen auf die Geschäftsschilder einer Rechtsanwaltskanzlei zu übertragen sind, dies aber als nachfolgend bezeichnet.

Im Anschluss an diese Entscheidungen ist § 29 Absatz 3 BNotO-E neu zu fassen, wobei zugleich Änderungen im anwaltlichen Berufsrecht nachvollzogen werden sollen, an die die Vorschrift noch nicht angelehnt worden war. So war mit dem Gesetz zur Stärkung der Selbstverwaltung der Rechtsanwaltschaft vom 26. März 2007 (BGBl. I S. 358) das Verbot anwaltlicher Zweigstellen aufgehoben worden. Die Aufhebung des Verbots der Starnssozialität durch das Gesetz zur Neuordnung des Rechtsberatungsrechts vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840) ermöglichte Rechtsanwältinnen zudem, ihren Beruf in mehreren Sozialitäten auszuüben und ihre Tätigkeit in eigener Verantwortung zu organisieren. Um die damit verbundene Erweiterung der Möglichkeiten anwaltlicher Berufsausübung zureichend erfassen zu können, wird mit Artikel 1 Nummer 6 die Einführung des Begriffs der „weiteren Kanzlei“ in § 27 Absatz 2 BRAO-E vorgesehen.

Zu den Sätzen 1 und 2

a) Verbindungen, weitere Kanzleien und Zweigstellen

§ 29 Absatz 3 Satz 1 BNotO-E zielt für den Fall einer beruflichen Tätigkeit des Anwaltsnotars mit Bezug zu mehreren Standorten auf einen angemessenen Ausgleich zwischen der nach § 2 Satz 2 BNotO auch dem Anwaltsnotar zustehenden Befugnis zur Führung seiner Amtsbezeichnung und dem Schutz der Rechtsuchenden vor einer Ineffizienz darüber, an welchen Standorten notarielle Dienstleistungen in Anspruch genommen werden können. Der Anwendungsbereich des § 29 Absatz 3 BNotO-E erfasst dabei wie bisher diejenigen Anwaltsnotare, die sich nicht an ihrem Amtsitz tätigen Personen verbunden haben. Da die Zulässigkeit der Verbindung von Anwaltsnotaren mit anderen Personen in § 9 Absatz 2 BNotO geregelt ist, soll im Text des § 29 Absatz 3 Satz 1 BNotO-E allerdings zukünftig auf § 9 Absatz 2 BNotO und nicht wie bisher auf § 9 Absatz 3 BNotO Bezug genommen werden. Zudem soll nicht mehr darauf abgestellt werden, ob der Anwaltsnotar mit anderen Personen gemeinsame Geschäftsräume unterhält, sondern der Anwendungsbereich auf vom Anwaltsnotar betriebene weitere Kanzleien und anwaltliche Zweigstellen erstreckt werden. Hiermit werden die durch die Aufhebung des Verbots anwaltlicher Zweigstellen und des Verbots der Starnssozialität erweiterten Möglichkeiten anwaltlicher Berufsausübung nachvollzogen, zu deren Umsetzung auch in § 27 Absatz 2 BRAO-E der Begriff der weiteren Kanzlei eingeführt werden soll. Denn weder anwaltliche Zweigstellen noch die Unterhaltung weiterer Kanzleien (neben der nach § 10 Absatz 2 Satz 3 BNotO zwingend am Ort der Geschäftsstelle befindlichen Zulassungskanzlei des Anwaltsnotars) werden bislang von § 29 Absatz 3 BNotO umfasst erfasst. Die bisherige Fassung bezieht weitere Kanzleien und anwaltliche Zweigstellen nur dann in den Anwendungsbereich ein, wenn diese mit der Verbindung des Anwaltsnotars zur gemeinschaftlichen Berufsausübung mit nicht an seinem Amtsitz tätigen Personen oder gemeinsamen Geschäftsräumen des Anwaltsnotars verbunden sind, wenn diese in Zusammenhang stehen. Kein Fall des § 29 Absatz 3 BNotO liegt hingegen bislang vor, wenn sich ein Anwaltsnotar mit ausschließlich an seinem Amtsitz tätigen Personen zur gemeinsamen Berufsausübung verbindet oder mit diesen gemeinsame Geschäftsräume hat und daneben eine allein dem Anwaltsnotar zuzuordnende anwaltliche Zweigstelle oder eine weitere Kanzlei des Anwaltsnotars besteht. Beide Fälle sind aber mit den momentanen von § 29 Absatz 3 BNotO erfassten Fallgestaltungen vergleichbar, da der Anwaltsnotar jeweils mit Bezug zu mehreren der Berufsausübung dienenden Standorten beruflich tätig wird und damit ein berechtigtes Informationsinteresse der rechtsuchenden Bevölkerung über den regelmäßigen Ort der Inhaftung der notariellen Amtstätigkeit des Anwaltsnotars besteht. Überwiegend wird deshalb bereits nach geltendem Recht die entsprechende Anwendung des § 29 Absatz 3 BNotO auf anwaltliche Zweigstellen bejaht (vgl. Bräcker in: Schippel/Bräcker, BVerfGE 118, 100; 2011, § 3 DONot, Rn. 54; Schäfer in: Schippel/Bräcker, 9. Auflage 2011, § 29 BNotO, Rn. 24). Zur Klarstellung und zur Angleichung der Befugnisse an die BRAO sieht die Neufassung die Erstreckung des Anwendungsbereichs auf die Unterhaltung weiterer Kanzleien sowie anwaltlicher Zweigstellen vor. Während anwaltliche Zweigstellen an eine Hauptkanzlei organisatorisch angegliedert sind, dienen weitere Kanzleien der eigenständigen, von der anderen Kanzlei in Bu-

roorganisation und Aufrechten im Rechtsverkehr unabhängigen anwaltlichen Berufsausübung (vgl. zur Abgrenzung zwischen weiterer Kanzlei und Zweigstelle im Übrigen die Begründung zu Artikel 1 Nummer 6). Die bisher in § 29 Absatz 3 BNotO genannte Unterhaltung gemeinsamer Geschäftsräume des Anwaltsnotars mit nicht an seinem Amtsitz tätigen Personen begründet stets eine anwaltliche Zweigstelle oder weitere Kanzlei des Anwaltsnotars und bedarf deshalb keiner gesonderten Erwähnung mehr.

b) Geschäftsakten

Für Geschäftsakten hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Beschluss vom 8. März 2005 die Abwägung zwischen der Befugnis des Anwaltsnotars zur Führung seiner Amtsbezeichnung und dem Schutz der Rechtsuchenden vor Ineffizienz vorgegeben. Danach genügt zur Vermeidung einer Ineffizienz der Rechtsuchenden darüber, dass notarielle Leistungen der in den Geschäftsakten angeführten Anwaltsnotare an jedem Kanzleiort der überörtlichen Sozialität verfügbar seien, die Anwaltsnotare in den Geschäftsakten mit ihrem jeweiligen Amtsitz aufzuführen (DONot 2005, S. 931, 932).

c) Geschäftsschilder

Die Übertragung der vorstehenden zu den Geschäftsakten angestellten Erwägungen auf die Geschäftsschilder einer Rechtsanwaltskanzlei hat das Bundesverfassungsgericht als naheliegend erachtet, im Ergebnis aber offen gelassen (DONot 2009, S. 792, 793, Rn. 18). Die vom Bundesverfassungsgericht erwogene Gleichbehandlung von Geschäftsakten und Geschäftsschildern wird in der Literatur für Geschäftsschilder eines in überörtlicher Sozialität verbundenen oder anwaltliche Zweigstellen unterhaltenden Anwaltsnotars teilweise befürwortet (etwa von Schäfer in: Schippel/Bräcker, BVerfGE 118, 100; 2011, § 29 BNotO, Rn. 24), aber auch grundsätzlich abgelehnt (vgl. Bräcker in: Schippel/Bräcker, BVerfGE 118, 100; 2011, § 3 DONot, Rn. 5 und 54; Gork, DONot 2009, S. 794, 796; NIOZ 2009, S. 448, 451, der Sache nach auch schon Amussow, DONot 2005, S. 935, 938). In der Praxis wird – gestützt auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2008 – teilweise entgegen dem Wortlaut des § 29 Absatz 3 Satz 1 Alternative 2 BNotO schon heute die Führung der Amtsbezeichnung auf nicht an der Geschäftsstelle eines Anwaltsnotars befindlichen Geschäftsschildern zugelassen, wenn der Amtsbezeichnung der Amtsitz in gleicher Größe hinzugefügt wird. Dabei begrenzt aber beispielsweise die Westfälische Notarkammer die entsprechende Befugnis auf Geschäftsräume, die noch innerhalb des Amtsbezirks des Notars (das ist nach § 11 Absatz 1 BNotO der Obergerichtsbezirk) gelegen sind.

Verfassungsrechtlich tragfähige Gründe, die vom Bundesverfassungsgericht für Geschäftsakten angestellten Erwägungen nicht auf Geschäftsschilder einer Rechtsanwaltskanzlei zu übertragen, bestehen nicht. Dies gilt im Ergebnis auch, soweit dann gedacht werden könnte, die Befugnis zum Führen der Amtsbezeichnung auf den Amtsbereich oder den Amtsbezirk des Anwaltsnotars zu begrenzen. Zwar lassen die §§ 10a und 11 BNotO eine Urkundstätigkeit des Notars außerhalb seines Amtsbereichs bzw. seines Amtsbezirks grundsätzlich nicht zu. Die Vermahnung von notariellen Amtstätigkeiten an nicht an der Geschäftsstelle am Amtsitz befindlichen Kanzlei-standorten oder anwaltlichen Zweigstellen kommt deshalb regelmäßig nicht in Betracht. Einer möglichen Ineffizienz kann aber dadurch entgegengewirkt werden, dass auf nicht an der Geschäftsstelle angebrachten Geschäftsschildern auf den Amtsitz hingewiesen wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat in zahlreichen Entscheidungen zu Einschränkungen der Berufsfreiheit durch das Berufsrecht die hohe Bedeutung des Artikel 12 Absatz 1 GG betont und an die Verhältnismäßigkeitsprüfung einschränkender Regelungen strenge Maßstäbe angelegt (zuletzt erneut in seinem Beschluss vom 12. Januar 2016 – 1 BvL 6/13). Artikel 12 Absatz 1 GG schließt – unabhängig von regionalen Grenzen – die berufliche Aufkündigung (einschließlich der Werbung für die Inanspruchnahme der Dienste). Ein Anwaltsnotar darf danach grundsätzlich das berechnete Interesse verfolgen, potentielle anwaltliche Mandanten auch auf seine Qualifikation als Notar hinzuweisen (bei einem Mandanten, der weiß, dass ein Rechtsanwalt auch Notar ist, könnte das Fehlen der Notarbezeichnung an einzelnen Standorten möglicherweise sogar zu Verwunderung führen). Unzulässig wäre eine solche Werbung nach § 29 Absatz 1 BNotO nur dann, wenn sie mit dem öffentlichen Amt des Notars nicht vereinbar wäre. Insoweit hat das Bundesverfassungsgericht aber bereits in seiner Entscheidung vom 19. August 2008 klargestellt, dass die Tatsache, dass ein Anwaltsnotar auf einem nicht an seiner Geschäftsstelle angebrachten Geschäftsschilder auf seine Eigenschaft als Notar hinweist, keine Zweifel an der Unparteilichkeit oder Gewissenhaftigkeit des Notars begründen könne, insbesondere nicht signalisiere, er sei bereit, seine Amtstätigkeit außerhalb seines Amtsbereichs oder Amtsbezirks auszuüben (DONot 2009, S. 792, 793, Rn. 16). Im Ergebnis ist es daher

ausreichend, dass eine Irreführung des Rechtsverkehrs über die Möglichkeit, an einem Standort notarielle Dienstleistungen des Anwaltsnotars in Anspruch nehmen zu können, dadurch ausgeschlossen wird, dass die Amtsbezeichnung auf nicht an den notariellen Geschäftsstellen befindlichen Geschäftsschildern nur unter gleichzeitiger Nennung des Amtsbezirks erfolgt und Amtsbezeichnung und Amtsbezirk eindeutig bezogen aufeinander und in gleichwertiger Weise dargestellt werden, wie dies § 29 Absatz 3 Satz 1 und 2 BNotO-E vorsieht. Hierdurch werden die Rechtsuchenden hinreichend über die Orte informiert, an denen sich die notariellen Geschäftsstellen befinden. Dies gilt unabhängig davon, ob sich die Geschäftsräume noch innerhalb des Amtsbezirks der Amtsbezeichnung befinden (dabei erschiene die Heranziehung des Amtsbezirks als Abgrenzungskriterium im Übrigen schon deshalb kaum zu begründen, weil der Notar dort nach § 11 Absatz 2 BNotO auch nur in seltenen Ausnahmefällen beauftragt darf). Eine § 4 Satz 2 BNotO widersprechende zielgerichtete Verlagerung notarieller Amtsgeschäfte schließen bereits die §§ 10a, 11 und 14 Absatz 4 BNotO sowie § 3 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 in Verbindung mit Nummer 4 des Beurkundungsgesetzes aus. Die Aufnahme der Amtsbezeichnung als Notar samt Amtsitz auf nicht an einer notariellen Geschäftsstelle befindlichen Geschäftsschildern setzt allerdings voraus, dass der Anwaltsnotar dort nach anwaltlichem Berufsrecht aufgeführt werden darf. Die Neufassung führt zu keiner Änderung der insoweit bestehenden Vorgaben des anwaltlichen Berufsrechts.

Den vorstehenden Ausführungen entsprechend soll in § 29 Absatz 3 BNotO-E zukünftig nicht mehr wie bisher auf „Namensschilder“, sondern auf „Geschäftsschilder“ abgestellt werden. Dem der Begriff „Namensschild“ ist nach § 3 Absatz 2 der Dienstordnung für Notarinnen und Notare (DONot) der notariellen Geschäftsstelle zugeordnet, wohingegen § 29 Absatz 3 BNotO-E eben gerade keine notariellen, sondern anwaltliche Schilder betreffen soll, die nicht an notariellen Geschäftsstellen angebracht sind und die u. a. auch in den angeführten Entscheidungsgen des Bundesverfassungsgerichts als „Geschäftsschilder“ bezeichnet werden.

d) Verzeichnisse

Weiterhin sollen die vom Bundesverfassungsgericht im Jahre 2005 zu Geschäftspapieren angestellten Erwägungen mit der Neufassung des § 29 Absatz 3 BNotO auch auf Verzeichnisse übertragen werden. Mit Beschluss vom 24. November 2005 (1 BvR 1870/04) hat das Bundesverfassungsgericht das an einen Notar gerichtete Verbot, seine Anschrift und Telefonnummer in einem nicht seinen Amtsitz einschließenden Telefonbuch zu veröffentlichen, für mit Artikel 12 Absatz 1 GG unvereinbar erklärt. § 29 Absatz 3 Satz 2 BNotO hat das Bundesverfassungsgericht dabei nicht beanstandet, sondern als Beleg dafür angeführt, dass Notaren Einträge in allgemein zugänglichen, überörtlich verwendeten Verzeichnissen gestattet sind. Weiter ist zu berücksichtigen, dass heutzutage durch die zunehmende Verbreitung elektronisch geführter und über das Internet abrufbarer Verzeichnisse keine klare Abgrenzung zwischen örtlich und überörtlich verwendeten Verzeichnissen mehr möglich ist; diese soll daher zukünftig aufgegeben werden. Um eine mögliche Irreführung des Rechtsverkehrs auszuschließen, zugleich aber durch ein klares Unterscheidungskriterial die Rechtsanwendung zu erleichtern, ist deshalb künftig (vorbehaltlich des § 29 Absatz 3 Satz 3 BNotO-E) in Verzeichnissen neben der Amtsbezeichnung grundsätzlich immer auch der Amtsitz aufzuführen, ohne dass es darauf ankommt, ob das betreffende Verzeichnis örtlich oder überörtlich verwendet wird. Die Vorgaben nach § 29 Absatz 1 und 2 BNotO berührt die Neuregelung nicht.

e) Werbung

Schließlich soll der Anwendungsbereich des § 29 Absatz 3 BNotO-E über die bereits jetzt in ihm genannten Elemente Geschäftspapier, Verzeichnisse und Geschäftsschilder hinaus zukünftig auch allgemein auf alle werbenden Maßnahmen des Anwaltsnotars erstreckt werden. Dies erscheint insbesondere deshalb erforderlich, weil sich auch Anwaltsnotare vermehrt einen Internetauftritt gestalten, aus dem dann auch ersichtlich sein muss, an welchen Standorten Mandanten notarielle Dienstleistungen in Anspruch nehmen können und an welchen nicht. Da es jedoch zu kurz griffe, die Regelung nur auf Internetauftritte zu beschränken, sondern diese z. B. auch für gedruckte Broschüren gelten muss, soll auf den allgemeinen Begriff der Werbung abgestellt werden.

Zu Satz 3

Der Amtsbezeichnung muss der Amtsitz aber nur dann hinzugefügt werden, wenn andernfalls eine Irreführung des Rechtsverkehrs zu befürchten ist. Dies ist in den in § 29 Absatz 3 Satz 1 BNotO-E geregelten Fällen nur dann der Fall, wenn der Anwaltsnotar unter Nennung seiner Amtsbezeichnung auf Geschäftspapieren oder in Verzeichnissen in einer Weise nach außen tritt, die seine berufliche Tätigkeit auch an weiteren Standorten neben seiner

notariellen Geschäftsstelle erkennen lässt. Eine Gefahr der Irreführung besteht hingegen nicht, wenn der Anwaltsnotar in Geschäftspapieren oder Verzeichnissen nicht unter Hinweis auf die Verbindung nach § 9 Absatz 2 BNotO oder weitere Kanzleien oder Zweigstellen, sondern unter alleiniger Nennung des Standorts der von ihm unterhaltenen Geschäftsstelle aufgeführt wird. Dann bedarf es nach § 29 Absatz 3 Satz 3 BNotO-E neben der Amtsbezeichnung keines Hinweises auf den Amtsitz. Dem Fehlvorstellungen der Rechtsuchenden darüber, an welchem Standort sich die notarielle Geschäftsstelle befindet, können in diesem Fall gar nicht erst auftreten. Der Angabe des Amtsitzes bedarf es somit nicht auf Geschäftspapieren, die nur die an der Geschäftsstelle unterhaltene Zulassungskanzlei nach § 27 Absatz 1 BRAO erwähnen, aber keinen Hinweis auf weitere Kanzleien oder Zweigstellen des Anwaltsnotars unterhalten. Ebenso ist kein Hinweis auf den Amtsitz erforderlich bei Verzeichniseinträgen bezüglich des Standorts der notariellen Geschäftsstelle und der Zulassungskanzlei, wenn der Eintrag unterhaltene weitere Kanzleien oder anwaltliche Zweigstellen nicht erwähnt. Demgegenüber darf in Geschäftspapieren einer weiteren Kanzlei oder bei Eintragungen von dieser in Verzeichnisse die Amtsbezeichnung stets nur unter Hinweis auf den Amtsitz angegeben werden. Dem andernfalls könnte bei Rechtsuchenden der falsche Eindruck entstehen, dass am Standort der weiteren Kanzlei notarielle Dienstleistungen in Anspruch genommen werden können.

Zu Absatz 4

Amts- und Namensschilder, die das Landeswappen enthalten (vgl. § 3 DONot), dürfen Notare nur an einer notariellen Geschäftsstelle führen. Die Verwendung des Landeswappens im Amts- oder Namensschild verdeutlicht die Stellung des Notars als Träger eines öffentlichen Amtes (Bracker in: Schippel/Bracker, BNotO, 9. Auflage 2011, § 3 DONot, Rn. 3), das dieser grundsätzlich in seiner nach § 10 Absatz 4 Satz 1 BNotO ausübt. Ein den Geschäftsschilder unterhaltenden oder weiteren Geschäftsstellen nach § 10 Absatz 4 Satz 1 BNotO ausübt. Ein den Geschäftsschilder dem vergleichbares anerkennenswertes Interesse, auch darüber hinaus Amts- oder Namensschilder führen zu dürfen, besteht nicht. Die durch die Neufassung des § 29 Absatz 3 BNotO-E grundsätzlich eröffnete Möglichkeit, die Amtsbezeichnung unter Zusatz des Amtsitzes auf Geschäftsschildern führen zu dürfen, gewährleistet für Anwaltsnotare in hinreichender Weise die Möglichkeit zur Führung ihrer Amtsbezeichnung auf Geschäftsschildern (vgl. Bracker, a. O., Rn. 50). In Anbetracht der Neuregelung in § 29 Absatz 3 BNotO-E soll die unterschiedliche Behandlung von notariellen Amts- oder Namensschildern einerseits und anwaltlichen Geschäftsschildern andererseits nunmehr auch im Gesetz deutlich zum Ausdruck kommen.

Zu Nummer 11 (§ 47 BNotO-E)

Mit den Änderungen sollen die Gründe, die zum Erlöschen des Amtes des Notars führen, in verschiedenen Punkten präzisiert werden. Zudem sollen sie zur Verbesserung der Übersichtlichkeit in die Reihenfolge gebracht werden, die derjenigen der in § 47 BNotO-E in Bezug genannten Paragraphen entspricht.

Nummer 1 entspricht der bisherigen Nummer 2; der Zusatz „aus dem Amt“ gleicht die Regelung lediglich sprachlich an die übrigen Nummern an. Nummer 2 entspricht wörtlich der derzeitigen Nummer 1. Nummer 3 entspricht der bisherigen Nummer 7. Nummer 4 entspricht wörtlich der derzeitigen Nummer 3. In Nummer 5, die den Inhalt der bisherigen Nummer 4 aufnimmt, wird in Anlehnung an die entsprechende Klarstellung in Nummer 4 („bestandskräftig“) präzisiert, dass das Erlöschen (unmittelbar) mit dem Eintritt der Rechtskraft der strafgerichtlichen Verurteilung eintritt (vgl. dazu Pils in: Schippel/Bracker, BNotO, 9. Auflage 2011, § 49 BNotO, Rn. 5). Nummer 6 entspricht der bisherigen Nummer 5, jedoch ergänzt um den Zusatz „bestandskräftig“. Mit diesem Zusatz wird klargestellt, dass die Amtsenthebung erst mit der Unanfechtbarkeit des zugrunde liegenden Verwaltungsaktes wirksam wird und nicht bereits mit dessen Bekanntgabe. Nummer 7 entspricht mit der Präzisierung wie in Nummer 5 und der nunmehr genaueren Zitation der Tatbestände des teilweise neu gefassten § 97 BNotO-E der derzeitigen Nummer 6.

Zu Nummer 12 (§ 52 BNotO-E)

Es handelt sich um eine redaktionselle Folgeänderung zur Änderung des § 47 BNotO-E.

Zu Nummer 13 (§ 54 BNotO-E)

Es handelt sich um eine redaktionselle Folgeänderung zur Änderung des § 97 Absatz 1 Satz 1 BNotO-E.

Zu Nummer 14 (§ 65 BNotO-E)

Es wird auf die Begründung zu Artikel 9 Nummer 3 verwiesen.

Zu Nummer 15 (§ 66 BNotO-E)

Bei den Änderungen in § 66 BNotO-E handelt es sich wie auch bei denjenigen in verschiedenen weiteren Normen jeweils um redaktionelle Vereinfachungen von Begriffen.

Während in der BNotO nahezu ausschließlich das Wort „Notarkammer“ verwendet wird, wird an einzelnen Stellen ohne erkennbare Systematik für die Notarkammern auch das vereinfachende Wort „Kammer“ benutzt (wobei es sich zumindest in § 111c Absatz 3 BNotO sprachlich auch auf die Bundesnotarkammer beziehen könnte). Um insoweit zu einer klarstellenden Vereinfachung zu gelangen, wird in § 66 BNotO-E ebenso wie in den §§ 69a bis 71, 73 und 74 BNotO-E (Artikel 9 Nummern 18 bis 21) und § 111c BNotO-E (Artikel 9 Nummer 32) jeweils das Wort „Kammer“ durch das Wort „Notarkammer“ ersetzt.

Im Zuge der Abschaffung der vereinfachenden Begriffe der „Kammer“ soll mit in § 66 BNotO-E ebenso wie in den §§ 68 und 69 BNotO-E (Artikel 9 Nummer 17) sowie den §§ 70 und 71 BNotO-E (Artikel 9 Nummern 19 und 20) auch der das Wort „Kammer“ enthaltende und zudem etwas umständliche und altnormische Begriff der „Versammlung der Kammer“ durch den im allgemeinen Sprachgebrauch schon seit langem üblichen Begriff der „Kammerversammlung“ ersetzt werden.

Der neue Begriff der „Kammerversammlung“ soll dabei durch die Änderung in § 71 BNotO-E (Artikel 9 Nummer 20) zukünftig auch an den Stellen verwendet werden, in denen bisher für die Kammerversammlung ohne erkennbare Systematik vereinfachend nur der Begriff der „Versammlung“ benutzt wird.

Schließlich wird in der BNotO für die Vertreterversammlung der Bundesnotarkammer nahezu ausschließlich der entsprechende Begriff verwendet, wobei jedoch auch hier an einigen wenigen Stellen ohne erkennbare Systematik der vereinfachende Begriff der „Versammlung“ benutzt wird. Durch die Änderungen in den §§ 85 und 86 BNotO-E (Artikel 9 Nummern 26 und 27) soll auch insoweit eine klarstellende Vereinheitlichung hin zum Begriff der „Vertreterversammlung“ erfolgen.

Zu Nummer 16 (§ 67 BNotO-E)

Im Anschluss an die Änderung des § 29 Absatz 3 BNotO-E soll der die Richtlinienkompetenz der Notarkammern im Anwendungsbereich des § 29 BNotO betreffende § 67 Absatz 2 Satz 3 Nummer 7 BNotO ebenfalls etwas modernisiert werden, ohne dass damit wesentliche Änderungen verbunden sind. So wird auch hier der mittlerweile veraltete Begriff der „Bündendruckeisen“ durch den allgemeineren Begriff der „Geschäftspapiere“ ersetzt, zudem soll die nur schwer verständliche Formulierung „Bekanntgaben der Amtsstelle“ durch die Wendung „Information über die Amstärktigkeit“ ersetzt werden. Dies erscheint unter anderem deshalb angebracht, weil Notare nach Nummer VII.6. der Richtlinienempfehlungen der Bundesnotarkammer Informationen heutzutage auch über eigene Webseiten verbreiten dürfen. Die übrigen regelungsfähigen Inhalte werden lediglich zur besseren Verständlichkeit neu geordnet.

Zu den Nummern 17 bis 21 (§§ 68 bis 71, 73 und 74 BNotO-E)

Es wird auf die Begründung zu Artikel 9 Nummer 15 verwiesen.

Zu Nummer 22 (§ 78 BNotO-E)

Mit den Änderungen in § 78 Absatz 2 Satz 5 Nummer 3 BNotO-E werden nunmehr auch Mitteilungen nach § 34a Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 des Beurkundungsgesetzes (BeurKG) sowie nach § 347 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und 3 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) ausdrücklich in den Anwendungsbereich der Norm einbezogen. Die Änderung ist Folge der entsprechenden Änderungen in § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a BNotO-E, auf die zur näheren Begründung verwiesen wird.

Zu Nummer 23 (§ 78b BNotO-E)

Die Änderungen in § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a BNotO-E sind zum Teil präzisierender und zum Teil lediglich redaktioneller Art.

Bei der Inbezugnahme des § 34a BeurKG soll die bisherige Beschränkung auf den dortigen Absatz 1 Satz 1 entfallen, da auch der dortige Satz 2 Mitteilungspflichten zu Verwaltungen betrifft. Auch auf § 34a Absatz 2 BeurKG soll Bezug genommen werden, da dieser ebenfalls Mitteilungspflichten zu Verwaltungen enthält. Dagegen soll von § 78b Absatz 4 BNotO nur noch der Satz 1 in Bezug genommen werden, da der dortige Satz 2 keine Mitteilungspflicht des Gerichts im Sinne des § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a BNotO-E betrifft. Letzteres gilt auch für die Absätze 4 bis 6 des § 347 FamFG, so dass die Inbezugnahme dieser Norm auf deren Absätze 1 bis 3 beschränkt werden soll, die Mitteilungspflichten zu Verwaltungen enthalten.

Wegen Zeitablaufs entfallen soll (wie auch in § 78c BNotO-E) die Angabe „ab 1. Januar 2012“, die nicht mehr benötigt wird. Denn in allen zukünftig anfallenden Vorgängen, in denen die Voraussetzungen des § 34a Absatz 1 und § 78b Absatz 4 Satz 1 BNotO oder des § 347 Absatz 1 bis 3 FamFG vorliegen, haben die Notare bzw. Gerichte die Verwaltungen zu übermitteln, ohne dass dafür der nunmehr deutlich in der Vergangenheit liegende Zeitpunkt 1. Januar 2012 noch von Relevanz wäre. Sprachlich wird die Regelung insoweit an die Nummer 1 Buchstabe b und die Nummer 2 des § 78b Absatz 1 Satz 1 BNotO-E angepasst, als die relevanten Normen, auf die Bezug genommen wird, mit dem Wort „auch“ angeführt werden.

Zu Nummer 24 (§ 78c BNotO-E)

Es handelt sich um eine rechtsförmliche Änderung. Der bisher in Satz 1 genannte Zeitpunkt der Einführung der vom Standesamt an die Registerbehörde zu übermittelnden Sterbefallmitteilung am 1. Januar 2012 liegt mittlerweile über drei Jahre zurück; die weitere Angabe des Datums im Gesetzestext ist daher nicht sachgerecht.

Zu Nummer 25 (§ 78d BNotO-E)

Wie bereits zur Änderung des § 78b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a BNotO-E angemerkt enthalten in § 347 FamFG nicht nur der Absatz 1 Satz 1, sondern auch der Absatz 2 sowie die Absätze 2 und 3 Mitteilungspflichten zu Verwaltungen, so dass diese auch in § 78d Absatz 3 Satz 2 BNotO-E in Bezug zu nehmen sind.

Zu den Nummern 26 und 27 (§§ 85 und 86 BNotO-E)

Es wird auf die Begründung zu Artikel 9 Nummer 15 verwiesen.

Zu Nummer 28 (§ 97 BNotO-E)

Die Änderung dient der Herstellung einer rechtsförmlich korrekten Auflistung.

Zu Nummer 29 (§ 100 BNotO-E)

Mit der Änderung wird dem § 100 BNotO, nach dem die Landesregierungen die Aufgaben der Oberlandesgerichte als Disziplinargerichte bei einem oder einigen Oberlandesgerichten konzentrieren können, ein neuer Satz 2 angefügt, der eine Subdelegationsermächtigung enthält. Danach können die Landesregierungen ihre Ermächtigung durch Rechtsverordnung auf die Landesjustizverwaltungen übertragen. Mit der Änderung wird die Verordnungs-ermächtigung an die übrigen Verordnungsverordnungen in der Bundesnotarordnung angeglichen, die alle eine Subdelegationsermächtigung enthalten. Die Ausgestaltung dieser Ermächtigung entspricht der gleichgeordneten Ermächtigung in § 96 Absatz 4 Satz 3 BNotO.

Zu Nummer 30 (§ 110a BNotO-E)

Die Streichung des § 110a Absatz 1 Satz 3 BNotO entspricht der Streichung des § 205a Absatz 1 Satz 3 BRAO-E und des § 144a Absatz 1 Satz 3 PAO-E durch Artikel 1 Nummer 60 bzw. Artikel 4 Nummer 51; die Streichung der Wörter „auf Antrag des Notars“ in § 110a Absatz 6 Satz 1 BNotO-E entspricht inhaltlich der Neufassung des § 205a Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 Buchstabe d BRAO-E und des § 144a Absatz 1 Satz 4 Nummer 1 Buchstabe d PAO-E. Es wird jeweils auf die Begründung zu Artikel 1 Nummer 60 verwiesen.

Zu Nummer 31 (§ 111a BNotO-E)

Die Ermächtigung in § 111a Satz 4 BNotO-E stellt inhaltlich den Ermächtigungen in § 96 Absatz 4 Satz 3 BNotO, § 100 Satz 2 BNotO-E und § 112 Satz 2 BNotO-E gleich (wie im Übrigen auch denjenigen in § 33 Absatz 2 Satz 3 BRAO-E und § 87 Absatz 2 Satz 2 PAO-E; vgl. zu letzterem Artikel 4 Nummer 46). Sie ist daher ebenso wie die vorgenannten Normen auszugeskassen.

Zu Nummer 32 (§ 111c BNoto-E)

Es wird auf die Begründung zu Artikel 9 Nummer 15 verwiesen.

Zu Nummer 33 (§ 116 BNoto-E)

Durch Artikel 2 Nummer 2 des Gesetzes zur Änderung der Bundesnotarordnung vom 15. Juli 2009 (BGBl. I S. 1798, 1799) wurde in § 116 Absatz 1 BNoto mit Wirkung zum 1. Januar 2018 der Verbleib von baden-württembergischen Anwaltsnotaren im Amt geregelt. Bei der Aufhebung des Artikels 2 dieses Gesetzes durch das Gesetz zur Abwicklung der staatlichen Notariate in Baden-Württemberg vom 23. November 2015 (BGBl. I S. 2090, 2091) wurde § 116 Absatz 1 BNoto durch Artikel 1 Nummer 2 des zuletzt genannten Gesetzes mit Wirkung zum 1. Januar 2018 noch einmal vorgelegt wie im zuerst genannten Gesetz neu gefasst. Einerseits wird es danach den vor dem 1. Januar 2018 bestellten baden-württembergischen Anwaltsnotaren ermöglicht, über den 31. Dezember 2017 hinaus im Amt zu verbleiben und weiterhin als Notar tätig zu sein. Andererseits dürfen ab dem 1. Januar 2018 in Baden-Württemberg keine weiteren Anwaltsnotare mehr bestellt werden.

Mit dieser Regelung verfolgte der Gesetzgeber das Ziel, im Bereich des baden-württembergischen Notariats eine historisch bedingte Rechtszersplitterung zu bereinigen und im Interesse einer Angleichung an die Rechtslage im übrigen Bundesgebiet im selben räumlichen Gebiet nur eine Notariatsform vorzusehen (vgl. Bundestagsdrucksache 16/12896, S. 10). Da neben dem Notariat zur hauptberuflichen Amtsausübung, welches ab dem 1. Januar 2018 die Reform in Baden-Württemberg darstellen wird, das Anwaltsnotariat bis auf weiteres beibehalten wird, kann dieses Ziel aus heutiger Sicht aber erst in knapp 30 Jahren erreicht werden.

Dortzeit sind in Baden-Württemberg insgesamt 62 Anwaltsnotare tätig. Bis zum 1. Januar 2018 werden voraussichtlich sieben Anwaltsnotare ausgeschieden sein. Der längste der dann noch verbleibenden 55 Anwaltsnotare wird aufgrund des Erreichens der Altersgrenze (§ 47 Nummer 1 BNoto) im Jahr 2042 aus dem Amt ausscheiden. Ohne die vorgesehene Änderung des § 116 Absatz 1 BNoto würde eine vollständige Harmonisierung der Notariatslandschaft daher voraussichtlich nicht vor dem Jahr 2042 eintreten. Nach einer Erhebung der Notarkammer Baden-Württemberg könnte die gegenwärtige Mischung des Notariats indes deutlich früher – voraussichtlich bereits im Jahr 2028 oder 2033 – beseitigt werden, wenn den gegenwärtig bestellten Anwaltsnotaren eine Umwandlung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung ermöglicht würde.

Durch eine solche Umwandlung würde zugleich den zunehmenden Schwierigkeiten der baden-württembergischen Anwaltsnotare in der Sondersituation der Notariatsreform bei der Gewinnung von Personal Rechnung getragen. Da ab dem Jahr 2018 in Baden-Württemberg keine weiteren Anwaltsnotare mehr bestellt werden können, die dort bereits bestellten Anwaltsnotare ihren Beschäftigten nicht mehr die Perspektive bieten, ihre Anstellung bei einem Amtsnachfolger fortzusetzen. Da derzeit die nach § 114 Absatz 2 BNoto in der Fassung ab 1. Januar 2018 in den Status des Notars zur hauptberuflichen Amtsausübung wechselnden Notare im Landesdienst intensiv Unterstützungspersonal anwerben, führt dieser Umstand bei baden-württembergischen Anwaltsnotaren zunehmend zu Engpässen im Unterstützungsbereich. Der Wechsel in das Amt des Notars zur hauptberuflichen Amtsausübung würde ihnen hingegen die Fortsetzung der bisherigen Praxis der Übernahme eines Notarbüros einschließlich der Beschäftigten sowie den Abschluss eines Sozialversicherungsvertrages durch den Nachfolger im Amt ermöglichen und damit die Personalgewinnung erleichtern.

Daher soll mit den neuen Sätzen 2 bis 6 des § 116 Absatz 1 BNoto-E eine Sonder- und Übergangsregelung zur zügigen Umsetzung der Notariatsreform in Baden-Württemberg geschaffen werden, insbesondere zur Beschleunigung der vollständigen Umstellung hin zum hauptberuflichen Notariat im Sinne des § 3 Absatz 1 BNoto in Baden-Württemberg.

Zu Satz 2

§ 116 Absatz 1 Satz 2 BNoto-E ermöglicht baden-württembergischen Anwaltsnotaren, auf ihren Antrag in das Amt des Notars zur hauptberuflichen Amtsausübung zu wechseln.

Der Anwaltsnotar übt gemäß § 3 Absatz 2 BNoto das Amt des Notars im Nebenberuf, also neben dem Beruf des Rechtsanwalts aus. Der Hauptberuf als Rechtsanwalt muss dabei zwar nicht tatsächlich ausgeübt werden, er ist aber unverzichtbar für den Nebenberuf (Bracker in: Schippel/Bracker, 9. Auflage 2011, § 3 BNoto, Rn. 26). Je nach Ausmaß der anwaltlichen oder notariellen Tätigkeit kann ein Anwaltsnotar vornehmlich den Beruf des

Rechtsanwalts oder überwiegend bis hin zu ausschließlich das Amt des Notars ausüben, wobei jedoch die Berufsausübung als Notar an die vorhandene Rechtsanwaltszulassung gebunden ist (Bracker, a. O.). Die Mehrheit der Anwaltsnotare in Baden-Württemberg übt überwiegend notarielle Tätigkeiten aus. Ihre Tätigkeit gleicht damit der eines Notars zur hauptberuflichen Amtsausübung. Für diese Gruppe von baden-württembergischen Anwaltsnotaren ist die Wechselmöglichkeit bestimmt; andere Anwaltsnotare werden von ihr grundsätzlich keinen Gebrauch machen, da sie auf die Einkünfte aus ihrer Anwalts Tätigkeit angewiesen sind.

Für die Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung ist zwar grundsätzlich – im Gegensatz zur Bestellung zum Anwaltsnotar – die Ableistung eines Anwärterdienstes nach § 7 BNoto erforderlich. In Baden-Württemberg war die Ableistung eines Anwärterdienstes nach § 7 BNoto aber historisch bedingt nicht möglich. Denn anders als im übrigen Bundesgebiet wurden notarielle Aufgaben hier überwiegend von Notaren im Landesdienst wahrgenommen. Die Absolvierung eines Anwärterdienstes im Sinne von § 7 BNoto war für diese nicht vorgesehen, da im württembergischen Rechtsgebiet das Studium an der Notarakademie Baden-Württemberg im Rahmen des Vorbereitungsdienstes für die Laufbahn des Bezirksnotariats den Anwärterdienst ersetzte und im badischen Rechtsgebiet Personen mit der Befähigung zum Richteramt ohne vorherige Absolvierung eines Anwärterdienstes in die Laufbahn des badischen Anwaltsnotariats übernommen wurden. Stellen für Notare zur hauptberuflichen Amtsausübung im württembergischen Rechtsgebiet wurden im Wesentlichen aus dem Kreis der Bezirksnotare besetzt. Die erstmalige Ausschreibung und Besetzung von Stellen mit Notaren zur hauptberuflichen Amtsausübung im badischen Rechtsgebiet erfolgte erst im Jahr 2005. Personen mit der Befähigung zum Richteramt, die nicht den Staatsdienst durchlaufen wollten, konnten eine Notarstelle in Baden-Württemberg deshalb nur durch eine Bestellung zum Anwaltsnotar erlangen.

Wenngleich der Antragsteller bereits ein Notaramt ausübt, soll § 4 BNoto auch für den Fall des Wechsels in das Amt des Notars zur hauptberuflichen Amtsausübung Anwendung finden. Der Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung hat demnach auch im Fall der vorherigen Bestellung zum Anwaltsnotar eine Bedürfnisprüfung nach § 4 BNoto voranzugehen. Da der Notar staatliche Funktionen wahrnimmt, muss der Staat auch die ordnungsgemäße Erfüllung der den Notaren zugewiesenen staatlichen Aufgaben und damit die Funktionsfähigkeit des Notariats sicherstellen (Bracker in: Schippel/Bracker, 9. Auflage 2011, § 4 BNoto, Rn. 1). Für die Bestellung eines Notars ist daher eine individuelle Bedürfnisprüfung erforderlich, weil einerseits die Existenz einer neu einzurichtenden Notarstelle gesichert sein muss und andererseits das Überleben der bereits bestehenden Notarstellen nicht gefährdet werden darf (Schmitz-Valekenberg in: Eymann/Vaasen, 3. Auflage 2011, § 4 BNoto, Rn. 7). Nachdem Notare nach § 1 BNoto in den Ländern bestellt werden, bestimmt Baden-Württemberg im konkreten Einzelfall in Ausübung seiner eigenen staatlichen Organisationsgewalt auf Grundlage der Sonderregelung des § 116 Absatz 1 BNoto-E über den Wechsel eines Anwaltsnotars in das Amt eines Notars zur hauptberuflichen Amtsausübung. Hierbei räumt das Gesetz der Landesjustizverwaltung ein Organisationsermessen ein, das sie nach den besonderen Bedürfnissen des jeweiligen Bundeslandes ausüben kann (vgl. BGH, Beschluss vom 23. Juli 2007 – NotZ 50/06 – juris, Rn. 13). Vor der Entscheidung über den Antrag ist allerdings die Notarkammer Baden-Württemberg anzuhören.

Von der Entscheidung über den Antrag ist die Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung zu unterscheiden. Letztere geschieht nach § 12 BNoto. Erstere geschieht durch Verwaltungsakt, der dem Antragsteller mitzuteilen ist, damit dieser vor der Bestellung die notwendigen Maßnahmen ergreifen kann, etwa um sicherzustellen, dass eine Verbindung im Sinne von § 9 Absatz 2 BNoto zum Zeitpunkt der Bestellung nicht mehr besteht. Entsprechendes gilt für eine Anpassung der zwar grundsätzlich von Anwaltsnotaren und Notaren zur hauptberuflichen Amtsausübung nach § 10a BNoto in gleicher Weise zu unterhaltenden, im Hinblick auf die Präventionsstimmung aber regelmäßig zwischen Anwaltsnotaren und Notaren zur hauptberuflichen Amtsausübung unterscheidenden Berufshaftpflichtversicherung.

Wenngleich der Antragsteller formal an seinem bisherigen Amtssitz neu zum Notar bestellt wird, übernimmt er keine neue Notarstelle unter Aufgabe seines bisherigen Amtes. Vielmehr führt er bei bloßer Umwandlung der Notariatsform seine notariellen Geschäfte fort. Aus diesem Grund greift § 51 Absatz 1 Satz 1 BNoto nicht ein.

Zu Satz 3

§ 116 Absatz 1 Satz 3 BNoto-E bestimmt, dass § 6 Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 Satz 1 und 2 sowie die §§ 6b, 7 und 13 BNoto keine Anwendung finden.

Da der Antragsteller bereits zum Notar in Baden-Württemberg bestellt ist, besteht unter Berücksichtigung der dortigen Sondersituation und des mit der Umwandlung der Notariatsform verfolgten Zwecks der Beschleunigung der vollständigen Umstellung hin zum hauptberuflichen Notariat in Baden-Württemberg kein Anlass, seinen Zugang zu einem Notariat in Baden-Württemberg nach § 6 Absatz 1 Satz 2 BNotO wegen seines Alters zu beschränken. Da bei der Prüfung eines Antrags auf Umwandlung jeweils nur zu prüfen ist, ob die Bestellung zu bestimmten Antragstellern zum Notar im Sinne des § 3 Absatz 1 BNotO erfolgen kann, wird zudem keine Bestenweise nach § 6 Absatz 3 Satz 1 und 2 BNotO stattfinden. Die vorgenannten Vorschriften sollen daher von der Anwendbarkeit ausdrücklich ausgeschlossen werden. Im Übrigen haben die sich auf die Bestellung von Anwaltsnotaren beziehenden Regelungen in § 6 Absatz 2 und 3 Satz 3 und 4 BNotO bei der vorliegenden Fallgestaltung schon von ihrem Inhalt her keinen Anwendungsbereich, weshalb ihre Geltung nicht explizit ausgeschlossen werden muss. Gleiches gilt im Ergebnis für § 6 Absatz 4 BNotO, da er an den ausdrücklich ausgeschlossenen § 6 Absatz 3 Satz 2 BNotO anknüpft.

Der die Ausschreibung einer Notarstelle regende § 6b BNotO soll bei der ohne Ausschreibung erfolgenden Umwandlung einer Anwaltsnotarstelle ebenso wenig wie der den Notarassessorendienst betreffende § 7 BNotO anzuwenden sein, so dass die Geltung beider Normen ausgeschlossen werden soll. Die Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung ohne Ausschreibung rechtfertigt sich hier durch den Umstand, dass der Anwaltsnotar bereits ein öffentliches Amt als Notar in Baden-Württemberg ausübt, das dem Amt des Notars zur hauptberuflichen Amtsausübung grundsätzlich gleichwertig ist. Bestimmungen zum Notar ohne Ausschreibung kennt die Bundesnotarordnung bereits in anderen Fällen. Legt ein Notar sein Amt nach § 48b BNotO wegen der Betreuung eines Kindes oder eines pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen vorübergehend nieder, kann er unter den Voraussetzungen des § 48c BNotO innerhalb eines Jahres ohne Ausschreibung an bisherigen Amtssitz erneut zum Notar bestellt werden (§ 6b Absatz 1 Halbsatz 2 BNotO). Erst recht muss dies gelten, wenn der Notar sein Amt auf bisherigen Amtssitz unmittelbar – wenn auch in anderer Form – fortsetzt.

Die ausschließlich die notarielle Fachprüfung und damit den Zugang zum Anwaltsnotariat betreffenden §§ 7a bis 7f BNotO haben wiederum schon von ihrer Materie her keinen Anwendungsbereich und müssen daher nicht ausdrücklich ausgenommen werden.

Nach § 40 Absatz 1 Satz 3 und § 57 Absatz 2 Satz 2 BNotO ist bei Übernahme eines weiteren notariellen Amtes auf die Verzichtung zu verzichten, sofern der Betroffene schon als Notar vereidigt ist. Da der Notar im Falle der Bestellung eines Anwaltsnotars zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung sein Notariat, bei dessen Übernahme er bereits vereidigt wurde, unmittelbar fortsetzt, bedarf es abweichend von § 13 BNotO nach Ausständigung der Bestallungsurkunde keiner erneuten Vereidigung.

Zu Satz 4

Der Antrag ist schriftlich an die Landesjustizverwaltung Baden-Württemberg zu richten. Die Erforderlichkeit der Schriftform folgt daraus, dass der Antrag nach § 116 Absatz 1 Satz 5 BNotO-E zum Verlust der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft führt und auch § 14 Absatz 2 Nummer 4 BRAO für einen Verzicht auf die Rechte aus der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft das Erfordernis der Schriftform vorsieht.

Um eine möglichst zügige Harmonisierung im Bereich der Notariatschulung in Baden-Württemberg zu erreichen, wird die Möglichkeit der Antragstellung nach § 116 Absatz 1 Satz 4 BNotO-E bis zum Ablauf des 31. Dezember 2019 befristet. Die Betroffenen haben damit ausreichend Zeit, sich für oder gegen die ihnen im Rahmen der Sonderechtsetzung im Zuge der Notariatsreform eröffnete Option zu entscheiden, zumal die gesetzliche Regelung bereits vor ihrem Inkrafttreten längere Zeit verkündet sein wird. Die Frist stellt entsprechend § 6b Absatz 2 BNotO eine Ausschlussfrist dar. Gegen einen ablehnenden Bescheid steht dem Antragsteller nach § 111 BNotO der Rechtsweg zum Oberlandesgericht offen.

Zu Satz 5

Zur hauptberuflichen Amtsausübung bestellte Notare dürfen grundsätzlich neben dem Notariat auf keinen zweiten Beruf ausüben. Dies bedeutet insbesondere, dass eine Verbindung mit dem Anwaltsberuf unzulässig ist; es gilt insoweit der Grundsatz der Inkompatibilität. Notare zur hauptberuflichen Amtsausübung sollen ihre Arbeitskraft vorrangig dem Notariat widmen (Bräcker in: Schipper/Bräcker, 9. Auflage 2011, § 3 BNotO, Rn. 22). Die Antragsteller können aus diesem Grund nach ihrer Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung den Anwaltsberuf nicht mehr ausüben.

Nach dem Wechsel des Anwaltsnotars in das Amt des hauptberuflichen Notars besteht auch die Möglichkeit einer Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung mit Mitgliedern einer Rechtsanwaltskammer, Patentanwälten, Steuerberatern, Steuerbevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern nach § 9 Absatz 2 BNotO nicht mehr. Vielmehr ist ab dem Zeitpunkt der Bestellung zum hauptberuflichen Notar die Regelung des § 9 Absatz 1 BNotO einschlägig. Der Antragsteller hat daher im eigenen Interesse dafür Sorge zu tragen, dass eine vormals eingetragene Verbindung im Sinne von § 9 Absatz 2 BNotO zum Zeitpunkt der Bestellung zum hauptberuflichen Notar nicht mehr bestehen wird. Für den Fall des Bestehens einer Verbindung nach § 9 Absatz 2 BNotO kann der Antragsteller in geeigneter Weise durch geschäftsvertragliche Abreden sicherstellen, dass er zum Zeitpunkt der Bestellung zum hauptberuflichen Notar aus seiner Anwaltssozietät ausscheidet. Da die Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung durch Ausständigung einer Bestallungsurkunde nach § 12 BNotO geschieht, wird zwischen der Entscheidung über den Antrag und der Bestellung ausreichend Zeit für die Umsetzung dieser Abreden vorhanden sein.

Mit Wirksamwerden der Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung muss zugleich die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nach § 13 BRAO erlöschen. Dazu wird bestimmt, dass die Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung zugleich als bestandskräftiger Widerruf der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft gilt. Begeht ein Anwaltsnotar die Bestellung zum Notar zur hauptberuflichen Amtsausübung, ist damit nach Gegenstand und Zweck der Regelung notwendig der Verzicht auf die Rechte aus der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft im Sinne von § 14 Absatz 2 Nummer 4 BRAO verbunden.

Mit dem Erlöschen seiner Anwaltszulassung verliert der Rechtsanwalt die Befugnis zur Rechtsberatung jenseits von § 24 BNotO. Gleichzeitig erlischt die Mitgliedschaft in der Rechtsanwaltskammer, der der Rechtsanwalt angehört. Die Auswirkungen auf die Mitgliedschaft im Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Baden-Württemberg bestimmen sich nach dessen Satzung (§ 10 Absatz 2 Satz 2).

Zu Satz 6

Damit die für den Anwaltsnotar zuständig gewesene Rechtsanwaltskammer im Fall des mit der Bestellung nach Satz 5 verbundenen Verlusts der Zulassung als Rechtsanwalt die erforderlichen Maßnahmen einleiten kann, ist sie von der Landesjustizverwaltung über die Bestellung zu informieren.

Zu Nummer 34 (§ 117b BNotO-E)

Zu Buchstabe a

Die BNotO enthält an keiner anderen Stelle, insbesondere auch nicht bei der Bestellung nach § 3 BNotO, ein Staatsangehörigkeitsvermerk. Deshalb soll dieses auch in Bezug auf die noch in der Deutschen Demokratischen Republik ausgebildeten Juristinnen und Juristen abgeschafft werden.

Zu Buchstabe b

Die auf die Zeit bis zum 7. September 2010 befristete Regelung hat sich durch Zeitablauf erledigt und kann daher entfallen.

Zu den Nummern 35 bis 37 (§§ 118, 120 und 121 BNotO-E)

Die Übergangsvorschriften der §§ 118, 120 Absatz 2 und 3 und § 121 BNotO sollen aufgehoben werden, weil sie sich durch Zeitablauf erledigt haben.

Die Aufhebung des § 118 BNotO erfolgt aus denselben Gründen wie diejenige des § 215 Absatz 1 bis 3 BRAO, weshalb auf die dortigen Ausführungen verwiesen wird (Artikel 1 Nummer 64).

In § 120 BNotO haben sich die Gegenstände der Absätze 2 und 3 durch Zeitablauf erledigt. Dagegen kann der dortige Absatz 1 noch nicht aufgehoben werden, da derzeit noch ein Besetzungsverfahren anhängig ist.

§ 121 BNotO wurde durch das Gesetz zur Neuordnung des notariellen Disziplinarrechts vom 17. Juni 2009 (BGBl. I S. 1282) eingeführt und betrifft vor dem 1. Januar 2010 eingeleitete Disziplinarverfahren, die nach über sechs Jahren ebenfalls alle abgeschlossen sind, so dass es auch dieser Norm nicht mehr bedarf.

Zu Artikel 10 (Änderung der Zivilprozessordnung)**Zu Nummer 1 (§ 130 ZPO-E)**

§ 130 ZPO soll um die Angabe der für die Übermittlung eines elektronischen Dokuments erforderlichen Informationen ergänzt werden. Angegeben werden sollen in Schriftsätzen die zur Übermittlung elektronischer Dokumente zugelassenen elektronischen Postfächer insbesondere von Rechtsanwälten, Notaren und Behörden, die künftig elektronisch mit den Gerichten kommunizieren werden. Die Gerichte können auch Dokumente, die keiner Zustellung bedürfen, an entsprechende Postfächer übermitteln. Zu diesem Zwecke benötigen die Gerichte Kenntnis von dem jeweiligen elektronischen Postfach, an das die Übermittlung erfolgen kann. In Schriftsätzen soll deshalb neben dem eigenen elektronischen Postfach des Verfassers insbesondere auch das elektronische Postfach des Prozessgegners/des anderen Beteiligten bzw. seines Prozessbevollmächtigten oder eines Dritten angegeben werden, an den der Schriftsatz zugestellt oder übermittelt werden soll.

Angegeben werden soll nur ein solches elektronisches Postfach, an das rechtlich zulässig eine Übermittlung elektronischer Dokumente erfolgen darf. Dies ist insbesondere ein Postfach der nach § 174 Absatz 1, 3 Satz 4 ZPO n. F. zur Einrichtung eines sicheren Übermittlungsweges Verpflichteten wie der Rechtsanwälte, daneben aber auch ein Postfach der Verfahrensbeteiligten, die der entsprechenden Übermittlung elektronischer Dokumente ausdrücklich zugestimmt haben (§ 174 Absatz 3 Satz 2 ZPO).

Das elektronische Postfach soll so bezeichnet werden, dass eine Übermittlung eines elektronischen Dokuments durch das Gericht an dieses möglich ist. Soweit Übermittlungen an das besondere elektronische Anwaltspostfach erfolgen sollen, genügt die genaue Bezeichnung des jeweiligen Rechtsanwalts (Vor- und Nachname sowie Anschrift), an den die Übermittlung erfolgen soll. Auch bei der Vertretung der Partei durch eine Anwaltskanzlei soll ein Rechtsanwalt der Kanzlei benannt werden, an dessen besonderes elektronisches Anwaltspostfach die Übermittlung elektronischer Dokumente erfolgen kann. Im Falle der Übermittlung an ein De-Mail-Postfach soll die genaue De-Mail-Adresse angegeben werden, an die ein elektronisches Dokument übermittelt werden kann. Auch für Übermittlungen mittels qualifizierter elektronischer Signatur soll ein elektronisches Postfach angegeben werden. Dadurch werden aber keine über die geltende Rechtslage hinausgehenden Pflichten geschaffen. Ermittlungen zu dem Postfach des von der Gegenseite mit der Vertretung beauftragten Rechtsanwalts anzustellen. Gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 ZPO hat die Zustellung an den für den Rechtszug bestellten Prozessbevollmächtigten zu erfolgen. Für den Rechtszug besteht ist ein Rechtsanwalt erst, wenn er dem Gericht seine Prozessvollmacht mündlich oder die vertretene Partei oder der Prozessgegner die Bevollmächtigung anzeigt. Andernfalls erfolgt die Zustellung an die Partei selbst. Der Kläger bzw. sein Rechtsanwalt hat es in diesem Fall selbst in der Hand, im Schriftsatz den Zustellungsweg zu benennen. Hat sich hingegen bereits außergerichtlich ein Rechtsanwalt zur Vertretung des Gegners legitimiert, sollte dieser im Schriftsatz angegeben werden.

Die Bezeichnung des elektronischen Postfachs soll in vorbereitenden Schriftsätzen (§ 130 ZPO), aber insbesondere auch in der Klageschrift (§ 253 Absatz 4 ZPO), der Berufungsschrift (§ 519 Absatz 4 ZPO), der Revisionschrift (§ 549 Absatz 2 ZPO) sowie im Falle der Nebenintervention (§ 70 Absatz 2 ZPO) und der Streitverkündung (§ 73 ZPO) erfolgen.

Die Ergänzung des § 130 ZPO um eine neue Nummer 1a ist über die Verweisung in § 46 Absatz 2 Satz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes, § 173 Satz 1 VwGO, § 155 Satz 1 der Finanzgerichtsordnung und § 202 Satz 1 SGG auch in den Fachgerichtsbarkeiten zu beachten.

Eine dementsprechende Anpassung des FamFG ist nicht vorgesehen. Nach § 113 Absatz 1 Satz 2 FamFG gilt auch in Ehesachen und in Familienstreitsachen § 130 ZPO entsprechend. Für die anderen Familiensachen und für die Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit gibt es keine mit § 130 ZPO vergleichbare Regelung und auch keine Verweisung auf diese Norm. Die inhaltlichen und formalen Anforderungen sind in diesen Verfahren wegen der gerichtlichen Fürsorgepflicht geringer als in der ZPO ausgestaltet. Dies betrifft insbesondere den in § 23 Absatz 1 FamFG geregelten verfahrensleitenden Antrag (s. a. Sternal in: Koidel, FamFG, 18. Auflage 2014, § 23, Rn. 1). In Ansverfahren bestehen keinerlei formelle Anforderungen für die Anregung eines Verfahrens nach § 24 Absatz 1 FamFG. Über Synergieeffekte ist zu erwarten, dass die Neuregelung in § 130 Nummer 1a ZPO auch in die Bearbeitung aller FamFG-Verfahren Eingang finden wird.

Zu Nummer 2 (§ 169 ZPO-E)

§ 169 Absatz 4 ZPO wird dahingehend ergänzt, dass elektronische Dokumente, die von den Parteien oder Beteiligten nach § 130a ZPO elektronisch bei Gericht eingereicht werden, vom Gericht elektronisch zugestellt werden können. Dazu versteht der Urkandsbeamt der Geschäftsstelle das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur. Sie bekundet, dass das elektronisch bei Gericht eingegangene mit dem elektronisch zugestellten Dokument übereinstimmt. Dem Zustellungsadressaten wird so ermöglicht, die Herkunft der Schriftstücke vom Gericht zu überprüfen. Dies entspricht der elektronischen Zustellung gerichtlicher elektronischer Dokumente nach § 130b ZPO und von in Papierform vorliegenden Schriftstücken (§ 169 Absatz 4 ZPO), die ebenfalls eine qualifizierte elektronische Signatur des Gerichts erhalten.

Die Änderung in § 169 Absatz 4 ZPO gilt über die Vorweisungen in § 56 Absatz 2 VwGO, § 53 Absatz 2 FGO und § 63 Absatz 1 Satz 1 SGG auch in Verfahren vor den öffentlich-rechtlichen Gerichtsbarkeiten.

Zu Artikel 11 (Änderung des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung)**Zu den Nummern 1 bis 4 (§§ 3 und 6 bis 8 EGStPO-E)**

Die Paragraphen des EGStPO haben bisher zum Teil offizielle Überschriften (vgl. §§ 11 und 12 EGStPO), zum größten Teil jedoch nicht. Nimmern sollen des Gleichklangs und vor allem der besseren Übersichtlichkeit halber für alle Paragraphen Überschriften eingeführt werden.

Zu Nummer 5 (§ 9 EGStPO-E)

Die bisher in § 9 EGStPO enthaltene, durch das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Strafverfahrensrechts vom 2. August 2000 (BGBl. I S. 1253) eingeführte Übergangsvorschrift zu Datenregelungen hat sich durch Zeitablauf erledigt, so dass sie aufgehoben werden soll.

An ihre Stelle soll eine neue Vorschrift treten, die der Umsetzung des Artikels 56a der Richtlinie im strafrechtlichen Bereich dient. Der dort geregelte Vorwarnmechanismus hat nach Absatz 1 der Vorschrift vor allem zum Ziel, dass sichergestellt wird, dass die zuständigen Überwachungsbehörden anderer Mitgliedstaaten hinsichtlich bestimmter Berufsqualifikationen von den Behörden der übrigen Mitgliedstaaten rechtzeitig über vorläufige und endgültige Berufsverbote unterrichtet werden. Die Unterrichtung hat dabei mittels Eintragung in das europäische Binnenmarkt-Informationssystem („IMIR“) zu erfolgen.

In Deutschland erfolgt eine Unterrichtung über Berufsverbote bislang im Rahmen von Mitteilungen der Staatsanwaltschaften, der Gerichte oder der Vollstreckungsbehörden an die jeweils für die unterschiedlichen Berufsstände zuständigen Aufsichtsbehörden. Hierbei soll es grundsätzlich bleiben.

Um den strengen Fristvorgaben der Richtlinie nachzukommen, sollen die Strafgerichte zusätzlich die Eintragung in das Binnenmarkt-Informationssystem vornehmen. Gemäß Artikel 56a Absatz 2 der Richtlinie müssen die zuständigen Behörden bereits drei Tage nach Erlass der jeweiligen Entscheidung die entsprechenden Angaben mittels einer Warnung über das IMIR den anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen. Eine rechtzeitige Eintragung in das IMIR erscheint daher am ehesten dann gesichert, wenn die Entscheidung treffenden Stellen – hier die Gerichte – die Eintragung selbst vornehmen. Dagegen bestände bei einer Eintragung durch die Staatsanwaltschaften als Vollstreckungsbehörden das Risiko, dass die kurze Frist von drei Tagen nach Annahme der Entscheidung nicht eingehalten würde.

Die Regelung soll für die Entscheidungen der Strafgerichte mit der neuen Vorschrift des § 9 EGStPO-E umgesetzt werden. Da die Mitteilungen über das IMIR direkt an andere Mitgliedstaaten gerichtet sind, soll die Übermittlungsverpflichtung der Gerichte nicht im Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG) erfolgen, da die dort geregelten Übermittlungsbefugnisse bisher nur Mitteilungen betreffen, die an öffentliche Stellen des Bundes und der Länder gerichtet sind (vgl. § 12 Absatz 1 Satz 1 EGGVG). Dagegen regelt der neue Vorschriften vorangehende § 8 EGStPO mit der Übermittlung an das Europäische Parlament schon derzeit auch eine Übermittlung an eine internationale Stelle.

Der Vorwarnmechanismus wird zum einen durch ein gerichtliches endgültiges oder vorläufiges Berufsverbot ausgesetzt, soweit dies Heil- und Erziehungsberechtigte betrifft (Artikel 56a Absatz 1 der Richtlinie). Diese Vorgabe wird durch § 9 Absatz 1 EGStPO-E umgesetzt.

Ferner muss eine Warmmittlung bei einer gerichtlichen Feststellung darüber erfolgen, dass eine Person die Anerkennung ihrer Berufsqualifikation auf der Basis der Richtlinie unter Verwendung gefälschter Nachweise beantragt hat (Artikel 56a Absatz 3 der Richtlinie). Die Fälschungshandlung muss einen der Tatbestände der Urkundenfälschung im Sinne der §§ 267 bis 271 StGB erfüllen. Anders als die Regelung des Artikels 56a Absatz 1 der Richtlinie ist diejenige des Absatzes 3 nicht auf bestimmte Berufsgruppen beschränkt. Deshalb stellt § 9 Absatz 2 EGSiPO-E vor, dass das zuständige Gericht in diesen Fällen stets eine Warmmittlung vornimmt.

Zu den vorgenannten Zwecken ist der Anschluss der Gerichte an das elektronisch betriebene europäische Binnenmarkt-Informationssystem erforderlich. Die eigene Einspeisung der Daten durch die Gerichte in das IMI stellt regelmäßig keinen erheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand dar. Die Anzahl der angeordneten verfügbaren oder regelmäßigen Berufsverbote ist bundesweit gering. Jährlich ist mit ca. 150 Berufsverböten zu rechnen (Hinack in: Leipziger Kommentar zum StGB, 72. Auflage 2008, § 70 StGB, Rn. 4). Der Mehraufwand insbesondere für die Geschäftsstellen der Gerichte dürfte daher gering sein. Auch der Umfang der einzugebenden Daten nach § 9 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 bis 5 bzw. Absatz 2 Nummer 1 bis 3 EGSiPO-E ist übersichtlich, so dass auch die einzelnen Eintragungen keinen hohen Aufwand verursachen.

Weil der Eintragungsfrist von drei Tagen von der Richtlinie eine besondere Bedeutung beigemessen wird, soll der Zeitpunkt des Fristbeginns grundsätzlich in der Bekanntgabe der Urteilscheidung liegen. Allerdings macht der Entwurf für die Anordnung eines endgültigen Berufsverbots und die Verurteilung aufgrund der Verwendung von gefälschten Berufsqualifikationsnachweisen eine Ausnahme, indem auf die Rechtskraft der Entscheidung abgestellt wird. Dies erfolgt aufgrund der Erwägung, dass ein Berufsverbot erst dann wirksam wird, wenn der Betroffene den Beruf tatsächlich nicht mehr ausüben darf, und dass eine Verurteilung erst dann Wirkung entfaltet, wenn dem Verurteilten kein Rechtsmittel mehr zur Verfügung steht. Eine vor diesem Zeitpunkt eingetragene Mitteilung hinsichtlich eines angeordneten Berufsverbots oder einer Verurteilung aufgrund der Verwendung von gefälschten Berufsqualifikationsnachweisen würde einer Vorverurteilung gleichkommen und grundsätzlich den Prinzipien des Strafverfahrens entgegenstehen. Zudem steht diese Ausnahme in Einklang mit den Ausführungen in Erwägungsgrund 29 der Richtlinie 2013/55/EU, nach denen die zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten die Befugnis erhalten sollten, proaktiv (nur) vor solchen Berufsangehörigen zu warnen, die – auch nur vorübergehend – nicht mehr berechtigt sind, ihren Beruf auszuüben.

§ 9 Absatz 3 EGSiPO-E setzt Artikel 56a Absatz 6 der Richtlinie um, in dem vorgesehen ist, dass der Betroffene schriftlich über die Warmmittlung und die Möglichkeit, dagegen Rechtsbehelfe einzulegen, informiert wird. Die Rechtmäßigkeit der Übermittlung kann gemäß § 22 EGGVG sowie den §§ 23 bis 30 EGGVG überprüft werden. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs ist wiederum an das Binnenmarkt-Informationssystem anzuknüpfen.

§ 9 Absatz 4 EGSiPO-E setzt Artikel 56a Absatz 5 und 7 der Richtlinie um. § 9 Absatz 4 Satz 1 EGSiPO-E bestimmt, dass das Gericht, das ein vorläufiges Berufsverbot erteilt, diese Tatsache in das Binnenmarkt-Informationssystem einzutragen hat. Der Ablauf der Geltungsdauer eines endgültigen Berufsverbots wird dagegen nach § 9 Absatz 1 Satz 2 Nummer 5 EGSiPO-E bereits mit der Eintragung des Berufsverbots selbst eingetragen, was zur Folge hat, dass das System die Mitteilung über das Berufsverbot nach dieser Zeit automatisch löscht (vgl. hierzu Artikel 28 Absatz 3 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/983). Für die Fälle, in denen ein nachträglich angeordnetes Berufsverbot nachträglich aufgehoben wird oder in denen sich die Geltungsdauer nachträglich ändert (z. B. durch ein Wiederaufnahmeverfahren, eine Schadensentscheidung oder eine Entscheidung nach § 456c Absatz 2 StPO) sieht § 9 Absatz 4 Satz 2 und 3 EGSiPO-E ebenfalls eine Unterbreitung und – für den Fall der Aufhebung – die Veranlassung der Löschung vor (vgl. hierzu auch Artikel 28 Absatz 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/983).

Zu Nummer 6 (§ 11 EGSiPO-E)

Während sich die derzeitige Regelung des § 11 Absatz 1 EGSiPO mittlerweile durch Zeitablauf erledigt hat, wird die Bestimmung in § 11 Absatz 2 EGSiPO noch für längere Zeit benötigt. Deshalb soll Letztere nunmehr zum alleinigen Gegenstand des § 11 EGSiPO-E werden.

Zu Artikel 12 (Änderung der Strafprozessordnung)

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wird an die veränderte Überschrift des § 53a StPO-E angepasst.

Zu Nummer 2 (§ 53 StPO-E)

Derzeit umfasst der Berufsgeheimnisträgerschutz des § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 StPO im Bereich der rechtsberatenden Berufe Rechtsanwälte und sonstige Mitglieder einer Rechtsanwaltskammer sowie Patentanwälte. Damit sind nach geltendem Recht neben den Kammerrechtsbeiständen (§ 1 Absatz 2 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz) und den nichtanwaltschaftlichen Geschäftsführern von Rechtsanwaltsgesellschaften (§ 60 Absatz 1 Satz 3 BRAO) jedenfalls auch diejenigen ausländischen Rechtsanwälte zur Verweigerung des Zeugnisses nach § 53 StPO berechtigt, die nach den §§ 4, 11 oder 13 EuRAG-E oder des § 206 BRAO in die Rechtsanwaltskammer aufgenommen sind.

In welchem Umfang darüber hinaus auch europäische und außereuropäische Rechtsanwälte in den Schutzbereich des § 53 StPO einbezogen sind, die nicht Mitglied einer Rechtsanwaltskammer sind, ist demgegenüber unklar. Mit dem Recht der Europäischen Union unvereinbar wäre es allerdings, den Begriff „Rechtsanwalt“ so auszulegen, dass darunter nur Rechtsanwälte fallen, die in Deutschland in eine Rechtsanwaltskammer aufgenommen sind. Dienstleistende europäische Rechtsanwälte (§ 25 EuRAG), darüber hinaus aber auch alle europäischen Rechtsanwälte, die anwaltschaftliche Dienstleistungen „nur“ von ihrem Heimatstaat aus erbringen, ohne sich dabei körperlich nach Deutschland zu begeben, müssen als Rechtsanwälte in den Schutzbereich des § 53 StPO einbezogen sein, da ansonsten ihre Dienstleistungsfreiheit unzulässig beeinträchtigt wäre. Der durch § 53 StPO gewährleistete besondere Vertrauensschutz ist notwendiger Bestandteil des Rechtsanwaltsberufs (vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 30. März 2004, BVerfGE 110, 226). Deshalb ist es europä- und verfassungsrechtlich geboten, den Begriff „Rechtsanwalt“ in § 53 StPO weit auszulegen und etwa einem französischen, englischen oder polnischen Rechtsanwalt, der seine Mandatskanzlei lediglich telefonisch, brieflich oder per E-Mail aus seinem Heimatstaat heraus beraten hat, in einem deutschen Strafverfahren ebenfalls ein Zeugnisverweigerungsrecht zuzuerkennen.

Aus dem Vorstehenden und insbesondere auch dem Sinn und Zweck der Vorschrift des § 53 StPO folgt, dass die Auslegung des Begriffs „Rechtsanwalt“ in § 53 StPO grundsätzlich den Anwaltsberuf insgesamt erfassen und damit letztlich auch Berufsträger einschließen muss, die in europäischen Nicht-EU-Staaten oder in außereuropäischem Ausland einen Beruf ausüben, der in der Ausbildung und in den Befugnissen dem Beruf des Rechtsanwalts entspricht. Dies ist im geltenden Recht schon für diejenigen Rechtsanwälte anerkannt, die nach § 206 BRAO in Deutschland niedergelassen sind. Wie bei den in EU-Mitgliedsstaaten tätigen Rechtsanwälten kann es aber auch bei den aus Nicht-EU-Staaten heraus agierenden Anwälten keinen Unterschied machen, ob sie in Deutschland niedergelassen sind oder ihre Dienstleistung aus dem Ausland her erbringen. Dafür spricht vor allem auch der dem § 53 StPO zugrunde liegende Rechtsgedanke: Aufträgen, die Mandantinnen und Mandanten in Erwartung deren Schweigepflicht gegenüber von ihnen beauftragten Rechtsanwälten getätigt haben, sollen zum Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Rechtsanwalt und seiner Mandatskanzlei dem Zeugnisverweigerungsrecht unterfallen. Dies muss auch dann gelten, wenn Mandantinnen oder Mandanten z. B. während eines Urlaubs in einem Nicht-EU-Staat zunächst dort eine Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt in Anspruch genommen haben und sich der Fall anschließend nach Deutschland verlagert.

Bei der Prüfung, ob ein ausländischer Rechtsdienstleister einen dem Rechtsanwaltsberuf vergleichbaren Beruf ausübt, ist, soweit nicht bereits auf die Rechtsverordnung zu § 206 BRAO zurückgegriffen werden kann, anhand des in § 206 BRAO aufgeführten Prüfungsmaßstabs im Freibeweisverfahren zu klären, ob die Voraussetzungen des Zeugnisverweigerungsrechts im Einzelfall vorliegen.

Da die Kammermitgliedschaft bei Rechtsanwälten somit für das Bestehen des Zeugnisverweigerungsrechts nicht konstitutiv ist, soll in § 53 StPO-E zukünftig auf eine Anknüpfung an die Mitgliedschaft in einer Rechtsanwaltskammer insgesamt verzichtet werden. Die Kammerrechtsbeistände als rechtsanwaltsähnliche Mitglieder der Rechtsanwaltskammer sollen – wie schon im geltenden § 160a StPO – stattdessen ausdrücklich in die Regelung aufgenommen werden. Für die nichtanwaltschaftlichen Geschäftsführer einer Rechtsanwaltsgesellschaft, die derzeit als Kammermitglieder in den Schutzbereich des § 53 StPO (nicht dagegen des § 160a StPO) fallen, soll künftig die Regelung des § 53a StPO-E anwendbar sein (vgl. die Begründung zu Artikel 12 Nummer 3).

Die dargestellten Grundätze gelten in gleicher Weise für die Patentanwälte. Auch hier sind alle ausländischen Berufsangehörigen als Patentanwälte vom Berufsgeheimnisträgerschutz des § 53 StPO erfasst, ohne dass es auf eine Kammermitgliedschaft in Deutschland ankommt. Entscheidend ist auch hier, ob der Berufsangehörige eine Tätigkeit ausübt, die derjenigen des Patentanwalts in Deutschland entspricht. Da § 53 StPO bezüglich des Begriffs

der „Patentanwälte“ jedoch schon bisher keine Einschränkungen vorsah, bedarf es insoweit keiner Änderung des Gesetzeswortes.

Zu Nummer 3 (§ 53a StPO-E)

Anlass und Ausgangspunkt für die Änderung des § 53a StPO-E sind die neu gefassten Regelungen zum Zeugnisverweigerungsrecht der Berufsheiminhaber in § 53 Absatz 1 Nummer 3 StPO-E. Das geltende Recht erkennt auch den nichtanwaltschaftlichen Geschäftsführern von Rechtsanwaltsgesellschaften ein originäres Zeugnisverweigerungsrecht zu, weil sie als Mitglieder einer Rechtsanwaltskammer (§ 60 Absatz 1 Satz 3 BRAO) in den Anwendungsbereich des § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 StPO fallen. Gesetzliche Regelungen für vergleichbare Geschäftsführer anderer Zusammenschlüsse von Angehörigen zeugnisverweigerungsberechtigter Berufe enthält die StPO demgegenüber nicht. Zum Ausgleich dieser sachlich nicht gerechtfertigten Unterscheidung soll das Zeugnisverweigerungsrecht der Geschäftsführer künftig einheitlich als abgeleitetes Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53a Absatz 1 Satz 1 StPO-E gewährleistet werden. Denn soweit der Geschäftsführer einer Rechtsanwaltskammer das Zeugnisverweigerungsrecht allein aufgrund seiner Geschäftsführereigenschaft (und nicht auch aufgrund eigener rechtsanwaltlicher Tätigkeit) für sich beansprucht, nimmt er lediglich wie ein „Berufshelfer“ an der Rechtsanwaltskammer teil (vgl. zum Verwaltungsrecht eines Krankenhauses OLG Oldenburg, Urteil vom 10. Juni 1982, NJW 1982, S. 2615).

Da der derzeit in § 53a Absatz 1 Satz 1 StPO verwendete Begriff der „Gehilfen“ bereits nach geltendem Recht nicht alle von der Norm erfassten Konstellationen treffend zusammenfasst, soll § 53a StPO zur Klarstellung seines Regelungsumfanges insgesamt neu gefasst und auf alle Personen erstreckt werden, die an der beruflichen Tätigkeit des Berufsheiminhabers mitwirken. Um das geänderte Normenverständnis zum Ausdruck zu bringen, soll der Begriff des „Gehilfen“ durch eine Aufzählung ersetzt werden, die alle Bereiche umfasst, innerhalb derer künftig eine Mitwirkung im Sinne des § 53a StPO vorliegen soll.

Dabei erfasst Nummer 1 alle Personen, die im Rahmen eines Vertragsverhältnisses an der Berufstätigkeit des Berufsheiminhabers teilnehmen. Hierfür ist es unerheblich, ob die Tätigkeiten, die auf der Grundlage des Vertrags erbracht werden, bloße Hilfstätigkeiten oder herausgehobene Tätigkeiten – hier insbesondere Geschäftsführungs- oder leitende Verwaltungstätigkeiten – darstellen.

Der Begriff „Vertragsverhältnis“ erfasst dabei nicht allein Anstellungs- oder Beschäftigungsverträge. Vielmehr werden auch solche Personen in den Schutzbereich des § 53a StPO-E einbezogen, die an der Tätigkeit des Berufsheiminhabers nicht aufgrund eines Anstellungsverhältnisses, sondern aufgrund eines Dienst-, Werk- oder Geschäftsbesorgungsvertrags als schuldabhängige externe Dienstleister teilnehmen. Entscheidend für die Begründung des abgeleiteten Zeugnisverweigerungsrechts des § 53a StPO-E ist nicht, ob die Hilfstätigkeit innerhalb eines ständigen Beschäftigungsverhältnisses oder aufgrund der Beauftragung eines externen Unternehmens erfolgt, mit unterfallen z. B. Schreib- und Sekretariatskräfte oder IT-Fachleute der Norm nicht nur, wenn sie unmittelbar bei dem Berufsheiminhaber beschäftigt sind, sondern auch dann, wenn sie im Rahmen der Beauftragung eines externen Dienstleisters tätig werden. Allerdings kann auch künftig nicht jede mittelbare, sondern nur eine unmittelbare Mitwirkung an der beruflichen Tätigkeit des Berufsheiminhabers das Zeugnisverweigerungsrecht des § 53a StPO-E begründen.

Darüber hinaus wird von dem Begriff „Vertragsverhältnis“ auch die berufliche Mitwirkung von Mitgesellschaftern auf der Grundlage eines Gesellschaftsvertrags erfasst. Damit fallen auch Personen, die im Rahmen einer gemeinschaftlichen Berufsausübung, also etwa als Partner oder Mitgesellschafter, mit dem Berufsheiminhaber zusammenarbeiten, ohne selbst notwendig über ein originäres Zeugnisverweigerungsrecht zu verfügen, künftig in den Schutzbereich des § 53a StPO. Dies entspricht dem Verständnis, das auch dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Januar 2016 (1 BvL 6/13) zugrunde liegt, wonach bereits auf Grundlage des geltenden Rechts als „Gehilfen“ alle Personen anzusehen sind, die eine in unmittelbarem Zusammenhang mit der Berufstätigkeit des Berufsheiminhabers zusammenhängende Tätigkeit ausüben, ohne dass insoweit ein Abhängigkeitsverhältnis bestehen muss (a. a. O., Rn. 75).

Nummer 2 soll die bereits im geltenden § 53a StPO ausdrücklich genannten Tätigkeiten zur Vorbereitung auf den Beruf, also insbesondere Praktikanten und Referendare, erfassen, soweit diese nicht bereits unter Nummer 1 fallen.

Schließlich soll in Nummer 3 eine Auffangregelung für alle sonstigen Hilfstätigkeiten geschaffen werden, die auch bisher schon in den Anwendungsbereich des § 53a StPO fallen. Insbesondere werden hierdurch gelegentlich mitbeteiligende Familienangehörige und Bekannte erfasst.

Im Übrigen soll die Vorschrift im Zuge ihrer Neugestaltung redaktionell überarbeitet werden. Soweit das Wort „berufsmäßig“ durch das Wort „beruflich“ und das Wort „teilnehmen“ durch das Wort „mitwirken“ ersetzt werden, liegen darin sprachliche Modernisierungen, die keine inhaltlichen Änderungen beinhalten. Insbesondere soll das zur Ausfüllung des Begriffs „teilnehmen“ von der Rechtsprechung entwickelte Unmittelbarkeitskriterium auch bei Verwendung des Begriffs „mitwirken“ erhalten bleiben.

Da nach dem Vorschlag weder der bisherige Begriff der „Berufshelfer“ in der Überschrift noch derjenige der „Hilfspersonen“ in § 53a Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 StPO zur Beschreibung des von § 53a Absatz 1 Satz 1 StPO-E erfassten Personenkreises vollständig passend erscheint (und um zu erreichen, dass inhaltlich Gleiches zukünftig auch gleich bezeichnet wird), soll der Personenkreis zukünftig in Anlehnung an die neue Wortwahl einheitlich als „mitwirkende Personen“ bezeichnet werden.

Zu Nummer 4 (§ 97 StPO-E)

Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine Folgebildung zur Änderung des § 53a StPO-E, durch dessen Neufassung die in § 97 Absatz 2 Satz 2 StPO enthaltenen Ausnahmeregelungen entbehrlich werden. Denn alle in § 97 Absatz 2 Satz 2 StPO genannten Gewahrsamsträger (Krankenanstalten, IT-Dienstleister und Beratungsstellen im Sinne von § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3a und 3b StPO) sind Bereichen zuzuordnen, in denen auch eine Mitwirkung im Sinne des durch die Neufassung des § 53a StPO-E zum Ausdruck kommenden Verständnisses stattfindet.

§ 97 Absatz 2 Satz 2 StPO regelt, dass Gegenstände, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht der Ärzte, Zahnärzte, Psychologischen Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendleichenpsychotherapeuten, Apotheker und Hebammen erstreckt, nicht nur dann von der Beschlagnahme ausgenommen sind, wenn sie sich im Gewahrsam der genannten Berufsheiminhaber befinden, sondern auch dann, wenn sie sich im Gewahrsam einer Krankenkasse oder eines Dienstleisters befinden, der für die genannten personenbezogenen Daten erhebt, verarbeitet oder nutzt. Gleiches gilt für Gegenstände, auf die sich das Zeugnisverweigerungsrecht der in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3a und 3b StPO genannten Personen erstreckt, soweit sich diese im Gewahrsam der bezeichneten Beratungsstellen befinden.

Personen, die für die Angehörigen der Heilberufe Daten erheben, verarbeiten oder nutzen, werden stets „im Rahmen eines Vertragsverhältnisses“ im Sinne des § 53a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 StPO-E handeln. Wie in der Begründung zur dritgen Neufassung dargestellt, sind auch Schreib- und Sekretariatskräfte sowie IT-Fachleute dem Kreis der zeugnisverweigerungsberechtigten Mitwirkenden zuzuordnen. Dies gilt unabhängig davon, ob die genannten Personen im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses oder im Rahmen der Beauftragung eines externen Dienstleisters tätig werden.

Bei den Krankenanstalten handelt es sich regelmäßig um Einrichtungen unter ärztlicher Leitung (vgl. z. B. Greven in: Karlsruher Kommentar zur Strafprozessordnung, 7. Auflage, 2013, § 97 StPO, Rn. 21) oder jedenfalls um Anstalten, in denen primär ärztliche bzw. berufliche Leistungen anderer in § 97 Absatz 2 Satz 2 StPO genannter Zeugnisverweigerungsberechtigter (Zahnärzte, Psychologische Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendleichenpsychotherapeuten, Apotheker und Hebammen) erbracht werden. Da die Neuregelung in § 53a StPO-E alle internen und externen sowohl fachlich als auch rein organisatorisch eingesetzten Kräfte umfasst, ist innerhalb der Krankenanstalten stets von einer Tätigkeit im Rahmen eines Vertragsverhältnisses, einer berufsverbundenen oder einer sonstigen Hilfstätigkeit für einen der zeugnisverweigerungsberechtigten Angehörigen der Heilberufe auszugehen. Entsprechendes gilt auch für andere größere Organisationseinheiten, in denen zeugnisverweigerungsrechtliche Personen im Sinne von § 53 Absatz 1 Nummer 1 bis 3b StPO (z. B. Steuerberater- oder Rechtsanwaltskanzleien) tätig sind. Es besteht daher kein sachlicher Grund mehr, in § 97 Absatz 2 Satz 2 StPO für die Krankenanstalten eine ausdrückliche Regelung zur Ausnahme von der Beschlagnahme aufrecht zu erhalten.

Dies gilt auch für die Beratungsstellen, deren Organisationsstruktur in der Praxis stark variiert, insbesondere was die organisatorische Einbindung der einzelnen Berater betrifft. Dennoch sind die in der Beratungsstelle tätigen Personen als „mitwirkende“ einzuordnen. Dies ist hier sogar besonders nahelegend, da schon das Zeugnisver-

weigerungsrecht der Mitglieder oder Beauftragten im Sinne von § 53 Absatz 1 Nummer 3a SPO sowie der Berater im Sinne von § 53 Absatz 1 Nummer 3b SPO von der institutionellen Anbindung an die Beratungsstelle abhängt. Diese institutionell geprägte Betrachtung spricht dafür, sämtlichen in derselben Beratungsstelle tätigen Personen eine „mitwirkende“ Funktion im Sinne von § 53a SPO-E zuzuschreiben.

Für § 97 Absatz 2 Satz 2 SPO verbleibt daher aufgrund der Neufassung des § 53a SPO kein eigener Anwendungsbereich mehr. Die Regelung könnte bei ihrem Fortbestand sogar zu Unsicherheiten über die Reichweite des § 53a SPO-E führen. Ihre Streichung ist daher geboten.

Zu den Buchstaben b und c

Bei den Änderungen in § 97 Absatz 3 und 4 SPO-E handelt es sich um Folgeänderungen zur Änderung des § 53a SPO-E, in dem statt des bisherigen Begriffs der „Hilfspersonen“ nunmehr der Begriff der „mitwirkenden Personen“ verwendet wird.

Zu Nummer 5 (§ 160a SPO-E)

Darzeit bezieht § 160a Absatz 1 Satz 1 SPO – anders als § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 SPO – die nach § 206 BRAO in eine Rechtsanwaltskammer aufgenommenen ausländischen Anwälte ausdrücklich auch dem Wortlaut des Gesetzes nach in den Schutzbereich der Vorschrift ein. Daneben sollen europäische Rechtsanwälte als „Rechtsanwälte“ von der Vorschrift jedenfalls dann erfasst sein, wenn sie nach § 2 EuRAG in die Rechtsanwaltskammer aufgenommen oder aufgrund der §§ 25 ff. EuRAG im Inland dienstleistend tätig sind (vgl. die amtliche Begründung in Bundestagsdrucksache 17/2637, S. 7 f.). Zur Frage der Einbeziehung weiterer Berufsangehöriger in den Schutzbereich der Norm, insbesondere solcher Rechtsanwälte, die ihren Beruf ausschließlich in anderen EU-Staaten ausüben oder die in europäischen Nicht-EU-Staaten oder im außereuropäischen Ausland tätig und nicht nach § 206 BRAO in Deutschland niedergelassen sind, verhält sich die Begründung dagegen nicht.

Künftig soll nunmehr in Anlehnung an die Neuregelung in § 53 SPO-E klargestellt werden, dass alle Rechtsanwaltskammern, also insbesondere auch Berufsverbände aus Nicht-EU-Staaten, deren Ausbildung und Befugnisse dem Beruf des Rechtsanwalts in Deutschland entsprechen, grundsätzlich in den Schutzbereich des § 160a Absatz 1 Satz 1 SPO-E einbezogen sind. Auf die Zustimmung zur Rechtsanwaltschaft oder die Aufnahme in eine Rechtsanwaltskammer soll es – ebenso wie bei § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 SPO-E – nicht mehr entscheidend ankommen (vgl. im Einzelnen die Begründung zu Artikel 12 Nummer 2). Vielmehr ist auch im Anwendungsbereich des § 160a SPO-E im jeweiligen Einzelfall zu klären, ob eine Person als Rechtsanwalt in den Schutzbereich der Norm fällt oder nicht. Kann dies zunächst nicht ohne weitere Prüfungen festgestellt werden, etwa weil die Vergleichbarkeit der Tätigkeit eines ausländischen Rechtsvertreters mit dem in der BRAO geregelten Berufsbild des Rechtsanwalts nicht zweifelsfrei feststeht, so steht dies nach allgemeinen Grundsätzen der Anordnung und Durchführung der Ermittlungsmaßnahme nicht entgegen. Insoweit gilt wie bei den übrigen von § 160a SPO-E geschützten Berufsgruppen (etwa bei Geistlichen), dass vor der Anordnung der Maßnahme eine Prognoseentscheidung zu treffen ist, ob der Adressat der Maßnahme ein geschützter Berufsangehöriger ist. Zur Feststellung der Berufsangehörigkeitszugehörigkeit erforderliche Prüfungen stehen dabei häufig in einem frühen Vorverfahrensstadium zu treffenden Anordnungen der Ermittlungsmaßnahme nicht entgegen. Sie können daher auch im Anschluss an die Maßnahme durchgeführt werden und sind dann gegebenenfalls im Wege eines Verwendungsverbots nach Satz 2 zu berücksichtigen.

Gesetztechnisch wird diese Klärstellung dadurch vollzogen, dass in § 160a Absatz 1 Satz 1 SPO-E die bisher dort befindliche Erwähnung der nach § 206 BRAO in die Rechtsanwaltskammer aufgenommenen Personen gestrichen wird, so dass die Norm nur noch ganz allgemein auf den Begriff des „Rechtsanwalts“ abstellt, der dann wie auch in § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 SPO-E auszuliegen ist.

Korrespondierend zu der Streichung in § 160a Absatz 1 Satz 1 SPO-E hat dann auch der entsprechende Passus in § 160a Absatz 2 Satz 4 SPO-E zu entfallen.

Eine Neuregelung für Patentanwälte ist nicht erforderlich. Diese unterfallen nach wie vor – nunmehr in der Begründung zu Artikel 12 Nummer 2 dargelegten Begriffsverständnis – dem § 160a Absatz 2 SPO, der in seinem Satz 1 auf § 53 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 SPO verweist.

Zu Artikel 13 (Änderung des Sozialgerichtsgesetzes)

Bei der Änderung in § 73 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 SGG in der Entwurfsfassung handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung in § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG-E (Artikel 6 Nummer 3 Buchstabe a). Sie macht deutlich, dass dann, wenn die Erlaubnis zur Rentenberatung nach § 10 Absatz 1 Satz 2 RDG-E nur für Teilbereiche erteilt wurde, auch nur in diesen Teilbereichen eine Befugnis zur Vertretung vor den Sozialgerichten besteht.

Zu Artikel 14 (Änderung des Patentgesetzes)

Nach der Einführung des dienstleistenden europäischen Patentanwalts in § 13 EuPAG-E kann der Regelungsgegenstand des bisherigen § 25 Absatz 2 PatG wesentlich einfacher in § 25 Absatz 1 PatG in der Entwurfsfassung (PatG-E) integriert werden. Schon bisher können nach § 25 Absatz 1 PatG auch in Anbetracht des dortigen Passus, nach dem ein Rechtsanwalt oder ein Patentanwalt „im Inland“ bestellt werden muss, alle nach § 4 BRAO bzw. § 5 PAO zugelassenen Rechts- und Patentanwälte sowie die nach § 2 EuRAG in Deutschland niedergelassenen europäischen Rechtsanwälte als Inlandsvertreter bestellt werden, da diese sämtlich über eine Kanzlei im Inland verfügen müssen (und die niedergelassenen europäischen Rechtsanwälte nach § 2 Absatz 1 EuRAG dieselben Rechte und Pflichten wie in Deutschland zugelassene Rechtsanwälte besitzen). Der Anwendungsbereich des derzeitigen § 25 Absatz 2 PatG bezieht zudem dienstleistende europäische Rechts- und Patentanwälte in den Kreis der Vertretungsbefugten ein (wobei allerdings derzeit noch nicht alle dienstleistenden europäischen Patentanwälte vertretungsbefugt sind). Von der zuletzt genannten Ausnahme abgesehen erfasst § 25 Absatz 1 und 2 PatG damit letztlich alle Rechts- und Patentanwälte, die in Deutschland beruflich tätig werden dürfen. Dem Rechts- und Patentanwälte, die weder in Deutschland noch in einem Mitgliedsstaat zugelassen sind, dürfen in Deutschland vor Behörden und Gerichten nicht tätig werden (vgl. dazu die §§ 1 und 3 RDG für die außergerichtliche Vertretung und die jeweiligen verfahrensrechtlichen Bestimmungen wie z. B. § 97 Absatz 2 PatG für die gerichtliche Vertretung). Dann aber kann der Kreis der nach § 25 PatG-E vertretungsbefugten Inlandsvertreter nach dem zukünftig erforderlichen Wegfall der Beschränkungen des Kreises der dienstleistenden europäischen Patentanwälte sehr viel einfacher damit umschrieben werden, dass die betreffenden Personen zur rechts- oder patentanwaltlichen Tätigkeit in Deutschland befugt sein müssen. Da die im vorliegenden Kontext maßgeblichen beruflichen Tätigkeitsbefugnisse der Vertretung im Verfahren vor dem Patentamt und dem Patentgericht in § 25 Absatz 1 PatG (wenn auch im Zusammenhang mit der Bevollmächtigung) bereits behandelt werden, kann bei der Formulierung an diese Befugnisse angeschlossen werden. Dass damit zusätzlich auch noch verlangt wird, dass der Inlandsvertreter „zur Vertretung in bürgerlichen Rechtsmattersachen, die das Patent betreffen, sowie zur Stellung von Stefanträgen“ befugt sein muss, ist unschädlich, weil alle Rechtsanwälte (einschließlich der niedergelassenen europäischen und der dienstleistenden europäischen) und Patentanwälte (einschließlich der dienstleistenden europäischen) hierzu befugt sind (andererseits wäre auch deren jetzt schon vorausgesetzte Bevollmächtigung gar nicht wirksam möglich).

Die Neuregelung führt damit auch nicht zu einer Erweiterung der Prüfpflicht der Patentbehörden und -gerichte, sondern vereinfacht diese eher. Die vorgenannten Stellen müssen zukünftig prüfen, ob der Inlandsvertreter als in Deutschland zugelassener, niedergelassener europäischer oder dienstleistender europäischer Rechtsanwalt oder als in Deutschland zugelassener oder dienstleistender europäischer Patentanwalt tätig sein darf, wobei sie für den zuletzt genannten Fall der dienstleistenden europäischen Patentanwälte das Molekularverzeichnis nach § 15 Absatz 4 EuPAG-E zu Hilfe nehmen können. Ist ein dienstleistender europäischer Patentanwalt dort eingetragen, kann von seiner Vertretungsbefugnis ausgegangen werden, weil die erforderlichen Voraussetzungen vor der Eintragung von der Patentanwaltskammer zu prüfen waren.

Im Bereich der dienstleistenden europäischen Rechts- und Patentanwälte bleibt der Kreis der zur Inlandsvertretung befugten dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte im Vergleich zur bisherigen Rechtslage unverändert. Dem schon jetzt umfasst die derzeit maßgebliche Anlage 1 zu § 1 EuRAG alle in einem anderen Mitgliedsstaat ansässigen Rechtsanwälte. Bei den dienstleistenden europäischen Patentanwälten wird der Kreis der vertretungsbefugten Personen dagegen entsprechend der in Artikel 5 durch die §§ 13 und 14 EuPAG-E erfolgten Neubestimmung der in Deutschland tätigkeitstüchtigen dienstleistenden europäischen Patentanwälte größer (insbesondere waren bisher solche Berufsangehörigen nicht erfasst, in deren Herkunftstaaten der Beruf des Patentanwalts nicht reglementiert ist). Jede anders stärker einschränkende Regelung wäre jedoch auch mit den Vorgaben der Dienstleistungsfreiheit nach dem EU-Recht nicht vereinbar.

Soweit in § 25 Absatz 2 PatG derzeit noch ein Staatsangehörigkeitsfordernis vorgesehen ist, sollte dies ohnehin entfallen, um auch im Bereich der Vertretung in Patentsachen die Änderungen nachzuverfolgen, die für die Tätigkeit europäischer Rechts- und Patentanwälte in Deutschland bereits durch die Artikel 9 und 13 des Gesetzes zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen von 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515) in § 1 EuRAG und § 1 PAZBüroG vorgenommen worden waren. Dort war damals das Erfordernis, Staatsangehöriger eines Mitgliedsstaates zu sein, um in den Anwendungsbereich der Normen zu fallen, aufgehoben worden und nur noch an die Erfüllung der beruflichen Qualifikationen angeknüpft worden. Demgegenüber wäre es sachlich nicht zu rechtfertigen, in § 25 PatG-E, der auch im Übrigen an die Regelungen in § 1 EuRAG und § 1 PAZBüroG anknüpft, zukünftig noch ein Staatsangehörigkeitsfordernis beizubehalten. Durch die Neuregelung wird letztlich auch die in der Vergangenheit mehrfach relevant gewordene und nur schwer nachvollziehbare Problematik gelöst, die sich dadurch ergeben hatte, dass Rechtsanwälte aus der Schweiz bereits seit 2003 in der Anlage zu § 1 EuRAG verzeichnet waren und somit in den Anwendungsbereich des EuRAG fielen, während sie jedoch nicht das Staatsangehörigkeitsfordernis des bisherigen § 25 Absatz 2 PatG erfüllten, so dass sie in Deutschland nicht als Vertreter in Patentsachen tätig werden konnten.

Zu Artikel 15 (Änderung des Gebrauchsmustergesetzes)

Die Änderungen in der Entwurfsfassung des § 28 GebMVG entsprechen denjenigen in § 25 PatG-E, so dass auf die dortigen Erläuterungen verwiesen wird.

Die Änderung greift in Anbetracht der Verweisung in § 11 Absatz 2 des Halbleiterschutzgesetzes auch beim Verfahren zum Schutz von Halbleitererzeugnissen.

Zu Artikel 16 (Änderung des Markengesetzes)

Auch die Änderungen in der Entwurfsfassung des § 96 MarkenG entsprechen denjenigen in § 25 PatG-E, so dass auf die dortigen Begründungen verwiesen wird.

Zu Artikel 17 (Änderung des Designgesetzes)

Schließlich entsprechen auch die Änderungen in der Entwurfsfassung des § 58 DesignG (DesignG-E) denjenigen in § 25 PatG-E, so dass die dortigen Erläuterungen sinngemäß gelten.

Zu Artikel 18 (Änderung der Designverordnung)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 58 DesignG-E. Da § 58 Absatz 2 DesignG zukünftig nicht mehr in der bisherigen Form besteht, soll § 6 Absatz 4 Satz 3 DesignV aufgehoben werden. Infallig wird die bisherige Regelungsgehalt dadurch beibehalten, dass die Verweisung in § 6 Absatz 4 Satz 1 DesignV in der Entwurfsfassung auf den gesamten § 6 Absatz 1 DesignV erweitert wird.

Zu Artikel 19 (Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch)

Die Ergänzung im neuen § 286f Satz 3 SGB VI-E stellt sicher, dass wegen der Neuregelung zur rückwirkenden Zulassung zur Berufskammer und des damit verbundenen früheren Beginns der Kammerpflichtmitgliedschaft – und damit zur rückwirkenden Befreiungsmöglichkeit von der Versicherungspflicht zur gesetzlichen Rentenversicherung – bereits erfolgte Erstattungen nicht wieder rückgängig gemacht werden müssen. Auch wenn von der rückwirkenden Befreiungsmöglichkeit aufgrund der Neuregelung Gebrauch gemacht wird, erfolgt eine Erstattung nach den allgemeinen Vorschriften (§ 26 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung –) wegen einer rückwirkenden Kammerzulassung nur dann, wenn nicht bereits Erstattungen nach § 286f SGB VI in der bisherigen Fassung in Verbindung mit § 231 Absatz 4b SGB VI erfolgt sind.

Zu Artikel 20 (Änderung der Rechtsanwaltsverzeichnis- und -postfachverordnung)

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz beabsichtigt, von der Verordnungsmächtigung nach § 31c BRAO durch den Erlass der RAVPV-E Gebrauch zu machen. Die RAVPV-E liegt derzeit im Stand eines Referentenentwurfs vor, soll aber möglichst noch im September 2016 und damit vor dem vorliegenden Entwurf in Kraft treten. Die nach den mit dem vorliegenden Entwurf beabsichtigten Änderungen notwendig werdenden Folgeänderungen in der RAVPV-E, die nahezu ausschließlich technisch-technischer Art sind, sollen zur Vermeidung einer andererseits kurz nach deren Inkrafttreten schon wieder erforderlichen Änderung der RAVPV-E bereits mit diesem Entwurf vorgenommen werden.

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu der Aufhebung des § 31 RAVPV-E durch Artikel 20 Nummer 14.

Zu Nummer 2 (§ 1 RAVPV-E)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Einfügung des § 27a EuRAG-E durch Artikel 2 Nummer 19. Nach § 1 Satz 2 Nummer 4 RAVPV-E sollen (allerdings erst ab dem 1. Januar 2018, vgl. dazu Artikel 21 Absatz 4 Nummer 2) nunmehr auch diejenigen dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte im Sinne des Teils 5 des EuRAG in die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern eingetragen werden, für die aufgrund eines Antrags nach § 27a Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach einzurichten ist. Diese Regelung hat rein technische Gründe, da die Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfachs nach dem von der Bundesrechtsanwaltskammer konzipierten System nur für solche Rechtsanwälte möglich ist, die auch in deren Gesamtverzeichnis eingetragen sind. Da die Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern die Grundlage für das Gesamtverzeichnis bilden, müssen die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte, die ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach erhalten sollen, folglich auch in deren Verzeichnisse eingetragen werden. Eine Eintragung in die Verzeichnisse durch die Rechtsanwaltskammern macht dabei auch deshalb Sinn, weil der Antrag nach § 27a Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E bei diesen zu stellen ist. Örtlich zuständig für die Eintragung ist jeweils die Rechtsanwaltskammer, die nach § 32 Absatz 4 EuRAG für denjenigen Staat zuständig ist, in dem der Antragsteller niedergelassen ist. Aus den öffentlich einsehbaren Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern oder dem öffentlich einsehbaren Gesamtverzeichnis ersichtlich sollen die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte jedoch nicht sein (vgl. dazu § 6 Absatz 3 und § 13 Absatz 1 RAVPV-E). Nach ihnen soll vielmehr nur dann gesucht werden können, wenn eine Nachricht an sie übermittelt werden soll (vgl. § 19 Absatz 3 und 4 RAVPV-E).

Zu Nummer 3 (§ 2 RAVPV-E)

Zu Buchstabe a

Es handelt sich um eine Folgeänderung zu den Änderungen des § 31 Absatz 3 Nummer 1 und 8 BRAO-E durch Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstaben aa und oc. Danach ist zukünftig in § 2 Absatz 3 RAVPV-E zu regeln, welche Vornamen eines Rechtsanwalts (sowie auch eines Vertreters, Abwicklers oder Zustellungsbevollmächtigten) in das Rechtsanwaltsverzeichnis einzutragen sind. Im Anschluss an die Ausführungen in der Begründung zu § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO-E soll hierbei eine praxisgerechte Ausgestaltung dahingehend vorgenommen werden, dass die aus dem Rechtsanwaltsverzeichnis ersichtlichen Vornamen mit denjenigen übereinstimmen sollen, die der Rechtsanwalt üblicherweise bei seiner beruflichen Tätigkeit (d. h. also insbesondere auf Briefköpfen, auf Geschäftsschildern und bei Unterschriften, bei denen jeweils zumindest ein ausgeschriebener Vorname benutzt wird) verwendet, weil die Nutzer des Rechtsanwaltsverzeichnisses und auch des Gesamtverzeichnisses nach genau diesen ihnen bekannten Vornamen suchen werden und sie die Angabe weiterer, von dem Rechtsanwalt normalerweise gar nicht gebrauchter Vornamen nur verwirren würde.

Zu Buchstabe b

Bei der Änderung in § 2 Absatz 4 RAVPV-E handelt es sich um eine Folgeänderung zur Einfügung des Begriffs der weiteren Kanzlei in § 27 Absatz 2 BRAO-E und der entsprechenden Eintragungspflicht in § 31 Absatz 3 Nummer 3 BRAO-E durch Artikel 1 Nummer 6 und 7. Werden in den Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern (und damit auch im Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer) für eine Person mehrere Kanzleien eingetragen, müssen diese für die Nutzer der Verzeichnisse unterscheidbar sein. Dies gilt u. a. auch deshalb, um Fehldressierungen bei der Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zu vermeiden.

Zu Buchstabe c

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 31 Absatz 3 Nummer 7 BRAO-E durch Artikel 1 Nummer 7. Aufgrund der gesetzlichen Verweisung in § 14 Absatz 4 Satz 1 BRAO ist im Fall einer angeordneten sofortigen Vollziehung die Rücknahme oder der Widerruf der Zulassung den einzutragenden vorläufigen Berufs- und Verordnungsverbänden in mehrfacher Hinsicht gleichzustellen. Diese Gleichstellung soll nunmehr auch auf die Eintragungspflicht nach § 31 Absatz 3 Nummer 7 BRAO ausgedehnt werden. Die entsprechende Erweiterung soll sodann von § 2 Absatz 7 Satz 4 RAVPV-E auch in der RAVPV-E abgebildet werden.

Zu Nummer 4 (§ 3 RAVPV-E)

Es handelt sich um eine weitere Folgeänderung zur Einfügung des § 27a EuRAG-E. Die nach § 1 Satz 2 Nummer 4 RAVPV-E nur zum Zweck der Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfach(s) in das Verzeichnis der Rechtsanwaltskammer einzutragenden dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte sind nach § 3 Satz 2 RAVPV-E unmittelbar nach Abschluss der Prüfung der Frage einzutragen, ob eine Berechtigung zur Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfach(s) besteht.

Zu Nummer 5 (§ 5 RAVPV-E)

Auch hier handelt es sich um eine Folgeänderung zur Einfügung des § 27a EuRAG-E. Bei dienstleistenden europäischen Rechtsanwälten hat nach § 5 Absatz 1 Satz 3 RAVPV-E in Verbindung mit der in § 27a Absatz 1 Satz 3 EuRAG-E genannten Maßgabe eine Sperrung zu erfolgen, wenn diese ihre Zulassung zur Rechtsanwaltschaft in ihrem Herkunftsstaat verloren oder kein besonderes elektronisches Anwaltspostfach mehr eingerichtet haben wollen.

Zu Nummer 6 (§ 6 RAVPV-E)

Es handelt sich wiederum um eine Folgeänderung zur Einfügung des § 27a EuRAG-E. Nach dem neu einzufügenden § 6 Absatz 3 RAVPV-E sollen die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte aus den öffentlich einsehbaren Verzeichnissen der Rechtsanwaltskammern nicht ersichtlich sein, da deren Eintragung nach § 27a Absatz 1 Satz 2 EuRAG-E ausschließlich zum Zweck der Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfach(s) erfolgt und ihnen eine mit einer öffentlich einsehbaren Eintragung verbundene Suchmöglichkeit nach ihrer Kanzlei einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren Kollegen verschaffen würde.

Als Folge der Einfügung des neuen Absatzes 3 in § 6 RAVPV-E wird der dortige bisherige Absatz 3 zukünftig Absatz 4.

Zu Nummer 7 (§ 10 RAVPV-E)**Zu Buchstabe a**

Die Ergänzung in § 10 Nummer 2 RAVPV-E bezieht sich ebenfalls auf die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte, die nur zum Zweck der Einrichtung eines besonderen elektronischen Anwaltspostfach(s) in das Verzeichnis eingetragen werden. Da diese keiner Rechtsanwaltskammer angehören, muss bei ihnen stattdessen ersichtlich sein, welche Rechtsanwaltskammer nach § 27a Absatz 1 Satz 1 EuRAG-E in Verbindung mit § 32 Absatz 4 EuRAG für sie zuständig ist.

Zu Buchstabe b

Dortzeit steht § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 BRAO vor, dass Rechtsanwälte, Tätigkeitsschwerpunkte und Sprachkenntnisse, die über das Europäische Rechtsanwaltsverzeichnis einsehbar sein sollen, der Bundesrechtsanwaltskammer zu diesem Zweck mitzuteilen haben und diese dann von der Bundesrechtsanwaltskammer in das Gesamtverzeichnis eingetragen werden. Durch die beabsichtigte Neuregelung in § 31 Absatz 4 Satz 3 BRAO-E (vgl. Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe c) soll diese Regelung dahingehend geändert werden, dass die Bundesrechtsanwaltskammer den eingetragenen Personen zukünftig eine Selbsteintragung ermöglicht. Diese Änderung ist dann auch in § 10 Nummer 4 RAVPV-E nachzuvollziehen.

Zu Nummer 8 (§ 11 RAVPV-E)

Bei den Änderungen in § 11 Absatz 3 Satz 1 RAVPV-E handelt es sich um weitere Folgeänderungen zur Änderung des § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 BRAO-E, die die technische Umsetzung der vorbezeichneten inhaltlichen Änderung abbilden.

Im Übrigen findet ab dem 1. Januar 2018 die in § 11 Absatz 3 Satz 1 RAVPV-E in Bezug genommene Vorschrift des § 16 Satz 2 RAVPV-E durch die zu diesem Zeitpunkt in Kraft tretende Änderung des § 16 Satz 2 RAVPV-E (vgl. Artikel 20 Nummer 10) automatisch auch auf dienstleistende europäische Rechtsanwälte Anwendung, was sachgerecht ist, weil auch diese nicht über das europäische Rechtsanwaltsverzeichnis abgerufen werden können und ihnen deshalb keine Eintragung der nur über das europäische Rechtsanwaltsverzeichnis zu suchenden Sprachkenntnissen und Tätigkeitsschwerpunkten ermöglicht werden muss.

Zu Nummer 9 (§ 15 RAVPV-E)

Auch bei der Ergänzung des § 15 Absatz 1 RAVPV-E um einen neuen Satz 3 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Änderung des § 31 Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 BRAO-E, mit der sichergestellt werden soll, dass die Eintragungen zu den Sprachkenntnissen und Tätigkeitsschwerpunkten nicht durch Unbefugte veranlasst oder geändert werden können.

Zu Nummer 10 (§ 16 RAVPV-E)

Dienstleistende Rechtsanwälte im Sinne des § 1 Satz 2 Nummer 4 RAVPV-E sollen auch aus dem Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnis nicht ersichtlich sein. Sie sollen daher von dem von § 16 RAVPV-E in Bezug genommenen Personenkreis ausgenommen werden (vgl. dazu die Begründung zu § 6 Absatz 3 RAVPV-E).

Zu Nummer 11 (§ 17 RAVPV-E)

Die Änderung in § 17 Absatz 1 Nummer 1 RAVPV-E schließt an die Änderungen in § 31 Absatz 3 Nummer 1 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe a) und § 2 Absatz 3 RAVPV-E (Artikel 20 Nummer 3 Buchstabe a) an und soll im Zusammenspiel mit der Verweisung in § 17 Absatz 2 RAVPV-E auf § 2 Absatz 3 RAVPV-E sicherstellen, dass dieselben Angaben, die im Rechtsanwalts- und im Gesamtverzeichnis zum Vornamen verzeichnet sind, auch aus dem Europäischen Rechtsanwaltsverzeichnis ersichtlich sind.

Zu Nummer 12 (§ 19 RAVPV-E)

Die Ergänzung in § 19 Absatz 4 RAVPV-E stellt die dienstleistenden europäischen Rechtsanwälte, für die gemäß § 27a EuRAG-E ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach eingerichtet wird, in Bezug auf die Einrichtung des Postfach(s) betreffenden Inhalte des § 19 Absatz 1 bis 3 RAVPV mit den Mitgliedern der Rechtsanwaltskammer gleich.

Zu Nummer 13 (§ 21 RAVPV-E)**Zu Absatz 3**

Bei der Ergänzung des § 21 RAVPV um einen neuen Absatz 3 handelt es sich um eine Folgeänderung zur Einfügung des § 31a Absatz 7 BRAO-E durch Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe c. Dieser sieht vor, dass (ab dem 1. Januar 2018) für weitere Kanzleien einer bereits im Gesamtverzeichnis eingetragenen Person ein weiteres besonderes elektronisches Anwaltspostfach einzurichten ist. Die Bundesrechtsanwaltskammer veranlasst dies in dem Moment, in dem die weitere Kanzlei (im Wege des automatisierten Verfahrens, vgl. § 31 Absatz 1 Satz 3 BRAO-E) im Gesamtverzeichnis eingetragen wird. Zu diesen weiteren besonderen elektronischen Anwaltspostfächern wird durch § 21 Absatz 3 RAVPV-E allgemein bestimmt, dass für sie (mit Ausnahme des § 21 RAVPV-E selbst) alle für die besonderen elektronischen Postfächer geltenden Bestimmungen des Teils 4 der RAVPV-E sowie des § 30 RAVPV-E entsprechend gelten.

Zu Absatz 4

Bei der Ergänzung des § 21 RAVPV-E um einen neuen Absatz 4 handelt es sich um eine weitere Folgeänderung zur Einführung der besonderen elektronischen Anwaltspostfächer für dienstleistende europäische Rechtsanwälte. Der neue Absatz regelt dabei in Satz 1, welche Bescheinigung ein dienstleistender europäischer Rechtsanwalt der Rechtsanwaltskammer vorlegen muss, um ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach erhalten zu können.

Mit den Sätzen 2 bis 4 soll mit dem den Umständen entsprechend größtmöglichen Maß an Sicherheit gewährleistet werden, dass nur dienstleistende europäische Rechtsanwälte, die in ihrem Niederlassungsstaat tatsächlich (noch) als Rechtsanwälte zugelassen sind, ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach besitzen. Während die Zulassung des dienstleistenden europäischen Rechtsanwalts im Zeitpunkt der Einrichtung des besonderen elektronischen Anwaltspostfach(s) durch die Anforderungen nach Satz 1 in Verbindung mit der auch bei ihnen erforderlichen Identitätsprüfung noch genauso sicher wie bei den übrigen Rechtsanwälten geprüft werden kann, wird bei ihnen ein Verlust der Zulassung nicht durch die nationale Rechtsanwaltskammer, sondern durch die entsprechend zuständige Stelle im Niederlassungsstaat des dienstleistenden Rechtsanwalts ausgesprochen. Deshalb soll zum einen mit Satz 2 der dienstleistende europäische Rechtsanwalt selbst verpflichtet werden, den Verlust seiner Zulassung der Rechtsanwaltskammer unverzüglich mitzuteilen. Hierüber ist er von der Rechtsanwaltskammer nach Satz 3 zu belehren. Zudem soll die Rechtsanwaltskammer nach Satz 4 die für die Zulassung des

dienstleistenden europäischen Rechtsanwalts zuständige Stelle in dessen Niederlassungsstaat bitten, ihr im Wege der Amtshilfe unverzüglich mitzuteilen, falls der dienstleistende europäische Rechtsanwalt seine Zulassung verlieren sollte. Hierzu ist die zuständige Stelle des anderen Mitgliedsstaates dann nach Artikel 56 Absatz 2 Unterabsatz 1 Satz 1 der Richtlinie verpflichtet.

Zu Nummer 14 (§ 31 RAVPV)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Einführung des § 31a Absatz 6 BRAO-E durch Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe c, der für die Zeit ab dem 1. Januar 2018 (vgl. dazu Artikel 21 Absatz 4 Nummer 1) die Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs regelt. Damit kann zur gleichen Zeit (vgl. dazu Artikel 21 Absatz 4 Nummer 5) die dieselbe Frage betreffende, ohnehin auf die Zeit bis zum 31. Dezember 2017 befristete Übergangsregelung in § 31 RAVPV-E entfallen.

Zu Artikel 21 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Zu Absatz 1

Da die Umsetzungsfrist der Richtlinie 2013/55/EU bereits am 18. Januar 2016 endete und auch die ganz überwiegende Zahl der weiteren Änderungen unmittelbar Wirkung entfallen kann, soll das vorliegende Gesetz nach Satz 1 vorbehaltlich der Absätze 2 bis 5 am Tag nach der Verkündung in Kraft treten.

Infolge des mit Satz 1 verbundenen Inkrafttretens des in Artikel 5 enthaltenen EuPAG-E kann das PAZEignPFG, dessen Regelungen in das EuPAG-E überführt werden, am selben Tag außer Kraft treten, was durch Satz 2 bewirkt wird.

Zu Absatz 2

Die Neuregelungen in § 46a Absatz 4 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 11), § 41b Absatz 4 PAO-E (Artikel 4 Nummer 14 Buchstabe b) und § 286f SGB VI-E (Artikel 18) zur rückwirkenden Entziehung der Kammermitgliedschaft im Fall der Erteilung oder Erstreckung einer Zulassung als Syndikatsrechts- oder -patentanwalt sollen rückwirkend mit Wirkung vom 1. Januar 2016 und damit zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälle und zur Änderung der Finanzgerichtsordnung in Kraft treten. Dadurch wird sichergestellt, dass die ergänzenden Regelungen auf sämtliche Sachverhalte Anwendung finden können, die unter das seit dem 1. Januar 2016 geltende neue Recht für Syndikusanwälle fallen. Vertrauensschutzgesichtspunkte sind nicht berührt, da die Rückwirkung für die betroffenen Syndikusanwälle vorteilhaft ist.

Zu Absatz 3

Die Änderungen bei der Festlegung der Prüfungsgebühr durch § 12 Absatz 3 Satz 1 PAO-E (Artikel 4 Nummer 7 Buchstabe c) können erst erfolgen, wenn durch die überarbeitete PatAnwAPO eine Neuregelung erfolgt ist. Die entsprechenden Änderungen sollen daher erst zum 1. Oktober 2017 in Kraft treten. Dies wird durch Absatz 3 bewirkt. Die entsprechende Verordnungsermächtigung in § 12 Absatz 3 Satz 2 PAO-E (Artikel 4 Nummer 7 Buchstabe c) soll dagegen unmittelbar in Kraft treten, damit vor dem 1. Oktober 2017 eine Neuregelung durch Verordnung möglich ist.

Zu Absatz 4

Durch die Nummern 1 und 3 wird zunächst berücksichtigt, dass die in § 31 Absatz 3 Nummer 3 und 4 BRAO-E vorgesehenen Ergänzungen der Verzeichnisse der Rechtsanwaltskammern und des Gesamtverzeichnis der Bundesrechtsanwaltskammer um die weiteren Kanzielen (Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstaben bb und cc) sowie die mit § 29 PAO-E beabsichtigten Änderungen des Verzeichnisses der Patentanwaltskammer insgesamt (Artikel 4 Nummer 12) die Schaffung der hierfür erforderlichen technischen Voraussetzungen und die Erhebung des für sie erforderlichen Datenbestandes erfordern. Um eine ausreichende Vorbereitungsphase hierfür zu schaffen, sollen diese Neuregelungen erst am 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Weiter bedingt die von den Rechtsanwaltskammern nach § 31 Absatz 3 Nummer 7 BRAO-E zu zukünftig schaffende Möglichkeit, sofort vollziehbare Rücknahmen und Widerrufe der Zulassung in die Rechtsanwaltsverzeichnisse einzutragen (Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstabe dd), eine neue Programmierung, so dass

auch diese Regelung nach Nummer 1 erst zum 1. Januar 2018 in Kraft treten soll. Dies gilt auch für die Folgeänderung in § 2 Absatz 7 Satz 4 RAVPV-E (Artikel 20 Nummer 3 Buchstabe e), was durch Nummer 5 vorgesehen wird.

Die in § 31a Absatz 6 BRAO-E (Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe c) vorgesehene berufsrechtliche Verpflichtung zur Nutzung des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs soll, wie dies Nummer 1 bewirkt, ebenfalls erst zum 1. Januar 2018 in Kraft treten (vgl. dazu die Ausführungen in der Begründung zu § 31a Absatz 6 BRAO-E). Damit kann dann auch die dieselbe Thematik betreffende Übergangsregelung in § 31 RAVPV-E entfallen, wie dies durch Artikel 20 Nummer 14 bewirkt wird. Deshalb treten nach Nummer 5 in Artikel 20 die Nummer 1 (Folgeänderung der Inhaltsübersicht der RAVPV-E) und die Nummer 14 zum 1. Januar 2018 in Kraft.

Da die Einrichtung eines weiteren besonderen elektronischen Anwaltspostfachs nach § 31a Absatz 7 BRAO-E die Eintragung einer weiteren Kanzlei nach § 31 Absatz 3 BRAO-E voraussetzt, kann in Artikel 1 Nummer 8 Buchstabe c der § 31a Absatz 7 BRAO-E erst zeitgleich mit der Änderung in Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b Doppelbuchstaben bb und cc in Kraft treten, wie dies durch Nummer 1 bewirkt wird. Ebenso können die entsprechende Folgeänderungen in § 2 Absatz 4 und § 21 Absatz 3 RAVPV-E (Artikel 20 Nummer 3 Buchstabe b und Nummer 13) erst zum 1. Januar 2018 in Kraft treten, wie dies in Nummer 5 vorgesehen ist.

Schließlich erfordert die Schaffung der Möglichkeit, für dienstleistende europäische Patentanwälte ein besonderes elektronisches Anwaltspostfach einzurichten, Umprogrammierungen des derzeitigen Systems, so dass § 27a EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 19), die zugehörige Änderung der Inhaltsübersicht des EuRAG (Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe d) und die notwendigen Folgeänderungen in § 1 Satz 2, § 3 Satz 2, § 5 Absatz 1 Satz 3, § 6 Absatz 3, § 10 Nummer 2, § 16 Satz 2, § 19 Absatz 4 und § 21 Absatz 4 RAVPV-E (Artikel 20 Nummern 2, 4 bis 7 Buchstabe a, Nummern 10, 12 und 13) ebenfalls erst am 1. Januar 2018 in Kraft treten können (vgl. dazu die Nummern 2 und 5).

Die Eröffnung der mit § 31 Absatz 3 EuRAG-E (Artikel 2 Nummer 20) vorgesehenen Möglichkeit, auf die Bestellung eines Zustellungsbefullmächtigten zu verzichten, steht im Zusammenhang mit den durch § 130a Absatz 4 ZPO n. F. erst zum 1. Januar 2018 eingeführten sicheren Übermittlungswegen, so dass auch diese Regelung erst am 1. Januar 2018 in Kraft treten kann, wie dies durch Nummer 2 bewirkt wird.

Die mit § 116 Absatz 1 Satz 2 bis 6 BNotO-E (Artikel 9 Nummer 33) eröffnete Möglichkeit, in Baden-Württemberg vom Anwaltsnotariat in das Notariat zu wechseln, steht im Zusammenhang mit der dort zum 1. Januar 2018 anstehenden Notariatsreform und soll daher nach Nummer 4 ebenso zum 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Zu Absatz 5

Die Einführung der Briefwahl bei den Vorstandswahlen der Rechtsanwaltskammern erfordert einen gewissen Vorlauf. Die Rechtsanwaltskammern müssen zunächst entscheiden, wie das Wahlverfahren durchgeführt werden soll (Briefwahl oder elektronische Wahl, in Verbindung mit Kammerversammlung oder ohne etc.) und auf welche Weise die Nachbesetzungen nach § 69 Absatz 3 erfolgen sollen; anschließend müssen die getroffenen Entscheidungen organisatorisch umgesetzt werden. Deshalb wird mit Nummer 1 vorgesehen, dass die entsprechenden Rechtsänderungen in den §§ 64, 69, 88 und 89 BRAO-E (Artikel 1 Nummern 26, 28, 39 und 40) erst zum 1. Juli 2018 in Kraft treten. Soweit dadurch in den §§ 88 und 89 BRAO-E einige begriffliche Klarstellungen ebenfalls erst zum 1. Juli 2018 in Kraft treten, ist dies unproblematisch. Soweit auch die Änderungen in den §§ 112f und 191b BRAO-E zum Teil Folge der Einführung der Briefwahl sind, kann die in § 112f Absatz 1 BRAO-E allgemein gehaltene und in § 191b BRAO-E lediglich eine Option beinhaltende Neufassung schon vorher in Kraft treten. Entsprechendes wie zu den §§ 64, 69, 88 und 89 BRAO-E gilt nach Nummer 2 für die Neuregelungen bei den Wahlen zum Vorstand der Patentanwaltskammer in den §§ 58, 63, 81 und 82 PAO-E (Artikel 4 Nummern 31, 33, 44 und 45).

Anlage 2

Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gem. § 6 Abs. 1 NKRG

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe (NKR Nr. 3721)

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des Regelungsvorhabens geprüft.

I Zusammenfassung		
Bürgerinnen und Bürger Wirtschaft	keine Auswirkungen	keine Auswirkungen
Jährlicher Erfüllungsaufwand im Saldo: Belastung: Entlastung:	1.342.250 Euro 15.000 Euro	1.327.250 Euro
Einmaliger Erfüllungsaufwand: Verwaltung		55.200 Euro
Umsetzung von EU-Recht	Das Vorhaben soll EU-Recht (Berufsanerkenntnisrichtlinie) umsetzen und darüber hinaus weitere Regelungen für rechtsberatende Berufe treffen.	keine Auswirkungen
'One in one out' – Regel	Im Sinne 'One in one out' – Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft im diesem Regelungsvorhaben ein „in“ von 1.327.250 Euro dar.	
Evaluierung	Spätestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes soll die über die Umsetzung, hinausgehenden weiteren Regelungen zu den elektronischen Anwaltspostfächern, der Aus- und Fortbildung sowie der Briefwahl evaluiert werden.	
Der Nationale Normenkontrollrat erhebt im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen in dem Regelungsvorhaben.		

II Im Einzelnen

II.1 Regelungsgegenstand

Die Europäische Union gibt ihren Mitgliedstaaten durch Richtlinienrecht ein System zur wechselseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen vor. Zugleich erleichtert die sog. Berufsanerkenntnisrichtlinie (2013/55/EU¹⁾ grenzüberschreitende Dienstleistungen u. a. im Rechtsberatungssektor.

¹⁾ ABl. L 95 vom 09.04.2016, S. 20

Mit dem Regelungsvorhaben will das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) die Vorgaben der Richtlinie umsetzen und darüber hinaus weitere Regelungen für die rechtsberatenden Berufe treffen. Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) begrüßt, dass dabei die passive Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs zum 01.01.2018 auch berufsrechtlich sichergestellt werden soll.

II.2 Erfüllungsaufwand

Neue Belastungen mit Erfüllungsaufwand ergeben sich aus den Regelungen, die über die Berufsanerkenntnisrichtlinie hinausgehen. Regelungsgegenstände sind dabei hauptsächlich die Aus- und Fortbildung im Berufsrecht, die Einführung von Briefwahlen bei den Rechtsanwaltskammern sowie der Organisationsform einer „weiteren Kanzlei“ neben der bisherigen (fortlichen) „Zweigstelle“. Der Erfüllungsaufwand für die Aus- und Fortbildung sowie für die Mitteilung über die weitere Kanzlei fällt bei den Rechts- bzw. Patentanwälten unmittelbar an. Beide Regelungsgegenstände rufen jedoch Folgeaufwand bei den Kammern hervor: ebenso die Einführung einer Briefwahl. Die Kammern geben ihre Kosten durch die Kammermitglieder weiter, sodass per Saldo der gesamte Erfüllungsaufwand aus den Neuregelungen bei den Rechts- und Patentanwälten (Wirtschaft) entsteht. Die nachfolgende Übersicht stellt diesen Erfüllungsaufwand dar:

Regelungsgegenstand	Erfüllungsaufwand/Euro	
Aus- und Fortbildung im Berufsrecht	jährlich	750.000 Euro
Briefwahl zu den Gremien der Rechtsanwaltskammern	jährlich	330.000 Euro
Erichtung einer weiteren Kanzlei – Einrichtung eines weiteren elektronischen Anwaltspostfachs	jährlich	250.000 Euro
Überprüfung der Aus- und Fortbildung im Berufsrecht	jährlich	10.000 Euro
Vorübergehende Tätigkeit EU-ausländischer Patentanwälte	jährlich	2.250 Euro
Registrierung durch die Patentanwaltskammer	einmalig	45.000 Euro
Erichtung einer weiteren Kanzlei – IT zur Entgegennahme und Verwaltung der Mitteilungen	einmalig	10.200 Euro
Erichtung einer weiteren Kanzlei – Mitteilung an die Rechtsanwalts-/ Patentanwaltskammer	einmalig	10.200 Euro

Das Regelungsvorhaben führt allerdings auch zu einer Entlastung von Kosten: Die bei den Rechtsanwaltskammern der einzelnen Bezirke geführten Verzeichnisse aller Kammermitglieder sollen zukünftig als Teile des Gesamtverzeichnisses bei der Bundesrechtsanwaltskammer vorgehalten werden können. Die hiermit verbundenen Synergieeffekte schätzt das Ressort nachvollziehbar auf rund 15.000 Euro.

II.3 One in- one out-Regel

Im Sinne One in, one out – Regel der Bundesregierung stellt der jährliche Erfüllungsaufwand der Wirtschaft in diesem Regelungsvorhaben ein „In“ von 1.327.250 Euro dar.

II.4 Evaluierung

Die Berufsankennungsrichtlinie soll auf Unionsebene evaluiert werden.

Auf Empfehlung des NKR sieht der Entwurf vor, dass die weiteren Regelungen zu den elektronischen Anwaltspostfächern, der Aus- und Fortbildung sowie der Brielwahl spätestens fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes evaluiert werden.

Das Ressort hat den Erfüllungsaufwand umfassend, nachvollziehbar und plausibel dargestellt. Der Nationale Normenkontrollrat erhebt deshalb keine Einwände gegen die Darstellung der Gesetzesfolgen in dem Regelungsentwurf.

Catenhusen

Stellv. Vorsitzender

Hahnen

Berichterstatter

Rechtsanwalt Dr. Martin Delhey*

Verfassungsrechtliche Grenzen einer Pflicht für Rechtsanwälte zur Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel

Zum 1.1.2016 plante die Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) für alle in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte das so genannte besondere elektronische Anwaltspostfach (kurz: beA) einzuführen. Während die BRAK den Termin zur Einrichtung inzwischen auf den 29.9.2016 verschoben hat, wird eine anwaltliche Pflicht zur Nutzung des beA zunehmend in Frage gestellt. Der Beitrag beleuchtet die Diskussion aus verfassungsrechtlicher Perspektive.

I. Faktische Pflicht zur Nutzung des beA?

De lege lata existiert derzeit keine ausdrückliche gesetzliche Pflicht zur Nutzung des beA.¹ Allerdings wird von der BRAK die Ansicht vertreten, dass sie gem. § 31 a BRAO berechtigt sei, ein empfangsbereites beA sowohl ohne als auch gegen den Willen des Rechtsanwalts einzurichten, wodurch für diesen unmittelbar die Pflicht ausgelöst würde, das für ihn eingerichtete Postfach regelmäßig auf eingehende Nachrichten zu kontrollieren.² Für den Rechtsanwalt, der nicht die erforderlichen Zugangsmittel zum beA-Postfach in Gestalt einer beA-Chipkarte und eines Kartenlesegeräts erwirbt und damit den Posteingang seines beA nicht überwachen kann, könne sich bei unbemerktem Eingang wichtiger Nachrichten ein Haftungsrisiko ergeben und es sei zudem ein Verstoß gegen anwaltliche Berufspflichten zu besorgen.³

Indem die BRAK vor Anwaltschaftung und Berufspflichtverletzung bei Verweigerung der Nutzung des beA warnt, erschafft sie mithin eine faktische Nutzungsobliegenheit, obgleich eine ausdrückliche gesetzliche Nutzungspflicht für das beA nicht besteht. An die Stelle gesetzlicher Geltung tritt damit faktischer Zwang.⁴

II. Nutzungspflicht als Eingriff in die anwaltliche Berufsfreiheit

Die Auferlegung einer Pflicht zur Nutzung eines empfangsbereiten beA stellt einen Eingriff in die von Art. 12 I GG geschützte anwaltliche Berufsfreiheit dar. Denn sie hat unmittelbar zur Folge, dass der Rechtsanwalt nicht nur entsprechende Hard- und Software vorhalten muss, sondern das elektronische Postfach auch regelmäßig auf eingehende Nachrichten zu überprüfen hat, um seinen berufsrechtlichen Pflichten, namentlich der Mitwirkungspflicht bei Zustellungen (§ 14 BORA) sowie der Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung (§ 43 S. 1 BRAO), gerecht zu werden und eine etwaige Haftung gegenüber Mandanten auszuschließen, die aus einer nicht rechtzeitigen Kenntnisnahme wichtiger in das beA eingegangener Mitteilungen resultieren kann.⁵ Der Rechtsanwalt hat sicherzustellen, dass zur wirksamen Fristenkontrolle erforderliche Handlungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt, also unverzüglich nach Eingang des betreffenden Dokuments, vorgenommen werden.⁶ Die Einrichtung eines empfangsbereiten beA löst für den Rechtsanwalt folglich konkrete berufsrechtliche Pflichten aus und verlangt von ihm dabei, dass er seine Kanzlei mit den erforderlichen technischen Vorkehrungen ausstattet und über entsprechende

Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit elektronischen Kommunikationsmitteln verfügt.

III. Zwingendes Erfordernis einer gesetzlichen Rechtsgrundlage

Als Eingriff in die anwaltliche Berufsfreiheit bedarf die Schaffung einer Pflicht zur Nutzung des beA einer hinreichend bestimmten, formell-gesetzlichen Rechtsgrundlage. Dies folgt bereits aus dem Wortlaut von Art. 12 I 2 GG.⁷

Die Ansicht, dass der Gesetzgeber eine ausdrückliche Regelung nur für den Fall hätte treffen müssen, dass er eine lediglich freiwillige Inanspruchnahme des beA gewollt hätte,⁸ vermag nicht zu überzeugen. Mit dieser Argumentation wird der grundrechtliche Gesetzesvorbehalt schlechterdings in sein Gegenteil verkehrt: Denn eine freiwillige Nutzung würde – anders als eine verbindlich auferlegte Nutzungspflicht – gerade keinen Grundrechtseingriff darstellen und bedürfte daher auch nicht zwingend einer gesetzlichen Grundlage.

Mit dem Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten⁹ hat der Gesetzgeber gleich mehrere Vorschriften geschaffen, um für Rechtsanwälte eine Pflicht zur Nutzung elektronischer Kommunikationswege einzuführen. § 174 III 4 ZPO nF bestimmt, dass ein sicherer Übermittlungsweg für die Zustellung elektronischer Dokumente zu eröffnen ist. Diese „passive Nutzungspflicht“ tritt allerdings gem. Art. 25 I des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten erst zum 1.1.2018 in Kraft. Und § 130 d ZPO, § 14 b FamFG, § 46 g ArbGG, § 65 d SGG, § 55 d VwGO und § 52 d FGG nF, die im Sinne einer „aktiven Nutzungspflicht“ vorschreiben, dass Rechtsanwälte den Gerichten ihre Schriftstücke in elektronischer Form zu übermitteln haben, treten Art. 26 VII zufolge erst zum 1.1.2022 in Kraft.

Ob die an dieser Stelle von Brosch¹⁰ übernommene Terminologie „passiver“ und „aktiver“ Nutzung im Kern besonders treffend ist, sei hier

* Der Autor ist Rechtsanwalt in Berlin.

1 Schinagl, Berliner AnwBl 2015, 297; Werner, Berliner AnwBl 2015, 361 (362); Werner/Oberste-Dommes, AnwBl 2016, 21 (22 f.); Schreiben des BMJV v. 12.1.2015 an den Autor, abrufbar unter <http://blog.kanzlei-delhey.de/bmjbv-bea> (zuletzt abgerufen am 18.4.2016); ebenso BRAK, Fragen und Antworten: Gibt es eine gesetzliche Verpflichtung zur Nutzung des beA?, <http://bea.brak.de/fragen-und-antworten> (zuletzt abgerufen am 18.4.2016); Brosch/Sandkühler, NJW 2015, 2760 (2761); Brosch, NJW 2015, 3692 (3693).

2 BRAK, Fragen und Antworten: Gibt es eine gesetzliche Verpflichtung zur Nutzung des beA?, Was passiert, wenn ich die beA-Karte nicht beantrage?, <http://bea.brak.de/fragen-und-antworten>.

3 BRAK, Fragen und Antworten, <http://bea.brak.de/fragen-und-antworten>; Brosch/Sandkühler, NJW 2015, 2760 (2761); Brosch, NJW 2015, 3692 (3693).

4 Schinagl, Berliner AnwBl 2015, 297.

5 Insoweit zutreffend Brosch, NJW 2015, 3692 (3694).

6 BVerfGE 50, 1001.

7 Grdl. BVerfGE 7, 377 (399 ff.) = NJW 1958, 1035; s. insbes. auch BVerfGE 50, 16 (29) = NJW 1979, 1159 sowie ferner BVerfGE 36, 212 (219) = NJW 1974, 232.

8 So Brosch, NJW 2015, 3692 (3693).

9 Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten v. 10.10.2013, BGBl. I 2013, 3786.

10 Brosch, NJW 2015, 3692 (3693).

dahingestellt. Sie soll in erster Linie der begrifflichen Abgrenzung zwischen der „passiven“ Pflicht zur Zugangseröffnung und der „aktiven“ Pflicht zur Versendung dienen. Dabei ist freilich nicht zu übersehen, dass auch die „passive“ Pflicht ein aktives Tun, nämlich die Eröffnung des Zugangs, erfordert.

1. Keine gesetzliche Pflicht zur Nutzung des beA nach § 31 a BRAO

§ 31 a BRAO, der gem. Art. 26 V bereits zum 1.1.2016 in Kraft getreten ist, kann eine vorzeitige Pflicht zur Nutzung des beA nicht entnommen werden. Dies folgt bereits aus dem Wortlaut der Norm. So hat der Gesetzgeber bei der Formulierung des § 31 a I BRAO nicht auf die von ihm bislang durchgehend verwendete Terminologie der Zugangseröffnung zurückgegriffen,¹¹ sondern stattdessen den Begriff des Einrichtens gewählt, während er in § 174 ZPO nF ausdrücklich die Eröffnung des elektronischen Kommunikationswegs vorgeschrieben hat. Der Rechtsbegriff der Zugangseröffnung erfordert neben einer „objektiv vorhandenen technischen Kommunikationseinrichtung“ zusätzlich als subjektives Element eine „Widmung“ durch den Empfänger, mit der dieser nach außen die Empfangsbereitschaft zu erkennen gibt.¹² Bildlich gesprochen: Es bedarf neben der Aufstellung eines Briefkastens auch der Anbringung des Namens an diesem, damit ersichtlich wird, dass und an wen eingeworfene Nachrichten zugestellt werden können.

Wenn der Gesetzgeber in § 31 a I BRAO statt der Eröffnung des Zugangs zum beA lediglich dessen Einrichtung vorgesehen hat, so muss dies im Hinblick auf die bisherige Gesetzestermiologie zur elektronischen Kommunikation so verstanden werden, dass er gerade nur die objektive Bereitstellung des elektronischen Anwaltspostfachs festlegen wollte, nicht aber auch dessen Eröffnung für den elektronischen Rechtsverkehr. Vielmehr soll nach Wortlaut und Systematik des § 174 ZPO nF iVm § 130 a IV Nr. 2 ZPO nF iVm § 31 a BRAO eine generelle Pflicht zur Eröffnung eines sicheren elektronischen Kommunikationswegs, worunter auch das beA fällt, erst zum 1.1.2018 eintreten. Hierfür sprechen auch die einschlägigen Gesetzesmaterialien. So heißt es in der Begründung zum Entwurf des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten:

„Für die Rechtsanwaltschaft und bestimmte weitere vertretungsberechtigte Personen wird der elektronische Rechtsverkehr ab dem Jahr 2022 verpflichtend sein. Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Steuerberater oder sonstige Personen, bei denen aufgrund ihres Berufes von einer erhöhten Zuverlässigkeit ausgegangen werden kann, müssen ab dem Jahre 2018 (sic!) für elektronische Zustellungen erreichbar sein.“¹³

Weiter ist zu lesen:

„Die in § 130 d ZPO-E statuierte Nutzungspflicht für Rechtsanwälte kann erst verantwortet werden, wenn gesichert ist, dass der elektronische Zugang zu den Gerichten fehlerfrei und ohne Störungen funktioniert. Hierfür bedarf es eines mehrjährigen elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten im Alltagsbetrieb auf freiwilliger Basis (sic!).“¹⁴

Und unter der Überschrift „Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen“ wird ausgeführt:

„Ab diesem Zeitpunkt [gemeint: 1.1.2022] ist der elektronische Zugang zu den Gerichten bundeseinheitlich eingeführt. Es ist zu erwarten, dass sich bis dahin ein störungsfreier Betrieb des elektronischen Rechtsverkehrs in der Justiz etabliert hat, so dass ein Zwang (sic!) für Rechtsanwälte (...) zur Nutzung elektronischer Übermittlungswege ab 1.1.2022 vertretbar ist.“¹⁵

Vor diesem Hintergrund dürfte es nahezu zweifellos der Wille des Gesetzgebers gewesen sein, eine Pflicht für Rechtsanwälte zur Eröffnung eines gesicherten elektronischen Kommunikationswegs, auch durch das beA, erst frühestens zum 1.1.2018 vorzuschreiben. Anhaltspunkte dafür, dass der Gesetzgeber

eine auch nur „passive“ Nutzungspflicht speziell für das beA bereits zum 1.1.2016 schaffen wollte, sind indes nicht ersichtlich.

Selbst unterstellt, der Gesetzgeber habe mit § 31 a BRAO eine vorzeitige Nutzungspflicht für das beA einführen wollen, so würde die Norm jedenfalls nicht den strengen Anforderungen des BVerfG an die Normenklarheit und -bestimmtheit bei Eingriffen in die anwaltliche Berufsfreiheit genügen und kann auch deshalb keine taugliche Grundlage für einen Eingriff in die anwaltliche Berufsfreiheit sein.¹⁶

2. Verfassungswidrigkeit einer faktischen Nutzungspflicht für das beA ohne gesetzliche Grundlage

Die Einrichtung eines empfangsbereiten beA, die ungeachtet eines etwaigen entgegenstehenden Willens des Rechtsanwalts für diesen eine faktische Nutzungspflicht auslöst, würde de lege lata mangels einer hinreichend bestimmten, formell-gesetzlichen Rechtsgrundlage einen rechtswidrigen Eingriff in die anwaltliche Berufsfreiheit darstellen.

Ferner sei darauf hingewiesen, dass bereits den warnenden Empfehlungen der BRAK, die schon heute zur Ausstattung der Kanzlei mit den für das beA erforderlichen technischen Voraussetzungen drängen,¹⁷ durchaus eine gewisse Eingriffsqualität zugesprochen werden kann.¹⁸ So sind administrative Verlautbarungen grundsätzlich geeignet, die Berufsfreiheit zu beeinträchtigen, wenn sie „grundrechtsrelevante, gezielt angestrebte Belastungswirkung“ entfalten, wobei es nicht darauf ankommt, ob diese „mittelbar oder unmittelbar verursacht“ wird.¹⁹

IV. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung einer gesetzlichen Nutzungspflicht

Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) geht offenbar ebenfalls davon aus, dass derzeit eine gesetzliche Grundlage für eine Pflicht zur Nutzung des beA fehlt und hat angekündigt, eine berufsrechtliche Pflicht zur Nutzung des beA mit Wirkung ab dem 1.1.2018 gesetzlich festlegen zu wollen.²⁰ Eine solche Regelung muss allerdings die verfassungsrechtlichen Grenzen achten, insbesondere jene, die ihr von der grundrechtlich geschützten anwaltlichen Berufsfreiheit in Verbindung mit dem verfassungsrechtlich verbürgten Institut der freien Advokatur gesetzt werden.

1. Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit oder in die subjektive Berufsfreiheit?

Legt man bei der Prüfung der verfassungsrechtlichen Anforderungen an die gesetzliche Statuierung einer Pflicht für Rechtsanwälte zur Nutzung des beA die Drei-Stufen-Theorie des BVerfG²¹ zu Grunde, so dürfte auf den ersten Blick wohl zunächst nur die anwaltliche Berufsausübung betroffen sein.

11 Vgl. § 3 a I VwVfG, § 5 V I VwZG, § 36 a SGB I, § 87 a I 1 AO und § 126 a BGB.

12 BT-Drs. 14/9000, 13.

13 BT-Drs. 17/12634, 3 u. 22.

14 BT-Drs. 17/12634, 41.

15 BT-Drs. 17/12634, 21.

16 BVerfGE 34, 293 = NJW 1973, 696 = NJW 1973, 496.

17 BRAK, Fragen und Antworten, <http://bea.brak.de/fragen-und-antworten>.

18 Vgl. zur Grundrechtsrelevanz staatlicher Warnungen und zu Fällen rechtswidriger Empfehlungen zu bestimmten Verhaltensweisen Schoch, NJW 2012, 2844 (2845) mwN.

19 Ossenbühl, NVwZ 2011, 1357 (1359 f.); vgl. auch BVerfG, NJW 1999, 3404; BVerfGE 105, 252 = NJW 2002, 2621.

20 Schreiben des BMJV v. 12.1.2015 an den Autor, abrufbar unter <http://blog.kanzlei-delhey.de/bmjv-bea> (zuletzt abgerufen am 18.4.2016).

21 GrdI. BVerfGE 7, 377 = NJW 1958, 1035.

So sah es jüngst jedenfalls der *Senat für Anwaltssachen* des BGH.²² Eine Begründung für diese Einordnung findet sich indes nicht, vielleicht, weil dies für offensichtlich erachtet wird.

Zu bedenken ist allerdings, dass mit einer Verpflichtung zur Nutzung elektronischer Kommunikationswege zwar vordergründig nur geregelt wird, auf welche Art und Weise Rechtsanwälte zu korrespondieren haben. Die elektronische Kommunikation setzt allerdings nicht nur das Vorhalten spezieller Hard- und Software voraus, sondern verlangt insbesondere auch entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit der elektronischen Informationstechnologie. Das Erfordernis besonderer persönlicher Kenntnisse und technischer Fähigkeiten für die Aufnahme und Ausübung einer beruflichen Tätigkeit ist geradezu der „Prototyp“ eines Eingriffs in die subjektive Berufsfreiheit.²³ Jedenfalls mittelbar kann die Schaffung einer Pflicht für Rechtsanwälte zur Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel daher wie eine subjektive Berufszugangsvoraussetzung wirken.²⁴

2. Reichweite der Nutzungspflicht

Die durch das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten in die Prozessordnungen eingefügten Regelungen legen – dem Gesetzestitel entsprechend – die Pflichten für Rechtsanwälte zur Nutzung elektronischer Kommunikationswege lediglich insoweit fest, als diese zum einen nur gegenüber der Gerichtsbarkeit bestehen sollen und zum anderen nur insofern, als ein elektronisches Dokument zu übermitteln ist, ohne hierbei ein konkretes elektronisches Kommunikationsmittel vorzuschreiben; vielmehr ist neben dem beA grundsätzlich jede gleichermaßen sichere elektronische Übermittlung zugelassen, insbesondere auch De-Mail, § 130 a IV ZPO nF.

a) *Pflicht zur Eröffnung eines elektronischen Kommunikationswegs gegenüber den Gerichten.* Soweit den Rechtsanwälten eine Pflicht zur Eröffnung und Nutzung elektronischer Kommunikationswege gegenüber den Gerichten auferlegt wird, betrifft dies im Wesentlichen nur einen Teil der anwaltlichen Berufsausübung, nämlich die forensische Tätigkeit. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Eingriff, wenn auch insoweit nur auf der Ebene der Berufsausübung zu verorten, durchaus nicht unerhebliches Gewicht hat. Einer frühen Entscheidung des BGH zufolge ist die Posteingangskontrolle eine Aufgabe, die „nach ihrer Eigenart vom Rechtsanwalt persönlich wahrgenommen“ werden muss und nicht uneingeschränkt delegiert werden darf.²⁵ Insofern berührt die anwaltliche Pflicht zur Eröffnung eines sicheren elektronischen Kommunikationswegs für den Rechtsverkehr mit den Gerichten und die daraus unmittelbar resultierende Pflicht zur Kontrolle des elektronischen Posteingangs folglich einen wesentlichen, höchstpersönlichen Kernbereich anwaltlicher Berufsausübung. Entsprechend hohe Anforderungen sind an die Rechtfertigung des Eingriffs zu stellen, denn

„je empfindlicher die Berufsausübenden in ihrer Berufsfreiheit beeinträchtigt werden, desto stärker müssen die Interessen des Gemeinwohls sein, denen die Regelung zu dienen bestimmt ist.“²⁶

Das BVerfG stellt im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung von Eingriffen in die Berufsausübungsfreiheit in letzter Konsequenz regelmäßig darauf ab, ob der Eingriff dem Betroffenen auch zumutbar ist, ihn also nicht übermäßig belastet.²⁷ Insofern mag durchaus in Frage gestellt werden können, ob es die vom Gesetzgeber angeführten Zweckmäßigkeitserwägungen zur Optimierung der Zeit- und Kosteneffizienz in Gerichtsverfahren²⁸ rechtfertigen, der Rechtsanwaltschaft die Nutzung des beA für den elektronischen Rechtsverkehr mit

den Gerichten aufzuerlegen. Denn für den Rechtsanwalt wird damit eine weitergehende Berufspflicht zur zusätzlichen Kontrolle eines elektronischen Postfachs neben der Überwachung des in Papierform eingehenden Schriftverkehrs geschaffen, die für ihn einen nicht unerheblichen organisatorischen, zeitlichen und finanziellen Mehraufwand bedeutet.

Und wenn der BGH zu etwaigen Sicherheitsbedenken ausführt, dass er dies selbst nicht zu beurteilen vermöge, es hierauf aber auch nicht ankomme, weil dem Gesetzgeber „mit Blick auf Tatsachenfeststellungen und Prognosen, die Grundlage eines Gesetzes sind, eine Einschätzungsprärogative und ein Beurteilungsspielraum“ zustünden, die „insoweit nicht ohne besonderen Grund gerichtlich nachprüfbar“ seien,²⁹ so greift dies in Anbetracht der in letzter Zeit publik gewordenen, offensichtlichen Angreifbarkeit selbst besonders gesicherter IT-Systeme (NSA-Affäre, Hacker-Angriff auf den Deutschen Bundestag) vielleicht doch etwas kurz. Besteht Ungewissheit über den Eintritt bestimmter Risiken, so kann der Gesetzgeber von Verfassungen wegen „in dubio pro securitate“ gehalten sein, potenziell gefahrenträchtige Maßnahmen zu unterlassen.³⁰ Dabei ist auch zu bedenken, dass

„die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines Schadensereignisses, die hingenommen werden darf, so gering wie möglich sein muss und zwar umso geringer, je schwerwiegender die Schadensart und die Schadensfolgen, die auf dem Spiel stehen, sein können.“³¹

In Anbetracht dessen erschiene es fahrlässig, wenn mögliche Auswirkungen eines etwaigen unberechtigten Eingriffs in ein IT-System, das sämtliche in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Rechtsanwälte und Gerichte vernetzt, bereits von vornherein bei einer Güterabwägung außer Acht gelassen würden.

b) *Pflicht zur generellen Eröffnung eines elektronischen Kommunikationswegs.* Die Schaffung einer über die Pflicht zur Nutzung des beA im Rechtsverkehr mit den Gerichten hinausgehenden generellen Nutzungspflicht, unabhängig davon, ob sich der Rechtsanwalt mit der Einrichtung einverstanden erklärt und ungeachtet dessen, ob er überhaupt forensisch anwaltlich tätig ist, dürfte erst recht Zweifel hinsichtlich der Vereinbarkeit mit der anwaltlichen Berufsfreiheit aufwerfen. Eine solche allgemeine und ausnahmslose Pflicht zur Einrichtung und Kontrolle eines beA für jeden in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Rechtsanwalt würde die anwaltliche Berufsausübung derart gravierend beeinträchtigen, dass sie wie ein Eingriff in die subjektive Berufsfreiheit wirken würde.³² Denn die unmittelbare Konsequenz wäre, dass als Rechtsanwalt nur noch tätig sein könnte, wer seine Kanzlei für den elektronischen Rechtsverkehr technisch ausstatet und über die notwendigen Kenntnisse zur Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel verfügt. Ein solcher Eingriff in die subjektive anwaltliche Berufsfreiheit, der weitergehende Anforderungen an die Einrichtung der Kanzlei und die persönlichen Fähigkeiten des Rechts-

22 BGH, NJW 2016, 1025 Rn. 16.

23 S. nur Schneider in Bauer, HdB der Grundrechte, V. 2013, § 113 Rn. 100; vgl. auch BVerfGE 7, 377 (406) = NJW 1958, 1035 sowie BVerfGE 110, 304 = NJW 2004, 1935.

24 Vgl. BVerfGE 7, 377 (406) = NJW 1958, 1035 sowie BVerfGE 110, 304 = NJW 2004, 1935.

25 BGH, NJW 1974, 861.

26 BVerfGE 103, 1 (10) = NJW 2001, 353.

27 Vgl. etwa BVerfGE 83, 1 = NJW 1991, 555.

28 BT-Drs. 17/12634, 4 f., 22.

29 BGH, NJW 2016, 1025 Rn. 18.

30 Weiterführend Delhey, Staatliche Risikoentscheidungen – Organisation, Verfahren und Kontrolle, 2014, 73–76.

31 BVerfGE 49, 89 (138) = NJW 1979, 359.

32 Vgl. allg. Jarass in Jarass/Pieroth, GG, 13. Aufl. 2014, Art. 12 Rn. 37.

anwalts stellt, muss den entsprechend erhöhten verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen,³³ darf also „zu dem angestrebten Zweck der ordnungsmäßigen Erfüllung der Berufstätigkeit nicht außer Verhältnis stehen“.³⁴

aa) *IT-Kenntnisse als notwendige Voraussetzungen anwaltlicher Tätigkeit?* Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob es angemessen erscheinen kann, wenn in Zukunft zwingende Voraussetzung für die Tätigkeit als Rechtsanwalt sein sollte, über hinreichende Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikation zu verfügen. Oder anders gewendet: Sollte eine Berufstätigkeit als Rechtsanwalt nur noch Personen möglich sein, die über einen Internetzugang und entsprechende IT-Kenntnisse verfügen? Es muss doch recht fraglich erscheinen, ob eine „ordnungsgemäße Erfüllung“ der anwaltlichen Berufstätigkeit nur noch unter Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel möglich sein sollte.

Eine jüngst durchgeführte repräsentative Umfrage ergab zudem, dass von den befragten Rechtsanwälten 39 % ihre inhaltlichen und 44 % ihre technischen Kenntnisse des elektronischen Rechtsverkehrs als „eher schlecht bis sehr schlecht“ einschätzen.³⁵ Insbesondere auch im Hinblick auf ältere Rechtsanwälte dürfte sich die Frage stellen, ob es ihnen nach etwaiger langjähriger erfolgreicher Anwaltstätigkeit zugemutet werden sollte, sich noch einmal in eine neue Kommunikationstechnologie einarbeiten zu müssen, um den Beruf des Rechtsanwalts weiter ausüben zu können. Des Weiteren besteht auch keine Pflicht zur forensischen Tätigkeit; im Gegenteil: Empirische Untersuchungen weisen aus, dass bereits etwa 70 % der anwaltlichen Mandate außergerichtlich erledigt werden, Tendenz steigend, da ein deutlicher Trend zu außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahren erkennbar sei.³⁶

Berufsrechtliche Regelungen können nach der Rechtsprechung des BVerfG „nicht nur dann verfassungswidrig sein, wenn sie in ihrer generellen Wirkung auf die betroffene Berufsgruppe den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzen“; vielmehr müssen sie

„auch die Ungleichheiten berücksichtigen, die typischerweise innerhalb des Berufes bestehen (...). Werden durch eine Berufsausübungsregelung (...) innerhalb der betroffenen Berufsgruppe nicht nur einzelne, aus dem Rahmen fallende Sonderfälle, sondern bestimmte, wenn auch zahlenmäßig begrenzte, Gruppen typischer Fälle ohne zureichende sachliche Gründe wesentlich stärker belastet, dann kann Art. 12 I GG iVm Art. 3 I GG verletzt sein“.³⁷

Demnach dürfte eine generelle Pflicht für alle Rechtsanwälte zur Eröffnung eines elektronischen Kommunikationswegs insoweit durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken begegnen, als ein Teil der Rechtsanwaltschaft nicht forensisch tätig ist und nicht ersichtlich ist, warum es erforderlich sein sollte, dass auch diese Gruppe von Rechtsanwälten ein regelmäßig zu überprüfendes elektronisches Postfach vorzuhalten hat.

bb) *Grundsatz der freiwilligen Zugangseröffnung.* Dem geltenden Recht kann der allgemeine Grundsatz entnommen werden, dass die Kommunikation auf elektronischem Wege nur zulässig sein soll, soweit der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet, vgl. § 3 a I VwVfG, § 5 V I VwZG, § 36 a SGB I, § 87 a I 1 AO und § 126 a BGB.³⁸ Die Nutzung elektronischer Kommunikation wird also grundsätzlich davon abhängig gemacht, ob der Empfänger sich hierzu bereit erklärt. Mit dem Erfordernis der Zugangseröffnung soll den „individuellen Möglichkeiten der Kommunikationspartner“ Rechnung getragen werden, indem sie freiwillig und ohne Zwang selbst entscheiden können, ob sie den elektronischen Kommunikationsweg nutzen wollen.³⁹

Die Eröffnung des Zugangs ist dabei grundsätzlich von einem nach außen erkennbaren, bewussten Willensakt abhängig.⁴⁰ Zweck der Regelung ist der Schutz der „medialen Selbstbestimmung“ des Empfängers.⁴¹ Dieser Schutzzweck soll sich nach dem Willen des Gesetzgebers auch nicht nur auf den Bürger als Kommunikationspartner staatlicher Stellen erstrecken, sondern vielmehr ausdrücklich auch auf den Rechtsanwalt.⁴² So sollen Rechtsanwälte erst ab Zugangseröffnung, sei sie auch nur konkludent erfolgt, „durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen“ haben, „dass zB E-Mail-Postfächer regelmäßig abgefragt werden“.⁴³ Der Gesetzgeber wollte also ganz offensichtlich jedenfalls zum Zeitpunkt der Schaffung der oben genannten Regelungen zur Eröffnung elektronischer Kommunikationswege gerade keinen Zwang zur Nutzung elektronischer Kommunikation schaffen. Vielmehr wollte er diese ausdrücklich vom freien Willen der Beteiligten, auch der Rechtsanwälte, abhängig machen – und auch nur dann sollten diesbezügliche Pflichten, insbesondere in Form der regelmäßigen Kontrolle der elektronischen Posteingänge, eintreten.

Freilich mag hiergegen eingewandt werden, dass dies der erklärte Wille des Gesetzgebers im Jahr 2002 war. Gleichwohl: Die oben benannten Vorschriften gelten nach wie vor unverändert weiter. Und auch, wenn der Gesetzgeber selbstverständlich seine Einschätzung bezüglich der Nutzung elektronischer Kommunikation über die Jahre hinweg ändern kann, so bedürfte es dennoch einer tragfähigen Begründung dafür, warum es nunmehr gerechtfertigt erscheinen sollte, die Nutzung elektronischer Kommunikation verbindlich, mit Zwangswirkung, auch gegen den ausdrücklichen Willen des Rechtsanwalts vorzuschreiben. In dem Entwurf des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten wird einleitend erklärt, dass

„die Nutzung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten (...) in Deutschland bisher in den zehn Jahren seit der Einführung weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben“

sei; Grund hierfür sei im Wesentlichen auch das „fehlende Nutzervertrauen“.⁴⁴

Die Einführung des Nutzungszwangs wird sodann damit begründet, dass

„selbst bei freiwilliger Bereitschaft einer Mehrheit der Rechtsanwälte (...) die Nichtnutzung durch eine qualifizierte Minderheit immer noch zu erheblichen Druck- und Scanaufwänden bei den Gerichten und bei Rechtsanwälten führen (würde), welche die Vorteile des elektronischen Rechtsverkehrs nutzen wollen. Die Justiz müsste genauso wie ihre Kommunikationspartner mit erheblichen Investitionen in Vorlage treten, ohne die Gewissheit zu haben, dass tatsächlich die für einen wirtschaftlichen Betrieb erforderliche Nutzung erfolgt“.⁴⁵

Man kann dies so zusammenfassen, dass den Rechtsanwälten nunmehr mit staatlichem Zwang eine Pflicht zur Nutzung

33 Vgl. BVerfGE 61, 291 (311) = NJW 1983, 439; BVerfGE 77, 84 (106) = NJW 1988, 1195.

34 BVerfGE 7, 377 = NJW 1958, 1035 I. s. 6 Buchst. c; vgl. BVerfGE 110, 304 = NJW 2004, 1935.

35 Kilian/Rinkus, BRAK-Mitt. 2015, 226 (218).

36 Brüggemann in Feuerich/Weyland, BRAO, 9. Aufl. 2016, § 3 Rn. 1 mwN.

37 BVerfGE 30, 292 (327) = NJW 1971, 1255; ebenso BVerfGE 33, 171 (188) = NJW 1972, 1509.

38 Vgl. Mroczynski, SGB I, 5. Aufl. 2014, § 36 a Rn. 6.

39 Schmitz in Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG, 8. Aufl. 2014, § 3 a Rn. 10.

40 Sog. „Widmung“, s. BT-Drs. 14/9000, 30.

41 Rofnagel, NJW 2003, 469 (472); KassKomm/Seewald, 87. EL Sept. 2015, § 36 a SGB I Rn. 15.

42 BT-Drs. 14/9000, 31.

43 BT-Drs. 14/9000, 31.

44 BT-Drs. 17/12634, 1.

45 BT-Drs. 17/12634, 2.

elektronischer Kommunikationsmittel auferlegt wird, weil bei ihnen derzeit kein hinreichendes Vertrauen in die Nutzung elektronischer Kommunikation besteht und auch in absehbarer Zukunft bei einer hinreichenden Mehrheit der Rechtsanwälte nicht zu erwarten ist.

Es erscheint doch recht fragwürdig, wenn die staatliche Auferlegung einer Pflicht für Rechtsanwälte, elektronische Kommunikationsmittel zu nutzen, gerade damit begründet wird, dass die Rechtsanwaltschaft dies andernfalls von sich aus nicht tun würde. An die Stelle von Vertrauen, dass sich die Nutzung elektronischer Kommunikation bei der Anwaltschaft auf freiwilliger Basis etablieren wird, tritt verpflichtender Zwang. Dies mag erstaunen, denn sollte der elektronische Rechtsverkehr dem Rechtsanwalt tatsächlich entsprechende Vorteile bringen, so müsste dies doch auch ohne staatliche Einflussnahme dazu führen, dass sich eine freiwillige Nutzung recht schnell verbreiten sollte. Schließlich wurde auch die Nutzung des Telefaxes nicht verpflichtend vorgeschrieben, gleichwohl hat es sich bei der ganz überwiegenden Mehrheit der Rechtsanwälte als gegenüber dem postalischen Schriftverkehr moderneres Kommunikationsmittel im Rechtsverkehr etabliert.

cc) *Grundsatz der freien Advokatur.* Nachdem der Gesetzgeber bereits eine Verpflichtung für die staatlichen Behörden geschaffen hat, einen Zugang für die Übermittlung elektronischer Dokumente zu eröffnen,⁴⁶ will er diese nunmehr auch auf die Gerichtsbarkeit und darüber hinaus zudem auf die Anwaltschaft erstrecken. Dabei besteht ein durchaus gewichtiger Unterschied zwischen den Verpflichteten: Während es sich bei Behörden und Gerichten um staatliche Institutionen handelt, ist der Rechtsanwalt Angehöriger eines freien Berufsstands, unabhängiger Berater und Vertreter in allen Rechtsangelegenheiten sowie unabhängiges Organ der Rechtspflege, §§ 1–3 BRAO.

Nach der gefestigten Rechtsprechung des *BVerfG* wird

„(d)ie anwaltliche Berufsausübung (...) seit einem Jahrhundert durch den Grundsatz der freien Advokatur gekennzeichnet, der einer staatlichen Kontrolle und Bevormundung grundsätzlich entgegensteht“⁴⁷.

Dabei hat das *BVerfG* wiederholt auf die „fundamentale objektive Bedeutung“ der freien Advokatur hingewiesen und die historische Wandlung der vormaligen „staatsdienerähnlichen Ausgestaltung des Advokatenstands in einen vom Staat unabhängigen freien Beruf“ hervorgehoben:⁴⁸

„Die Herauslösung des Anwaltsberufs aus beamtenähnlichen Bindungen und seine Anerkennung als ein vom Staat unabhängiger freier Beruf kann als ein wesentliches Element des Bemühens um rechtsstaatliche Begrenzung der staatlichen Macht angesehen werden, das der Verfassungsgeber vorgefunden und in seinen Willen aufgenommen hat. Es entspricht dem Rechtsstaatsgedanken und dient der Rechtspflege, dass dem Bürger schon aus Gründen der Chancen- und Waffengleichheit Rechtskundige zur Verfügung stehen, zu denen er Vertrauen hat und die seine Interessen möglichst frei und unabhängig von staatlicher Einflussnahme wahrnehmen können“⁴⁹.

Die freie Advokatur unterscheidet sich mithin geradezu antagonistisch von staatlicher Verwaltung und Gerichtsbarkeit. Der Beruf des Rechtsanwalts zeichnet sich vor allem durch staatliche Unabhängigkeit und ein besonderes Maß an Freiheit aus. Dies ist staatlicherseits zu respektieren, soll das Fundament der freien Advokatur nicht untergraben werden. Die sachliche und organisatorische Ausgestaltung der Kanzlei als Raum zur Entfaltung der verfassungsrechtlich verbürgten unabhängigen und freien anwaltlichen Tätigkeit muss ganz grundsätzlich dem Rechtsanwalt selbst überlassen bleiben. Ein Eingriff hierin kann allenfalls insoweit gerechtfertigt sein, als dies für die anwaltliche Tätigkeit zwingend erforderlich

und dem Rechtsanwalt zumutbar ist. Denn es ist die ureigene, höchstpersönliche Entscheidung des Rechtsanwalts, selbst und frei darüber zu entscheiden, „welche sachlichen, personellen und organisatorischen Mittel für seine individuelle Art der Berufsausübung erforderlich sind“.⁵⁰

Im Übrigen ist zu vergegenwärtigen, dass Rechtsanwälte ihre „eigenständige und unabhängige Funktion in der Durchsetzung des Rechts (...) gerade in Bezug auf ihre jeweiligen Mandanten“ wahrnehmen.⁵¹ Plakatartig formuliert: Hinter jedem Rechtsanwalt steht ein Mandant. Eine Pflicht für Rechtsanwälte zur Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel wirkt sich damit mittelbar auch auf den Bürger aus, der anwaltliche Vertretung in Anspruch nimmt. Verpflichteter der Staat die Rechtsanwaltschaft zur elektronischen Kommunikation, so greift er damit zugleich in das Recht auf mediale Selbstbestimmung des Bürgers als Mandanten des Rechtsanwalts ein. – Im Rechtsstaat ist die Freiheit des Rechtsanwalts bei der Ausübung seines Berufs zugleich ein Gradmesser für die Freiheit des Bürgers.⁵²

c) *Pflicht zur alternativlosen Nutzung des beA als elektronisches Kommunikationsmittel.* § 130a IV Nr. 2 ZPO, § 46c IV Nr. 2 ArbGG, § 65a IV Nr. 2 SGG, § 55a IV Nr. 2 VwGO und § 52a IV Nr. 2 FGG nF sehen vor, dass sichere Übermittlungswege neben dem beA auch ein De-Mail-Konto sowie sonstige bundeseinheitliche Übermittlungswege sein können, die durch Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrats festgelegt werden und bei denen die Authentizität und Integrität der Daten sowie die Barrierefreiheit gewährleistet sind. Allerdings soll offenbar nur eine parallele, nicht aber alternative Nutzung möglich sein.⁵³

Damit setzt sich der Gesetzgeber in einen gewissen Widerspruch, wenn er an anderer Stelle betont, dass „dem Gebot der Nachhaltigkeit entsprechend (...) für die Kommunikation mit den Gerichten eine technologieoffene Regelung“ geschaffen werden soll.⁵⁴ Denn dies ließe sich nur dann effektiv verwirklichen, wenn entsprechend sichere elektronische Kommunikationswege nicht nur neben, sondern anstelle des beA zugelassen würden. Zugleich würde dies dazu beitragen können, das grundrechtsrelevante Risiko zu senken, dass potenziell mit nur einem erfolgreichen Angriff der gesamte elektronische Rechtsverkehr zwischen Anwaltschaft und Gerichten ausspioniert, manipuliert oder auch zum Erliegen gebracht werden könnte. Zudem würde der Gesetzgeber, überließe er den Rechtsanwälten die freie Wahl zwischen verschiedenen, gleichermaßen sicheren elektronischen Kommunikationsmitteln, nicht nur die anwaltliche Berufsfreiheit weniger stark beeinträchtigen, sondern im Übrigen auch einen freien Wettbewerb von Anbietern sicherer elektronischer Kommunikationssysteme ermöglichen.

46 § 2 I E-Government-Gesetz v. 25.7.2013, BGBl. I 2013, 2749, eingeführt durch das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften; zur Gesetzesbegründung s. BT-Drs. 17/11473.

47 *BVerfGE* 34, 293 (302) = NJW 1973, 696; *BVerfGE* 50, 16 (29) = NJW 1979, 1159.

48 *Ausf. BVerfGE* 63, 266 (282–286) = NJW 1983, 1535; s. auch *BVerfGE* 15, 226 (234); *BVerfGE* 34, 293 (302) = NJW 1973, 696; *BVerfGE* 37, 67 (78) = NJW 1974, 1279; *BVerfGE* 50, 16 (29) = NJW 1979, 1159.

49 *BVerfGE* 63, 266 (283 f.) = NJW 1983, 1535.

50 Weyland in *Feuerich/Weyland*, § 5 Rn. 6; *Härtung in ders.*, Berufs- und Fachanwaltsordnung, 5. Aufl. 2012, § 5 Rn. 61.

51 *BVerfGE* 108, 150 (158) = NJW 2003, 2520.

52 *BVerfGE* 63, 266 (312) = NJW 1983, 1535.

53 BT-Drs. 17/12634, 38.

54 BT-Drs. 17/12634, 20 u. 26.

V. Ergebnis

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die Schaffung einer Pflicht für Rechtsanwälte zur Nutzung des beA in jedem Fall einer entsprechenden, hinreichend bestimmten gesetzlichen Grundlage bedarf. Unter Berücksichtigung des besonderen verfassungsrechtlichen Schutzes, den das BVerfG der freien Advokatur zuspricht, dürfte eine gesetzlich auferlegte Nutzungspflicht mit der anwaltlichen Berufsfreiheit allenfalls insoweit vereinbar sein, als sich diese allein auf den Rechtsverkehr mit den Gerichten beschränkt, während im Übrigen jedem Rechtsanwalt weiterhin das Recht eingeräumt wird, selbst und frei darüber zu entscheiden, ob er einen elektronischen Kommunikationszugang eröffnen will oder nicht. Zudem

sollte dem Rechtsanwalt die freie Entscheidung überlassen werden, ob er konkret das beA oder aber anstelle des beA ein alternatives, gleichermaßen sicheres elektronisches Kommunikationsmittel nutzen möchte.

Eine generelle Verpflichtung des Rechtsanwalts zur ständigen Bereithaltung und Kontrolle eines elektronischen Postfachs dürfte mit der anwaltlichen Berufsfreiheit sowie dem verfassungsrechtlich besonders geschützten Institut der Freiheit der Advokatur unvereinbar sein, da es unzumutbar erscheint, dem Rechtsanwalt eine Pflicht zur Nutzung eines elektronischen Kommunikationsmittels aufzuerlegen, das für seine konkrete anwaltliche Tätigkeit nicht erforderlich ist. ■

Zur Rechtsprechung

Professor Dr. Mehrdad Payandeh*

Grenzen der Völkerrechtsfreundlichkeit

Der Treaty Override-Beschluss des BVerfG

I. Einleitung

Die Frage, ob der Gesetzgeber von Verfassungen wegen an völkerrechtliche Verträge gebunden ist, beschäftigt die Staatsrechtslehre nahezu seit Inkrafttreten des Grundgesetzes. Nachdem das BVerfG diese Frage bereits 1957 mit einem klaren Nein beantwortet hatte,¹ verließ die Görgülü-Entscheidung aus dem Jahr 2004, in der das BVerfG eine weitreichende Pflicht zur Berücksichtigung der EMRK und der Rechtsprechung des EGMR begründete,² der Debatte neuen Auftrieb: Auch wenn es in der Entscheidung nicht um eine Bindung des Gesetzgebers an völkerrechtliche Verträge ging, ließ sie sich so verstehen, dass eine Abweichung von völkerrechtlichen Verträgen nur aufgrund entgegenstehenden Verfassungsrechts³ oder möglicherweise sogar nur, soweit sie zur Abwendung eines Verstoßes gegen tragende Grundsätze der Verfassung erforderlich ist,⁴ zulässig sein sollte.⁵ Daran sowie an den Alteigentümer-Beschluss⁶ anknüpfend legte der BFH dem BVerfG nach Art. 100 I GG die Frage vor, ob eine einkommensteuerrechtliche Regelung deshalb verfassungswidrig sei, weil die Vorschrift gegen ein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei verstoße.⁷ Mit Beschluss vom 15.12.2015 hat das BVerfG diese Frage ebenso klar wie entschieden verneint und damit nicht nur den steuerrechtlichen Treaty Override für verfassungsrechtlich zulässig erklärt, sondern auch die grundsätzliche Frage, ob völkerrechtliche Verträge innerstaatlich den Gesetzgeber binden, abschlägig beschieden.⁸ Allein die Richterin König folgt der Senatsmehrheit nicht und tritt in ihrer abweichenden Meinung für eine einzelfallbezogene Abwägung zwischen rechtsstaatlicher Bindung an völkerrechtliche Verpflichtungen und demokratischer Gestaltungsfreiheit ein.⁹

II. Die Entscheidung des BVerfG

Um eine Bindung des Gesetzgebers an völkerrechtliche Verträge zu verneinen, argumentiert der Senat auf zwei verschiedenen Ebenen: Zunächst nimmt er eine Auslegung der konkreten Verfassungsbestimmungen der Art. 25 und 59 II GG vor und sodann bestätigt er das so gefundene Ergebnis im

Lichte der Verfassungsprinzipien der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Völkerrechtsfreundlichkeit.

Den Ausgangspunkt bildet die ständige Rechtsprechung des BVerfG, wonach Art. 25 GG mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts das Völkergewohnheitsrecht und die allgemeinen Rechtsgrundsätze erfasst, diesen ungeschriebenen Völkerrechtsquellen unmittelbar zu innerstaatlicher Geltung verhilft und ihnen über Art. 25 S. 2 GG einen Zwischenrang über den einfachen Gesetzen, aber unterhalb der Verfassung einräumt.¹⁰ Völkerrechtliche Verträge hingegen würden regelmäßig durch ein Zustimmungsgesetz nach Art. 59 II 1 GG in die innerstaatliche Rechtsordnung überführt und erhielten dadurch den Rang eines einfachen Bundesgesetzes, so dass sich nach der lex posterior-Regel ein zeitlich nachfolgendes Gesetz gegen die Regelung eines völkerrechtlichen Vertrags durchsetze.¹¹

Diese Auslegung der Art. 25 und 59 II GG bekräftigt der Senat im Lichte der Verfassungsprinzipien:

Aus dem Demokratieprinzip folge, dass der Gesetzgeber die Möglichkeit haben müsse, Entscheidungen eines früheren Parlaments zu revidieren.¹² Allein die Möglichkeit der Kündigung völkerrechtlicher Verträge genüge den Anforderungen des Demokratieprinzips schon deshalb nicht, weil der Gesetzgeber hierfür nicht zuständig sei. Vor diesem Hintergrund führe auch der ungeschriebene Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit nicht zur Verfassungswidrigkeit völkerrechtswid-

* Der Autor, LL. M. (Yale), ist Juniorprofessor für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. – Besprechung von BVerfG, Beschl. v. 15.12.2015 – 2 BvL 1/12, NJW 2016, 1295 (unter Nr. 2 in diesem Heft).

1 BVerfGE 6, 309 (362 f.) = NJW 1957, 705.

2 BVerfGE 111, 307 = NJW 2004, 3407.

3 BVerfGE 111, 307 (329) = NJW 2004, 3407.

4 BVerfGE 111, 307 (319) = NJW 2004, 3407.

5 Zum Ganzen Payandeh, DÖV 2011, 382 (385 f.).

6 BVerfGE 112, 1 (24 ff.) = NVwZ 2005, 560.

7 BFHE 236, 304 = DStR 2012, 949.

8 BVerfG, NJW 2016, 1295.

9 BVerfG, NJW 2016, 1295 – Sondervotum König.

10 BVerfG, NJW 2016, 1295 Rn. 37 ff.

11 BVerfG, NJW 2016, 1295 Rn. 43 ff.

12 BVerfG, NJW 2016, 1295 Rn. 53 ff.